

ARMIN STICKLER

**Nichtregierungs-
organisationen,
soziale Bewegungen
und Global Governance**

Eine kritische

Bestandsaufnahme

Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen
und Global Governance

Armin Stickler (Dr. rer. soc.) arbeitet als Referent für Bildung bei einer Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft bei Wuppertal.

ARMIN STICKLER

**Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen
und Global Governance**

Eine kritische Bestandsaufnahme

[transcript]



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>. Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2005 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung und Innenlayout: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat & Satz: Armin Stickler

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-89942-407-2

PDF-ISBN 978-3-8394-0407-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

1. Einleitung	11
2. Internationale Nichtregierungsorganisationen: Begriff, Entwicklung, Strukturen	23
2.1 Zur Begriffsbestimmung von internationalen NGOs	24
2.1.1 Organisationen im internationalen Raum	26
2.1.2 NGO: Ein Begriff auf der Suche nach seinem Gegenstand	29
2.1.3 Die allmähliche Entmythologisierung der NGOs in der entwicklungstheoretischen Debatte	35
2.1.4 Der normative <i>bias</i> der Forschungsliteratur zu NGOs	40
2.2 Entwicklungsgeschichte der NGOs im internationalen System	42
2.2.1 Die quantitative Entwicklung Die Proliferation der NGOs seit Mitte des 19. Jahrhun- derts Die Entwicklung der Subgruppe der <i>Transnational Social Movement Organizations</i>	45
2.2.2 Die Entwicklung der NGOs im historischen Kontext <i>Organization Building</i> und Internationalisierung: Die lan- ge Entstehungsphase der NGOs bis zum Ende des Ersten Weltkriegs Vom Engagement zum Nichtengagement: Die Zwischenkriegszeit Formalisierung: NGOs und das UN-System Einflusszugewinn: Der Aufstieg der NGOs im Rahmen der UN-Weltkonferenzen	56
2.2.3 Erklärungsansätze für das Wachstum der NGOs und ihrer Wertschätzung	69

2.3 Die uneinheitliche Welt der NGOs	74
2.3.1 Stratifizierung des NGO-Lagers	75
2.3.2 Die typologisierende Beschreibung der NGOs	79
Unterscheidungsmerkmal Organisationsstruktur Die Identität der NGOs: Strategien der Einflussnahme zwischen Konflikt und Kooperation	
2.4 Elemente des NGO-Diskurses	84
2.5 Ausblick	88
3. NGOs und soziale Bewegungen: Der Beitrag der Bewegungsforschung	91
3.1 Die Begriffsbestimmung sozialer Bewegung durch die Bewegungsforschung	92
3.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung der Dynamik sozialer Bewegungen	99
3.2.1 Die interne Dynamik sozialer Bewegungen: Organisation und soziale Bewegung	101
Die Logik kollektiven Handelns Die Ressourcen-Mobilisierungstheorie NGO als Synonym für Bewegungsorganisation	
3.2.2 Die Institutionalisierungsdebatte in der Bewegungsforschung	110
»Der typische Verlauf sozialer Bewegungen« Parameter der organisationalen Entwicklung von Bewegungsorganisationen Die neuere Institutionalisierungsdebatte: Soziale Bewegung <i>als</i> Institution NGOs als Institutionalisierungsprodukte sozialer Bewegung	
3.3 Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen	139
3.3.1 Transnationale Diffusionsprozesse	142
3.3.2 Die Mobilisierungsstrukturen der transnationalen Bewegungsorganisationen	144
3.3.3 Exkurs: Die Theorie der politischen Opportunitätsstrukturen	148
3.3.4 Die transnationalen Gelegenheitsstrukturen sozialer Bewegungen	150
3.4 Zur bewegungswissenschaftlichen Konzeption von NGOs	155

4. Der Diskurs um Global Governance: NGOs als <i>Global Players</i> in Verhandlungssystemen	163
4.1 Begriffsklärungen und Elemente von Governance	164
4.2 Global Governance als Reformdebatte des globalen politischen Institutionensystems	168
4.2.1 Der Bericht der Commission on Global Governance	169
4.2.2 Global Public Policy Networks	174
4.2.3 Die deutsche Diskussion: Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)	177
4.2.4 Global Governance als rot-grüne Programmatik	184
4.3 Die politik- und sozialwissenschaftliche Debatte über die Transformation des Staates	187
4.3.1 Theorien des »kooperierenden Staates« Steuerungsdiskussion und Policy-Ansatz Wilkes Konzept der dezentralen Kontextsteuerung Zur Einschätzung der Theorien des kooperierenden Staates	188
4.3.2 Die Transformation von Staatlichkeit in der Fassung der Regulationstheorie Grundzüge der Regulationstheorie Die Veränderung von Staatlichkeit im Postfordismus Zur Einschätzung des Beitrags der Regulationstheorie	199
4.4 Zur Essentialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse im Governance-Diskurs	212
4.4.1 Komplexitätsannahmen: Global Governance als Expertendiskurs	215
4.4.2 »Megatrend Globalisierung«: Global Governance als Diskurs der Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht	217
4.4.3 Der Globalismus der »Einen Welt«: Global Governance als Ordnungsdiskurs	221
4.4.4 Global Governance als harmonistischer Steuerungsdiskurs	225
4.4.5 Vernetzt: Global Governance als Innovationsdiskurs der sich modernisierenden Moderne	227
5. Zwischenfazit	233

6. Theorien der Weltgesellschaft	237
6.1 Globalisierung und Weltgesellschaft	237
6.2 Weltgesellschaft als System internationaler Arbeitsteilung: Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins	245
6.2.1 Dependencia, Marx und Braudel als Ausgangspunkte	246
6.2.2 Gesellschaft als historisches System: der ZeitRaum	248
6.2.3 Die Grundprinzipien des modernen Weltsystems <i>The commodification of everything</i> Axiale Arbeitsteilung Historischer Kapitalismus als Gewaltverhältnis Symbiotische Verbindungen: Universalismus und Rassismus/Sexismus Zur Rolle der systemfeindlichen Bewegungen im Weltsystem	253
6.2.4 Würdigung, Kritik und Weiterungen Kritiken: Teleologischer Determinismus und funktionaler Ökonomismus Historischer Kapitalismus als Regulationsstörung	272
6.3 Weltgesellschaft als institutionalisierte Weltkultur: Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus	280
6.3.1 Institution und Institutionalisierung	281
6.3.2 Die Grundsteinlegung des Neoinstitutionalismus Die kontextuelle Doppelstrukturierung der Organisation Institutionelle Isomorphie	286
6.3.3 Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus Der globale Rationalisierungsprozess als Verlagerung des Agentschaftsverhältnisses in die Gesellschaft Merkmale des agentschaftlichen Akteurs Die dominanten Struktur- und Akteursformen der World Polity Eine Welt »generalisierter Anderer« <i>Rational Voluntaristic Authority</i> Soziale Bewegungen und NGOs	292
6.3.4 Zur Kritik des Neoinstitutionalismus	319
6.4 Asymmetrisierung und Homogenisierung in der Weltgesellschaft: Zur Synthese von Weltsystem- und World Polity-Ansatz	323

7. Organisation und Herrschaft: Das Organisationsverhältnis im modernen Weltsystem	333
7.1 Die sozialen Teilmuster von Organisation	335
7.1.1 Die Dimension der Ordnung	338
7.1.2 Die Dimension des Gebildes	343
7.1.3 Die Dimension der Vergemeinschaftung	346
7.2 Organisation und (moderne) Gesellschaft	349
7.2.1 Soziologische Ansätze	349
7.2.2 Organisation und Gesellschaft als rekursives Konstitutionsverhältnis	352
7.2.3 Das Organisationsverhältnis als Spezifikum der Moderne	355
7.2.4 Organisation und Interessenförmigkeit	357
7.3 Organisation und Herrschaft	359
7.3.1 Die Doppelstrukturierung der modernen Gesellschaft	359
7.3.2 Organisation als moderner Modus von Herrschaft	363
8. Annäherungen an ein organisations- und herrschaftstheoretisches Verständnis von NGOs im modernen Weltsystem	369
9. Literatur	383

Danksagung

Die vorliegende Studie wurde im Januar 2005 vom Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der *Bergischen Universität Wuppertal* unter dem Titel »Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine Bestandsaufnahme des Diskurses und Kritik aus der Perspektive einer Theorie der ›organisierten Weltgesellschaft« als Dissertation angenommen. Sie wäre ohne ein Stipendium des *Ev. Studienwerk Villigst* nicht zustande gekommen. Die Erstellung der Dissertation wurde durch meinen Erstgutachter Prof. Dr. Klaus Türk begleitet, der das Projekt auch durch schwierige Phasen hindurch stets befördert und ermutigt hat. Zudem konnte ich mich immer auf die vielfältige Unterstützung meiner Eltern Sigrid und Ulf verlassen. Antje Backhaus entlastete mich im Alltag und ermahnte mich stets zur Zuversicht. Jan verdient eine Entschuldigung, da ich zu oft zu wenig Zeit für ihn hatte.

Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank!

1. Einleitung

Spätestens seit der *UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung* 1992 in Rio de Janeiro erschienen zwei neue Sterne am Hoffnungsfirmament internationaler Politik. Mit dem Begriff der *nachhaltigen Entwicklung* sah man ein alternatives, weltweit akzeptables Verständnis einer wünschbaren gesellschaftlichen Entwicklung entstehen. Und mit den *Nichtregierungsorganisationen* waren zugleich die Akteure benannt, die zu dessen Realisierung entscheidend beitragen sollten. Im Zuge der parallel enorm an Bedeutung gewinnenden Debatte um Globalisierung und unter dem Eindruck der weltpolitischen Einschnitte der Jahre 1989/1991 wurde nun vermutet und diskutiert, dass in einer globalisierten Welt staatliche Regierungen als politische Akteure an Bedeutung verlieren und private Akteure (transnationale Konzerne und Nichtregierungsorganisationen) an Bedeutung gewinnen.

Es wundert daher nicht, dass der Begriff »Nichtregierungsorganisation« (NGO)¹ eine enorme Karriere durchlaufen hat und in den letzten 15 Jahren eine rapide zunehmende öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfuhr. Hierbei wurden NGOs von Aktivisten, Medien und Wissenschaftlern zu mehr oder weniger adäquaten Instrumenten erklärt, um den desaströsen Folgen der ökonomischen Globalisierung für Mensch und Umwelt politisch entgegenzutreten. Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Scheiterns der Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne und angesichts der globalen Gefährdungslage kommt es bei dieser Zuschreibung zu einer seltsamen Übereinkunft zwischen linken Kritikern,

1 Auch wenn es sprachlich nicht besonders elegant ist, wird hier der in der Forschungsliteratur durchgesetzten Gepflogenheit gefolgt, die englischsprachige Abkürzung »NGO« (Non-Governmental-Organization) für den Singular und »NGOs« für den Plural zu gebrauchen. In wörtlichen Zitaten wird die jeweils dort benutzte Abkürzung beibehalten.

die sich über die NGOs einen neuen Entwicklungsschub »von unten« und die Demokratisierung des internationalen Systems erhoffen, und Vertretern neoliberaler Wirtschaftspolitik, bei denen sich die Stärkung der NGOs in ein Gesamtprojekt der Entstaatlichung der Gesellschaft einfügt. Unter dem Schlagwort NGO werden sodann Debatten verhandelt, die auf Grundlegenderes verweisen, nämlich auf nichts weniger als die zukünftige Gestaltung einer »Weltpolitik«. Ganz unmittelbar werden allgemeine Überlegungen zu Demokratie, Fortschritt, Gerechtigkeit, über die Zukunft von Protest und Emanzipation angeschlossen.

In einer von dem Meinungsforschungsinstitut *Kothes Klewes* im Jahre 2001 durchgeführten Befragung von Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Medien bestätigen 71 % der Befragten die Einschätzung, der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werde künftig zunehmen. Knapp drei Viertel (74 %) der Befragten sehen NGOs als wichtige Impulsgeber für Unternehmen an (Kothes Klewes 2001). Zwar mag die Debatte um NGOs und Global Governance unter dem im Wissenschafts- und Medienbetrieb herrschenden Druck, ständig neue Moden ausrufen zu müssen, manchmal als ein Phänomen erscheinen, welches sich auf die 1990er Jahre, dem »Jahrzehnt des Multilateralismus« (Görg/Wissen2003: 627), beschränkt. Auch ist inzwischen von den NGOs als dem »meist überschätzten Akteur der 90er Jahre« (Wahl 1997:223) die Rede. Die zitierte Untersuchung lässt allerdings vermuten, dass uns die Debatte um NGOs und kooperative Verhandlungssysteme auf globaler Ebene auch die nächsten Jahre noch begleiten wird. Es hat daher Sinn, den Gegenstandsbereich als ein paradigmatisches Beispiel wahrzunehmen, aus dessen Analyse sich Hinweise für die aktuellen Verschiebungen der weltpolitischen Ordnung und seines Diskursrahmens der letzten Jahre herausdestillieren lassen können.

* * *

Gleichwohl sind die folgenden Ausführungen von einer gewissen Skepsis gegenüber den jeweiligen gesellschaftswissenschaftlichen Moden geprägt, die stets neue Brüche und Trends gesellschaftlicher Entwicklung postulieren. So gehört es zum Einmaleins sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungspraxis, den jeweils »neuesten Schrei« auszurufen. Aufmerksamkeit kann nur der erheischen, der Mitteilungen mit Neuigkeitswert produziert (Türk 1999: 43). Derart werden gesellschaftliche Veränderungsprozesse überbetont, während die Analyse der zugrunde liegenden, überdauernden Strukturen in den Hintergrund tritt. Neue Begriffe und Konzepte erfahren steile Karrieren und verschwinden ein paar Jahre später wieder in der Versenkung. Hierbei »verdoppelt« die wissenschaftliche

Beschäftigung die gesellschaftlich hegemonialen Beschreibungen und läuft Gefahr, eine bestimmte Semantik nicht als eine solche zu bestimmen, sondern als *taken for granted* zu nehmen.

Die Aufwertung des Neuen und allgemeiner das Postulat der Innovationsfähigkeit sind dabei eingelagert in das (Selbst-)Verständnis der Moderne selbst. »Das Moderne der Gesellschaft wird dann in seiner jeweiligen ›redescription‹ zum Modischen, dessen Funktionsprinzip der Wechsel ist. Und selbst dann, wenn es einmal überzeugender gelingen sollte, etwas tatsächlich Neues zu finden und nicht nur semantische Innovationen zu präsentieren, ist noch immer nicht ausgemacht, daß dieses ›Neue‹ durchgehend strukturelle Relevanz für die Gesellschaft besitzt; denn das Moderne, Neue, ist nicht notwendigerweise das Wesentliche der modernen Gesellschaft. Auch maskiert sich die Gesellschaft zum Zwecke ihrer Selbstdarstellung gern immer wieder einmal anders. Die Konstanz der gesellschaftlich wesentlichen Strukturen wird gerade auf diese Weise durch die Variation ihrer Beschreibungen aufrechterhalten« (ebd.: 43).

Wenn sich Wissenschaftler noch nicht sicher sind, wie denn nun das vermeintlich Neue zu benennen sei, weichen sie oft auf den Präfix *post* aus. Ganz allgemein dramatisieren die diversen aktuellen Diskurse, die sich um den Präfix *post* gruppieren (Postmoderne, Postindustrielle Gesellschaft, Postfordismus), das, was neu und verschieden an unserer aktuellen Situation ist (Kellner 2002: 286). Sie können daher als Ausdruck einer sich immer noch modern verstehenden, das heißt auf Wandel ausgerichteten Gesellschaft verstanden werden. In den Worten von Niklas Luhmann (1997: 1082): »Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft, daß sie auch noch einer Modernisierung bedarf. [...] Die Gesellschaftstheorie der Moderne [scheint] davon auszugehen, daß die moderne Gesellschaft noch nicht modern sei und sich selber gleichsam nacheifern müsse, um endlich modern zu werden.«

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie beziehen sich diese Bemerkungen natürlich zuvorderst auf das Phänomen der NGOs. Aber selbst der Sachverhalt, der durch die Debatte um Globalisierung, der wahrscheinlich überragenden gesellschaftswissenschaftlichen Debatte der letzten 15 Jahre, angesprochen wird, ist keineswegs so neuartig wie meist behauptet.² Man denke nur an die entsprechenden Formulierungen von Karl Marx und Friedrich Engels im »Kommunistischen Manifest« von 1848. Gleiches gilt für die in aktuellen Debatten weit verbreitete These,

2 Vgl. für dieses Argument vor allem Hirst/Thompson (1996); aber auch Silver (2005: 44f). Für einen diesbezügl. Literaturvergleich: Guillén (2001). Zudem wird verschiedentlich schon das Ende der Globalisierung bzw. der Beginn der De-Globalisierung ausgerufen, so etwa bei James (2003).

im Zuge der Globalisierung verliere der Nationalstaat an Bedeutung. So äußerte Carl Schmitt schon 1963 die These vom Niedergang des Staates und dem parallelen Aufstieg nicht-staatlicher Mächte: »Die Epoche der Staatlichkeit geht jetzt zu Ende. [...] Der Staat als das Modell der politischen Einheit, der Staat als der Träger der erstaunlichsten aller Monopole, nämlich des Monopols der politischen Entscheidung, dieses Glanzstück europäischer Form und occidentalen Rationalismus, wird entthront« (Schmitt 1991: 10).

Dies alles bedeutet nicht, dass in der vorliegenden Studie Veränderungen geleugnet werden. Es geht aber um eine behutsame und abwägende Analyse, die zwischen den Polen Kontinuität und Diskontinuität vermittelt und insbesondere die Konstruktion dieses Verhältnisses selbst in den Blick nimmt. Durch die reine Benennung des Neuen ist jedenfalls theoretisch noch nichts gewonnen.

* * *

Die Untersuchung ist in zwei Teile gegliedert. In einem ersten Teil (Kapitel 2 bis 5) werden die Diskurse um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance ausführlich dargestellt, in eine Ordnung gebracht und deren Grundprinzipien und Eckpunkte herausgearbeitet, wobei der Schwerpunkt auf der sozial- und politikwissenschaftlichen Rahmung des Diskursterrains liegt. Nachdem mit diesem Teil die Wesenszüge und Auslassungen des Diskurses benannt sind, wird in einem zweiten Teil ein theoretischer Rahmen zur Analyse von Herrschaftsprozessen im modernen Weltsystem mit dem Ziel entwickelt, der bisherigen gesellschaftswissenschaftlichen Aufarbeitung des NGO-Phänomens neue Impulse zu geben. Die vorliegende Arbeit verfolgt damit zwei Absichten. Zum einen will sie zu einem anderen Verständnis des Komplexes und der Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance beitragen. Zum anderen beansprucht der entwickelte theoretische Ansatz, der zentral Prozesse weltgesellschaftlicher Herrschaft erfasst und theoretisch einholt, auch über den Gegenstandsbereich hinaus Relevanz.

Zu den Kapiteln im Einzelnen: In dem folgenden *Kapitel 2* wird zunächst die sozial- und politikwissenschaftliche Debatte zum NGO-Phänomen gewürdigt. Insbesondere wird die bis heute anhaltende Normativität der Beschäftigung mit NGOs thematisiert und der »Mythos der Neuartigkeit der NGOs« relativiert. Das Kapitel 2 ist aber auch als Einführung in den Gegenstandsbereich selbst zu lesen, da es eine recht ausführliche Darstellung der Entwicklungsgeschichte von internationalen NGOs der letzten 130 Jahre leistet und die aktuellen Stratifizierungsmerkmale der in der Literatur oftmals postulierten »NGO-Community«

rekonstruiert. Abgeschlossen wird das Kapitel durch die Explikation der Kernelemente des NGO-Diskurses, in der nicht nur die zentralen Dispositive und Mythen des Diskurses sondern auch die Nichtthematisierungen, die »blinden Flecke« des Diskurses, hergeleitet werden.

Die Beschäftigung mit dem Begriff und den Analysen von Nichtregierungsorganisationen in Kapitel 2 liefert vor allem zwei Anschlussstellen, ohne die der Diskurs um NGOs nicht vollständig ist: der oftmals unterstellte Bezug zu den (neuen) sozialen Bewegungen (Kapitel 3) und die Bedeutung, die den NGOs in Bezug auf die Herausbildung internationaler Verhandlungssysteme einer Global Governance zugemessen wird (Kapitel 4). Die Kapitel 3 und 4 haben jeweils eine doppelte Funktion. Zum einen werden die dort vorgestellten Diskussionen als Teil des NGO-Diskurses bzw. als wichtige Hintergrundfolien gefasst. Zum anderen werden die Debatten nach Elementen durchforstet, die schon Bausteine für eine kritische Beschäftigung mit dem NGO-Phänomen darstellen.

In Kapitel 3 werden zentrale Debatten der sozialwissenschaftlichen Forschung zu sozialen Bewegungen rekapituliert und auf ihre mögliche Bedeutung für die Erklärung des NGO-Phänomens hin befragt und gewürdigt. Insbesondere steht dabei die Diskussion der Bewegungsforschung über das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung im Vordergrund, welche vornehmlich unter dem Schlagwort der »Institutionalisierung sozialer Bewegungen« geführt wird. Während ein Teil der Bewegungsforschung NGOs mit schon immer auffindbaren »Bewegungsorganisationen« schlicht gleichsetzt, werden NGOs in der Institutionalisierungsdebatte als historisch nachgelagerte Produkte von sozialen Bewegungen angesehen, welche, je nach Pointierung, als Zeichen von deren Verkrustung oder als Zeichen für den gesellschaftsverändernden Erfolg sozialer Bewegung interpretiert werden. Als weitere wichtige Fassung des NGO-Phänomens durch die Bewegungsforschung wird die These der Transnationalisierung von Bewegungshandeln dargestellt und auf ihren Gehalt hin abgeklopft.

Im Ergebnis lässt sich auch in den Beiträgen der Bewegungsforschung ein *normativer bias* in Bezug auf ihren Gegenstand auffinden. Darüber hinaus entwickelt die Bewegungsforschung eine Vorstellung sozialer Bewegungen, die stark von Aggregierungsannahmen (und damit letztlich von Vorstellungen des methodologischen Individualismus) geprägt ist. Demnach entwickeln sich aus der amorphen Masse einer sozialen Bewegung im Zeitverlauf (und beschleunigt durch Transnationalisierungsprozesse) organisierte Kerne, neudeutsch also NGOs, die in ihrer Gesamtheit einen Bewegungssektor in der (Zivil-)Gesellschaft respektive eine »internationale NGO-Community« formieren. Die Bewegungsbelange verschaffen sich derart sozusagen ungebrochen auf höheren Ebenen

Gehör und werden qua Organisation »politikfähig« und auf Dauer gestellt. In Kapitel 3 werden aber auch diejenigen Debattenbeiträge herausgearbeitet, die für eine Kritik der dominanten Aggregierungsannahmen von Bedeutung sein könnten.

Während Kapitel 3 in gewisser Weise die Binnenverhältnisse der »NGO-Welt«, die Relation der NGOs zu den mit diesen assoziierten sozialen Bewegungen, zum Thema hatte, wird in *Kapitel 4* auf das Verhältnis der transnationalen NGOs zu externen Akteuren, insbesondere den Nationalstaaten, eingegangen. Da die Debatte um NGOs als neue *Global Players* in internationalen Verhandlungssystemen zunehmend unter der Überschrift Global Governance geführt wird, wird diese Debatte nun ausführlich rekonstruiert und systematisiert. Dem unterschiedlichen Gebrauch des Begriffes, zum einen als Bezeichnung eines politischen Konzepts und zum anderen als Teil analytischer Verfahren, die die veränderten Konstellationen in der internationalen Politik fassen wollen, wird dadurch Rechnung getragen, dass zunächst die zentralen Konzeptionierungen von Global Governance dargestellt werden, um anschließend die politikwissenschaftlichen Ansätze, die die Veränderungen von »Regierung« in internationalen Kontexten theoriegeleitet und zeitdiagnostisch erklären wollen, vorzustellen und einer Kritik zu unterziehen. Abschließend werden in Kapitel 4 die im Global Governance-Diskurs vorgenommenen Essentialisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse herausgearbeitet. Diese ergeben sich vornehmlich aus der positiven Rezeption der Vorstellung der hegemonialen Globalisierungsdebatte, »die« Ökonomie sei »der« Politik aus dem Ruder gelaufen.

In dem den ersten Teil der Arbeit abschließenden *Kapitel 5* werden ein knappes Zwischenfazit der bisherigen Erörterungen gegeben und die wesentlichen *Essentials* des gesamten Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance rekapituliert. Hierbei wird vor allem hervorgehoben, dass der Diskurs auf einem Gesellschaftsbild beruht, welches in der Tradition des methodologischen Individualismus stehend ein Bild der Genese internationaler Vernetzungsstrukturen zeichnet, welches bis auf wenige Ausnahmen von *bottom up* argumentiert. Ausgegangen wird von den jeweiligen Akteuren, seien es Mitglieder sozialer Bewegungen, NGOs oder Nationalstaaten, die dann durch Vernetzungen, Ausdifferenzierungen und Transnationalisierungen eine Ebene der internationalen Vergesellschaftung formieren. Diese Ebene wird aber fast nie als eine eigenständige Ebene von Vergesellschaftung gefasst, die ihrerseits prägende Wirkung entwickeln würde. Zumindest wird sie in den gängigen sozial- und politikwissenschaftlichen Beiträgen, die sich mit dem NGO-Phänomen befassen, nicht derart diskutiert, dass Umstellungen der Begrifflichkeit und der Theorieanlage nötig würden.

Neben dieser mangelnden Berücksichtigung von Weltgesellschaftlichkeit geraten andere Mängel der hegemonialen Thematisierung von NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance in den Blick, die hier im Rahmen der Einleitung zumindest genannt werden sollen, um die Theorieauswahl des zweiten Teils plausibel zu machen. Der Diskurs um NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance zeichnet sich durch ein ontologisierendes Akteursverständnis aus. Demnach werden NGOs als souveräne, rational handelnde Akteure gefasst, die sich zwischen verschiedenen Wahlmöglichkeiten entscheiden können. In diesem Zusammenhang wird innerhalb des Diskurses weder thematisiert, wie sich diese Akteursvorstellungen weltweit verallgemeinern noch wird problematisiert, in wieweit mit formaler Organisation ein sehr spezifischer Modus von Ko-Operation adaptiert wird, der prinzipiell von anderen, etwa dem einer sozialen Bewegung, unterschieden werden kann. Des Weiteren werden herrschaftliche Aspekte, Asymmetrisierungen und hierarchische Strukturen nicht oder nur am Rande erwähnt und dann auch meist als *Fehlentwicklungen* oder noch abstellbare Unvollkommenheiten einer eigentlich wünschenswerten Entwicklung thematisiert. Schließlich folgt der Diskurs einem modernisierungstheoretischen Paradigma, in dessen Konsequenz NGOs und die entstehenden Governance-Strukturen als überlebensnotwendige Innovationen der sich modernisierenden Moderne konstruiert werden.

In *Teil II* der Arbeit wird deshalb ein theoretischer Rahmen entwickelt, der nicht von den Prämissen des methodologischen Individualismus und der Modernisierungstheorie ausgeht, der komplementär zu der vorgestellten Aufarbeitung des NGO-Phänomens durch den politik- und sozialwissenschaftlichen Mainstream sozusagen *top down* argumentiert und der die Defizite der bisherigen Rahmungen beheben hilft. Die zentralen Kriterien, denen der theoretische Rahmen genügen soll, werden aus dem ersten Teil gefolgert: Er sollte demnach *erstens* von einer weltgesellschaftlichen Ebene aus argumentieren, sollte *zweitens* herrschaftstheoretisch informiert sein, sollte *drittens* konstitutionstheoretisch argumentieren und insbesondere nicht von der Vorgängigkeit sozialer Akteurschaft ausgehen, und er sollte *viertens* die Bedeutung von formaler Organisation an zentraler Stelle thematisieren.

In *Kapitel 6* wird zunächst der Unterschied zwischen Globalisierungstheorien und Weltgesellschaftskonzeptionen hergeleitet, um danach einen weltgesellschaftlichen Rahmen zu entwickeln, der vornehmlich auf der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein und der World Polity-Konzeption der Forschergruppe um John W. Meyer aufbaut. Hierbei werden zwar die Unterschiede der beiden Ansätze herausgearbeitet, es wird aber vor allem auf die Suche nach verbindenden Mustern gegangen. Entgegen

der sonst in der Literatur weit verbreiteten schlichten Entgegensetzung der Ansätze kann gezeigt werden, dass sich beide Ansätze produktiv miteinander vermitteln und kombinieren lassen. Der so entwickelte Ansatz an der Schnittstelle zwischen historisch-materialistischer und konstruktivistischer Theoriebildung ist herrschaftstheoretisch informiert, lässt den nationalstaatlich geprägten Gesellschaftsbegriff hinter sich und gelangt zu einem über den Ausbeutungsbegriff hinausgehenden, die kulturell-institutionellen Ebenen einbeziehenden Verständnis von weltgesellschaftlicher Herrschaft, der diese im Spannungsfeld von Homogenisierungs- und Asymmetrisierungseffekten lokalisiert. Besondere Bedeutung wird der spezifischen Konstruktion von Akteurschaft in der Weltgesellschaft zugemessen, welche als ein Schlüssel für den Akzeptanzzuwachs der NGOs in den letzten Jahrzehnten ausgemacht wird. In Bezug auf das Thema NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance entwickelt der Ansatz besonderes Potential, da er die Bedeutung von NGOs bei der Durchsetzung und Aufrechterhaltung neuer Legitimierungsstrukturen innerhalb der Weltgesellschaft betont.

Insbesondere der neoinstitutionalistische World Polity-Ansatz weist auf die besondere Bedeutung formaler Organisationen hin, welche als ein entscheidendes kulturell verbindendes Muster der gegenwärtigen Weltgesellschaft beschrieben werden. Formale Organisation gilt innerhalb der Weltgesellschaft als universell anwendbarer Modus der Regulierung jeglicher gesellschaftlicher Belange und der produktiven Koordination der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Auf dieser Grundlage wird in *Kapitel 7* die Bedeutung der Organisationsform innerhalb der Weltgesellschaft und insbesondere für Prozesse der Herrschaft vertieft. Hier bietet sich der Ansatz der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« von Klaus Türk in besonderer Weise an. Dieser fasst Organisation dezidiert nicht als neutralen Modus der effektiven Koordination menschlicher Praxis, sondern bestreitet die Produktivität von Organisation. In Kapitel 7 wird ein Analyserahmen entwickelt, der Organisation als den für die moderne Gesellschaft zentralen Modus der Produktion und Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen ausweist. Formale Organisation wird in dieser herrschaftskritischen und makrosoziologischen Perspektive als entscheidende Schnittstelle bzw. Dreh- und Angelpunkt von globaler Asymmetrisierung *und* Homogenisierung analysiert. Schon mit dem Begriff Nichtregierungsorganisation wird durch den Wortteil Organisation ein sehr spezifischer Modus kooperierenden Handelns bezeichnet, der beispielsweise eben nicht »soziale Bewegung« meint, sondern auf die Begriffsgeschichte formaler Organisation rekurriert. Mit dieser Fokussierung schließt die vorliegende Arbeit eine Lücke in der bisherigen, quantitativ stark anstei-

genden NGO-Forschung, die diesem Sachverhalt, auf den ersten Blick kurios anmutend, auffallend wenig Bedeutung zumisst.

In dem abschließenden *Kapitel 8* wird der entwickelte theoretische Ansatz auf den Gegenstandsbereich NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance zugespitzt und es werden konzeptionelle Überlegungen angestellt, in welche Richtung zukünftig Forschungsbedarf besteht. Hier wird auch die Frage gestellt, vor welchen Bedingungen »Protest« und »Emanzipation« angesichts der gegenwärtigen Strukturen der Weltgesellschaft stehen. Im Ergebnis wird das emanzipative und herrschaftsminimierende Potential von NGOs stark in Frage gestellt, ohne allerdings dabei im Gegenzug »soziale Bewegung« als herrschaftsfreien Raum zu konzipieren.

* * *

Die Untersuchung weiß um die gesellschaftliche Bedingtheit und Relativität theoretischer Bemühungen. Dies heißt auch, dass Theorie immer *für* jemanden oder *für* irgendeine Absicht verfasst wird, folglich immer eine Perspektive hat. Die »Welt« wird so von einem Standpunkt aus gesehen, »der in Begriffen von Nation oder sozialer Klasse, Herrschaft oder Unterordnung, aufsteigender oder schwindender Macht, einem Gefühl der Bewegungslosigkeit oder dem einer gegenwärtigen Krise, vergangenen Erfahrungen sowie von Hoffnungen und zukünftigen Erwartungen bestimmt werden kann« (Cox 1998: 31). Hiervon ausgehend können mit Robert W. Cox³ zwei prinzipiell mögliche Theorietypen unterschieden werden: Problemlösungstheorien und kritische Theorien.

Problemlösungstheorien entstehen in einem einfachen, direkten Reflex auf die jeweiligen Problemstellungen der wahrgenommenen sozialen Realität. Sie akzeptieren »die vorgefundene Welt als den gegebenen Handlungsrahmen, mitsamt den vorherrschenden sozialen und Machtbeziehungen einschließlich ihrer institutionellen Organisationsformen« (ebd.: 32). Problemlösungstheorien verstehen sich als Ratgeber, die helfen sollen, Probleme innerhalb des gegebenen Rahmens zu lösen. Da die grundsätzliche Funktionsweise der Institutionen und Beziehungen nicht in Frage gestellt wird, geraten die besonderen Probleme in Relation zu den speziellen Handlungsbereichen, in denen sie sich entfalten, in den Blick. Die so gewonnenen Aussagen über Gesetz- oder Regelmäßigkeiten beanspruchen dabei zwar allgemeine Gültigkeit, tatsächlich setzen sie aber die

3 Cox legte in den 1980er Jahren den Grundstein für eine neo-gramscianische Analyse der Internationalen Beziehungen. Für eine knappe Einführung in sein Werk und dessen Rezeption vgl. Bieler/Morton (2003).

dem Problemlösungsansatz zugrunde liegenden institutionellen und sozialen Parameter voraus.

Im Gegensatz hierzu nimmt der Theorietypus *kritischer Theorie* Institutionen, soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht als gegeben hin. Kritische Theorien sind in dem Sinne kritisch, da sie sich abseits der vorherrschenden Weltordnung positionieren und danach fragen, wie diese Ordnung zustande gekommen ist. Kritische Theorie »zielt auf die Bewertung eben jenes Handlungsrahmens, den die Problem-Lösungs-Theorie als vorgegeben akzeptiert. Ihre Aufmerksamkeit richtet sie somit eher auf den sozialen und politischen Komplex insgesamt als auf dessen separate Teile« (ebd.: 33).

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zu einer in diesem Sinne kritischen Theoriebildung. Zwar behandelt sie mit dem Komplex NGOs/Soziale Bewegungen/Global Governance ein spezifisches gesellschaftliches Thema, verbindet es aber mit der Entwicklung einer Gesellschaftstheorie, die über das gewählte Thema hinaus Relevanz entfaltet. Ein solches Vorgehen will gesellschaftliche Wandlungsprozesse verstehen, in dem sie sowohl den einzelnen Teilen (das gewählte gesellschaftliche Phänomen) als auch dem Ganzen Beachtung schenkt. Dies heißt aber auch, dass sich die folgenden Ausführungen oftmals mit einer »negativen Kritik« zufrieden geben müssen. »Konstruktivität« ist dieser Position zwar kein Gräuel, gleichwohl wird sie als zu erfüllende Forderung an Theoriebildung aber als Zumutung zurückgewiesen. Der hier zu Grunde liegende Anspruch ist daher in diesem Sinne bescheiden.

Die folgende Untersuchung hat also eine kritische Distanz zu einem Theorieverständnis, das von Theorie Anleitungen und Maßstäbe für das soziale und politische Handeln erwartet. Mehr noch, im Folgenden wird kritisiert, dass große Teile der Forschung zu NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance lediglich darauf konzentriert sind, verwertbare Ergebnisse zu produzieren und sich mit Politikberatung zufrieden zu stellen. Solche Analysen stehen unter einem generellen Konservatismusverdacht, da sie lediglich daran interessiert sind, die bestehenden Institutionen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen unter Berücksichtigung neuer Problemstellungen qua Anpassung, Reform und Modernisierung zu erhalten und gegebenenfalls zu optimieren. Sie zielen darauf ab, »die Probleme, die innerhalb der verschiedenen Teile eines komplexen Ganzen entstehen, so zu lösen, dass das Ganze wieder reibungslos funktioniert« (ebd.: 33).⁴ Die folgende Arbeit nimmt solche Ansätze – wie dar-

4 Problemlösungstheorien unterlaufen damit den von ihnen meist formulierten Anspruch der Werturteilsfreiheit, da sie implizit die bestehende Ordnung als ihren eigenen Rahmen akzeptieren.

gestellt – in großem Umfang zur Kenntnis und betrachtet sie als ihr empirisches Material. Die Ansätze werden aber nicht auf ihre handlungsanleitende Nützlichkeit hin untersucht, sondern als Teil einer diskursiven Realität.

Mit der vorgenommen Abgrenzung zwischen kritischen und Problemlösungstheorien ist freilich noch recht wenig gesagt über die konkreten Ansprüche, die an kritische Theoriebildung heranzutragen sind. Die hier zugrunde gelegte Maxime kritischer Theorie lautet, dass diese einen Beitrag zur Entontologisierung und Entdinglichung von gesellschaftlich dominanten Gesellschaftsvorstellungen leisten soll, allerdings ohne dabei einfachen Basis-Überbau-Schemata oder Aufklärungsmodellen zu folgen.

Die Beschränkung der vorliegenden Arbeit auf negatorische Kritik heißt nicht, dass ihr Handlungsrelevanz nicht wichtig sei. Sie bedeutet lediglich, dass sich aus theoretischen Anstrengungen heraus nicht friktionslos und allgemeingültig *konkrete* Handlungsanleitungen ergeben. Gleichwohl strebt kritische Theorie danach, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, die zu einer Minimierung von Herrschaft führen. Ohne konkrete Wege vorzugeben wehrt sich kritische Theorie damit gegen die (insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges) vorherrschende TINA-Ideologie (*there is no alternative*).

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Punkt von Bedeutung: die Zurückweisung jedweder Präferenz von Theorie vor Praxis. Eine theoretische Vorwegnahme dessen, was »richtige« gesellschaftliche Praxis sein soll, hat sich im letzten Jahrhundert gründlich blamiert und diskreditiert.⁵ Das Entwerfen einer Blaupause am Schreibtisch, die dann lediglich der Umsetzung harrt, kann nicht Sinn wissenschaftlicher Tätigkeit sein. Mit Brand (2002: 100) bin ich mir an dem Punkt einig, dass eine Theorie, die darauf verzichtet, wohl im besten Sinne radikal ist: »Denn sie setzt erstens an gesellschaftlichen Wurzeln an (und nicht an missverstandenen Allokations- und Wissensproblemen) und bezieht sich zweitens in kritischer Spannung auf heute real stattfindende Kämpfe«. Dies heißt vor allem auch, dass eine Alternative nicht »von oben« gedacht werden kann. Die Aufgabe kritischer Theorie besteht dann vornehmlich darin, Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und Verdinglichungszusammenhänge zu dechiffrieren.

In Bezug auf die zukünftige Ausrichtung sozialer Bewegungen, insbesondere der der sogenannten Globalisierungskritiker, haben Wissen, Habermann und Brand (2003: 51) formuliert, dass eine Strategie des »Mit-

5 So mehren sich in letzter Zeit gar die Stimmen, die die Idee der Utopie selbst für eine unter emanzipatorischen Gesichtspunkten gescheiterte Idee halten (vgl. pointiert Wallerstein 2002; aber auch: Türk 1995: 94).

mischen-Wollens« in den meisten Fällen bedeutet, »die bestehenden Verhältnisse nach den Spielregeln zu bekämpfen, die diesen Verhältnissen erst ihre Stabilität verleihen« (Wissen/Habermann/Brand 2003: 51). Ähnlich äußern sich auch Chesnais, Serfati und Udry (2001: 16), die fordern, »dass man sich weniger häufig auf das Terrain des Gegners begeben muss, um ihn zu bekämpfen«. Aufgabe sozialer Bewegungen sei es hingegen, »den Blickwinkel und die Postulate des herrschenden Diskurses zurückzuweisen«. Dieses Postulat lässt sich auf eine sich kritisch verstehende Wissenschaft übertragen. Die folgenden Ausführungen verstehen sich als ein Beitrag hierzu.

2. Internationale NGOs: Begriff, Entwicklung, Strukturen

Schon 1949 zeigte sich der Politikwissenschaftler Lyman C. White davon überzeugt, dass zumindest für den Bereich der internationalen Beziehungen die Existenz von Nichtregierungsorganisationen ein weites Forschungsfeld eröffne: »Surely the time has come for the students and teachers of international affairs to realize that international nongovernmental organization is a great unexplored continent in the world of international affairs and that expeditions should be sent in search of the great riches to be found there« (zit. n. Charnovitz 1997: 286). Doch der »große unerforschte Kontinent« der NGOs harrte, bis auf einige wenige Expeditionen, noch weitere 30 bis 40 Jahre einer umfassenderen politik- und sozialwissenschaftlichen Erschließung. Erst seit Mitte der 1980er Jahre und beschleunigt seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro mehren sich Forschungsbeiträge zu den nun als »neue Akteure« (Martens 2002: 25) wahrgenommenen Nichtregierungsorganisationen.

Spätestens Anfang der 1990er Jahre war der Dornröschenschlaf der NGOs vorbei. Wachgeküsst durch teils euphorische Zuschreibungen mutierten NGOs in der Öffentlichkeit nicht nur zum »neuen Stern am Medienhimmel« (Walk/Brunnengräber 2000: 10)¹ und zum großen Hoffnungsträger des vergangenen Jahrzehnts, sondern auch zu einem Forschungsfeld, welches es neu zu besetzen galt. So durchlief das »verheißungsvolle Kürzel« (Walk/Brunnengräber/Altvater 1997: 15) NGO innerhalb des recht kurzen Zeitraums der 1990er Jahre eine »enorme Karriere« (Frantz 2002: 69), die von einem »Quantensprung« an Bedeutungs- und Akzeptanzzuwachs von NGOs« (Schrader 2000: 53) begleitet war. Neben der Theorie der Internationalen Beziehungen kamen nun auch

1 Klein (2001: 228) schätzt NGOs analog als »mediale Shootingstars« der letzten Jahre ein. Vgl. zur Illustration die Berichte in der *Zeit* unter dem Titel »Neue Mitspieler« (Heuser/Randow 1999) sowie das *Spiegel-Spezial* von 1995 mit dem Titel »Die Macht der Mutigen – Politik von unten«.

andere sozialwissenschaftliche Disziplinen nicht mehr an den NGOs vorbei. Eiligst nahmen sie jeweils eigene Bestimmungen dessen vor, was NGOs zu sein haben und was das Neue an ihnen sei. Wie noch zu zeigen sein wird, wurde dabei oftmals »das Kind mit dem Bade ausgeschüttet«. So wurde versucht, der Unsicherheit ob der Eigenart des »neu« beobachteten Phänomens dadurch beizukommen, dass man es mit möglichst eindeutigen und rigiden kategorialen Bestimmungen einzäunt.²

Das folgende Kapitel führt in den Gegenstandsbereich NGO ein und zeigt mithilfe der Aufarbeitung des bisherigen Forschungsstandes Elemente des aktuellen (sozial- und politikwissenschaftlichen) NGO-Diskurses auf. Dazu ist zunächst ein Überblick zur Begriffsgeschichte von NGO nötig (Kap. 2.1). An den dort rezipierten Definitionsversuchen wird bereits die normative Aufladung des NGO-Phänomens deutlich. Anschließend wird der Entwicklungsgeschichte der NGOs relativ viel Platz eingeräumt (Kap. 2.2). Ziel ist über die empirische Darstellung hinaus ein historisch unterfüttertes Verständnis des NGO-Komplexes, welcher als »alt und neu zugleich« charakterisiert wird. Nachfolgend wird die Heterogenität des NGO-Feldes aufgeschlüsselt und insbesondere das Augenmerk auf die stratifizierenden Variablen gelegt (Kap. 2.3). Abschließend werden die herausgearbeiteten zentralen Elemente des NGO-Diskurses zusammengefasst (Kap. 2.4).

2.1 Zur Begriffsbestimmung von internationalen NGOs

In den Sozialwissenschaften wurden NGOs an prominenter Stelle erst im vergangenen Jahrzehnt erforscht (Frantz 2002: 51). Die Forschung zu NGOs steckt somit immer noch in ihren Kinderschuhen (Martens 2002: 44), zumal erst seit kurzem allmählich von der Herausbildung einer eigenständigen NGO-Forschung gesprochen werden kann (Brand 2001a: 73; Frantz 2002). NGOs als Forschungsgegenstand wurden vielmehr von verschiedenen sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungsrichtungen entdeckt, was nicht nur zu äußerst heterogenen Forschungsbeiträgen führte, sondern auch einen Erklärungsansatz für die mangelnde Trennschärfe des NGO-Begriffs selbst liefert. Die Struktur eines bestimmten Forschungsfeldes und dessen Blickwinkel auf NGOs als Akteure prägen in starkem Maße die Definition dessen, was dort unter einer NGO verstanden wird (Frantz 2002: 54). NGOs werden zudem dabei in der Regel nicht isoliert betrachtet, sondern im Rahmen ihres jeweiligen Handlungs-

2 Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt Brand (2000: 16f).

feldes und im Zusammenspiel mit anderen Akteuren untersucht. Die NGO-Forschung kann deshalb in hohem Maße als kontingent gelten (Zimmer 2001: 337). Zudem ist die NGO-Forschung häufig »untertheoretisiert« (Martens 2002: 45), weshalb Brand (2000: 232) eine gesellschaftstheoretische Fundierung der NGO-Forschung fordert. Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zu einer solchen Fundierung.³

Die Literatur zu NGOs lässt sich grob in zwei Teile gliedern. Ein *area*-spezifischer Zugriff untersucht NGOs vor allem auf ihre Funktion in der Entwicklungshilfe und -politik, während ein *policy*-spezifischer Zugriff an einer Analyse von NGOs als neuen Akteuren in unterschiedlichen, in der Regel internationalen Politikfeldern interessiert ist (Zimmer 2001: 333).⁴ Diese Unterscheidung hat ihre Entsprechung in zwei idealtypischen Formen von NGOs. So kann zwischen technischen NGOs, die Dienstleistungen ausüben, und politischen NGOs, die mit Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen oder Lobbyarbeit auf politische Willens- und Entscheidungsfindung einwirken wollen, differenziert werden (Klein 2002:3, Fußnote 1; Brand et al. 2000: 123). Eine Unterscheidung kann analog auch mit Heins (2001: 120) anhand des Kriteriums der hauptsächlichen Tätigkeit zwischen humanitären NGOs und Lobby-NGOs erfolgen. Es wird allerdings im Folgenden noch ersichtlich, dass beide Typen zunehmend hybride Formen eingehen.

Schon ein flüchtiger Blick in die Literatur verdeutlicht, dass der NGO-Begriff schillert und sich gegen eine allseits geteilte Bestimmung sträubt. Im Rahmen dieses Kapitels wird trotz dieser heterogenen Ausgangslage ein Mainstream-Verständnis von NGOs herausgearbeitet. Dies geschieht hier nicht aus dem Grunde, im Anschluss an die Darstellung eine eigene, »richtige« Definition zu präsentieren, da eine nomologische Definition des Gegenstandsbereichs dem Anspruch der vorliegenden Arbeit, das NGO-Phänomen diskurstheoretisch einzufangen, zuwider laufen würde. Die Beschäftigung mit verschiedenen Definitionen hat hingegen den Zweck, erste Hinweise zu sammeln, in welcher Art und Weise das »Denken und Sprechen« über NGOs, kurz: der NGO-Diskurs, strukturiert sind und von welchen Grundvoraussetzungen ausgegangen wird. Es kann nicht darum gehen, im Anschluss an eine gewonnene Definition »echte« von »unechten« NGOs unterscheiden zu können⁵, sondern darum, das Bemühen um eine solche Unterscheidung und Typologisierung als Teil

3 Sie erfolgt aber in differenter Pointierung zu den regulationstheoretisch angeleiteten Versuchen von Brand (2000) und Brand et al. (2001).

4 Ähnlich unterscheidet Ludermann (2001: 19).

5 Eine Kategorisierung anhand des Kriteriums »echt/unecht« unterläuft explizit Schrader (2000: 12), liegt aber darüber hinaus implizit einem großen Teil der Literatur zu NGOs zugrunde.

des NGO-Diskurses und damit als Teil dessen, was NGOs »sind«, zu begreifen.

Im Folgenden werde ich mich dem NGO-Begriff von verschiedenen Seiten her annähern. In Kapitel 2.1.1 wird zunächst nachgezeichnet, wie in der Politikwissenschaft der Internationalen Beziehungen NGOs in Kontrast zu Internationalen Regierungsorganisationen bestimmt werden. Die dort vorgenommene allgemeine und noch recht inhaltsleere Bestimmung von NGOs wird in Kapitel 2.1.2 präzisiert, wo verschiedene Definitionen der Forschungsliteratur vorgestellt und diskutiert werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf der policy-orientierten NGO-Literatur. Mit Kapitel 2.1.3 wird die bisherige Darstellung dann durch die area-orientierte Sichtweise der entwicklungstheoretischen Literatur ergänzt. Dies geschieht zum einen deshalb, da das dort gebildete NGO-Verständnis einen großen Einfluss auf andere Forschungsrichtungen und das öffentliche NGO-Bild ausübte, zum anderen deshalb, da hier in neuerer Zeit NGOs in Ansätzen bereits wieder entmythologisiert worden sind. Abschließend werden die Problematiken des NGO-Begriffs resümiert (Kap. 2.1.4).

2.1.1 Organisationen im internationalen Raum

Das Phänomen der formalen Organisation ist entgegen weit verbreiteter Ansicht historisch recht jung. Zwar sind einige Komponenten der Organisationsform historisch früher erprobt und entwickelt worden, doch setzte sich erst ab dem Ende des 18. Jahrhundert die Organisationsform massenhaft durch und wurde zur dominierenden Form arbeitsteiliger Kooperation (Türk/Lemke/Bruch 2002: 88).⁶ Die Internationalität organisationalen politischen Agierens tritt, von Einzelfällen abgesehen, sogar erst im Laufe des 19. Jahrhunderts in Erscheinung (Lyons 1963). Insbesondere kommen internationale Organisationen seitdem als weitere Akteure neben den Nationalstaaten, die sich ebenfalls in diesem Zeitraum global durchsetzen, auf. In ihnen und durch sie gehen Nationalstaaten neuartige, dauerhafte Verbindungen ein, die faktisch deren Handlungsautonomie untergraben (Rittberger 1994: 11).⁷

Die Begriffsgeschichte von »internationaler Organisation« hinkt dieser Entwicklung hinterher. Die Verwendung dieses Ausdrucks in der (politischen) Wissenschaft und seine zeitlich nochmals nachgelagerte Durchsetzung im Alltagsvokabular setzen erst wesentlich später ein als der da-

6 Dies mag für die weitere Argumentation an dieser Stelle reichen. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Begriff und Geschichte von »Organisation« erfolgt in Kapitel 7.

7 Zur Geschichte internationaler Organisationen im 20. Jahrhundert vgl. vor allem Armstrong/Lloyd/Redmond (1996).

mit bezeichnete Sachverhalt. Zur Zeit der ersten größeren Gründungswelle internationaler Organisationen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren noch Bezeichnungen wie »Verwaltungsverein«, »Internationales Büro« oder »Kommission« gebräuchlich. Zwar wurde der Terminus »internationale Organisation« schon 1867 von dem schottischen Rechtsgelehrten James Lorimer eingeführt, doch erfolgte die entscheidende Rezeption dieses Begriffes zumindest in Deutschland mit der Abhandlung von Walther Schücking (1909) über »Die Organisation der Welt«. ⁸ Schücking entwickelt in seiner Schrift eine Utopie der rationalen Organisierbarkeit der Welt, die dem Weltfrieden dienen soll. Sein Werk kann somit als Beispiel für die generelle Organisationsbegeisterung sozialwissenschaftlicher Intellektueller am Anfang des 20. Jahrhunderts angesehen werden. ⁹

In völkerrechtlicher Hinsicht erlangt der Terminus »internationale Organisation« durch Artikel 23 der Satzung des Völkerbundes (1919) seine Weihen, in dem die Errichtung von besonderen internationalen Organisationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in bestimmten Sachbereichen angeregt wird. Seine vollständige Durchsetzung erfährt der Begriff aber erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nun bezeichnen sich auch Organisationen selbst als internationale Organisationen (Rittberger 1994: 23ff).

Der Terminus »Internationale Organisation« wird in der Politikwissenschaft unterschiedlich benutzt. In den meisten Definitionsversuchen wird auf den Unterschied zu internationalen *Nichtregierungsorganisationen* hingewiesen, so dass die Bezeichnung »internationale Organisation« zum Synonym für »Internationale *Regierungsorganisationen*« (IGOs) wird. Unter einer internationalen Regierungsorganisation wird dann vornehmlich »eine durch multilateralen völkerrechtlichen Vertrag geschaffene Staatenverbindung mit eigenen Organen und Kompetenzen verstanden, die sich als Ziel die Zusammenarbeit von mindestens zwei Staaten auf politischem und/oder ökonomischen, militärischem, kulturellem Gebiet gesetzt hat« (Woyke 1994: 188). Zudem muss eine internationale Regierungsorganisation aufgrund ihrer organschaftlichen Struktur als kollektiver Akteur gegenüber ihrer Umwelt in Erscheinung treten können (Rittberger 1994: 27).

Alle anderen international operierenden Organisationen, also auch transnationale Unternehmen, sind dieser Definition gemäß internationale, nichtstaatliche Organisationen. Diese Eingrenzung deckt sich mit der De-

8 Besonders deutlich wird dies am Titel der gekürzten französischen Fassung: »L'Organisation Internationale«.

9 Es verweist aber auch auf die damalige, über den Bezugspunkt Frieden hergestellte Normativität der Beschäftigung mit internationalen Organisationen, welche teils bis heute anhält.

definition, die der *Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC)* in der Resolution 288 (X) vom 27. Februar 1950 für internationale Nichtregierungsorganisationen gibt: »Jede internationale Organisation, die nicht durch ein zwischenstaatliches Abkommen zustande kommt, soll als nicht-staatliche Organisation im Sinne dieser Vereinbarungen betrachtet werden.« Der ECOSOC übernimmt damit im wesentlichen eine Definition der schon 1907 gegründeten *Union of International Associations (UIA)*¹⁰, welche nach 1945 eng mit der UN zusammenarbeitet. Die Resolution 288 (X) befasst sich mit der Implementierung von Artikel 71 der Charta der Vereinten Nationen zum Beraterstatus von nicht-staatlichen Organisationen, der in der Resolution 1296 (XLIV) vom 25. Juni 1968 näher spezifiziert wird: »einschließlich solcher Organisationen, die von staatlichen Einrichtungen designierte Mitglieder aufnehmen, vorausgesetzt, dass sich diese Mitgliedschaft nicht mit der freien Äußerung der Ansichten dieser Organisation überlagert«. Eingedenk der Schwierigkeiten einer genauen Unterscheidung von IGOs und NGOs in der Praxis, definiert die UIA pragmatisch eine Organisation dann als Internationale Regierungsorganisation, »if it is established by signature of an agreement engendering obligations between governments, whether or not that agreement is eventually published.« Dementsprechend gilt den Autoren des von der UIA herausgegebenen »Yearbook of International Organizations« jede Organisation, die sich selbst als nichtstaatlich bezeichnet, als NGO (UIA 2001: 442; Schulze 2000).

Analytisch ist eine solche Unterscheidung, die auf dem Selbstbild der jeweiligen Organisation beruht, sicherlich unbefriedigend. Die teils erheblichen Schwierigkeiten bei der Einordnung von internationalen Organisationen in das Raster Regierungs- versus Nichtregierungsorganisation bleiben bestehen. Ein bekanntes Beispiel ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in deren Organen Vertreter von nationalen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden formal gleichberechtigt mit Regie-

10 Die UIA wurde 1907 als Central Office of International Associations in Brüssel gegründet und existiert unter ihrem heutigen Namen seit dem »1st Congress of International Organizations« von 1910, an dem 132 internationale Körperschaften und 13 Regierungen teilnahmen. Schon 1909 war die UIA Mitherausgeber des »Annuaire de la Vie Internationale«, dem Vorläufer des heutigen »Yearbook of International Organizations«. In ihren Statuten bezeichnet sich die UIA selbst als unabhängige, apolitische, nicht-profitorientierte NGO. Seit 1950 existiert eine offizielle Zusammenarbeit mit dem ECOSOC der Vereinten Nationen bezüglich der Herausgabe des Yearbooks (vgl. www.uia.org; zur Geschichte der UIA: Seary 1996; White 1968: 226ff).

rungsvertretern an einem Tisch sitzen.¹¹ Noch schwerer fällt es, in allen Fällen eine klare Trennlinie zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu ziehen. Es wimmelt geradezu von Akronymen, um der Vielschichtigkeit Herr zu werden. Nicht zum Staatsapparat gehörende, aber mit ihm organisatorisch verbundene Organisationen werden GONGOs (Government Organized Non-Governmental Organizations) oder GRINGOs (Government Run/Inspired Non-Governmental Organizations) genannt. Organisationen, die sich lediglich staatlich finanzieren, ansonsten aber autonom handeln, werden hingegen als QUANGOs (Quasi Non-Governmental Organizations) gefasst. Es existieren aber speziell in den südlichen Ländern auch FFUNGOS (Foreign Funded Non-Governmental Organizations), die durch ausländische staatliche und nicht-staatliche Geldgeber weitgehend bestimmt werden.

In letzter Zeit mehren sich Definitionen, die »internationale Organisationen« nicht gleichsetzen mit internationalen Regierungsorganisationen, sondern als Oberbegriff für zwischenstaatliche Organisationen und NGOs verstehen (Martens 2002: 37). Eingedenk des Bedeutungszuwachses der NGOs und einer ohnehin schwierigen klaren Abgrenzung von Regierungs- zu Nichtregierungsorganisationen ist dies sinnvoll und wird hier übernommen. Es wird zudem dann auch sprachlich deutlich, dass Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen lediglich zwei Ausprägungen eines einzigen Phänomens sind, nämlich jenes der quantitativen Zunahme und qualitativen Bedeutungssteigerung von Organisationen im internationalen Raum. Es geraten tendenziell weniger die Differenzen in der völkerrechtlichen Legitimierung, sondern die organisationalen Homogenisierungsprozesse in den Blick. Verfolgt man eine solche Perspektive, so sind die Existenz und Zunahme von internationalen Organisationen insgesamt (IGOs und INGOs) nicht nur Indizien für die Herausbildung einer Weltgesellschaft. Es lässt sich daran auch allgemein der weltweite Siegeszug der Organisationsform, deren globale institutionelle Durchsetzung in den letzten zwei Jahrhunderten, ablesen.

2.1.2 NGO: Ein Begriff auf der Suche nach seinem Gegenstand

Trotz (oder gerade wegen) der dargestellten Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen IGOs und NGOs werden in der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur verschiedene weitere Definitionsangebote in Bezug auf NGOs unterbreitet. Der Begriff NGO selbst kann dabei heute in der

11 Die ILO setzt sich zu je einem Drittel aus Vertretern von Regierungen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften zusammen und weist damit stark korporatistische Züge auf.

internationalen Debatte als durchgesetzt betrachtet werden. Zwar musste er lange mit einer Reihe anderer Begriffe konkurrieren, die auf gleiche oder verwandte Gegenstandsbereiche verwiesen (Non-Profit Organisationen, internationale Bewegungsorganisationen, private Organisationen, pressure groups etc.). Da mit diesen semantischen Alternativen aber jeweils nur eine Subgruppe der NGOs hervorgehoben wurde oder nur ein Aspekt von NGO-Tätigkeiten betont wurde, konnte sich keiner dieser Begriffe durchsetzen (Martens 2002: 31).

Wie schon gesehen, hat der Begriff »Nichtregierungsorganisation« seinen Ursprung im Rahmen der Vereinten Nationen, wo er in Artikel 71 der UN-Charta 1949 zum ersten Mal auftaucht.¹² Die dort durch den Präfix »Nicht« vorgenommene Negativbestimmung ist zunächst auch in der wissenschaftlichen Debatte vorherrschend. Andere Negativdefinitionen kommen hinzu: So fasst Lador-Lederer (1963: 60) NGOs als »non-governmental, non-profit-making, not-uninational« auf. Willets (1996: 6) definiert als NGO »any non-profit-making, nonviolent, organised group of people who are not seeking governmental office«. Die Zusammenfassung höchst unterschiedlicher Organisationen lediglich auf Grund von Negativkriterien, oft nur dem Kriterium der Nichtstaatlichkeit, ist selbstverständlich problematisch.¹³ Der Begriff NGO wird zu einem *catch-all*-Begriff¹⁴, der alles und nichts meint. Seit Beginn der 1990er Jahre sind denn auch in der wissenschaftlichen Debatte reine Negativdefinitionen immer seltener anzutreffen (Willets 2002). Nun konkurrieren verschiedene Definitionsvorschläge miteinander. Diese differieren zwar recht stark untereinander, doch überrascht letztendlich, dass sie nicht so heterogen sind, wie das NGO-Phänomen selbst.¹⁵ Es kann daher im Folgenden eine Art *Mainstream*-Verständnis bezüglich NGOs destilliert werden.

12 Davor waren formell oder tatsächlich regierungsunabhängige Zusammenschlüsse meist als »private Organisationen« bezeichnet worden (White 1968: 3).

13 Einige Autoren lehnen den Begriff NGO deshalb auch ab (etwa Lietzmann 2000: 273, Fußnote 32).

14 Auf den *catch-all*-Charakter wird auch mit der Kapitelüberschrift »NGO: Ein Begriff auf der Suche nach seinem Gegenstand« angespielt. Die Überschrift verweist darüber hinaus darauf, dass der Begriff NGO seit spätestens Anfang der 1990er Jahre in aller Munde ist, was dazu führte, dass Sozialwissenschaftler aus vielen unterschiedlichen Teildisziplinen (Bewegungssoziologie, Dritte-Sektor-Forschung, Theorie internationaler Beziehungen etc.), die bislang ohne dieses Terminologie auskamen, nun in ihren Spezialgebieten »auf die Suche nach NGOs« gingen.

15 Die Heterogenität dessen, was NGOs sein können, wird in folgendem Zitat anschaulich: »At the global level, NGOs may have individuals as members; they may be organisations of organisations; or they may have both individuals and organisations as members. NGOs may have a very small mem-

Zu einer gewissen Popularität hat es in der (bundesdeutschen) Diskussion die politikwissenschaftliche Definition gebracht, nach der NGOs als *intermediäre Non-Profit-Organisationen* verstanden werden, die auf *freiwilliger Basis* agieren und eine *gemeinnützig-altruistische Haltung* aufweisen (Glagow 1993).¹⁶ Sie seien zumindest formell weder direkt von Nationalstaaten und deren Regierungen abhängig noch treten sie als Marktakteure auf. Intermediär heißt in diesem Zusammenhang, dass die Mitglieder von NGOs nicht die Nutznießer der Bemühungen ihrer Organisationen sind, im Gegensatz zu Selbsthilfegruppen und Basisorganisationen, wie etwa Religionsgemeinschaften, Vertreter ethnischer Interessen oder Gewerkschaften (Freyhold 1998: 6). NGOs zeichneten sich durch ihre Vermittlungstätigkeit zwischen »Betroffenen« und anderen Instanzen (etwa Regierung und Öffentlichkeit) aus. Ihnen wird gar unterstellt, sie würden einem »apriorischen ›Altruismus‹« (Koschützke 1994:43; ähnlich: West 2002) folgen. Eine NGO sei darüber hinaus »in der Regel überregional tätig und verfügt über formalisierte Organisations- mit partizipativen Entscheidungsstrukturen« (Olejniczak 1999: 72).

Zwar überwinden diese Definitionen die im Rahmen der UN vorherrschende reine Negativdefinition und leisten somit eine positive Bestimmung des Gegenstandsbereichs. Die Verortung von NGOs »zwischen Staat und Markt«, und damit in der sogenannten Zivilgesellschaft, ist aber höchst voraussetzungsvoll und bedingt zum großen Teil eine normative Aufladung des Begriffs NGO. Während mit »Staat« Herrschaft und mit »Markt« Profitstreben verbunden werden, wird in Bezug auf NGOs ein glorifizierendes Verständnis nahe gelegt, wonach NGOs sichtbare Repräsentanten der »people's power« sind (Gordenker/Weiss 1996: 19). Darüber hinaus wird mit diesen Definitionsversuchen ignoriert, dass viele NGOs in unterschiedlichster Weise staatlich finanziert sind und dass sowohl die Bedingungen von Öffentlichkeit, eine der wichtigsten Ressour-

bership or have millions of members. They may represent privileged elites or the oppressed and the disadvantaged. They may be little known lobbies, influencing the governments behind the scenes, or they may be mass movements, gaining coverage in the global news media. NGOs may have members from one country, from a group of countries in a specified region or from all parts of the world. They may deal with ›high politics‹ or ›low politics‹, controversial issues or obscure issues« (Willets 1996: 10).

16 In gleicher Hinsicht definiert das »Lexikon zur Politik«: NGOs »handeln nicht profitorientiert [...], streben keine Regierungsämter an und unterscheiden sich durch ihre nicht-eigennützige, intermediäre Tätigkeit zwischen betroffenen und politisch-administrativen Instanzen auch von Selbsthilforganisationen. Als solche sind sie der Zivilgesellschaft zuzuordnen« (Nohlen/Schultze/Schüttemeyer 1998: 422).

cen von NGOs, als auch die Spendenaquierierung hochgradig vom Marktprinzip durchdrungen sind.

Insgesamt sind die Definitionsangebote für NGOs in der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur relativ eng und beziehen sich daher nur auf einen sehr geringen Teil der gesamten NGO-Population. Hierbei überrascht angesichts der Heterogenität der verschiedenen Organisationen (wie gesagt) die relative Übereinstimmung in den Bestimmungsversuchen (Türk/Lemke/Bruch 2002: 285; Brand 2000: 60). Als typisch kann die knappe Definition von Khagram, Riker und Sikkink (2002: 6) gelten. Demnach sind NGOs »private, voluntary, nonprofit groups whose primary aim is to influence publicly some form of social change.« Etwas ausführlicher, aber ebenfalls typisch, formuliert Heins (2002: 46). Ihm zufolge sind NGOs »formalisierte, auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse von Personen, die sich im öffentlichen Raum, aber ohne staatlichen Auftrag und ohne Anspruch auf unmittelbare Teilhabe an der staatlichen Macht, über nationalstaatliche Grenzen hinweg für Belange von Nichtmitgliedern einsetzen, deren Lebenslage sich strukturell von der Lebenslage der Organisationsmitglieder unterscheidet.«

Take (2002: 42) destilliert aus der Literatur folgende Merkmale von NGOs, die weitgehend konsensual seien. Folglich zeichnen sich NGOs aus durch:

- a) ihre Staats- und Regierungsunabhängigkeit,
- b) ihre Non-Profit-Orientierung,
- c) die Ausschließlichkeit öffentlicher Interessenwahrnehmung (in Stellvertreterfunktion),
- d) die Orientierung an universellen Prinzipien und an Gemeinnützigkeit,
- e) eine politische Zielsetzung,
- f) dem Prinzip des freiwilligen Ressourcenzuflusses.

Die Besonderheit von NGOs zu anderen politischen Akteuren, etwa zu Selbsthilfeorganisationen, Gewerkschaften, Stiftungen, Verbänden und Parteien, wird insbesondere an Punkt c) deutlich. So wird als Merkmal von NGOs ausgemacht, dass diese ausschließlich stellvertretende, advokatorische Interessensvertretung betreiben. Insbesondere in Abgrenzung zu klassischen Verbänden und Selbsthilfegruppen wird der NGO-Bezug auf die »Anderen«, denen ihre Fürsprache gilt, herausgestellt (Heins 2002: 46). Während Verbände meist als Zusammenschlüsse »von Personen mit gemeinsamen Interessen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele« und als »nichtstaatliche Vereinigungen, die [...] Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen« (Schubert/Klein 1997: 296) definiert werden, also ihr Charakter als mitgliederbasierte Organisation herausgestellt wird, muss dies

für NGOs gerade nicht zwingend gegeben sein.¹⁷ Angeschlossen werden kann hier an eine längere Debatte innerhalb der Verbände- und Dritte-Sektor-Forschung. So werden in der US-amerikanischen Verbandsforschung unter dem Label *Public Interest Groups* alle diejenigen Organisationen gefasst, deren Mitglieder oder Unterstützer von der Erfüllung der vertretenen Ziele nicht selektiv und materiell profitieren (Berry 1977: 7). Ausgeschlossen sind demnach Organisationen, die gesellschaftliche Gruppen repräsentieren (sollen), welche ihre eigene Position in der sozialen Struktur verbessern wollen. Dem gegenüber sind gerade solche Organisationen eingeschlossen, welche sich advokatorisch für die Interessen anderer oder ein allgemeines »Menschheitsinteresse« einsetzen.

In diesem Sinne werden NGOs als Organisationen definiert, die sich selbst als altruistisch darstellen und hierüber ihrer Legitimität beziehen. Die Plausibilität ihres Engagements werde dabei für die Öffentlichkeit darüber hergestellt, dass die Organisationsmitglieder oder das Personal von der Erreichung der Organisationsziele wenn überhaupt nur indirekt, etwa durch verbesserte Karriereaussichten, profitieren. Zäumt man dieses Definitionskriterium von der Forderungsebene her auf, so handelt es sich demnach bei NGOs um Organisationen, die öffentlich kommuniziert nicht die Interessen ihrer Mitglieder im Sinn haben, sondern »moralische Forderungen«¹⁸ (Willems 2000: 66; Greven/Willems 1995) artikulieren.¹⁹

Einige weitere Kriterien zur Eingrenzung des Gegenstandes NGOs werden in der Literatur genannt. So wird auf die organisatorische Dauerhaftigkeit von NGOs und dem damit zusammenhängenden fortgeschrittenen Professionalisierungsgrad insistiert (Hirsch 2001: 15f; Heins 2002: 46; Gordenker/Weiss 1996: 20; Clarke 1998: 36). NGOs hätten in der Re-

17 Selbstverständlich ist auch dies nicht unumstritten. Martens (2002: 34) definiert als Merkmal von NGOs (neben der advokatorischen Interessenvertretung), dass diese die Interessen ihrer Mitglieder vertreten.

18 Mit »moralischer Forderung« bezeichnen Greven und Willems (1995) einen bestimmten Typus der Interessenvertretung, welcher sich zur politischen Lösung gesellschaftlicher Probleme an moralischen Prinzipien orientiert. »Wo in pluralistischen Gesellschaften legitimerweise alle nur ihre partikularen und eigennützigen Interessen verfolgen und durchzusetzen versuchen, reklamieren einige die interessenfreie Vertretung allgemeiner Ziele in der Form moralischer Forderungen. Interessenfrei ist die Vertretung solcher Ziele, deren Realisierung ihren Advokaten keine selektiven Vorteile materieller oder immaterieller Art verschafft« (Greven/Willems 1995: 76f).

19 Wir werden später in Kapitel 6.3 noch sehen, dass dieses Definitionskriterium nicht NGO-spezifisch ist, sondern dass *alle* Organisationen darauf angewiesen sind, durch den Verweis auf den Einsatz für allgemeine Interessen Legitimität zu generieren (Jepperson/Meyer 2000). Die für NGOs und Interessenorganisationen exklusiv behauptete Intermediarität trifft somit ebenfalls auf alle formalen Organisationen zu (Türk 2002).

gel einen festen, qualifizierten und entlohnten Mitarbeiterstamm, der zum Beispiel in der Lage sei, Aufgaben des *Fundraising* oder der wissenschaftlichen Recherche zu meistern. Außerdem besäßen NGOs ein Mindestmaß an Ausstattung. Sie seien daher als professionalisierte, nicht-profitorientierte Organisationen zu verstehen. Dies schließe ein, dass es sich bei NGOs um abgrenzbare Gebilde, nämlich »formale Organisationen mit eigener Rechtsförmigkeit und formalisierten Entscheidungsprozessen« (Olejniczak 1999: 69) handele.²⁰ Die Entscheidungsprozesse innerhalb der NGOs zeichneten sich dabei in fast allen Fällen durch die Verankerung von partizipativen Elementen in der Organisationsstruktur aus. Ihre Organisationsförmigkeit unterscheide NGOs von anderen Formen gesellschaftlicher Aktivität, insbesondere von (anderen) sozialen Protestformen und von sozialen Bewegungen als Typus (Walk/Brunnengräber 2000: 194-219; Demirovic 1997: 272).²¹

Als weiterer Punkt wird der Legalismus und die Gewaltlosigkeit der NGOs herausgestellt: »Sie erkennen das politische System grundsätzlich an, agieren im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und wenden keine Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele an« (Martens 2002: 34). Uneinigkeit herrscht hingegen in Bezug auf die Inter- bzw. Transnationalität des NGO-Agierens. Während einige Autoren auch Organisationen, die lediglich im nationalstaatlichen Rahmen agieren, zu den NGOs zählen (Hirsch 2001: 15f), reservieren andere den Begriff für Organisationen, die die nationalstaatliche Ebene transzendieren (Heins 2002: 46; Zimmer 2001: 332). In der schon vorgestellten Begriffsverwendung durch die UIA wird die strikte *Internationalität* von NGOs gefordert, während im Rahmen der Vereinten Nationen, insbesondere nach der Resolution zur Reform des Konsultativstatus 1996, die *Transnationalität* der NGO-Aktivitäten hinreichend ist. Im Folgenden wird in dieser Arbeit, die das Phänomen der NGOs unter Weltgesellschaftsperspektive untersucht, letztere Sichtweise übernommen. Nur national agierende NGOs sind für den Gang der Untersuchung ebenfalls uninteressant, es sei denn als Reflexionsfolie für Transnationalisierungsprozesse.

Zusätzlich normativ aufgeladen werden NGOs in Definitionsversuchen, die den Gegenstandsbereich weiter einengen, gleichwohl aber weit verbreitet sind. So hebt Wahl (1997: 313) ebenfalls hervor, dass NGOs nicht an den Eigeninteressen der Mitglieder oder der Zielgruppe im Sinne von berufsständischen oder speziellen Interessen (Sport, Hobbys etc.) orientiert sind, fügt aber das Kriterium der parteipolitischen Unabhängigkeit

20 Vgl. auch Khagram/Riker/Sikkink (2002: 6).

21 Letzteres ist allerdings sehr umstritten. Je nach Standpunkt können NGOs auch als Teil von sozialen Bewegungen ausgemacht werden. Vgl. zu dieser Diskussion ausführlich Kapitel 3.

hinzu. Des Weiteren seien NGOs weder im Sinne einer ethnischen, nationalen oder religiösen Organisation noch in ihrem geschlechtsspezifischen Selbstverständnis exklusiv. Darüber hinaus werden von Wahl nur solche Organisationen als NGOs gefasst, die einen inhaltlichen Bezug auf Probleme haben, die von den alten und neuen sozialen Bewegungen thematisiert wurden.²² Das Kriterienkorsett von Wahl ist somit sicherlich sehr eng. Wendet man es konsequent an, so dürfte wohl kaum eine Organisation übrig bleiben (Türk/Lemke/Bruch 2002: 284).

Eine solche Bestimmung ist aber durchaus in der Literatur kein Einzelfall. Insbesondere die thematische Einengung auf die »Bewegungsthemen« Ökologie, Menschenrechte, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gender wird häufig vorgenommen.²³ Selbst die Weltbank definiert ähnlich: Ihr gelten NGOs als »private organizations that pursue activities to relieve suffering, promote the interests of the poor, protect the environment, provide basic social services, or undertake community development« (zit. n. Malena 1995). Die thematische Einengung ist insbesondere bei denjenigen Autoren gegeben, die NGOs als Produkt der Transnationalisierung sozialer Bewegungen begreifen. Sie findet sich im Übrigen aber auch in der Definition moralischer Forderungen bei Willems wieder, der zu diesen vor allem Forderungen nach »nachhaltigen Formen des gesellschaftlichen Austausches mit der Natur, Menschen- und Bürgerrechten, internationaler Gerechtigkeit, friedlicher Konfliktregelung, aber auch nach Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern« (Willems 2000: 66) zählt.

2.1.3 Die allmähliche Entmythologisierung der NGOs in der entwicklungstheoretischen Debatte

Bis in die Mitte der 1990er Jahre sind in der nicht-völkerrechtlich orientierten Wissenschaftslandschaft in Bezug auf NGOs Arbeiten mit area-spezifischem Zugriff aus dem Bereich der Entwicklungspolitik vorherrschend, wobei empirisch ausgerichtete, meist regional begrenzte Untersuchungen dominieren.²⁴ Im Ergebnis ist die Arbeit von NGOs in der Entwicklungshilfe und -politik inzwischen recht gut erforscht (Zimmer 2001: 333; Frantz 2002: 64). Es wird hierbei einem NGO-Begriff gefolgt, der nicht nur mit der Begrifflichkeit des vorhergehenden Kapitels kompatibel ist, sondern diese zu einem großen Teil erst angeleitet und inspiriert hat.²⁵

22 Ähnlich: Klein (2001: 229).

23 So etwa bei Schrader (2000: 30).

24 Für einen Überblick vgl. Clarke (1998); Neubert (1997).

25 Gleichwohl lassen sich aber auch rein funktionalistische Definitionen finden, die auf den Bereich Entwicklungspolitik eingegrenzt sind. Schubert

Vor allem in der bundesdeutschen entwicklungspolitischen Diskussion ist auch hier ein NGO-Begriff vorherrschend, der das Verhältnis der NGOs zum Staat als weitgehend unabhängig, wenn auch komplementär konzeptualisiert. NGOs werden derart idealtypisch als »formalisierte Gebilde außerhalb von Markt und Staat« (Glagow 1993: 311) aufgefasst. Insbesondere diese Verortung von NGOs als organisierte Teile einer Zivilgesellschaft hat bis heute großen Einfluss auf das NGO-Verständnis der Forschung wie der Öffentlichkeit auch über den entwicklungspolitischen Kontext hinaus. Die entwicklungspolitische Forschung nimmt in der Regel keine gesellschaftstheoretische Verortung von NGOs vor oder folgt unklaren Konzeptionen (Brand 2000: 22). Wenn überhaupt dominieren Theorien mittlerer Reichweite.

Die folglich stark empirisch ausgerichtete entwicklungspolitische NGO-Forschung hat aber in letzter Zeit gleichwohl verstärkt nachweisen können, dass überzogene Erwartungen an NGOs fehl am Platz sind. Der anfänglich euphorischen Beschreibung entwicklungspolitischer NGOs als Hoffnungsträger einer erneuerten Entwicklungspolitik »from below« ist dort inzwischen der Ernüchterung gewichen (Zimmer 2001: 333). Die Beschäftigung mit entwicklungspolitischen NGOs führte »von der Romantisierung zur Entzauberung« (Nuscheler 2001). Die entwicklungspolitische NGO-Forschung hat damit bereits einen Prozess von der Euphorie hin zu Ernüchterung, und damit auch hin zu einer vorurteilsärmeren Beschäftigung mit NGOs, durchlaufen, welcher in der policy-orientierten Forschung erst in den Anfängen steckt.

Diese Entzauberung findet nicht nur auf der wissenschaftlichen Reflexionsebene statt, sondern erfasst auch die entwicklungspolitischen NGOs selbst. Diese sehen sich zunehmend mit der Nichterfüllung ihrer Ziele konfrontiert (Ludermann 2001). Es mehren sich gar Studien, die die Rolle der entwicklungspolitischen NGOs kritisch einschätzen. Insbesondere wird der Bruch mit Formen der »klassischen«, staatlich geleisteten Entwicklungshilfe bestritten. Durch die Abhängigkeit der Süd-NGOs von ihren nördlichen Geldgebern werde oftmals die eigentlich gewollte, eigenständige Entwicklung und Selbstorganisation in den Ländern des Südens erschwert oder gar behindert.²⁶ Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Erster und Dritter Welt werde derart fortgeschrieben und insbeson-

und Klein (1997: 194) etwa charakterisieren NGOs minimalistisch als »Organisationen, die aktive Entwicklungshilfe und -politik betreiben«.

26 Zum Verhältnis von Süd-NGOs zu Nord-NGOs in der Entwicklungspolitik vgl. Freyhold (1998). Freyhold geht ebenfalls davon aus, dass die Strukturen der Kooperation zwischen Nord-NGOs und Süd-NGOs langfristig »selbst als ein Teil der internationalen Ungleichheit, die sie gemeinsam bekämpfen«, aufgefasst werden müssen (Freyhold 1998: 28).

dere eine Mentalität befördert, die Selbstorganisationsstrategien entgegen stehe (Esteva 1993; Kochützke 1994).²⁷ Es wird bestritten, dass NGOs überhaupt effizienter arbeiten als staatliche Akteure (Freyhold 1998). Oder anders formuliert: NGOs seien »anders, aber keinesfalls besser« (Glagow 1993: 323).

Zudem wird der Wildwuchs von NGOs in den südlichen Ländern geißelt. Er wird zunehmend weniger als Aufbruch zu mehr Demokratisierung verstanden, sondern als Strategie intellektueller Mittelschichten, ihr Einkommen zu sichern.²⁸ In vielen Ländern des Südens grassiere, so der Entwicklungssoziologe Franz Nuscheler (2001: 10), eine »NGO-Seuche«: »In der Tat stehen sich in vielen afrikanischen Hauptstädten in- und ausländische NGOs gegenseitig auf den Füßen, und versuchen, sich aus dem Füllhorn ausländischer Hilfe zu bedienen.«

Unbestritten ist die gestiegene Bedeutung von NGOs in der Entwicklungshilfe, die sich als *VerNGOisierung der Entwicklungspolitik* auf den Begriff bringen lässt. Sie kann als Privatisierung der Entwicklungspolitik ohne substantielle Richtungsänderung oder umgekehrt als »Staatswerdung der NGOs« (Gebauer 2001) beschrieben werden. Exemplarisch findet sich dieser Argumentationsgang als Fazit einer umfangreichen Untersuchung von Dieter Neubert (1997), die den »Mythos NGO« dekonstruiert. Die verstärkte Aufmerksamkeit, die den entwicklungspolitischen NGOs zukommt, hatte ihre Ursache laut Neubert nicht in einem gewachsenen Anteil an den finanziellen Mitteln der Entwicklungshilfe, sondern in der Enttäuschung über die Rolle des Staates in der Entwicklungspolitik. In der Folge wurden die entwicklungspolitischen NGOs sowohl von linken Kritikern der Entwicklungspolitik als auch von Vertretern einer neo-

27 1998 hat die eritreische Regierung als erste Regierung überhaupt entschieden, auf herkömmliche Entwicklungszusammenarbeit zu verzichten, da sie die Geberdominanz der Entwicklungshilfe als hemmend empfand. Die Kritik der eritreischen Regierung richtete sich dabei vornehmlich auf die ausführenden NGOs, welche eine bevormundende Politik betreiben würden (Melchers 1998).

28 Vgl. hierzu die lesenswerte Polemik »Reich werden in den Neunzigern!« des argentinischen Journalisten Gino Lofredo (1993: 10), die sich direkt an das akademische Publikum richtet: »Sie haben immer noch keine eigene NRO? Sie haben keine gemeinnützige Stiftung mit juristischer Person? Noch nicht einmal eine private Consultingfirma, nein? Dann sind Sie ein Niemand. Heutzutage ist ein Experte fehl am Platze, wenn er nicht über eine dieser Körperschaften des ausgehenden 20. Jahrhunderts verfügt. Er ist ein armer Schlucker, ein Mensch ohne Vorstellungskraft, ohne Sinn für günstige Gelegenheiten, ohne strategische Visionen, ohne Zeitgeist. Sie sind zum Untergang verdammt. Vergessen Sie Ihre Karriere. Sie sollten besser Lotterielose, Obst oder Kugelschreiber an einer viel befahrenen Kreuzung verkaufen.«

liberalen Wirtschaftspolitik zum Hoffnungsträger der Entwicklungspolitik stilisiert. Zu dieser breiten Allianz traten die Entwicklungsadministratio- nen hinzu, die sich von der Zusammenarbeit mit NGOs eine gesteigerte Effizienz versprachen. Großen Anteil an dieser normativ aufgeladenen Fassung von NGOs hatte auch die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung selbst. Neubert konstatiert eine entwicklungspolitische Per- spektivverengung der bisherigen Forschung, da diese sich vornehmlich auf wirkungsanalytische und implementationstheoretische Fragestellun- gen verengt habe, den gesellschaftlichen Kontext der NGO-Aktivitäten aber vernachlässige. Letztendlich wurde stets die Frage variiert, mit wel- cher Förderung, mit welchem Projekttyp und mit welchem Träger können welche konkreten entwicklungspolitischen Ziele erreicht werden. Dieses bis in die Mitte der 1990er Jahre vorherrschende Forschungsdesign habe nicht zur Kritik der NGO-Aktivitäten geführt, sondern lieferte weitere Argumente, um NGOs zum entwicklungspolitischen Hoffnungsträger zu stilisieren (Neubert 1997a: 223ff; 1997: 41).

Die großen Erwartungen an NGOs verdichteten sich zu einer Reihe von Grundannahmen, die bis in das Selbstverständnis der entwicklungs- politischen NGOs hineinreichten. Demnach seien NGOs unbürokratisch, effizient, experimentierfreudig und innovativ. Sie seien sichtbarer Aus- druck gesellschaftlicher Selbstorganisation und hätten verbesserten Zu- gang zur Basisbevölkerung²⁹, und damit zu den »Ärmsten der Armen« (Neubert 1997a: 223f). Neuberts Urteil fällt demgegenüber vernichtend aus: Die Arbeit der NGOs erreiche weder die Ärmsten noch ermögliche sie selbstorganisierte oder selbsttragende Prozesse. NGOs seien meist ge- rade nicht Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation, sondern Pro- dukt fremdbestimmter Implementierungsprozesse durch nördliche Geld- geber. Die Mitarbeiter in den Süd-NGOs fühlten sich den geldgebenden Organisationen gegenüber mehr verpflichtet als den Nutznießern der Maßnahmen. Die Entstehung von NGOs sei daher als »angebotsgeleiteter Prozess« zu verstehen (Neubert 1997: 409).³⁰

Insgesamt fußt ein großer Teil der entwicklungspolitischen NGO-For- schung auf Fragestellungen, die die Untersuchung des Wirkens von NGOs im nationalstaatlichen Rahmen anleiten. Entscheidende Umwelt der NGOs ist die jeweilige nationalstaatliche Konstellation des betrachte-

29 Insbesondere dieser letzte Punkt hält sich hartnäckig. Vgl. dazu Lenzen (2001); aber auch: Carroll (1992: 14f), Uvin (1996: 165f).

30 Prinzipiell ist demgegenüber der Einwurf von Smillie (1995) zu beachten, wonach NGOs nicht nur vom Geld der Geber abhängen, sondern umgekehrt auch die Geber von den NGOs. Eine Abwicklung von Not- und Entwick- lungshilfe erscheint ohne die Mitarbeit von NGOs schlicht nicht mehr prak- tikabel.

ten (Entwicklungs-)Landes. Eine internationale Dimension wird meist lediglich über den Verweis auf die Abhängigkeit zu Nord-NGOs oder anderen ausländischen Geldgebern in die Analyse miteinbezogen. Es ist allerdings zu forsich formuliert, wenn man wie Brand (2000: 22) behauptet, dass die internationale Ebene als eigenständiges politisches Terrain überhaupt nicht in den Radius der Betrachtungen gerät.

Eine diesbezügliche Forschung hat sich nämlich in den letzten Jahren als Folge der Entwicklung einiger NGOs und Hilfswerke herausgebildet, die sich nicht mehr nur auf einen lokal oder regionalen Aktionsradius beschränken, sondern versuchen, auf globaler Ebene Einfluss zu nehmen. Dies geht einher mit einem voranschreitenden Konzentrationsprozess innerhalb des NGO-Lagers. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren. Die 15 größten von insgesamt 800 entwicklungspolitischen NGOs Bangladeshs zogen zwischen 1991 und 1993 über 75 % der Zuwendungen auf sich (Karim 1996: 129-133). In Sri Lanka kontrolliert die größte entwicklungspolitische NGO *Sarvodaya Shramadana* 64 % der Ressourcen, die den 18 größten NGOs zur Verfügung stehen (James 1989: 296f). Zwar steigt die Zahl der entwicklungspolitischen NGOs nach wie vor an, einige wenige Organisationen entwickeln sich aber geradezu zu Entwicklungshilfe-Konzernen. Von den ca. 2.000 international aktiven NGOs im Entwicklungshilfesektor und in der Katastrophenhilfe ziehen nur 8 Organisationen, unter ihnen *CARE*, *World Vision*, *Oxfam* und *Ärzte ohne Grenzen*, über die Hälfte des auf acht Billionen US-Dollar geschätzten Hilfsmarkts auf sich (Donini 1996, zit. n. Uvin 2000: 14). Hinzu kommen unterschiedliche Strategien kleinerer Organisationen, um ihren Einfluss auf internationaler Ebene zu stärken. Andere Organisationen werden in ein bestehendes Netzwerk integriert, neue Dachorganisationen werden gegründet oder es kommt zu direkten Neugründungen auf internationaler Ebene.

Dieser Prozess ist von Edwards und Hulme (1992) als *scaling-up* beschrieben worden. In der Literatur lassen sich für den ähnlichen Sachverhalt bzw. Teilaspekte davon aber auch die Begriffe *capacity building* (Eade 1997) und *struggle for accountability* (Fox/Brown 1998) auffinden. Unter *scaling-up* lassen sich zumindest drei Prozesse subsumieren. Erstens wird darunter allgemein die Verbesserung der Beziehungen zwischen NGOs und Regierung, sowohl in den Empfänger- als auch in den Geberstaaten, gefasst. Einher geht dies mit der Aufgabe einer Semantik, die NGOs und Staat als Gegensätze erscheinen lässt. Die Rede ist nun verstärkt von den Synergieeffekten gemeinsamen, abgestimmten Handelns. Ausgeweitet wird dieses Verständnis unter dem Stichwort *Public-Private-Partnership* (Hoering 1998) auf privatwirtschaftliche Akteure. Der Begriff des *scaling-up* meint zweitens das Anwachsen der Zahl geförderter Projekte und der von diesen geförderten Menschen, die Vergrößerung der

Organisation selbst oder auch ihre gestiegene Multinationalität. Hiermit ist meist eine Ausweitung der Organisationsprogrammatis verbunden. Darüber hinaus erlangen innerorganisatorische Veränderungsprozesse große Bedeutung (Professionalisierung, Managementisierung und Bürokratisierung). *Scaling-up* fasst drittens die Veränderung des Tätigkeitsfeldes entwicklungspolitischer NGOs, welche idealtypisch als Prozess von der reinen Projektförderung hin zu einer Advokatentätigkeit auf internationaler Ebene beschrieben werden kann.³¹ Das *scaling-up* von entwicklungspolitischen NGOs werde dabei, so das Ergebnis einer Studie von Florini (2000), durch die Demokratisierung in vielen Staaten, die modernen Kommunikationstechnologie sowie durch staatliche Zuschüsse an diejenigen NGOs, die sich transnationalisieren wollen, begünstigt.

2.1.4 Der normative *bias* der Forschungsliteratur zu NGOs

Fasst man das bisher gesagte zusammen, so ergibt sich, dass trotz einer bereits reflektierteren Diskussion in der entwicklungspolitisch orientierten NGO-Forschung bei den Mainstream-Definitionen der Forschungsliteratur zu NGOs nach wie vor ein *normativer bias* feststellbar ist. Schon im Vorfeld der Analyse werden den NGOs derart bestimmte Eigenschaften präskriptiv zugeschrieben. Andere international agierende Organisationen, die im Sinne der UN-Kriterien ebenfalls als NGOs bezeichnet werden müssten, fallen aus dem Analyseraster heraus. Das so definierte Bild vom Gegenstandsbereich NGOs korrespondiert zudem meist mehr oder weniger mit den Selbstdefinitionen prominenter NGOs, die sich als »humanitär-altruistisch« und damit als die »do-gooders« darstellen.

Es verwundert daher nicht, dass das Verständnis der sich formierenden NGO-Forschungsliteratur von ihrem Gegenstand auch insgesamt lange Zeit von einem *normativen bias* geprägt war (Take 2002: 38).³² Seit etwa Mitte der 1980er Jahre ist bis weit in die 1990er Jahre hinein ein emphatischer Bezug auf die »neuen Akteure der Weltpolitik« vorherrschend, die in seltener Einigkeit zum neuen »Hoffnungsträger der Entwicklungspolitik« stilisiert werden (Glagow 1993; Neubert 1997a: 223). Andere gehen sogar noch hierüber hinaus. Die Rede ist von einem »non-governmental movement« (Fisher 1993), einer »transnationalen gegenhegemonialen Bewegung« (Gill/Law, zit. n. Demirovic 1997: 251), einer »Globalisierung von unten« (Giddens 2001: 62), gar von einer neben der Legislative, der Exekutive, der Judikative und den Medien existierenden »fünften Säule« der Weltpolitik (Messner 1998: 271). Die NGO-

31 Vgl. hierzu Uvin (2000).

32 Vgl. auch Zimmer (2001: 335); Walk/Brunnengräber/Altwater (1997: 15).

Community begründe eine neue »internationale Zivilgesellschaft« und trage insgesamt zu einer »Demokratisierung des Weltsystems« (Gruppe von Lissabon 1997) bei. Trotz aller Unterschiede, so die in den 1990er Jahren oft vorgetragene Argumentation, seien die NGOs als Träger eines alternativen Entwicklungsweges (Clark 1991) aufzufassen, bildeten eine »globale Opposition« (Brunnengräber 1998), seien die »Speerspitze sozialer Bewegungen« (Take 2002: 12), seien Themenanwälte bzw. das »ökologische Weltbewusstsein« (Kohout/Mayer-Tasch 2002) oder könnten zum »Entstehen eines institutionellen Gegengewichts zur Hegemonie des trans-nationalisierten Kapitals« (Hein 1997: 116) beitragen. Zum normativen Bias gehören zudem (seltene) negative Pauschalisierungen. In dieser Lesart wird den NGOs unterstellt, sie seien schlicht eigennützig, lediglich am eigenen Prestige und steigenden Mitgliederzahlen interessiert (The Economist; zitiert nach Dörrenbacher/Plehwe 2000: 7).³³

Der Exkurs zum entwicklungspolitischen Forschungsstand hat verdeutlicht, dass die positive Grundeinschätzung von NGOs einer empirischen Überprüfung nicht Stand hält. Zaghaft wird in den letzten Jahren auch in der policy-orientierten sozialwissenschaftlichen Forschung zu NGOs damit begonnen, das Phänomen unter kritischeren Gesichtspunkten zu sehen (Brand 2000; Brand et al. 2001; Demirovic 1997). Gleichwohl verlassen aber selbst die Forschungsarbeiten, die den NGOs nicht per se demokratisierende und emanzipatorische Funktionen unterstellen, meist nicht das Territorium der normativen Themeneingrenzung. Auch dort kreisen die Auseinandersetzungen meist um die Frage, ob das Phänomen der transnational tätigen NGOs legitimer Weise als »Internationale Zivilgesellschaft« bezeichnet werden kann oder nicht (Nölke 1997: 8). Der Erfolg von Arbeiten, die den Begriff der NGOs entmythologisieren wollen, bleibt abzuwarten. Meine hier vorgetragene These ist aber, dass dies nur erfolgreich gelingen kann, wenn NGOs als Diskursphänomene und somit als wirkungsmächtige soziale Konstruktionen wahrgenommen werden.

33 Für Zimmer (2001: 335) sind daher »eine Einschätzung des Stellenwertes von NGOs sowie ihre funktionale Bedeutungszuweisung [...] maßgeblich von der Verortung der Autor/innen auf dem Rechts-Links-Spektrum abhängig«. Diese Einschätzung wird hier bestritten. Insbesondere ist es fraglich, ob ein Rechts-Links-Schema in Bezug auf NGOs überhaupt greift. Der NGO-Diskurs inszeniert sich, das deuten die zitierten Verweise auf einen »neuen Vergesellschaftungsmodus neben Markt und Staat« schon an, eher als Innovations- und Erneuerungsdiskurs, weshalb dann eine Differenz anhand »modern/unmodern« vorgenommen werden müsste (vgl. dazu später mehr). Negative Einschätzungen der NGOs und ihrer Rolle korrelieren eingedenk dessen, so die hier vorgetragene Vermutung, eher mit einem Konservatismus, der sich in einer hohen Wertschätzung der bisherigen demokratischen (Staaten-)Ordnung und ihrer korporatistischen Arrangements niederschlägt.

In diesem Sinne kann es hier, wie eingangs angedeutet, nicht darum gehen, nun eine »ent-normativierte«, womöglich bessere, umfassendere oder präzisere Definition zur Diskussion zu stellen. Es soll hingegen der Blick dafür geschärft werden, dass der Phänomenbereich NGO, wie alle anderen sozialwissenschaftlichen Konstruktionen, immer *auch* ein Produkt sozialwissenschaftlicher Praxis ist. Unter anderem durch sie wird der Gegenstandsbereich NGOs in sehr spezifischer Art und Weise modelliert, modifiziert und unserer Wahrnehmung zugänglich gemacht. Der in den diversen Definitionsversuchen zu Tage tretende normative Zugang zum Phänomen NGO kann zwar zu einer ansehnlichen Breite an Typologisierungen, an Grenzmarkierungen dessen, was NGOs sind und was nicht, führen. Er bekommt aber das Problem nicht eigentlich »in den Griff«. Hierzu ist eine Sichtweise nötig, die auch »das Reden über NGOs« als essentiellen Bestandteil dessen fasst, was NGOs ausmacht.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass zwar ein *sozialwissenschaftliches* Mainstream-Verständnis von NGOs destillierbar ist, welches aber die prinzipielle Offenheit des NGO-Begriffs, seinen *catch-all*-Charakter nicht untergräbt. Es ist daher eher so, dass sich viele, teils schon lange existierenden Organisationen, man denke etwa an die diversen Lobbyverbände und -vereinigungen der Industrie, in letzter Zeit vermehrt als NGOs bezeichnen und öffentlich darstellen. Sie profitieren dadurch einerseits allgemein von den positiven Konnotationen des Begriffs in der Öffentlichkeit, zum anderen können sie ganz konkret das Akkreditierungsverfahren der UN nur dann erfolgreich durchlaufen, wenn ihre Selbstdarstellung den UN-Kriterien entspricht.³⁴ Der *catch-all*-Charakter des NGO-Begriffs lässt sich also nicht wegdefinieren, sondern ist wesentlicher Bestandteil des NGO-Diskurses. Umgekehrt trägt die vorherrschende normative Beschäftigung mit NGOs zu einer weiteren Verstärkung der »Attraktivität« des Labels NGO bei.

2.2 Die Entwicklungsgeschichte der NGOs im internationalen System

In der policy-orientierten Forschung zu NGOs wird bei der Analyse des Einflusses und der Wirkung von NGO-Aktivitäten in ausgewählten Politikfeldern explizit die internationale Ebene zum Thema gemacht. Stark angewachsen ist inzwischen die Literatur zum Themenfeld »NGOs und internationale Umweltpolitik«³⁵, wohl auch, weil sich in diesem historisch

34 Auf diesen letzten Punkt hat ausführlich Judge (1995) hingewiesen.

35 Vgl. allgemein Kohout/Mayer-Tasch (2002); Princen/Finger (1994); Missbach (1997); Murphy/Bendell (1997); für das internationale Klimaregime

recht jungen Feld die einschneidendsten Entwicklungen nachzeichnen lassen. Weitere zentrale Politikfelder, derer sich die NGO-Forschung angenommen hat, sind die Menschenrechtspolitik (Risse/Jetschke/Schmitz 2002; Schneider 2000), die Frauenpolitik (Chen 1996) und die Frage humanitärer Hilfen (Eberwein et al. 1999; Reinhardt 2002). Stark vernachlässigt sind Forschungen zu NGOs, die sich nicht originär sozialen oder ökologischen Themen verpflichtet haben. Es liegen aber erste Studien zu den Themen internationaler Standardisierung (Loya/Boli 1999), Wissenschaft (Schofer 1999; Drori et al. 2003a) und Esperanto (Kim 1999) vor.

Auf einer übergeordneten Ebene sind solche Arbeiten angesiedelt, die die Eingrenzung auf ein bestimmtes policy-Feld verlassen und allgemein die Bedeutung der NGOs im internationalen System untersuchen. Hierbei werden dann verstärkt auch allgemeine Fragen der Internationalisierung von Politiken, etwa unter dem Stichpunkt *global governance*, thematisiert. Die Fragestellung lautet meistens, ob NGOs den angenommenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats auf globaler Ebene kompensieren können. Hieran angeschlossen wird die Frage, ob sich NGOs als »neuer Vergesellschaftungsmodus« in Zeiten der Globalisierung begreifen lassen.

Will man in diesem Sinne die Bedeutung von internationalen NGOs für die Formierung und Ausgestaltung der Weltgesellschaft beurteilen, so ist neben der jeweils zugrunde liegenden Definition insbesondere die eingenommene historische Perspektive ausschlaggebend. Wendet man eine weite Definition an und fasst als NGOs schlicht sämtliche international operierenden Organisationen, die privat geführt werden und nicht zu den transnationalen Konzernen zählen, und erweitert man den Blick auf die weltweite Geschichte der letzten 150 bis 200 Jahre, so ist, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, ihre Bedeutung von Chronisten zwar unterschätzt worden, gleichwohl aber sehr groß. Sie erscheinen dann eben nicht als Ausdruck nur der jüngsten Globalisierungsgeschichte. Denn: »Although some observers seem to perceive NGO involvement as a late-twentieth-century phenomenon, in fact it has occurred for over 200 years« (Charnovitz 1997: 185).

Trotz einer (nochmaligen) zahlenmäßigen Zunahme seit dem Zweiten Weltkrieg wird aus einer längerfristigen Perspektive heraus von kompetenter Seite sogar die weit verbreitete Annahme bestritten, dass der Einfluss der NGOs in den letzten 20 Jahren wesentlich größer geworden ist (Willets 2000: 135).³⁶ Charnovitz (1997: 190) argumentiert gar, dass trotz

Walk/Brunnengräber (2000); Missbach (1997); Jannett (1996); für das Themenfeld Biodiversität Arts (1998), Brand (2000), Brühl (2003).

36 Vgl. ähnlich relativierend Pierre/Peters (2000: 29f) und Podobnik/Reifer (2004).

eines sicherlich insgesamt gestiegenen Einflusses heute die Durchdringung internationaler Organisationen mit NGOs nicht weiter fortgeschritten ist als vor 70 Jahren. Neoinstitutionalistische Analysen zu NGOs (Boli/Thomas 1999) liefern mit Nachdruck empirische Belege für die Wirksamkeit des NGO-Agierens in den letzten 125 Jahren und stellen deren überragende Bedeutung für die Genese, Implementierung und Festigung weltkultureller Muster heraus. Auch sie weisen mit Nachdruck darauf hin, dass sich die rapide Entwicklung der NGOs nach 1945 relativiert und einiges an Dramatik verliert, wenn man den Zeithorizont größer wählt (Boli/Thomas 1999a: 1).

Nach wie vor wird das Phänomen international agierender NGOs jedoch in der Öffentlichkeit stark auf die Gegenwartsgesellschaft eingegrenzt und dessen Neuartigkeit herausgestellt. Für viele Autoren scheint die Geschichte der internationalen NGOs erst ab 1945 zu beginnen.³⁷ Im Mainstream der anwachsenden NGO-Forschung wird die epochenhafte Besonderheit des NGO-Phänomens herausgestellt und damit der Analysehorizont noch weiter, nämlich auf die letzten zwanzig bis dreißig Jahre, eingeschränkt.³⁸

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass auch in den Sozial- und Politikwissenschaften von einer nennenswerten NGO-Forschung vor 1990 nicht gesprochen werden kann. Gleichwohl gab es aber einige Arbeiten, die sich schon früh mit internationalen NGOs und deren Einfluss auf die internationale Politik beschäftigt haben, wobei insbesondere deren quantitative Erfassung im Vordergrund stand (Feld 1971; Skjelsbaek 1971).³⁹ Des Weiteren hervorzuheben ist der schon 1951 erstmals veröffentlichte Band von White (1968), der die Entwicklungsgeschichte der bis dato aktiven NGOs detailliert beschreibt.

Im Folgenden wird die Entwicklungsgeschichte der NGOs ebenfalls über einen längeren Zeitraum dargestellt. An die Beschäftigung mit der quantitativen Entwicklung der NGOs schließt sich ein zweiter Teil an, der diese Entwicklung der NGOs in den historischen Kontext einbettet. Dieser Abschnitt kann als erklärender Kommentar zu den zuvor dargestellten statistischen Daten gelesen werden. Er beschäftigt sich vor allem mit den

37 Vgl. explizit Armstrong/Lloyd/Redmond (1996: 5).

38 Hierbei werden Analogieketten wie die folgende konstruiert: »Geht man davon aus, dass die Gewerkschaften in ihrem Aufbau und Organisationsverhalten dem Industrieunternehmen der ersten Moderne, der großen Fabrikanlage, entsprechen, so könnte man durchaus argumentieren, dass gerade die professionell gemanagten international tätigen NGOs ein funktionales Äquivalent des neuen Typs des Industrieunternehmens, der Netzwerkorganisation, darstellen« (Zimmer 2001:351).

39 Neueren Datums ist die Darstellung der Geschichte der internationalen NGOs seit 1800 von Charnovitz (1997).

möglichen Formen der Einflussnahme und der rechtlichen Stellung der NGOs in einem sich immer mehr ausdifferenzierenden internationalen System. In einem das Kapitel 2.2 abschließenden dritten Teil werden so dann verschiedene Erklärungsansätze für das Wachstum der NGOs diskutiert und einer Bewertung unterzogen.

2.2.1 Die quantitative Entwicklung

Im folgenden Unterkapitel wird zunächst das Augenmerk auf die quantitative Entwicklung international agierender NGOs gelegt. Während hier durch die Verwendung einer weiten Definition von NGOs sehr allgemeine Trends geschildert werden und das Verhältnis der INGO- zur IGO-Entwicklung beleuchtet wird, werden anschließend diejenigen NGOs genauer unter die Lupe genommen, die dem erwähnten »engen« Kriterium der Befassung mit »Bewegungsthemen« genügen. Dies geschieht zum einen, um dem Mainstream-Verständnis von NGOs Rechnung zu tragen, zum anderen deshalb, weil uns im weiteren Gang der Untersuchung das Verhältnis zwischen NGOs und sozialen Bewegungen noch eingehender interessieren wird.

2.2.1.1 Die Proliferation der NGOs seit Mitte des 19. Jahrhunderts

Fast alle quantitativen Annäherungen an das Phänomen der international agierenden NGOs stützen sich auf Auszählungen der entsprechenden Jahrgänge des von der *Union of International Associations* (UIA) herausgegebenen *Yearbook of International Organizations*, dem umfangreichsten Nachschlagewerk zu internationalen Organisationen. In ihm werden recht detailliert alle der UIA bekannt gewordenen international agierenden Organisationen vorgestellt.⁴⁰ Aktuell umfasst die Datenbank der UIA 53.841 aktive und nicht mehr tätige zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, von denen die 30.748 wichtigsten Organisationen den Eingang in die 38. Edition des *Yearbooks* (2001/2002) fanden. Hierbei stehen 5.244 zwischenstaatlichen Organisationen 25.504 NGOs gegenüber.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Yearbook sind nicht sonderlich streng. Es reicht aus, dass die UIA von einer Organisation Kenntnis be-

40 Aufgelistet werden u.a. Gründungsdaten, Organisationsziele, Mitgliedschaften und interorganisationale Verbindungen. Die UIA benutzt Selbstdarstellungen, Verweise und Medienberichte, um internationale Organisationen zu identifizieren und bislang erhaltene Informationen zu überprüfen (Smith 1997: 45f).

kommen hat und von ihrer Internationalität hinreichend überzeugt ist, das heißt, dass die entsprechende Organisation eine internationale Ausrichtung proklamiert und in mindestens drei Ländern verankert ist. Eine eingehendere Prüfung lehnt die UIA mit dem Verweis ab, dass diese Prüfung jedem Benutzer nach seinen eigenen Kriterien ermöglicht werden soll (UIA 1997). Die gelisteten Organisationen werden von der UIA in Kategorien unterteilt, wobei innerhalb dieser Kategorien stets zwischen IGOs und INGOs unterschieden wird. In den Kategorien A-D finden sich Föderationen internationaler Organisationen sowie Organisationen mit globaler, interkontinentaler oder regional festgelegter Mitgliedschaft. Hinzu kommen Organisationen, die von bestimmten Orten, Personen oder Einrichtungen ausgehen, sowie andere spezielle Organisationen. Aufgelistet sind aber auch inaktive, aufgelöste oder in Planung befindliche Organisationen.

Die UIA benutzt einen sehr weit gefassten NGO-Begriff, der schlicht sämtliche international agierenden, nicht-staatlichen Organisationen umfasst, welche keine rein wirtschaftlichen Unternehmungen sind. Durch das Ausschlusskriterium der Verankerung in mindesten drei Staaten geraten der UIA dennoch viele NGOs nicht in den Blick. Dies betrifft insbesondere die große Anzahl von lokal oder national situierten NGOs, die durch transnationale Allianzbildungen mit anderen NGOs über die eigenen Nationalgrenzen hinaus wirken, ohne aber in dem Sinne international zu sein, dass sie in mehreren Ländern Büros unterhalten (Heins 2002: 62; Sikkink/Smith 2002: 26).⁴¹ Tendenziell erfasst die UIA somit vornehmlich solche NGOs, die einen relativ großen finanziellen und personellen Rahmen haben beziehungsweise dieses vorgeben. Dies führt u.a. dazu, dass es Nord-NGOs »einfacher« haben, von der UIA erfasst zu werden, während viele Süd-NGOs oft nicht registriert werden (Walk/Brunnengräber 1994: 628). Eine weitere Einschränkung der Allgemeingültigkeit des UIA-Zahlenmaterials ergibt sich aus dem unterschiedlichen Umgang

41 Es ist vor diesem Hintergrund auch allgemein problematisch von inter- oder multi-nationalen Nichtregierungsorganisationen zu reden. So weisen beispielsweise Beisheim/Zürn (1999: 316, Fußnote 1) darauf hin, dass es den meisten NGOs »im Kern weniger darum [geht], dass sie *in vielen Nationen* – also »multinational« – tätig sind, als darum, dass ihre »transnationalen« Aktivitäten nationale Grenzen transzendieren.« Sie schlagen deshalb den Begriff »transnationale Nicht-Regierungsorganisation« vor. Die UIA hingegen erfasst lediglich in einem strengen Sinne *internationale* NGOs. Eine terminologische Alternative wird von Arts (1998: 50) mit dem Begriff »globale NGO« eingeführt. Auch Arts will damit der Tatsache Rechnung tragen, dass nicht nur in strengem Sinne internationale NGOs in internationalen Politikzusammenhängen aktiv sind. International NGOs wären demnach nur eine Teilmenge der »globalen NGOs«.

von Organisationen mit Öffentlichkeit. Das Yearbook dokumentiert vornehmlich solche Organisationen, die von sich wünschen, dass Informationen über ihrer Arbeit öffentlich gemacht werden. Dies schließt organisationsähnliche Zusammenschlüsse aus, die für Ziele arbeiten, die allgemein als illegitim angesehen werden (Terrorismus, Korruption) (Sikkink/Smith 2002: 26). Zusammenfassend bilden die Daten der UIA nicht die Gesamtheit der transnationalen Organisationen ab und neigen zur Unterschätzung der absoluten Anzahl dieser Organisationen.

Trotz dieser Einschränkungen spricht das von der UIA gesammelte Zahlenmaterial eine eindeutige Sprache in Bezug auf den Anstieg internationaler NGOs. Auch in der Literatur herrscht jenseits aller definitorischen Unterschiede Einigkeit über die Eindeutigkeit des NGO-Booms (Roth 2001: 49). In Abbildung 1 ist die Anzahl der Gründungen von INGOs grafisch dargestellt, wobei zwei verschiedene Kategorisierungen von NGOs vorgenommen wurden. Mit hellem Graf sind die von der UIA in Cluster 1 zusammengefassten, originär internationalen NGOs zuzüglich der in der Kategorie H erfassten inzwischen wieder aufgelösten Organisationen dargestellt.⁴² Dunkel dargestellt ist die Menge aller von der UIA erfassten NGOs, einschließlich derer, »die von Orten, Personen oder Einrichtungen ausgehen«. Wegen der Problematik der sukzessiven Datenerfassung durch die UIA lassen sich verlässliche Gründungsdaten nur bis ca. 1986 darstellen.⁴³

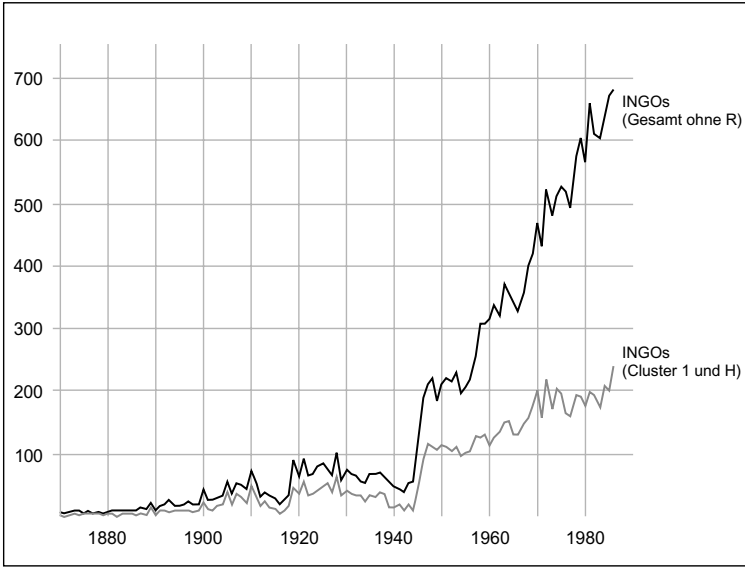
Für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ist auffallend, dass ein Großteil der Gründungen von internationalen NGOs in zwei quantitativ zunehmenden Wellen erfolgte: eine erste um das Jahr 1910 (mit in der Spitze 49 Gründungen jährlich), eine zweite zwischen 1919 und 1938 (mit 24 bis 63 Gründungen jährlich).⁴⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg steigen die

42 Vgl. die ähnliche Kategorisierung durch Boli/Thomas (1999).

43 Die Daten des jeweils aktuellen Jahrbuchs sind nur provisorisch, da die Möglichkeit besteht, dass Organisationen erst Jahre nach ihrer Gründung Eingang in das Yearbook finden. Boli/Thomas (1999: 21) haben systematisch die Anzahl der Organisationsgründungen eines Yearbook-Jahrgangs mit denen der jeweils zuvor publizierten Jahrgänge verglichen. Ihre Analyse ergab, dass ca. 60 % aller NGOs innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Gründung aufgenommen wurden, während 10 Jahre danach schon 80-90 % erfasst waren. Fünf weitere Jahre später waren fast alle der 15 Jahre zuvor gegründeten NGOs verzeichnet. Bei der von mir zugrundegelegten Ausgabe des Yearbooks von 2001/2002 (UIA 2001) lassen sich demnach sichere Daten bis zum Jahre 1986 annehmen. In Nichtberücksichtigung dieses Sachverhaltes gelangt etwa Furtak (1997: 30) zu falschen Schlussfolgerungen.

44 Charnovitz (1997: 268) kommt nach einer historiographischen Untersuchung über den Einfluss von NGOs im internationalen Rahmen zu einer fast identischen Wellenbewegung und folgert daraus eine zyklischen Verlauf des NGO-Einflusses.

Abbildung 1: Anzahl der Gründungen von internationalen NGOs (1870 – 1986)⁴⁵



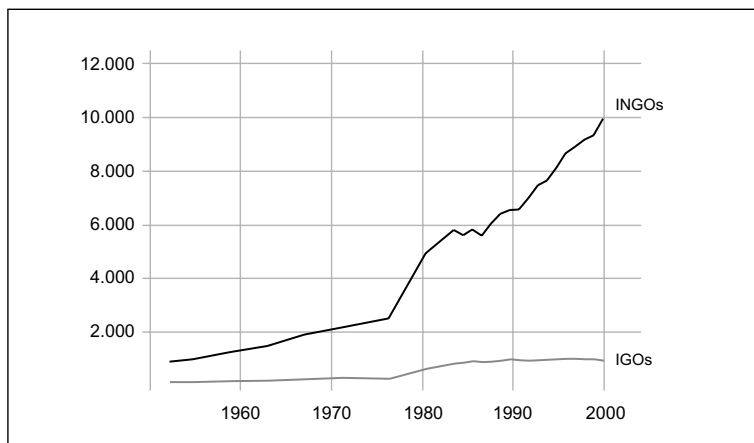
jährlichen Neugründungen internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen kontinuierlich auf ein bis dato nicht gekanntes Niveau, was Huntington (1973: 333) schon Anfang der 1970er Jahre als eine »*transnational organizational revolution in world politics*« bezeichnete. Für 1986, dem letzten Jahr des Erfassungszeitraums mit verlässlichen Daten, werden 240 (bzw. 681) INGOs als neu gegründet aufgelistet. Es ist bei dem vorliegenden Zahlenmaterial davon auszugehen, dass die Neugründungen von internationalen NGOs auch nach 1986 noch zugenommen haben. So steigt die Zahl der bisher erfassten INGOs bis 1990 auf einen Wert von 367.⁴⁶ Auch in der NGO-Literatur wird für die 1980er und 1990er Jahre von einer weiteren, »explosionsartigen Zunahme von INGOs« (Rucht 2001: 86) ausgegangen.⁴⁷

45 Eigene Berechnungen. Datenquelle: UIA (2001: 279-289).

46 Erst danach zeigt sich im vorliegenden Zahlenmaterial ein moderater Rückgang, der aber der Art der Datenerfassung geschuldet ist und daher nicht der Realität entspricht (vgl. Fußnote 43).

47 Vgl. auch Meyers (1999: 10), Heins (2001: 81).

Abbildung 2: Anzahl der aktiven, genuinen INGOs und IGOs (1951 – 2000)⁴⁸



Eine Auszählung des *Yearbooks 2001/2002* (UIA 2001) ergibt, dass den 24.797 aktiven⁴⁹ NGOs im Jahre 2000 4.588 internationale Regierungsorganisationen gegenüberstehen. Abbildung 2 verdeutlicht das Wachstum der kleineren Gruppe der »genuinen« internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen⁵⁰ seit 1951, wobei die Daten der jeweiligen Yearbook-Jahrgänge herangezogen wurden. Deutlich ist hier der enorme Anstieg seit Beginn der 1980er Jahre nachzuvollziehen. Von 1981 bis 2001 hat sich die Zahl der aktiven, genuinen NGOs von 4.945 auf 9.988 mehr als verdoppelt.⁵¹

48 Eigene Zusammenstellung von Daten aus: UIA (2001: 15); www.uia.org/statistics/organizations/ytb299.php; www.uia.org/statistics/organizations/stybv296.php;

49 Die Kategorie der aktiven NGOs wurde von mir gebildet durch Subtrahierung der inaktiven Organisationen von der Gesamtzahl der gelisteten Organisationen.

50 Mit genuinen internationalen Organisationen sind diejenigen Körperschaften gemeint, die durch die UIA im Yearbook 2001/2002 als »Cluster 1«-Organisationen klassifiziert werden und den Kategorien A-D und F angehören. Die Einschränkung auf die genuinen INGOs und IGOs ist der Vergleichbarkeit der Daten geschuldet, da bis 1977 nur diese Organisationen erfasst wurden. Trotzdem stößt die Vergleichbarkeit der einzelnen Jahresdaten an ihre Grenzen. So wurden ab 1983 religiöse Orden aus der Kategorie F ausgelagert, ab 1985 auch die Konferenzserien (vgl. www.uia.org/uiastats/ytb299.htm). Nach Addition der entsprechenden Kategorien würde der Anstieg der INGOs aber noch deutlicher hervortreten.

51 Der genaue Faktor ist 2,02. Im gleichen Zeitraum hat sich die Anzahl der internationalen Regierungsorganisationen um den Faktor 3,31 auf 922 ver-

Bemerkenswert an der Auszählung in Abbildung 2 ist zudem die Synchronität der Entwicklung der Gründungsdaten von IGOs und INGOs, wenngleich der Anstieg der INGO-Gründungen nach 1945 deutlich stärker ausfällt. Es kann also von einem allgemeinen Schub der Organisation innerhalb des internationalen Systems, nochmals beschleunigt in der Zeit nach 1945, ausgegangen werden. Erst durch die Betrachtung der Entwicklung von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen wird das Ausmaß deutlich, in dem sich seit dem späten 19. Jahrhundert der Modus der formalen Organisation auch auf internationaler Ebene durchsetzt. Der Partialtrend der Zunahme internationaler NGOs ist demnach eingebettet in einen größeren säkularen Trend weltweiter »Ver-Organisation«.

Tabelle 1: Die Quantität von Nationalstaaten, TNCs, INGOs und IGOs 1968/1970 und 1999/2001 im Vergleich⁵²

	Anzahl 1968/1970	Anzahl 1999/2001	Wachstums- faktor
Transnationale Konzerne	7.500	59.902	8,0
INGOs	1.899	9.372	4,9
IGOs	229	975	4,3
Nationalstaaten	134	213	1,7

Dieses Bild verstärkt sich, wenn man den Blick auf weitere Akteure im globalen Raum erweitert. Obwohl dies bislang nicht systematisch untersucht wurde (Boli/Thomas 1997: 187)⁵³, scheint nämlich die Entwicklung internationaler NGOs und IGOs stark zu korrelieren mit der Entwicklung des Staatensystems und der Zunahme transnationaler Konzerne. In Bezug auf das quantitative Wachstum zeigt der Trend in die gleiche Richtung. So stieg die Anzahl der Nationalstaaten von 81 im Jahre 1950 auf 134

mehrt (Daten: UIA 2001: 15; www.uia.org/uiastats/ytb299.htm). Eine ähnliche Entwicklung legen Daten der OECD nahe. Demnach existierten 1990 rund 2.500 NGOs in OECD Ländern gegenüber nur 1.600 ein Jahrzehnt früher (Gordenker/Weiss 1996: 44, Fußnote 1). Vgl. ebenfalls die ähnlichen Berechnungen auf UIA-Grundlage in Boli/Loya/Loftin (1999: 54f).

52 Die Zahlen beziehen sich jeweils auf die Jahre 1969/1999 (TNCs); 1968/1999 (INGOs und IGOs); 1970/2001 (Nationalstaaten). Quellen: Bornschiefer (2002: 457); Held et al. (1999: 54); Hauchler/Messner/Nuscheler (2001a: 472f); UIA (2001: 15); www.uia.org/uiastats/ytb299.htm; www.uia.org/uiastats/stybv296.htm

53 Vgl. in Bezug auf Transnationale Konzerne aber den frühen Versuch von Feld (1971), sowie neueren Datums die Zusammenschau von Risse (2002).

1970 beziehungsweise auf 167 im Jahre 1991 (Held et al. 1999: 54). Im Juni 2001 konnten bereits 213 Staaten gezählt werden (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 472). 1994 existierten geschätzte 39.000 transnationale Konzerne mit über 250.000 nationalen Tochterfirmen (Meyers 1999: 11). In der Folge erhöhte sich die Zahl der Niederlassungen und Tochterunternehmen von transnationalen Unternehmen enorm: 1997 waren es bereits ca. 450.000, zum Ende der 1990er Jahre über 820.000 (Scherer 2003: 99). Noch 1968/1969 betrug die Anzahl der Konzernspitzen mit mehreren nationalen Dependenzen lediglich ca. 7.500 (Bornscher 2002: 457). Die UNCTAD listet in ihrem *World Investment Report 1999* 59.902 Mutterkonzerne mit 508.239 ausländischen Töchtern auf (UNCTAD 1999: 6).

Die Entwicklung internationaler NGOs lässt sich auch an der Entwicklung innerhalb des UN-Systems nachzeichnen. 1998 hatten 1.561 NGOs den Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) inne. Hinzuzuzählen sind etwa 400 NGOs, die der *UN-Commission on Sustainable Development* (CSD) angehören. Auch bei diesen »offiziellen« NGOs ist der rasante Anstieg belegt: Waren 1948 lediglich 41 NGOs zugelassen, so stieg deren Zahl bis zum Jahr 1968 auf 377 und bis 1991 auf 928 (Schulze 2000: 402; Willets 1996: 28). Die UNESCO arbeitet mit ca. 600 NGOs zusammen (Unser 1997: 203). Auch an der Teilnahme an den UN-Konferenzen lässt sich der enorme quantitative NGO-Schub sowie deren gewachsene Akzeptanz im internationalen System, ablesen. Waren 1972 auf der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm neben 114 Nationen lediglich ca. 300 NGOs vertreten, ließen sich zwanzig Jahre später beim sogenannten Weltgipfel UNCED in Rio de Janeiro bereits 150 Nationen und 1.400 NGOs registrieren. An dem parallel stattfindenden NGO-Forum nahmen zusätzlich etwa 18.000 NGOs teil (Heins 2001: 79).⁵⁴

Das starke Anwachsen internationaler NGOs findet seine Entsprechung im innerorganisationalen Wachstum einzelner NGOs, insbesondere von einigen prominenten Nord-NGOs. Beispielsweise stiegen die Einkünfte der US-amerikanischen Sektion des *World Wildlife Fund* (WWF) von 9 Millionen US-Dollar 1983 auf 53 Millionen US-Dollar 1991, während die Mitgliedschaftszahlen im gleichen Zeitraum von 94.000 auf über eine Million kletterten. Für den Zeitraum von 1985 bis 1990 steigerte

54 In der Rasananz der beschleunigten Entwicklung von NGOs im Kontext des UN-System werden von einigen Beobachtern selbst Elemente einer (sozialen) Bewegung gesehen (vgl. z. B. Demirovic 1997: 251). Mit der Postulierung einer internationalen »NGO-Bewegung« wird der Bewegungsbegriff derart auf eine neue Ebene gehoben. Die Gründung von Organisationen, hier im internationalen Rahmen, wird zum »Inhalt« der »Bewegung«.

Greenpeace international seine Einnahmen von 24 Millionen US-Dollar auf ungefähr 100 Millionen US-Dollar⁵⁵ und erhöhte die Mitgliederzahl von 1,4 auf 6,75 Millionen. Während *Greenpeace* 1979 außer in den USA in fünf weiteren Ländern Büros unterhielt, konnten 1992 weltweit in 24 Ländern Dependenz geätzt werden (Princen/Finger 1994: 2).

2.2.1.2 Die Entwicklung der Subgruppe der *Transnational Social Movement Organizations*

Legt man eine engere Definition als die UIA an und will nur diejenigen internationalen Organisationen begutachten, welche gemäß den Ausführungen in Kapitel 2.1 üblicherweise unter dem Begriff NGO subsumiert werden, so kann zwar ebenfalls auf das Datenmaterial der UIA zurückgegriffen werden. Es sind aber eigene Codierungen notwendig, da das *Yearbook* nur eine grobe inhaltliche Klassifizierung vornimmt. Boli und Thomas (1997: 182f) nehmen eine solche Kodierung vor und beziffern für 1988 den Anteil von NGOs, die unmittelbar »world polity related« orientiert sind bzw. Wohlfahrt und individuelle Rechte als Ziele verfolgen, auf lediglich 12,5%.⁵⁶ Dem gegenüber stehe ein Anteil von über 60%, der sich auf ökonomische und technische Rationalisierungsprozesse konzentriert. Angesichts des Images von NGOs ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis.

Die folgende Darstellung stützt sich auf eine ähnlich codierte Forschungsreihe von Jackie Smith zu *Transnational Social Movement Organizations* (Smith 1997; Smith 2001; Sikkink/Smith 2002; Smith 2004). TSMOs werden dabei als eine Subgruppe internationaler NGOs aufgefasst, die sozialen oder politischen Wandel in ihrer Zielsetzung haben.⁵⁷ Nach diesem Kriterium wurden die Daten der UIA codiert, wobei zusätzlich der Inhalt des beabsichtigten Wandels qualifiziert wurde.⁵⁸ Insgesamt

55 *Greenpeace* hat damit einen höheren Jahresetat als das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP (Conca 1996: 106).

56 Sikkink und Smith (2002) zählen in ihrer Untersuchung (s. u.) für 1993 unter Anlegung engerer Kriterien 685 solcher NGOs, was nach meinen eigenen Berechnungen gar einem Anteil von nur 9,1% an den 7.492 im Jahrbuch 1993 gelisteten aktiven NGOs (Kategorie A-D und F) entsprechen würde.

57 Eingedenk des UIA-Zahlenmaterials, welches der Untersuchung von Sikkink und Smith zugrunde liegt, müsste man eigentlich von multinationalen statt transnationalen SMO reden. Aus Gründen der Konvention unterbleibt dies allerdings hier. Eine genauere Auseinandersetzung mit dem Konstrukt der Bewegungsorganisation wird in Kapitel 3.2.1 geführt.

58 Folgende Organisationen wurden zusätzlich ausgeschlossen: Fonds und Stiftungen, Institute, deren primäre Aufgabe in der Forschung liegt, Organisationen, die Weltfrieden mittels spiritueller Transformation (Yoga etc.) er-

finden Sikkink und Smith (2002: 30) für 1953 110 TSMOs, deren Zahl bis 1973 relativ gemäßigt auf 183 ansteigt, um sich dann im Dekadenabstand jeweils fast zu verdoppeln (1983: 348; 1993: 685). Für das Jahr 2000 werden 959 TSMOs gezählt (Smith 2004: 268).⁵⁹

Vergleicht man die Daten von Sikkink und Smith mit der Entwicklung aller von der UIA gelisteten aktiven NGOs, so ergibt sich folgendes Bild: Während sich die Anzahl der TSMOs von 1953 bis 1993 versechsfacht hat⁶⁰, wuchs die Anzahl aller gelisteten aktiven NGOs von 1951 bis 1993 um den Faktor 9.⁶¹ Auch dies ist ein weiteres, deutliches Indiz für meine These einer *allgemeinen* »Organisationsexplosion« (Meyer 1994: 52) im internationalen Rahmen. Die weit verbreitete These, dass sich Bewegungs-NGOs, also TSMOs, nach 1945 besonders rapide entwickelt haben, wird derart entscheidend relativiert. Erst für die jüngste Zeit scheint sich eine signifikant andere Entwicklung anzudeuten. So ist von 1983 bis 1993 laut den erhobenen Daten von Sikkink und Smith (2002: 30) die Anzahl der TSMOs um 97 % angestiegen, während die Gesamtheit der NGOs von 1984 bis 1994 nur um 32 % gewachsen ist. Es scheint, als würden in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt Themen des sozialen und politischen Wandels auf internationaler Ebene ihren organisationalen Ausdruck bekommen.

Differenziert man die TSMOs nach Inhalten (Sikkink/Smith 2002: 30; Smith 2004: 268), so ergibt sich für den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg das Bild der Abbildungen 3 und 4. Menschenrechte waren demnach seit den 1950er Jahren der überwiegende Focus, auf den sich internationale Organisationen, die sich sozialem Wandel verpflichtet fühlen, ausgerichtet haben.⁶² Ihr Anteil an allen TSMOs ist allerdings – ebenso wie der der frauenpolitischen NGOs⁶³ – von 1953 bis 2000 relativ konstant geblieben. Der Anteil entwicklungspolitischer NGOs hat sich von 2,7 % im Jahr 1953 auf 9,9 % im Jahr 2000 mehr als verdreifacht, während der Anteil der Organisationen, die sich für internationales Recht

reichen wollen, Organisationen, die vornehmlich eine bestimmte religiöse Tradition vorantreiben, Austauschprogramme, Dienstleister und Organisationen zum Thema allgemeine Erziehung (Sikkink/Smith 2002: 27).

59 Die Zahlen für den Zeitraum von 1953 bis 1993 werden jeweils aus Sikkink/Smith (2002) entnommen, die des Jahres 2000 entstammen Smith (2004).

60 Der genaue Faktor beträgt 6,22.

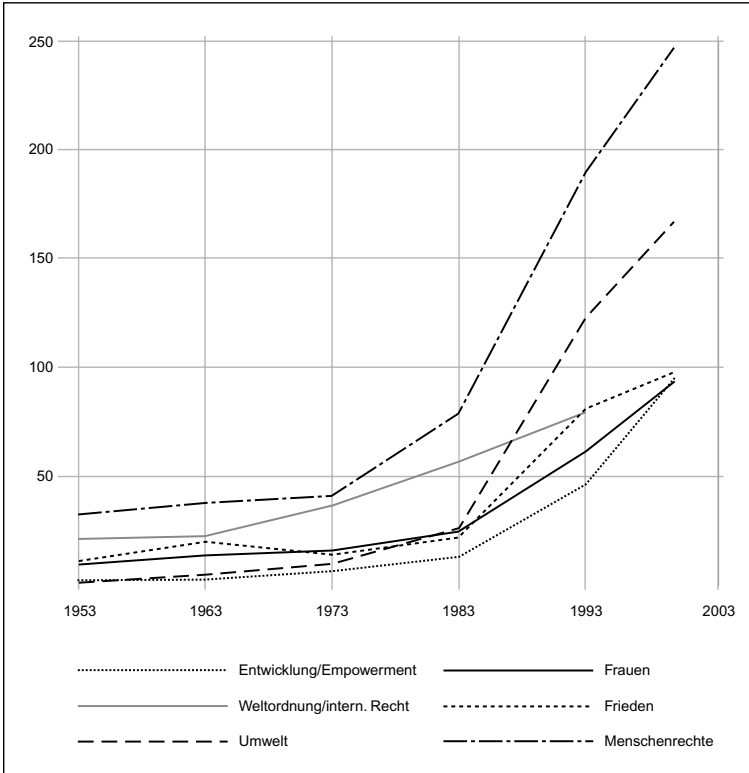
61 Nämlich von 832 auf 7.492. Datenquellen: <http://www.uia.org/statistics/organizations/stybv296.php>; UIA (2001: 15); <http://www.uia.org/statistics/organizations/ytb299.php>.

62 Zur Geschichte der internationalen Verankerung von Menschenrechten unter Bewegungsgesichtspunkten vgl. Herzka (1995); Schmitz (2000).

63 Vgl. zur Entwicklung frauenpolitischer NGOs die empirisch fundierte Studie von Berkovitch (1999).

stark machten, von 20 % im Jahr 1953 auf 11,7 % im Jahr 1993 fiel. Der Anteil friedenspolitischer NGOs fällt von 10 % in 1953 auf 6,3 % in 1983 ab, steigt aber bis 1993 wieder auf einen Anteil von 11,8 %.

Abbildung 3: Anzahl transnationaler SMOs nach Themen⁶⁴

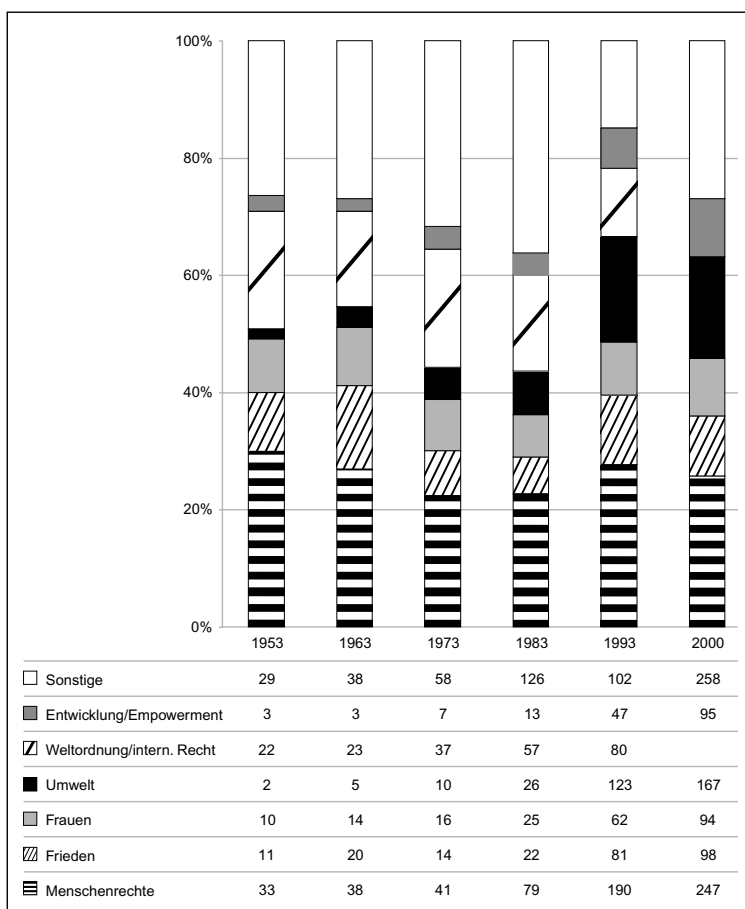


Auffallend ist der starke Zuwachs umweltpolitischer Gruppen, die 1953 nur einen Anteil von 1,8 % aller TSMOs ausmachen, 1993 aber bereits mit 14,3 % die zweitstärkste Teilgruppe bilden. Interessant ist bei den umweltpolitischen NGOs vor allem, dass rund 42 % derer, die 1993 aktiv waren, nach 1985 gegründet wurden. 80 % wurden nach 1970 ins Leben gerufen. Smith und Sikkink (2002: 33) sehen hier einen Zusammenhang mit den UN-Konferenzen 1972 in Stockholm und 1992 in Rio de Janeiro.

64 Datenquellen: Sikkink/Smith (2002); Smith (2004). Laut Sikkink/Smith (2002: 30) gilt für 1953 N=110 (1963: 141; 1973: 183; 1983: 348; 1993: 685), laut Smith (2004: 268) gilt für 2000 N=959. In Bezug auf die Teilgruppe »Weltordnung/internationales Recht« liegen für 2000 keine Daten vor.

ro⁶⁵ und stellen die Parallelität zum Erstarren ökologisch orientierter sozialer Bewegungen im nationalen Rahmen seit den 1970er Jahren heraus. Insgesamt erscheint der Zusammenhang zwischen UN-Konferenzen und dem Anwachsen der thematisch entsprechend ausgerichteten NGOs aber

Abbildung 4: Verteilung der Themenfoki auf die Gesamtheit der TSMOs⁶⁶



65 Frank et al. (1999: 84f) kommen im Rahmen einer ähnlich angelegten Analyse der UIA-Daten zum gleichen Ergebnis.

66 Datenquelle: Sikkink/Smith (2002: 30), Smith (2004: 268); Zahlen absolut. Für 2000 sind Daten in der Kategorie »Weltordnung/internationales Recht« nicht verfügbar. Die entsprechenden Organisationen gehen in die Kategorie »Sonstige« mit ein.

uneinheitlich. So kann ein solcher Zusammenhang zwar ebenfalls bezüglich der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien behauptet werden. Kaum einen Effekt hatten aber laut Sikkink und Smith die Internationale Konferenz über Menschenrechte 1968 in Teheran oder die diversen Weltkonferenzen zu Frauenrechten (ebd.: 43).⁶⁷

2.2.2 Die Entwicklung der NGOs im historischen Kontext

Wenngleich sich die Einschätzung, NGOs seien neue Akteure, sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der wissenschaftlichen Debatte hartnäckig hält⁶⁸, hat die quantitative Darstellung in Kapitel 2.2.1 deutlich gemacht, dass NGOs »historisch zugleich ein ausgesprochen altes und junges Phänomen« (Schrader 2000: 11) sind. Im Folgenden sollen daher bei der Darstellung der historischen Entwicklung der NGOs deren Anfänge nicht ausgespart bleiben.

Zwar gab es nichtstaatliche, Territorialgrenzen transzendierende Zusammenschlüsse schon weit vor den modernen Nationalstaaten. Man denke etwa an die katholische Kirche und die diversen religiösen Orden (Jesuiten, Franziskaner, Dominikaner, Rosenkranzorden)⁶⁹, oder an Freimaurerlogen und wohltätige Stiftungen. Doch lassen sich diese von formalen Organisationen, wie wir sie heute kennen, unterscheiden. Sie sind – wenn überhaupt – als Vorformen formaler Organisation zu charakterisieren. Insbesondere war ihre innere Struktur eher der von Bündeln, Clans und Seilschaften vergleichbar (Türk/Lemke/Bruch 2002).

Auch für Charnovitz (1997: 191-195) lässt sich die Geschichte nichtstaatlicher Organisationen zwar prinzipiell bis zur Gründung der römisch-katholischen Kirche samt ihrer christlichen Orden verlängern.⁷⁰ Diese seien aber dennoch, wenn überhaupt, nur Vorläufer von NGOs. Als Zeit-

67 Berkovitch (1999: 122f) vermutet in Bezug auf frauenpolitische NGOs hier allerdings einen Zusammenhang. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Teilnahmezahlen an den NGO-Parallelveranstaltungen der Weltkonferenzen zu Frauenrechten kontinuierlich angestiegen sind: 4.000 bei der *International Women's Year Tribune* 1975 in Mexico City, 7.000 beim NGO-Forum in Kopenhagen 1980, 14.000 bei der *Non-Governmental World Conference of Women* 1985 in Nairobi. Bei der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 nahmen am »Forum der NGOs« gar ca. 27.000 Aktivistinnen aus NGOs teil (Klingebiel 1996). Für einen Überblick über die UN-Frauenkonferenzen vgl. Chen (1996).

68 So etwa bei: Roth (2001: 39) und Tränhardt (1992).

69 Skjelsbaek (1971: 424) fasst den 1694 gegründeten Rosenkreuzerorden als erste NGO auf. Auch die UIA kennt keine definitorische Abgrenzung und listet Jahrhunderte alte Orden folglich als NGOs.

70 So verfahren etwa Czempiel (1981: 164) und Stoecker (2000: 60f).

punkt für den Beginn seines historischen Überblicks über das Wirken internationaler NGOs wählt er das Jahr 1775, in dem die *Pennsylvania Society for Promoting the Abolition of Slavery* gegründet wurde, die eine Reihe von Gründungen entsprechender Organisationen in anderen Ländern nach sich zog.⁷¹ Charnovitz unterteilt die Geschichte der NGOs unter dem Gesichtspunkt ihrer Involvierung in das internationale Staatensystem in sieben Abschnitte, denen auch hier gefolgt wird.

Nach einer langen Entstehungsphase von 1775 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, schließt sich eine zweite Phase des Engagements an (1919-1934), gefolgt von einer Phase des Nichtengagements im Vorfeld und Schatten des Zweiten Weltkrieges (1935-1944). In dessen Folge erleben NGOs von 1945-1949 ihre Formalisierung im Rahmen des sich herausbildenden UN-Systems. Nach 1949 durchlaufen NGOs auf internationaler Ebene laut Charnovitz eine bis heute andauernden Etappe des Bedeutungszuwachses, die sich untergliedern lässt in die Phasen des mangelnden Einflusses (1950-1971), der Intensivierung in Folge der UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 und des Empowerments seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Die folgenden Unterkapitel können als Erläuterung der statistischen Daten des vorausgegangenen Kapitels gelesen werden und setzen die Entwicklung der INGOs in Beziehung zu der Herausbildung des Systems zwischenstaatlicher Regulierung.

2.2.2.1 *Organization Building* und Internationalisierung: Die lange Entstehungsphase der NGOs bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Ein Streit über den genauen Ausgangspunkt einer NGO-Historie ist müßig. Charnovitz' Datierung hat eine gewisse Plausibilität, berücksichtigt aber das Kriterium der Inter- bzw. Transnationalität nur in der Themenwahl, nicht aber in der Organisationsstruktur der entstehenden NGOs. Die Anti-Sklaverei-Bewegung kann daher unter strengeren Kriterien nur als (allerdings wichtiger) Vorläufer der Herausbildung moderner internationaler NGOs gesehen werden. Auch ist es einsichtig, die Geschichtsschreibung von internationalen NGOs erst mit der Herausbildung von formaler Organisation, also mit dem frühen 19. Jahrhundert beginnen zu lassen. Zudem ergibt die Rede von der Nichtstaatlichkeit von Organisationen erst mit der zunehmenden Durchsetzung des modernen National-

71 In Großbritannien die *Society for Effecting the Abolition of Slave Trade* (1787), in Frankreich die *Société des Amis des Noirs* (1788). Vgl. für eine knappe Darstellung der Geschichte der Kampagnen gegen die Sklaverei unter NGO-Gesichtspunkten Heins (2002: 49-53).

staates Sinn. Die Herausbildung des modernen Nationalstaats und die Entstehung nichtstaatlicher Organisationen waren aber nicht nur historisch gleichursprünglich, sondern bedingten sich gegenseitig. So waren die Nationalstaaten im Zuge der industriellen Revolution mit einer rapide anwachsenden Ausweitung ihres Tätigkeitsfeldes konfrontiert. Gleichzeitig durchliefen sie einen umfassenden Bürokratisierungs- und Verrechtlichungsschub. Nationalstaaten waren deshalb in vielerlei Hinsicht den gestiegenen Anforderungen, die an sie herangetragen wurden, nicht gewachsen. Formen von »Bürgerbeteiligung« wurden nun immer mehr auf sogenannte freiwillige Assoziationen hin kanalisiert (Chatfield 1997: 20f).⁷² Es kam deshalb verstärkt zur Artikulation und organisationalen Aggregation (teils konfliktiver) Interessen, um diese gegenüber dem Staat oder Dritten zu vertreten.

Vereine, Verbände und Parteien werden spätestens seit den 1860er Jahren »zu den bedeutendsten Medien der gesellschaftlichen Beobachtung, Selektion und Artikulation von Forderungen und Strategien, zur Sammlung von Menschen mit ähnlichen Interessen, zur Differenzierung der Gesellschaft nach organisationalen Zielrichtungen und Binnenstrukturen. Das, was nun öffentlich formulierbar ist, muss durch Form und Medium der Organisation hindurch; was sich nicht organisieren lässt, bleibt von vorneherein auf der Strecke, was sich aber organisieren lässt, ist damit lange noch nicht durchsetzbar« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 276). Dieser Sachverhalt ist eine entscheidende Kontextbedingung für die Entstehung dessen, was wir heute NGOs nennen. Dies gilt selbst dann, wenn man NGOs dadurch definiert, dass diese nur in geringem Umfang Mitgliederinteressen vertreten. Denn auch NGOs können den institutionellen Rahmen des Politischen nicht verlassen. Sie sind ebenfalls darauf angewiesen, sich als Fürsprecher und Agenten von Interessen, und seien es allgemeine Menschheits- oder Umweltinteressen, zu inszenieren.⁷³

Notwendig für die Durchsetzung einer Kultur der Organisierung im 19. Jahrhundert war zum einen das Recht auf Vereinigungsfreiheit, welches in Deutschland erst ab 1848 installiert wurde. Zum anderen musste das rechtliche Konstrukt der juristischen Person geschaffen und verankert werden.⁷⁴ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts differenziert sich die

72 Chatfield gibt damit eine Begründung für die Entstehung und das Anwachsen von Interessenorganisationen im nationalstaatlichen Rahmen, die sehr den gängigen Erklärungen, die den NGO-Boom heutiger Tage betreffen, ähnelt. Auch hier wird oft mit dem Bedeutungsverlust, respektive mit der Aufgabenverschiebung des Nationalstaats (im Zuge der Globalisierung) argumentiert (vgl. dazu Kap. 4.3).

73 Vgl. ausführlich Kapitel 6.3.3.

74 Vgl. zu beidem Türk/Lemke/Bruch (2002: 137-147).

Organisationsform weiter aus, was auch die Vervielfältigung und Ausweitung von Themeneingrenzungen und Praxisfeldern einschließt. Neben den Parteien beherrschen nun von diesen separierte, funktional spezifische Interessenverbände und Organisationen, die aus bestimmten ideologisch-kulturellen Milieus heraus gegründet wurden, das gesellschaftliche Bild. Mit zunehmender Komplexität des politischen Systems und wachsender Interdependenz der Lebensverhältnisse orientieren sich diese Interessenorganisationen nicht nur auf einen unmittelbaren Gegner, sondern erheben zunehmend gesamtgesellschaftliche Forderungen, die auf strukturelle Änderungen abzielen. Ihr Partikularinteresse wird damit zu einem Allgemeininteresse aufgewertet (ebd.: 174). Diese Struktur hält Lederer schon 1912 mitverantwortlich für das Entstehen einer Organisierungsspirale. Der erhobene Anspruch auf Wahrung des Allgemeininteresses fordere demnach geradezu zwangsläufig Widerspruch, der sich wiederum nur organisationsförmig artikulieren könne. In der Konsequenz entstehe ein sich verstärkender Organisationszwang (Lederer 1979).

Will man die Vorläufer internationaler NGOs inhaltlich bestimmen, so sind an prominenter Stelle sicherlich die ersten Gewerkschaften und Berufsverbände zu erwähnen. Bedeutung erlangen im späten 19. Jahrhundert aber auch karitative und humanitäre Einrichtungen sowie Zusammenschlüsse von Wissenschaftlern und Ärzten. Alle diese Organisationen fanden rasch Kooperationsmöglichkeiten über die Staatsgrenzen hinweg, obwohl die internationalen Beziehungen völkerrechtlich eine Domäne der Nationalstaaten darstellten. Die Internationalisierung der Beziehungen wurde aber grundsätzlicher von den transnationalen Kapitalbewegungen auf die Tagesordnung gesetzt. Nichtstaatliche Organisationen ahmten zeitlich verzögert damit sozusagen die Bewegungen des internationalen Kapitals, der Waren- und Güterketten, nach. Insbesondere Gewerkschaften erkannten die Notwendigkeit, sich Partnerorganisationen in anderen Industrieländern zu suchen (Schrader 2000: 12). Die sich internationalisierende Arbeitersolidarität, die ihren organisationalen Ausdruck in der 1864 von Marx und Engels mitinitiierten *Ersten Internationale*, der *International Working Men's Association*, fand, kann als frühes Beispiel grenzüberschreitender Organisierung gesehen werden (Nimtz 2002).

Die zeitliche Verortung der ersten internationalen NGO-Gründungen zu Mitte des 19. Jahrhunderts lässt sich auch empirisch-statistisch nachzeichnen. Erst ab diesem Zeitraum kann von einer signifikanten ersten Gründungswelle internationaler Organisationen die Rede sein.⁷⁵ Verstärkt wird nun nach staatsunabhängigen organisationalen Strukturen gesucht,

75 Lyons (1963: 14) listet nur vier internationale NGOs auf, die bis 1849 gegründet wurden.

um soziale, humanitäre, religiöse, fachliche und berufsständische Interessen im nationalen wie im internationalen Rahmen durchzusetzen. Internationale NGOs entstehen zu sozialen und ökonomischen Themen und fokussieren sich auf die Bereiche Landwirtschaft, Wissenschaft, Erziehungswesen, Religion, Künste, Rechtswesen, Kommunikation und Sport, wobei oftmals zunächst nur die einzelnen nationalen Organisationen in föderative Verbände (*umbrella organizations*) eingegliedert und koordiniert werden. Von 1850 bis 1939 halten international agierende NGOs laut White (1968: 4) ca. 6.000 Konferenzen ab⁷⁶ und beeinflussen in vielfacher Weise die Arbeit internationaler Regierungsorganisationen, wenn sie nicht gar deren Gründung selbst anregen.

Einen besonderen Stellenwert nimmt zu diesem Zeitpunkt das Thema Frieden ein, welches schon 1815 zur Gründung erster Vereinigungen anregt. 1900 werden weltweit 425 friedenspolitische Gesellschaften gezählt (Charnovitz 1997: 193f). Weitere wichtige, originär internationale Themen, die NGO-Gründungen anstoßen, sind der Freihandel und die Stärkung internationalen Rechts. Von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus die Gründung der UIA 1910, deren vorderstes Ziel die Förderung von internationalen NGOs ist. NGOs wurden nun selbst zum Objekt internationalen Engagements.

White begründet das rapide Anwachsen von NGOs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter anderem mit dem Geist der industriellen Revolution. Weiter führt er aus: »As the world grew more and more interdependent and smaller and smaller in terms of travel and communication, international organizations grew faster both in number and importance« (White 1968: 4).⁷⁷ White benennt damit 1951 genau die Argumente, die allgemein auch für den NGO-Boom der 1980er und 1990er Jahre mitverantwortlich gemacht werden.⁷⁸ Interessanterweise spiegelt sich der Kontext der industriellen Revolution und der beginnenden Globalisierung auch in den thematischen Ausrichtungen der frühen Regierungsorganisationen wider. So waren von den 11 Regierungsorganisationen, die zwischen 1860 und 1880 gegründet wurden, fünf mit dem Transport-, Post

76 Speeckart (1951) zählt von 1840 bis 1914 2.897 internationale Konferenzen (zitiert nach Lyons 1963: 12).

77 Ähnlich: Lyons (1963: 15); Chatfield (1997: 21).

78 Vgl. etwa Schrader (2000: 14) der für die Zeit nach 1945 »neue Entfaltungschancen für gesellschaftsübergreifende [*sic!*] Kontakte« gegeben sieht und die Einbindung von NGOs in das entstehende UN-System als Folge des »wachsenden internationalen Regelungs- und Kooperationsbedarf[s] in einer zunehmend interdependenten Welt« sieht. Vgl. auch die Bedeutung, die heute den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zugeschrieben wird (Castells 2000), sowie allgemein die Rede vom »globalen Dorf«.

oder Telegrafenwesen, eine mit der Standardisierung von Maßen und Gewichten und zwei mit Währungsfragen beschäftigt (Lyons 1963: 15). Zusammenfassend kann für die Gründungsphase der ersten INGOs festgehalten werden, dass diese in engem Zusammenhang mit der Herausbildung besserer Kommunikationsmöglichkeiten (kürzere Reisezeiten, Telefon- und Telegrafenwesen), der Entstehung von geteilten Interessenslagen und fortschreitender Interdependenz standen.

2.2.2.2 Vom Engagement zum Nichtengagement: Die Zwischenkriegszeit

Nach einem kleinen Boom von NGO-Neugründungen im Anschluss an die Friedenskonferenzen 1899 und 1907 stellen die meisten internationalen NGOs ihre Tätigkeit während des Ersten Weltkrieges ein, wobei das *Internationale Rote Kreuz* eine bekannte Ausnahme bildet. White beurteilt die Phase bis zum Ersten Weltkrieg als eine visionäre Etappe, in der die Arbeit der internationalen NGOs nicht wirklich praktisch und brauchbar war. Statt zu handeln, sei viel debattiert worden, sodass die Arbeit der NGOs »existed more for the sake of being international than for the sake of getting something accomplished« (White 1968: 5).⁷⁹

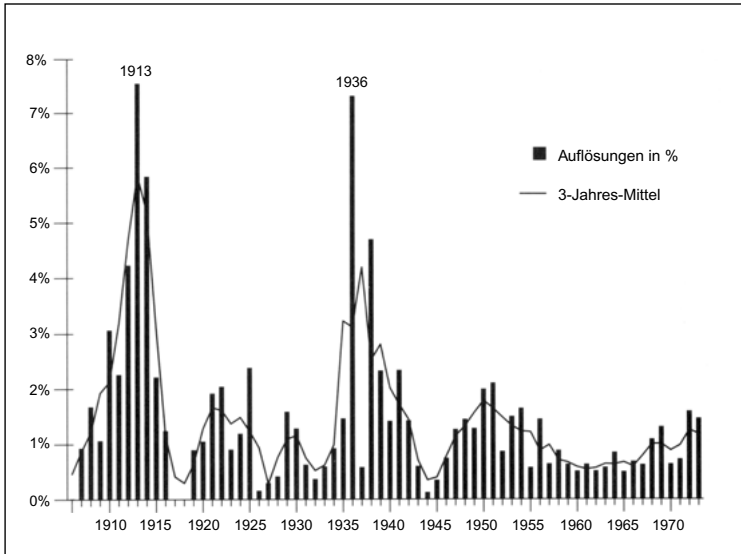
Dies ändert sich erst 1918/19, sodass nun NGOs immer mehr Einfluss gewinnen können. Dieser Einflusszugewinn ist dabei wiederum nur verständlich, wenn er in Zusammenhang gesetzt wird zum allgemeinen Bedeutungszuwachs, den das »System organisierter Interessenvertretung« nach dem Ersten Weltkrieg erfährt. So wächst das Interessenverbandssystem in der Weimarer Republik nicht nur dem Umfang nach im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich. Es durchläuft parallel einen Prozess fortschreitender Zentralisierung und weiteren Integration großer Bevölkerungsteile (Türk/Lemke/Bruch 2002: 201ff; Blaich 1979: 57ff). Insbesondere die Trends der Expansion und Zentralisierung lassen sich auch für die international agierenden NGOs nachweisen (Charnovitz 1997).

Zudem differenziert sich deren interne Organisationsstruktur weiter aus. Die Verankerung von Hauptgeschäftsstellen, die Einrichtung kontinuierlich arbeitende Komitees und die häufigere Durchführung internationaler Mitgliederversammlungen etabliert eine auf Längerfristigkeit ausgerichtete Arbeitsweise. Darüber hinaus hat die »Katastrophe des Ersten Weltkrieges« auch insgesamt die Notwendigkeit einer internationalen Organisation auf die Tagesordnung gesetzt. So erreicht der Organisations-

79 Dieses Zitat kann als Zeichen eines frühen kulturalistischen Zugangs gelesen werden. Es wäre sicher lohnend der Behauptung mit neoinstitutionalistischen Argumenten, insbesondere dem der Rationalitätsfassaden (Meyer/Rowan 1977; vgl. auch Kap. 6.3.2), auf den Grund zu gehen.

grad der Staatenbeziehungen mit dem Völkerbund, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Internationalen Gerichtshof und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in der Zwischenkriegszeit eine bis dato nicht gekannte Intensität (Schrader 2000: 13). Auf der nichtstaatlichen Ebene findet diese Entwicklung ihre Entsprechung in bedeutenden Organisationen wie der *Internationalen Handelskammer*, die drei Millionen Firmen repräsentiert, der *International Cooperative Alliance* mit 71 Millionen Mitgliedern oder der *International Federation of Trade Unions* mit 20 Millionen Mitgliedern. Nach 1918 werden Hunderte internationale NGOs neu gegründet, während diejenigen Organisationen, die den Krieg überlebten, ihre Mitgliedschaftszahlen und Aktivitäten auf ein neues Maß schrauben (White 1968: 5f). Bis in die 1930er Jahre können trotz Weltwirtschaftskrise, aufkommendem Faschismus und erneut aufkeimender Kriegsgefahr internationale und interorganisationale, staatliche wie nicht-staatliche Beziehungen intensiviert werden. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bedeutet dann abermals einen wichtigen Einschnitt und »Rückschritt«.

Abbildung 5: Auflösungen von INGOs als Anteil an der aktiven Gesamtpopulation eines Jahres (1906-1973)⁸⁰



Nach Boli und Thomas (1999a: 23) kommt der Entwicklungsgeschichte der internationalen NGOs dabei die Rolle eines Seismographen zu. Sie

⁸⁰ Aus: Boli/Thomas (1999a: 24).

spiegele erstaunlicherweise recht genau den Zustand des internationalen Systems wider. Schaut man sich die Auflösungsrate von NGOs über die Zeit an, so zeigen sich jeweils kurz vor Ausbruch der zwei Weltkriege 1913 und 1936 Höchstwerte (Abbildung 5).

2.2.2.3 Formalisierung: NGOs und das UN-System⁸¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg bessern sich die Bedingungen für internationale NGOs erheblich. Während NGOs beispielsweise bei den Haager Konferenzen 1899 und 1907 nicht zugelassen waren und beim Völkerbund lediglich einen informellen konsultativen Status inne hatten, wird der Umgang mit INGOs mit der Gründung der Vereinten Nationen zum ersten Mal formalisiert (Gordenker/Weiss 1996: 22). Nachdem zunächst in den ersten Vorschlägen zur UN-Charta keinerlei Bezugnahme auf NGOs stattfand, schaffen es nationale und internationale NGOs durch starke Einflussnahme, dass sie nun in Artikel 71 der Charta Eingang finden (Schulze 2000: 398). Demnach bleibt die Arbeit der NGOs zunächst beschränkt auf den Bereich des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC).⁸² Der Artikel 71 der UN-Charta formuliert dazu: »Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Abmachungen zwecks Konsultationen mit nichtstaatlichen Organisationen treffen, die sich mit Angelegenheiten seiner Zuständigkeit befassen. Solche Abmachungen können mit internationalen Organisationen und, soweit angebracht, nach Konsultation des betreffenden Mitglieds der UNO auch mit nationalen Organisationen getroffen werden.« Den NGOs wird folglich die Rolle des gelegentlichen oder auch ständigen Beraters zugesprochen. Von einem Mitentscheidungsrecht ist nicht die Rede. Schulze (2000: 398) weist darauf hin, dass mit Artikel 71 lediglich »die Gepflogenheiten des Völkerbundes« formalisiert wurden. Schon dort wurde den NGOs das Recht der Meinungsäußerung und ein Vorschlagsrecht zugestanden. Sie konnten darüber hinaus an allen Aktivitäten des Völkerbundes uneingeschränkt teilnehmen.⁸³

In der schon erwähnten Resolution 1296 (XLIV) des ECOSOC von 1968 wird definiert, was unter einer NGO zu verstehen ist. Demnach sind

-
- 81 Für einen differenzierteren Überblick, welcher die Diskussionsprozesse und Machtkämpfe innerhalb des UN-Systems berücksichtigt, vgl. Willets (1996).
 - 82 Der ECOSOC verfügt über 60 % des Gesamtetats der UN (Heins 2002: 79). Ihm unterstehen die Menschenrechtskommission und die *Commission for Sustainable Development* (CSD).
 - 83 Die Einengung auf den ECOSOC durch den Artikel 71 stellt damit zumindest vorläufig eine Einschränkung des NGO-Wirkungsrahmens gegenüber dem Völkerbund dar.

NGOs Organisationen »die in ihrer Arbeit den Zielen der Charta entsprechen und nicht durch Regierungsabkommen gegründet wurden und den freien Informationsfluss und demokratischen Entscheidungsprozess nicht behindern«. Im Juli 1996 gelingt den NGOs – bedingt durch deren immens gestiegene Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und durch deren allgemeinen Bedeutungszuwachs im UN-System – die Durchsetzung einer Erweiterung der Resolution 1296.⁸⁴ Darin wird der Zugang zum UN-System gelockert. Insbesondere können nun auch lediglich lokal verankerte und bisher national tätige NGO die Akkreditierung durch die UN erlangen. Gleichwohl besteht aber die Aufteilung der NGOs in drei Hauptkategorien fort, die diesen unterschiedliche Privilegien zuschreibt. Eine regelmäßige Statusüberprüfung erfolgt durch das NGO-Komitee des ECOSOC oder durch den Rat selbst.

Der *allgemeine Konsultativstatus* wird denjenigen NGOs zugeteilt, die mit den meisten der Aktivitäten des ECOSOC beschäftigt sind, die eigenständige und substantielle Beiträge zur Arbeit der UN leisten können und die so viele Mitglieder besitzen, dass sie große Teile der Bevölkerung in vielen Ländern repräsentieren. Sie haben neben dem Recht, an Tagungen des ECOSOC und seiner Unterorgane teilzunehmen, die Möglichkeit, schriftliche Stellungnahmen abzugeben, in Hearings angehört zu werden und Tagungsordnungsvorschläge zu machen. Der *spezielle Konsultativstatus* ist denjenigen NGOs zugedacht, die auf ausgewählten Gebieten des ECOSOC arbeiten und substantielle Beiträge leisten. Außer dem Recht auf Vorschlag der Tagesordnung besitzen die NGOs dieser Gruppe die gleichen Rechte, wie die mit allgemeinem Konsultativstatus. NGOs der dritten Gruppe erhalten einen Eintrag in eine spezielle Liste und damit den sogenannten *Roster-Status*. Aufgenommen werden diejenigen NGOs, die der Generalsekretär oder der ECOSOC für fähig hält, gelegentlich zweckdienliche oder nützliche Beiträge zur Arbeit des Rates zu leisten. Eingang finden aber auch NGOs, die zu anderen UN-Sonderorganisationen konsultative Beziehungen unterhalten. NGOs mit Roster-Status haben deutlich weniger Rechte als die der anderen beiden Gruppen. So können sie nur an Treffen teilnehmen, die in ihren speziellen Arbeitsbereich fallen. Sie werden dazu gegebenenfalls ad hoc akkreditiert. Zudem werden die Partizipationsmöglichkeiten von mal zu mal neu ausgehandelt. Neben dem ECOSOC haben auch die meisten anderen UN-Sonder-

84 Verschiedene NGOs waren an der Erarbeitung der entsprechenden Resolution 1996/31 vom 26.07.1996 im Rahmen der *Open-Ended Working Group on the Review of Arrangements for Consultations with Non-Governmental Organizations* des ECOSOC beteiligt (Walk/Brunnengraber 2000: 116, Fußnote 13). Die wichtigsten UN-Dokumente zur formalen Anerkennung eines Konsultativstatus sind dokumentiert in: Gordenker/Weiss (1996).

organisationen ihren Umgang mit NGOs in Satzungen und Geschäftsordnungen festgelegt, wobei meist der Klassifizierung des ECOSOC gefolgt wird (Schulze 2000; Willets 1996).

Alle drei Kategorien von NGOs haben Zugang zu sämtlichen Dokumenten der Vereinten Nationen. Zudem werden ihre Stellungnahmen an die beteiligten Diplomaten verteilt. Von größerer Bedeutung scheint aber der unmittelbare, meist informelle Kontakt zu den Regierungsvertretern und Diplomaten zu sein. So besitzen Vertreter akkreditierter NGOs Sicherheitsausweise, die ihnen den Zugang zu allen Gebäuden der Vereinten Nationen ermöglichen, was auch den Besuch der entsprechenden Bars und Restaurants einschließt. Es ergeben sich so viele Gelegenheiten, Kontakte zu Regierungsvertretern zu knüpfen und zu pflegen. Der Konsultativstatus verleiht den NGO-Vertretern ein hohes Maß an Legitimität. Ein etwaiger Ausschluss von Sitzungen oder eine gänzliche Nichtbeachtung bei Entscheidungsprozessen wird nun begründungspflichtig. Heute gibt es kaum ein Thema mehr, welches im Rahmen der Vereinten Nationen ohne NGO-Beteiligung diskutiert wird. Selbst im Umfeld des Weltsicherheitsrates werden NGOs verstärkt wahrgenommen (Heins 2002: 80). Die gewachsene Akzeptanz der NGOs hat bislang aber keine Entsprechung im Völkerrecht. Bisher scheiterten alle Versuche zur Kodifizierung eines Rechtsstatus' von NGOs im internationalen Staatensystem.⁸⁵

2.2.2.4 Einflusszugewinn: Der Aufstieg der NGOs im Rahmen der UN-Weltkonferenzen

Ein wichtiges Betätigungsfeld für NGOs neben den ECOSOC-Konsultationen stellt die Partizipation bei den diversen UN-Weltkonferenzen dar. Die UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm war in Bezug auf das Verhältnis der NGOs zum UN-System ein erster Wendepunkt (Willets 1996: 54; Lechner 2000: 11). Schon 1972 wurden NGOs, die bislang nicht akkreditiert waren, eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen, solange sie international tätig und mit Themen der Konferenz beschäftigt sind. Mit 225 akkreditierten NGOs waren erstmals mehr NGOs vertreten als Regierungen (113). Die teilnehmenden NGOs publizierten eine täglich erscheinende, den Konferenzverlauf kritisch begleitende Konferenzzeitung und hielten erstmalig ein paralleles NGO-Forum ab (Charnovitz 1997: 262).⁸⁶ Der Ablauf der Stockholmer Konferenz prägt für zwei Jahrzehnte das Muster von internationale Weltkonferenzen. Einen weiteren Wendepunkt

85 Vgl. für einen Überblick über Versuche der Verrechtlichung von NGOs UIA (2000); Hobe (1999).

86 Zur NGO-Partizipation bei der UN-Umweltkonferenz in Stockholm vgl. ausführlich Feraru (1974).

markiert erst 20 Jahre später die *UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung* (UNCED) in Rio de Janeiro (Conca 1996: 111).⁸⁷

Im UNCED-Vorbereitungsprozess selbst wurden Gruppen ermutigt, sich als NGOs zu beteiligen und sich in Koalitionen zusammen zu schließen (Finger 1994: 209). Ihnen wurde hier und bei den folgenden Konferenzen nach Einschätzung von Walk und Brunnengraber (2000: 98) ein »*window of opportunity* geöffnet, das unzweifelhaft für frischen Wind in der internationalen Konferenzdiplomatie sorgte«. An der UNCED nahmen über 15.000 Delegierte aus insgesamt 178 Staaten sowie 115 Staats- und Regierungschefs teil (Simonis 1993: 12). Zu der bis dato größten internationalen Konferenz waren 1.420 NGOs dank eines erleichterten Zulassungsverfahrens zugelassen.⁸⁸ Etwa 7.000 Journalisten ließen den sogenannten Erdgipfel zu einem weltweiten Medienspektakel werden (Johnson 1993). Die inhaltliche Klammer der Konferenz bildete das Konzept *Sustainable Development*, welches auch den Geist der verabschiedeten Agenda 21 bestimmte und fortan zum unumstrittenen, gleichwohl sehr vagen Leitbild der internationalen Beziehungen avancierte.⁸⁹

Auf der UNCED konnten NGOs den Verlauf der Verhandlungen trotz ihres prinzipiellen Beobachterstatus relativ stark beeinflussen, konnten bis in die zentralen Abstimmungsergebnisse der Konferenz vordringen und trugen durch unkonventionelle Schritte zum Zustandekommen des Abkommens bei. Zentral waren neben der Mitarbeit in offiziellen Delegationen der Nationalstaaten⁹⁰ vor allem eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie verstärkte Kommunikations- und Lobbyarbeit auf der Konferenz selbst (Mathews 1997: 55).

In der Nachfolge von UNCED konnten die NGOs von den dort gebildeten Kontakten profitieren. An vielen inhaltlichen Punkten gelang sogar die Herausbildung funktionsfähiger Netzwerke. NGOs sind spätestens seit der UNCED zu – auch öffentlich wahrgenommenen – Mitspielern in der internationalen Arena geworden. Die internationale Klimapolitik wurde zu einem neben ECOSOC und der Partizipation an den Weltkonferenzen dritten, wichtigen Betätigungsfeld für NGOs. In der Klimarahmenkonven-

87 Für eine genauere Darstellung der UNCED und ihrer Vorbereitung unter dem Gesichtspunkt der NGO-Beteiligung vgl. Finger (1994). Für eine Abwägung der verschiedenen Einschätzungen zum Erfolg von UNCED vgl. Simonis (1993).

88 Insgesamt reisten 22.000 NGO-Vertreter von mehr als 9.000 NGOs zur Konferenz in Rio an (Princen/Finger 1994: 4).

89 Vgl. hierzu Eblinghaus/Stickler (1996); Spehr/Stickler (1997); Brand/Görg (2002).

90 Teils überrascht wurde laut Finger (1994: 208) zur Kenntnis genommen, dass 14 Länder umweltpolitische NGOs an ihren nationalen Delegationen beteiligten.

tion und dem Kyoto-Protokoll wurde die Förderung einer breiten NGO-Beteiligung und die Kooperation mit diesen Akteuren sogar völkerrechtlich verbindlich festgelegt (Brunnengräber/Walk 2000: 99f).

Nach 1992 institutionalisieren zudem fast alle UN-Unterorganisationen und UN-Körperschaften Beteiligungsmöglichkeiten für NGOs⁹¹, was insbesondere auch die Vorbereitungsprozesse der folgenden UN-Konferenzen betrifft. 1997 nehmen auf der sogenannten Rio+5-Konferenz in New York NGO-Vertreter zum ersten Mal im Plenum ein Rederecht wahr, was als Indiz für die weitere schleichende Aufwertung der NGOs im UN-System in naher Zukunft gewertet werden kann. Dafür spricht auch, dass sich in UN-Dokumenten bezüglich des Verhältnisses von NGOs und Nationalstaaten zunehmend eine Partnerschaftssemantik durchsetzt, die laut Willets (2000a) die »Vagheit konsultativer Arrangements« hinter sich lasse.⁹² Die UN-Generalsekretäre spätestens seit Butros-Ghali nehmen diese Partnerschaftsrhetorik auf und lassen kaum eine Gelegenheit aus, einer noch stärkeren Integration von NGOs in das UN-System das Wort zu reden. So äußert sich etwa Kofi Annan (1999): »I see a United Nations keenly aware that if the global agenda is to be properly addressed, a partnership with civil society is not an option; it is a necessity«.

Die Partnerschaftsrhetorik der UN kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich bisher lediglich ein informeller Arbeitsmodus herausgebildet hat. Mit Anheier (1992: 1424) kann man daher den Status der NGOs treffend als »Partizipation ohne Stimmrecht« bezeichnen. Gleichwohl gibt es von Seiten der NGOs bis weit in die 1990er Jahre hinein Anzeichen für einen regelrechten »Partizipationsenthusiasmus« (Unmüßig 1998). Erst in den letzten Jahren lässt sich auch hier vereinzelt Ernüchterung feststellen. Insbesondere kritische Wissenschaftler und kleinere NGOs beklagen nun einen »Partizipations-Overkill«, der »den visionären Blick über die Tagesaktualität hinaus« blockiere und im Ergebnis zu einer Partizipationsmüdigkeit führe.⁹³ Richtig angekommen ist dies im Mainstream der NGO-Forschung aber noch nicht.

Für den Aufstieg der NGOs im UN-System und vor allem im Rahmen der UN-Konferenzen während der 1990er Jahre werden in der Literatur vor allem zwei Gründe verantwortlich gemacht. Erstens habe sich durch

91 Schon 1994 konnten 86 Verbindungsbüros zur Intensivierung der Beziehungen zu den NGOs gezählt werden (Alger 1994: 308).

92 Für weitere Beispiele, die die Aufwertung von NGOs in bestimmten UN-Bereichen deutlich machen, vgl. Heins (2002: 94ff).

93 So Helmut Röscheisen vom *Deutschen Naturschutzring (DNR)* im Hinblick auf das hochgelobte Partizipationsmodell der Weltkommission für Staudämme (WCD); zit. n. Hoering (2002: 22).

das Ende des Kalten Krieges die weltpolitische Situation samt des entsprechenden Diskursfeldes grundlegend geändert. Dies wird auch im UN-Rahmen so gesehen. Der damalige Generalsekretär Boutros-Ghali (1996: 7) formuliert beispielsweise: »The United Nations was considered to be a forum for sovereign states alone. Within the space of a few short years, however, this attitude has changed. Nongovernmental Organizations are now considered full participants in international life. This change is largely due to the quick succession of historical events that we have witnessed in recent years. The fall of the Berlin Wall shattered the ideological screen that had concealed the reality of international relations.«

Zweitens seien die Gründe bei den spezifischen (zugeschriebenen) Fähigkeiten der NGOs zu suchen, welche die Vereinten Nationen zur Zusammenarbeit ermutigten. Hier werden in erster Linie unabhängiges Expertenwissen, der besondere Zugang der NGOs zu unterrepräsentierten Gruppen sowie eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit, die zur Transparenz des UN-Systems beitragen könne, genannt. Außerdem hätte sich im Verhältnis von NGOs zu Vereinten Nationen eine *win-win*-Konstellation ergeben, in der beide in Bezug auf Einfluss und Legitimität gegenüber den Nationalstaaten durch Kooperation profitieren konnten (Take 2002: 116f). Den UN-Weltkonferenzen kam dabei, sowohl bei der Ausformung der Kooperationen als auch in Bezug auf das Anwachsen des NGO-Sektors, eine katalytische Funktion zu.

Parallel zum UN-System haben NGOs zudem in anderen multilateralen Organisationen verschiedene Prozesse der Anerkennung durchlaufen können. Dies betrifft insbesondere die EU (Furtak 2001) und multilaterale ökonomische Institutionen wie die Weltbank (Fox/Brown 1998), die WTO oder den IWF (O'Brien et al. 2000). Die zunehmende Akzeptanz von NGOs in der internationalen Politik ist dabei eingebettet in einen umfassenderen Trend der »Privatisierung der Weltpolitik« (Brühl et al. 2001), in dessen Verlauf nichtstaatliche Akteure aufgewertet werden. Dies betrifft neben den NGOs insbesondere auch transnationale Konzerne. Diese haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur eigene Lobby-NGOs gegründet. Sie nehmen darüber hinaus auch zunehmend eigenständig ihre Interessen wahr und benutzen insbesondere die UN-Konferenzen als PR-Bühne. Die Strategie der *Public-Private-Partnerships* (PPP) wird insbesondere unter dem Dach der von UN-Generalsekretär Annan angeschobenen *Global Compact*-Initiative zu einer bedeutenden Säule weltweiter Nachhaltigkeitskonzeptionen.⁹⁴ Auf der »Rio+10«-Konferenz in Johan-

94 Vgl. für Beispiele die unter dem Titel »In the Company for Partners« veröffentlichte Studie von Murphy und Bendall (1997). Zur Annäherung von Vereinten Nationen und transnationalen Unternehmen im Rahmen der Global Compact-Initiative vgl. Paul (2001).

nesburg 2002 wurden allein 220 Partnerschaftsinitiativen der unterschiedlichsten staatlichen und privaten Akteure mit einem Finanzvolumen von 235 Millionen US-Dollar präsentiert. Die Dominanz des Privatsektors schlug sich zusätzlich im äußeren Rahmen der Johannesburger Konferenz sichtbar nieder, wo etwa 200 transnationale Unternehmen mit aufwändigen Ständen ihre Präsenz demonstrierten (Martens/Sterk 2002: 10).

2.2.3 Erklärungsansätze für das Wachstum der NGOs und ihrer Wertschätzung

In den beiden vorangegangenen Kapiteln konnte eindrucksvoll die Zunahme der NGOs im internationalen Raum belegt und illustriert werden. Das NGO-Phänomen ist dabei als ein altes und neues zugleich charakterisiert worden. Älteren Datums ist es deshalb, da eine starke Vermehrung von international tätigen NGOs schon seit Ende des 19. Jahrhunderts beobachtet werden kann. INGOs waren von Anfang an ein wichtiger Bestandteil des sich herausbildenden internationalen Systems. Ein Großteil der NGO-Forschung ist vor diesem Hintergrund zu kritisieren, da er lediglich den NGO-Boom der letzten Jahrzehnte zur Kenntnis nimmt. Das NGO-Phänomen ist aber auch tatsächlich neu, allein dadurch, dass es erst in den 1990er Jahren sowohl in der Öffentlichkeit⁹⁵ als auch wissenschaftlich als solches thematisiert wurde. Die dargestellten statistischen Daten und die Entwicklungsgeschichte der Aufwertung der NGOs im Rahmen der Vereinten Nationen verweisen zudem darauf, dass sich dafür »materielle« Entsprechungen finden lassen.

In der bisherigen Darstellung ist wenig darüber gesagt worden, wie die neuerliche Wertschätzung der NGOs in der Literatur erklärt wird und wie diese Wertschätzung auf die NGOs zurückwirkt, welche Entwicklungsdynamik sich also hieraus ergibt. Dies soll im folgenden geschehen, wobei im Hinterkopf bleibt, dass in der aktuellen NGO-Literatur die Einengung des Analysehorizonts auf die letzten Jahrzehnte oftmals einher geht mit einem engefassten, normativen NGO-Begriff sowie der Überbewertung kurzfristiger respektive der Unterbewertung langfristiger Trends.

In der öffentlichen Meinung genießen NGOs in der Tat ein besonderes Maß an Wertschätzung. Auf die Frage einer repräsentativen Untersuchung des Instituts Allensbach von Anfang der 1990er Jahre, welche Gruppen oder Institutionen in Zukunft besonders aktiv werden sollten, damit Umweltschutzmaßnahmen schnell und wirksam durchgeführt wer-

95 Die Einschätzung, dass erst in den 1990er Jahren NGOs von einer »breiteren Öffentlichkeit« zur Kenntnis genommen werden, findet sich beispielsweise bei Brand et al. (2000: 175).

den, nannten 67 Prozent der Befragten die Umweltverbände und lediglich 42 Prozent die Vereinten Nationen (zit. n. Take 2002: 16, Fußnote 16).⁹⁶ Aber auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und bei den verschiedenen internationalen Akteuren genießen NGOs zunehmende Beachtung und Ansehen.

Zur Erklärung des »erstaunlichen Zuwachs an Masse und offizieller Wertschätzung« (Rucht 1996: 36) der NGOs werden in der Literatur verschiedene Gründe angeführt, die meist mit bestimmten Globalisierungstendenzen in Beziehung gesetzt werden. NGOs werden derart sowohl als Ergebnis als auch als Protagonisten von Globalisierungsprozessen beschrieben (Roth 2001: 55). Das NGO-Phänomen erscheint als eines »both feeding and being fed by globalization« (Carothers 1999: 19). Oftmals handelt es sich um *ex-post*-Beschreibungen, in denen nachträglich Kausalitäten unterstellt werden. Eine historisch informierte empirische Untersuchung, die sich der Überprüfung von Ursache-Wirkungs-Mechanismen (etwa zwischen bestimmten Globalisierungstendenzen und der Entwicklung von NGOs in bestimmten politischen Feldern) verschrieben hat, steht bislang aus.⁹⁷

Auch im Folgenden sollen einzelne Thesen, die in der NGO-Literatur genannt werden, nicht empirisch verworfen oder verifiziert werden. Deren Listung und Würdigung erfolgt hier vornehmlich, um das Bild über die Eigenart des sozialwissenschaftlichen NGO-Diskurses zu komplettieren. Es wird daher lediglich ermittelt, welche Gründe und Trends in der Literatur und Öffentlichkeit diskutiert werden. Die kursorische Darstellung der Gründe für den NGO-Boom verweist daher unabhängig von ihrer empirischen Validität auf die Wirkungsmächtigkeit eines bestimmten Diskurses über NGOs und Globalisierung, der zudem weit in das Selbstverständnis und die Selbstbeschreibungen der Akteure mit eingeht (bzw. diese präformiert).

Rucht (1996: 36-38) listet sechs Kontextbedingungen auf, die den Bedeutungszuwachs von NGOs begünstigt haben.⁹⁸ *Erstens* erhöhe demnach die Zunahme grenzüberschreitender Probleme und wachsender internationaler wirtschaftlicher Verflechtungen prinzipiell die Wahrscheinlichkeit internationaler Kooperation, an der sich Regierungen und NGOs beteiligen.⁹⁹ Rucht weist darauf hin, dass viele Probleme, etwa das des CO₂-Ausstoßes, derart wahrgenommen werden, dass sie nicht mehr an-

96 Mehrfachnennungen waren möglich.

97 Zimmer (2001: 338) stellt darüber hinaus gar einen »eklatanten Mangel an empirischen Studien« als »primäres Defizit« der derzeitigen (nicht-entwicklungspolitischen) Literatur insgesamt heraus.

98 Wobei er lediglich die Teilmenge der TSMOs betrachtet.

99 Vgl. ähnlich: Windfuhr (1999: 535f).

gemessen nur national gelöst werden können.¹⁰⁰ Damit hänge *zweitens* zusammen, dass dem wachsenden Problemdruck keine entsprechend gesteigerte Lösungskompetenz staatlicher Träger gegenüber stehe. In diesem Zusammenhang behinderten lange Entscheidungsketten, diverse Veto-Möglichkeiten sowie eine relative Uninformiertheit staatlicher Organe im Hinblick auf die Probleme vor Ort sinnvolle und effektive Reformschritte. In dieser Situation kämen *drittens* NGOs in ihren verschiedenen Funktionen gelegen. So würden sie sowohl als Problemindikator und Kritiker, als Bündnispartner im Falle gespaltener Entscheidungseliten, als Legitimationsstütze bei Entscheidungsfindung und -durchsetzung als auch als Ratgeber bei der Politikimplementierung hofiert. *Viertens* käme den NGOs in besonderem Maße die Verfügbarkeit der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu Gute. Mit relativ kleinen Büros und einem geringen Mitarbeiterstab ließen sich so global angelegte Kampagnen kostengünstig organisieren. Auch zur Netzwerkbildung würden die neuen Kommunikationstechnologien einen bedeutenden Beitrag leisten. Eng verknüpft mit diesen neuen technischen Möglichkeiten ist laut Rucht *fünftens* das gestiegene *know how* professioneller Ressourcensmobilisierung, welches zudem immer weniger an räumliche und soziale Grenzen gebunden sei. *Sechstens* habe sich insgesamt mit den Jahren eine wohlwollende Medienresonanz ergeben, die zum Teil der ebenfalls professionalisierten Medienarbeit der NGOs geschuldet sei.

Die Auflistung Ruchts zeigt, dass für die gestiegene Anerkennung der NGOs neben externen Gründen auch enorme Anpassungsleistungen von NGOs bedeutsam sind. Offensichtlich haben es NGOs in ihrer Gesamtheit verstanden, flexibel auf externe Anforderungen zu reagieren und gleichzeitig eine Kontinuität in ihrer Arbeit herzustellen. Diese Kontinuität macht sie, anders etwa als spontane Zusammenschlüsse oder Organisationen im Kontext von sozialen Bewegungen, für staatliche Organe und internationale Organisationen zu verlässlichen (sprich: berechenbaren) Partnern. Dies lasse sich, so Take (2002: 15), bis auf die Ebene von dauerhaften persönlichen Kontakten zwischen politischen Entscheidungsträgern und NGO-Vertretern herunter brechen, die »die gemeinsame Vertrauensbasis zusätzlich stärken«. Diese Entwicklung korrespondiere mit

100 Es werden bereits mehr als 300 transnationale Regime gezählt, die sich mit der Regelung grenzüberschreitender Probleme beschäftigen. In diesen sind NGOs mal weniger, mal mehr oder auch gar nicht eingebunden. Es handelt sich gleichwohl um ein schnell wachsendes Aktionsfeld (Roth 2001: 56). Befriedigende vergleichende Untersuchungen über verschiedene Regime und ihre jeweilige Entwicklungsdynamik, die verallgemeinernde Schlussfolgerungen zu den Konturen transnationaler Politik zulassen, liegen bislang nicht vor (Braithwaite/Drahos 2000). Zum Regimebegriff vgl. einführend Zangl (2003).

dem Trend auf NGO-Seite, durch die Formulierung »realistischerer« Ziele die Kooperationsfähigkeit noch zu steigern. Hintergrund seien die langjährigen Erfahrungen von NGOs mit politischen Entscheidungsprozessen, die einerseits zu Ernüchterung, andererseits aber zu einem gestiegenen Professionalisierungsgrad, der sich in einem gewachsenen Pragmatismus äußere, geführt haben (Take 2002: 15f). NGOs tendieren demnach dazu, entradikalisierte Forderungen vorzutragen¹⁰¹, die zudem möglichst durch wissenschaftliche Expertisen gestützt sind.

Je größer eine NGO ist und je mehr sie auf internationaler Ebene agiert, scheint sich diese Tendenz zu verstärken. Es ergibt sich so laut Demirovic (1997: 254) zunehmend eine Konkurrenzsituation »zwischen den kleineren oder basisnahen NGOs mit häufig radikaleren Zielen und den großen NGOs, die Protestpraktiken distanziert gegenüber stehen, weil sie befürchten dadurch den Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern zu verlieren und die Lobbying-Chancen zu verschlechtern«. Effekte können Bürokratisierung, Opportunismus, Oligarchisierung, die Ausbildung geheimdiplomatischer Formen sowie eine Spaltung des NGO-Lagers sein (Janett 1996: 87). Trotz dieser Differenzierungen innerhalb des »NGO-Lagers« lässt sich wohl auf globaler Ebene bezüglich der Arbeit der NGOs der Trend in Richtung zunehmende Professionalisierung, Problemlösungsorientierung, Pragmatismus und Kooperationsbereitschaft nicht von der Hand weisen (Take 2002: 366ff).

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine neuere, von *SustainAbility Ltd.*¹⁰², dem *UN Global Compact* und der *UNEP* in Auftrag gegebene, umfangreiche Studie mit dem Titel »21st Century NGO: In the Market for Change« (SustainAbility 2003). Hauptaussage der Studie ist, dass immer mehr NGOs mit Unternehmen und Regierungen strategische Allianzen eingehen, um gemeinsam Reformen von Marktsystemen voranzutreiben. Im 21. Jahrhundert würden sich die NGOs so des konfrontativen Politikmodells der letzten Jahre entledigen.¹⁰³ Auch die Studie zu Global Governance der *Heinrich-Böll-Stiftung* und *WEED* kommt bei der Beschreibung des Akteurstypus NGO, der dort mit dem der Gewerkschaften und dem der sozialen Bewegungen kontrastiert wird, wenngleich unter anderen Vorzeichen, zu ähnlichen Ergebnissen: »Als dominante Politikformen von

101 Vgl. geradezu paradigmatisch die Aussage von Norbert Beyer (*WWF Deutschland*) aus dem Jahre 1992: »Fundamentalopposition dient nur noch als Notbremse. [...] Die Menschen schalten ab, wenn wir nur anprangern« (zit. n. Take 2002: 15, Fußnote 14).

102 *SustainAbility Ltd.* ist ein unternehmensnahes Beratungsinstitut, welches sich dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sieht (www.sustainability.com).

103 Die beschriebene Entwicklung der NGOs wird in dem Bericht größtenteils positiv gesehen. Vgl. für eine ausführliche Kritik der Studie: Judge (2003).

NGOs lassen sich ein eher professionalisierter, reformerischer, etatistischer und kooperationsorientierter Politikstil, der eben nicht auf Erfahrungen, breite Mobilisierung und entsprechende Mobilisierungen setzt, anführen« (Brand et al. 2000: 175).

Neben den allgemeinen Kontextbedingungen auf globaler Ebene, insbesondere den geschilderten Entwicklungen im Kontext und Umfeld der Vereinten Nationen, sowie der Anpassungsfähigkeit der NGOs, die den NGO-Boom erklärbar machen, lassen sich auch einige nationalstaatliche Kontextbedingungen anführen, die dort die Gründung transnationaler NGOs oder die Teilnahme an internationalen NGOs begünstigen. Nach einer empirischen Untersuchung von Boli, Loya und Loftin (1999: 75f) korreliert der Grad der Integration des jeweils betrachteten Nationalstaats in die globalen Strukturen und Prozesse mit dem tatsächlichen Organisationsgrad in internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Als weitere positive Bedingungen für ein Engagement von NGOs auf internationaler Ebene ermitteln sie eine gute produktive und technische Infrastruktur sowie ausgebaute Kommunikationsressourcen, einen hohen Grad an vorhandener organisationaler Differenzierung und Professionalisierung sowie formale Demokratisierung.

Ähnlich argumentiert schon 1971 Skjellsbaek, der einen hohen Grad an technologischer und ökonomischer Entwicklung sowie eine pluralistische Ideologie als die bedeutendsten positiven Variablen im nationalen Kontext ausmacht (Skjellsbaek 1971: 433). Er schlussfolgert, dass die Anzahl von Mitgliedschaften in internationalen NGOs zunimmt, je besser entwickelt ein Land ist. Hieraus lasse sich allerdings nicht ablesen, dass NGOs generell in Entwicklungsländern weniger häufig gegründet werden. Skjellsbaeks zweites Argument, den Grad an Pluralismus, betrachtet auch Take (2002: 106f), der sich ebenfalls der Frage der Bedeutung der nationalstaatlichen Konstellation für die Chancen auf Einflussnahme durch NGOs widmet.

Unter Rückgriff auf Erkenntnisse der bewegungswissenschaftlichen Literatur zu »politischen Gelegenheitsstrukturen«¹⁰⁴ macht Take wesentlich die demokratische »Offenheit politischer Systeme« verantwortlich. Hiermit ist zuvorderst der Grad der Offenheit der institutionellen Struktur

¹⁰⁴ Das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen wurde im Rahmen der Bewegungsforschung entwickelt und bezieht sich auf den institutionellen Kontext und die Umwelt, in denen soziale Bewegungen oder NGOs aktiv sind und mobilisieren (Kriesi 1995; Tarrow 1996). Für internationale NGOs sind drei Komponenten der Gelegenheitsstruktur von besonderer Bedeutung: der Zugang zu Institutionen, einflussreiche Verbündete sowie politische Bündnisse und Konflikte (Joachim 2001: 215). Die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen wird ausführlich in Kapitel 3.3.3 erläutert.

der jeweiligen Staaten gemeint. Von Bedeutung sind aber auch die informellen Verhaltensmuster eines Staates gegenüber nichtstaatlichen Akteuren. Weitere positive Faktoren sind ein hoher Grad der Gewaltenteilung, die Existenz eines Verhältniswahlrechts und eine hohe Anzahl politischer Parteien. Princen/Finger (1994: 8) nennen zusätzlich die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Lobbying und Protest als Merkmale der Offenheit einer Gesellschaft. Hintergrundannahme ist, dass die Umgangsweise staatlicher Akteure in eng verknüpfter Wechselwirkung mit den jeweiligen politischen Strategien von NGOs stehe. Mit zunehmender Offenheit des politischen Systems und mit einem zunehmend integrativen Politikstil eines Staates¹⁰⁵, gewinnen demnach kooperative Verhaltensmuster bei den NGOs an Relevanz (Take 2002: 107). Diese Annahmen der *political opportunity structures theory* haben ihre Entsprechung auf der internationalen Ebene selbst. Die Struktur der UN lässt sich offensichtlich, zumindest seit der neuerlichen Öffnung durch UNCED 1992, als recht offen beschreiben.

2.3 Die uneinheitliche Welt der NGOs

Nachdem im letzten Abschnitt das Augenmerk hauptsächlich auf allgemeine Trends bezüglich des NGO-Phänomens gelegt wurde, soll nun den internen Differenzierungen innerhalb des »NGO-Lagers«, die bislang nur *en passant* Beachtung fanden, mehr Gewicht zu kommen. Erst dadurch lässt sich beurteilen, ob die Gemeinsamkeiten zwischen den NGOs überwiegen oder ob die Unterschiede herausstechen. Außerdem geraten so Fragen von Dominanz und Hierarchie in den Blick, die schon Bausteine für eine Kritik am NGO-Diskurs, insbesondere der Figur der »Community«, darstellen (Kap. 2.3.1). Im Anschluss an diese Darstellung der stratifizierenden Merkmale der NGO-Population werden weitere, in der Literatur gängige Typologisierungen herausgearbeitet, die vor allem die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Politikverständnisse der NGOs beleuchten (Kap. 2.3.2). An der Darstellung wird deutlich werden, dass diese Typologisierungen, im Gegensatz zu den stratifizierenden Merkmalen, einen lediglich beschreibenden und recht theorieleeren Charakter haben. Eine bestimmte Organisationsstruktur oder ein spezifisches Politikverständnis werden so zu einem freien Willensakt der einzelnen NGO verklärt.

105 Insgesamt können drei staatliche Strategien im Umgang mit NGOs unterschieden werden, die sich aber auch überlagern können: 1. eine Kooperations- und Kooptionsstrategie, 2. eine Instrumentalisierungsstrategie sowie 3. eine Konfrontationsstrategie. Vgl. dazu Wahl (1997).

2.3.1 Stratifizierung des NGO-Lagers

Eine Differenzierung anhand der Partizipations- und Einflussmöglichkeiten von NGOs auf internationaler Ebene ergibt sich vornehmlich zwischen Nord- und Süd-NGOs sowie zwischen großen und kleinen NGOs. Beide Dimensionen sind dabei nicht exakt deckungsgleich. Selbst die Unterscheidung dessen, was eine Nord- und was eine Süd-NGO ist, fällt nicht eindeutig aus. Dies gilt insbesondere bei vielen in einem strengen Sinne internationalen NGOs, die verschiedene Mitgliedschaften nationaler Unterorganisationen vereinen. Gleichwohl wird im Folgenden behelfsweise mit diesen Unterscheidungen argumentiert.

Als erster Anhaltspunkt zur Bestimmung der Nord-Süd-Dimension sollen wiederum Daten der UIA herhalten. Boli, Loya und Loftin (1999) haben anhand von UIA-Daten untersucht, in welcher Art und Weise nationale Körperschaften, Organisationen und Individuen an internationalen NGOs partizipieren. Explizit ging es ihnen um die Beantwortung der Frage, ob sich hier lediglich die euro-amerikanische Dominanz in der Welt widerspiegelt oder ob das globale NGO-System eine differente Formation aufweist. Wegen diverser Umklassifizierungen von Seiten der UIA konnten allerdings lediglich Daten bis 1988 erfasst werden.¹⁰⁶ Die folgenden Zahlenangaben beziehen sich jeweils auf die *durchschnittlichen* Mitgliedszahlen von Individuen oder Organisationen eines Landes in internationalen Nichtregierungsorganisationen, und zwar aufgelistet nach Kategorien, in denen verschiedene Länder zusammengefasst sind (etwa »Europa« oder »Länder mit niedrigem Bruttosozialprodukt«). Erzeugt man eine Kategorie »Welt« und bildet über diese Kategorie das Mittel, so ergibt sich als Vergleichsgröße, dass Individuen oder Körperschaften aus je *einem* Land durchschnittlich Mitgliedschaften in 485 internationalen NGOs unterhalten.

1988 stehen 1.123 NGO-Mitgliedschaften aus europäischen Ländern lediglich 264 afrikanischen und 407 asiatischen Mitgliedschaften gegenüber. Allerdings zeigt sich bei einem Vergleich mit den Zahlen von 1960, dass der Wachstumsfaktor bezogen auf europäische Mitgliedschaften mit 3,3 wesentlich kleiner ist als in Bezug auf afrikanische (7,7) und asiatische (5,0) Mitgliedschaften. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man das Viertel der Länder mit dem niedrigsten Bruttosozialprodukt (BSP) mit dem Viertel des höchsten BSP vergleicht. Hier stehen den 262 Mitgliedschaften der ärmsten Ländern (Wachstumsfaktor gegenüber 1960: 4,6) 1.278 Mitgliedschaften der reichsten Länder (Wachstumsfaktor: 2,8) ge-

106 Vgl. Boli/Loya/Loftin (1999: 51). Die Daten beziehen sich auf die Kategorien A-D der UIA.

genüber. Die Vorherrschaft anglo-amerikanischer und europäischer Mitgliedschaften, die vor allem in frühen Jahren feststellbar ist, ist den erhobenen Daten zufolge abnehmend. Während 1960 europäische Mitgliedschaften noch über 54 % ausmachten, waren es 1988 lediglich 44 %. Im gleichen Zeitraum kletterte der Anteil afrikanischer Mitgliedschaften von 8 % auf 15 %, der der asiatischen von 14 % auf 17 %. Hieraus folgern die Autoren, dass »participation in INGOs has become a social imperative everywhere in the world polity« (Boli/Loya/Loftin 1999: 56). Und weiter: »No matter how we slice the world, we find rapidly expanding participation in nongovernmental organizations« (ebd.). Die Ergebnisse taugen also ebenfalls als Indikator für eine allgemeine weltweite Ausbreitung der Organisationsform.

Boli, Loya und Loftin (1999: 69) sehen zusammenfassend die globale Stratifizierungsstruktur zwar nahezu eins zu eins in der NGO-Partizipation abgebildet: »Residents of resource-rich, technically developed, older, formally democratic Anglo-American countries participate the most; residents of poor, less developed, newer, less democratic countries participate the least.« Sie verweisen aber auch auf einen dynamischen Prozess der Angleichung der *formalen* Partizipation: »residents of poor, less developed, peripheral countries have increased the breadth of their INGO memberships the fastest. [...] in consequence, residents of the periphery are more broadly involved in INGO activity than would be expected on the basis of resources and networks available to them« (ebd.).

Die Dominanz nördlicher NGOs lässt sich nicht nur an den Partizipationen in internationalen Organisationen nachzeichnen, sondern zeigt sich auch in den auf internationaler Ebene ausgebildeten Netzwerken. In ihrer umfangreichen Studie zu »NGOs und ihren transnationalen Netzen im Konfliktfeld Klima« kommen daher Walk und Brunnengraber (2000: 146) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass »die NGO-Community die Verhältnisse in der internationalen Staatengemeinschaft wider[spiegle]«. So seien es vorwiegend die finanziell gut ausgestatteten und in den Industrieländern angesiedelten NGOs, die Themen vorgeben und strategische Vorgaben machen.¹⁰⁷ Verstärkt wird diese Tendenz durch die Sprache, worauf Wahl (1997: 308f) hinweist. Die Dominanz des Englischen führe zu Hierarchien innerhalb des NGO-Lagers, welche Vertreter aus romanisch sprechenden Ländern systematisch benachteilige. Diese Hierarchien werden auch in der »NGO-Community« selbst wahrgenommen. In einer umfangreichen, weltweiten Befragung von Aktivisten aus NGOs von 1995

107 Ähnlich: Jäger/Paulus (2000). Für Carothers (1999: 27) sind transnationale NGOs daher weitgehend ein »Projekt« des Nordens. Die transnationale Zivilgesellschaft sei weniger »global«, sondern eine Projektion westlicher ökonomischer und politischer Macht.

wurde die Frage gestellt, von welchen NGOs sie sich auf internationalen NGO-Konferenzen dominiert fühlten. Jeweils über 70 % gaben an, dass sie von größeren (76 %), englisch-dominierten (75 %) und nördlichen (71 %) NGOs eingeschränkt seien. Eine Beeinträchtigung durch *white-run* NGOs (47 %) oder *male-run* NGOs (40 %) wurde hingegen am wenigsten häufig wahrgenommen (Benchmark Environmental Consulting 1996: 16f).¹⁰⁸

Die finanzielle Ausstattung einer NGO ist ein weiteres bedeutendes Stratifizierungsmerkmal (Princen/Finger 1994: 6). Der für den entwicklungspolitischen Kontext in Kapitel 2.1.3 konstatierte Konzentrations- und Oligarchisierungsprozess lässt sich dabei auch für die »politischen« NGOs nachzeichnen (Wahl 1998). Nur wenige große NGOs können es sich leisten, größere Mitarbeiterstäbe zu unterhalten, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying effizient zu bewerkstelligen und den »Konferenztourismus« personell und finanziell zu gewährleisten. Als Beispiel mag *Care International* dienen, eine hochgradig professionalisierte NGO mit über 10.000 hauptamtlichen Mitarbeitern, deren Etat allein der US-amerikanischen Sektion jährlich 450 Millionen US-Dollar umfasst (Anheier/The-mudo/Freise 2003: 88).

Dies hat Entsprechungen in der Organisationsstruktur. Während *Greenpeace International* und der *WWF* von Anfang an daraufhin konzipiert waren, nationale Gliederungen außerhalb ihrer Herkunftsländer aufzubauen, entwickeln sich viele andere Organisationen weg von netzwerkartigen Verbänden hin zu traditionellen, vertikalen Verbandsstrukturen. Die britische Organisation *Oxfam International* beispielsweise dehnt sich zunehmend in andere Industrieländer aus, gründet nationale Sektionen oder wandelt bestehende NGOs in *Oxfam*-Sektionen um.¹⁰⁹ Den Mühen »basisnaher Vernetzung« stellen sich diese Organisationen nur noch am Rande. Sie sind eher als »NGO-Multis« (Wahl 1998) aufzufassen. Ihre organisationalen Strukturen ähneln denen privatkapitalistischer Unternehmungen. Sie besitzen Abteilungen für Marketing, Fundraising und Organisationsentwicklung. »The headquarters of Washington-, Tokyo-, or Brussels-based NGOs look more like corporate headquarters than the

108 Wenngleich auch hier die Umfragewerte recht hoch ausfallen. Bei der Untersuchung waren die Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Es konnte jeweils zugestimmt oder abgelehnt werden.

109 Die Strategie der Zusammenfassung bestehender Organisationen unter einem gemeinsamen Dach wird auch von *Friends of the Earth International* (FOEI) betrieben, wenngleich die jeweilige Einbindung lockerer ist (Wahl 1998: 60f). Von deutscher Seite ist der *Bund für Umwelt und Naturschutz* (BUND) Teil der 68 nationale Mitgliederorganisationen umfassenden FOEI (www.foei.org).

grassroots, social activists groups from which many evolved« (Princen/Finger 1994: 8).

Es ist eingedenk der hier nur skizzierten Disparitäten nicht verwunderlich, dass die NGO-»Community« weit davon entfernt ist, als homolithischer Block den Regierungen gegenüberzustehen. So gesehen ist eine globale NGO-*Community* schlicht nicht existent.¹¹⁰ Bezogen auf die UNCED 1992 wird beispielsweise kommentiert, dass die Kluft zwischen den größten, vor allem US-amerikanischen, umweltpolitischen NGOs und vielen südlichen NGOs größer war, als zwischen den entsprechenden Regierungen (Grubb et al. 1993: 46). Oftmals werden Nord-NGOs erst von internationalen Regierungsorganisationen getrieben, verstärkt mit Süd-NGOs »gleichberechtigt« zusammen zu arbeiten. Dies legen die Studien in dem Sammelband von Fox und Brown (1998) nahe, die das Verhältnis von Weltbank und NGOs ausloten. In Kampagnen zur Politik der Weltbank hatten demnach zwar Nord-NGOs zunächst den Ton angegeben. Sie mussten aber später verstärkt Süd-NGOs schon deshalb einbeziehen, weil diese sonst von der Weltbank hätten instrumentalisiert werden können.

Flankiert werden alle diese Dominanzverhältnisse innerhalb des NGO-Sektors von einer Partnerschaftsrhetorik, die alle Beteiligten zwar gleichermaßen pflegen, im Falle der konkreten Zusammenarbeit von finanzstarken NGOs mit finanzschwachen NGOs aber oftmals jeglicher (egalitärer) Grundlage entbehrt. So unübersehbar diese Partnerschaftsrhetorik ist, so deutlich ist auch das Bemühen der NGO-Akteure feststellbar, »NGOs« als einen neuen Politiktypus zu präsentieren, der nun mit Regierungsvertretern und IGOs in Verhandlungen tritt. Es ist dafür teils Bedingung, sicherlich aber strategisch von Vorteil, die Gemeinsamkeiten der NGOs in den Vordergrund zu stellen. Dies führt u.a. zu den hier bislang in Anführungszeichen gesetzten Begriffen »NGO-Community« oder »NGO-Lager«, die im öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs gleichermaßen häufig verwendet werden. Zwar finden viele Nord-NGOs mit Süd-NGOs verbindliche und auf Dauer angelegte Formen der Zusammenarbeit. Doch ist hiermit eben noch keine Aussage darüber getroffen, ob innerhalb dieser Bündnisse Hierarchien abgebaut werden. Es ist wohl eher davon auszugehen, dass die geschilderten Dominanzverhältnisse sich als äußerst resistent erweisen. Während auf der formalen Ebene Partnerschaft und Gleichheit kommuniziert werden, bleiben auf der Beziehungsebene stratifizierende Merkmale erhalten. Das Eintreten der Nord-NGOs für die Rechte der Süd-NGOs auf Partizipation, und damit das Selbstverständnis vieler Nord-NGOs, Stellvertreterpolitik zu betreiben, hat selbst stark bevormundenden Charakter. Egal, welche globalen

110 Vgl. zu dieser Einschätzung auch Klein (2002: 238).

Probleme wie zu lösen sind, die Lösungskompetenz wird in der Regel den Experten in den nördlichen NGOs zugesprochen.¹¹¹ Der brasilianische Sozialwissenschaftler Aurélio Vianna macht gar die Tendenz aus, dass Nord-NGOs durch ihren privilegierten Zugang zu den globalen Zentren der Macht die südlichen NGOs in einer neuen Form des »Policy-Imperialismus« mitzurepräsentieren versuchen (zit. n. Anheier/Themudo/Freise 2003: 95). Dies kann zur Folge haben, dass sich eine Repräsentationsparadoxie entwickelt, »dass diejenigen, die repräsentieren, die Repräsentierten erst erzeugen« (Demirovic 2001: 144).

Auch wenn man dieser Argumentation nicht folgen will, so darf als gesichert gelten, dass innerhalb der NGO-Netzwerke und -Verbände hierarchisierende Strukturen bestimmend sind, welche den Anspruch auf gleichberechtigte Partnerschaft unterlaufen. Die Diskussion und Klärung von Problemen innerhalb des »NGO-Lagers« werden zwar verbal eingefordert, faktisch aber dadurch erschwert und oftmals unterbunden. Die Realität des NGO-Lagers steht in deutlichem Gegensatz zu der viel beschworenen Formel, NGOs trügen in ihrer Gesamtheit zu einer »Demokratisierung der Weltgesellschaft« bei.

2.3.2 Die typologisierende Beschreibung der NGOs

Jenseits der genannten Differenzierungen zwischen Nord und Süd, finanzstark und finanzschwach, anglophon und romanisch, die meist aus einem kritischen Impetus heraus in den NGO-Diskurs eingeführt werden, dominieren in der Literatur zu NGOs typologisierende, eher ungerichtete Zugänge. So wird eine Reihe von vielschichtigen, horizontal ausgerichteten NGO-Typologisierungen vorgenommen. Judge (1995) listet allein 30 Dimensionen auf, an Hand derer NGOs typologisiert werden könnten. Dies erscheint einerseits sinnvoll, da dadurch die Breite und Heterogenität des NGO-Phänomens in den Blick gerät. Die so generierten NGO-Typen werden aber andererseits an Anzahl und Differenzierungsgrad schnell undurchschaubar, so dass der Nutzen einer solchen Typologisierung zweifelhaft ist. Es ist gar zu vermuten, dass die Diversität des NGO-Sektors derart ausgeprägt ist, dass somit fast jede Nichtregierungsorganisation als »Typus eigener Art« verstehbar wäre (Martens 2002: 39).¹¹²

111 Dies hat seine Entsprechung im dominanten Nachhaltigkeitsdiskurs (Eblinghaus/Stickler 1996: 117).

112 Obser (1997: 75) hat darauf hingewiesen, dass insbesondere in den 1990er Jahren die Heterogenität innerhalb des NGO-Sektors weiter zugenommen hat, weshalb er diese Dekade als Ausdifferenzierungs- und Fragmentierungsphase bezeichnet.

Es ist daher sinnvoll, nur ausgewählte Möglichkeiten der Typisierung zu erläutern. Im Folgenden werden die gebräuchlichsten und wichtigsten kurz rekapituliert. Und auch für dieses Kapitel gilt: Es geht hier nicht um die Entwicklung einer besonders ausgereiften Typologie, sondern um eine Bestandsaufnahme, dessen, was der sozialwissenschaftliche Diskurs über NGOs an »Wahrheit« (mit)produziert.

2.3.2.1 Unterscheidungsmerkmal Organisationsstruktur

Als besonders bedeutend zur Typologisierung verschiedener NGOs wird die Organisationsstruktur hervorgehoben. Thränhardt (1992: 226f) etwa unterscheidet zwei ältere Organisationsprinzipien von einem neueren. Die meisten internationalen NGOs entsprechen demnach einem *international-föderalem* Typ. Es handele sich hierbei meist um Zusammenschlüsse von nationalen Organisationen unter einem internationalen Dachverband, der an den Konsens der Mitgliedsverbände gebunden sei. Internationale Parteienzusammenschlüsse oder Zusammenschlüsse von Gewerkschaften könnten als Prototypen aufgefasst werden. Demgegenüber stünden *Honoratioren*-NGOs, die von einem nicht-gewählten, durch Kooptation ergränzten Gremium geleitet werden. Das Internationale Rote Kreuz und der WWF seien beispielsweise derart strukturiert.

Der dritte, modernere *international-zentralistische* Typus fände sich bei Organisationen wie *Amnesty International* und *Greenpeace International*, die durch gut ausgestattete internationale Zentralen ihre Interventions- und Aktionsfähigkeit sicherten. Hierbei komme den Zentralen im Interesse der Wahrung einer *corporate identity* in hohem Maße eine Kontrollfunktion zu. Gleichwohl lassen sich laut Thränhardt innerhalb dieses letzten Typs erhebliche Differenzen in Bezug auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis ausmachen. Während etwa bei *Greenpeace International* Entscheidungen auf nationaler wie auf internationaler Ebene von einem höchst begrenzten Personenkreis getroffen würden, sei bei *Amnesty International* die Basis ein entscheidender Bestandteil der Organisationsstruktur, welches sich in weitgehenden Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung von Mitarbeitern und Mitgliedern manifestiere.

Glagow (1993: 311ff) unterscheidet anhand des Kriteriums des »institutionalisierten gesellschaftlichen Anschlussmusters«. Obwohl lediglich für den Bereich der entwicklungspolitischen NGOs entwickelt, hat seine Typologie Bedeutung auch über diesen Kontext hinaus erlangt. Sie lenkt das Augenmerk auf die Unterschiedlichkeit in den Handlungsspielräumen und -bedingungen von NGOs. Eine große Gruppe von NGOs entstamme demnach etablierten Großorganisationen, die als Mutterorganisationen

fungieren und die ihr Prestige auf die Ableger-NGOs abstrahlen. Der Handlungsspielraum der Ableger-NGOs sei recht begrenzt, da der Mutterorganisation verschiedene Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die diese empfindlich treffen können. Ein zweiter Typus von NGO entstamme den sozialen Bewegungen, welche zugleich eine große Ressource dieser NGOs darstellen. Im Unterschied zur Ableger-NGO seien diese Organisationen aber nicht so fest etabliert. Sie seien vergleichsweise randständig. Einen dritten Typus macht Glasgow in den Honorations-NGOs aus, die von der Existenz und dem Wirken einzelner oder mehrerer Honoratioren abhängig sind. Auch diese NGOs könnten einerseits von deren Prestige profitieren. Andererseits müsse eine hohe Folgebereitschaft gegenüber deren Leitbildern gegeben sein. Ein vierter Typus seien berufsspezifische Zusammenschlüsse, die vornehmlich in der Entwicklungspolitik anzutreffen sind und sich durch ihre unideologische Grundausrichtung hervortun. Eine letzte Kategorie seien die ebenfalls insbesondere für die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe wichtigen Dienstleistungs-NGOs welche oft staatliche Aufträge lediglich ausführen. Es handele sich daher oft um Quasi-Non-Governmental Organizations (QUANGOs).

2.3.2.2 Die Identität der NGO: Strategien der Einflussnahme zwischen Konflikt und Kooperation

Eine Unterscheidung verschiedener NGOs kann auch anhand von deren Politikverständnis erfolgen. Kriterium wäre hier die primäre Art und Weise des Agierens, wobei eine entsprechende Kategorienbildung stark geprägt durch das Vorverständnis und Erkenntnisinteresse des Beobachters ist. Alle hier referierten Typologisierungen werden dabei als Idealtypen, mit denen versucht wird, das Feld der NGO zu ordnen, in die Literatur eingeführt. In der Regel agieren NGOs und ihre Netzwerke auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich und beherzigen einen Strategie-Mix.

Als ein besonders wichtiges Kriterium führt Take (2002: 44) an, ob von den beobachteten NGOs eine Konfrontations- oder eine Kooperationsstrategie eingeschlagen wird. »Während Konfrontationsstrategien in erster Linie dazu dienen sollen, Maximalforderungen wieder stärker als Alternative zu profilieren, setzen die Kooperationsstrategien verstärkt auf die Problembearbeitung durch Lobbyarbeit, Unterstützung der Konsensfindung zwischen den staatlichen Delegationen und Informationsinput« (ebd.). Es liegt auf der Hand, dass weder eine Konfrontations- noch eine Kooperationsstrategie in Reinform vorkommen. Zwar gibt es bei den einzelnen NGOs Spezialisierungen etwa auf Lobbyarbeit oder Medienpräsenz. Insbesondere aber in Kampagnen mit Projektcharakter werden oft beide kombiniert. So sollen etwa Protestmobilisierungen durch mediale

Aktivitäten die Chancen erfolgreichen Lobbyings erhöhen. Diese Doppelgleisigkeit lässt NGO gleichzeitig am Verhandlungstisch sitzen und die Öffentlichkeit mobilisieren. In den Worten von Walk (1997: 175): »Ein bißchen bi schadet nie«.

Allerdings können die Strategien des Lobbying und der Verhandlung nicht unbegrenzt mit Öffentlichkeitsstrategien kombiniert werden. So argumentiert Take (2002: 24), dass konfrontative Öffentlichkeitsstrategien oftmals zuerst angewendet werden, um überhaupt in eine Verhandlungsposition zu gelangen. Sind NGOs aber dann als Verhandlungspartner akzeptiert, gewinnen kooperative Strategien Oberhand. Erst wenn diese Versuche der Einflussnahme keinen Erfolg zeigen, greifen NGOs wieder auf konfrontativere Strategien zurück. Kriesi und Guigni (1996: 341) sprechen in diesem Zusammenhang von einer »Interaktionskette« zwischen NGOs und Vertretern von Regierungsorganisationen, die sich als eine Abfolge von »Konfrontations- und Kooperationsepisoden« darstellen lasse. Davon unbenommen ist die sich verstärkende Neigung von NGOs, die eine gesicherte und anerkannte Verhandlungsposition innehaben, sich von radikaleren NGOs oder Protestbewegungen zu distanzieren.

Es ist bereits erwähnt worden, dass die Entscheidung für ein bestimmtes Politikverständnis stark von der Umwelt der entsprechenden NGO abhängt und dass zudem große NGOs eher dazu neigen, auf kooperative Ansätze zuzusteuern. Gleichwohl bringen NGOs aber auch ihre eigene Historie, eine ideologische Grundausrichtung und eigene »Identität« mit, welche das eine oder andere Politikverständnis befördern. In umweltpolitischen NGOs, insbesondere in Europa, ist etwa die Auseinandersetzung zwischen »Realos« und »Fundamentalisten« für deren Selbstverständnis sehr prägend gewesen (Princen/Finger 1994: 7).¹¹³

Elkington (1997: 229) setzt hier an und unterscheidet vier Verhaltensmuster von NGOs gegenüber ihren Gegnern.¹¹⁴ Er kreuztabelliert Polarisierer und Integratoren auf der einen Seite mit Differenzierern und Pauschalisierern auf der anderen Seite. Unter den polarisierenden NGOs befänden sich zugespitzt ausgedrückt solche, die sämtliche Staaten oder Firmen über einen Kamm scheren und sich pauschal dem Kampf gegen die Globalisierung verschrieben haben, aber auch jene, die zwischen ein-

113 Hey und Brendle (1994) unterscheiden analog zwischen wertorientierten und erfolgsorientierten Organisationen. Während bei wertorientierten NGOs die Darstellung der eigenen Position als »die Richtige« im Vordergrund steht und damit Kompromissbereitschaft nur schwach ausgeprägt ist, orientieren sich die erfolgsorientierten NGOs vornehmlich auf die Realisierbarkeit eines konkreten Ziels, welches in Aushandlungsprozessen mit politischen Entscheidungsträgern zur Not auch nur teilweise durchgesetzt werden soll.

114 Vgl. hierzu auch Heins (2002: 130f).

zelen Industriezweigen, Institutionen oder Firmen differenzieren. Den Polarisieren stünden die integratorischen NGOs gegenüber, die die Konfrontation scheuen und sich als kooperative Integratoren anbieten. Das vorherrschende Politikmodell dieser NGOs sei die Suche nach *Win-Win*-Konstellationen, aus denen alle beteiligten Profit ziehen können. Überzeugungsarbeit sei deren primäre strategische Ausrichtung. Auch diese Gruppe lasse sich weiter aufsplitten. Einige NGOs kooperierten nur mit ausgewählten Institutionen und Firmen, während andere in einer Art »Schmusekurs« sämtliche Parteien als potentielle Partner umgarnten.

Eine verwandte Unterscheidung, die ebenfalls die Bandbreite zwischen Kooperation und Konflikt zum Thema hat, wird von Brunnengraber (1997a) eingeführt, der sich der Wahrnehmung der NGOs durch die Medien widmet. Brunnengraber differenziert zwischen drei Sprechertypen, die den NGOs von den Medien zugeschrieben würden, die sich aber andererseits in den Taktiken von NGOs auffinden ließen (vgl. Tabelle 2). Als Advokaten verliehen NGOs Menschen, der Natur oder moralischen Prinzipien eine Stimme, die sie selbst nicht erheben können. Sie engagierten sich für Frieden und Gerechtigkeit oder agierten im Namen »der Natur«. NGOs träten derart als treuhänderische Anwälte der Betroffenen auf. Als Experten versuchten NGOs mit Informationen und fachlicher Kompetenz Einfluss auf Regierungsverantwortliche zu erlangen. Es herrscht in der Forschungsliteratur relative Einigkeit darüber, dass NGOs ihre Rollen als Lobbyisten und Themenanwälte dann besonders wirkungsvoll ausüben können, wenn sie sich als Experten in speziellen Politikfeldern etablieren (Frantz 2002: 58). Als Helden hingegen agieren NGOs nach Brunnengraber, wenn sie – wie etwa *Greenpeace International* – durch spektakuläre Aktionen den Zugang zu Medien suchen. Sie wollten derart Schlagbilder setzen und kümmerten sich recht wenig um konkrete Schritte der Implementierung von Alternativen.

Tabelle 2: Wahrnehmung von NGOs durch die Medien¹¹⁵

Sprechertypen	Repräsentant als	Medienzugang	Mittel
Advokaten	Treuhänderischer Anwalt der Betroffenen	Moralisch-ethische Begründung	Information, Projekte
Helden	Stellvertreter des medialen Publikums	Inszenierung von Protest	Aktionen, »Schlagbilder«
Experten	Delegierter einer Organisation	Fachliche Expertise	Studien, Gutachter, Policypaper

115 Aus: Brunnengraber (1997a: 14).

Zusammenfassend haben die Ausführungen der Kapitel 2.2.1 und 2.2.2 vor allem zweierlei deutlich gemacht: *Erstens* ist die Heterogenität des NGO-Lagers unübersehbar. Es brauchte daher offensichtlich eines catch-all-Begriffs, wie dem der NGO, um die verschiedenen Organisationen unter einer Kategorie sammeln zu können. *Zweitens* lassen sich innerhalb des NGO-Sektors Dominanzverhältnisse in einem Ausmaß nachweisen, welches die Rede von der NGO-»Community« und dem demokratisierenden Potential der NGOs entscheidend relativiert, wenn nicht ad absurdum führt.

Es fällt auf, dass weitergehende Versuche, der »Welt der NGOs« durch Typologisierungen Herr zu werden, in der Regel kaum theoretisch angeleitet sind. Der Nutzen der jeweiligen Unterscheidung wird oft nicht klar. Es wird allerdings durch diese Typologisierungen in der Summe eine spezifische Handlungsmächtigkeit der NGOs suggeriert. Zwar wird attestiert, dass die Umwelt der NGOs deren Handeln und Ausrichtung *mit*prägt. Die Vielfalt der NGO-Population gilt aber in erster Linie als Folge von in den Organisationen angesiedelten Wahlentscheidungen bezüglich ihrer Struktur und Strategie. So werden NGOs durch Verweis auf eine bestimmte Organisationskultur oder Identität letztendlich doch als frei handelnde Akteure gefasst, die sich für bestimmte Organisationsformen und Politikstile entscheiden können.

2.4 Elemente des NGO-Diskurses

Ziel des Kapitel 2 war es, in den Gegenstandsbereich durch die Aufarbeitung der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur zu NGOs einzuführen sowie herauszustellen, in welcher spezifischer Weise sich der wissenschaftliche Expertendiskurs zu NGOs strukturiert. Folgende Ergebnisse lassen sich auf Grundlage dieser ersten Einführung zusammenfassen:

- *NGO-Mythen*
Trotz vereinzelter Hinweise und trotz der fortgeschritteneren Diskussion innerhalb der Forschung zu entwicklungspolitischen NGOs halten sich folgende Mythen über NGOs innerhalb der Politik- und Sozialwissenschaften hartnäckig:¹¹⁶
 - NGOs seien ein dritter Vergesellschaftungsmodus »zwischen Markt und Staat« und ihnen komme daher eine Vermittlungsfunktion zwischen diesen zu,

¹¹⁶ Es ist zu vermuten, dass dies in noch stärkerem Maße für den Diskurs in der Öffentlichkeit gilt.

- NGOs verfolgten edle, altruistische Interessen, die zu einer Zivilisierung im internationalen Rahmen beitragen,
 - NGOs seien Merkmal, mitunter gar Gestalter, in jedem Fall aber »neue Akteure« einer neuen Epoche innerhalb der internationalen Beziehungen.
- *Typologisierender Zugang*

Insgesamt herrscht ein typologisierender und untertheoretisierter Zugang zum Phänomen NGO vor. Der typologisierende Zugang drückt sich zum einen darin aus, verschiedene NGO-Typen zu destillieren und voneinander abzugrenzen, zum anderen darin, NGOs von anderen Organisationen und Assoziierungen (etwa sozialen Bewegungen oder politischen Parteien) zu unterscheiden. Dies befördert eine Denkfigur, nach der es einen NGO-Idealtypus gäbe, von dem die empirisch auffindbaren NGOs abweichen. Die Bezeichnung Nichtregierungsorganisation hält dabei einerseits als ein *catch-all-word* für sämtliche Organisationen im internationalen Raum her, die nicht originär staatlich sind. Andererseits wird der Gegenstandsbereich in verschiedenen Abgrenzungs- und Bestimmungsversuchen dessen, was NGOs ausmachen, eingeeengt. Im Ergebnis werden trotz vereinzelter Hinweise, dass sich der NGO-Begriff auf eine weitaus breitere Population beziehen lasse, mit NGOs vornehmlich die inter- bzw. transnationalen Organisationen gefasst, die sich mit den »Bewegungsthemen« Menschenrechte, Ökologie oder Entwicklung befassen.¹¹⁷
 - *Reifizierung des NGO-Phänomens*

Diese Einengung bewirkt, dass NGOs als ein neues Phänomen der letzten zwei Jahrzehnte wahrgenommen werden. Die Auswertung der Daten der UIA hat aber ergeben, dass dies so nicht haltbar ist. Zwar lässt sich ein erneuter Zuwachs an NGOs seit den 1970er Jahren beobachten. Daraus lässt sich allerdings nicht folgern, dass NGOs aktuell mehr Einfluss haben als etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In diesem Sinne sind NGOs also durchaus ein *altes* Phänomen. Gleichwohl kann konstatiert werden, dass die wissenschaftliche Beschäftigung und der öffentliche Diskurs über NGOs in den letzten 15 Jahren stark zugenommen hat. So gesehen sind NGOs auch ein *neues* Phänomen. Die Mainstreambeiträge zum NGO-Phänomen verkennen die Diskursivität des Phänomens und sehen die zunehmende »Beobachtung« der NGOs durch die Wissenschaften und die Öffentlichkeit als natürliche

117 Und die, das sei hier wiederholt, nur etwa 9 bis 12,5 % der Gesamtpopulation ausmachen.

Folge ihrer »realen« Bedeutungszunahme an.¹¹⁸ Sie essentialisieren damit die Bedeutung internationaler NGOs. Das NGO-Phänomen wird derart lediglich reifiziert, nicht aber gesellschaftstheoretisch eingefangen. Mit der Formulierung, dass das NGO-Phänomen »alt und neu zugleich« sei, wurde im Gegensatz dazu in dieser Arbeit die Ebenendifferenzierung zwischen »realer Entwicklung« und »sozialer Konstruktion« angesprochen und eingeführt.¹¹⁹

- *Besonderung der NGOs und Organisationsvergessenheit*

In der Literatur wird allerdings nicht nur die epochenhafte Besonderheit von NGOs herausgestellt. Mit Hilfe der beschriebenen Neuigkeitsrhetorik wird auch die Unterschiedlichkeit zu anderen Akteuren im globalen Raum betont. Definitionsmerkmal der NGOs ist dann gerade ihre Verschiedenheit zu internationalen Regierungsorganisationen, Staaten und transnationalen Konzernen, aber auch zu vorgängigen Formen nichtstaatlicher Interessenvertretung.¹²⁰ Anhand statistischen Materials konnte demgegenüber plausibel gemacht werden, dass sich NGOs auch als Teil einer umfassenderen gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 150 bis 200 Jahre, nämlich der zunehmenden und heute globalen Ausbreitung formaler Organisation, als ein Trend weltweiter »Ver-Organisation«, begreifen lassen. Es ist damit eine Frage der Perspektive und des Forschungsinteresses, ob tatsächlich die Differenzen zwischen NGOs, IGOs und TNCs gegenüber deren Gemeinsamkeiten überwiegen.¹²¹ Im hegemonialen NGO-Diskurs werden jedenfalls kurzfristige Trends überbetont und langfristige unterbetont.

118 Vgl. beispielhaft die Formulierung von Curbach (2003: 20): »Ein offensichtlicher Grund für die zunehmende Beachtung von NGOs in sozial- und politikwissenschaftlichen Analysen ist [...] schlichtweg der extreme Anstieg der Anzahl von aktiven internationalen NGOs über die letzten Jahrzehnte.«

119 Wissend, dass sich diese Trennung sozialtheoretisch nicht aufrechterhalten lässt, soll diese Formulierung hier als vorläufige Arbeitshypothese beibehalten werden. Eine Auseinandersetzung mit konstruktivistischen und »realistischen« Annahmen folgt in Kapitel 6.

120 Vgl. die Kennzeichnung von NGOs als »nachtraditionale Verbände« (Heins 2002: 14).

121 Vergegenwärtigt man sich die idealtypische Kennzeichnung der bürokratischen Organisation von Weber (1980: 551ff), so ist schnell festzustellen, dass die dort genannten Merkmale trotz der oft postulierten Andersartigkeit sogenannter »postmoderner« Organisationen ausnahmslos für alle Organisationen, natürlich auch für NGOs, bis heute gelten. Vgl. kritisch zur Rhetorik des Neuen, dort am Beispiel von Managementtheorien erläutert, Eccles/Nohria (1992: 1-14).

- *Normativität*

Die bisherigen Forschungsbeiträge zu NGOs weisen in ihrer überwiegenden Mehrheit einen *normativen bias* auf, der die positiven Selbstbeschreibungen der NGO-Akteure affirmiert und dadurch »verdoppelt«. Zwar werden in den letzten Jahren NGOs nicht mehr allerorten und unumstritten zum »Hoffnungsträger einer internationalen Zivilgesellschaft« auserkoren. Diese nüchternere Sichtweise ist aber lediglich eine Reaktion auf die enttäuschenden Resultate, die die Politik der NGOs auf internationaler Ebene seit der UNCED 1992 erbracht hat. Diese Enttäuschung führt zwar dazu, das Feld der NGOs differenzierter zu betrachten und Typologisierungen zu verfeinern, nicht aber dazu, auf einer prinzipiellen Ebene von der befürwortenden Beschäftigung mit NGOs abzurücken. Auf eine knappe Formel gebracht entwickelt sich die NGO-Forschung zwar in den letzten Jahren von der Euphorie zur Enttäuschung, von plakativen zu differenzierten Beschreibungen, entnormalisiert sich aber nicht.

Obwohl verschiedene Typologisierungsmarkkmale eingeführt werden und die Welt der NGOs durchaus als heterogen dargestellt wird, findet sich trotzdem meist der Verweis auf das Gemeinsame der NGO-»Community«, etwa auf deren »gemeinsame normative Überzeugungen«. ¹²² Das Hierarchiegefälle und der Mangel an demokratischen Strukturen, welche sich auf der Ebene der einzelnen NGO, als auch auf der Ebene der Strukturen innerhalb von NGO-Netzwerken auffinden lassen, werden allenfalls erwähnt, nicht aber an pointierter Stelle und grundsätzlich problematisiert. Der Trend zu NGO-Multis etwa wird zwar festgestellt, meist aber lediglich als eine bedenkenswerte Fehlentwicklungslinie innerhalb des NGO-Sektors gesehen. Dies ändert aber nichts an der prinzipiellen Zuschreibung einer demokratisierenden Funktion der NGOs insgesamt.

122 So eine Formulierung im Definitionsversuch von Take (2002: 41) unter Rückgriff auf Dalton/Kuechler/Burklin (1990). Take grenzt damit NGOs von Wirtschaftsverbänden, welche gemeinsame instrumentelle Ziele verfolgen, und *epistemic communities*, die gemeinsame Kausalvorstellungen teilen, ab. Diese Abgrenzung ist meines Erachtens höchst voraussetzungsvoll. Wir werden später (Kap. 6.3.3) noch sehen, dass die normativen Überzeugungen der angesprochenen Akteure sich nicht stark voneinander unterscheiden und durch weltkulturelle Muster verbunden sind.

2.5 Ausblick

Wie schon erwähnt, kristallisiert sich eine eigenständige Forschung zu NGOs erst langsam aus verschiedenen Forschungstraditionen heraus¹²³, die seit Anfang der 1990er Jahre das Thema NGO »entdeckten«. In der Regel wurden so Herangehensweisen, Denkmodelle und Begrifflichkeiten aus sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen reformuliert und auf das NGO-Phänomen »angepasst«. Neben dem entwicklungspolitischen Zugriff auf NGOs lassen sich vor allem fünf bedeutende theoretisch-methodische Zugriffsweisen auf das NGO-Phänomen differenzieren, die in Tabelle 4 aufgeführt sind. Sie lenken den Fokus auf je spezifische Fragestellungen, wengleich sie nicht trennscharf voneinander sind. Mit Ausnahme der Theorien Internationaler Beziehungen übertragen alle Zugänge ihre im nationalstaatlichen Rahmen entwickelten Konzeptionen auf die globale Ebene. Vorherrschende Fragestellung ist stets, was passiert, wenn sich Politikstrukturen trans- oder internationalisieren.

Im Rahmen der Bewegungsforschung werden INGOs deshalb als Transnationalisierung von sozialen Bewegungen aufgefasst. Die Dritte Sektor-Forschung, traditionell mit der Untersuchung von Non-Profit-Organisationen und -Strukturen beschäftigt, führt nun Ländervergleiche durch und untersucht international agierende Non-Profit-Organisationen, die sie mit den INGOs gleichsetzt. Im Rahmen der Demokratietheorie wird allgemeiner der Beitrag von NGOs zu auch global tragfähigen Demokratiemodellen erörtert. Eng damit verwoben untersucht die Netzwerktheorie die sich herausbildenden Governance-Strukturen auf globalem Niveau.¹²⁴

In den unterschiedlichen Zugängen zum NGO-Phänomen werden verschiedene Rahmungen vorgenommen, die in ihrer Gesamtheit wichtige Bestandteile des Diskurses über NGOs darstellen. Erst durch die Beschäftigung mit ihnen komplettiert sich das Bild des NGO-Diskurses. Ich werde daher im Folgenden einige Ansätze recht ausführlich darstellen. Allerdings gehe ich nicht so vor, dass die einzelnen Forschungsstränge die Gliederung vorgeben. Dies erscheint schon deshalb nicht sinnvoll, da die verschiedenen Zugänge inzwischen doch stark untereinander sowie mit

123 Im Ergebnis strukturierte sich die NGO-Forschung, so Walk und Brunnengräber (1998: 137), als ein »eclectic messy center«.

124 Zimmer (2001: 337) unterscheidet in ähnlicher Form vier Hauptzugangsweisen. Den demokratietheoretischen Zugang verengt sie auf »Pluralismus«, den Ansatz der Internationalen Beziehungen listet sie nicht als eigenständigen Ansatz auf. Für weitere Systematisierungen von Literaturzugängen vgl. Frantz (2002), aber auch Brand (2000: 16-63) sowie Walk/Brunnengräber (2000: 23; 1998).

weiteren interferieren. Vielmehr werden sie *en passant* dargestellt bei der Erörterung zentraler Diskursstränge.

Tabelle 3: NGOs im modelltheoretischen Zugriff¹²⁵

Theoretischer Ansatz	Thematisierung von NGOs in Bezug auf
Dritter Sektor	Dienstleistung, Zivilgesellschaft, Organisationsaspekte
Demokratiethorie	Demokratie und Lobbying/Pressure Groups
Netzwerkperspektive	Kommunikation und Policy/Steuerung und Policy
Soziale Bewegung	Demokratie und Zivilgesellschaft
Internationale Beziehungen	Globalisierung/Rolle des Nationalstaats

Im folgenden Kapitel 3 wird zunächst die bewegungswissenschaftliche Diskussion dargestellt. Da mich die Organisationsförmigkeit der NGOs besonders interessiert, wird vornehmlich überprüft, inwiefern »Organisation« im Rahmen der dort geführten Institutionalisierungsdebatte problematisiert wird. Außerdem wird untersucht, wie die Bewegungswissenschaft das Verhältnis von sozialer Bewegung und NGOs vor dem Hintergrund der Transnationalisierungsthese fasst.

In dem dann anschließenden Kapitel 4 wird der Diskurs über Global Governance ausführlich dargestellt und einer Würdigung unterzogen. In ihm fließen netzwerktheoretische und demokratiethoretische Diskussionen mit Ansätzen der Theorien internationaler Beziehungen zusammen. Global Governance wird als eine Art »Meta-Konzept« (Frantz 2002: 61) identifiziert, in dem Probleme internationaler Steuerung verhandelt werden und in dem NGOs ein prominenter Platz eingeräumt wird. Es geht hier um die Bedeutung, die NGOs als Teile eines neu sich herausbildenden Verhandlungssystems auf internationaler Ebene zugemessen wird.

Die Kapitel 3 und 4 haben eine doppelte Funktion. Zum einen werden die dort vorgestellten Diskussionen als Teil des NGO-Diskurses bzw. als wichtige Hintergrundfolien gefasst. Zum anderen werden die Debatten nach Elementen durchforstet, die schon Bausteine für eine kritische Beschäftigung mit dem NGO-Phänomen darstellen.¹²⁶ Umgekehrt formuliert

¹²⁵ Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Zimmer (2001: 337).

¹²⁶ So eilt der Bewegungsforschung der Ruf voraus, sie entwickle in Bezug auf NGOs besonders kritische Analysen (Frantz 2002: 70). Im Bereich der Governance-Forschung nehmen regulationstheoretische Analysen (Brand et al. 2001; Hirsch 2001) eine Sonderstellung ein, die explizit eine kritische

sollen die Defizite der bisherigen sozialwissenschaftlichen Forschung zu NGOs, transnationalen sozialen Bewegungen und Global Governance herausgearbeitet und benannt werden. In einem den ersten Teil der Arbeit abschließenden Zwischenfazit (Kapitel 5) werden daher Kriterien genannt, denen eine theoretisch angeleitete Fassung des NGO-Phänomens genügen sollte.

Einordnung des NGO-Phänomens anstreben, gleichwohl aber einem realistischen Paradigma verhaftet bleiben. Dazu unten mehr.

3. NGOs und soziale Bewegungen: Der Beitrag der Bewegungsforschung

»Wer von den NRO redet,
kann von den neuen sozialen Bewegungen nicht schweigen.«
Peter Wahl (1993: 4), Vorstand der NGO *WEED*

NGOs werden in der Literatur vielfach »irgendwie«¹ den (neuen) sozialen Bewegungen zugeschlagen oder mit ihnen in Verbindung gebracht,² meist als Produkt von deren Transnationalisierung. Am offensichtlichsten geschieht dies, wenn Bewegungsmerkmale bereits in die zugrunde liegende Definition von NGOs aufgenommen werden.³ Weit verbreitet sind darüber hinaus Verknüpfungen, die NGOs »als professionalisierte Bestandteile der weltweiten sozialen Bewegungen« (Massarat 1995: 38) oder als »transnationales Pendant zu lokalen Selbsthilfegruppen und neuen sozialen Bewegungen« (Brunnengräber 1998: 70) begreifen. Müller-Jentsch (2003: 165) urteilt in Bezug auf die Wahrnehmung von NGOs: »In gewisser Weise besetzen die NGOs heute die politische und theoretische Stelle, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts die neuen sozialen Bewegungen einnahmen.« In die gleiche Richtung zielend formulieren Altwater und Mahnkopf (1996: 551; Fußnote 6): »Der Begriff der ›Nicht-Regierungsorganisationen‹ hat denjenigen der ›neuen sozialen Bewegungen‹ beinahe ersetzt.« Die meisten Autoren differenzieren an diesem Punkt und

1 Vgl. etwa eine neuere Arbeit von Leggewie (2003) zur sogenannten globalisierungskritischen Bewegung, in der nie deutlich wird, wo der Unterschied zwischen NGOs und sozialer Bewegung liegt. Es wird lediglich salopp festgestellt, dass die Grenzen zwischen NGOs und Protestbewegungen fließend seien (ebd.: 148).

2 Als Beispiele für viele vgl. Messner (1999) und El-Ghoussein (2001: 3).

3 Vgl. Kapitel 2.1.2 sowie Wahl (1997: 24) und Willems (2000: 66).

konstatieren nur für ganz bestimmte NGOs, dass sie aus den neuen sozialen Bewegungen (NSB) hervorgegangen sind (Janett 1997; Brunnengraber 1998).

Dennoch gilt zunächst das Fazit des Bewegungswissenschaftlers Roland Roth (2001a: 50): »Die konzeptionellen Unterschiede und empirischen Bezüge zwischen sozialen Bewegungen und NGO sind unklar.« Durchforstet man die neuere Bewegungsliteratur, so drängt sich der Eindruck auf, dass die Bewegungsforschung sich des Themas NGO »eher notgedrungen [...] angesichts der zunehmenden Debatte über NRO und der abnehmenden über neue soziale Bewegungen« (Brand 2000: 27) annimmt. Gleichwohl prägen die Debatten der Bewegungsforschung das Bild der NGOs, unabhängig davon, ob dort Bewegungsorganisationen als NGOs thematisiert werden oder nicht.⁴ Dies trifft umso mehr auf die populärwissenschaftliche und öffentliche Wahrnehmung des NGO-Phänomens zu, in der soziale Bewegungen und NGOs oftmals gar synonym gesetzt werden.

In diesem Teil der Studie wird überprüft, welchen Beitrag die Bewegungsforschung zur Erklärung des NGO-Phänomens leistet. In Kapitel 3.1 werden das Ringen der Bewegungsforschung um eine adäquate Definition ihres Gegenstandsbereiches dargestellt und soziale Bewegungen von anderen Formen kollektiven Handelns abgegrenzt. In Kapitel 3.2 wird anschließend die innere Dynamik sozialer Bewegungen in den Blick genommen, wobei die verschiedenen Konzeptualisierungen des Verhältnisses zwischen Organisation und sozialer Bewegung innerhalb der Bewegungsforschung expliziert werden. Kapitel 3.3 beschäftigt sich mit den externen Bedingungen sozialer Bewegungen. Es wird der Frage nachgespürt, ob die internationale NGO-Community als Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden kann.

3.1 Die Begriffsbestimmung sozialer Bewegung durch die Bewegungsforschung

Die Bewegungsforschung beschäftigt sich vornehmlich damit, wie soziale Bewegungen zustande kommen, von welchen Themen sie bestimmt sind, welche Entwicklungsstufen sie durchlaufen, wie ihre Strukturen aussehen und aus welchen sozialen Gruppen sie wie ihre Mitglieder rekrutieren. Einen genauen und reflektierten Begriff von ihrem Gegenstand »soziale

4 Rucht (1996) lehnt etwa explizit den Terminus NGO ab, da dieser in die Irre führe. Er präferiert hingegen den Begriff der (multinationalen) Bewegungsorganisation.

Bewegung« hat sie dabei erst spät und meist in Abgrenzung zu anderen sozialen Phänomenen entwickelt.⁵

So kann in den Sozialwissenschaften lange Zeit von einem »beliebigen und inflationären Gebrauch des Begriffs ›Bewegung‹« (Stöss 1984: 549) gesprochen werden. Gerade in den Anfängen der Bewegungsforschung ist der Bewegungsbegriff dabei größtenteils unreflektiert von den untersuchten Akteuren übernommen worden (Förch 1995: 26). Die positive Aufladung und Attraktivität des Bewegungsbegriffs, die sich u.a. aus dessen Assoziation mit »Massenhaftigkeit, Kraft und Dynamik« (Rucht 1994: 76) herleitet, übertrug sich somit auf die wissenschaftliche Beschäftigung. Schon 1973 resümiert Allerbeck in seiner Untersuchung zu den Studentenbewegungen Ende der 1960er Jahre die identitätsstiftende Funktion des Bewegungsbegriffs: »Das Beiwort Bewegung ist attraktiv. Es bringt sprachlich eine Konfrontation dynamischer Kräfte mit einer erstarrten Ordnung zum Ausdruck. Organisationen, die sich Bewegung nennen, wachsen damit verbal über sich hinaus« (Allerbeck 1973: 37).⁶

Das Zitat macht zudem deutlich, dass nicht alles, was soziale Bewegung genannt wird, auch eine soziale Bewegung darstellt. Die Selbstbeschreibungen von Akteuren als soziale Bewegung sind stets von einer soziologischen Kategorie der Bewegung zu differenzieren. Bis heute wird diese Selbstverständlichkeit in der Bewegungsforschung zwar bisweilen eingefordert, kaum aber konsequent durchgehalten. Hierbei wird nicht nur die Selbstbeschreibung der Akteure übernommen und damit gleichsam »verdoppelt«. Auch prinzipiell hat es die Bewegungswissenschaft dann schwer, ihren Gegenstandsbereich zu rahmen und »auf den Begriff zu bringen«.

Ein erster Anhaltspunkt zu einer soziologisch gehaltvollen Bestimmung des Bewegungsbegriffs bietet dessen Differenz zum Begriff der Bewegtheit oder der bloßen Beweglichkeit. Im Gegensatz zu diesen setzt laut Mühlmann (1961: 261) ein soziologischer Begriff von Bewegung Strukturen voraus: »Im Unterschied zu bloßer Beweglichkeit kann ›Bewegung‹ nur auf Strukturen bezogen definiert werden als allmähliche im Wesen dieser Strukturen stattfindende Veränderung«. Soziale Bewegungen haben demnach erstens selbst Strukturen, die ihnen Identität und eine gewisse Dauerhaftigkeit verleihen. Zweitens sind sie Teil von übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen. Drittens können sich sowohl die

5 Für eine ausführliche Begriffsgeschichte vgl. Rammstedt (1978).

6 In der deutschen Sozialwissenschaft war der Bewegungsbegriff seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1960er Jahre hinein allerdings mit der »Hypothek« der »nationalsozialistischen ›Bewegung‹« belastet. Erst mit der Abgrenzung alter von neuen sozialen Bewegungen konnte sich die Bewegungsforschung davon lösen (Klein 2003: 13).

Bewegungsstrukturen als auch die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die sozialen Bewegungen agieren, im Laufe der Zeit verändern.

Zwar heben einige Definitionen von sozialen Bewegungen das dynamische Element in den Bewegungen selbst hervor⁷, meist wird aber die Absicht, die gesellschaftlichen Strukturen zu ändern, also sozialen Wandel herbeizuführen, in den Vordergrund gestellt. Dies setzt voraus, dass eine soziale Ordnung als prinzipiell veränderlich und wandelbar durch planvolles Agieren menschlicher Kollektive wahrgenommen wird. In einem strikten Sinne können soziale Bewegungen erst dann entstehen, wenn Geschichte als machbar erfahren wird. Rucht (1994: 22) bindet deshalb den Begriff der sozialen Bewegung richtigerweise an die Existenz der modernen Gesellschaften.⁸ Moderne und soziale Bewegungen stehen in einem gegenseitigen Konstitutionsverhältnis zueinander. Der mit der Modernisierung einhergehende Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozess, und damit die Vorstellung der prinzipiellen Gestaltbarkeit der Welt, verbessert (bzw. schafft erst) die Bedingungen für soziale Bewegungen, die sich diese Neu-Gestaltung auf die Fahnen geschrieben haben. Umgekehrt sind Modernisierungsprozesse ohne das Wirken sozialer Bewegungen nicht hinreichend zu begreifen.

Neben der Ausrichtung auf sozialen Wandel werden des Weiteren insbesondere die Zielgerichtetheit und das Potential, breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren, als definierende Charakteristika sozialer Bewegungen herausgestellt. Diese Kriterien würden sie sowohl von anderen Formen kollektiven Handelns als auch von privaten Assoziationen unterscheiden: »Social movements are distinguished from other collective actors, such as political parties and pressure groups, in that they have mass mobilization, as their prime source of social sanction, and hence of power. They are further distinguished from other collectivities such as voluntary associations or clubs, in being chiefly concerned to defend or change society, or the relative position of the group in society« (Scott 1990: 6).

Im deutschsprachigen Raum ist die Definition von Raschke (1991: 32f) weit verbreitet und anerkannt, nach der soziale Bewegung als ein *mobilisierender kollektiver Akteur* gefasst wird, »der mit einer gewissen *Kontinuität* auf der Grundlage *hoher symbolischer Integration* und *geringer Rollenspezifikation* mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu

7 Vgl. etwa Wilson (1973: 359): »Social movements are by definition dynamic«; oder auch Rammstedt (1977: 448): »Die Bewegung muß nämlich in Bewegung gehalten werden; ein Stillstand wäre das Ende der Bewegung.«

8 Vgl. dazu auch Buechler (2000: 5); Eder (1993: 108).

verhindern oder rückgängig zu machen.«⁹ An dieser Definition fällt zunächst auf, dass der sozialen Bewegung ein *Akteurstatus* verliehen wird. Sie ist also nicht passiver Ausdruck gesellschaftlicher Wandlungstendenzen, nicht nur Medium des sozialen Wandels, sondern greift aktiv mit dem Ziel der Veränderung in den Lauf der Dinge ein. Hierbei ist, wie Raschke ausdrücklich betont, soziale Bewegung als Akteur nicht durch eine spezifische Organisationsform charakterisiert, sondern setzt sich aus einer »Vielfalt von Tendenzen, Organisationen und Aktionsansätzen« zusammen (ebd.).

Weitere Merkmale sind in der Definition angesprochen. Der Begriff der *Mobilisierung* verweist darauf, dass die Machtgrundlage jeder Bewegung prekär sei. Die Mobilisierung von Unterstützung wird zur Existenzbedingung von sozialen Bewegungen erklärt. »Die aktive, permanente Suche nach Unterstützung, das In-Bewegung-Bleiben, ist deshalb ein Merkmal sozialer Bewegung«, so Raschke (1991: 33). Soziale Bewegungen müssten darüber hinaus ein *gewisses Maß an Kontinuität* aufbringen, um sie von »kollektiven Episoden« unterscheidbar zu machen.

Die Formulierung »*hohe symbolische Integration*« bezieht sich auf das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, welches eine Bewegung ausbilden müsse. Soziale Bewegungen verfügten in der Regel nicht über Macht und Geld, um die Unterstützung für ihre Ziele erzwingen oder erkaufen zu können. Die kollektive Handlungsfähigkeit von sozialen Bewegungen leite sich allein aus dem inneren Engagement ihre Mitglieder ab (Neidhardt 1985). Soziale Bewegungen seien deshalb auf die Konstruktion und Aufrechterhaltung eines »Wir-Gefühls«, einer Vergemeinschaftungsdimension, eines kollektiven Selbstbewusstseins angewiesen, welches beständig den Eigenwert der Bewegung hervorheben muss. »Um all dies überzeugend leisten zu können, braucht eine soziale Bewegung im Hin und Her selbstreflexiver Prozesse den Rekurs auf *allgemeine Werte*, mit denen sie sich ihr Pathos und ihre Identität sichern kann« (ebd.: 200). Nicht Geld oder Macht seien in sozialen Bewegungen wesentlich, sondern die Sprache als wesentliches Kommunikationsmittel. Soziale Bewegungen werden deshalb mit Neidhardt auch als »verzweigte Sprachgemeinschaften« bezeichnet. Die symbolische Integration manifestiere sich aber nicht nur in der Entwicklung einer eigenen Sprache und Problemrahmung¹⁰, sondern symbolisiere sich auch in bestimmten Umgangsfor-

9 Hervorhebungen von mir. Vgl. für sehr ähnliche Definitionsversuche Wilson (1973: 8f) und Rucht (1994: 76f).

10 Das englische Wort *framing* hat sich hierfür eingebürgert und bezieht sich auf die Fähigkeit sozialer Bewegungen, gesellschaftliche Sachverhalte neu zu definieren und überhaupt erst sichtbar zu machen. Um den Begriff des *framing* hat sich ein Forschungszweig entwickelt, der mit konstruktivistischen

men, einem spezifischen Habitus und gar in eigenen modischen Codes. Soziale Bewegungen sicherten sich zusammenfassend die Loyalität ihrer Gefolgschaft »durch eine bestimmte Sprache, Parolen und programmatische Schriften, einen ›neuen Katechismus‹, Rituale und Zeremonien, welche die Glaubensgewissheit der Mitglieder symbolisieren und diese auch affektiv zu binden vermögen« (Kamphausen 1989: 81).

Das Merkmal der *geringen Rollenspezifikation*, welches ebenfalls in der Definition von Raschke genannt wird, ist von besonderer Bedeutung, da es unmittelbar auf den Unterschied von sozialen Bewegungen zu formaler Organisation verweist. Im Kontrast zur Organisation zeichne sich eine soziale Bewegung nämlich durch eine vergleichsweise geringe Ausdifferenzierung und Festschreibung von Rollen aus. Gleichwohl sei ihr Rollendifferenzierung nicht fremd. Es ließen sich zum Beispiel Kader, Aktive und Sympathisanten unterscheiden. Auch Arbeitsteilung und Machtprozesse fänden in sozialen Bewegungen statt, seien aber durch ihre Informalität gekennzeichnet.

Zwar sei eine soziale Bewegung keineswegs durch Nicht-Organisation gekennzeichnet: »Organisation ist aber nicht das Entscheidende an der Bewegung. [...] Das besondere der sozialen Bewegung liegt gerade in der Wechselwirkung zwischen den Bewegungs-Organisationen und den fluiden Teilen der Bewegung« (Raschke 1991: 38). Wegen ihrer Mittelposition zwischen schwacher Strukturiertheit und organisatorischer Verdichtung könnten soziale Bewegungen deshalb laut Raschke als »halbstrukturiert« bezeichnet werden (ebd.).¹¹

Ganz allgemein gilt für die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung von sozialer Bewegung, dass diese in intensiver Auseinandersetzung mit dem Organisationsbegriff erfolgt. Für den Bewegungsbegriff ist die Abgrenzung zu Organisation konstituierend, wobei das Verhältnis zwischen Organisation und Bewegung selten als bloßer Gegensatz, sondern fast durchgängig als Teil-Ganzes-Beziehung gedacht wird. Dies heißt allerdings nicht, dass der Gegensatzcharakter von Organisation und sozialer Bewegung verloren geht. So wird weithin mit »sozialer Bewegung« Wandel, Dynamik und Reform assoziiert, während »Organisation« mit Kontinuität, Starrheit und Konservatismus konnotiert ist.¹²

schen Argumenten Potentiale von sozialen Bewegungen auslotet. Vgl. grundlegend Snow et al. 1986; für eine knappe Zusammenfassung Hellmann (1999) und Joachim (2001); grundsätzlicher Donati (2001).

11 Mühlmann (1961: 263) spricht in Bezug auf soziale Bewegungen in gleichem Zusammenhang von »Zitter- und Zappelzuständen«.

12 In Kapitel 3.2.2 wird anhand der für die Bewegungsforschung zentralen Institutionalisierungsdebatte diese Figur ausführlich vorgestellt.

Gleichwohl, auf der Ebene allgemeiner Definitionen von sozialer Bewegung schlägt sich zunehmend die Erkenntnis nieder, die stellvertretend Raschke (1991: 32) wie folgt formuliert: »Die Organisation definiert nicht die Bewegung, sondern die soziale Bewegung ist immer mehr als die Organisationen, die sie umfasst.« Im Gegensatz zu etwa Interessenverbänden und Parteien würden soziale Bewegungen demnach keine durchformalisierten Gebilde darstellen: »Oft schließen sie Organisationen ein, etwa Ausschüsse, Koordinationsbüros, Geschäftsstellen; aber sie selber sind keine Organisationen« (Rucht/Neidhardt 2001: 540). Zwar herrscht bezüglich der prinzipiellen Frage, ob soziale Bewegungen auf Organisationen zwingend angewiesen seien, in der Literatur keine Einigkeit. Konsensual anerkannt ist aber die These, nach der Organisationen für den Fortbestand von sozialen Bewegungen entscheidend seien, da sie ein gewisses Maß an Kontinuität gewährleisten würden und als »strukturelles Rückgrat« (Janett 1997: 146) fungierten.

Faktisch bestünden soziale Bewegungen aus »hundreds of groups and organisations – many of them short-lived, spatially scattered, and lacking direct communication, a single organisation and a common leadership – episodically take part in many different kinds of local collective action« (Obershall 1980: 45f). Die Organisations- und Entscheidungsstruktur einer sozialen Bewegung sei folglich dezentral. Die einzelnen Gruppen innerhalb einer Bewegung würden ein hohes Maß an Autonomie genießen und bildeten untereinander einen nur losen Zusammenhang. Es gäbe in der Regel kein organisatorisches Zentrum, welches verbindlich über Programmatik und Strategie entscheiden könnte. Zwar rängen mehrere Organisationen um Einfluss, doch repräsentiere in der Regel keine einzelne Gruppe oder Organisation »die« Bewegung. Soziale Bewegungen seien intern nicht funktional differenziert, denn es fehle ihnen die eindeutige »Hierarchie, die im Stande wäre, die Zweckrichtung der Bewegung zu spezifizieren und darauf bezogene Organisations- und Ablaufpläne von oben nach unten durchzusetzen« (Neidhardt 1985: 195).

Die einzelnen organisationalen und nicht-organisationalen Einheiten innerhalb der sozialen Bewegungen seien oft selbst nicht stark strukturiert oder formalisiert.¹³ Neidhardt fasst deshalb auch soziale Bewegungen »in struktureller Hinsicht als mobilisierte Netzwerke sozialer Gruppen [...] – genauer noch: als mobilisierte Netzwerke von Netzwerken« (ebd.: 197). Die Basis sozialer Bewegungen bestehe nicht aus vereinzelt Individuen, sondern aus sozialen Netzwerken mit unterschiedlichen Verdichtungsgraden. Grundelemente sozialer Bewegungen seien »Verwandtschaftskreise

13 Dies trifft hauptsächlich auf die *neuen* sozialen Bewegungen zu. Für die Arbeiterbewegung waren durchaus durchstrukturierte und bürokratisierte Massenorganisationen typisch.

und Nachbarschaftszirkel, Wohngemeinschaften und Kommunen, diverse Untergruppen im Umkreis von Kirchen, Parteien und Bürgerinitiativen, Universitäten, Betrieben, Gemeinden etc. Sie erscheinen im Hinblick auf die Zielsetzung der sozialen Bewegung als mehr oder weniger ausdifferenziert und zweckbestimmt, meistens klein oder wenigstens überschaubar groß, darum auch überwiegend wenig formalisiert« (ebd.).

Auch für Rucht (1982: 275) zeichnen sich soziale Bewegungen dadurch aus, dass sie »im Vergleich zu Verbänden, Betrieben, Anstalten, Parteien oder Kirchen einen relativ geringen Institutionalierungsgrad und keine geregelte Mitgliedschaft« haben, also typische Merkmale formaler Organisation nicht aufweisen. Dieser Unterschied liegt auch für Stöss (1991: 394) auf der Hand, da soziale Bewegungen nicht wie Organisationen über eine hierarchische Binnenstruktur, Mitgliedschaft, Arbeitsteilung, hohe Rollenspezifikation und eine feste Abgrenzung gegenüber der Umwelt verfügen.

Den letzten Punkt, das Argument unklarer Systemgrenzen, stellt insbesondere Neidhardt (1985: 195) in den Vordergrund, der ebenfalls soziale Bewegung von Organisation abgrenzt. Mangels klarer Mitgliedschaftszuschreibungen seien soziale Bewegungen nicht eindeutig von ihrer Umwelt abgrenzbar. So könne man zwar »zwischen *Aktivist:innen*, *Teilnehmern*, *Unterstützern* und *Sympathisanten* unterscheiden und die ersten Kategorien den Bewegungen, die anderen beiden ihrer Umwelt zurechnen; aber es ist schwer mit dieser Unterscheidung klare Personenzuordnungen und genaue Größenbestimmungen zu verbinden« (Rucht/Neidhardt 2001: 540).

Entscheidend am Merkmal der mangelnden Abgrenzbarkeit von sozialen Bewegungen ist aber meines Erachtens ein weiterer Punkt: Soziale Bewegungen sind nicht adressierbar. Lediglich Organisationen (und Individuen) besitzen Adressierbarkeit. So kann man sich an einzelne Organisationen wenden, die man einem diffus bleibenden Bewegungszusammenhang zurechnet. Man kann aber nicht *die* Bewegung kontaktieren.¹⁴ Sie besitzt weder Postanschrift noch E-Mail-Adresse. Indem der sozialen Bewegung gleichwohl ein Akteurstatus zugemessen wird, wird in der politischen Praxis und in einem überwiegenden Teil der Bewegungswissenschaft aber (sozusagen durch die Hintertür) suggeriert, eine Adressierbarkeit von sozialer Bewegung sei gegeben.

Della Porta und Diani (1999: 14ff) destillieren in ihrer Einführung zu sozialen Bewegungen vier Elemente sozialer Bewegungen, die alle theoretischen Schulen teilen. Ihr Ergebnis deckt sich mit der Definition Raschkes und kann auch hier als Zusammenfassung und Grundlage der

14 Dies gilt im übrigen analog für die Begrifflichkeit der »NGO-Community«, die bereits im letzten Kapitel einer Kritik unterzogen wurde.

weiteren Erörterung dienen. Soziale Bewegungen werden demnach in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung *erstens* als informelle Interaktionsnetzwerke aufgefasst, die sich *zweitens* durch untereinander geteilte Überzeugungen und ein gewisses Maß an Solidarität auszeichnen. *Drittens* wird sozialen Bewegungen ein konfliktärer Bezug zum Status Quo unterstellt, den sie qua kollektiver Aktion zu ändern trachten. Ein bedeutender Anteil der kollektiven Aktionsformen wird *viertens* in verschiedenen Formen von Protest ausgemacht. Soziale Bewegungen seien, so eine Quintessenz der Definitionsvorschläge, derart sowohl von stärker strukturierten Formen kollektiven Handelns (etwa von Interessenverbänden) als auch von singulären Protestereignissen oder politischen Ad-hoc-Koalitionen zu unterscheiden. Als *fünftens* Punkt füge ich gemäß den Ausführungen weiter oben hinzu, dass soziale Bewegungen eben nicht wie Organisationen über eine klare Systemgrenze zu ihrer Umwelt, die Außen oder Innen definieren würde, verfügen. Ihnen fehlt sowohl eine Gebilde-dimension als auch die Möglichkeit der Adressierung. Dies wird innerhalb der Bewegungsforschung zwar gesehen, nicht aber analytisch-theoretisch an prominenter Stelle reflektiert.

3.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung der Dynamik sozialer Bewegungen

Die Wissenschaft von sozialen Bewegungen kann inzwischen als eine etablierte und institutionalisierte Bindestrich-Soziologie gelten (Förch 1995: 26). Sie ist »auf dem Weg zur normalen Wissenschaft« (Hellmann 1999). Dies trifft vor allem auf die Situation in den USA zu, wo die Bewegungsforschung an zahlreichen Instituten und Universitäten verankert ist. Für die Bundesrepublik gilt dies stark abgemildert (Klein 2003: 18). Immerhin gibt es aber inzwischen innerhalb der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW) einen Arbeitskreis »Soziale Bewegungen« und mit dem *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* eine Fachzeitschrift, die seit 1988 Fragen der Bewegungsforschung erörtert.

Im Folgenden interessiert insbesondere die Frage, wie das Zustandekommen sozialer Bewegungen erklärt wird. Zu dieser Frage konkurrieren innerhalb der Bewegungswissenschaft verschiedene Paradigmen miteinander. Von gewisser Plausibilität bei der Rekonstruktion der Theoriegeschichte ist die Unterscheidung zwischen einer europäischen und einer US-amerikanischen Forschungstradition (Klandermanns 1991; Della Porta/Diani 1999; Tarrow 1988), welche auch als Differenz zwischen identi-

täts- und strategiebezogenem Paradigma betrachtet werden kann (Cohen 1985).¹⁵

Für die in der europäischen Forschung dominante Richtung stehen die strukturell bedingten Spannungen in einer Gesellschaft im Vordergrund, welche von bestimmten Gruppen als Missstände interpretiert werden. »Anders als in den USA stand bei der Untersuchung neuer sozialer Bewegungen die Frage gesamtgesellschaftlicher Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen im Vordergrund« (Rucht 1994: 73). Soziale Bewegungen entstehen demnach als Folge der Wahrnehmung von Widersprüchen, die durch gesellschaftlichen Wandel überwunden werden sollen. Die Forschung konzentrierte sich seit Ende der 60er Jahre auf die nun so genannten »neuen sozialen Bewegungen« (NSB), insbesondere die Studentenbewegung, die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung und die neue Frauenbewegung. Die sich vornehmlich in Westeuropa und den USA entwickelnden NSB werden in dieser Tradition als Reaktion auf neue gesellschaftliche Missstände gefasst und würden somit auch eine Reaktion auf das Versagen »konventioneller Problemlösungsmuster« (Brand/Büßler/Rucht 1986: 32) angesichts aktueller ökologischer und sozialer Probleme darstellen. Sie unterschieden sich bezüglich ihrer Werte, ihrer Aktionsformen und ihrer Trägerschaft markant von den älteren sozialen Bewegungen, etwa der Arbeiterbewegung (Klandermanns/Tarrow 1988).

NSB werden von Raschke (1987: 412) als postindustrieller Bewegungstyp gefasst und als vergleichsweise schwach strukturiert, fluid und offen gekennzeichnet. Merkmale dieses neuen Bewegungstyps sind die Abwesenheit einer einheitlichen, geschlossenen Ideologie, die thematische Vielfalt und ein rascher Issuewechsel, ein geringer Grad an organisatorischer Verfestigung und Bürokratisierung sowie eine Vielzahl autonomer, aber stark vernetzter Teilbewegungen. Den neuen sozialen Bewegungen werden oftmals zudem postmaterialistische Werthaltungen und ein antimodernistischer Impetus unterstellt.¹⁶ Sie gelten als Reaktionen

15 Freilich sträubt sich die inzwischen sehr ausdifferenzierte Bewegungswissenschaft gegen eine derart enggeführte Typisierung ihrer Ansätze. Insbesondere Nullmeier und Raschke (1989) wehren sich gegen die obige, ihrer Meinung nach vereinfachte Gegenüberstellung, unterscheiden aber ihrerseits recht schematisch zwischen »struktur- bzw. systemtheoretischen« und »handlungstheoretischen« Ansätzen. In letzter Zeit werden zudem Anstrengungen der Integration verschiedener Ansätze, unter anderem von den Protagonisten der RM-Theorie selbst (McAdam/McCarty/Zald 1996), unternommen. Gleichwohl weist Koopmanns (1998) auf die nach wie vor vorhandene hermetische Abgeschlossenheit einzelner Forschungsschulen hin.

16 Pointiert etwa bei Inglehart (1989). Die neuen sozialen Bewegungen sind für ihn eine Reaktion auf den Zerfall kollektiver Identitäten, auf Anonymisierung und Individualisierung.

auf das »Eindringen der systemischen Zweckrationalität in die kommunikativ strukturierte Lebenswelt«, wie Schneider (1987: 47) unter Bezug auf den Habermasschen Topos der »Kolonisierung der Lebenswelt« formuliert. Neue soziale Bewegungen würden sich gegen die Eingriffe des Staates und der kapitalistischen Wirtschaft in immer mehr Lebensbereiche zu Wehr setzen.¹⁷

3.2.1 Die interne Dynamik sozialer Bewegungen: Organisation und soziale Bewegung

»Die Trennlinie zwischen sozialen Bewegungen und formalen Organisationen ist manchmal nicht klar.«
Anthony Giddens (1999: 553)

In Bezug auf das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung¹⁸ ist insbesondere die US-amerikanische Diskussion interessant, welche nicht primär zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen unterscheidet. Ihr Interesse richtet sich vielmehr auf die Frage nach den politischen Chancen und der Verfügbarkeit von Ressourcen von sozialen Bewegungen. Der Schwerpunkt liegt nicht auf den gesellschaftlich-strukturellen Bedingungen, sondern auf der Analyse der Mobilisierungsprozesse und der Motivationen der individuellen Mitglieder. Betrachtet werden die Karrieren von Bewegungsorganisationen unter dem Aspekt des Wettbewerbs um knappe Ressourcen.

Der wesentliche Beitrag, die Organisationsstrukturen sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt der Analysen zu rücken, wird seit Ende der 1970er Jahre unter dem Label Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie (RM-Theorie) formuliert.¹⁹ Die RM-Theorie hat inzwischen breite Anwendung gefunden und gilt als »besteingeführtester Ansatz« (Förch 1995: 288, Fußnote 209). Dieser organisationssoziologische Zugang zur Analyse von sozialen Bewegungen fußt auf einem utilitaristisch-ökonomischen Handlungsmodell und überträgt damit Rational-Choice-Modelle auf den Gegenstandsbereich Soziale Bewegung.²⁰ Der bedeutendste Wegbereiter und

17 Für eine knappe Zusammenfassung des *New-Social-Movement-Approach* vgl. Buechler (2000: 45-51).

18 Und damit auch in Bezug auf das Verhältnis von sozialen Bewegungen und NGOs, sofern letztere einem Bewegungskontext zugeordnet werden.

19 Grundsteinlegend ist der Aufsatz von McCarthy/Zald (1977). Vgl. aber auch Gamson (1975) und Tilly (1978); zusammenfassend Jenkins (1983); kritisch Kitschelt (1991) sowie Piven/Cloward (1995).

20 Rational-Choice-Modelle konstruieren das Individuum als ausschließlich aufgrund rationaler Entscheidungen handelnd. Als *homo oeconomicus* ma-

Stichwortgeber für die spätere RM-Theorie ist der in dieser Tradition stehende Politökonom Mancur Olson²¹, dessen Gedanken deshalb vorweg kurz referiert werden.

3.2.1.1 Die Logik kollektiven Handelns

Olson fasst in seiner 1965 veröffentlichten, viel diskutierten Studie »The Logic of Collective Action« kollektives (und auch individuelles) Handeln mit Begriffen von Kosten-Nutzen-Kalkülen und strategischen Interaktionen. Potentielle Mitglieder einer sozialen Bewegung entscheiden aufgrund konkreter Anreize und einer Kosten-Nutzen-Rechnung über ihre Teilnahme an kollektiven Aktionen. Auf der Basis von Standardprämissen ökonomischer Theorieansätze argumentiert Olson, dass Akteure umso weniger zur Realisierung gemeinsamer Ziele beitragen werden, je größer die Zahl der interessierten Akteure ist. Er widerspricht damit der bis dato als selbstverständlich geltenden These, dass die Existenz hinreichend wichtiger gemeinsamer Interessen in Verbindung mit der Erkenntnis, diese nur durch gemeinsames Handeln realisieren zu können, alleine schon gemeinsames Handeln erwarten lassen. Kollektives Handeln ist laut Olson demnach eher prinzipiell unwahrscheinlich.

Ausdrücklich hat Olson seine Theorie als Kritik an der Pluralismustheorie, wie sie in den USA von Arthur Bentley und David Truman vertreten wurde, angelegt. Die amerikanische Pluralismustheorie ging davon aus, dass sich Individuen für den Zweck der Durchsetzung ihrer politischen Interessen zu Gruppen zusammenschließen, um so Einfluss auf staatliche Entscheidungen zu nehmen. Grundannahme ist hierbei, dass der Einzelne in der »modernen Massengesellschaft« politisch nichts ausrichten kann. Deshalb würden sich zwangsläufig Gruppeninteressen organisieren, deren Vielfalt den Pluralisten als Indikator für die Komplexität, Differenziertheit und demokratischen Kultur der Gesellschaft gilt. Partikularinteressen, so die weitere Argumentation, werden im konkreten Ringen der verschiedenen Gruppen in größere, allgemeinere Interessen gleichsam aufgehoben. Die organisierten politischen Gruppen bieten eine Art Mittler zwischen dem Einzelnen und dem Staat, fungieren als sogenannte »intermediäre Organisationen«.²²

ximiert das Individuum seinen Nutzen und minimiert seine Kosten. Zur Einführung in die Rational-Choice-Theorie vgl. Hill (2002).

21 Zur Bedeutung der Arbeiten Olsons für seine eigene Theoriebildung vgl. rückblickend Zald (1991: 350).

22 Vgl. zur Pluralismustheorie Dahl (1993); Steffani (1986) sowie Kremendahl (1977).

Olson (1968: 2) nimmt die entgegengesetzte Position ein: »Außer wenn die Zahl der Individuen in einer Gruppe ziemlich klein ist oder Zwang oder irgendein anderes spezielles Mittel angewendet werden kann, um die Einzelnen zu bewegen, in ihrem gemeinsamen Interesse zu handeln, werden rationale, in ihrem Eigeninteresse handelnde Individuen tatsächlich nicht so handeln, daß ihr gemeinsames oder Gruppeninteresse verwirklicht wird. [...] Die Vorstellung, daß Gruppen von Individuen so handeln, daß sie ihre gemeinsamen oder Gruppeninteressen erreichen, ist keinesfalls eine logische Folge der Annahme, daß die einzelnen in einer Gruppe rational ihre Interessen verfolgen, sondern ist im Gegenteil mit dieser Annahme unvereinbar.« Kleine Gruppen hätten gegenüber großen Interessensverbänden einen Organisationsvorteil. Sie »funktionieren« besser.

Insbesondere bei der Frage von Kollektivgütern²³ entstehe in großen Gruppen eine dilemmatische Situation: »Zwar profitiert jeder Interessent, würde das gemeinsame Ziele verwirklicht, eine Beteiligung an den Kosten jedoch ist für alle irrational: Denn entweder stellen andere Interessenten das Gut bereit, dann kann [...] der Vorteil aus der Bereitstellung des Gutes genossen und durch die Vorenthaltung des eigenen Beitrags [...] ein zusätzlicher Gewinn verbucht werden. Beteiligt sich jedoch keiner der anderen Interessenten an der Bereitstellung des Gutes, wird ein eigener Beitrag voraussichtlich wirkungslos bleiben und es droht der Verlust der eigenen Investition« (Willems 1996: 131). Die Nichtbeteiligung an den Kosten der Realisierung eines gemeinsamen Zieles sei für Akteure die günstigste Alternative. Als Trittbrettfahrer (*Free-Rider*) kämen sie aufgrund der Nicht-Ausschließbarkeit kollektiver Güter ganz umsonst in den Genuss dieser Güter. Trittbrettfahrer sind in der Logik kollektiven Handelns die rationalsten Akteure.

Olsons Theorie »widerlegt die mechanische Aggregationsthese, wonach homogene resultatbezogene Interessen kollektives Handeln stimulieren« (Wiesenthal 1993: 5). Interessensorganisationen evolvieren demnach nicht friktionslos aus den als gemeinsam vorgestellten Einzelinteressen der Individuen, so die wichtige Erkenntnis von Olson. Sie sind nicht umstandslos als Werkzeuge im Dienste ihrer Mitglieder anzusehen. Sie haben eine eigene, differente Qualität. Olson formuliert damit auch eine Kritik an den Grundannahmen des methodologischen Individualismus, der ebenfalls kollektives Handeln als Zusammenwirken der Handlungen von Individuen fasst.²⁴

23 Kollektivgüter zeichnen sich durch ihre Nicht-Ausschließbarkeit aus. Im Unterschied zu privaten Gütern kann niemand einer Gemeinschaft von der Nutzung dieser Güter ausgeschlossen werden.

24 Zum methodologischen Individualismus vgl. Kapitel 5. Die Kritik am methodologischen Individualismus bei Olson ist vor allem deshalb bemerkens-

In einer pluralen Ordnung ist für Olson die Organisation gesellschaftlicher Interessen nicht symmetrisch, sondern steht in einem reziproken und antiproportionalen Verhältnis zur Gruppengröße: Je mehr Mitglieder eine Interessengruppe zähle, desto ungünstiger seien die Voraussetzungen für kollektives Handeln. Oder anders: Je mehr Teilnehmer zur Erreichung eines Kollektivgutes oder Zieles gewonnen werden müssten, desto größer sei das Risiko der allseitigen Beitragsenthaltung, weil der einzelne Beitrag nicht von signifikanter Bedeutung für das Ergebnis ist. Kleinere und homogene Interessengruppen seien bei der Erstellung kollektiver Güter im Vorteil, da sie eher in der Lage sind, Sanktionen und Belohnungen gegenüber ihren Mitgliedern durchzusetzen. Trittbrettfahren fällt in kleineren Gruppen sozusagen schneller auf. Hingegen sei in größeren Gruppen die Kontrolle der Beitragsleistungen wesentlich aufwändiger und kostenintensiver. Hinzu komme, dass kleinere, homogene Gruppen oft sehr spezielle Interessen vertreten, so dass Leistungen zustande kommen, die für potentielle Trittbrettfahrer wenig Nutzen haben.²⁵

Olsons Thesen waren für viele Teilbereiche der Sozialwissenschaften äußerst einflussreich. Zwar konnten sie in einer Reihe von empirischen Untersuchungen und Experimenten weder eindeutig bestätigt noch verworfen werden (Udéhn 1993). Auch in den Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre konnte nicht geklärt werden, welcher Beteiligungs- bzw. Organisationsgrad noch als Bestätigung des Olsonschen Theorems zu gelten hat und welcher als Widerlegung (Willems 1996: 136). Gleichwohl lenkt Olsons »Logik kollektiven Handelns« das Augenmerk aber darauf, dass die Bedingungen kollektiven Handelns selbst erklärungsbedürftig sind. Insbesondere rückt sie das Problem der Organisierung sowie spezieller das der organisationalen Ressourcenmobilisierung in den Vordergrund. Olsons Theorie relativiert zudem die Aggregierungsthesen, wie sie in Pluralismustheorien vertreten werden. Die These, bei sozialen Bewegungen handele es sich um die Zusammenführung gleichartiger Interessen von Individuen, wird gründlich in Frage gestellt.

wert, weil sowohl Olsons Ansatz als auch der methodologische Individualismus auf den Prämissen des *Rational Choice* aufbauen.

- 25 Hier schimmert bereits eine ordoliberalen Position durch, die insbesondere die späten Arbeiten von Olson kennzeichnet. Sein Werk ist durchzogen von der Sorge, dass kleine Interessengruppen Märkte vermachten und damit die Verteilung ökonomischer und politischer Güter zu Lasten der Gemeinschaft vorantreiben (Faust 2002).

3.2.1.2 Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie

Die RM-Theorie nimmt zentrale Argumente von Olson auf und bringt sie in die (zunächst: US-amerikanische) Bewegungswissenschaft ein. In dieser dominierten bis in die 1970er Jahre hinein Erklärungsansätze, die in der Traditionslinie der Massenpsychologie und der Collective-Behaviour-Forschung²⁶ standen. Diese machten Unzufriedenheiten und Deprivation für das Entstehen von sozialen Bewegungen verantwortlich und betonten somit strukturelle Spannungen und Anomie als protestinduzierend. Deprivationstheorien behaupteten einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Intensität sozialer Belastungen und Protestmobilisierung.²⁷ Diesen Ansätzen galten soziale Bewegungen als Antwort auf unstrukturierte und undefinierte Situationen, welche durch den Zusammenbruch von Organen der sozialen Kontrolle oder allgemeiner durch sozialen Wandel hervorgerufen wurden. Die Irrationalität und Zufälligkeit der Mobilisierungsmechanismen wurde in den Vordergrund gestellt.

Auch der Binnenzustand sozialer Bewegungen wurde in der frühen Collective-Behaviour-Forschung als irrational und unstrukturiert wahrgenommen. Die diesbezüglichen Grundannahmen lassen sich wie folgt zusammen fassen: »movement participation was relatively rare, discontents were transitory, movement and institutionalised actions were sharply distinct and movement actors were arational if not outright irrational« (Jenkins 1983: 528). Dass soziale Bewegungen auch eine organisationale Struktur aufweisen, war in der damaligen Bewegungsforschung »nicht unbedingt selbstverständlich« (Rucht 1984: 609).²⁸

Anders die RM-Theorie: »Wo die »klassischen« Theorien vermeintlich von der Irrationalität, Spontanität und Diskontinuität von Protestverhalten ausgingen, betonten die Anhänger der Ressourcenmobilisierung den rationalen und organisierten Charakter von sozialen Bewegungen, die aus dieser Sicht nichts anderes als eine Fortsetzung der konventionellen Politik mit anderen Mitteln darstellten« (Koopmanns 1998: 215). Erklärungs-

26 Vgl. hierzu etwa: Smelser 1962; Turner/Killian 1957.

27 Von Davies (1979) stammt der Vorschlag, nicht absolute, sondern relative Deprivation als protestinduzierend zu begreifen. Zu sozialen Protesten komme es demnach erst dann, wenn zwischen dem Leben, welches Menschen führen müssen, und jenen Lebensumständen, die sie realistischerweise für erreichbar halten, eine Diskrepanz entsteht. Oftmals sei dem eine Verbesserung der Lebensbedingungen vorausgegangen, die das Anspruchsniveau habe wachsen lassen.

28 Die Collective-Behaviour-Forschung definiert gar soziale Bewegung über die Abwesenheit oder Bedeutungslosigkeit von formaler Organisation. Spontanität wird hier zur *differentia specifica* sozialer Bewegung (Della Porta/Diani 1999: 139).

muster, die kollektives Verhalten als unmittelbaren Reflex auf Frustration, Deprivation oder den Verlust von Identität, also letztlich mit relativ simplen Reiz-Reaktions-Schemata, erklären, werden von der RM-Theorie als zumindest unzulänglich zurückgewiesen.²⁹

Da soziale Unzufriedenheiten und Deprivation, so die Argumentation, immer vorhanden seien, reichen sie zur Erklärung von sozialen Bewegungen nicht aus. »Grievances are everywhere, movements not«, so die knappe Zusammenfassung von Japp (1984: 316). »In a world of multiple and endemic grievances, the rational actor protests only when opportunities exist and relevant resources can be deployed to exploit them« (Brysk 1995: 567). Da die Ubiquität von Missständen gegeben sei, sei für die Entwicklung kollektiven Handelns von primärerer Bedeutung, dass es in bestimmten Problemkonstellationen gelingt, Organisationen aufzubauen, mit denen Unterstützung zu mobilisieren ist. Nicht der Leidensdruck gesellschaftlicher Gruppen sei also ausschlaggebend für die Entstehung von Protestverhalten, sondern der organisational vermittelte Zugang zu Ressourcen. Je mehr Ressourcen mobilisierbar seien, desto mehr Protest werde es geben (McCarthy/Zald 1977: 1225). Missstände und Unzufriedenheiten würden darüber hinaus von »Bewegungsunternehmern« strategisch oftmals erst definiert, kreiert und manipuliert (ebd.: 1215).

Die RM-Theorie betrachtet vornehmlich (Bewegungs-)Organisationen und präferiert deshalb einen sehr weiten Bewegungsbegriff. Soziale Bewegung wird gefasst als »a set of opinions and beliefs in a population which represents preferences for changing some elements of the social structure and/or reward distribution of a society« (McCarthy/Zald (1977: 1217f)). Soziale Bewegungen stellen also nicht mehr als eine Präferenzstruktur dar, die auf sozialen Wandel ausgerichtet ist. Eine Bewegungsorganisation definiert sich als Bewegungsorganisation entsprechend nur dadurch, dass sich deren Ziele mit den Präferenzen einer sozialen Bewegung decken (ebd.: 1218). Parteien, Regierungen oder Interessengruppen sind nach dieser Betrachtung schwierig von Bewegungsorganisationen abzugrenzen. Dies mag als Nachteil der RM-Theorie erscheinen, verweist aber nicht zu Unrecht darauf, dass das Gebilde »soziale Bewegung« vornehmlich eine soziale Konstruktion der beteiligten und beobachtenden Akteure darstellt. Soziale Bewegungen stellen für die RM-Theorie lediglich eine weitere Form instrumentellen und rationalen kollektiven Handelns dar. Deren Beziehungen zu den Adressaten ihres Handelns wird als ein Bargaining-Prozess zwischen beiderseits rationalen Akteuren gedeutet (Förch 1995: 289). Derart geraten verstärkt die Netzwerkstrukturen zwischen

29 Sie werden heute in der wissenschaftlichen Literatur im Übrigen so gut wie nicht mehr vertreten (Pollak 2000: 41).

verschiedenen Bewegungsorganisationen in den Blick, die als besonders wichtig für den Mobilisierungs- und Aufmerksamkeitserfolg sozialer Bewegungen betrachtet werden.

Die RM-Theorie setzt aber nicht soziale Bewegungen mit den Organisationen, die Teil von ihr sind oder von ihr hervorgebracht werden, gleich. Soziale Bewegungen bestehen zusätzlich aus einer gewissen Anzahl von teilweise nur sporadisch mobilisierbaren Anhängern und Unterstützern, deren Engagement sich auf moralischen Überzeugungen (*conscience*) oder persönlichen Nutzenerwartungen (*beneficiary*) gründet. Anhänger und Unterstützer von sozialen Bewegungen kontrollieren aber als deren (Massen-)Basis kaum die eng begrenzten Ressourcen. Dies ist den Kadern, jenen Personen, die als meist professionalisierter Mitarbeiterstab in den Entscheidungsprozess der Bewegungsorganisationen einbezogen sind, vorbehalten (Rucht 1984: 611).

Insgesamt will die RM-Theorie intervenierende Variablen benennen, die die zeitliche Dynamik, Breite, Intensität, Struktur und Strategie von sozialen Bewegungen beeinflussen. Zwar bietet sie keine homogene Erklärungsperspektive. Es lassen sich jedoch drei Grundaussagen der RM-Theorie destillieren. Demnach gilt für kollektive Aktionen:

- a) Sie werden meist von relativ stabilen Gruppen getragen und zeigen damit keineswegs ein anomisches Stadium (i.S. Durkheims) an,
- b) sie bauen zumindest teilweise auf Kosten-Nutzen-Kalkülen im Sinne Olsons auf,
- c) sie sind auf eine schon vorfindbare, vorgängige organisatorische Infrastruktur gegründet (Rucht 1984: 610).

Bei Protestaktivitäten handelt es sich also um strategische Unternehmungen von Bewegungsorganisationen, in denen (quasi-)professionalisierte Bewegungsmanager zweckrational kalkulieren und gestalten. Organisationen sind sowohl für die Entstehung von Bewegungen, als auch für deren Erfolg entscheidend (Morris/Herring 1987: 167). Um längerfristig Bestand zu haben und nachhaltig kollektive Aktionen zu bewerkstelligen, *müssen* soziale Bewegungen formal organisierte Strukturen herausbilden (McAdam/McCarthy/Zald 1996: 13).³⁰ Dies kann gedeutet werden als frühe theoretische Ablehnung einer »schroffen Gegenüberstellung von Bewegung und Organisation bzw. Institution« (Brand 2000: 28), verweist aber wohl vornehmlich auf die besondere und zudem enorme Bedeutung, die Organisationen innerhalb von Bewegungen zugemessen wird. Die RM-Theorie verlagert den Grund für eine Mobilisierung von der Gesell-

30 Besonders eindeutig in Bezug auf die Unverzichtbarkeit von Organisation ist Raschke (1987: 207): »Die kontinuierliche Mobilisierung von Ressourcen ist ohne Organisation nicht zu denken.«

schaft in die Bewegung selbst. Dort sei der Ort, an dem von Bewegungsorganisationen die Weichen von Unzufriedenheit auf Protest gestellt werden.

Bewegungsorganisationen ähneln im Verständnis der RM-Theorie ökonomischen Organisationen. Auch sie müssen demnach den Zufluss von Ressourcen bewerkstelligen, um ihren Bestand und ihr Wachstum sichern zu können. Zum Gegenstand der empirischen Arbeiten wurden vor allem die Fähigkeit von Bewegungsorganisationen, sich materielle (Geld, Anhängerschaft, Arbeitsstellen etc.) und nicht-materielle (Freundschaft, Kompetenzen, Legitimität) Ressourcen³¹ verfügbar zu machen, die Funktionsweise von Mobilisierungsprozessen und die Frage der Zielerreichung. Um das Ziel des Ressourcenzuflusses zu erreichen, ist es wichtig, dass es den Bewegungsorganisationen gelingt, Unterstützer zu mobilisieren und Gegenbewegungen zu neutralisieren. Darüber hinaus muss es gelingen, langfristig eine Veränderung der allgemeinen gesellschaftlichen Werte und Zielsysteme zu erreichen. Besonders hilfreich ist dabei die Argumentation der Bewegungsakteure, dass die Konzepte und Ideen der Bewegung zu einer besseren Zukunft für alle beitragen können.

Der Zwang zur Ressourcenmobilisierung drückt sich vordergründig im Verhalten der Bewegungsorganisationen zu anderen Akteuren aus, welches auf Opposition oder auf Zusammenarbeit ausgerichtet sein kann. Er hat aber auch Effekte auf die interne Struktur der Bewegungsorganisation. Eine möglichst hierarchische Struktur ist demnach funktional für eine effektive Spendenerhebung und Mitgliedermobilisierung (Gamson 1975; Tilly 1978). Zentralistisch organisierte Bewegungsorganisationen erreichen ihre Ziele in der Regel besser als dezentral strukturierte Organisationen, haben dafür aber mehr Probleme, Unterstützer ihrer Arbeit längerfristig zu mobilisieren (Freeman 1979).

Zur Würdigung des Ansatzes: Die Konzentration des RM-Ansatzes auf diese Binnenstrukturen von sozialen Bewegungen, also auf die internen Mobilisierungsprozesse einer Bewegung, ist gleichzeitig dessen zentrale Schwäche, da die gesellschaftliche Umwelt von sozialen Bewegungen tendenziell ausgeblendet wird.³² Dies gilt zuvorderst in Bezug auf die

31 Innerhalb der RM-Theorie ist der zentrale Begriff der Ressourcen nicht klar definiert (Opp 1998: 95f). Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass es von den jeweiligen Zielen einer Bewegung abhängt, welche Faktoren als Ressourcen in Frage kommen. Gleichwohl lassen sich einige typische Ressourcen nennen. Aveni (1978: 188) etwa zählt als bedeutende Ressourcen neben Geld auf: Mitglieder, Legitimität, Prestige, Information und Macht.

32 Er wird von seinen Vertretern deshalb selbst als »partial theory« (McCarthy/Zald 1977) gekennzeichnet.

Beschreibung und Bestimmung der Struktur moderner Gesellschaft, welche nicht erfolgt (Nullmeier/Raschke 1989: 262).

Der große Verdienst der RM-Theorie ist hingegen sicherlich, dass sie das Augenmerk auf die internen Strukturen sozialer Bewegungen gelenkt hat und insbesondere deren Organisationsförmigkeit herausgestellt hat. Sie kann überzeugend darstellen, dass soziale Bewegungen erst durch das Wirken organisationaler Akteure mit je eigenen Interessen geschaffen werden.³³ Der politische und ideologische Gehalt sozialer Bewegungen interessiert die RM-Theorie hierbei nicht (Dalton/Kuechler/Bürklin 1990: 9f), so dass sie weder die kollektive Identität sozialer Bewegungen noch deren Vielfältigkeit erfassen kann (Buechler 1993: 231). Soziale Bewegung kann ihr deshalb nicht mehr sein als ein Set gleichartiger Ideen, gefasst als eher immaterielle Präferenzstruktur.

Ohne diesen Gedanken explizit weiterzutreiben, formuliert die RM-Theorie eine Ahnung davon, dass das Konstrukt soziale Bewegung mehr eine Kopfgeburt der beteiligten Organisationen ist, als dass es sich materiell und abgrenzbar auffinden lässt. Das Konstrukt soziale Bewegung und damit eine unterstellte kollektive Identität ist meist Voraussetzung der Ressourcenmobilisierung. Die schon von Olson kritisierte Vorstellung, soziale Bewegungen emergierten aus der zunehmenden Vernetzung von Individuen mit gleicher Interessenlage, also »from bottom up«, wird auch von der RM-Theorie, zumindest implizit, zurückgewiesen. Formale Organisationen sind folglich nicht verdichtete Repräsentationskerne einer breiten Basis, sondern umgekehrt erscheint die Mobilisierung der Basis als Folge des Organisationshandelns. Erst in der Folge entwickelt sich der Umstand, dass die »Bewegungsbasis«, die materielle und immaterielle Beiträge leistet, umgekehrt zur Existenzbedingung der Bewegungsorganisation werden kann. Bewegungsorganisationen sind folglich permanent darauf angewiesen, Mobilisierungsleistungen zu erbringen. Die ideologische Ausrichtung wird daher, auch dahingehend lässt sich die Argumentation der RM-Theorie verlängern, im Zweifelsfall dem Ziel des Organisationserhalts untergeordnet.

3.2.1.3 NGO als Synonym für Bewegungsorganisation

Konkret in Bezug auf den Phänomenbereich NGO geben die Arbeiten, die im Kontext der RM-Theorie entstanden sind, wenig her. Die Begrifflichkeit »NGO« wird, auch im Rahmen von neueren Arbeiten, meist schlicht nicht benutzt. Geschieht dies dennoch, so wird NGO in der

33 Hierbei ist der klassische Organisationsbegriff der RM-Theorie, der Organisationen als neutrale und effiziente Instrumente zur Zweck-Mittel-Verfolgung fasst, sicherlich zu kritisieren. Dazu aber in Kapitel 7 mehr.

Regel als »Synonym für Bewegungsorganisation« (Walk/Brunnengräber 2000: 194) verwendet. Ein großer Teil der Bewegungswissenschaft integriert die NGO-Begrifflichkeit also durch schlichte Ersetzung bzw. durch Eingrenzung der NGO-Population auf Bewegungsorganisationen. Identifiziert sich eine NGO mit den Zielen einer sozialen Bewegung, so sei sie eben eine Bewegungsorganisation (Janett 1997: 146). Bewegungsorganisationen sind demnach eine Subkategorie der übergeordneten Kategorie NGO (Rucht 1999: 211). NGOs gelten derart als Organisationskerne der neuen sozialen Bewegungen (Ronit/Schneider 2000). Dies hat seine Entsprechung in der oft geäußerten Vermutung, die spezifische Organisationsform der NGOs sei eine, die zu den neuen sozialen Bewegungen besonders gut »passe«, während für die alten sozialen Bewegungen, insbesondere die Arbeiterbewegung, Massenorganisationen typisch gewesen seien.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass die Aufnahme der NGO-Begrifflichkeit als Synonym für Bewegungsorganisation lediglich der Dominanz der NGO-Begrifflichkeit in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte geschuldet ist.³⁴ Jedenfalls wird derart das NGO-Phänomen nicht als ein besonderes Phänomen gesehen, welches eine prinzipielle Umstellung der theoretischen Ansätze erfordert.³⁵ Umgekehrt heißt dies aber, dass die Aussagen der RM-Theorie über das Verhältnis von sozialer Bewegung und den in ihr agierenden Organisationen zumindest wichtige Teilaspekte auch des Verhältnisses von sozialer Bewegung und NGOs widerspiegeln.

3.2.2 Die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung

Die inneren Strukturmerkmale sozialer Bewegungen, insbesondere das Verhältnis zwischen SMOs und sozialer Bewegung, sind auch Thema der in der Bewegungsforschung geführten Institutionalisierungsdebatte. In ihr wird verhandelt, wie sich soziale Bewegungen im Laufe der Zeit entwickeln und wie diese Entwicklung zu bewerten ist. In der Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung wird die von der RM-Theorie aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von Bewegung und Organisation »dynamisiert«. Wurde im vorangegangenen Kapitel dieses Verhältnis er-

34 Bei gleichzeitiger Abnahme der Debatte über soziale Bewegungen (Brand 2000: 27).

35 So antwortete etwa Dieter Rucht, einer der führenden deutschen Bewegungsforscher, im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Herbst 2000 auf die Frage, ob die neuere Debatte über NGOs für seine Arbeit Relevanz habe kurz und bündig mit: »Nein!«

gründet, indem recht prinzipielle Aussagen getroffen wurden, so geht es in dem folgenden Kapitel um die Prozesshaftigkeit der Entwicklung, konkret um den Prozess der Ver-Organisierung und Vermachtung sozialer Bewegungen. Die Institutionalisierungsdebatte diskutiert darüber hinaus an zentraler Stelle, wann noch von einer Bewegung gesprochen werden kann.³⁶ Während die RM-Theorie recht nüchtern und deskriptiv die Binnenstruktur sozialer Bewegungen thematisiert, wird die Institutionalisierungsdebatte – analog zur Debatte in den Bewegungen selbst – engagiert bis emotional geführt. Fragen von Macht und Herrschaft werden explizit thematisiert und auch bewertet.³⁷

Der Institutionalisierungsbegriff wird in dieser Debatte recht unterschiedlich gebraucht und teilweise auch mit dem Organisationsbegriff vermischt. Beide Begriffe werden sowohl im Diskurs der sozialen Bewegungen als auch im wissenschaftlichen Diskurs über soziale Bewegungen bis weit in die 1980er Jahre hinein in Differenz zum Begriff der Bewegung konstruiert. Insbesondere die neuen sozialen Bewegungen galten im (bewegungs-)eigenen Selbstverständnis per definitionem als antiinstitutionalistisch (Rucht/Blatter/Rink 1997: 20). Im Wissenschaftsdiskurs wurden die neuen sozialen Bewegungen sowohl den alten sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung, als auch den etablierten Institutionen dichotomisch gegenüber gestellt. Der antiinstitutionelle Impetus der sozialen Bewegungen übertrug sich zunächst auf die wissenschaftliche Analyse und beförderte ein emphatisches »bewegungswissenschaftliches Paradigma« (ebd.: 25).³⁸

Der Begriff der Institutionalisierung wird dabei meist nicht scharf definiert, sondern vornehmlich durch die Subsumtion verwandter Erscheinungen näher qualifiziert. Insbesondere das Ende eines Mobilisierungszyklus, Professionalisierung und Arbeitsteilung, Anpassung und Entpolitisierung, Bürokratisierung und Oligarchisierung werden genannt (ebd.: 26), aber auch Zielwandel, Monetarisierung, Entfremdung und Zentralisierung (Nullmeier 1989: 13f).

36 Vgl. etwa den Artikel von Rootes (2004) mit dem Titel »Is there a European environmental movement?«

37 Robert Michels (1989) etwa, dessen Oligarchisierungsthese im Folgenden dargestellt wird, bewertet die oligarchischen Tendenzen innerhalb sozialer Bewegung als »Krankheit« und »Entartung«.

38 Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Betonung des Anti-Institutionellen als das Neue der neuen sozialen Bewegungen insbesondere die europäische Bewegungswissenschaft auszeichnete. Es verwundert daher nicht, dass auch die Institutionalisierungsdebatte vornehmlich im europäischen Kontext, insbesondere in Deutschland, geführt wurde.

3.2.2.1 »Der typische Verlauf sozialer Bewegungen«

Zwar werden in der Bewegungswissenschaft für die Entwicklung sozialer Bewegungen bisweilen auch zyklische Modelle formuliert.³⁹ Durchgesetzt und hegemonial sind aber lineare Modelle zur Beschreibung und Erklärung eines »typischen Verlaufs sozialer Bewegungen« (Mayreder 1925).⁴⁰ Für diesen »klassischen« Blick auf das Schicksal sozialer Bewegungen« (Roth/Rucht 1991: 22) entwickeln sich soziale Bewegungen von einem fluiden und wenig geformten Ausgangszustand relativ kontinuierlich zu festeren Formen. Mit zunehmender Verbreitung organisationaler Muster bürokratisiert sich demnach eine soziale Bewegung immer mehr, bis sie ihren Bewegungscharakter gänzlich verliert und die Bestandhaltung der Bewegungsorganisationen selbst in den Vordergrund tritt.⁴¹ Eingang in die Literatur hat dieses Theorem unter den Überschriften Oligarchisierung, Bürokratisierung oder Institutionalisierung von sozialen Bewegungen gefunden. Um die unterschiedliche Qualität zweier Entwicklungszustände herauszustellen, wird von Rucht/Blattert/Rink (1997: 34) für diese Auffassung der Bewegungsgeschichte der Begriff Stufentheorem vorgeschlagen. Es wird aber unter Verweis auf dessen wichtigste theoretische Stichwortgeber auch als »Weber-Michels-Theorem« (Zald/Ash 1966) gehandelt.

Die Oligarchisierungsthese ist initial mit dem italienisch-deutschen Soziologen Robert Michels und seinem Hauptwerk »Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie« von 1911 verknüpft (Michels

39 Vgl. vor allem die Arbeiten von Tarrow über Mobilisierungswellen (Tarrow 1991; 1994). Für einen knappen Überblick über Versuche, soziale Bewegungen mit zyklischen Modellen zu beschreiben, vgl. Rucht/Blattert/Rink (1997: 42ff). Insgesamt sind zyklische Modelle nicht als strikte Gegenmodelle zu Institutionalisierungsannahmen zu begreifen. Sie machen eher unspezifische Angaben zum Aufkommen und Abebben sozialer Bewegungen, statt ausdrücklich auf deren organisationale Strukturiertheit sowie auf Prozesse der Institutionalisierung einzugehen. Institutionalisierung gilt diesen Ansätzen dann als ein Phänomen, welches jeweils zum Ende eines Mobilisierungszyklus auftritt.

40 Raschke (1987: Kap. 15) unterscheidet alternativ drei sozialwissenschaftliche Modelle, die die bewegungsinterne Dynamik zu fassen versuchen. Während in Ablaufmodellen die internen Gesetzmäßigkeiten sozialer Bewegungen ergründet werden, versuchen Faktorenmodelle, die externen Faktoren zu bestimmen, die die Bewegungsentwicklung beeinflussen. Raschke selbst präferiert ein (noch zu entwickelndes) Lernmodell, welches den reflexiven Eigenschaften sozialer Bewegungen Rechnung trägt.

41 Diese These ist laut Rucht/Blattert/Rink (1997: 38) nicht nur im sozialwissenschaftlichen Rahmen außerordentlich stark verbreitet, sondern hat gar den Charakter einer »Alltagstheorie« angenommen.

1989).⁴² Am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und ihrer Entwicklung hin zur Sozialdemokratie samt Massenpartei entwickelte Michels seine These vom oligarchischen Formwandel sozialer Bewegungen qua Organisation. Dieser Formwandel spiegele aber lediglich eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz wider. So folge sämtliches »menschliches Gruppenleben« einem »ehernen Gesetz der Oligarchisierung«, welchem sich selbst Bewegungen mit libertärer Ausrichtung nicht entziehen können.

Den Hauptschlüssel zum Verständnis der Oligarchisierungsprozesse sieht Michels in formaler Organisation, die die dauerhafte Herausbildung »elitärer«⁴³ Strukturen erst ermöglicht. Durch die Auswahl des Beispiels der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung will er deutlich machen, dass sich diese Prozesse unabhängig von den Organisationszielen und Ideologien vollziehen. Wenn sich die Zwangsläufigkeit dieser Prozesse für eine sich egalitär gebende demokratische Massenorganisation, die anti-oligarchische Ziele kommuniziert, nachweisen lässt, dann gelte dies umso mehr für alle anderen Organisationen.⁴⁴ Das Wesen von Organisation fasst Michels dabei – dem allgemeinen Forschungsduktus seiner Zeit entsprechend – in Maschinenmetaphern. Gleichzeitig schreibt er der Organisation Akteurseigenschaften und Eigensinnigkeit zu, wie das folgende Zitat verdeutlicht: »Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie [...] Die Maschinerie der Organisation ruft, in dem sie eine solide Struktur schafft, in der organisierten Masse schwerwiegende Veränderungen hervor. Sie kehrt das Verhältnis des Führers zur Masse in sein Gegenteil um. Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei bzw. Gewerkschaft in eine anführende Minorität und eine ausführende Majorität. [...] Die Macht der Führer wächst in gleichem Maße wie die Organisation« (Michels 1989: 25f). Je mehr sich eine Organisation

42 Mit Oligarchisierungstendenzen in politischen Parteien und deren Effekt auf demokratische Gesellschaften setzt sich aber auch schon Ostrogorski (1902) auseinander.

43 Robert Michels gilt neben Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca zudem als Klassiker der (italienischen) Elitentheorie. Im Gegensatz zu Pareto, der die geschichtliche Entwicklung als dauernde Ablösung alter durch neue Eliten fasst, entwickelt Michels eine differenziertere Elitentheorie. Alte Eliten werden demnach nicht abgelöst, sondern erneuern und revitalisieren sich durch die Aufnahme und Amalgamierung aufstrebender Eliten (Stöltig 1999: 238f). Zu Mosca und Pareto vgl. einführend Tamayo (1998).

44 Michels folgert aus seiner Untersuchung die Unmöglichkeit eines egalitären Sozialismus und auch einer Demokratie, die diesen Namen verdient. Dies entspräche zudem der psychologischen Situation der beherrschten Massen, die sich nach einer starken Führung sehnten. In dieser These deutet sich Michels' spätere Hinwendung zum Faschismus an. Vgl. zur politisch-biographischen Einschätzung des Michelsschen Werks Stöltig (1999).

ausdifferenzieren und sich zu einem »Apparat« transformieren, desto mehr bedürfe sie einer Elite, die diesen Apparat managt. An dem herrschaftlichen Charakter von formaler Organisation lässt Michels also keinen Zweifel: »Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien [...] bedingungslos unterworfen sind, mag [...] etwa so lauten: Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden« (ebd.: 370f).

Aufbauend auf Webers Überlegungen zur Veralltäglichen von Charisma (Weber 1980: 142-148) nimmt Michels eine typische Entwicklung sozialer Bewegungen an. Demnach werde die Politik einer sozialen Bewegung in ihrem Anfangsstadium stark von charismatischen Führungspersönlichkeiten geprägt. In dem Maße, wie eine soziale Bewegung nun in einer Gesellschaft Fuß fassen, d.h. eine ökonomische und soziale Basis in ihr finde, stehe sie zunehmend vor der Aufgabe, Führungsscharisma zu veralltäglichen. Dies geschehe durch die Installation bürokratischer Strukturen in den entstandenen Bewegungsorganisationen. Innerhalb dieser bürokratischen Strukturen hätten die Funktionärseliten ein Interesse am Fortbestand »ihrer« Organisation, da nur dies ihre innerorganisatorische und gesellschaftliche Position gewährleisten könne. Es ergebe sich eine enge Koppelung zwischen den individuellen materiellen Interessen der Organisationseliten und der Stärke der Organisationen, in denen diese Eliten ihren Lebensunterhalt verdienen. Ursprüngliche ideelle Ziele würden dabei für partikuläre Interessen und die Stabilisierung von Herrschaftsansprüchen instrumentalisiert. Das Machterhaltungsinteresse der Eliten sei also, so die Argumentation von Michels, prinzipiell unabhängig und häufig auch gegenläufig zum Interesse an der Verwirklichung der Ziele einer sozialen Bewegung. Es werde zusätzlich gestützt durch die zunehmende Akzeptanz der jeweiligen Funktionsträger durch die bisherigen Eliten in Politik und Gesellschaft. Auf Seiten der Funktionsträger wachse so die Überzeugung einer besonderen professionellen Berufung oder Qualifizierung. Innerhalb der Organisation reproduziere sich ein Experten-Laien-Verhältnis.⁴⁵

45 Neuere Untersuchungen legen nahe, dass die Führungskader nicht mit der jeweiligen Organisation wachsen müssen. So hat Marullo (1988) am Beispiel der US-amerikanischen Friedensbewegung einen Wandel in den Rekrutierungsformen nachgezeichnet. Zwar besetzen SMOs ihre hauptamtlichen Stellen nach wie vor auch mit langjährigen Mitgliedern, die eine enge Loyalität zu »ihrer« Organisation mitbringen. Wesentlich öfter wechseln aber Hauptamtliche inzwischen von anderen Organisationen hinüber. Sie sind vornehmlich durch professionsbezogene Faktoren qualifiziert. Ihre Loyalität gilt, so die Vermutung von Marullo, nur noch zu einem geringen Anteil der jeweiligen Organisation. Das instrumentelle Verhältnis der Funk-

Eine soziale Bewegung macht laut Michels in diesem Prozess hauptsächlich drei Wandlungsprozesse durch. Auf der Ebene der allgemeineren Ziele ergebe sich erstens eine Tendenz zum Konservatismus. Mit zunehmender Organisationsförmigkeit einer sozialen Bewegung würden sich deren Ziele immer mehr dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens anpassen. Damit hänge zweitens das speziellere Ziel der Erhaltung der Organisation zusammen. Die Propagierung der politischen Organisationsziele diene nun lediglich noch als Mittel, den Erhalt der Organisation zu sichern. Konkret schließe dies Anstrengungen zur Sicherung der Mitgliederbasis und der materiellen Mittel ein. Diese Anstrengungen bekämen gegenüber der Verfolgung politischer Ziele prioritäre Bedeutung.⁴⁶ In den klaren Worten von Michels (1989: 347): »So wird die Organisation aus einem Mittel zum Zweck zu einem Selbstzweck.« Schließlich sei drittens Oligarchisierung selbst zu nennen. Als Nebenfolge der Konzentration von Macht in den Händen weniger ergibt sich dabei laut Michels, dass einfache Mitglieder ihr Engagement aufgeben und sich zurückziehen. Oligarchisierung zeitigt demnach also auch prekäre Verhältnisse für den Bestand der Organisation selbst.

Michels' Ansatz ist in der Folge aufgegriffen und verfeinert worden. Einflussreich war die Studie von Rosa Mayreder (1925)⁴⁷, die die Michels'schen Annahmen stärker an den Gegenstandsbereich soziale Bewegung (statt Partei) koppelte und die am empirischen Beispiel der Frauenbewegung den »typischen Verlauf sozialer Bewegungen« nachzuzichnen suchte. Sie unterscheidet zwischen drei Entwicklungsstufen. In einer ersten ideologischen Phase formuliere eine soziale Bewegung relativ »unberührt von der Außenwelt, die zahllose Beschränkungen, Schwierigkeiten und Verwicklungen mit sich bringt, [...] die Lehre einer neuen Ordnung in ihrer reinsten Form« (ebd.: 10). Die Träger der Bewegung zeichnen sich hier durch ein hohes Maß an Begeisterung und Opferbereitschaft aus. Die ideologische Phase ist eine »Periode der Bewegung, in der die Ideologie die tiefste Überzeugung ihrer Träger bildet, ein höchstes geistiges Gut, das für sie dem Leben erst Inhalt und Wert verleiht« (ebd.: 18).

In einer zweiten organisatorischen Phase würden die hehren Bewegungsziele realpolitische heruntergebrochen. Die gesellschaftliche Anerkennung der Bewegung und die Verwirklichung konkreter Ziele stünden nun im Vordergrund. Aus dem Alltag der Auseinandersetzung mit politi-

tionsträger gegenüber der Bewegungsorganisation wird derart noch verstärkt.

46 In der Parteien- und Verbandsforschung ist dieser Sachverhalt später durch die Unterscheidung einer Mitgliedschafts- von einer Einflusslogik gekennzeichnet worden (Streck 1987; Wiesenthal 1993)

47 Die Publikation des Jahres 1925 geht auf einen Vortrag von 1917 zurück.

schen Gegnern ergäbe sich jetzt der Zwang zur Organisationsbildung. Den Trägern der Bewegung werde diszipliniertes Verhalten abverlangt. In dieser Phase erfolgten wichtige Weichenstellungen über die zukünftige Politik der sozialen Bewegung. Die vermehrten Außenkontakte und die Notwendigkeit taktischer Verhaltensweisen begünstigten die Herausbildung und Stärkung von Führungskadern in den Bewegungsorganisationen. Hiermit setze die dritte, als machthaberisch oder imperialistisch bezeichnete Phase ein, in der die Machtbehauptung zum Selbstzweck werde. Mayreder macht das Michels'sche Konservatismusargument stark und sieht am Ende des Prozesses den Tod der Bewegung: »Mit der Erlangung der Macht endet die soziale Bewegung als solche; denn sie verliert die Tendenz, das Herrschende, zu dem sie nun gehört, zu verändern« (Mayreder 1925: 44). Mayreder idealisiert dabei deutlich den Anfangszustand sozialer Bewegung als »Ordnung in reinster Gestalt« bzw. als »noch ganz einheitliche Gruppe«.

In der Nachfolge von Michels und Mayreder wurde das Oligarchisierungstheorem unter dem normativ weniger aufgeladenen Begriff der Institutionalisierung sozialer Bewegungen von der Bewegungsforschung adaptiert, verfeinert und variiert. Nun entstehen elaborierte Stufenmodelle, die verschiedene Etappen der Karriere sozialer Bewegungen identifizieren. Zwar unterstellen diese Modelle nicht mehr die apodiktische Zwangsläufigkeit eines ehernen Gesetzes, doch bleibt der Gedanke erhalten, dass sich die Institutionalisierung auf einem »natürlichen« Evolutionspfad entwickelt. Für gewöhnlich werden eine erste Phase der Formierung und Identitätsbildung, eine zweite heiße Phase der Polarisierung und Massenmobilisierung sowie drittens eine Phase der Veralltäglichsung, Professionalisierung und Institutionalisierung voneinander unterschieden (Brand 1999: 237). Die Unterteilungen des »Lebenszyklus« einer sozialen Bewegung werden insgesamt sehr ähnlich vorgenommen. Für Blumer (1951: 203) etwa steht am Anfang einer sozialen Bewegung eine erste unorganisierte Phase des »social ferment«, in der den Propagandatätigkeiten einiger weniger Agitatoren besondere Bedeutung beikommt. In einer zweiten Phase des »popular excitement« würden sodann die dem Protest zugrunde liegenden Ursachen und die Bewegungsziele näher definiert. In der anschließenden Phase der Formalisierung würden qua Organisation disziplinierende Partizipationsformen durchgesetzt und die Strategien zur Zielerreichung in starkem Umfang koordiniert und abgestimmt. Im Institutionalisierungsstadium schließlich werde die soziale Bewegung zu ei-

nem organischen Teil der Gesellschaft und forme eine professionelle Struktur aus.⁴⁸

Will man die dargestellten Ansätze positiv würdigen, so ist sicherlich zuvorderst deren herrschaftstheoretische Relevanz herauszustellen. Auch wenn uns der Ansatz Robert Michels' heute sehr holzschnittartig vorkommt, so gibt er doch wichtige Hinweise zum Verständnis von in Organisationen wirkenden Herrschaftsmechanismen. Zudem verweist Michels auch auf die externen Folgen formaler Organisierung, wenn er diese mit dem Rückgang spontaner Protest- und Artikulationsformen in Verbindung setzt. Die Herausbildung dominanter organisationsförmiger Strukturen im Rahmen sozialer Bewegungen kann derart als Disziplinierungsprozess der Bewegungsmitglieder gefasst werden. Durch die Organisationsform selbst ergeben sich so systemintegrative Effekte. Auf der Ebene des Zielwandels von (Bewegungs-)Organisationen ist bis heute Michels' These nicht entkräftigt, dass formale Organisationen dazu tendieren, die eigentlichen substantiellen Ziele durch operative Ziele zu ersetzen, in deren Folge die organisationale Funktions- und Überlebensfähigkeit zum eigentlichen Ziel wird und die ursprünglichen thematischen Ziele nur insofern verfolgt, d.h. ausgewählt, verworfen oder umdefiniert werden, als sie für das übergeordnete Überlebensziel von Relevanz sind.

Michels entwickelt ein Verständnis von formaler Organisation, welches dieser unhintergehbare Eigenlogiken unterstellt. Oligarchische Tendenzen sind demnach in einer Formulierung von Scott (1986: 406) »Strukturimmanenzen organisationeller Systeme [...]«. Sie sind eine nicht gewollte, nicht intendierte Konsequenz des Phänomens Organisation.« Folgt man der Michelsschen Argumentation, ergibt sich für soziale Bewegungen somit eine dilemmatische Situation. Demnach erlangen soziale Bewegungen dauerhaften Einfluss in Richtung ihrer Ziele nur durch den Aufbau starker Organisationen. Andererseits führen die Eigenlogiken der formalen Organisation tendenziell zur Preisgabe dieser Ziele. Eine soziale Bewegung als Bewegung kommt derart zum Erliegen.

Negativ ist festzuhalten, dass die dargestellten linearen Modelle über die Entwicklung sozialer Bewegungen einen naiv-emphatischen Bewegungsbegriff transportieren. Sie können daher als Infizierungstheorien sozialer Bewegungen zusammengefasst werden. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie ein Unschuldmodell sozialer Bewegung entwerfen, in dem der Beginn einer sozialen Bewegung als rein und unverdorben dargestellt

48 Sehr ähnlich unterscheiden auch schon Dawson/Gettys (1935) in ihrer Einführung in die Soziologie vier Bewegungsphasen: *social unrest, popular excitement, formal organization* und *institutionalization*. Vgl. zudem Hopper (1950) und seine Unterscheidung in *preliminary, popular, formular* und *institutional*.

wird. Der Gang der Argumentation ist dann derart, dass diese zunächst »unschuldige«, hehren Zielen verpflichtete, in ihren internen Strukturen herrschaftsarme soziale Bewegung von der machtdurchgesetzten Außenwelt und ihren Konzepten (»Organisation«) kooptiert, verdorben und infiziert wird, wobei die Dimensionierung in ein Außen und ein Innen der Bewegung nicht weiter hinterfragt wird. Im Ergebnis werden informelle Herrschaftsstrukturen analytisch als nicht sonderlich relevant erachtet.

Da aber auch die an den Bewegungen partizipierenden Individuen nicht außerhalb der Gesamtgesellschaft stehen, sondern durch diese »Umwelt« zutiefst geprägt und strukturiert sind, ist zu erwarten, dass sie permanent und zu jeder Zeit auch innerhalb des Bewegungskontextes herrschaftliche Strukturen reproduzieren (wenngleich ihr Anspruch ein anderer sein mag). Und dies gilt, so muss man den Infizierungstheorien entgegenhalten, sowohl in Bezug auf formelle als auch informelle Strukturen. Noch einen Schritt weitergehend ist die implizite Annahme, bei sozialen Bewegungen handle es sich um soziale Phänomene, die gleichsam von außen die Gesamtgesellschaft beobachten, kritisieren und zu verändern trachten, grundsätzlich zu kritisieren. Logisch haltbar ist wohl nur eine Immanenzperspektive, die soziale Bewegungen als Teil der Gesamtgesellschaft begreift.⁴⁹

3.2.2.2 Parameter der organisationalen Entwicklung von Bewegungsorganisationen

Die Zwangsläufigkeit und Systematizität der beschriebenen stufentheoretischen Entwicklungsmodelle sozialer Bewegungen ist von vielen Autoren, insbesondere vor dem Hintergrund des Aufkommens der neuen sozialen Bewegungen, relativiert, kritisiert und bezweifelt worden.⁵⁰ Ihr empirisch begründetes Argument lautet, dass sich nicht alle Bewegungsorganisationen (SMOs) gleich entwickeln (della Porta/Diani 1999: 147-150). Zwar bürokratisierten sich in der Tat viele Organisationen, differen-

49 Diese ist am eindringlichsten von Luhmann (1997: 847-865; 1996) in Bezug auf Protest bzw. Protestbewegungen formuliert worden. Für Luhmann sind Protestbewegungen eine Form der gegen sich selbst gerichteten Beschreibung der Gesellschaft *in* der Gesellschaft, eine Form der sich selbst kommunikativ alarmierenden Gesellschaft. Hierbei tun die Protestbewegungen allerdings bei ihren Beschreibungen so, als wäre eine Beschreibung von außen möglich. Luhmann begreift die Funktion der sozialen Bewegungen hingegen als »Immunsystem der Gesellschaft« (Luhmann 1987: 549).

50 So etwa von Zald und Ash (1966: 328). Eindeutig auch die Formulierung von Brand: »die ›Karriere‹ sozialer Bewegungen ist durch keine immanente Gesetzmäßigkeit (etwa in Richtung auf zunehmende Oligarchisierung und Institutionalisierung) festgelegt« (zitiert nach Rucht/Blattert/Rink 1997: 45; Fußnote 22).

zierten sich intern und ließen sich in ein umfassenderes System der Interessenrepräsentation integrieren. Es gäbe jedoch auch Organisationen, welche erfolgreich Bürokratisierungstendenzen widerstehen.⁵¹ Zudem sei der Tatsache Rechnung zu tragen, dass viele Bewegungsorganisationen keine lange Lebensdauer hätten, da ihnen die Loyalität entzogen wurde. Sie wurden von den Bewegungsmitgliedern dann lediglich als ein zeitlich begrenztes Mittel zum Zweck erachtet. Es gelinge einer SMO in diesem Fall nicht, dauerhaft Ressourcen für ihren Bestand zu mobilisieren. Schließlich wird angeführt, dass auch auf der Ebene der Zieltransformation eine Entwicklung zum Konservatismus nicht zwangsläufig gegeben sei. Manche SMOs würden sich im Laufe ihrer Entwicklung gar radikalisieren bzw. radikalere Neugründungen induzieren.⁵²

Neben diesen empirisch begründeten Einwänden lassen sich aber meines Erachtens unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der RM-Theorie auch prinzipielle Einwände gegen eine allzu simple Institutionalisierungsthese ins Feld führen. Die RM-Theorie wies schließlich darauf hin, dass Organisationen keineswegs nur das Produkt einer relativ späten Entwicklungsphase sozialer Bewegungen darstellen, sondern bereits an ihrem Anfang stehen.

Es soll daher im Folgenden ein differenzierteres Modell vorgestellt werden, welches von Kriesi (1992; 1996) entwickelt worden ist. Für Kriesi steht nicht wie bei Michels die Entwicklung dominanter Großorganisationen im Vordergrund, sondern das Zusammenspiel der verschiedenen Organisationen innerhalb einer »Bewegungsinfrastruktur«. Dazu entwickelt er zunächst eine Typologie von Organisationen, die sich in dem Feld soziale Bewegung auffinden lassen. Erst in einem zweiten Schritt folgert er dann aus dieser Typologie mögliche Entwicklungslinien für Bewegungsorganisationen.

Kriesi lehnt sich an die RM-Theorie an und teilt deren Grundprämissen. Wie jede andere Organisation auch müsse demnach eine SMO be-

51 Es ist empirisch offen, ob dies auch heißt, dass sich die jeweilige soziale Bewegung bzw. ihre formal organisierten Teile *en gros* nicht gleichwohl institutionalisieren. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Olejniczak (1999: 410f) interessant, die nach einer quantitativen Untersuchung der Dritte-Welt-Bewegung zu dem Ergebnis kommt, dass Institutionalisierungstendenzen (im klassischen Sinne) vornehmlich durch Neugründungen von Bewegungsorganisationen mit professionalisierter Organisationsstruktur induziert werden, während viele ältere und kleinere Gruppen sich kaum professionalisieren. Vgl. ähnlich Milke/Montuelle/Wahl (1997: 10ff).

52 Della Porta und Diani (1999: 148f) führen als Beispiel die klandestinen, mitunter terroristischen Gruppen an, die sich in der Nachfolge der Studentenbewegungen in Italien und der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet haben.

stimmte Funktionen gleichzeitig bewerkstelligen. Anreize für ein Engagement müssen gegeben werden, Organisationsziele müssen definiert werden, die Mitwirkung muss gemanagt und koordiniert werden, Ressourcen aus der Organisationsumwelt müssen nutzbar gemacht werden, Mitglieder müssen ausgewählt, ausgebildet und ausgetauscht werden. SMOs weisen wie jede Organisation eine Sozialstruktur auf, binden Individuen ein, haben Ziele und setzen technologische Hilfsmittel ein. Die Spezifik der SMOs ergebe sich aus der besonderen Organisationsumwelt, die hauptsächlich mit den Eckpfeilern soziale Bewegung, Öffentlichkeit und politisches Institutionensystem umrissen werden kann.

Weitgehend unstrittig ist in der Bewegungsforschung zudem, dass sich SMOs von anderen formalen Organisationen durch vornehmlich zwei Kriterien unterscheiden. Erstens mobilisieren sie ihre Anhänger-schaft für direkte kollektive Aktionen, zweitens machen sie dies zu einem politischen Zweck, nämlich um ein kollektives Gut durchzusetzen (Kriesi 1996: 152). Umstrittener ist die Bedeutung, die diesem Unterschied zu anderen Organisationen beigemessen wird. Während viele Studien die Unterschiede in der organisationalen Struktur der sozialen Bewegungen zu anderen komplexen Organisationsfeldern hervorgehoben haben, sehen andere eher Gemeinsamkeiten. Wieder andere Ansätze, wie der von Kriesi, weisen auf die großen Unterschiede in der Population der SMOs selbst hin, die es erschweren, sich auf *eine* Aussage zu kaprizieren.⁵³

Soziale Bewegungen agieren höchst selten als singuläre Einheiten, sondern handeln meist im Kontext anderer, sich überlappender und ergänzender, konkurrierender oder oppositioneller Bewegungen, die zusammen in der Begrifflichkeit der RM-Theorie einen *social movement sector* bilden. Aber auch die soziale Bewegung im Singular »funktioniert« zu einem großen Teil durch das Zusammenspiel von teils kooperierenden, teils konkurrierenden Organisationen. McCarthy und Zald scheuen hier – wie in der gesamten Anlage ihres Ansatzes – nicht die ökonomische Parallele und nennen die Menge der Bewegungsorganisationen eine *social movement industry* (Zald/McCarthy 1980), eine Bezeichnung, die Kriesi (1992: 92; Fußnote 3) für irreführend hält. Er benutzt deshalb den Begriff »SMO-Bewegungsinfrastruktur«.

Für Kriesi sind SMOs zwar die zentralen Bausteine der organisatorischen Infrastruktur von sozialen Bewegungen. Sie seien aber nicht deren einzige Komponenten. Als weitere Elemente führt er unterstützende Organisationen und Bewegungsassoziationen, welche Dienstleistungen für

53 Neben Kriesis Vorschlag liegen einige andere konventionellere Kategorisierungsversuche von SMOs vor. Della Porta/Diani (1999: 143ff) etwa unterscheiden nach Organisationsgrad, der Machtverteilung innerhalb von Organisationen und dem Grad der Bindung der Mitglieder an ihre Organisation.

die Bewegungsbasis erbringen, an. Unterstützende Organisationen seien in erster Linie Dienstleistungsorganisationen wie bewegungsnahe Medien, kirchliche Einrichtungen, Gaststätten, Druckereien oder Bildungseinrichtungen. Sie beförderten die »soziale Organisation« einer bestehenden Bewegung, ohne direkt an der Mobilisierung für kollektive Aktionen mitzuwirken.⁵⁴ Bewegungsassoziationen hingegen seien Selbsthilfegruppen oder Wohlfahrtsorganisationen, die durch die soziale Bewegung selbst hervorgerufen wurden, um den täglichen Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden. Insbesondere die Arbeiterbewegung habe in ihrer langen Geschichte viele solcher Organisationen (Arbeitslosenkassen, Sportvereine, Arbeiterbildungsvereine) hervorgebracht. Bewegungsassoziationen trügen zwar wie SMOs zur Mobilisierung der Basis einer Bewegung bei. Sie seien aber in der Regel nicht an der Aktionsmobilisierung beteiligt, sondern hätten eine exklusiv an ihren Klienten orientierte Arbeitsweise.

Als Drittes seien SMOs nach Kriesi von Parteien und Interessenverbänden zu unterscheiden. Im Gegensatz zu SMOs seien »letztere zur Erreichung ihrer Ziele nicht vom direkten Einsatz ihrer Basis abhängig. Parteien und Verbände sind vielmehr spezialisiert in politischer Repräsentation. Sie verfügen über hinreichende Mengen an Ressourcen – insbesondere über institutionalisierten Zugang zu Entscheidungsträgern, Macht und spezialisiertes Wissen –, so daß sie normalerweise ihre Basis nicht zu mobilisieren brauchen« (1992: 85). Durch die Einführung zweier Ordnungskriterien (Basisorientierung vs. Orientierung an den Machthabern sowie direkte vs. indirekte Basisbeteiligung) entwickelt Kriesi die in Abbildung 6 dargestellte Typologie bewegungsbezogener Organisationen.

Durch eine Verknüpfung dieser Systematik mit der Entwicklungsdynamik von SMOs entwickelt Kriesi nun eine Typologie möglicher »Transformationen von Zielorientierungen und Handlungsrepertoires« von mobilisierenden Bewegungsorganisationen (Abb. 7). Den vier Organisationstypen aus Abb. 6 entsprechen dabei die Trends der Institutionalisierung im klassischen Sinne, der Kommerzialisierung, des Rückzugs und der Radikalisierung. Eine SMO kann demnach »zur Partei oder zum Interessenverband werden; sie kann sich zur Dienstleistungsorganisation entwickeln; sie kann sich in Richtung Selbsthilfegruppe, Freiwilligen-Organisation oder Club verändern; oder sie kann sich radikalisieren« (Kriesi 1992: 88).

54 Morris (1984: 139) hat diese Organisationen *movement halfway houses* genannt. Er definiert damit eine Organisation, »that is only partially integrated into the larger society because its participants are actively involved in efforts to bring about a desired change in society.«

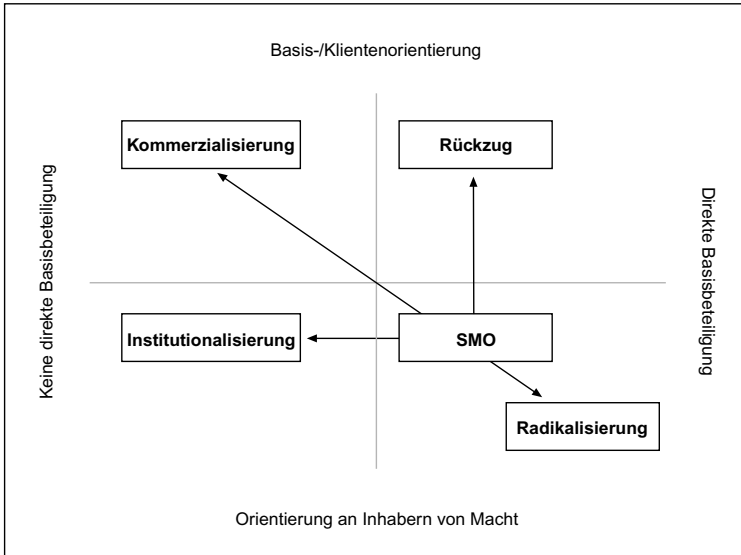
Abbildung 6: Typologie bewegungsbezogener Organisationen nach Kriesi



Aus: Kriesi (1992: 88)

Unter *Institutionalisierung* lassen sich laut Kriesi neben der Entwicklung zu einem Verband oder einer Partei auch weniger weitreichende Veränderungen subsumieren: die Stabilisierung des Ressourcenzufusses, die Entwicklung der internen Strukturen, die Mäßigung in den Zielen, die Konventionalisierung der Handlungsrepertoires sowie allgemein die Integration in etablierte Systeme der Interessenvermittlung. Im Zuge der *Kommerzialisierung* lege eine SMO stets mehr Wert auf die Bereitstellung von bezahlten Dienstleistungen für ihre Mitglieder, ohne dieses allerdings als Selbstzweck zu betreiben. Wird letztere Grenze überschritten, verwandele sich die entsprechende SMO gänzlich in eine ökonomische Unternehmung. Mit *Rückzug* ist demgegenüber eine Entwicklung bezeichnet, »bei der »soziale Anreize«, welche sich aus solidarischer Hilfe für spezifische Kleingruppen [...] ergeben, zum ausschließlichen Bezugspunkt der Organisation werden« (ebd.: 89). Als *Radikalisierung* sei schließlich eine Entwicklung zu kennzeichnen, in der die SMO allmählich zu einer exklusiven Organisation zur Mobilisierung für kollektive Aktionen wird.

Abbildung 7: Typologie der Transformationen von Zielorientierungen und Handlungsrepertoires von SMOs



Aus: Kriesi (1996: 157)

Die vorgestellte Dimension der *Zielorientierung und des Handlungsrepertoires* ist nur einer von vier Parametern der Organisationsentwicklung, die Kriesi angibt. Die Entwicklung von Bewegungsorganisationen lasse sich zweitens auch an Hand der Dimension des *Wachstums und Niedergangs von Organisationen* sowie drittens und viertens anhand der *internen bzw. externen Strukturierungen* unterscheiden.

Parameter, die das *Wachstum und den Niedergang von Organisationen* kennzeichnen, bezögen sich auf den Umfang der Bewegungsinfrastruktur, die Anzahl der SMOs und die Menge an Ressourcen, die den SMOs zur Verfügung stehen. An diesem Punkt unterscheidet Kriesi ähnlich wie die stufentheoretischen Annahmen des vorangegangenen Kapitels zwischen einer anfänglichen und einer etablierten Phase der Bewegung. In der anfänglichen Phase sei es schwierig, Ressourcen von Anhängern und unterstützenden Eliten zu bekommen, weshalb zunächst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen sei. SMOs verfestigten und entwickelten sich dann erst im Laufe von Mobilisierungsprozessen sozialer Bewegungen. Somit sei der Zufluss von Ressourcen ins organisatorische Netzwerk ein Indikator für den Entwicklungsstand der Bewegung insgesamt, mindestens aber des Standes von einzelnen Mobilisierungskampagnen.

Die *interne Strukturierung* einer SMO sei eine unmittelbare Folge des Ressourcenzuflusses. Sie beziehe sich erstens auf Prozesse der Formalisierung, insbesondere der Ausbildung von formellen Mitgliedschaftskriterien, der Einführung von formalen Statuten und routinemäßigen Prozeduren sowie der Bildung formeller Hierarchien und Stabsstrukturen. Zweitens könnten SMOs an Hand ihres Professionalisierungsgrades unterschieden werden, womit vornehmlich das Management durch bezahlte Mitarbeiter gemeint ist. Drittens seien SMOs intern differenziert, d.h. sie haben ein gewisses Maß an funktionaler Arbeitsteilung ausgebildet und sind territorial dezentralisiert. Komplementär dazu integrierten SMOs viertens bereits differenzierte Strukturen, und zwar durch horizontale Koordination und vertikale Zentralisierung. Allgemein gelte, dass in dem Maße, wie SMOs wachsen und der Umfang ihrer Ressourcen zunimmt, auch ihre interne Strukturierung komplexer wird. Erst durch diese Prozesse werde ihre Dauerhaftigkeit gesichert.

Die Kategorie der *externen Strukturierung* von SMOs bezieht sich auf deren organisatorisches Umfeld, wobei sich vornehmlich die Beziehungen zu ihrer Basis, zu ihren Allianzpartnern und zu den Machthabern unterscheiden lassen. Da laut Definition die Hauptaktivität von SMOs in der Mobilisierung ihrer Basis für kollektive Aktionen bestehe, sei jede SMO in starkem Maße abhängig von der Basis. Gleichwohl ergäben sich Spielräume. So könne eine SMO durch die Bereitstellung selektiver Anreize relativ unabhängig werden von der Bereitschaft ihrer Mitglieder zu individuellem Engagement. Insbesondere die Diversifizierung und Ausweitung ihrer Ressourcenbasis erlaubten mehr Unabhängigkeit von nur einer spezifischen Gruppe. Deshalb orientierten viele SMOs auf öffentliche Subventionen, richteten Appelle an Sympathisanten oder böten bezahlte Dienstleistungen an. Die Diversifizierung der Ressourcenbasis gehe dabei einher mit einer verstärkten Interaktion mit Allianzpartnern und Machthabern. Beide Interaktionen seien aber für die SMOs in ihrer Wirkung höchst ambivalent. Kooperationen mit Allianzpartnern könnten zwar neue Ressourcen erschließen, bedrohten aber potentiell die Autonomie der SMOs. Die Kooperation mit Machtinhabern hingegen verschaffe zwar einerseits öffentliche Anerkennung und Zugang zu Entscheidungsprozessen. Andererseits limitiere die Integration in bestehende Interessenvermittlungssysteme die Chancen für eine zukünftige Mobilisierung der Basis. Entfremdungserscheinungen auf Seiten der Basis könnten zudem zur Schwächung von SMOs auf längere Sicht führen.

Die Richtung, die SMOs im Laufe ihrer Entwicklung einschlagen, ist – so das Fazit Kriesis – prinzipiell nicht festgelegt. Innerhalb einer Bewegungsinfrastruktur würden in der Regel alle Formen und Entwicklungslinien auffindbar sein. Für die Stabilisierung von Bewegungen komme es

daher darauf an, dass diese widerstrebenden Trends in der Balance gehalten werden können.

Eine Würdigung des Konzepts von Kriesi fällt zweigeteilt aus. Einerseits ist Rucht/Blattert/Rink (1997: 48) zuzustimmen, die es im Vergleich zu stufentheoretischen Annahmen als empirienähere Sichtweise der organisationalen Entwicklung sozialer Bewegungen positiv hervorheben. Es breche mit der Vorstellung einer für jede Bewegung dominanten oder gar exklusiven Organisationsform. Die entwickelte Systematik habe deshalb zwei Vorteile: »Erstens wird sie der empirischen Vielfalt von oft in einem Verbund koexistierenden Bewegungsorganisationen eher gerecht; zweitens werden apriorische Aussagen über eine bestimmte Abfolge von Entwicklungsschritten vermieden und empirische Trends vielmehr von einer Konstellation interner wie externer Einflussfaktoren abhängig gemacht« (ebd.). Darüber hinaus besteht der Verdienst des Ansatzes von Kriesi meines Erachtens vornehmlich darin, den Blick auf das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung erweitert zu haben, indem er neben SMOs auch andere Organisationen als bewegungszugehörig, mindestens aber bewegungsrelevant betrachtet. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass herausgestellt wird, dass Institutionalisierungsprozesse Organisationen nicht nur nutzen, sondern dem Ziel des Organisationserhalts auch zuwiderlaufen können.

Andererseits ist der eingrenzende Gebrauch des Institutionalisierungsbegriffes von Kriesi als Kennzeichnung für einen bestimmten Entwicklungstrend von SMOs zu kritisieren. Dort, wo der Institutionalisierungsbegriff explizit von Kriesi angewendet wird, bezeichnet er Prozesse, die auch in den stufentheoretischen Modellen genannt werden, geht also nicht darüber hinaus. Dies betrifft insbesondere den Konservatismus in den Zielen und Handlungsrepertoires sowie die Eingliederung in etablierte Interessenvermittlungssysteme. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob nicht auch für die anderen drei Entwicklungsparameter, die nicht explizit mit Institutionalisierung gefasst werden, institutionell vorgeformte Bahnen existieren.

Dies gilt umso mehr für die Organisationsform selbst, die bei Kriesi nicht weiter thematisiert wird. Organisationen werden offensichtlich als neutrale Werkzeuge zur Erreichung von Zielen gedacht. Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsprozesse sind aber nicht deckungsgleich mit dem von Kriesi nur knapp explizierten Institutionalisierungsbegriff. Sie lassen sich wohl zumindest für die Tendenzen Kommerzialisierung/Dienstleistungsorientierung sowie Selbsthilfeorientierung annehmen und nachweisen. Kriesi orientiert somit zwar auf die Varianz der verschiedenen möglichen Organisationsentwicklungen, entkräftigt dabei aber im Kern nicht die Michelsschen Institutionalisierungsthese. Eine allgemeine

Theorie organisationaler Vergesellschaftung, wie sie bei Michels (und erst Recht bei seinem Mentor Weber) noch anklingt, gerät derart (wieder) aus dem Blick. Die Organisationsform selbst ist nicht mehr Gegenstand einer (herrschaftstheoretischen) Problematisierung. Es gilt, was schon im Hinblick auf die Typologisierungsversuche der NGO-Forschung gesagt wurde: Erstens bleibt auch hier der über die adäquatere Beschreibungsleistung hinausgehende theoretische Nutzen unklar. Zweitens wird tendenziell die organisatorische und inhaltliche Entwicklung von SMOs zu einem voluntaristischen Problem erklärt, indem der Organisation eine recht weitreichende Entscheidungsmacht zugeschrieben wird.

3.2.2.3 Die neuere Institutionalisierungsdebatte: Soziale Bewegung *als* Institution

In den bisher dargestellten Ansätzen der Institutionalisierungsdebatte wurde, selbst eingedenk einiger Relativierungen, Institutionalisierung mit der Abnahme dessen, was soziale Bewegungen als Bewegungen auszeichnet, gleichgesetzt. In Abgrenzung zu dieser Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung wird in neuerer Zeit versucht, einen »Perspektivwechsel« (Roth 1989) vorzunehmen, der die dichotomische Gegenüberstellung von Institution und Bewegung durch eine Fassung von »sozialer Bewegung *als* Institution« (Roth/Rucht 1991; Rucht/Blattert/Rink 1997) bzw. der Vorstellung einer »institutionalisierten Bewegung« (Roth 1989; 1994) überwindet. Der Ansatz formuliert damit das Gegenteil der stufentheoretischen Annahmen Michels', Mayreders und ihrer Nachfolger, die in Institutionalisierung stets das Ende der Bewegungen nahen sahen. Er wird im folgenden als Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung dargestellt. Anschließend wird ein zweiter Beitrag der neueren Institutionalisierungsdebatte vorgestellt, der mit konstruktivistischen Argumenten die Institutionalisierungsleistungen von sozialen Bewegungen beschreibt.

Institutionalisierung als gesellschaftliche Verankerung eines Bewegungssektors

Die deutschen Bewegungsforscher Roland Roth und Dieter Rucht sehen in der Institutionalisierung einer Bewegung nicht automatisch ihr Ende gekommen. Institutionalisierung wird zwar als ein Prozess fortgesetzter Differenzierung gefasst, in dessen Verlauf sich Professionalisierung ebenso entwickelt wie eine Formalisierung der Bewegungsinfrastruktur. Institutionalisierung ist in dieser Lesart aber eben nicht gleichzusetzen mit Bürokratisierung, Vermachtung und Oligarchisierung. Eine apriorische Bewertung des Prozesses wird von den Autoren abgelehnt. Der benutzte Institutionalisierungsbegriff »ist somit auch frei von zumeist negativ be-

setzten Konnotationen (wie Entfremdung, Entpersonalisierung, Freiheitsverlust)« (Rucht/Blatter/Rink 1997: 56). Ob es im Zuge von Institutionalisierung zu negativen Folgen komme, sei empirisch offen. Auch ein Zielwandel von Bewegungen lasse sich nicht zwingend damit assoziieren (ebd.: 47).

Institutionalisierung wird mit der Etablierung und gesellschaftlichen Verankerung eines »Bewegungssektors«⁵⁵ gleichgesetzt. Damit ist gemeint, dass eine »relativ stabile infrastrukturelle Basis einer Gruppe ideologisch verwandter Bewegungen« (Rucht/Blatter/Rink 1997: 46) existiert. Von einem Bewegungssektor kann nur dann die Rede sein, wenn sich »sporadische Proteste auf zumindest niederem Niveau verstetigt haben und von eigenen Netzwerken und Strukturen getragen werden, welche Mobilisierung und Aktion auf Dauer stellen« (ebd.: 46f). Der Bewegungssektor stellt einen Sektor nichtkonventionellen Handelns dar, der sein eigenes Repertoire, seine eigenen Ressourcen und Einflusschancen besitzt. »Er entfaltet sich in Opposition und im Wechselspiel zur institutionellen Politik, ohne darin je aufzugehen« (Roth/Rucht 1991: 23f).

Bewegungspolitik gilt als institutionalisiert, wenn sie als selbstverständliche und eigensinnige Form politischen Handelns breite Anerkennung genießt (Roth 1994: 184). Bewegungspolitik habe sich dann verbreitert, professionalisiert und trivialisiert (Rucht 2003). Eine derart entwickelte und konsolidierte Bewegungsinfrastruktur fungiert dann als Bestandsgarantie von Bewegungspolitik. Die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen ist daher erstrebenswert: »Kommt es zu keiner Institutionalisierung als einer notwendigen Voraussetzung für eine kontinuierliche und strategiefähige politische Intervention, so folgt daraus ein Bedeutungsverlust der Bewegung und ihres Anliegens« (Rucht/Roose 2001: 262).

Das Wirken der neuen sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten, so die Einschätzung, hat in der Bundesrepublik einen neuen »Politiktypus« entstehen lassen, der aus dem Spektrum der verschiedenen politischen Formen nicht mehr wegzudenken ist – unabhängig davon, ob einzelne Teilbewegungen überleben oder nicht (Roth 1989: 34). Der Ansatz des Bewegungssektors negiert dabei nicht die Differenz zwischen Bewegung und formaler Organisation. Aber: »Erst wenn letztere die Bewegung als Ganzes zu steuern und kontrollieren vermag, entsteht ein neues Gebilde, das nicht mehr die Bezeichnung soziale Bewegung verdient« (Rucht/Blatter/Rink 1997: 47).

55 Der Begriff des Bewegungssektors wird abgegrenzt von dem gleich lautenden, aber lediglich formal gebrauchten Begriff der RM-Theorie (Roth/Rucht 1991: 23; Fußnote 47).

Institutionalisierung wird als herausragende Leistung gerade der neuen sozialen Bewegungen interpretiert, welche zur gesellschaftlichen Demokratisierung entscheidend beitragen.⁵⁶ Soziale Bewegungen mit ihren inzwischen professionalisierten Organisationen und einer solide verankerten, netzwerkartigen Infrastruktur werden als neue Institutionen der Zivilgesellschaft begriffen, die sich zwischen Markt und Staat bewegen. Es wird damit eine Begrifflichkeit in die Bewegungsforschung eingeführt, wie wir sie aus der Debatte um den NGO-Begriff kennen (vgl. Kapitel 2.1.2; Glasgow 1993). Und tatsächlich erfolgt mit dem Theorem des Bewegungssektors die Aufnahme und verstärkte Thematisierung des NGO-Phänomens durch die Bewegungswissenschaft (Brand 2000: 29; Rucht 1996). Genauer gesagt wird dann die »NGO-Community«, wie sie sich im Umfeld der UN herausbildet, als institutionalisierter Bewegungssektor im internationalen Rahmen begriffen.⁵⁷

Institutionalisierung als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen

Die Arbeiten von Klaus Eder (1994; 1997; 1999) schließen an dem Institutionalisierungsansatz von Roth und Rucht an. Eder entwickelt ein Modell der »institutionellen Ordnung des öffentlichen Raums«, in dem neben den Institutionen des Staates und des Marktes nun sogenannte Civil-Society-Organisationen entstünden. Sein Ansatz erlangt für uns besondere Bedeutung, da er die gleichzeitig entstehenden, neuartigen Kommunikations- und Vermittlungsmodelle untersucht. Institutionalisierung fasst er folglich vornehmlich als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen.

Auch für Eder entwickeln soziale Bewegungen einen anderen Typ von Institutionen, der sie in Beziehung setzt zu anderen korporativen Akteuren und ihren institutionellen Umwelten. Hierbei handele es sich nicht um die bloße »Integration in die bestehenden politischen und sozialen Institutionen« (Eder 1994: 46f). Vielmehr habe die »Institutionalisierung sozialer Bewegung [...] zu Effekten geführt, die das institutionelle System als solches ändern. Indem soziale Bewegungen zu einer Institution werden, erreichen moderne Gesellschaften eine neue Stufe ihrer Evolution.« Im Laufe der Etablierung würden bisherige institutionelle Mechanismen teilweise entwertet oder verdrängt. Soziale Bewegungen, so könnte man

56 »Die These lautet, dass die Institutionalisierung eines relativ eigenen Bewegungssektors die bislang nachhaltigste Leistung der neuen sozialen Bewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt« (Roth 1989: 33).

57 Die Kritik des Begriffs der NGO-Community als harmonisierende Theoriefigur (Kapitel 2.3.2) lässt sich somit fast analog in Bezug auf die Figur des Bewegungssektors reformulieren.

Eder's Argumentation zusammenfassen, erfüllen die Funktion des Modernisierungsmotors.

Am Beispiel der Umweltbewegung macht Eder unter Rückgriff auf den Beck'schen Risikobegriff (Beck 1986) deutlich, dass es gerade aufgrund der Komplexität umweltpolitischer Problemlagen keine einfachen Lösungen mehr gibt. Zudem existiere eine soziale Umwelt, in der autoritäre Lösungen immer weniger zu denken seien (Eder 1999: 34). Gesellschaftstheoretisch gewendet stellt sich das Problem für Eder so dar, dass es bei der Regulierung von ökologischen Risiken nicht so sehr um diese Risiken an sich geht, sondern um das Problem kollektiven Handelns in einer risikoreichen Umwelt. »Die neuen Risiken sind Probleme, deren Regulierung auf besondere institutionelle Formen der Ermöglichung kollektiven Handelns angewiesen ist. Die Geltung von Institutionen, die kollektives Handeln in der ›Risikogesellschaft‹ ermöglichen, wird in dem Maße, wie Unsicherheit kollektive Selbstbindungen notwendig macht und Öffentlichkeit zur Vermeidung von ungleicher Verteilung von Kollektivgütern notwendig wird, auf einen kommunikativen Rationalitätstypus gegründet. Der Risikodiskurs moderner Gesellschaften ist somit eine Überleitungsformel in eine Moderne, in der ›diskursive‹ Institutionen entwickelt werden müssen, um ein Kollektivgüter sicherndes und Gerechtigkeitsgefühlen entsprechendes kollektives Handeln zu ermöglichen« (Eder 1997: 45). Die Legitimität kollektiven Handelns beruhe demnach auf *koordinierten Dissens*.

Zwar werden nicht unbedingt Lösungen gefunden, so Eder weiter, doch werde durch die Existenz öffentlicher Diskurse der Umgang mit Problemen unter Rationalitätsanforderungen gesetzt (Eder 1999: 28). In dem Moment, wo man anfangs, sich über Risiken zu »verständigen«, würden diese wieder kalkulierbar, »nicht mehr technisch, jedoch sozial. Eine soziale Rationalität kommt zum Tragen, die das Riskante dadurch akzeptabel macht, daß möglichst viele die moralische Verantwortung für Risikoentscheidungen übernehmen« (Eder 1997: 50). Das moderne Demokratieproblem stelle sich derart neu: Es gehe nun um die Koordination institutioneller und (noch) nicht-institutioneller kollektiver Akteure. In der Konsequenz zwingen also soziale Bewegungen das bisherige Institutionensystem dazu, »diskursive« Formen anzunehmen.

Moderne Gesellschaften seien insgesamt als »Bewegungsgesellschaften« (Neidhardt/Rucht 1993) aufzufassen. Hierbei sei nicht ein faktisch vorliegendes verständigungsorientiertes Handeln der beteiligten Akteure von Bedeutung, sondern die Herausbildung neuer normativer Maßstäbe des öffentlichen Umgangs mit etwa Umweltproblemen. »Die strategische Inszenierung der eigenen Dialogbereitschaft« diene deshalb »primär der

Legitimation des jeweiligen Akteurs im Feld öffentlicher Risikodiskurse« (Brand/Eder 1997: 309), in die auch Bewegungsakteure eingebunden sind.

Würdigung

Zur Würdigung der Debatte um *Bewegung als Institution* ist zunächst festzuhalten, dass damit in der Tat ein Paradigmenwechsel vorgenommen wird. Zuvorderst betrifft dies die Umkehrung und Umdefinition dessen, was als Erfolg und was als Scheitern von sozialen Bewegungen zu betrachten ist.⁵⁸ Zweitens verschiebt der Ansatz dadurch aber auch den Fokus des Forschungsinteresses. Nicht mehr die Akteure stehen im Mittelpunkt der Analyse, sondern die Institutionen, die diese Akteure koordinieren. »Akteure mögen gehen; Institutionen bleiben«, so die knappe Quintessenz (Eder 1994: 49).

Kritisch ist anzumerken, dass die Konstatierung eines Bewegungssektors mit der Vernachlässigung der internen Strukturen dieses Sektors korreliert, insbesondere zwischen den organisierten und den eher fluiden Teilen. Zwar liegt zumindest mit der Arbeit von Rucht, Blattert und Rink (1997) zu den sogenannten »alternativen Gruppen« in Berlin und Leipzig auch eine empirische Bestandsaufnahme eines Bewegungssektors vor. Diese soll aber vornehmlich die These, dass ein Bewegungssektor überhaupt existiert, untermauern. Dominanzstrukturen innerhalb des Bewegungssektors werden jedenfalls in der Studie nicht an zentraler Stelle thematisiert. Die Fragestellung nach einem möglichen Auseinanderklaffen des Bewegungszusammenhangs und seiner formal organisierten Teilen gerät aus dem Blick oder wird als nicht wesentlich erachtet. So gesehen findet nicht nur eine Umkehrung der Intention der Michelsschen These statt. Sie werden gleichsam als Ganzes entsorgt.

Also: zwar überwindet die neuere Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung die frühe, sehr schematische und normative Fassung des Institutionalisierungsproblems, doch hat sie die Tendenz, durch die harmonisierende Theoriefigur des Bewegungssektors, innerhalb dessen die unterschiedlichsten Kooperationsformen miteinander interagieren, Aspekte der Dominanz aus den Augen zu verlieren. Sie hat zudem keinen ausgeführten Begriff von formaler Organisation und der mit ihr verbundenen Prozesse. Zwar ist es für die folgenden Erörterungen zur Erklärung des NGO-Phänomens sicherlich hilfreich, mit Eder von einem allgemeinen Bedeutungszuwachs »diskursiver« (sprich: dialogischer) Vermittlung auszugehen. Doch drängt sich an diesem Punkt die Frage nach der organi-

58 Vgl. etwa ein Zitat von Thilo Bode (2001: 54), ehemals Geschäftsführer von *Greenpeace Deutschland*: »Die Umweltbewegung als soziale Bewegung im klassischen Sinne existiert nicht mehr. Die Ursache dafür ist ihr Erfolg.«

sationalen Formbestimmtheit dieser Vermittlungsprozesse und der unterschiedlichen Ressourcen der beteiligten Akteure auf. Zu guter letzt steht meines Erachtens eine Erklärung dessen, warum nach dem »Erfolg« sozialer Bewegungen (laut Eder eben gerade messbar an dem Entstehen diskursiver Institutionen) trotzdem so eigentümlich wenig Bewegung ist, noch aus.⁵⁹

Betrachtet man die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung als Ganzes, so kann ihre Entwicklung als Hinwendung von einfachen (Michels, Mayreder) zu komplexeren (Kriesi, Rucht/Roth) Modellen und Annahmen interpretiert werden. Sie hat sich dabei allerdings davon verabschiedet, Fragen von Macht und Herrschaft an prominenter Stelle zu diskutieren.

Der Ansatz Eders ist für die Argumentation der vorliegenden Studie nicht unwichtig. Hierbei ist zunächst der eng gefasste (eher im Habermasschen, denn im Foucaultschen Sinne verwendete) Begriff von Diskurs zu relativieren. Es ist sinnvoller und einsichtiger, ihn schlicht mit Dialog zu übersetzen. Die Zunahme dialogischer Prozeduren ist aber in der Tat wohl ein wichtiger Baustein zum besseren Verständnis der Bedeutungsaufladung nicht nur von Bewegungsorganisationen, sondern allgemeiner auch von NGOs. Aus Eders Vorschlägen lässt sich die Frage folgern, ob die Funktionalität dialogischer Verfahren, sei es die Einbindung von NGOs in die diversen UN-Prozesse, sei es die im nationalstaatlichen Rahmen stattfindenden Dialogrunden (Enquete-Kommissionen, Energiekonsensgespräche, Mediationsverfahren, runde Tische), für die Lösung komplexer Probleme nicht gerade darin besteht, Verantwortung für die (eben oft unkalkulierbaren) Folgen von Entscheidungen zu verteilen. Zusätzlich thematisiert werden müsste in diesem Rahmen allerdings die spezifische Bedeutung der Organisationsform in diesem Prozess.

3.2.2.4 NGOs als Institutionalisierungsprodukte sozialer Bewegung

Will man die Institutionalisierungsdiskussion auf das Verhältnis zwischen NGOs und sozialer Bewegung anwenden, so ergibt sich insbesondere unter Bezug auf die Institutionalisierungsthesen von Michels und Mayreder eine Fassung von NGOs als Institutionalisierungsprodukte sozialer Bewegung. In der Tat ist es bis heute sowohl im bewegungsinternen als auch im bewegungswissenschaftlichen Diskurs weit verbreitet, die als neu wahrgenommene Existenz des NGO-Phänomens als Verkrustung, Oligarchisierung, Entradikalisierung und Professionalisierung von sozialen Be-

⁵⁹ Eine Untersuchung dieser Fragestellung müsste wohl historisch-konkret erfolgen. Sie kann nicht vom Schreibtisch aus beantwortet werden.

wegungen zu beschreiben.⁶⁰ Mit dem Schlagwort der »VerNGOisierung« wurde seit Mitte der 1990er Jahre versucht, die Aktualität und Neuartigkeit von Oligarchisierungs- und Institutionalisierungstendenzen innerhalb der sozialen Bewegungen begrifflich auf den Punkt zu bringen.

Im Zuge von *Scaling Up*-Prozessen und der Einbindung in staatliche Netzwerke und transnationale Regime hätten sich NGOs mehrheitlich von den neuen sozialen Bewegungen kommunikativ abgekoppelt, sodass sie nicht (mehr) als legitime Sprachrohre der jeweiligen sozialen Bewegung gelten könnten (Schäfer 1998: 70).⁶¹ Außerdem würden NGOs, je weiter sie sich aus ihren Bewegungsmilieus entfernen, partizipatorische Arbeitsformen riskieren und einen bürokratischen Überbau ausformen (Roth 2001a: 55). Gleichwohl stünden sie aber immer noch in der Tradition der neuen sozialen Bewegungen. Sie seien »die Fortsetzung der Neuen Sozialen Bewegungen mit anderen Mitteln«, so Peter Wahl (2001a: 10), Vorstandsmitglied der NGO *WEED*.

Die Entgegensetzung von NGOs und sozialen Bewegungen

Auch für Walk und Brunnengräber (2000: 214) löst der Begriff NGO den Begriff der neuen sozialen Bewegungen ab. Darüber hinaus spiegele der Begriff einen neuen Organisationstypus wider, »der sich – ähnlich dem Prozess der Parteibildung der Grünen – aus dem Bewegungsbereich zu Gunsten professioneller, staatsnaher und institutionenverbundener Politik gebildet hat.« Diese Entwicklung sei so grundsätzlich und weit fortgeschritten, dass NGOs nicht mehr den neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen seien, da sie den Bewegungskriterien nicht mehr entsprächen. Sie müssten folglich gesondert klassifiziert werden.⁶² Folgerichtig stellen

60 Konkret werden folgende Trends in der Entwicklung von NGOs ausgemacht: Eine »Verengung ihrer Tätigkeit auf egoistische Partikularinteressen, eine übermäßige und undifferenzierte Mediatisierung ihrer Forderungen und Aktivitäten, eine zunehmende Bürokratisierung und Verselbständigung hauptamtlicher Apparate, eine übertriebene Kommerzialisierung und Professionalisierung ihrer Arbeit und ihres Selbstverständnisses sowie ein zunehmender Druck von Seiten der Führungskräfte und Mitglieder, die ihr Bedürfnis nach Arbeitsplatzsicherung und Karrierechancen einfordern« (Schrader 2000: 57).

61 Diese Entwicklung im Rahmen von *Scaling-Up*-Prozessen, die in der Bewegungsforschung problematisiert und oft kritisch bewertet wird, wird von der Dritte-Sektor- und Non-Profit-Forschung mit großem Interesse wohlwollend verfolgt und analysiert (Frantz 2002: 70f).

62 Ähnlich äußert sich Demirovic (1997: 253), der in den NGOs im Vergleich zu den neuen sozialen Bewegungen eine »neue Form« ausmacht.

Walk und Brunnengräber (2000: 214-217) idealtypisch die Eigenschaften und Merkmale von NGOs und sozialen Bewegungen gegenüber:⁶³

a) *Kollektiver Akteur versus Organisation*

Während unter einer sozialen Bewegung ein kollektiver Akteur (mit Wir-Gefühl) zu verstehen sei, träten NGOs als funktionale Akteure zur Beeinflussung von Ergebnissen auf. Im transnationalen Raum würde die mangelnde Ausprägung von Wir-Gefühl und kollektiver Identität mit der Zugehörigkeit in NGO-Netzwerken kompensiert. Innerhalb dieser NGO-Netzwerke seien die Gemeinsamkeiten nicht inhaltlich oder lebensweltlich determiniert, sondern würden zum politischen Symbol.

b) *Mobilisierung versus mediale Öffentlichkeit*

Im Zuge der Transnationalisierung verliere die Nähe zur Basis und Anhängerschaft an Bedeutung. Strategien der Mobilisierung von Öffentlichkeit gewannen an Bedeutung. Während NGOs versuchten, möglichst geschickt politische Gelegenheitsstrukturen auszunutzen und sich den Mechanismen der medialen Öffentlichkeit zu stellen und zu bedienen, neigten soziale Bewegungen dazu, sich auf die Mobilisierung von eigenen Ressourcen zu verlassen.

c) *Nachbarschaften vs. Internet-Community*

Während netzwerkförmige Interaktionsprozesse im Kontext von sozialen Bewegungen vornehmlich im lebensweltlichen Nahbereich stattfänden und sich durch face-to-face-Kommunikation auszeichneten, seien die Netzwerke der NGO-Community als Netzwerke zwischen Organisationen zu verstehen, die, von gelegentlichen realen sozialen Kontakten abgesehen, mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien miteinander in Kontakt treten und bleiben würden.

d) *Anarchie und Chaos versus Kontinuität*

Während die zeitliche Dimension des Bewegungshandelns unbestimmt und prekär bleibe, seien die Handlungsstrategien der NGOs auf Dauer und Kontinuität angelegt. Die eher langwierigen Prozesse internationaler Politik erforderten von den NGOs langfristige Planung und wirkten spontanen Aktionen entgegen.

e) *Geringe Rollenspezifikation versus Spezialisierung*

Während soziale Bewegungen eine geringe Rollenspezifikation aufwiesen, sei innerhalb von NGOs die Bedeutung von Experten zentral. Hiermit werde den komplexen internationalen Problemzusammenhängen durch Spezialisierung Rechnung getragen.

63 Die nicht immer gut passenden Überschriften von Walk und Brunnengräber werden in der folgenden Paraphrasierung übernommen.

f) *Sozialer Wandel versus politischer Pragmatismus*

Während soziale Bewegungen einen grundlegenden sozialen Wandel anstrebten, der auch auf die Tiefenstrukturen der Gesellschaft ziele, würden sich NGOs durch ein pragmatisches Politikverständnis auszeichnen, durch welches die Anerkennung von Regierungen und Internationalen Regierungsorganisationen erleichtert wird. Dies habe seine Entsprechung in der Gegenüberstellung von Gegenmacht auf der einen Seite und die Strategie der Allianzbildung auf der anderen Seite.

g) *Immaterielle versus materielle Ressourcen*

In der Politik der NGOs habe die Sicherung materieller Ressourcen (vornehmlich Geld) gegenüber der Sicherung immaterieller Ressourcen (Solidarität, ehrenamtliches Engagement, Information) im Gegensatz zu der Praxis sozialer Bewegungen Priorität.

h) *Politik von unten versus Politik von oben*

Während soziale Bewegungen Deutungs- und Erklärungsmuster in einem diskursiven Prozess »von unten nach oben« entwickeln würden, repräsentierten NGOs eine Politik »von oben«, die identifizierte Missstände via Öffentlichkeits- und Medienarbeit »nach unten« weiterleite.

i) *Kollektive Unzufriedenheit versus Berufsqualifizierung*

Während kollektive Unzufriedenheit eine, wenn auch nicht hinreichende, Bedingung der Entstehung sozialer Bewegungen sei, spiele diese für das Handeln von NGOs kaum eine Bedeutung. Während innerhalb sozialer Bewegungen Individuen durch Selbstverwirklichungsmöglichkeiten motiviert seien, seien im NGO-Bereich Berufs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für das politische Engagement bestimmend.

In der tabellarischen Gegenüberstellung von Demirovic (1997: 272) finden sich darüber hinaus auf Seite der neuen sozialen Bewegungen die Attribute dezentral, nicht-bürokratisch, staatsfern, systemkritisch; auf Seite der NGOs entsprechend: zentralistisch, bürokratisch, häufig abhängig von staatlichen Strukturen, reformerisch. Während soziale Bewegungen in der Regel mit geringen finanziellen Ressourcen ausgestattet seien und ein geringer Professionalisierungsgrad vorherrschend sei, hätten NGOs meist ein großes Finanzvolumen und einen hohen Professionalisierungsgrad. Die NGO-Community wird deshalb eher als Experten-, denn als Bewegungs-Community verstanden.

Die These der VerNGOisierung der neuen sozialen Bewegungen

Im Großen und Ganzen wurde Ende der 1990er Jahre die Institutionalisierungsdebatte unter dem Stichwort NGO wiederholt. Dabei wurden auch die jeweiligen Bewertungen übernommen und reproduziert. In negativer Hinsicht wurde der Prozess der VerNGOisierung mit dem Absterben sozialer Bewegung als Bewegung gleichgesetzt. Diese sei nun in basisfernen Strukturen verkrustet und Teil des »herrschenden« Institutionensystems geworden, womit die Infizierungsthese und die Sklerosierungsthese erneuert wurden. In der wachsenden Bedeutung der NGOs wird »eine neue Form der Oligarchisierungsdrohung« (Münkler 2002: 169) gesehen.

Vorherrschend ist in dieser Diskussion die Einschätzung, dass sich spätestens seit den weltweiten Ereignissen der Jahre 1989/1991 die Bedingungen und Strukturen der neuen sozialen Bewegungen radikal verändert hätten. Im Ergebnis, so die vielfach geäußerte Diagnose, seien die 1990er Jahre »von der Niederlage sozialer Bewegungen und einer pragmatischen NGO-Politik« geprägt gewesen (Wissen/Habermann/Brand 2003: 43).⁶⁴ Die Veränderungen in den Bewegungsstrukturen werden von Hierlmeier (2002: 112) im Hinblick auf das Beispiel der Internationalismusbewegung wie folgt zusammengefasst: »Mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bestimmten neue politische Akteure die entwicklungspolitische Szenerie. Die Bedeutung von Basiskomitees und -initiativen schwand rasant. Damit einher ging auch eine Neuorientierung in den Politikformen. Nicht mehr die Kritik an den herrschenden Institutionen stand im Vordergrund, sondern der Versuch, über den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften einen Politikwechsel zu erreichen.«

In diesem Zusammenhang sei in Erinnerung gerufen, dass Prozesse der VerNGOisierung oftmals durch Neugründungen von NGOs erfolgen (Olejniczak 1999: 410f). NGOs erwachsen demnach nicht nur aus der Bewegung heraus, sondern gründen sich »unabhängig« und verorten sich erst später im Kontext einer sozialen Bewegung. Der Begriff der VerNGOisierung bezieht sich demnach nicht nur auf die Entwicklung einer einzelnen Bewegungsorganisation, sondern auch auf die Bewegungsentwicklung als Ganzes. Dies gilt vor allem eingedenk des dargestellten Hinweises von Kriesi, dass eine SMO-Bewegungsinfrastruktur eben nicht nur SMOs enthält. Umgekehrt sind NGOs mitnichten deckungsgleich mit SMOs.

Die Zunahme des Lobbyismus als Handlungsform wird in vielen Kommentaren, die die VerNGOisierung der sozialen Bewegung beklagen, als deren auffälligstes Merkmal hervorgehoben. »Mit dem fast voll-

64 Vgl. auch Rössel (1994: 22).

ständigen Zusammenbruch der sozialen Bewegungen und der Institutionalisierung der NGOs zu Beginn der 90er Jahre setzte sich die Lobbypolitik als strategische Handlungsoption durch«, so etwa die Bilanzierung von Hierlmeier (2002: 130). Der Begriff Lobbyismus muss dabei über seinen unmittelbaren Bedeutungshorizont hinausgehend als Topos für eine allgemeine Zunahme dialogischer und damit für die Zurückdrängung konfliktiver Strategien herhalten (BUKO o.J.). Darüber hinaus gilt Lobbyismus in großen Teilen der bewegungsinternen Debatte als ein Politikverständnis, welches explizit gegen soziale Bewegungen gerichtet ist, weil es deren Möglichkeiten, gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, nicht mehr für zentral hält (Hierlmeier 2002: 130).⁶⁵

Die als Kampfbegriff wahrgenommene Titulierung des Institutionalisierungsprozesses sozialer Bewegungen als VerNGOisierung wird von den Befürwortern einer starken »NGO-Community« zurückgewiesen. Analog der Argumentation der neueren Institutionalisierungsdebatte wird die Institutionalisierung und Professionalisierung von sozialen Bewegungen begrüßt, da die Anerkennung ihrer Repräsentanten eine grundlegende Veränderung des bisherigen Institutionensystems widerspiegeln. Wie gesagt, die Argumentation wiederholt sich: Soziale Bewegungen würden so selbst zu einer Institution werden. Am Institutionalisierungsgrad sozialer Bewegungen, letztlich also an der Herausbildung und Etablierung eines NGO-Sektors, lasse sich somit die Demokratisierungs- und Modernisierungsfähigkeit von Gesellschaften ablesen. NGOs sind demnach ein fester Bestandteil von Bewegungsnetzwerken bzw. Ausdruck einer organisatorischen Bewegungsinfrastruktur auf internationaler Ebene (Finger 1994; Smith/Chatfield/Pagnucco 1997).

NGOs fungieren hier wieder einmal als Hoffnungsträger. So ist für Heins (2001: 88) der Bedeutungszuwachs von NGOs gar »symptomatisch für einen grundlegenden Gestaltwandel der politischen Moderne«, der in der Schwächung der Konzepte von »Bürokratie« und »Masse« beruhe. Diese Hoffnung formulieren auch Anheier, Themudo und Freise (2003: 87): »Die Weiterentwicklung internationaler NGOs zu global agierenden Organisationen birgt die Herausforderung in sich, neue Organisationsformen jenseits des Bürokratie-Modells des 19. Jahrhunderts zu entwickeln.«

Gemäßigter argumentieren Positionen, die zwar durchaus VerNGOisierungstendenzen als Gefahr für die bewegungsinternen demokratischen

65 Vgl. zum Themenfeld Lobbyismus und soziale Bewegung Wahl (2000); Forschungsjournal NSB (2003); Hierlmeier (2002: 130-134); Lutz (1994); Unmüßig (1989); für die Nachzeichnung eines Verhandlungsprozesses, in dessen Verlauf die Lobbyismus betreibenden NGOs die Sichtweise des ursprünglichen Gegners nach und nach übernehmen vgl. das Beispiel der HIPC-Initiative der Weltbank (Wahl 2001).

Strukturen sehen und die Ablösung eines NGO-Sektors von der Basis der Bewegung befürchten. Sie verweisen aber auf den allgemeinen Rückgang von Bewegungsaktivitäten in den 1990er Jahren. NGOs werden derart als Zerfallsprodukt sozialer Bewegungen gefasst. Der Bedeutungsverlust der neuen sozialen Bewegungen sei die »Negativfolie, auf deren Hintergrund ›die NGOs neuen Typs‹ [...] umso wirkungsvoller ihre Attraktivität als Hoffnungsträger für alternative und oppositionelle Politik entfalten konnten« (Wahl 2001: 124). Den professionalisierten Teilen der sozialen Bewegung, insbesondere den Bewegungsorganisationen oder NGOs mit hauptamtlichen Stellen, sei die wichtige (und notwendige) Funktion des »Überwinterns« der Bewegung zugekommen. Diese Entwicklung, in deren Verlauf zwar in der Tat der Lobbyismus und ein professioneller Umgang mit Öffentlichkeit als Handlungsformen an Bedeutung gewinnen, wird rückblickend im Rahmen dieser gemäßigten Perspektive ambivalent eingeschätzt: »Einerseits wurden Infrastrukturen und Formen der Intervention in herrschende Debatten geschaffen, die es erlaubten, manche Inhalte und Errungenschaften der sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre über die Durststrecke der 90er Jahre hinweg zu retten. Andererseits wurden die Inhalte und Errungenschaften dabei selbst transformiert: Eingebettet in neue Politikformen wurden sie auf ein ›realistisches‹, d.h. an die herrschende Wahrnehmung anschlussfähiges Maß zurechtgestutzt« (Wissen/Habermann/Brand 2003: 49). Diese Entwicklung hin zur NGO wurde teils von den Bewegungsorganisationen selbst so erlebt und zumindest von denen, die sich einer Bewegungsbasis verpflichtet fühlen, auch problematisiert.⁶⁶

In diesen Zusammenhang gehört auch die weit verbreitete Argumentation, dass Bürokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen im Prozess des *scaling up* zwar zu bedauern seien. Sie seien aber nun mal ein notwendiges Übel. Es sei nicht einsichtig, warum Professionalisierung und Effizienzsteigerung für bewegungsnahe NGOs ein Tabu sein sollten.

66 Vgl. als Beispiel die Selbstkennzeichnung des Informationsbüro Nicaragua (1998: 42), welches sich der Dritte-Welt- bzw. Internationalismusbewegung zugehörig fühlt: »Auf den ersten Blick ist das Büro eine kleine, wenn auch kritische Nichtregierungsorganisation (NGO) geworden. Unserem Selbstverständnis nach wollen wir aber gerade das nicht sein, eine NGO, die sich an die Stelle von sozialen Bewegungen setzt und diese entmündigt, eine Organisation, die Projekte abwickelt und Spendenmittel akquiriert, um die eigenen Organisationsstellen abzusichern. Wir sträuben uns gegen Lobbyarbeit und Kampagnenpolitik von oben. Hauptamtliche Arbeit, professionelle und stringendere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich vielfältig einsetzen und geben dem Büro einen Charakter jenseits von Feierabendpolitik. Als Korrektiv gegen eine fortschreitende ›NGOisierung‹ des Infobüros stehen unsere Ansprüche und vielfältigen Vernetzungen mit Teilen der ›Bewegung‹ auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.«

Im Gegenteil müssten NGOs im Interesse der Erhöhung ihrer Durchsetzungsfähigkeit beides anstreben (Schrader 2000: 59). Im übrigen sei die Struktur der NGOs im Vergleich zu anderen international agierenden Akteuren immer noch durch flache Hierarchien und Offenheit geprägt, was durchaus noch auf ihre Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen schließen lasse.

Wie schwer sich Akteure von sozialen Bewegungen tun, mit dem Konflikt zwischen Professionalisierung und Institutionalisierung auf der einen Seite und dem Basis- oder Bewegungsanspruch auf der anderen Seite umzugehen, zeigt das Beispiel der bundesdeutschen Sektion des *Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte (Attac)*.⁶⁷ Deren Selbstverständniserklärung trägt den Titel »Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung«. In der Erklärung selbst werden dann gleichermaßen ein weltanschaulicher Pluralismus, die Basis- und Bewegungsorientierung und ein Pluralismus in den Aktionsformen als bestimmende Momente von *Attac* postuliert. Als Fazit dieser Ansprüche definiere sich *Attac*, so die Erklärung weiter, als »ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. Es enthält Schnittstellen zu allen und versucht vor allem die Vorzüge der einzelnen Organisationstypen miteinander zu verknüpfen und deren Nachteile zu vermeiden: die Flexibilität und Offenheit von Netzwerkstrukturen, ohne deren Unverbindlichkeit, mit dem machtpolitischen Gewicht von sozialen Bewegungen ohne deren Instabilität, und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen« (Attac-Koordinationskreis 2002: 17).

Die Quadratur des Kreises wird also versucht, zumindest auf der Ebene der Akklamation und der Semantik. Allerdings sind deutliche Hinweise auffindbar, dass die Entwicklungslinien von *Attac* nicht so offen sind, wie in der Selbstverständniserklärung beschrieben. Insbesondere sei das Bündnis *Attac*, so Wissen (2002: 58f) in einer Kritik, schon heute von NGOs dominiert, die auch dessen Gründung erst angeregt und betrieben hätten. Mit *Attac* deutet sich somit eine Strategie von NGOs an, »sich die Vorteile von Bewegungspolitik zu Nutzen [zu machen], um solche Anliegen, die früher argumentativ im Rahmen von Expertisen und Lobbygesprächen vertreten wurden, ›von unten‹ Nachdruck zu verleihen« (ebd.: 59). Der Institutionalisierungsproblematik wird derart von NGO-Seite mit dem Versuch der Funktionalisierung von sozialen Bewegungen bzw. deren »Basis« begegnet.

67 *Attac* hat seinen Ursprung in Frankreich. Das Kürzel steht für *Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens*. Weitere Informationen unter www.attac.org.

Die gesamte Debatte über die VerNGOisierung von sozialen Bewegungen weist auf eine strukturelle Bedingung bewegungsorientierter NGOs hin. Diese sind offensichtlich darauf angewiesen, die oben beschriebene »Quadratur des Kreises« zu bewerkstelligen, nämlich die richtige Balance zwischen Lobby- und Beratungstätigkeit auf der einen Seite und Protestmobilisierung und Basisanbindung auf der anderen Seite zu halten. Geschieht dies nicht, konzentriert sich eine »verNGOisierte Bewegungsorganisation« also fast ausschließlich auf ihre Lobbytätigkeit, droht ihr der Verlust von öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss (Klein 2002: 5) sowie von Glaubwürdigkeit und Legitimität. Dies sei, so Klein (1997: 329), für NGOs durchaus eine »Überlebensfrage«: NGOs müssten eine Doppelstrategie verfolgen und seien deshalb »strategisch darauf angewiesen, sich zwischen politischer Lobbyarbeit und öffentlichkeitswirksamen Straßenprotest zu platzieren« (Klein 2002: 5).

3.3 Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen

Ein oft hervorgehobenes Merkmal der NGOs ist ihre Transnationalität. Es verwundert daher nicht, dass NGOs von der Bewegungsforschung vielfach als Produkte der Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden. Diese Diskussionen werden im Folgenden rekapituliert und gewürdigt. Nachdem in den beiden vorangegangenen Kapiteln soziale Bewegungen mit Erklärungen gefasst wurden, die meist auf deren interne Dynamik verwiesen, werden nun die externen Bedingungen größeren Raum bekommen. Das Augenmerk liegt hierbei auf den internationalen Kontextbedingungen, auf der Beantwortung der Frage, welche Prozesse und Mechanismen zur Transformation kollektiver Aktionen von einem lokalen und nationalen Phänomen hin zu einem globalen oder zumindest transnationalen Phänomen führen. Zunächst wird in den Forschungsstand zur Transnationalisierung von sozialen Bewegungen eingeführt (Kapitel 3.3.1 und 3.3.2), wobei die internationalen Mobilisierungsstrukturen von transnationalen Bewegungsorganisationen typisiert werden. Die externen Kontextbedingungen des internationalen Systems für soziale Bewegungen werden anschließend mit dem in der Bewegungswissenschaft entwickelten Instrumentarium der politischen Opportunitätsstrukturen beleuchtet (Kap. 3.3.4), was einleitend in diesen Teil einen knappen Exkurs zu dieser Debatte nötig macht (Kap. 3.3.3). Zunächst seien aber einige allgemeine Vorbemerkungen zum Topos »Transnationalisierung sozialer Bewegungen« in der Bewegungsforschung vorangestellt.

Ausgangspunkt unserer Beschäftigung ist, dass sich in der Bewegungsforschung der letzten zehn Jahre die Einsicht Einzug hält, dass sich »eine nationalstaatlich begrenzte Optik auf soziale Bewegungen immer weniger durchhalten« lässt (Klein 2000: 40). Es wird dabei vermutet, »dass transnationale Kontexte andere Beteiligungsformen oder gar Bewegungsformen nach sich ziehen werden als diejenigen, die wir aus dem Kontext des Nationalstaates kennen, was wiederum zur Folge hat, dass unsere Begrifflichkeiten entsprechend eingestellt werden müssen« (Eder 2001: 45). Freilich bedeutet diese verschiedentlich geäußerte Einsicht noch keinen paradigmatischen Wechsel in der Bewegungsforschung. In der Regel werden nach wie vor lediglich nationalstaatliche Konzeptionen auf die globale Ebene extrapoliert (Finger 1994: 56).

Zwar mehren sich ländervergleichende Untersuchungen sozialer Bewegungen (Kriesi/Giugni 1996; Rucht 1994), die sicherlich zum Teil nationalstaatlich oder eurozentristisch verengte Sichtweisen zum Verständnis sozialer Bewegungen korrigieren helfen. Kaum aber wird dem Umstand der Globalisierung in der Bewegungsforschung systematisch Rechnung getragen. So haben Ländervergleiche primär die Funktion, nationale Spezifika herauszuarbeiten.⁶⁸ Der Einfluss transnationaler Strukturen, d.h. einer eigenständigen globalen Ebene, wird aber nicht oder nur am Rande thematisiert.⁶⁹ Dies heißt auch, dass nach wie vor die Unterschiede in den nationalen Besonderheiten von sozialen Bewegungen betont werden, während eine globale Vereinheitlichung der Taktiken und Organisationsformen sozialer Bewegungen kaum untersucht wird (Giugni 2002: 13). Untersuchungen über global agierende One-Issue-Bewegungen, insbesondere mit Hilfe weltgesellschaftlicher Konzeptionen, sind ebenfalls immer noch recht selten,⁷⁰ wengleich unter dem Label NGO-Forschung in den letzten Jahren zunehmend.

68 Als Ausnahme kann der ländervergleichende Versuch von Guigni (2002) angesehen werden, in dem explizit nach den länderübergreifenden Gemeinsamkeiten geforscht wird; zur Kritik eines solchen Vorgehens vgl. Silver (2005: 49).

69 In Bezug auf den Forschungsstand zu Frauenbewegungen auf europäischer Ebene vgl. die ähnliche Einschätzung von Heintz/Müller/Roggenthin (2001: 401).

70 Als Ausnahme kann die Arbeit von Herzka (1995) gelten, der die internationale Bewegung für Menschenrechte explizit unter einer (von Heintz inspirierten) Weltgesellschaftsperspektive untersucht. Auch im Rahmen der Weltsystemtheorie sind vereinzelte Untersuchungen zu finden, die das Wirken sozialer Bewegungen im globalen Maßstab betrachten (Frank/Fuentes-Frank 1990). Es ist aber so, dass soziale Bewegungen keinen zentralen Untersuchungsgegenstand der Weltgesellschaftsforschung bilden (Herzka 1995: 58). Bestandsaufnahmen zum Thema »Soziale Bewegungen und glo-

Diese Forschungslage steht zudem im Widerspruch zum empirischen Sachverhalt transnationaler Bewegungen. Es ist keineswegs so, dass sich erst im Prozess der (neuerlichen) Globalisierung transnationale soziale Bewegungen artikulieren und die Forschung dieses Faktum lediglich verzögert wahrnimmt. So kann etwa die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, die sich verstärkt seit Ende des 18. Jahrhunderts formierte, als ein historisch frühes Beispiel für transnationale Protestmobilisierung gelten (Walvin 1981; Keck/Sikkink 1998: Kap. 2; Markoff 1996: 20ff). Hier drückt sich die Transnationalität nicht nur in einer internationalistischen Themenwahl und der Konfrontationsstellung zu ausländischen Regierungen aus, sondern auch darin, dass sich zunächst im nationalen Kontext agierende Bewegungsorganisationen zunehmend mit Schwesterorganisationen in anderen Ländern vernetzen.

Rucht (2001: 92) äußert als Fazit einer Auswertung empirischer Befunde zur Transnationalisierung von Protest deutliche Skepsis gegenüber der verbreiteten Annahme, transnationale Proteste hätten sich in den letzten zwei Jahrzehnten explosionsartig ausgedehnt. Insbesondere finde sich oftmals der methodische Fehler, von der Zunahme internationaler NGOs auf die entsprechende Zunahme transnationalen Protests zu schließen. Allenfalls sei es zu einer moderaten Transnationalisierung von Protesten gekommen, welche von Medien und Öffentlichkeit aber weit überschätzt und verzerrt dargestellt werde.

Prinzipiell lässt sich die Transnationalität von Protestverhalten in drei Dimensionen auffinden. *Erstens* kann das mit dem Protest artikulierte Problem den nationalstaatlichen Kontext räumlich überschreiten. *Zweitens* kann der Adressat des Protests außerhalb der Staatsgrenzen liegen. *Drittens* kann schließlich die räumliche Ausdehnung des Protests selbst transnational sein. Sowohl der grenzüberschreitende Zusammenschluss von Protestgruppen als auch die Artikulation von Protest einer lokalen Gruppe zu einem internationalen Problem, etwa dem Ozonloch, können somit also als transnational gelten. Wendet man diese weite Bestimmung an, so geraten in der Tat sehr viele unterschiedliche Arten politischen Protests in den Blick. Es wird dann wohl eher schwierig, nicht-transnationale Formen politischen Protests empirisch in Reinform noch aufzufinden. In dem Moment, wo sich ein transnationaler öffentlicher Raum immer mehr ausbildet, erlangen auch lokale soziale Bewegungen einen potentiell globalen oder transnationalen Charakter (Guidry/Kennedy/Zald 2000: 8).

Um einem inflationären Gebrauch des Begriffs »transnational« entgegen zu wirken, plädiert Rucht für eine engere Definition. Auch im Fol-

balisierte Welt« finden sich in dem Sammelband von della Porta/Kriesi/Rucht (1999).

genden ist in Anlehnung an Rucht (2001: 79) von transnationalem politischen Protest folglich dann die Rede, wenn »politische Gruppen [...] über Ländergrenzen hinweg zusammenkommen bzw. sich zu Allianzen verbinden, um gemeinsam gegen bestimmte Missstände, seien sie lokaler, nationaler oder internationaler Art, vorzugehen. [...] Ein solcher Protest kann, abhängig von organisatorischem Unterbau, Zielsetzung, Mobilisierungsraum und Adressaten, sehr verschiedene Formen annehmen.« Die Schwierigkeit der analytischen Fassung transnational agierender Gruppen ist mit dieser Definition aber noch nicht beseitigt. Offensichtlich potenzieren sich die Abgrenzungsschwierigkeiten der Bewegungsforschung in Bezug auf Bewegung und Nicht-Bewegung auf der transnationalen Ebene, was sich unter anderem in einer ausufernden Begrifflichkeit zeigt (Roth 2001: 32). So werden die bewegungsassoziierten Aktivitäten im UN-Umfeld je nach Blickwinkel als *global society*, *global civil society*, *international society*, *world civic politics*, *transnational relations*, *transnational social movement organizations*, *global social change organizations*, *transnational advocacy networks*, *global social movements* oder eben NGOs beschrieben (O'Brien et al. 2000: 12).

3.3.1 Transnationale Diffusionsprozesse

Von der Bewegungsforschung wird hervorgehoben, dass die Bedingungen, die die Entstehung und Effektivität von sozialen Bewegungen befördern, im transnationalen Rahmen schwieriger aufzufinden und nicht nachhaltig sind. So emergieren für die meisten Bewegungstheoretiker die Mobilisierungsstrukturen sozialer Bewegungen aus den *communities*, aus den informellen Strukturen des alltäglichen Lebens, aber auch aus dem Alltag etablierter Institutionen (Schulen, Kirchen) heraus (McCarthy 1996). Genau diese Mobilisierungsstrukturen und interpersonalen Netzwerke ließen sich auf transnationaler Ebene aber kaum nachweisen.⁷¹ Walk und Brunnengräber (2000: 206) weisen darauf hin, dass für soziale Bewegungen die »Binnenkommunikation im lebensweltlichen Nahbereich« ungleich wichtiger ist als dies für NGOs der Fall ist. Allgemein wird in der Bewegungsliteratur zur Transnationalisierung von Protest festgestellt, dass »aktive Kooperation und Vernetzung über Grenzen hinweg [...] weit weniger verbreitet [sind] als Prozesse der Diffusion« (Roth 2001a: 51).

71 Gleichwohl lassen sich aber Beispiele auch dafür finden. So gab es einen regen persönlichen Austausch von Aktivisten der Studentenbewegungen der 1960er Jahre, wie McAdam und Rucht (1993) am Beispiel der US-amerikanischen und deutschen Studentenbewegung nachgezeichnet haben.

Trotz des weitgehenden Fehlens interpersonaler Netzwerke, trotz unterschiedlicher lokaler Gegebenheiten und spezieller politischer Ziele ist für soziale Bewegungen möglich, ähnliche Ideen und Ziele über Ländergrenzen hinweg zu formulieren. Dies beinhaltet Prozesse des Kopierens, der Imitation und der Adaption. Mit der Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wird der Austausch über Strategien und Organisationsformen zudem immer einfacher.

Markoff (1996: 27ff) führt vier bedeutende länderübergreifende Aspekte der Adaption auf und illustriert sie mit historischen Beispielen. *Ers*tens bilde sich spätestens seit dem 18. Jahrhundert ein Kanon an breit geteilten Ideen, etwa über soziale Ungerechtigkeit und eine bessere gesellschaftliche Ordnung, heraus. Insbesondere die sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts hätten einen solchen allgemeingültigen, transnationalen Wertekatalog entwickelt, der dann entsprechend der jeweiligen lokalen und nationalen Begebenheiten modifiziert wurde. Als *zweiten* Aspekt führt Markoff an, dass spezifische Formen öffentlicher Aktionen über Nationalgrenzen hinweg diffundieren. Die Idee des *Sit-Ins* etwa, ursprünglich von US-amerikanischen Schwarzen zur Durchsetzung von Bürgerrechten entwickelt⁷², erfreute sich im Zuge der Studentenbewegung der 1960er Jahre rasch auch in Europa großer Beliebtheit.

Ganz allgemein würden Massenmedien wie das Fernsehen die Verbreitung neuer Modelle von Protest erheblich erleichtern. Ein *drittes* Element sozialer Bewegungen, welches von einem nationalen Setting in ein anderes diffundiert, sei das der organisationalen Struktur. Gewerkschaften und politische Parteien, aber auch klandestine, eher im Untergrund agierende Zellen seien Organisationsformen, die die Geschichte der Arbeiterbewegung in fast allen Ländern begleitet haben. *Viertens* würden bestimmte Slogans und Symbole weltweit kopiert oder kreativ adaptiert. So führte die chinesische Demokratiebewegung 1989 auf dem Tianamen-Platz eine »Göttin der Demokratie« mit sich, die wie eine Tochter der US-Freiheitsstatue wirkte. Zusammengefasst diffundieren nach Markoff also sowohl Ideengebäude und Symbolik als auch spezifische Protest- und Organisationsformen sozialer Bewegungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

72 Das Sit-In-Modell wurde, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, zuerst am 1. Februar 1960 in einem Restaurant in Greensboro (North Carolina) angewendet. Schwarze US-Amerikaner protestierten damit für ihr Recht auf Bedienung in selbigem Restaurant (Markoff 1996: 27f).

3.3.2 Die Mobilisierungsstrukturen der transnationalen Bewegungsorganisationen

Die Diffusion von Bewegungsaspekten aus ihrem Entstehungskontext über Ländergrenzen hinweg in eine andere Gesellschaft oder in den globalen Raum ist nur ein recht weiches Kriterium für die Existenz einer Transnationalisierung sozialer Bewegungen. Denn gemäß der genannten Definition von Rucht macht eine transnationale Bewegung aus, dass verschiedene Organisationen oder Gruppen international konkret zusammenarbeiten.

Die Formierung einer transnationalen sozialen Bewegung, die diese Bezeichnung verdient, die also mehr ist als die Ansammlung von Organisationen ähnlicher Ideologie, steht aber vor nicht unerheblichen Schwierigkeiten. Für Khagram, Riker und Sikkink (2002: 13) existieren denn auch nur wenige »wirklich« transnationale soziale Bewegungen.⁷³ Eine internationale formalisierte Struktur können soziale Bewegungen im internationalen Rahmen nur mit Hilfe von offiziellen Treffen und Kongressen, an denen Delegierte von nationalen Bewegungsorganisationen partizipieren, entwickeln (Zald 1999: 179). Ergebnisse internationaler Kongresse können dann die Etablierungen von längerfristigen koordinierenden Mechanismen, etwa gemeinsam betriebenen Sekretariaten (also wiederum Organisationen), sein.

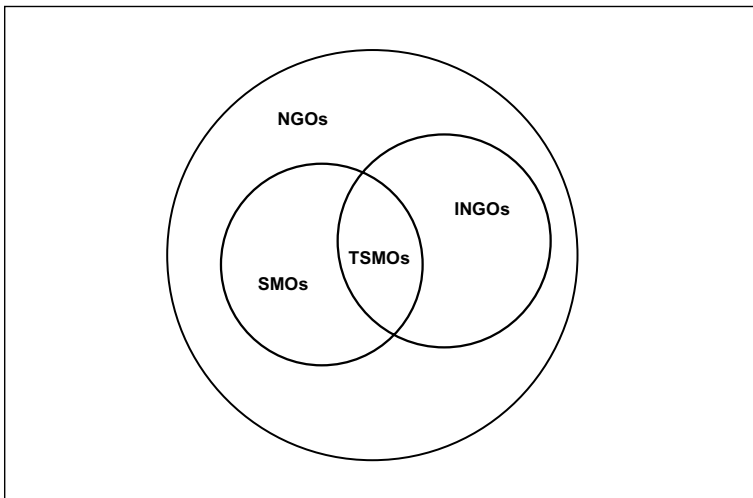
Große Teile der Bewegungsforschung »führen den als ›dramatisch‹ charakterisierten Anstieg an transnational agierenden Organisationen zurück auf einen Übergang von ›Social Movement Organizations‹ (SMOs), welche direkt aus den sozialen Bewegungen hervorgegangen sind, zu neuen ›Transnational Social Movement Organizations‹« (Klein 2001: 232f). Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen wird also als Weiterentwicklung oder zumindest partielle Ablösung von einer nationalstaatlichen Phase sozialer Bewegungen, als eine neue evolutionäre Stufe moderner Protestbewegungen konzipiert. Kettner (1995) entwickelt ein zeitlich noch weiter zurückreichendes Phasenmodell der historischen Entwicklung von Emanzipationsbewegungen. Während es im ausgehenden 19. Jahrhundert die Gewerkschaften gewesen seien, die Protest artikulierten, hätten diese Funktion im 20. Jahrhundert zunächst die Bürgerbewegungen »alten Stils« übernommen. Seit den 1970er Jahren seien Emanzipationsbestrebungen dann vornehmlich von den neuen sozialen Be-

73 Ähnlich Roth (2001a: 51) und Walk/Brunnengräber (2000: 214f). Noch weniger dürfte die Existenz einer »globalen« Bewegung gegeben sein (Kolb 2003: 90f). Walk (1998) äußert sich eindeutig dahingehend, dass es »eine globale Bewegung im engeren Sinne des Wortes, d.h. unter bewegungskonformen Mobilisierungsaspekten, nicht gibt« (zit. n. Klein 2001: 234).

wegungen formuliert worden. Aktuell bildeten die internationalen NGOs die vierte evolutionäre Stufe der modernen Emanzipationsbewegungen.

NGOs als transnationale Bewegungsorganisationen sind also, das wurde an der bisherigen Darstellung schon deutlich, der entscheidende Motor zur Formierung einer transnationalen Bewegung. Ihre Bedeutung ist wohl noch größer als die der Bewegungsorganisationen auf der nationalstaatlichen Ebene für die Entstehung national agierender sozialer Bewegungen. Smith, Pagnucco und Chatfield (1997: 61) definieren eine transnationale Bewegungsorganisation (TSMO) als eine SMO, deren Mitglieder sich aus mindestens zwei Ländern zusammensetzen. TSMOs werden als Subgruppe der internationalen NGOs gefasst (vgl. Abb. 8). Eine TSMO hat eine formale Struktur und koordiniert ihre Strategie durch ein internationales Sekretariat. Rucht (1996: 32) definiert TSMOs präziser als »bewegungszugehörige Organisationen bzw. Verbindungen – vor allem Netzwerke – von Organisationen, die strukturell, also nicht nur in ihrem Themenhorizont, über ein bestimmtes Land hinausreichen und somit einen transnationalen, internationalen oder supranationalen Charakter haben.«⁷⁴

Abbildung 8: Begriffliche Unterscheidungen innerhalb der NGOs



Aus: Kriesberg (1997: 13)

In Anlehnung an die Analysen von McAdam, Tarrow und Tilly (2001) werden TSMOs als wesentliche Mittlerfiguren für transnationale Mobilisierung begriffen: »Sie sind handelnde Körperschaften, die >zuvor nicht

74 Rucht präferiert allerdings den Begriff der multinationalen anstelle der transnationalen Bewegungsorganisation. Dem wird hier nicht gefolgt.

verbundene Örtlichkeiten verbinden, neue kollektive Akteure und neue Beziehungen zu anderen Akteuren fördern« [...] und die Zusammenführung lokaler Interessen und Angelegenheiten mit globalen Institutionen und Prozessen ermöglichen. [...] Indem sie einen Rahmen für sowohl indirekte als auch direkte Kommunikation zwischen Einzelpersonen aus verschiedenen nationalen Hintergründen in Bezug auf gemeinsame organisatorische Vereinigungen und Ziele schaffen, stellen TSBO Orte dar, in denen Identitätsverschiebungen zur Unterstützung transnationalen kollektiven Handelns entstehen können« (Smith 2001: 99f). TSMOs sind demnach Schauplätze der transnationalen Vermittlung von Ideen, Identitäten und Strategien kollektiven Handelns auf globaler Ebene (ebd: 116).

In diesem Rahmen ist es überraschend, dass die Diskussionen über Institutionalisierung kaum reflektiert werden. Bei Sikkink und Smith (2002: 42) findet sich so eine recht naive (und positivistische) Fassung der Motivationslage der Organisationsmitglieder, wie folgende Formulierung in Bezug auf TSMOs verdeutlicht: »Unlike governments and foundations, these organizations are collections of individuals who care deeply about the social change goals of their organization and who spend large amounts of their time and energy working to promote these goals.«

Tabelle 5: Dimensionen der Einflussstruktur transnationaler Bewegungen

	Nicht-Bewegungsstrukturen	Bewegungsstrukturen
Informell	Freundesnetzwerke Professionelle Netzwerke Ausländische Netzwerke Individuen in IGO-Bürokratien oder nationalen Delegationen	Aktivistennetzwerke Nahestehende Gruppen Flüchtlingsnetzwerke
Formell	Kirchen und Gewerkschaften Berufsorganisationen Regionale Kooperationsassoziationen Dienstleistungsorganisationen IGO-Bürokratien Nationale Delegationen Stiftungen	TSMOs SMOs Protestkomitees Transnationale NGO-Koalitionen bewegungsnahe Forschungsinstitute

Aus: Smith/Pagnucco/Chatfield (1997: 62; Übersetzung: A.S.)⁷⁵

Das Feld, in dem sich transnationale Bewegungen entwickeln, und damit das Spektrum der möglichen Einflussstrukturen von transnationalen Bewegungsstrukturen, lässt sich überblicksartig gemäß Tabelle 5 schematisieren. Demnach können transnationale Bewegungen *erstens* durch *informelle, nicht-bewegungsbezogene* Strukturen Einfluss mobilisieren. Der informelle Kontakt zu Mitgliedern internationalen Organisationen oder

75 Es handelt sich um eine ergänzte, ursprünglich von McCarthy (1996: 145) erstellte Übersicht.

nationalen Delegationen entwickelt sich zu einem wichtigen und nicht zu unterschätzenden Kanal der Einflussnahme auf internationaler Ebene. *Zweitens* werden transnationale soziale Bewegungen von *formalen, nicht-bewegungsbezogenen* Strukturen unterstützt. Es handelt sich hier zum einen um etablierte Organisationen, die den Bewegungszielen nahe stehen, etwa internationale Gewerkschaften oder Kirchen. Zum anderen können aber auch einige internationale Organisationen unterstützend für transnationale Bewegungen wirken. So sind die UN-Menschenrechtskommission und die Menschenrechts-NGOs auf enge Zusammenarbeit angewiesen, wenn nicht voneinander abhängig.

Die *informelle, bewegungsbezogene* Dimension der Mobilisierungsstrukturen besteht vornehmlich aus einem Netzwerk von Aktivisten oder Sympathisanten, welche wegen der geteilten Überzeugungen in der Regel schnell zu mobilisieren sind. Teil der *formalen Bewegungsstrukturen* sind schließlich die national und international tätigen Bewegungsorganisationen selbst. Allgemeiner zählen aber auch andere NGOs dazu, die sich einem spezifischen Bewegungsziel verschrieben haben und sporadisch mit den SMOs zusammenarbeiten.

Mit dieser grob skizzierten Kreuztabellierung sind lediglich die prinzipiell möglichen Mobilisierungsstrukturen transnationaler sozialer Bewegungen angegeben. Die jeweiligen sozialen Bewegungen können in der spezifischen Konfiguration der Mobilisierungsstrukturen aber erheblich differieren, insbesondere in Hinsicht auf die Anzahl und Stärke der inkorporierten Akteure sowie deren Koordinierungsgrad (McCarthy 1996). Während einige Bewegungen durch starke nationale oder internationale Dachorganisationen repräsentiert werden, die Aktionen koordinieren und ein einheitliches Image der Bewegung produzieren, zeichnen sich andere Bewegungen durch eine stark dezentralisierte, netzförmige Struktur aus. Weitere diskriminierende Variablen sind Umfang und Kombination von personalen, materiellen und politischen Ressourcen, welche soziale Bewegungen für ihre Ziele einsetzen können. Mitglieder und finanzielle Mittel alleine bedeuten noch keinen politischen Einfluss. Umgekehrt kann nur mit starken politischen Verbündeten bei gleichzeitiger finanzieller Ressourcenknappheit und mangelnder Unterstützung durch Basisaktivitäten kein langfristiger politischer Druck aufgebaut werden. Hinzu kommt, dass soziale Bewegungen auch durch andere, gegen sie gerichtete soziale Bewegungen in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden können. Alle diese Variablen prägen den Einfluss sozialer Bewegungen auf globale politische Prozesse (Smith/Pagnucco/Chatfield 1997: 64).

Die Einflusschancen sozialer Bewegungen auf internationaler Ebene hängen also in starkem Maße von den dort vorgefundenen (externen) Kontextbedingungen ab. Externe Kontextbedingungen sozialer Bewegun-

gen werden allgemein in der Bewegungstheorie im Rahmen des Ansatzes zu »politischen Gelegenheitsstrukturen« erörtert, weshalb dieser im Folgenden vorweg skizziert werden soll.

3.3.3 Exkurs: Die Theorie der politischen Opportunitätsstrukturen

Die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen teilt die Grundperspektive des RM-Ansatzes, entwickelt ihn aber weiter und ergänzt ihn. Sie erkennt die Tatsache an, dass soziale Bewegungen in einem politisch-sozialen Umfeld agieren, welches eine ganze Reihe anderer Akteure einschließt (Staat, Gegenbewegungen, Verbündete etc.). Eine Theorie sozialer Bewegungen müsse folglich diese Interaktionsbedingungen erfassen und untersuchen. Ziel sei, die formalen Kennzeichen der jeweiligen Akteursgefüge zu bestimmen, um daraus die politischen Möglichkeiten und Beschränkungen für soziale Bewegungen folgern zu können.

Grundlegend zur Entwicklung eines Verständnisses der externen Bedingungen sozialer Bewegungen waren die Arbeiten von Lipsky (1968) und Eisinger (1973). Sie initiierten schon früh eine Debatte, die dann von Charles Tilly (1978) unter dem Stichwort der »politischen Opportunitätsstrukturen« systematisiert worden ist. Tilly stellt in seinem »polity model« kollektiven Handelns einen kausalen Zusammenhang zwischen den Durchsetzungschancen sozialer Bewegungen einerseits und den Aktivitäten des Staates und den Interessen bewegungsfremder kollektiver Akteure andererseits her. Dem Grad der Offenheit eines politischen Systems für soziale Bewegungen und Protest wurde nun wesentliches Gewicht bei der Entstehung von sozialen Bewegungen beigemessen.⁷⁶

Sidney Tarrow hat das Konzept weiter ausbuchstabiert. Auch er will in Ergänzung zu RM-Ansätzen die bewegungsexternen Mobilisierungsfaktoren benennen. Mit dem Begriff der politischen Gelegenheitsstruktur fasst Tarrow (2000: 13) »consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for collective action by affecting peoples' expectations for success or failure«. Er findet vier relevante politische Einflussfaktoren:

- 1.) den Grad der Abgeschlossenheit oder Offenheit von politischen Institutionen für die Partizipationsansprüche sozialer Bewegungen
- 2.) die Stabilität oder Instabilität von politischen Bindungen
- 3.) das Verfügen über potentielle, einflussreiche Verbündete
- 4.) Konflikte innerhalb der politischen Elite (Tarrow 1996: 54ff).

76 Der Grundgedanke findet sich schon bei Eisinger (1973), der ebenfalls politische Gelegenheitsstrukturen vornehmlich als Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen politischen Systemen konzeptualisierte.

Als Bestandteile einer politischen Gelegenheitsstruktur können also sowohl langfristige institutionelle Strukturen, als auch konjunkturelle Gegebenheiten ausgemacht werden. Auch institutionell relativ geschlossene Gelegenheitsstrukturen bieten dann sozialen Bewegungen eine Chance, wenn sich beispielsweise Veränderungen in der Stammwählerschaft der politischen Parteien ergeben oder wenn sich die Konkurrenz innerhalb der politischen Elite verschärft. Für Tarrow bewirkt vor allem das Eigeninteresse von politischen Fraktionen eine tendenzielle Offenheit gegenüber Problemstellungen und Problemlösungen von außen. Allgemeiner formuliert sind für Tarrow die Mobilisierungsprozesse innerhalb von sozialen Bewegungen und die Verwertungsinteressen der anderen politischen Akteure und Fraktionen eng miteinander verknüpft.

Der Begriff der politischen Gelegenheitsstruktur wurde fast nur auf der nationalstaatlichen Ebene empirisch unterfüttert. Erst in letzterer Zeit wird versucht, die internationale oder globale Ebene als Opportunitätsstruktur zu fassen (Tarrow 2000). Zunächst entstanden aber einige ländervergleichende empirische Arbeiten, die die unterschiedlichen Kontexte sozialer Bewegungen beleuchteten. Einflussreich war die empirische Studie von Kitschelt (1986)⁷⁷, die die Anti-Atomkraftbewegungen Deutschlands, Schwedens, Frankreichs und der USA miteinander verglich und die im Ergebnis die Bedeutung des nationalen politischen Kontextes für die Mobilisierung der Anti-Atomkraftbewegung bestätigte.⁷⁸

Auf diese Studie und eigene Forschungen aufbauend entwickeln Kriesi und Giugni (1996) ein ausdifferenziertes und dynamisiertes Modell zur Erfassung politischer Opportunitätsstrukturen entlang der Dimension »Konflikt und Kooperation«. Neben den institutionellen Rahmenbedingungen⁷⁹ spielen demnach die informellen Strategien der staatlichen Akteure eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Offenheit des Zugangs für Außenseiter zum politischen System (Kriesi/Giugni 1996: 335). Unterschieden wird zwischen exklusiven und integrativen Strategien der staatlichen Institutionen gegenüber ihren Herausforderern. Während integrative Strategien Bewegungsorganisationen diverse Zugangschancen zum politischen Prozess eröffnen und ebnen, seien exklusive Strategien

77 Vgl. aber ebenfalls Kriesi et al. (1992); Kriesi/Giugni (1996); Rucht (1994); neuerdings und in Bezug auf NGOs Take (2002).

78 Allerdings wird dieser Befund nicht durchgehend bestätigt. Für Rucht (1990: 216) sind die nationalen Gelegenheitsstrukturen zwar wichtig, determinieren aber nicht notwendigerweise den Einfluss von sozialen Bewegungen auf sozialen Wandel.

79 Zu den institutionellen Rahmenbedingungen zählen Kriesi/Giugni (1996: 335) die territoriale Dezentralisierung des Staates, den Grad der Gewaltenteilung, die Fragmentierung des administrativen Apparates und das Vorhandensein direkt-demokratischer Institutionen.

darauf ausgerichtet, Partizipationsbestrebungen von sozialen Bewegungen entweder zu ignorieren oder zu unterdrücken. Beide Strategien seien in ihrer Wirkung ambivalent. Integrative Strategien nähmen dem Protest zwar die Schärfe. Umgekehrt ergäben sich aber andere und neue Formen der Einflussnahme. Exklusive Strategien könnten Mobilisierungen unwahrscheinlicher machen, könnten aber andererseits eine (erneute) Stimulation von Protest bewirken bzw. diesen radikalisieren (Kriesi et al. 1992: 224). Die Zugangschancen, die sich aus den institutionellen Rahmenbedingungen und den dominanten Strategien der staatlichen Akteure ergäben, würden eine dominierende strategische Ausrichtung auf Seiten der sozialen Bewegungen bzw. der Bewegungsorganisationen bewirken. Allgemein gelte: »Je offener der Zugang zum politischen System, desto gemäßigter das Handlungsrepertoire der sozialen Bewegungen« (Kriesi/Giugni 1996: 335).

Der Verdienst des Ansatzes von Kriesi und Giugni besteht trotz einer gewissen Eindimensionalität der herausgearbeiteten Strategien darin, informelle Strategien überhaupt als relevant zu erachten. Mit der Berücksichtigung informeller Strategien gerät eine besonders dynamische Einflussvariable in den Mittelpunkt, die es ermöglicht, kürzere Zeiträume zu beobachten und zu bewerten. Strategiewechsel von sozialen Bewegungen und ihren Organisationen werden erst dann zugänglich. Rucht (1994), der zwischen stabilen und eher variablen Strukturen unterscheidet, geht sogar so weit, nur letztere als Gelegenheitsstrukturen zu begreifen, da nur sie (zeitlich befristete) Gelegenheiten im Wortsinne darstellen würden.

3.3.4 Die transnationalen Gelegenheitsstrukturen sozialer Bewegungen

Der überaus größte Teil der Forschung über soziale Bewegungen geht davon aus, dass diese innerhalb ihrer Staatsgrenzen handeln (McCarthy 1997: 243). Zwar wird in der neueren Bewegungsforschung – wie schon erwähnt – anerkannt, dass sich die Umwelt sozialer Bewegungen zunehmend und rasant internationalisiert. Diese Entwicklung wird dort allerdings meist als eine Art »exogener Schock« für die einzelnen Bewegungssegmente beschrieben.⁸⁰ Ihr eigentlicher Aktionsrahmen sei nach wie vor nationalstaatlich bestimmt. Eine bruchlose Übertragung des Konzepts der politischen Gelegenheitsstrukturen auf transnationale Verhältnisse wird dementsprechend in der Bewegungsforschung skeptisch gese-

80 In großen Teilen der Bewegungsforschung wird somit »Globalisierung« als ein quasi naturhaft ablaufender, in jedem Fall aber kaum beeinflussbarer Prozess dargestellt. Diese Argumentation finden wir ebenfalls bei den Apologeten des Konzepts Global Governance. Dazu in Kapitel 4.4 mehr.

hen. So bestreitet etwa McAdam (1996) die Existenz »wirklicher« politischer Opportunitätsstrukturen auf transnationaler Ebene. Er argumentiert, dass das Handeln sozialer Bewegungen sich immer gegen institutionalisierte Machtverhältnisse und ihrer Repräsentanten richtet, diese aber in der transnationalen Arena nur sehr diffus auszumachen sind. Von einer Gelegenheitsstruktur im klassischen Sinne könne daher hier bis auf wenige Ausnahmen (vor allem die Europäische Union) keine Rede sein.

Andere behaupten das Gegenteil und entwickeln ein differenzierteres Verständnis. So gehen Khagram, Riker und Sikkink (2002: 18ff) davon aus, dass mit den aktuellen internationalen Institutionen bereits »klare« politische Gelegenheitsstrukturen ausgeformt sind. Diese ersetzen nicht die nationalstaatlichen Gelegenheitsstrukturen, sondern interagieren mit ihnen. Um transnationales kollektives Handeln und seine Effektivität zu verstehen, muss diese dynamische Interaktion zwischen internationaler und nationaler politischer Gelegenheitsstruktur erforscht und verstanden werden.

Der Ansatz von Khagram/Riker/Sikkink (2002) und Kollegen, welcher in dem Sammelband mit dem Titel »Transnational Social Movements, Networks and Norms« dokumentiert ist, ist vor allem deshalb interessant, weil er eine Sichtweise entwickelt, die die Eigenqualität einer globalen Ebene anerkennt. Es wird explizit unterschieden zwischen international geltenden Normen⁸¹ der Staatenwelt und den kollektiven geteilten Überzeugungen der transnationalen Netzwerke, Koalitionen und Bewegungen. Internationale Normen hätten eine spezielle Autorität, da sie nicht auf einen einzelnen Staat, auf dessen Ideologie oder Präferenzen, reduzierbar seien. Internationale Normen hätten eine eigene Spezifik. Sie seien ein besonderer Teil der mobilisierbaren Ressourcen und der politischen Gelegenheitsstruktur, auf die die transnationalen Netzwerke mit der Entwicklung eigener kollektiver Überzeugungen antworteten. Umgekehrt könnten es diese Akteure schaffen, dass deren kollektive Überzeugungen zu internationalen Normen werden. Seien internationale Normen erst einmal platziert und durchgesetzt, förderten und legitimierten sie die transnationalen Netzwerke, die diese entwickelt und vorangetrieben haben (ebd.: 15f).⁸²

Internationale Normen fördern nach Khagram/Riker/Sikkink also den Aufstieg transnationaler Netzwerke, indem sie die aktuellen politischen

81 Der Normenbegriff leitet sich hier aus sozialkonstruktivistischen Ansätzen der Theorien internationaler Beziehungen her; vgl. Risse/Sikkink (1999).

82 Der Ansatz, dies sei hier vorweggenommen, untersucht damit letztlich die Entstehungsstrukturen einer Weltgesellschaft im Meyerschen Sinne (vgl. Kapitel 6.3.3) von der Seite der Akteure bzw. des Handelns her. Er bietet sich daher als Komplementäransatz zum World Polity-Ansatz an.

Gelegenheitsstrukturen für nichtstaatliche Akteure erweitern. In der Folge würden staatliche Akteure positiver auf Forderungen nichtstaatlicher Akteure reagieren, wenn diese sich mit internationalen Normen identifizieren. Dies sei vornehmlich deshalb so, weil die meisten Staaten ihre Legitimität ihrerseits darüber beziehen, eben gerade diese internationalen Normen mitzutragen. In dem Fall, dass die internationalen Normen von den staatlichen Akteuren nur formal akzeptiert würden und ihrem aktuellen Handeln entgegen liefen, könne dieser Umstand selbst als Signal gewertet werden, dass diese Haltung vorläufig ist und ein Politikwandel bevorsteht, den nichtstaatliche Akteure befördern oder behindern können. Es gelte, dass alles, was die Bereitschaft staatlicher Akteure, ihre materielle Überlegenheit gegenüber nichtstaatlichen Akteuren auszuspielen, limitiere, eine transnationale Mobilisierung stärke (Thomas 2002: 72f). Im Falle sich »sträubender« und »unwilliger« Staaten könnten transnationale Netzwerke, obwohl mit keinerlei direkter Einflussmacht ausgestattet, gar als »teacher of norms« agieren (ebd.: 91).⁸³

Betrachtet man speziell die Interaktion von nationalstaatlicher und internationaler Opportunitätsstruktur, so lasse sich dort häufig ein »Boomerang-Effekt« (Keck/Sikkink 1998; Risse/Sikkink 1999) auffinden.⁸⁴ Dieser stehe gegen die sonst übliche Annahme, dass sich als Folge der Neigung eines Staates zu repressivem Verhalten auch die Aktivitäten sozialer Bewegungen minimieren (Tarrow 1995; McAdam 1996). Wenn die nationale Gelegenheitsstruktur sehr repressiv und autoritär sei, blockiere sie zwar einerseits die Entfaltung sozialer Bewegungen im eigenen Land, dränge diese aber andererseits auf die internationale Ebene.⁸⁵ Viele Ak-

83 Der Ausdruck *teacher of norms* wurde erstmals von Finnemore (1993) benutzt, um die Funktion internationaler Regierungsorganisationen (IGOs) zu kennzeichnen.

84 Der Effekt ist vornehmlich für den Menschenrechtsbereich beschrieben worden: »A ›boomerang‹ pattern of influence exists when domestic groups in a repressive state bypass their state and directly search out international allies to try to bring pressure on their states from outside. National opposition groups, NGOs, and social movements link up with transnational networks and INGOs who then convince international human rights organizations, donor institutions, and/or great powers to pressure norm-violating states. Networks provide access, leverage, and information (and often money) to struggling domestic groups. International contacts can ›amplify‹ the demands of domestic groups, prise open space for new issues, and then echo these demands back into the domestic arena« (Risse/Sikkink 1999: 18). Vgl. speziell zur Menschenrechtsproblematik vor allem: Risse/Jetschke/Schmitz (2002).

85 Dies gilt insbesondere für ressourcenschwache Akteure, die sich außerhalb ihrer Nationalstaatsgrenzen die Hilfe ressourcenstärkerer Akteure sichern. Das so entstehende transnationale Netzwerk kann dann auf die Politik des jeweiligen Staates (*target state*) zurückwirken.

teure sozialer Bewegungen sähen dann oft nur im Ausland und auf internationaler Ebene die Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern.⁸⁶ Da die Liberalisierung und Öffnung nationaler Gesellschaften aber ein Hauptziel der »internationalen Gemeinschaft« sei, fänden sie nun zur Durchsetzung ihrer Ziele starke Verbündete. Die Existenz einer »two-level interacting political opportunity structure« (Khagram/Riker/Sikkink 2002: 19) könne somit Effekte zeitigen, die die gängigen Hypothesen über den Erfolg sozialer Bewegungen, welche nur den nationalstaatlichen Rahmen in den Blick nehmen, unbrauchbar machen.

Drei Komponenten der politischen Gelegenheitsstrukturen sind für transnationale agierende NGOs nach Joachim (2001: 217ff) von besonderer Bedeutung: *erstens* der Zugang zu Institutionen, *zweitens* einflussreiche Verbündete sowie *drittens* politische Bündnisse. Insbesondere der Zugang zu politischen Institutionen scheint ausschlaggebend für eine erfolgreiche Einflussnahme zu sein. Transnationale NGOs würden ihn meist durch sogenannte »symbolische Ereignisse« (Keck/Sikkink 1998: 22), die zu Interpretationen herausfordern, erlangen. Dies könnten Katastrophen oder Krisen sein, die die Bedeutung und den Nutzen alter Handlungsmuster in Frage stellen und neue Lösungswege auf die Tagesordnung setzten. Für die Entwicklung von NGOs wichtige symbolische Ereignisse seien in den letzten Jahrzehnten die sich zuspitzende Ökologiekrise (etwa symbolisiert durch das Ozonloch, das Waldsterben, aber auch den Reaktorunfall in Tschernobyl) oder das Ende des Kalten Krieges gewesen. Als Folge symbolischer Ereignisse würde NGOs Zugang zu bestehenden Institutionen gewährt oder es würden neue institutionelle Arrangements geschaffen, die ihnen die Chance eröffnen, Verbündete für ihr Anliegen zu finden. Als symbolische Ereignisse könnten aber auch die internationalen Konferenzen selbst gelten, obwohl sie ihrerseits schon Ausdruck und Produkt des gesteigerten Regelungsbedarfs seien.

Als zweite Komponente der politischen Gelegenheitsstruktur sind laut Joachim Verbündete für NGOs sehr wichtig, da diese meist über mehr Einfluss verfügen. Insbesondere seien hier staatliche Akteure, UN-Sekretariate und die Medien zu nennen (Smith et al. 1997: 65). Insbesondere auf UN-Ebene verfügten die Nationalstaaten nach wie vor über privilegierte Einflussmöglichkeiten, vor allem was das Einbringen von Themen in die relevanten Gremien angehe. Außerdem würden Nationalstaaten den NGOs oftmals finanzielle und materielle Ressourcen bereitstellen, die ein

86 Was den entsprechenden Bewegungen und Organisationen aber teils erheblich Anstrengungen abverlangt. So müssen sie erst einmal in der internationalen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Sympathie erzeugen, um von Nord-NGOs unterstützt zu werden, was bereits als »Marketing Rebellion« (Bob 2001) beschrieben worden ist.

effizientes Arbeiten oft erst ermöglichen. Die Unterstützung durch Verbündete stehe immer in dem Spannungsfeld zwischen Kooption und Unabhängigkeit. Zwar erhöhe die Unterstützung durch Verbündete die Legitimation von NGOs, berge aber andererseits die Gefahr der Vereinnahmung in sich (Walk/Brunnengräber 1997: 67).

Als dritter Punkt könnten Konflikte und Veränderungen in politischen Bündnissen für NGOs von Vorteil sein. Insbesondere die geopolitischen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges hätten ganz offensichtlich zu einem Machtvakuum geführt, in welchem NGOs sich zumindest besser Gehör verschaffen konnten. Es eröffneten sich neue Möglichkeiten für Kommunikation und Kooperation in Entscheidungsprozessen (Gordenker/Weiss 1996: 24). In den sich neu abzeichnenden Konfliktlinien könnten NGOs vor allem dann Erfolge verzeichnen, wenn es ihnen gelänge, die zerstrittenen Parteien um einen neuen Konsens zu sammeln. Bekanntestes Beispiel, so lässt sich hier ergänzen, ist der Diskurs um *Sustainable Development*, in dem die unterschiedlichen Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern sowie von Ökologie und Ökonomie konzeptionell homogenisiert werden.⁸⁷

Roth (2001) hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass sich auch im Zuge zahlreicher Transformationen der globalen politischen Ökonomie seit den 1990er Jahren – teils paradox – für transnationale soziale Bewegungen verbesserte Gelegenheitsstrukturen ergeben. So hat laut Roth (2001: 57) die Liberalisierung der Ökonomien innerhalb der OECD ein »neues Feld von zumindest potentiell gemeinsamen Erfahrungen entstehen lassen«. Die Konfrontation einer zunehmenden Anzahl von Menschen mit den Kräften der »freien Marktwirtschaft« habe zudem zu einem stärkeren Bewusstsein darüber geführt, wie diese Märkte zu regulieren sind (O'Brien et al. 2000: 7). Im Zuge der rasanten Entfaltung der Informations- und Kommunikationstechnologien konnten transnationale Kommunikationsnetze entstehen, die eine grenzüberschreitende politische Mobilisierung erleichterten (Heins 2002: 145f; Semle 2001). In dem Maße, wie regionale Zusammenschlüsse wie die NAFTA und die EU sich zu Machtzentren jenseits des Staates entwickeln, wächst auch ihr Einfluss auf die Lebensbedingungen vieler Menschen, was verstärkt Widerspruch herausfordert. In jüngster Zeit untergräbt die Instabilität der globalen Finanzmärkte und die Krise der new economy die lange dominierende neoliberale Position und stärkt die Chancen für Forderungen nach der Wiedereinbettung von erst vor kurzem deregulierten ökonomischen Prozessen. Selbstverständlich sind alle diese Chancenstrukturen aber nicht als ein Automatismus zu deuten, der zwangsläufig das Auftreten transnatio-

87 Vgl. Eblinghaus/Stickler (1996); Spehr/Stickler (1997); Gelinsky (2002).

nalere Bewegungen wahrscheinlicher macht (Rucht 2001: 47). Gelegenheitsstrukturen bieten eben nur Gelegenheiten. Sie sagen noch nichts darüber aus, warum und wie es TSMOs oder NGOs gelingt, diese zu nutzen.⁸⁸

Gleichwohl kann als Ergebnis dieses Kapitels festgehalten werden, dass sich für transnational agierende Bewegungsorganisationen andere Aktionsbedingungen feststellen lassen als für nur national agierende SMOs. Eine Übertragung von bewegungswissenschaftlichen Erkenntnissen, die im nationalen Kontext gewonnen wurden, stößt demnach an Grenzen. In Bezug auf das NGO-Phänomen heißt das, dass dieses nur teilweise unter Rückgriff auf bewegungswissenschaftliche Erkenntnisse erklärbar und analysierbar ist. Dies trifft zunächst deshalb zu, da die Gruppe der TSMOs nur eine Teilgruppe der gesamten NGO-Population darstellt. Darüber hinaus hat sich aber eine eigenständige globale Ebene der politischen Artikulation herausgebildet, die nach eigenen »Gesetzmäßigkeiten« funktioniert. Es ist der Verdienst der vorgestellten, sozialkonstruktivistischen Arbeiten (Khagram/Riker/Sikkink 2002; Risse/Ropp/Sikkink 1999; Smith/Chatfield/Pagnucco 1997), dies herausgestellt zu haben. Die Frage ist dann aber, ob der Begriff der Transnationalisierung sozialer Bewegungen nicht in die Irre führt, da er andeutet, dass die Existenz einer internationalen NGO-Community als Verlängerung von nationalem Bewegungshandeln hinreichend zu verstehen ist. Um die Strukturen internationaler Politik und die Beteiligungsmöglichkeiten von NGOs zu verstehen, sind, das sollte klar geworden sein, weitere Konzeptionen heranzuziehen. Insbesondere sind dabei Konzeptionen gefragt, die die Veränderungen des internationalen Systems und dessen wichtigste Akteure (Nationalstaaten, Regierungsorganisationen, transnationale Konzerne, NGOs) analysieren. Diese Debatte wird vornehmlich unter dem Stichwort Global Governance geführt. Sie wird in Kapitel 4 rekapituliert und analysiert.

3.4 Zur bewegungswissenschaftlichen Konzeption von NGOs

Ziel dieses Kapitels war, den Beitrag der bewegungswissenschaftlichen Diskussion zum Diskurs über NGOs auszuloten. Dabei wurde es als zentral erachtet, die dort geführte Diskussion über soziale Bewegung und Organisation aufzuarbeiten. Neben dieser weiteren Konturierung des vor-

⁸⁸ Dies wäre wiederum mit dem Instrumentarium der RM-Theorie empirisch zu untersuchen (Joachim 2001: 219).

herrschenden NGO-Diskurses wurde zudem nach Ansätzen gefahndet, die schon Teil einer Kritik vorherrschender Paradigmen der Beschreibung des NGO-Phänomens sein könnten. Im Folgenden werden zunächst die drei typischen Zugangsweisen der Bewegungsforschung zum NGO-Phänomen in Erinnerung gerufen. Sodann werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und zugespitzt.

In der Bewegungsforschung findet eine Öffnung zu Begriff und Thematik der NGOs auf (mindestens) dreierlei Weisen statt, die sich teils komplementär zueinander verhalten. In allen drei Zugängen wird dabei die Existenz von NGOs mit dem Auftauchen der *neuen* sozialen Bewegungen (NSB) seit dem Ende der 1960er Jahre in Verbindung gebracht.

- *Erstens* wird der Ausdruck NGO schlicht als neue (»aktuellere«) Bezeichnung für Organisationen gebraucht, die sich im Kontext (neuer) sozialer Bewegungen oder deren *issues* herausgebildet haben (und die bislang Bewegungsorganisationen genannt wurden). NGOs gelten derart als »organisierte Form« der neuen sozialen Bewegungen (Take 2002: 41). Eine solche Fassung des Verhältnisses von NGOs und sozialen Bewegungen kommt zu Aussagen, die lediglich auf einen geringen Teil der NGO-Population zutreffen.
- *Zweitens* gelten NGOs als historisch späte Produkte sozialer Bewegungen. Sie werden derart als Effekte von Institutionalisierung und Professionalisierung aufgefasst. Bewertet wird dies sehr unterschiedlich. Negativ wird diese Entwicklung als Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsprozess interpretiert, der gleichzusetzen ist mit dem Absterben sozialer Bewegung als Bewegung. Diese sei nun in basisfernen Strukturen verkrustet und Teil des »herrschenden« Institutionensystems geworden (*Sklerosierungsthese*). In positiver Hinsicht wird die Institutionalisierung sozialer Bewegungen als Erfolg sozialer Bewegungen begrüßt, da die Anerkennung ihrer Repräsentanten eine grundlegende Veränderung des bisherigen Institutionensystems widerspiegeln. Soziale Bewegungen würden so selbst zu einer Institution. Am Institutionalisierungsgrad sozialer Bewegungen lasse sich somit die Demokratisierungs- und Modernisierungsfähigkeit von Gesellschaften ablesen.
- *Drittens* werden NGOs als Produkte der Transnationalisierung sozialer Bewegungen gesehen. NGOs seien das »transnationale Pendant zu den lokalen Selbsthilfegruppen und neuen sozialen Bewegungen« (Brunnengräber 1998: 70). Die neuen sozialen Bewegungen werden dann zu NGOs, so die diesbezügliche Argumentation, »wenn sie den singulären, temporären und lokalen Charakter überwinden (oder verlieren)« (Walk/Brunnengräber/Altvater 1997: 15). Die Organisationsform der NGOs ist in dieser Lesart besonders geeignet, auf der inter-

nationalen Bühne zu agieren und Interessen zu vertreten. NGOs seien daher die wichtigsten Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft, deren Legitimierungsgrundlagen Gegenstand kontrovers geführter Debatten sind.

Wird die Existenz des NGO-Phänomens an soziale Bewegungen gekoppelt, so werden Erkenntnisse und »blinde Flecken« der Bewegungsforschung, insbesondere über das Verhältnis von Organisation zu sozialer Bewegung, übertragen. Diese sind vornehmlich folgende:

- *Normativität*
Ähnlich der Fassung des NGO-Begriffs ist auch der Begriff der sozialen Bewegung normativ vorgeprägt, wobei sich die positive (Selbst-) Wahrnehmung der Bewegungsakteure auf die wissenschaftliche Beschäftigung übertragen hat. Dies wird gestützt durch die weitgehende Nicht-Unterscheidung zwischen sozialer Bewegung als soziologischer Kategorie auf der einen Seite und als Selbsttitulierung von Akteuren im politischen Raum auf der anderen Seite. Die Beschreibungen werden derart übernommen und gleichsam »verdoppelt«.
- *Organisation als negatives Konstituens sozialer Bewegung*
Schon in den Definitionsversuchen von sozialer Bewegung konstruiert die Bewegungswissenschaft ihren Gegenstandsbegriff in Auseinandersetzung mit dem Begriff Organisation. Formale Organisation gilt dann als das der sozialen Bewegung entgegenstehende Konzept. Zwar wird das Verhältnis von formaler Organisation und sozialer Bewegung fast durchgängig als Teil-Ganzes-Beziehung gefasst, eine soziale Bewegung mache aber gerade ihre Überschüssigkeit, ihr Nicht-Aufgehen in formaler Organisation aus.
Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung erkennt, dass sich soziale Bewegungen nur schwerlich von einer sozialen Umwelt abgrenzen lassen, versucht dies aber dennoch, in dem sie sie als eine wahrnehmbare Entität beschreibt. Im Ergebnis kann sie trotz dieser Anstrengungen weder analytisch noch empirisch eine Sinn- oder Systemgrenze angeben, die ein Außen oder Innen definieren könnte. Die Bewegungsforschung beschäftigt sich daher immer nur mit dem Konstrukt sozialer Bewegung, freilich ohne diese Konstruktionsleistung an prominenter Stelle zu thematisieren. Die Frauenbewegung, die Dritte-Welt-Bewegung oder die Ökologiebewegung sind so stets nur Postulate, die nicht deutlich machen, wer denn eigentlich dazu gehört und wer nicht. Im Gegensatz zu Bewegungsorganisationen, NGOs und Verbänden haben soziale Bewegungen eben kein Türschild oder

eine E-Mail-Adresse, an die sich zu wenden wäre. Ihnen fehlt die Adressierbarkeit. Trotzdem rückt der Großteil der Bewegungsforschung nicht davon ab, sozialen Bewegungen dennoch konzeptionell Akteursqualitäten zu unterstellen.

- *Aggregierungsthese*

Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung übernimmt die auch in Pluralismustheorien dominierenden Aggregierungsannahmen. Menschen haben demnach bestimmte Interessen, schließen sich zu Gruppen zusammen, diese Gruppen vernetzen sich zu sozialen Bewegungen, daraus verdichten sich Repräsentationskerne namens Bewegungsorganisationen oder NGOs, die die Bewegung repräsentieren. Diese Annahme wird auch innerhalb der Institutionalisierungsdebatten nicht prinzipiell in Frage gestellt, im Falle von Michels und Mayereder aber negativ bewertet. Poststrukturalistisch könnte man dies als »große Erzählung« fassen. Die große Erzählung wird dabei nicht nur von der Bewegungsforschung, sondern auch von den an der Bewegung Beteiligten geteilt.

- *Institutionalisierung sozialer Bewegungen: Sklerotisierung versus Transformationsriemen moderner Gesellschaft*

Die Debatte um Macht und Herrschaft wird vornehmlich innerhalb der Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung geführt, welche in eine Debatte erster Ordnung und eine Debatte zweiter Ordnung unterschieden werden kann. Während die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung von einem »ehernen Gesetz« der Oligarchisierung und Bürokratisierung sozialer Bewegungen ausgeht, sieht die Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung in dem Institutionalisierungsprozess sozialer Bewegungen die erfolgreiche demokratische Transformierung moderner Gesellschaften. Die Institutionalisierungsdebatte ist somit insgesamt geprägt durch den Übergang von herrschaftskritischen Modellen zu Erklärungsansätzen, die Herrschaft nicht mehr zentral thematisieren⁸⁹ und die, etwa wie Kriesi, eine Bürokratisierung von Bewegungsorganisationen nur noch als eine Möglichkeit unter vielen in Betracht ziehen. Dies lässt sich auf die Strategien sozialer Bewegungen übertragen: Während die frühe Institutionalisierungsdebatte einen allgemeinen Trend von konfliktiven zu kooperativen Politikformen annimmt, stellt diese Matrix im Rahmen der

⁸⁹ Dies wird auch an den harmonisierenden Theoriefiguren »Bewegungssektor« respektive »NGO-Community« deutlich.

späteren Institutionalierungsdebatte lediglich einen Möglichkeitsraum dar.

Während die Institutionalierungsdebatte erster Ordnung die Rolle formaler Organisation noch explizit problematisiert und Organisationen eine (zwangsläufige) Eigenlogik unterstellt, sieht die zweite Institutionalierungsdebatte in formalen Organisationen neutrale und effektive Werkzeuge für je spezifische Ziele. Die letztere Debatte kann daher als »organisationsvergessen« gekennzeichnet werden.⁹⁰ Wenn überhaupt expliziert, liegt ihr ein sehr konventioneller Organisationsbegriff zugrunde. Umgekehrt postuliert die Institutionalierungsdebatte erster Ordnung einen romantisierenden Bewegungsbegriff. Demnach ist eine soziale Bewegung zunächst herrschaftsarm strukturiert, also »unschuldig«, um erst im Institutionalierungsprozess »verdorben« zu werden, was in dieser Arbeit als Infizierungs- und Sklerosierungsthese benannt wurde.

- *Transnationalisierung von Aggregierungsannahmen*

Zwar gibt es sicherlich die beschriebenen Prozesse des Scaling Ups von der lokalen auf eine internationale oder globale Ebene, doch trifft dies in erster Linie für Organisationen zu. Eine Transnationalisierung von sozialen Bewegungen, in deren Verlauf sich »typische« Bewegungsmerkmale erhalten, kommt dagegen nur rudimentär vor. Der »NGO-Community« fehlen auf der globalen Ebene wichtige Merkmale sozialer Bewegungen, insbesondere das der variablen Aktionsformen und der Basisanbindung. Gleichwohl wird in der Bewegungsforschung die Zunahme von NGOs im internationalen Raum, die sich mit bewegungsnahen Themen beschäftigen, meist verwechselt mit der Transnationalisierung von Bewegungsstrukturen. Im Kern werden hier Aggregierungsannahmen transnationalisiert. INGOs können derart als Repräsentationskerne einer Weltzivilgesellschaft erscheinen.⁹¹

90 Dies gilt auch für die Variante, die die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen als Veralltäglichsung von Bewegungsdiskursen begreift. Der dort gelegte Schwerpunkt auf das Entstehen neuer Politikmodelle (Verhandlungssysteme) verweist darauf, wie sich Gesellschaften durch die Existenz sozialer Bewegungen verändern (sprich: modernisieren). Nicht thematisiert wird aber auch hier, dass der Zugang zu der Bühne der Verhandlungssysteme über die Organisationsform gesteuert wird.

91 Die Rede von der Transnationalisierung der (neuen) sozialen Bewegungen stützt die schon aus Kapitel 2 bekannte Annahme, INGOs seien ein neues Phänomen. Damit wird kaschiert, dass es zumindest seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Organisationen gibt, die gründungsursprünglich schon immer international organisiert waren und sich mit Bewegungsthemen (etwa im Bereich des Naturschutzes und der Menschenrechte) beschäftigt haben. Es sind bis zum heutigen Tag zu einem großen Teil Neugründungen auf inter-

Einer solchen Fassung des NGO-Phänomens fehlt der umgekehrte Blick, in welcher Weise weltkulturelle Mechanismen die Ausbildung eines NGO-Sektors befördern. Die weit verbreitete Fassung des internationalen NGO-Sektors als Transnationalisierungsprodukt sozialer Bewegungen hat somit stark mythischen Charakter.⁹² Die offensichtliche Beobachtung, dass eine Einflussmöglichkeit auf internationaler Ebene, mehr noch als im nationalen Raum, fast ausschließlich über die Organisationsform ausgeübt wird, findet theoretisch keinen Niederschlag. Zwar konstruieren einige Autoren NGOs als Gegentypus zu sozialen Bewegungen, doch werden NGOs auch in dieser Fassung als Folgeerscheinung der Transnationalisierung sozialer Bewegungen aufgefasst. Derart wird die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung unter dem Stichwort VerNGOisierung neu aufgelegt und abermals die Aggregierungsthese mit einer Sklerosierungsthese gekoppelt.

Gegen die vorherrschenden Aggregierungsannahmen werden innerhalb der Bewegungsforschung mindestens drei gewichtige Einwände formuliert:

- Erstens wird unter dem Label RM-Theorie die besondere Bedeutung von Organisationen für die Herausbildung von sozialen Bewegungen hervorgehoben. SMOs sind derart keine verdichteten Repräsentationskerne einer sozialen Bewegung, sondern umgekehrt stellt sich soziale Bewegung als Folge von Organisationshandeln dar. Die RM-Theorie folgt dabei allerdings einem Organisationsbegriff, der ebenfalls Organisationen recht neutral als zweckrationale Akteure betrachtet. Eine Fassung von Organisation als Institution, als Einschränkung des Möglichkeitsraums kollektiven Handelns, kommt ihr nicht in den Sinn.
- Zweitens werden in der Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung Prozesse von Macht und Herrschaft an zentraler Stelle thematisiert. Unter dem Theorem der Oligarchisierung wird vornehmlich die Entfremdung der Organisationseliten von der Bewegungsbasis als ein zentrales Moment erachtet. Im Prozess dieser Abkoppelung gewinnt

nationaler Ebene, welche dann als Transnationalisierungs- und Scaling-Up-Prozesse wahrgenommen werden. Zwar mögen Kontinuitäten personeller und sonstiger Art zu sozialen Bewegungen rekonstruierbar sein, es handelt sich aber trotzdem in erster Linie schlicht um Neugründungen von Organisationen.

92 Die internationale »NGO-Community« kann darüber hinaus schon deshalb nur zu einem geringen Teil als Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden, da sie sich zu einem gewichtigen Teil aus bewegungsfernen Organisationen zusammensetzt.

das Interesse des Organisationserhalts gegenüber den vorgegebenen Zielen, gewinnen operative gegenüber substanziellen Zielen an Bedeutung. Im Prozess der Institutionalisierung einer Bewegung verändern sich folglich die Interessen, sprich der Inhalt des Protests und der Forderungen, selbst, was Aggregierungsannahmen zwar nicht aushebelt, aber entscheidend relativiert. Für den aktuellen Stand der bewegungswissenschaftlichen Diskussion ist dennoch festzuhalten, dass dieser Zusammenhang relativiert und verwässert wurde, wobei die Michelsschen Thesen oft als antiquiert und zu grobschlächtig abqualifiziert werden.

- Drittens liegt mit dem Ansatz von Sikkink, Smith und anderen ein viel versprechender Versuch vor, die nationalstaatlich begrenzte Optik der Bewegungsforschung zu überwinden. Zwar fasst auch dieser Ansatz (zumindest eine Teilpopulation der) INGOs als Fortführung sozialer Bewegungen auf internationaler Ebene. Er argumentiert aber dennoch indirekt gegen die Aggregierungsthese, da er die Existenz einer globalen Ebene als eigenständiges Terrain von sozialen Bewegungen annimmt. Transnationale Bewegungsorganisationen bzw. bewegungsauffine NGOs entwickeln sich demnach nicht nur bottom up, sondern umgekehrt ist das Verhältnis von TSMOs zu den lokalen Bewegungskontexten oft durch top-down-Strukturen bestimmt. Sikkink, Smith und ihren Mitarbeitern geht es darum zu untersuchen, inwieweit sich transnationale Bindungen und Identitäten durch das Wirken der TSMOs tatsächlich herauschälen und lokale oder nationale Besonderheiten in den Hintergrund treten. Leider findet sich aber auch in diesem Diskussionszusammenhang eine unzureichende Berücksichtigung und Problematisierung der Organisationsförmigkeit.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Bewegungsforschung zwar Ansätze der Überwindung von aggregierungstheoretischen Argumentationen formuliert hat, diese aber bislang weder unter diesem Gesichtspunkt systematisiert hat noch die Dominanz dieses Paradigmas in Wissenschaft und Öffentlichkeit hat brechen können. Um dem NGO-Phänomen gerecht zu werden, scheint es daher dringend erforderlich, jenseits aggregierungstheoretischer Annahmen alternative Modelle und Theorieansätze zu formulieren. Hierbei scheint es zunächst notwendig, die Strukturen der internationalen bzw. globalen Ebene genauer herauszuarbeiten. In diesem Rahmen könnte auch dem prinzipiellen Defizit der Bewegungsforschung, dass sie andere gesellschaftliche Akteure und Institutionen nur unzureichend konzeptualisiert (Brand 2000: 30), begegnet werden. Außerdem ist, das sei hier wiederholt, der Frage der Organisationsförmigkeit noch intensiver nachzuspüren.

4. Der Diskurs um Global Governance: NGOs als *Global Players* in Verhandlungssystemen

Als *ein* Ergebnis der Beschäftigung mit dem Beitrag der Bewegungsforschung an der Erklärung und Rahmung des NGO-Phänomens ist herausgearbeitet worden, dass diese die Existenz einer eigenständigen globalen Ebene kaum beleuchtet und nicht konzeptionell rahmt. In dem nun folgenden Kapitel wird deshalb diese Ebene genauer analysiert, d.h. es werden nun die Interaktionen der NGOs mit anderen Akteuren auf der internationalen Ebene in den Blick genommen. Dies geschieht im Folgenden aber nicht, indem für einzelne Politikbereiche nachgezeichnet wird, wie sich die dort engagierten NGOs zu Nationalstaaten, IGOs und Interessenverbänden konkret in Beziehung setzen. Vielmehr erfolgt eine Aufarbeitung der konzeptionellen Grundlegungen dieses Verhältnisses.

Diese artikulieren sich zunehmend unter der Überschrift »Global Governance«, ein Konzept, welches inzwischen als ein »Meta-Konzept« (Frantz 2002: 61) angesehen werden kann, in dem Fragen der internationalen Steuerung unter Einbezug privater, sprich nichtstaatlicher Akteure, verhandelt werden. Erst durch die Darstellung der Diskussion um Global Governance wird deutlich, welche Funktionen NGOs in der Weltpolitik zugeordnet werden und woraus sich deren Bedeutungsaufladung speist.

Der folgende Überblick beginnt mit einer knappen Auseinandersetzung zum Begriff Governance und seiner noch jungen Karriere (Kap. 4.1). Eine besondere Schwierigkeit, den Diskurs im Weiteren aufzuarbeiten und zu ordnen, besteht darin, dass die Begrifflichkeit Global Governance sowohl als Bezeichnung eines politischen Konzepts als auch als Teil analytischer Verfahren, die die veränderten Konstellationen in der in-

ternationalen Politik fassen wollen¹, gebraucht wird. Da der Begriff also einerseits im politischen Alltagsgeschäft, andererseits in den Sozial-, Politik- und Rechtswissenschaften angesiedelt ist, wird für die weitere Beschäftigung zunächst eine diesbezügliche, recht schroffe Kategorisierung eingeführt. Ich unterscheide demgemäß zwischen Ansätzen, die Governance-Netzwerke als neues Steuerungsinstrument propagieren und deshalb als emphatische oder politikberatende Versionen bezeichnet werden können (Kap. 4.2), und solchen, die Governance-Strukturen analytisch-empirisch erfassen und gegebenenfalls theoretisch eingrenzen und explizieren wollen (Kap. 4.3).² Letztere können auch als Reflexionsebene verstanden werden, die die Entwicklung von Global Governance als Leitbild verständlich macht. In einem anschließenden vierten Teil wird Global Governance insgesamt als ein Diskurs gefasst und seine zentralen Elemente und Leerstellen herausgearbeitet.

4.1 Begriffsklärungen und Elemente von Governance

Der Begriff *Global Governance* nimmt inzwischen eine zentrale Stellung ein, wenn es darum geht, die Möglichkeiten demokratischer Partizipation im Weltmaßstab auszuloten. Hierbei geht es ganz allgemein um verschiedene Formen und Ebenen der Koordination, Kooperation und kollektiven Entscheidungsbildung, an denen staatliche, aber eben auch nichtstaatliche Akteure partizipieren sollen. In den Worten der allgemein akzeptierten, kanonischen Definition der *Commission on Global Governance*: »Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als ihre eigenen Interessen angesehen werden« (Kommission 1995: 4).³ Als Ziel von Global Governance-Strategien wird die Erhöhung der Regulierungsfähigkeit

1 Grundlegend die Arbeiten von James N. Rosenau, aber auch die Ansätze des »akteurszentrierten Institutionalismus« (Mayntz/Scharpf 1995). Vgl. hierzu Kapitel 4.3.1.

2 Ähnlich unterscheiden Nölke (2000) sowie Brand et al. (2000).

3 Für einen Überblick über weitere Definitionsversuche von Global Governance vgl. Weiss (2000).

und die Verringerung der sich auf internationaler Ebene herausbildenden Legitimitätsdefizite angeführt (Sack/Berndt 2001: 12), wobei der Ausgangspunkt der Überlegungen meist ist, dass der Nationalstaat (alleine) seine Aufgaben nicht mehr wirksam und zufrieden stellend erfüllen kann.

Woher aber kommt der Begriff »Governance«? Eine Klärung seines Bedeutungsinhaltes kann nicht ohne einen Vergleich zum Begriff *government* geschehen, mit dem dieser rivalisiert. Beide haben offensichtlich die gleiche etymologische Herkunft und gehen auf das lateinische Verb *gubernare* zurück. *Gubernare* bezieht sich auf das Steuern und Lenken eines Schiffes, wird aber auch als Kunst des Regierens übersetzt, meint dann also in übertragenem Sinne das Lenken des Staatsschiffes. Unterschiede zwischen *Government* und *Governance* ergeben sich erst durch die spezifische Verwendung in den Debatten der letzten beiden Jahrzehnte. Dort bezieht sich *Government* relativ eng auf die Gesamtheit staatlicher Institutionen und Gesetze. Im Zentrum steht »die Regierung als staatliche Autorität, eingebettet in einen formell und rechtlich definierten Rahmen« (Fuster 1998: 68). Die Bedeutung von *Governance* geht deutlich darüber hinaus. Neben der Ausübung nationaler staatlicher Regierungsgewalt steht *Governance* allgemeiner für »the manner in which power is exercised in the management of a country's economic and social resources for development«.⁴

Unmittelbar sind hiermit auch »informellere Formen der Machtausübung sowie Entscheidungsprozesse abseits staatlicher Institutionen, beispielsweise seitens privater Gruppierungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene« (Fuster 1998: 68) gemeint. Während mit *Government* staatliche Institutionen gekennzeichnet werden, die mit der Durchsetzung von *governing* beauftragt sind, symbolisiert der Begriff *Governance* zunächst ein »Mehr«. Regierungsrelevante Interaktionen finden dann nicht mehr nur zwischen den verschiedenen staatlichen Institutionen untereinander statt, sondern auch unter Einbezug anderer Akteure. »Regieren« meint demnach mehr als die Ausübung und Durchsetzung staatlicher Gewalt.⁵ Konzeptionen von *Governance* besitzen daher das Potenzial, von staatlich autorisierten Institutionen und Zuständigkeiten und damit von Fragen der Legalität und Nicht-Legalität zu abstrahieren.⁶

Governance wird als eine Form der Regierungstechnik konzeptualisiert, die nicht mehr zwingend an einen bestimmten Ort gebunden ist. Po-

4 So definiert das *Webster's New Universal Unabridged Dictionary*. Diese Definition ist ebenfalls Grundlage der Definition der Weltbank (1994: xiv).

5 Brown (2001: 7) formuliert es so: Global Governance beziehe sich »auf die Formen von Regierung, die es nicht wagen, sich »Regierung« zu nennen.«

6 Die Legitimität der entstehenden Ordnung(en) ist allerdings ein zentraler Diskussionspunkt der Debatte um Global Governance.

litische Macht wird damit nicht nur mehr bei den politischen Eliten oder in der Staatsregierung verordnet, sondern in einem *netzwerkartigen* Geflecht mehrerer gesellschaftlich relevanter Akteure. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen politischen Autoritäten und den formellen Institutionen des Staates bleibt offen und gerät selbst in den Fokus des Forschungsinteresses.

Die Übersetzung von Governance ins Deutsche gestaltet sich schwierig, weshalb sich in der deutschsprachigen Literatur das englische Original durchsetzt. Gleichwohl gab es einige Versuche. Recht verbreitet ist die Übersetzung von (Global) Governance mit (Welt-)Ordnungspolitik.⁷ Es findet sich aber auch die an entwicklungspolitische Diskussionen anknüpfende Übersetzung mit (globaler) Strukturpolitik (Brand et al. 2000: 13). Beide Übersetzungen implizieren im deutschen Sprachgebrauch eine ordnungsrechtliche und hierarchische Orientierung⁸, die dem Governance-Ansatz zumindest auf dessen programmatischer Ebene nicht gerecht wird. Mürle (1998: 4) weist darauf hin, dass der Governance-Begriff in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften sein Pedant im Begriff der Steuerung habe, der sich seit den 1980er Jahren stark ausbreite (vgl. Kap. 4.3.1). Dies kommt der Konzeption von Governance schon näher. Governance erscheint so als »Leitbild zur Rückgewinnung politischer Steuerungsfähigkeit« (Paech 2001: 2).⁹ Als wortwörtliche Übersetzung taugt der Begriff Steuerung aber ebenfalls nicht, da er die Differenz zu Government nicht kenntlich macht.

Der Begriff Governance hat seine Wurzeln in der institutionenökonomischen Organisationstheorie und dort vor allem in der Transaktionskostentheorie im Anschluss an Williamson (1990; Ebers/Gotsch 1993). Letztere will erklären, warum bestimmte Transaktionen in bestimmten institutionellen Arrangements mehr oder weniger effizient abgewickelt und organisiert werden, wobei es ihr in der Konsequenz um einen Kostenvergleich geht. Williamson legt dabei das Augenmerk insbesondere auf die Strukturen der Betriebsführung, die er mit *corporate governance* bzw.

7 So etwa die deutsche Übersetzung des Berichts der *Commission on Global Governance*.

8 Die hierarchische Orientierung wird besonders deutlich bei dem (missratenen) Übersetzungsversuch von North (1992), in dem Governance mit »Beherrschung und Überwachung« übersetzt wird.

9 Der Sammelband von Kenis und Schneider übersetzt etwa Governance mit »institutioneller Steuerung«, wobei mit Steuerung eine »Form von Handlungskanalisation« gemeint ist. »Steuerungsinstitutionen sind aus dieser Perspektive aus unterschiedlichsten »Kanalisatoren« zusammengesetzt, wobei zu einer spezifischen Steuerungsmixtur gewisse Anreizstrukturen zählen, die Handlungen motivieren, oder Akteure zur Unterlassung bestimmter Handlungstypen veranlassen« (Kenis/Schneider 1996: 11f).

governance structures bezeichnet. Gemeint ist damit die Gesamtheit der Maßnahmen, die ein Betrieb anwendet, um eine wirksame Koordination herzustellen. Der Governance-Begriff ist also schon initial mit Effizienzsteigerung und der politischen Absicherung eines ökonomischen Kernbereichs verknüpft. Heute hat sich die Literatur zu Corporate Governance vervielfacht und ist zu einem Teilgebiet der Managementlehre geworden. Corporate Governance wird dort als eine verantwortliche, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensleitung und -kontrolle verstanden, wobei sowohl die internen Koordinierungsprozesse als auch die Kommunikationen mit der Umwelt des Unternehmens in den Blick geraten.

Die Häufigkeit der Verwendung von Governance auch im öffentlichen Diskurs steigt stark an, seitdem Governance mit den Adjektiven *global* oder *good* verknüpft wird. So weist Bøås (1998) darauf hin, dass der Begriff Governance, bevor er auf einem globalen Level diskutiert wurde, fast ausschließlich im akademischen Diskurs verwendet wurde. Seit Anfang der 1980er Jahre habe sich aber, so Weiss (2000: 796), um den Terminus Governance zunehmend eine »intellectual cottage industry« entwickelt. Der Governance-Begriff werde seitdem von wichtigen Schulen und internationalen Kommissionen extensiv zur Rahmung von aktuellen globalen Problemlösungen gebraucht.

In der entwicklungspolitischen Diskussion erlangt der Begriff erst mit der 1989 veröffentlichten Afrika-Studie der Weltbank (1989) größere Bedeutung, in der das Thema Regierungsführung erstmals im Rahmen der Weltbank thematisiert wurde. Die Studie stimulierte ein schnell zunehmendes Interesse an regierungsorientierten Themen in der Entwicklungspolitik, wobei sich das Vokabular der Studie so schnell etablierte, dass bereits zu Beginn der 1990er Jahre von einer Governance-Diskussion gesprochen werden konnte, die ihren Fokus zudem schnell auf Staaten außerhalb Afrikas erweiterte (Fuster 1998: 11).

Diese Begriffsverwendung markiert zugleich eine wichtige inhaltliche Verschiebung innerhalb der internationalen Beziehungen. Während lange Zeit völkerrechtlich und in der Politik der Vereinten Nationen das Primat der Unantastbarkeit der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten der einzelnen Staaten vorgeherrscht hat, gerät dies nun zunehmend durch internationale Organisationen und Foren unter Druck. Der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros-Ghali (1992: §17) drückt es so aus: »The time for absolute and exclusive sovereignty, however, has passed.« Seit Mitte der 1980er Jahre und stark zunehmend nach dem Ende des Kalten Krieges ist es immer legitimer, in internationalen Foren darüber zu diskutieren, wie einzelne Staaten und Gesellschaften zu strukturieren seien (Weiss 2000:

799). Zudem schwindet mit dem Wegfall der globalen Systemkonkurrenz zwischen Ost und West auch die geopolitische Bedeutung der Entwicklungsländer, so dass eine stark ansteigende Debatte über Good Governance Anfang der 1990er Jahre Konjunktur hatte (Fuster 1998: 17f; Doornbos 2003: 3). Der starke Gebrauch der Governance-Begrifflichkeit ist also unmittelbar mit dem Ende der Ära des Kalten Kriegs verknüpft.¹⁰ Der Begriff zeigt an, dass eine Periode geendet hat, dass aber noch keine griffige Formulierung gefunden worden ist, die die essentiellen Dynamiken der neuen Periode auf den Punkt bringen kann (Weiss 2000: 806): »We say ›governance‹ because we don't really know how to call what is going on« (Finkelstein 1995: 368).

4.2 Global Governance als Reformdebatte des globalen politischen Institutionensystems

Im Folgenden sollen zunächst diejenigen Ansätze zu Global Governance vorgestellt werden, die das Konzept offensiv als Lösungsmöglichkeit für aufgetretene Steuerungsprobleme im Zuge der Globalisierung diskutieren. Ihnen gemeinsam ist eine politikberatende Grundausrichtung. Eine Konzeption von Global Governance wird folglich in diesen Arbeiten als »Problemlösungsperspektive« (Mayntz 2001: 41) entwickelt. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die hier zugrundeliegende Unterscheidung zwischen einer politikberatenden und einer analytischen Perspektive nur vorläufig sein kann. Sie lässt sich weder konsequent durchhalten noch ist sie deckungsgleich mit der Differenz wissenschaftlich/nicht-wissenschaftlich. Politikberatende Governance-Ansätze kommen nicht ohne eine Analyse der derzeitigen gesellschaftlichen Umbrüche aus. Umgekehrt schwingen auch in wissenschaftlichen Arbeiten, die Governance-Strukturen als neue Formen (internationaler) Vergesellschaftung untersuchen, oft normativ-präskriptive Gegenstandsbestimmungen mit.¹¹

Die Konzeptionen von Global Governance im politischen Raum sind vor allem in einigen zentralen »Meilensteinen« formuliert worden. Hier sind als Vorläufer vor allem der Brandt-Report (1980) und der Brundtland-Bericht (Hauff 1987) zu nennen, die an anderer Stelle einer ausführlichen Würdigung unterzogen wurden (Eblinghaus/Stickler 1996: 59ff). Zentrale Bedeutung bei der Verankerung des Global Governance-Kon-

10 Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter der Überschrift »Globalismus« (Kap. 4.4.3).

11 Für andere Versuche, »Ordnung« in den Governance-Diskurs zu bekommen, vgl. vor allem Mürle (1998); Brand et al. (2000); Pierre/Peters (2000); tabellarisch aber auch Beisheim/Brunnengräber (2002).

zepts in der internationalen Öffentlichkeit aber erlangte der Bericht der schon erwähnten *UN-Commission on Global Governance (CGG)* (1995) mit dem Titel »Our Global Neighbourhood« (Kap. 4.2.1) sowie der Bericht der *Gruppe von Lissabon* (1997) (»Grenzen des Wettbewerbs«), der allerdings das Begriffspaar Global Governance kurioserweise nicht verwendet. Der Ansatz der CGG wurde unter dem Label der *Global Public Policy Networks* weiter ausdifferenziert und unter Rückgriff auf die politikwissenschaftliche Forschung zu Policy-Netzwerken als Netzwerk-Ansatz auf globaler Ebene reformuliert (Kap. 4.2.2). Für die bundesrepublikanische Diskussion waren zusätzlich diverse Veröffentlichungen des *Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF)* diskussionsanleitend (Kap. 4.2.3). Ansätze von Governance sind aber nicht nur theoretisch vorformuliert worden, sondern finden zunehmend Eingang in Konzeptionen von Regierungspolitiken, wie abschließend skizziert wird (Kap. 4.2.4).

4.2.1 Der Bericht der Commission on Global Governance

Der Bericht der *UN-Commission on Global Governance (CGG)* von 1995 mit dem Titel »Our Global Neighborhood« beflügelte die internationale Diskussion über Global Governance erheblich und sorgte insbesondere für deren Verankerung über den akademischen Betrieb hinaus.¹² Im Unterschied zu vorherigen unabhängigen Kommissionen beschäftigte sich die CGG nicht mehr nur mit bestimmten Teilaspekten der Weltpolitik, sondern nahm die Gesamtheit der weltpolitischen Herausforderungen in den Blick. Gleichwohl steht der Bericht der CGG durch seinen visionären Pathos in der Tradition des Brandt- sowie des Brundtland-Berichtes. Ähnlich wie in diesen Berichten wird auch in »Our Global Neighborhood« die Vielfalt von Strategien betont und der prozessuale Charakter der Konzeption hervorgehoben. Der Interpretationsspielraum ist bewusst weit angelegt (Brunnengräber 1997: 258). Der Bericht orientiert sich zeitdiagnostisch an den Gegebenheiten realer Politik, trägt aber gleichzeitig stark normative Züge und nimmt explizit für sich in Anspruch, »den Anfang einer neuen Vision für die Menschheit« (Kommission 1995: 8) zu markieren.

Unter dem Eindruck des Endes des Kalten Krieges erarbeitete die Kommission ein Konzept, welches vornehmlich *neue* Steuerungspotentiale für die wahrgenommenen Weltprobleme präsentieren sollte. Der damals noch recht unbekanntes Terminus Global Governance sollte diese Neuartigkeit symbolisieren (Weiss 2000: 806). Der Bericht der CGG geht

12 Im Folgenden beziehen sich Zitationen als »Kommission (1995)« auf die deutsche Ausgabe »Nachbarn in einer Welt«, als »CGG (1995)« auf die englische Originalausgabe.

folglich von der Existenz einer »new world« aus und betont die Rasanzen der Entwicklung: »Never before has change come so rapidly – in some way, all at once – on such a global scale, and with such global visibility« (CGG 1995: 12). Ziel der CGG ist die Entwicklung und Formulierung von »operationalisierten Handlungsempfehlungen für eine *institutionelle Neuordnung* der internationalen Beziehungen« (Mürle 1998: 8). Die CGG befürwortet zwar prinzipiell die bestehenden globalen Institutionen, hält diese aber für unzureichend. In ihrem momentanen Zustand seien sie überfordert, Probleme wie Armut, Umweltzerstörung, weltwirtschaftliche Instabilität sowie inter- und intrastaatliche Gewalt zu bewältigen (CGG 1995: 7ff). Die CGG will deshalb das internationale System und insbesondere die Vereinten Nationen weitreichend reformieren. Leitidee ist die Schaffung einer auf Kooperation basierenden Weltordnung. Der Idee eines Weltstaats wird von vorneherein eine Absage erteilt, da hier Demokratiedefizite befürchtet werden. Der Bericht analysiert in jeweils einzelnen Kapiteln die Themenfelder globale Sicherheit, wirtschaftliche Interdependenz, Reform der Vereinten Nationen und Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit. Dazu werden Handlungsempfehlungen formuliert, wie z.B. die Schaffung eines Rates für wirtschaftliche Sicherheit, die Einführung eines Petitionsrechtes nicht-staatlicher Akteure beim Sicherheitsrat oder die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes.

Der Bericht der CGG geht von der Entstehung einer globalen Zivilgesellschaft in den letzten 50 Jahren aus. Dies sei begünstigt worden durch die verbesserten Möglichkeiten der Kommunikation und durch die »gewachsene Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen«, die wiederum auf »verbesserte Bildungsmöglichkeiten, größere Chancen für Frauen, besseren Informationszugang und politischen Fortschritt« zurückzuführen seien (Kommission 1995: 38ff). Der Bericht vertritt einen sehr weit gefassten Begriff von Zivilgesellschaft, der eine Vielzahl von Institutionen, freiwilligen Vereinigungen und Netzwerken angehören. Prinzipiell werden sowohl kommerzielle als auch nicht-kommerzielle Organisationen hierunter subsumiert.

Im Fortgang der Argumentation werden jedoch vor allem die quantitative Zunahme von international agierenden NGOs und deren Bedeutungsgewinn in Feldern, die zuvor vorrangig durch staatliches Handeln bestimmt waren, etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, als Anzeichen für die Existenz einer globalen Zivilgesellschaft gewertet. Den NGOs werden bezüglich der Umsetzung konkreter Maßnahmen der internationalen Politik verschiedene Tätigkeitsfelder zugeordnet, so z.B. die Durchführung und Evaluation entwicklungspolitischer Maßnahmen. Neben diesen ausführenden Aufgaben von NGOs wird deren Beteiligung an der Entscheidungsfindung innerhalb der Governance-Strukturen ge-

wünscht. Dies wird aber lediglich abstrakt gefordert und nicht ausbuchstabiert, ganz zu schweigen von einer Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Teilnahme oder Mitentscheidung. Als bisher bemerkenswerteste Leistung von NGOs wird deren Rolle bei den Weltkonferenzen der Vereinten Nationen angesehen, deren Themen den aktuellen globalen Problemen entsprechen. Die Bedeutung der NGOs sei demnach vor allem im Vorfeld von Entscheidungsprozessen und in deren kritischer Begleitung angesiedelt. Dort solle die globale Zivilgesellschaft, bestehend aus Wirtschafts- und Berufsverbänden, Gewerkschaften, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen, als unabhängiges Kontrollorgan, Frühwarnsystem und Informationsquelle fungieren (ebd.: 281f).

Das Ziel der CGG, »Frieden und Fortschritt für alle Menschen zu fördern« (ebd.: 9), soll im Geiste der »guten Nachbarschaft« erreicht werden. Die Weltgemeinschaft wird als Schicksalsgemeinschaft mit einem prinzipiellen Allgemeininteresse vorgestellt. Im Rahmen geglückter Implementierung von Governance-Strukturen könne sich eine Win-Win-Konstellation einstellen, von der alle Beteiligten profitieren. Einzelinteressen und Allgemeininteresse ständen sich nicht unversöhnlich gegenüber. Die in dem Bericht vielfach beschworene Verantwortung für die Welt und die Menschheit sichere erst die längerfristige Möglichkeit eigenständiger Entfaltung: »Kein Staat kann Fortschritte machen und Unsicherheit und Not andernorts unbeachtet lassen. Wir müssen unsere globale Nachbarschaft miteinander teilen und sie stärken, so dass sie für alle unsere Nachbarn lebenswert zu werden verspricht« (ebd.: xxii).

Die Kommission will der wachsenden Bedeutung von nichtstaatlichen Akteuren Rechnung tragen, weshalb sie vehement für die verstärkte Einbindung dieser neuen »privaten« Akteure in die Verhandlungsprozesse auf internationaler Ebene plädiert. Neben den Nationalstaaten und den von diesen getragenen internationalen Organisationen sollen NGOs, Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt an der Entscheidungsfindung partizipieren (ebd.: 5). Zwar seien »Staaten und Regierungen [...] weiterhin die wichtigsten öffentlichen Institutionen zur Behandlung von Fragen, die Völker und die Weltgemeinschaft als Ganzes betreffen.« Doch müssten die Nationalstaaten eine Vielzahl neuer Akteure berücksichtigen und »sich deren Fähigkeiten zu nutze machen« (ebd.). Governance-Strukturen ersetzen nicht die bisherigen Aufgaben von Staaten und internationalen Organisationen, sondern seien zu ihnen komplementär und erhöhten das Problemlösungspotential.

Zwar werden in dem Bericht der CGG relativ weitreichende Reformen der internationalen und nationalen Institutionen (allen voran der Vereinten Nationen) angestrebt. Der Begriff Global Governance wird jedoch derart ausgeweitet, dass er sich auf die Neugestaltung von Politik auf al-

len Handlungsebenen beziehen kann. Die CGG entwirft keine ausformulierte, starre Global Governance-Struktur, sondern sieht Global Governance als einen »breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozeß interaktiver Entscheidungsfindung, der sich ständig weiterentwickelt und sich ändernden Gegebenheiten anpasst« (ebd.). Aus dem systemischen Charakter der Problemlagen wird geschlossen, dass auch deren Behandlung systemischer Ansätze bedarf. Insgesamt sei die Ausgangslage globaler Politik wesentlich komplexer geworden, was die Schaffung geeigneter ordnungspolitischer Mechanismen heutzutage verkompliziere. Governance-Strukturen müssten daher »genügend flexibel sein, um auf neue Probleme und geänderte Interpretationen alter Probleme reagieren zu können« (ebd.).

Die Koexistenz von formellen und informellen Regelungen, die Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, korrespondiere mit der Koexistenz und Verquickung verschiedener, dem Problem möglichst angemessener Regelungsformen. Genannt werden Markt, staatliche Hierarchie und kooperative Netzwerke (ebd.: 5)¹³, wobei letzteren wegen ihres Innovationspotentials eine besonders prominente Bedeutung zugemessen wird. »Eine wirksame globale Entscheidungsfindung muß daher auf lokal, national und regional getroffenen Entscheidungen aufbauen und diese ihrerseits beeinflussen und muß auf die Fähigkeiten und Ressourcen unterschiedlichster Menschen und Institutionen auf vielen Ebenen zurückgreifen. Sie muß Partnerschaften, d.h. Netzwerke von Institutionen und Prozessen, aufbauen, die globale Akteure zur Koordination und gemeinsamen Nutzung von Informationen, Wissen und Fähigkeiten und zur Entwicklung abgestimmter politischer Strategien und Verfahrensweisen bei gemeinsamen Problemen befähigen« (ebd.). Der UNO als zentrales Element der angestrebten Ordnungspolitik wird die Aufgabe zugeschrieben, die Koordination dieser Netzwerke und allgemein der Governance-Prozesse zu bewerkstelligen.

Die Kommission hebt zwei Voraussetzungen für das Funktionieren ihrer Konzeption hervor. *Erstens* wird eine Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit vorgeschlagen. Hier verschränkt sich die Debatte mit der um Good Governance. In internationalen Diskussionen entwickelte Standards von Good Governance werden zur Messlatte der Beurteilung nationalstaatlicher Innenpolitik. Auf globaler Ebene müsse das Völkerrecht in den internationalen Beziehungen gestärkt werden. Die bisherige, auf Unverbindlichkeit beruhende Praxis des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag sei unzufriedenstellend.

13 Die Kategorisierung in Markt, Hierarchie und Netzwerk wird in Kap. 4.4.5 problematisiert.

Zweitens müsse eine Art Weltethik, ein Fundament an gemeinsamen Werten, entstehen, da nur auf einer solchen Grundlage von universell anerkannten Werten, Prinzipien und Zielen gemeinsame Problemlösungen erarbeitet werden könnten. Die Rechte und Pflichten dieses »globalen Bürgerethos« sollen den Geist der entstehenden globalen Zivilgesellschaft bestimmen, wobei nicht ausgeführt wird, wie eine verbindliche Einigung über diese erzielt werden kann. Ohne diese Grundlage drohe aber die Gefahr der Orientierungslosigkeit und damit Unregierbarkeit der globalen Zivilgesellschaft (Kommission 1995: 63). »Der Gedanke, daß Menschen ungeachtet ihrer nationalen oder sonstigen Identität gemeinsame Interessen haben und sich über alle Grenzen hinweg zur Wahrnehmung dieser Interessen organisieren, hat für die Weltordnungspolitik zunehmende Bedeutung« (ebd.: 281).

Wie vorher schon der Brundtland-Bericht vermittelt auch »Our Global Neighborhood« den »Eindruck eines harmonistischen Weltbildes« (Mürle 1998: 11). Wie bei diesem ist dies vor allem dem Umstand geschuldet, dass es sich um ein von vielen Beteiligten ausgehandeltes Kompromisspapier handelt, »bei dem die Notwendigkeit, die Interessen der Verhandlungspartner nicht zu verletzen, aus nahezu jeder einzelnen Zeile herauszulesen ist« (Brand et al. 2000: 33). Die Autoren setzen dennoch große Hoffnungen in das von ihnen skizzierte politische Projekt. Letztendlich werde die Vernunft die Entwicklung universeller Werte befördern. Das Governance-Konzept der CGG wird deshalb hier als emphatische, von Visionen getragene Governance-Variante gekennzeichnet.¹⁴ Der Bericht der CGG ist ein frühes Beispiel für die Vagheit, Vieldeutigkeit und Offenheit des Global Governance-Begriffs, der die gesamte Debatte durchzieht. Der Bericht baut eine Spannung auf zwischen weitreichenden Visionen und zukünftigen Anforderungen an Weltpolitik einerseits und wenig konkreten Vorstellungen über deren realpolitische Durchsetzung andererseits, die er nicht auflöst. Außerdem verankert er schon zentral den Netzwerkbegriff, der in der an den Bericht anschließenden Diskussion noch an Bedeutung gewinnt.

Insgesamt akzeptiert der Bericht die Existenz gravierender globaler Probleme und will Ansätze zu ihrer Lösung liefern, ohne bestehende, strukturelle Ursachen substantiell zu verändern (Schechter 1999). Besonders deutlich wird dies, wenn dem »Management der wirtschaftlichen Interdependenz« ein eigenes Kapitel gewidmet wird. Zur »Absicherung des internationalen Wettbewerbs« wird dort u.a. vorgeschlagen, analog zum Weltsicherheitsrat im Rahmen der UN einen »Rat für wirtschaftliche Sicherheit« zu installieren, der sich eng mit den bestehenden Institutionen

14 Ebenso Brand et al. (2000: 34) und Beisheim/Brunnengräber (2002).

IWF und Weltbank koordinieren soll. Der zunächst recht offen definierte, lediglich durch einen universellen Wertekanon definierte Charakter der Weltzivilgesellschaft wird so stark eingeschränkt und auf die ökonomischen Erfordernisse hin konditioniert. Eingedenk dieser »marktfreundlichen« Grundausrichtung ist der ironisierenden Anmerkung von Baxi (1996: 537) zuzustimmen, dass die CGG in den Vordergrund stellt, »how the United Nations, the states, and NGOs can be good neighbors to transnational capital and technology« (1996: 537).

4.2.2 Global Public Policy Networks

Die Ideen der CGG sind in der internationalen Diskussion inzwischen weiter ausdifferenziert, konkretisiert und modifiziert worden. Eine besonders explizierte Variante wird unter dem Label *Global Public Policy Networks* von Wolfgang Reinicke¹⁵ und seinen Mitarbeitern entwickelt.¹⁶ Im Auftrag des UN-Generalsekretärs Kofi Annan und der von ihm initiierten *Global Compact Initiative*¹⁷ hat diese Arbeitsgruppe auf der Basis von 20 Fallstudien neue Formen der internationalen Kooperation in globalen Politiknetzwerken untersucht. Unter dem Motto »Coalitions for Change« installierte der damalige Präsident der Weltbank Jim Wolfensohn *global public policy networks* als einen zentralen Bestandteil der Arbeit der Weltbank (Wolfensohn 1999).

Expliziter als im Bericht der CGG werden hier ökonomische Globalisierungsprozesse als Herausforderung begriffen, neue adäquate Formen des Regierens zu entwickeln. Das Regieren müsse sich den »Ansprüchen der Globalisierung« stellen und diesen »gerecht werden« (Benner et al. 2001: 362). Als Ziel formulieren die Autoren eine über Territorial- und Sektorgrenzen hinausgehende »nachhaltige Gestaltung der Globalisie-

15 Reinicke war von 1998 bis 2000 Senior Economist in der *Corporate Strategy Group* der Weltbank.

16 Vgl. www.globalpublicpolicy.net; aber auch Reinicke (1998); Benner et al. (2001); Benner/Reinicke (1999); Reinicke/Deng (2000).

17 Kofi Annan schlug im Januar 1999 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos einen Pakt zwischen Privatwirtschaft und Vereinten Nationen vor. Dem im Juli 2000 ins Leben gerufenen *Global Compact* gehören neben dem UN-Generalsekretär, der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und dem UN-Umweltprogramm UNEP rund 50 transnationale Konzerne (TNKs) und Unternehmerverbände an. Außerdem beteiligen sich der Internationale Gewerkschaftsbund und große internationale NGOs aus dem umwelt- und menschenrechtspolitischen Spektrum. Ziel ist, dass TNKs auf freiwilliger Basis ihre Geschäftspraktiken an universellen Werten orientieren, die in neun, meist sehr allgemein gehaltenen Prinzipien zu Menschenrechten, Arbeitsstandards und Umwelt niedergelegt sind. Vgl. www.unglobalcompact.org; Hamm (2002).

« (ebd.: 374). Die nationalstaatlich legitimierten Entscheidungsträger sähen sich nämlich mit folgenden operativen Dilemmata konfrontiert: *Erstens* sei mit zunehmender ökonomischer und sozialer Integration auf globaler Ebene prinzipiell die auf das nationale Territorium begrenzte Reichweite staatlichen Handelns immer unzufriedenstellender. *Zweitens* hinke der nationalstaatliche Apparat den beschleunigten Entwicklungen immer mehr hinterher und sei nicht mehr fähig, effektive und zeitgemäße Entscheidungen zu treffen. Schließlich nähme *drittens* die Komplexität politischer Entscheidungen zu. Den traditionellen staatlichen und intergouvernementalen Institutionen fehle oft die Reichweite, die Geschwindigkeit und die nötige breite Wissensbasis, um angemessene und effektive Entscheidungen zu treffen (ebd.: 359f).

Transgouvernementale Netzwerke, transnationale *public-private-partnerships* und insbesondere die internationalen Organisationen bilden demnach die zentralen Elemente von *Global Public Policy Networks* (Reinicke 1998: 219f), die als Alternative zum herkömmlichen einzel- und zwischenstaatlichen Handeln propagiert werden. Der Ansatz des *Global Public Policy* (GPP) will die positiven Effekte der Globalisierung nutzen, indem »ergebnisoffene, innovative Ansätze« implementiert werden, die vom Geist des »permanenten gegenseitigen Lernens« geprägt sein sollen (Benner et al. 2001: 362). Die Autoren propagieren ein zunehmend vernetztes Regieren (*networked governance*) und definieren es als ein »sektorenübergreifendes – durch die produktive Einbindung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft – sowie ebenenübergreifendes – durch die Verbindung von lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene – Handeln öffentlicher Akteure« (ebd.). GPP-Netzwerke werden als offene Systeme gefasst und sollen »in dynamischer, nicht-hierarchischer Form die von grenzüberschreitenden Problemen betroffenen Akteure zusammen[bringen], um auf der Basis von Interessen- und Wissensdifferenzen in einem ergebnisoffenen Prozess nach tragfähigen Regelungsformen zu suchen« (Benner/Reinicke 1999: 3). Globale Politiknetzwerke entstünden in der Regel unabhängig voneinander als mehr oder weniger spontane Reaktion der betroffenen Akteure auf ein spezifisches Problem (Reinicke/Deng 2000: xi). Als Beispiele können die internationale Kampagne gegen Landminen (Peters 1999), die globale Initiative *Roll Back Malaria* (von Ballegoyen 1999) oder die Weltstaudammkommission (Dingwerth 2003) gelten.

Die bereits entstandenen globalen Politiknetzwerke werden mit »geradezu euphorischen Erwartungen« (Nölke 2000: 334) verknüpft und als »ambitionierteste institutionelle Innovationen« gefeiert. Sie seien trotz vorhandenen Misstrauens auf allen Seiten Manifestationen der Einsicht in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Angehens von Problemen. Globale

Politiknetzwerke bildeten »Brücken zwischen dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft« und nützten die »zentralen Triebkräfte der Globalisierung« (Benner et al. 2001: 362f). Realistisch konstatiert der Ansatz zwar, dass in den Netzwerken bislang »die üblichen Verdächtigen« (Benner et al. 2001: 366), also multinationale Konzerne und Nord-NGOs, dominierten. Er belässt es aber bei dem rein normativen Appell, dass in Zukunft eben verstärkt Akteure aus dem Süden einzubinden seien.

Aus der Analyse der zwanzig untersuchten Fallstudien destillieren die Autoren fünf Kernfunktionen globaler Politiknetzwerke. Erstens würden in ihnen globale Standards verhandelt, zweitens obliege ihnen das Sammeln und Verbreiten von Wissen, wobei ihnen die neuen Informationstechnologien zu Hilfe kommen. Eine dritte Funktion globaler Politiknetzwerke liege in der »Vertiefung von Märkten und der Korrektur von Marktversagen«. Viertens würden globale Politiknetzwerke bei der Implementierung bestehender intergouvernementaler Verträge und Abkommen helfen. Schließlich habe fünftens die »wesentliche Verbesserung globaler Politikmechanismen und -prozesse« auch eine Eigenberechtigung (ebd.).

Den bestehenden internationalen Organisationen, insbesondere der Weltbank und der UN, wird eine überragende Bedeutung bei der erfolgreichen Implementierung und Ausgestaltung der GPP-Netzwerke zugesprochen. Von ihnen werden tiefgreifende, hierarchisch-bürokratische Strukturen minimierende Reformen erwartet, die deren Netzwerkfähigkeit befördern sollen. Konzipiert werden sie als »themenfokussierte Schnittstellenorganisationen«, die in einer zukünftigen Global Governance-Architektur hauptsächlich Brückenfunktionen wahrnehmen und vermittelnd tätig sind. Durch die Bündelung von Ressourcen in konkreten Politikfeldern sollen sie helfen, »Ungleichgewichte im Globalisierungsprozess zu balancieren«¹⁸ und allen relevanten Organisationen die Teilnahme zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen sie sich als Wissensmanager und Implementationsagenturen verstehen (ebd.: 367; Benner/Witte 2001).

Wie der Ansatz der CGG ist auch der Ansatz der GGP-Netzwerke eine euphorische Variante von Global Governance. Er zeichnet sich darüber hinaus durch eine konsequente Managementperspektive aus, die sich selbst als auf der Höhe der Zeit präsentiert. Die internationalen Politikstrukturen im Allgemeinen und die internationalen Organisationen im Besonderen gelten ihm als veraltet und unbrauchbar. Sie seien deshalb unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes der (systemisch ausge-

18 Merke: Es geht hier lediglich um die managende Ausbalancierung, nicht aber Beseitigung von Ungleichgewichten.

richteten) Organisations- und Managementlehre dringend zu reformieren und zu modernisieren. Global Governance in der Fassung durch Reinicke et al. präsentiert sich als ein Innovationsdiskurs, der die verkrusteten Strukturen der alten Politikstrukturen aufbrechen will.

Deutlicher noch als in »Our Global Neighborhood« tritt dabei eine Fassung von ökonomischer Globalisierung in den Vordergrund, die diese als einen die internationale Ordnung durcheinander wirbelnden Trend verobjektiviert, dem nun die politischen Instrumentarien anzupassen seien. Die oben zitierte, bemerkenswerte Formulierung, eine der Funktionen globaler Politiknetzwerke liege in der »Vertiefung von Märkten und der Korrektur von Marktversagen«, macht deutlich, dass die Autoren von einem eigentlich funktionierenden Marktmodell ausgehen. Erst dann, wenn »der Markt« Störungen aufweise oder noch nicht weit genug »installiert« sei, kommen politische Regelungsmechanismen ins Spiel. Deren Ziel aber, so der zirkuläre Schluss, sei es, wieder zum Funktionieren des Marktgeschehens beizutragen.

4.2.3 Die deutsche Diskussion: Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Die bundesdeutsche Diskussion um Global Governance wird in besonderer Weise durch die Publikationen und Interventionen des Duisburger *Institutes für Entwicklung und Frieden (INEF)* unter der Leitung von Franz Nuscheler und Dirk Messner geprägt. Das INEF begleitet die Arbeit der *Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)*, die die deutschsprachige Ausgabe des Governance-Berichtes der CGG besorgt hat.

Während im Konzept der GPP den internationalen Organisationen eine Schlüsselposition zugeordnet wird, betonen die INEF-Autoren die weiterhin dominante Stellung des Nationalstaats, dem eine »Scharnierfunktion« (Messner/Nuscheler 1996a: 23) zukomme. Zwar verliere der Nationalstaat im Zuge der Globalisierung in vielen Bereichen an Handlungsspielraum und büße seine Rolle als allmächtiger Problemlöser ein. Er bleibe jedoch die entscheidende demokratisch legitimierte Instanz, denn »ohne handlungsfähige Staaten wäre die ganze Global Governance-Architektur ein Luftschloß« (Nuscheler 2000: 155). Der Nationalstaat müsse allerdings seine Aufgabenfelder sowohl »nach oben« auf die globale Ebene als auch »nach unten« auf die lokalen und regionalen Ebenen verlagern (Messner/Nuscheler 1996a: 22).¹⁹

Allgemein könnten, so die Autoren des INEF, angesichts der »tiefgreifenden Veränderungen in der Weltgesellschaft« »die Probleme von

19 Vgl. ausführlicher zur Konzeption des Nationalstaats in der »Global Governance-Architektur« Messner (2001).

morgen« nicht mehr mit »den nationalstaatlichen Politikmodellen von gestern« gelöst werden (ebd.: 17). Dem Problem der Regierbarkeit sei nur mit einer Neudefinition von Souveränität beizukommen. Die Innovation des Konzeptes Global Governance liege in der Akzeptanz geteilter Souveränitäten durch Übertragung von Handlungskompetenzen auf lokale, regionale und globale Organisationen (ebd.: 20).

Aus diesem Problem der geteilten Souveränitäten ergäbe sich für den Nationalstaat die Notwendigkeit, neue Aufgaben wahrzunehmen. Messner und Nuscheler sehen den »neuen Staat als Interdependenzmanager«, der zwischen überlagernden Politikfeldern, gesellschaftlichen Akteuren und Interessen vermittelt, als Moderator, der gesellschaftliche Lernprozesse initiiert und überwacht, und vor allem als gesellschaftliche Integrationsinstanz, welche die schärfsten Disparitäten abpuffert (ebd.: 22f).

Für das INEF reichen die bisher entwickelten Formen internationaler Zusammenarbeit nicht aus, um kollektives globales Handeln zu ermöglichen. Es bestehe eine »Lücke zwischen globaler Problementwicklung und Handlungsfähigkeit«. Das bestehende System der internationalen Staatengemeinschaft sei nicht fähig, »das Maß an kollektiver globaler Handlungsfähigkeit zu organisieren, das den autonomen globalen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen adäquat wäre« (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 12). Ökonomie, Technologieentwicklung und sogar das Gesellschaftliche werden also – wie die zitierte Formulierung zeigt – als dem menschlichen Handeln enthobene Teilsysteme mit ihren entsprechenden Eigendynamiken gedacht, die sich autonom verselbständigen. Die Handlungsspielräume der Nationalstaaten hätten sich im Zuge wirtschaftlicher Globalisierung enorm verkleinert. »Die Staaten sind angesichts der Entgrenzung der Finanzbewegungen, der Standortentscheidungen, der technologischen Entwicklungen und der Konsumtrends so sehr in einen Wettbewerb der Standorte verstrickt, dass sie im Zweifel immer noch weitsichtiges Handeln im globalen Interesse der Durchsetzung nationaler Interessen opfern.« (ebd.: 13) Insgesamt habe die ökonomische Globalisierung die politische Handlungsfreiheit der Nationalstaaten geschwächt. »Die Wirtschaft« habe einen Macht- und Gestaltungsvorsprung gegenüber »der Politik« (vgl. ebd.: 22).

Aber auch die bestehenden weltwirtschaftlichen Institutionen (IWF, Weltbank und Vereinte Nationen) hätten nur eine begrenzte Steuerungsfähigkeit in Bezug auf die ökonomische Entwicklung, da ihnen zum einen die Kompetenzen fehlten und sie zum anderen von den Sonderinteressen der mächtigen Industrienationen geprägt seien. Demgegenüber würden selbsternannte wirtschaftliche Gruppierungen wie die G8 sowie Allianzen von transnationalen Konzernen und wirtschaftspolitische *Think Tanks* an Bedeutung an Bedeutung gewinnen. Diese betrieben zwar eine Politik zu-

gunsten der mächtigen Wirtschaftsinteressen, unternähmen aber auch »sinnvolle Schritte in Richtung transnationaler Vereinbarungen« (ebd.: 13). Es setze sich langsam auch in diesen Zirkeln »die Erkenntnis durch, dass ohne funktionierenden Wettbewerb, ohne ein Minimum an sozialem Ausgleich und ohne bewusstere ökologische Vorsorge eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung gefährdet ist« (ebd.). Zur Umsetzung dieser Erkenntnis sei aber die Installation eines globalen politischen Rahmens dringend von Nöten. Es gehe also bei den zu schaffenden Governance-Strukturen um die »Herausbildung legitimer globaler Handlungsfähigkeit« (ebd.: 17).

Explizit wird dabei neben der prinzipiellen Intensivierung internationaler Kooperation die Herausbildung von Elementen globaler Staatlichkeit gefordert. Erste Ansätze in diese Richtung seien der Weltsicherheitsrat oder der Internationale Strafgerichtshof.²⁰ Insgesamt bedürfe es einer »Ausdifferenzierung von Staatlichkeit«, welche eben nicht mehr nur an die nationalstaatliche Ebene gebunden sei. Ernüchternd stellen die Autoren des INEF aber dahingehend fest, dass sich trotz der nunmehr über ein Jahrzehnt andauernden intensiven Debatte um Global Governance die Grundmuster internationaler Kooperation kaum verändert hätten. Diese seien zum einen immer noch von der Bedeutung der Nationalstaaten geprägt. Zum anderen folge eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit bislang fast ausschließlich dem Prinzip der Freiwilligkeit. Die Überwindung dieser Form internationaler Beziehungen wird als eine wesentliche Bedingung für eine dauerhaft tragfähige »Global Governance-Architektur« angesehen, die perspektivisch die Struktur einer »funktionell und demokratisch legitimierten Weltrepublik« annehmen soll (ebd.: 18).²¹ Weltpolitik solle aber nationalstaatliche Politik nicht ersetzen, sondern komplementär zu ihr betrieben werden.

Die Global Governance-Konzeption des INEF baut auf einer ganzen Reihe von normativen Forderungen auf. Global Governance-Strukturen werden verstanden als »Netzwerkbildungen von der lokalen bis zur globalen Ebene, die auf gemeinsamen Problemlösungsorientierungen, fairem Interessenausgleich sowie einem tragfähigen Kanon von gemeinsamen Normen und Werten als Grundlage stabiler institutioneller Strukturen zur Bearbeitung von Problemen und Konflikten basieren« (Messner/Nuscheler 1997a: 36). Wichtigste Prämisse sei, dass im Zweifelsfall das globale Gemeinwohl Vorrang vor nationalen und lokalen Sonderinteressen

20 Vgl. hierzu ausführlich Ferencz (1998).

21 Die Autoren des INEF beziehen sich hier auf das Konzept Otfried Höffes (Höffe 1999). Diese Hinwendung steht im Gegensatz zu früheren Texten, in denen eine »Weltrepublik« als dem Gedanken der Governance widersprechende Idee verworfen wird.

haben müsse. Zwar wird eingeräumt, dass dieses nicht a priori existiere, sondern sich erst in gesellschaftlichen Diskursen und Aushandlungsprozessen immer wieder neu herstellen müsse. Die prinzipielle Legitimität der so hergestellten Leitbilder wird aber nicht bezweifelt.²² Der sonstige Wertekanon einer Global Governance lehnt sich stark an der im Konzept von *sustainable development* entwickelten Forderung nach inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit sowie an den im Rahmen der Vereinten Nationen universell formulierten Menschenrechten an. Insgesamt müsse eine Politik der Global Governance problemorientiert sein und im Zweifelsfall nationalstaatliche Dominanzen zurückweisen.

Weltpolitik solle zudem nach dem Gebot der Subsidiarität organisiert sein. Probleme sollten auf globaler Ebene erst dann angegangen werden, wenn diese lokal und national nicht zufriedenstellend gelöst werden könnten. Als weitere Ebene zwischen der Weltpolitik und nationalstaatlichem Handeln werde die Existenz und der Ausbau weltregionaler Zusammenschlüsse wie die EU bedeutend, welche als »Laboratorien für Global Governance« (Nuscheler 1998: 6) begriffen werden. Nuscheler und Kollegen sehen allgemein in den internationalen Zusammenschlüssen zu Weltregionen, neben der »wesentlichen« Reduktion der Komplexität des internationalen Systems, die Chance, die Dominanz hegemonialer Nationalstaaten zu begrenzen und eine größere Repräsentativität der verschiedenen Kulturen in der Weltpolitik zu verankern. Weltregionen werden als wichtige Fundamente einer subsidiär gegliederten Weltordnung postuliert (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 36).

Zusammenfassend basiert die Governance-Konzeption des INEF auf der Verbindung eines allgemeinen Wertekanons mit der Installation von Strukturen, die eine Sanktion devianten Verhaltens ermöglichen. Ein zu entwickelndes globales Recht müsse sich also auf universell geteilte Werte einerseits und die faktisch vorhandenen Möglichkeiten zu seiner Durchsetzung andererseits stützen. Letztendlich würde mit so einer Konstruktion das bestehende Völkerrecht, welches auf der umfassenden Souveränität und Letztzuständigkeit der Nationalstaaten fußt, ausgehebelt und in ein globales Recht transformiert. Folglich müssten Elemente globaler Staatlichkeit entwickelt werden, was zudem die Etablierung von Institutionen auf globaler Ebene notwendig macht, die in abgegrenzten Aufgabenfeldern über eigene Handlungsvollmachten verfügen (ebd.: 19f). In einer globalen Rechtsgemeinschaft müssten in eng definierten Bereichen zum Schutz des Gemeinwohls und der Sicherung öffentlicher Güter auto-

22 Komplementär wird die Forderung erhoben, dass die verschiedenen Kulturen der Welt als Erbe der Menschheit zu achten und zu schützen seien (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 18).

rierte Gerichte und Institutionen zur Durchsetzung von Gerichtsurteilen installiert werden (ebd.: 23).

Nuscheler und Kollegen sind sich darüber im Klaren, dass die Durchsetzung dieser Strukturen auf vielfältige Widerstände, bei ihnen »Barrieren« genannt, treffen. Während momentan die Herausbildung einer globalen Rechtsgemeinschaft mit den als turbulent vorgestellten Globalisierungsprozessen nicht Schritt halte, verschafften sich gleichzeitig NGOs und andere Teile der Zivilgesellschaft zunehmend Gehör. Eindringlich warnen die Autoren aber vor der Illusion einer wirkmächtigen Zivilgesellschaft. Zwar sei die Sachkompetenz innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen beeindruckend und sie könnten deshalb auch eine Vielzahl an Beiträgen zur Lösung globaler Probleme liefern. Langfristig könnten sie aber die Perspektive der globalen Rechtsstaatlichkeit nur ergänzen, nicht ersetzen. Zwar sei die Zivilgesellschaft unverzichtbar zur Generierung eines globalen Bewusstseins und leiste wichtige Vernetzungsfunktionen. Sie bleibe aber angewiesen auf die Akteure, die globales Recht durchsetzen und institutionell etablieren können (ebd.: 24). In den aktuellen Auseinandersetzungen habe die Zivilgesellschaft die Aufgabe einer wichtigen Korrekturinstanz, die gegenüber »staatlichen Steuerungsansprüchen Kontroll- und Korrektivfunktionen wahrnehmen« soll (Messner/Nuscheler 1997: 349). Das INEF nimmt in Bezug auf die gewachsene Bedeutung eine anti-romantisierende Position ein (vgl. Mürle 1998: 24) und verweist auf die grundlegende Demokratie- und Legitimationsdefizite von NGOs.

Nach Auffassung des INEF stehen vor allem fünf Aufgaben auf der Agenda des Ausbaus und der Verfestigung von Global Governance-Strukturen:

- 1.) die Weiterentwicklung der normativen Verflechtungen zwischen den Staaten und damit der supranationalen Gerichtsbarkeit,
- 2.) die Vertiefung supranationaler Vereinbarungen zu spezifischen und dringlichen globalen Problemen,
- 3.) die Stärkung multilateraler Organisationen und Regime,
- 4.) die funktionelle Weiterentwicklung und demokratische Fundierung des Netzwerks globaler Akteure sowie
- 5.) die Herausbildung eines breiten weltbürgerlichen Bewusstseins in allen Gesellschaften und Kulturen, was die Bekämpfung von Nationalismus, Rassismus und Ethnozentrismus mit einschließt (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 36).

Diese Governance-»Architektur« soll auf sechs »tragfähige Säulen« gestellt werden, die zugleich die inhaltlichen Ebenen von Global Governance repräsentieren (Nuscheler 1998: 9f):

- 1.) die Welthandelsordnung, in der Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards festgeschrieben werden sollen,
- 2.) die internationale Wettbewerbsordnung, die einen Interessenausgleich zwischen schwachen und starken Volkswirtschaften formulieren soll,
- 3.) die Weltwährungs- und Finanzordnung, die Wechselkurse stabilisieren und Kapitalspekulationen begrenzen soll,
- 4.) die Weltsozialordnung, die durch einen internationalen Lastenausgleich Wohlstandsgefälle minimieren soll,
- 5.) die Weltumweltordnung, die globale Umweltpolitik stärken soll, und
- 6.) die Weltfriedensordnung, die Grundlage für den Aufbau einer ökologischen und sozialen Weltmarktwirtschaft ist.

Alle sechs »Säulen« sollen eine Struktur ausbilden, in der die Märkte ihre produktiven Kräfte entwickeln können, um diese dann in den Dienst einer sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung stellen zu können (Messner/Nuscheler 1997: 359).

Die Konzeption des INEF zeichnet sich noch deutlicher als die der CGG oder das Konzept der GPP durch eine dichotomische Gegenüberstellung des ökonomischen Globalisierungsprozesses einerseits und »der« Politik andererseits aus. Zwar wird explizit festgestellt, dass Globalisierung »kein schicksalhaftes Naturereignis« sei. Gleichwohl wird der Globalisierungsprozess aber essentialisiert, in dem ihm eine Eigengesetzlichkeit und Logik unterstellt wird. Es sei müßig, die Globalisierung zu verteuflern, da sie unaufhaltsam voranschreite: »Wir können nicht aus den Entwicklungstrends der Weltgeschichte aussteigen. Es geht vielmehr darum sie politisch zu gestalten« (Nuscheler 1998: 1). Heraus kommt eine eigentümliche Argumentation, die zwar zugibt, dass der Globalisierungsprozess das Ergebnis von politisch gewollten Deregulierungsstrategien ist, ansonsten aber Politik und ökonomische Globalisierung gegenüberstellt. Nuscheler scheut sich darüber hinaus nicht, diese Argumentation mit einer Marktapologetik zu verknüpfen: »Die Marktkräfte sind *unersetzbar* Antriebskräfte der Wohlstandsmehrung, müssen aber durch soziale und ökologische Leitplanken in eine sozial- und umweltverträgliche Richtung gelenkt werden« (ebd.; Herv. A.S.).²³

Der Ansatz des INEF bezeichnet sich selbst als reformistisch und vertritt diese Orientierung offensiv. Kritiker überzieht Nuscheler mit dem

23 Dies ist zudem die klassische Argumentation des dominanten Nachhaltigkeitsdiskurses und vor allem eines weiteren sozialdemokratischen *Think Tanks*, des *Wuppertal Instituts für Klima Umwelt Energie*, welches dieses Politikmodell in seiner Nachhaltigkeitsstudie »Zukunftsfähiges Deutschland« (BUND/Misereor 1996) expliziert hat. Zur Kritik vgl. BUKO (1996); Spehr/Stickler (1997); Altvater (1996).

Ideologieverdacht. Sie seien argumentativ noch in den Debatten der 1970er und 1980er Jahre verstrickt und verhinderten durch ihre »Untugenden der ideologischen Rechthaberei« einen »fruchtbaren Diskurs«. Demgegenüber verortet das INEF sein Konzept von Global Governance als »antihegemonial« insbesondere zum erstarkenden Unilateralismus der Supermacht USA (Nuscheler 2000: 152f).

Nachdem der Position des INEF die Nichtbeachtung von Macht- und Herrschaftsinteressen vorgeworfen worden ist (Brand et al. 2000), wird dieser Punkt in neueren Arbeiten zum Thema der eigenen Auseinandersetzung gemacht. Lothar Brock (2001: 395), Beiratsmitglied der SEF, formuliert es so: »Konsens ist, dass es nicht ausreicht, Architekturen der Weltordnung zu entwerfen. Die Restriktionen einer auf *Global Governance* im normativen Sinne zielenden Politik müssen in das Konzept von *Global Governance* selbst aufgenommen werden, weil sonst das ganze Konzept sein Sinn verlöre. Die Herausforderung besteht mit anderen Worten darin, ein enttäuschungsfestes Konzept von *Global Governance* zu entwickeln.«

Nuscheler und Kollegen machen deshalb neuerlich diverse »Barrieren« aus, die einer Verwirklichung von problemorientierten Governance-Strukturen entgegenstünden. Macht- und Herrschaftsansprüche verknüpft mit starken politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen behinderten ein kollektives globales Handeln. Zwar werden eine Reihe dieser Interessen aufgeführt (Hauchler/Messner/Nuscheler 2001: 24ff), doch unterbleibt in allen Arbeiten weiterhin eine systematische Untersuchung der historischen-genetischen Ursachen. Erst recht wird keine theoretisch gehaltvolle Gesellschaftsanalyse entwickelt.²⁴

Das INEF setzt angesichts dieser Barrieren auf den »langen Atem« und die langfristig sich einstellende Vernunft der beteiligten Akteure. Die Global Governance-Architektur sei ein »brüchiges Gebilde«²⁵ (Nuscheler 2000: 155). Das INEF ist aber überzeugt davon, dass »der Problemdruck aufgrund der steigenden Transaktionskosten bei nicht kooperativem Handeln zu einem gradualistischen Aufbau und Ausbau von Global Governance führen wird« (ebd.). Für das INEF ist, so kann man mit polemischen Unterton formulieren, zwar derzeit noch viel Unvernunft und Konfliktivität in der Welt. Zukünftig werde sich aber *durch* und *in* den Strukturen von Global Governance Kooperation und Vernunft durchsetzen.

24 Nuscheler (2000: 152) sieht hierin nicht wirklich ein Problem. Der erkenntnisleitende Fokus des INEF sei halt ein anderer, nämlich die Suche nach Problemlösungen.

25 Diese Wortwahl steht in krassem Gegensatz zu den ansonsten gebrauchten Metaphern aus der Architektur, der »Säulen« und der »Fundamente«, die allesamt Ordnung und Stabilität suggerieren.

4.2.4 Global Governance als rot-grüne Programmatik

Scherrer (2000a) unterscheidet sinnvoller Weise zwei Varianten von Global Governance, welche miteinander konkurrieren. Während eine »rot-grüne Version« darauf abziele, den Spielraum für politische Gestaltung insbesondere zur Bewältigung von globalen und grenzüberschreitenden Problemen zu erhöhen, räume eine »neoliberale Version« der weltweiten Absicherung von Privateigentum höchste Priorität ein. Unschwer sind die hier behandelten Konzepte als Beispiele für die rot-grüne Variante zu erkennen. Demgegenüber will die neoliberale Version, die sich aus den Debatten der von David Rockefeller 1973 gegründeten Trilateral Commission (TC)²⁶ entwickelt hat, die Rolle weltpolitischer Regulierungen auf die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, den klassischen Themen des liberalen Nachwächterstaates, begrenzen.

Beide Versionen finden ihre Gemeinsamkeit aber in der Absicht, nationalstaatliche Egoismen durch internationale Regeln einschränken zu wollen und dabei nicht-staatliche Akteure stärker einbinden zu wollen. Genau aus dieser Gemeinsamkeit schöpfen die Vertreter des INEF die Hoffnung auf ein gegen den Unilateralismus der USA gerichtetes, antihegemoniales Bündnis.²⁷ Trotz grundlegender inhaltlicher Unterschiede werden die formalen Gemeinsamkeiten betont und führen in der Konsequenz zu einer breiten allgemeinen Akzeptanz des Konzepts Global Governance, wobei der Begriff Global Governance offensichtlich als Containerbegriff funktioniert.

Es verwundert daher nicht, dass der Aufbau einer Global Governance-Struktur inzwischen (akklamiertes) Ziel vieler Regierungspolitiken, hauptsächlich der sozialdemokratisch regierten europäischen Länder, ist. Die Anschlussfähigkeit des Containerbegriffs Global Governance für neoliberale Strategien erklärt wohl die auffällige Zurückhaltung konservativer und wirtschaftsliberaler Kräfte bei der Kritik solcher Akklamationen. In der Bundesrepublik hat es das Konzept des INEF geschafft, auch die »offiziellen« Debatten von Regierung und Opposition nicht nur anzuleiten,

26 Die TC war ein Elitenzusammenschluss von Managern und Politikberatern aus Nordamerika, Europa und Japan, die es als ihre Aufgabe ansahen, die Wirtschaftspolitik der führenden kapitalistischen Industrienationen zu koordinieren, um dauerhaft weltwirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten. Theoretischer Hintergrund ist die sich zu dieser Zeit entwickelnde Regimetheorie, etwa in der Version von Keohane und Nye (1977); zusammenfassend: Zangl (2003). Vgl. zur TC neben Scherrer (2000a) einfühend Gill (1990); Sklar (1980).

27 Hierbei sitzen sie allerdings einem auf den Nationalstaat fixierten Hegemonieverständnis auf, welches den Blick für quer dazu liegende Dimensionen von Hegemonie verstellt (Scherrer 2000a: 34).

sondern zu dominieren. Das INEF-Konzept scheint dabei den erst zu erstreitenden Kompromiss schon vorformuliert zu haben. Insbesondere der Endbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« (Deutscher Bundestag 2002)²⁸ liest sich bezogen auf Global Governance wie eine Zusammenfassung der Arbeiten des INEF²⁹, enthält aber auch positive Bezüge auf den Bericht der CGG und den Ansatz der GPP-Netzwerke.

Der Endbericht der Enquete-Kommission zeichnet sich zunächst durch eine weitere Ausweitung und Verallgemeinerung des Global Governance-Begriffes aus: Global Governance bedeute schlicht, »den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten« (Deutscher Bundestag 2002: 415).³⁰ Global Governance wird mit Bezug auf den Bericht der CGG definiert als ein »Ansatz für die Bearbeitung globaler Probleme von zunehmender Komplexität und Interdependenz« (Enquete-Kommission 2001: 105). Global Governance begründe »neue, kooperative Formen der Problembearbeitung«: »Für Global Governance sind dialogische und kooperative Prozesse zentral, die über die verschiedenen Handlungsebenen subsidiär entlang der Achse lokal – global hinweg reichen sowie Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführen und vernetzen« (ebd.: 105f).

Explizit äußert sich die Enquete-Kommission in einer Empfehlung zu den normativen Grundlagen einer Global Governance-Politik. Eine Politik der Global Governance habe der »sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit eine konkrete Gestalt zu geben und die globalisierten Märkte an diese Gestalt zu binden« (Deutscher Bundestag 2002: 419). Das Konzept der Nachhaltigkeit sei wichtige Orientierung für die

28 Die Enquete-Kommission wurde auf Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 14.09.1999 eingesetzt, konstituierte sich am 13.03.2000 und legte am 13.09.2001 ihren ersten Zwischenbericht vor. Den Vorsitz übernahm Ernst-Ulrich von Weizsäcker (SPD), vormalig Leiter des *Wuppertal Instituts für Klima Umwelt Energie*. Zeitlich versetzt richtete die Kommission insgesamt sechs Arbeitsgruppen zu den Themen Finanzmärkte, Waren- und Dienstleistungsmärkte, Ressourcen, Arbeitsmärkte, Wissens- und Informationsgesellschaft sowie zu Global Governance ein. Vgl. für eine ausführliche Kritik der Ergebnisse der Enquete-Kommission: Brand/Brunnengräber (2002); aber auch Braunnühl/Winterfeld (2003).

29 Dies ist nicht verwunderlich, da die »AG 4: Global Governance« von Nuscheler selbst moderiert wurde.

30 Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission formuliert gar noch anspruchloser, Global Governance bedeute, »den Prozess der Globalisierung politisch zu begleiten und zu gestalten« (Enquete-Kommission 2001: 105; Hervorhebung A.S.).

inhaltliche Ausgestaltung einer Global Governance (ebd.: 418). Durch Einbezug »zivilgesellschaftlicher und privater Akteure« sollen »im Rahmen einer freiheitlichen Struktur- und Ordnungspolitik wirtschaftspolitische, soziale und ökologische Leitlinien für die globale Weltwirtschaft« entwickelt werden, die verhindern, »dass Globalisierung zum Aufbau von Machtpositionen führt, die vom Wettbewerb nicht mehr kontrolliert werden« (Enquete-Kommission 2001: 107). Hier zeigt sich eine augenfällige Analogie zur Konzeption der *Global Public Partnerships*, die ebenfalls die internationalen Diskrepanzen und Machtgefälle nicht als Folge der kapitalistischen Weltwirtschaft fasst, sondern als Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft, als temporäre und vereinzelte Fälle von Marktversagen beschreibt.

Um »negative wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Tendenzen der internationalen Märkte beseitigen zu helfen« (Deutscher Bundestag 2002: 418) seien dementsprechende Leitplanken zu installieren, die einer »Einbettung der internationalen Märkte« (Enquete-Kommission 2001: 107) dienen. Die Enquete-Kommission folgt damit einem neo-keynesianischen Politikmodell. Explizit wird sogar die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland als Modell angeführt, welches es nun auf Weltniveau zu hieven gelte (ebd.: 107f). Dies impliziere zudem, »dass ›Politik‹ in gewisser Weise nachholend globalisiert werden müsse« (Brand/Brunnengraber 2002: 193), was auch die Entwicklung »richtungsweisender Normen« durch einen »breiten gesellschaftlichen Aushandlungsprozess« (Deutscher Bundestag 2002: 418) miteinschleife. Hierbei gelte folgende Normen-Hierarchie: erstens den Wettbewerb sichern, zweitens Ausgleichsmechanismen für die Verlierer der Globalisierung schaffen und drittens den negativen sozialen und ökologischen Effekten entgegensteuern (Braunmühl/Winterfeld 2003: 14). Die vornehmliche Ausrichtung, die Marktwirtschaft vor Selbstzerstörungstendenzen zu retten, trifft sich zudem, trotz der neo-keynesianischen Rhetorik, mit dem Interesse neoliberaler Politikstrategien, die globalen Eigentumsverhältnisse juristisch und praktisch als unverletzbar zu etablieren.

Die Verankerung des Global Governance-Begriffs bei politischen Entscheidungsträgern der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich nicht nur in der Arbeit der Enquete-Kommission. Die rot-grüne Bundesregierung hat nach 1998 einige Schritte der Selbstverständigung in Richtung Global Governance unternommen. Insgesamt bergen sie aber nicht viel Neues im Vergleich zu den bereits vorgestellten Ansätzen, so dass eine dezidiertere Darstellung hier entfallen kann. Erwähnt sei aber die Entwicklung einer »Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie« im Vorfeld der UN-

Konferenz für Nachhaltigkeit in Johannesburg (Rio+10).³¹ Hinzu kommen Anstrengungen, auch die internationale Diskussion über »Modernes Regieren für das 21. Jahrhundert« (Berliner Kommuniké 2000) zu organisieren, wobei das Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999 trotz seiner neo-liberalen Grundausrichtung ein erster Schritt war. Aber auch die »Berliner Rede« des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau vom 13. Mai 2002 mit dem Titel »Chance, nicht Schicksal – die Globalisierung politisch gestalten« (Rau 2002) ist Ausdruck der Hegemonie, die das Konzept Global Governance genießt. Die Regierungspartei *Bündnis 90/Die Grünen* hat ebenfalls inzwischen in einem »Globalisierungsbeschluss« ihre Konzeption von Global Governance verankert (B90/Die Grünen 2002). Eingang hat das Konzept aber auch in die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD gefunden, wie der diesbezügliche Zwischenbericht der SPD-Grundsatzprogrammkommission mit dem Untertitel »Sozialdemokratische Vorstellungen zur nachhaltigen Gestaltung der globalen Epoche« zeigt (SPD 2001).

4.3 Die politik- und sozialwissenschaftliche Debatte über die Transformation des Staates

In allen bisher dargestellten Konzeptionen von Global Governance wird darauf hingewiesen, dass sich ein allgemeiner Trend von *government* zu *governance* auffinden lasse, dass sich die Rolle und die Aufgaben des Staates im Zuge der Globalisierung wandeln. Die Debatte über Global Governance greift dabei auf diesbezügliche Diskussionen in den Politik- und Sozialwissenschaften zurück, welche sich schon lange bevor das Verhältnis von Nationalstaat und Globalisierung erörtert wurde, von der Vorstellung eines hierarchisch steuernden Staates verabschiedet hatten (Esser 1999: 117). Zumindest in der deutschsprachigen Diskussion dominiert inzwischen die Infragestellung der Steuerungsfähigkeit des Staates (Hasse 2003a). In Folge dieses Steuerungskeptizismus³ setzt sich mehr und mehr das Paradigma eines aktivierenden, moderierenden bzw. kooperierenden Staates durch. Neben »Staatlichkeit« sind »Demokratie« und »Partizipation« weitere zentrale Begriffe, um die in diesen Debatten gerungen wird. Zudem werden Fragen nach den Herausforderungen an die parlamentarisch-repräsentative Demokratie westlicher Prägung durch die Globalisierung seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt gestellt und debatiert. Die Globalisierungsdiskussion hat die Debatte über die Funktionen

31 Vgl. www.dialog-nachhaltigkeit.de; zur Kritik Diefenbacher/Hitzler (2002).

und die Aufgaben staatlichen Handelns aktualisiert und ins Rampenlicht der allgemeinen politik- und sozialwissenschaftlichen Diskussion gerückt. Anders ausgedrückt: Für die Politikwissenschaften befinden sich »Nationalstaat und Demokratie im Sog der Globalisierung« (Lange 2002).

Im Folgenden werden die für die deutschsprachige Diskussion wichtigsten Debattenbeiträge vorgestellt. Es soll deutlich werden, in welchem (wissenschaftlichen) Kontext sich die Debatte um Global Governance bewegt und auf welchen Prämissen sie aufbaut. Umgekehrt existieren aber auch Rückkoppelungen zwischen der Etablierung von Global Governance als *catch-all-word* in der politischen Landschaft und der politikwissenschaftlichen Debatte um »neue Staatlichkeit«. Der Begriff Global Governance ist derart prominent und zudem mit Fortschrittlichkeit konnotiert, dass man sich als Wissenschaftler internationaler Beziehungen geradezu darauf beziehen »muss«. Governance-Strukturen sind ein »Karrierethema« (Seibel 2003: 222). Dies hat zur Folge, dass oftmals bereits Jahre zuvor entwickelte Ansätze nun fast unverändert unter dem Label Governance rubriziert und neu aufgelegt werden.³² Hierbei werden Konzepte, die zunächst in und für einen nationalstaatlichen Kontext entwickelt wurden, nun unter Einbezug der globalen Entwicklungen reformuliert und angepasst.

Die folgenden Ausführungen gliedern sich in zwei Abschnitte. In Kapitel 4.3.1 werden die Theorien des kooperativen Staates anhand ihrer Hauptvertreter dargestellt. Diese können als affirmative Rahmungen des Governance-Themas gekennzeichnet werden. In Kapitel 4.3.2 wird dann der regulationstheoretische Zugang zum Themenfeld »Veränderung von Staatlichkeit« dargestellt. Dieser Ansatz formuliert eine über das Argument der mangelnden Steuerungsfähigkeit hinausgehende, grundlegende Kritik am vorherrschenden Staatsverständnis der Politikwissenschaft und hat auch eine eigene Kritik des Diskurses um Global Governance vorgelegt.

4.3.1 Theorien des kooperativen Staates

In den Politikwissenschaften wird die Veränderung von Staatlichkeit vornehmlich über den Wandel der Staatsaufgaben thematisiert, wobei neue Aufgaben des Staates als tiefgreifende Einschnitte nicht nur für die Funktion des Staates, sondern zugleich für seine Organisationsformen und Beziehungen zur Gesellschaft betrachtet werden. Aktuell, so die gängigen Einschätzungen der Politikwissenschaften, trete neben den historisch bekannten Ausformungen des Polizei-, Rechts- und Wohlfahrtsstaats die

32 Vgl. zu dieser Einschätzung auch Steinberg (1999).

Vorstellung eines »aktivierenden Staats«. Dieser solle im Unterschied zum fürsorgenden, zentralistischen und intervenierenden Staat die Gesellschaft nicht direkt steuern, sondern ihr bei ihrer »Selbstentfaltung« moderierend zur Seite stehen. Supervision, Moderation und Schiedsrichtertum sind weitere Stichworte zur Charakterisierung dieser neuen Staatsaufgaben (Brütt 2001: 275f).

Während sich die Rede vom »aktivierenden Staat« vor allem im politischen Sprachgebrauch durchgesetzt hat³³, kreist die wissenschaftliche Debatte um den Begriff des »kooperativen Staates«. Staatliches Handeln wird dabei primär unter dem Aspekt der Herausbildung neuer Formen von Governance als ein kooperatives, wenn auch vielfach konfliktives Zusammenwirken von Staat und gesellschaftlichen Akteuren betrachtet (Scharpf 1991). Insgesamt schält sich ein neues Staatsverständnis heraus, welches wie folgt skizziert wird: »War der ›Staat‹ einst die kollektive Personifikation der zentralisierten Regierungshierarchie, so ist der ›Staat‹ heute ein lockeres Netzwerk privater und öffentlicher Akteure. Öffentliche Verwaltungen, politische Parteien und autonome gesellschaftliche Organisationen ergeben zusammen eine lose gekoppelte Konfiguration der Zusammenarbeit, die die hierarchische Einheit der alten Staatsregierung ersetzt« (Teubner 1999: 362f). Im Rahmen dieses Kapitels werden die beiden prominentesten Ansätze des »kooperativen Staates« im deutschsprachigen Raum, der Policy-Ansatz von Mayntz und Scharpf sowie der systemtheoretische Ansatz der »dezentralen Kontextsteuerung« von Willke, dargestellt.

4.3.1.1 Steuerungsdiskussion und Policy-Ansatz

Spätestens seit Ende der 1980er Jahre kann in Bezug auf den Staat von einer stark auflebenden Steuerungsdiskussion in den Politikwissenschaften die Rede sein, wobei der Begriff der Steuerung schon seit Anfang der 1970er Jahre zunächst in der makrosoziologischen Literatur als Übersetzung des englischen *control* auffindbar ist (Mayntz 1997: 189). Die (Un-)Fähigkeit des Staates zu konsistenter Planung erschien als der entschei-

33 So schrieb sich etwa die rot-grüne Bundesregierung dieses Programm auf ihre Fahnen (Bundesregierung 1999; Schröder 2000). Insgesamt kann das Konzept des »aktivierenden Staates«, ähnlich dem von Global Governance, mit einiger Plausibilität als »eine originär sozialdemokratische Erfindung gegen (neo-)liberale Ideologien« (Hauer 2003: 26) bezeichnet werden. Dies heißt allerdings nicht, dass es mit neoliberalen Strategien nicht kompatibel ist. Vielmehr verschwimmen »in der aktuellen ›Umbau‹-Diskussion [...] die Grenzen zwischen sozialdemokratischen Prinzipien und neoliberalen Positionen immer mehr« (Butterwegge 2003: 7). Vgl. zur Debatte um einen »aktivierenden Staat« den Sammelband Mezger/West (2000).

dende Engpass für die konzeptionelle Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt (Mayntz/Scharpf 1995: 12). Der Staat, so der damalige Duktus, habe »versagt«.

Mayntz (1987: 89) unterscheidet drei Ausprägungen des »Staatsversagens«, die sich um die »zentralen Staatsfunktionen« herum gliedern. So wurde *erstens* unter dem Stichwort »Unregierbarkeit« die mangelnde Ordnungsfunktion des Staates diskutiert. Insbesondere wurde hier die Befürchtung artikuliert, eine übermäßige Nutzung der Kompetenz des Staates zur Übernahme von Zuständigkeiten werde zu einer »Anspruchsinflation« führen. In der Folge sei der Staat den Erwartungen, die er selbst geweckt habe, letztlich nicht mehr gewachsen. *Zweitens* wurde unter dem Schlagwort »Krise des Wohlfahrtsstaates« die Wohlfahrtssicherungsfunktion des Staates neu diskutiert. Angesichts sich rapide verändernder ökonomischer Rahmenbedingungen sei der Staat immer weniger in der Lage, seinen wohlfahrtsstaatlichen Verpflichtungen nachzukommen. *Drittens* wurde schließlich unter dem Stichwort »Steuerungsversagen« die Gestaltungsfunktion des Staates thematisiert. Anders als distributive, redistributive und regulative Politik sei gestaltende Politik auf die freiwillige Kooperation gesellschaftlicher Akteure angewiesen, da »regulative Normierung prinzipiell kein Verhalten zu motivieren vermag, bei dem es auf Eigeninitiative, Innovation und positives Engagement ankommt« (ebd.: 98).

Hier setzen Politikfeld- oder Policy-Analysen³⁴ an, die sich zudem in Abgrenzung zur Korporatismusforschung entwickelt haben. Während letztere davon ausgehen, dass der Staat die zentrale gesellschaftliche Steuerungsinstanz bildet, unterstellen Policy-Analysen eine Entgrenzung von Staat und Gesellschaft. Der Staat selbst wird nun nicht mehr als monolithischer Steuerungsakteur gefasst. Er entpuppt sich als komplexes, mehrstufiges Akteurssystem, welches den mit der Implementierung beauftragten politischen Einheiten und Behörden eine relative Autonomie bei der Umsetzung staatlicher Programme gewährt (Windhoff-Héritier 1989: 104). Der Staat verfüge eben nicht über eine einheitliche Steuerungszentrale, sondern sei als multizentrisches Gebilde charakterisierbar (Felder 2001: 81; Voigt 1995: 64ff).

34 Policy-Forschung als eigenständiges Gebiet der Politikforschung beruht auf der englischsprachigen Differenzierung zwischen *polity*, *politics* und *policy*. Während mit *polity* der politisch-institutionelle Aspekt der Politik, also Strukturen, Regelsysteme und die institutionelle Ordnung betont werden, geraten mit der *Politics*-Dimension die Prozesshaftigkeit und der Bewegungsaspekt der Politik (Willensbildungsprozesse, Konflikte) in den Blick. Mit der *Policy*-Dimension wird demgegenüber der inhaltlich-materielle Aspekt von Politik erfasst. »*Policies* bezeichnen die Gesamtheit der Bestrebungen, gesellschaftliche Probleme auf bestimmten Gebieten und Feldern mit politischen Mitteln zu bearbeiten« (Nullmeier/Wiesner 2003: 286).

Policy-Analysen untersuchen das Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf mehreren Ebenen – und zwar sowohl in informellen als auch formellen Beziehungen. Sie widmen sich der Analyse von Strukturen und Prozessen der Politik bezogen auf bestimmte Politik-inhalte und streben eine genauere Analyse der dort vorfindbaren heterarchischen Interorganisationsbeziehungen an. Policy-Forschung interessiert sich für den Inhalt von Politik und will an der »Entwicklung sachlich-rationaler, ›bestmöglicher‹ Lösungen von Problemen« (Nullmeier/Wiesner 2003: 286) mitarbeiten. Policy-Analysen sind heute im Vergleich zu korporatistischen oder neo-korporatistischen Ansätzen dominant.³⁵ Der schon dargestellte Ansatz der Global Public Policy Networks von Reinicke et al. ist der Versuch, Policy-Forschung auf globale Zusammenhänge anzuwenden.

Ein Policy-Netzwerk wird definiert als ein »System relativ stabiler nicht-hierarchischer Austauschbeziehungen zwischen einer Vielzahl interdependenter Akteure« (Knill 2000: 113). In ihm wirken mehrere Akteure der Exekutive, der Legislative und »der Gesellschaft« bei der Entstehung und Durchführung einer bestimmten Policy zusammen (Koob 1999: 156). In diesem Sinne können Policy-Netzwerke als »spezifische strukturelle Arrangements betrachtet werden, welche ein *geändertes Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Gesellschaft* reflektieren« (Knill 2000: 117). In den Anfängen der Policy-Forschung wird der Policy-Prozess noch recht starr unterteilt in die Phasen der Problemdefinition, des Agenda-Setting, der Politikformulierung, der Implementation, der Evaluation und der Politikneuformulierung (Jann/Wegrich 2003; Nullmeier/Wiesner 2003: 294-298; Koob 1999: 152f). Zunehmend wurde in den letzten Jahren diese Perspektive aber dynamisiert und relativiert. Ein anfänglich noch dominierender Steuerungsoptimismus weicht nun einer wesentlich zurückhaltenderen Perspektive (Esser 1999: 120ff).

Neuere Policy-Analysen betonen die Komplexität politischer Prozesse und bezweifeln daher die rationale Planbarkeit von Politik. Ein »mechanistisches Denken« werde der Wirklichkeit nicht (mehr) gerecht. Denn: »Die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die mittels öffentlicher Maßnahmen interveniert wird, lassen sich nicht auf eindeutige und einfache Wenn-Dann-Sätze reduzieren; vielmehr sind sie multi-determiniert und entwickeln sich häufig zirkulär« (Héritier 1993: 12). Bezogen auf den Staat heißt das, dass dessen Fähigkeiten zur Problembewältigung sehr eingeschränkt sind. Die Vorstellung, dass der Staat mittels gesteigerter Planungsrationalität zur sinnvollen Steuerung der gesellschaftlichen Ent-

35 Waarden (1992: 30) bemerkt, dass inzwischen die Policy-Begrifflichkeit den Begriff des Korporatismus abgelöst habe als »the fashionable catch phrase in the study of interest group politics«.

wicklung entscheidend beitragen kann, wird zurückgewiesen. Das heißt auch, dass der Staat für die Durchsetzung von Programmvorhaben grundsätzlich auf die Unterstützung der von den Initiativen Betroffenen angewiesen ist (Janning 1998: 114).

Die freiwillige und bewusste Kooperation der Beteiligten sowie deren Fähigkeit, die Verhandlungsergebnisse innerhalb der je eigenen Organisation vermitteln und umsetzen zu können, sind die grundlegende und notwendige Bedingung für das Funktionieren von Policy-Netzwerken (Dinter 2001: 38). Policy-Netzwerke folgen dabei dem Prinzip der Verhandlung (Mayntz 1993: 46f), wobei die Kompromissbereitschaft der Akteure der entscheidende Mechanismus ist, der die Funktionsfähigkeit von Verhandlungssystemen gewährleistet (Messner 1995: 284).

Im bundesdeutschen Raum sind die Policy-Analysen von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Mayntz 1993; Scharpf 1991; Mayntz/Scharpf 1995) von besonderer Bedeutung. Sie untersuchen die ermöglichenden und restringierenden Aspekte institutioneller Faktoren als Handlungskontext für staatliche und nicht-staatliche Akteure. Im Mittelpunkt stehen die Beschränkungen (in geringerem Maße auch die Erweiterungen) staatlicher Handlungsmöglichkeiten durch institutionelle Arrangements. Ähnlich systemtheoretischer Annahmen gehen Mayntz und Scharpf davon aus, dass sich moderne Gesellschaften teilsystemisch ausdifferenzieren und diese Teilsysteme kollektive Selbstregulationsfähigkeiten besitzen. Im Unterschied zur systemtheoretischen Argumentation Luhmanns wird allerdings davon ausgegangen, dass diese nicht streng autopoietisch funktionieren, sondern dass ein Einwirken von außen, eine *Steuerung*, vom Prinzip her möglich ist.³⁶

In empirischen Analysen zeigen Mayntz und Scharpf, dass Policy-Netzwerke, die sich aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammensetzen, zunehmend an Bedeutung gewinnen. In diesem Prozess komme es zu einer »Enthierarchisierung der Beziehung von Staat und Gesellschaft« (Scharpf 1991: 622). Für Mayntz (1993) ist das Aufkommen von Policy-Netzwerken einerseits ein Zeichen für einen schwachen Staat, andererseits aber auch für die erhöhte Komplexität politischer Herrschaft unter modernen Bedingungen. Die Quintessenz ist auch hier der

36 Luhmann vertritt eine radikal steuerungspessimistische Position, die prinzipiell in Frage stellt, dass von der Politik angenommen werden kann, die Gesamtgesellschaft oder andere nicht-politische Funktionssysteme zu steuern (Luhmann 1988: 324-349). Für Luhmann kann eine Steuerung von Operationen höchstens als ein systeminterner Vorgang beschrieben werden: »Das politische System kann also nur sich selbst steuern mit Hilfe einer spezifischen politischen Konstruktion einer Differenz von System und Umwelt« (ebd.: 337). Vgl. für einen ausführlichen Vergleich zwischen Luhmann und Scharpf (sowie Willke) Ulrich (1994).

beobachtete Übergang vom hierarchischen zum verhandelnden Staat, vom klassischen Obrigkeitsstaat zum modernen interaktiven Staat, also von Government zu Governance. Dieser Übergang bilde das zentrale Merkmal der Veränderung von Staatlichkeit. In den Worten von Scharpf (1991: 623): »Anstelle der im frühneuzeitlichen Staatsdenken postulierten Prämisse von äußerer Souveränität und interner Hierarchie ist die staatliche Politik heute [...] eingebunden in ein immer weiter verzweigtes und immer dichteres Netz von transnationalen und innergesellschaftlichen Abhängigkeiten und Verhandlungsbeziehungen«. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der vorgestellten Debatte, dass nie ganz klar wird, ob dieser Übergang primär durch eine Veränderung der Theorieperspektive sichtbar wird oder aber das Ergebnis realer Prozesse darstellt (Felder 2001: 84).

4.3.1.2 Willkes Konzept der dezentralen Kontextsteuerung

Einen zu Mayntz und Scharpf ähnlichen³⁷, wengleich systemtheoretisch angeleiteten Ansatz vertritt Helmut Willke mit seinem Konzept der »dezentralen Kontextsteuerung«, welches er in seiner Monographie »Supervision des Staates« (Willke 1997) ausführlich darlegt. Willke entwickelt seinen Ansatz in kritischer Auseinandersetzung mit Luhmann. Für diesen ist bekanntlich das System der Politik nichts weiter als ein Teilsystem der Gesellschaft, so wie die Wirtschaft, die Wissenschaft oder das Recht. Da jedes System nach seinen eigenen Logiken funktioniert, muss auch jeder Versuch des politischen Systems scheitern, den anderen Systemen seine Logik aufzuzwingen. Luhmann folgert daraus, dass jegliche politische Intervention zu vermeiden sei. Stattdessen sollten die Systeme sich selbst überlassen bleiben und man sollte auf die Ergebnisse ihrer Selbststeuerung bauen.³⁸ Willke geht die Interventionsstaatskritik Luhmanns, die dem »neoliberalen Zeitgeist« angemessen sei, zu weit. Sein letztendlich sozialdemokratisch motiviertes Programm will hingegen »Möglichkeiten und Restriktionen gemischt öffentlich-privater Steuerungsregime« vordenken, »die überhaupt noch fähig sind, gegenüber der [...] vorherrschenden Dynamik von Entstaatlichung und Deregulierung und gegenüber der wachsenden Fähigkeit lateraler Weltsysteme zur Selbststeuerung Momente eines territorial definierten Gemeinwohls ins Spiel zu bringen« (Willke 1997: 7).³⁹ Dies könne mit *dezentraler Kontextsteuerung* einerseits sowie qua dauernder politischer Supervision und Therapie der anderen Teilsysteme durch den *Supervisionsstaat* andererseits gelingen.

37 Die Ähnlichkeit der Ansätze hebt etwa Esser (1999: 124) hervor.

38 Vgl. zur Kritik der Luhmannschen Position Messner (1995: 179ff).

39 Willke formuliert damit treffend auch das vorherrschende Politikverständnis des Governance-Diskurses insgesamt.

Mit *dezentraler Kontextsteuerung* ist ein staatliches Steuerungsmanagement gemeint, welches sich darum kümmert, dass kommunikative Interaktion zwischen autopoietischen Systemen möglich wird und dass sich diese wechselseitig kontrollieren können. Im Hintergrund steht dabei für Willke das Problem der Vereinbarkeit von Modernität und Demokratie angesichts einer rapiden Zunahme von Komplexität. So dominierten bislang Modelle, die entweder Demokratie auf Kosten von Modernität oder Modernität auf Kosten von Demokratie zu maximieren versuchten (Willke 1997: 78). Während es sich bei der ersten Strategie idealtypisch um einen antimodernistischen Populismus handele, der einfache moralische Lebensformen beschwöre und Gesellschaft als große Familie rekonstruiere, zielen die zweite Strategie auf einen demokratieskeptischen Technizismus, der mit der Forcierung technischer Lösungen, von Expertentum und linearer Logik die verwinkelten und langwierigen Prozesse demokratischer Willensbildung ersetzen möchte, um endlich Klarheit in die »neue Unübersichtlichkeit« (Habermas 1985) zu bringen.

Für Willke ist der Umgang mit Komplexität der entscheidende Prüfstein zur Beurteilung solcher Strategien. Die Idee der Kontextsteuerung sei daher »ein Versuch, die prinzipielle Vereinbarkeit von Demokratie und Modernität unter der Prämisse der Aufhebung hoher organisierter Komplexität zu begründen« (ebd.). Gegenpole zur Kontextsteuerung seien »pluralistisches Durchwursteln im Sinne einer naturwüchsigen Evolution von Gesellschaft« oder hierarchische Steuerung in und mit bürokratischen Organisationen. Allgemein gesprochen symbolisiere die Idee der Kontextsteuerung die prinzipielle Möglichkeit einer komplexen Rekombination von autonomer Selbstregulierung und gesellschaftlich verbindlichen Kontextvorgaben (ebd.: 88).

Die Steuerungsvorstellungen Willkes beschreiten somit einen Mittelweg zwischen Hierarchie und *laissez faire*: Komplexe Systeme dürften weder ihrer Eigendynamik vollkommen überlassen werden noch seien sie von außen umfassend steuerbar, d.h. »die komplementären Mängel von selbst-zerstörerischer Eigendynamik und unmöglicher Kontrolle bezeichnen ziemlich genau das Dilemma, das mithilfe eines brauchbaren Konzepts von Steuerung zu lösen wäre« (Willke 1995: 6). Dezentraler Kontextsteuerung kommt deshalb in der Theorie Willkes die schwierige Aufgabe zu, eine systemische Selbstreflexion anzuregen, ohne in die operative Autonomie eines Teilsystems einzudringen. »Nicht der direkte und unmittelbare Zugriff sondern das Setzen problemangemessener Kontextbedingungen kann demnach ein Sozialsystem dazu veranlassen, seine Operationen im Hinblick auf Umweltverträglichkeit zu selektieren« (Koob 1999: 62).

Als *Supervisionsstaat* wird ein politisches Subsystem charakterisiert, welches seine wesentliche Aufgabe darin sieht, zur Instanz der »Supervision oder Re-Vision grundlegender Entscheidungen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme« (ebd.: 72) zu werden und damit die zentrifugale Dynamik moderner Gesellschaften, »ihren Hang zur Selbstüberschätzung und Selbstüberforderung, einschließlich der destruktiven Überforderung ihrer Innenwelt der Mitglieder und ihrer Außenwelt der Natur, in konstruktivere, zumindest viable Bahnen« (ebd.) zu lenken. Als gesellschaftspolitisches Projekt gehe es um die Notwendigkeit, die »Fähigkeit zur Reflexion des Teils auf die Bedingungen der Möglichkeiten des Ganzen « (Willke 1995: 64) zu bewahren.

Die Rolle des Supervisionsstaates besteht laut Willke vornehmlich darin, mithilfe der Errichtung einer wissensbasierten⁴⁰ Infrastruktur »das zu supervidierende System mit alternativen Visionen und Modellen möglicher Identität zu konfrontieren, so dass ein interner Reflexionsprozess einsetzt, der – möglicherweise – mit der Entdeckung neuer Differenzen und Beobachtungsmöglichkeiten zur Revision eingeschliffener Kommunikationsbahnen führt.« (ebd.: 60). Ein Supervisionsstaat solle daher der »Gefahr einer Verabsolutierung der Teilsystemrationalität auf Kosten der Rationalität des Ganzen« (Willke 1992: 346) entgegentreten.⁴¹ Die Funktion der Supervision liegt dann darin, »das zum Vorschein zu bringen, was die Akteure im Prozess der ursprünglichen Entscheidung nicht sehen konnten. [...] Supervision [wirke] als eine Reflexionsprozeß, in welchem die unvermeidlichen blinden Flecken und Kurzsichtigkeiten des Entscheidungsprozesses in irgendeinem Funktionssystem deutlich gemacht und probeweise als kontingent behandelt werden« (ebd.: 336).

Angesichts des Aufstiegs der »großen Assoziationen, Organisationen, Verbände, Gewerkschaften, Professionen, Korporationen und Interessengruppen« (Willke 1987a: 293), und damit einer grundlegenden Veränderung in der Machtstruktur moderner Gesellschaften, habe der Staat zur Einbeziehung dieser Akteure kaum eine Alternative. Denn: »In Wirklichkeit hat sich nichts anderes ereignet als eine Ausweitung (<inclusion>) der

40 Allgemein geht Willke in seinen Überlegungen von einer sich durchsetzenden Wissensgesellschaft aus. Von dieser könne die Rede sein, »wenn die Strukturen und Prozesse der materiellen und symbolischen Reproduktion einer Gesellschaft so von wissensabhängigen Operationen durchdrungen ist, dass Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden«. Supervision sei die angemessene »Form der politischen Selbststeuerung einer sich abzeichnenden Wissensgesellschaft« (Willke 1995: 12f).

41 Denn in dem »ungebremsten Egoismus der Subsysteme« wird von Willke (1993: 63) der Hauptgrund für eine effizienz- und demokratiegefährdende, letztendlich tendenziell zerstörerische Entwicklung gesehen.

Teilnahme-, Mitbestimmungs- und Steuerungschancen organisierter und kollektiver Akteure gerade bei solchen »politischen« Entscheidungen, welche längst den Rahmen herkömmlicher, staatlich organisierter Politik gesprengt haben. Z.B. sind Entscheidungen im Bereich der Steuerung des Gesundheitssystems, im Bereich der Wissenschafts- oder Technologiepolitik, der Wirtschaftsförderung, der Ausbildungsförderung, der Energiepolitik etc. alle weit jenseits der traditionellen bürokratischen Konsequenzen staatlicher Politik. Wenn im Vollzuge wohlfahrtsstaatlicher Politik administratives Handeln in diesen Bereichen dennoch erforderlich wird, so kann dies sinnvoll gar nicht operationalisiert werden, ohne diesen Bereichen selbst Mitbestimmungsrechte an den jeweiligen Politiken zuzugestehen« (ebd.: 293f).

Insgesamt bleibt der Ansatz von Willke gegenüber dem von Mayntz und Scharpf recht abstrakt und geht auch nicht über diesen hinaus. Dies wird etwa deutlich, wenn Willke versucht, »Kontextsteuerung« zu präzisieren: »Im Kern bedeutet Kontextsteuerung die reflexive dezentrale Steuerung der Kontextbedingungen aller Teilsysteme und autonome Selbststeuerung der internen Prozesse jedes einzelnen Teilsystems« (Willke 1992: 341). Es ist in diesem Zusammenhang Messner (1995: 356) zuzustimmen, dass hier mit dem Vokabular der Systemtheorie lediglich das ausgedrückt werde, was im üblichen Sprachgebrauch als »Gestaltung der Rahmenbedingungen« bezeichnet wird.

4.3.1.3 Zur Einschätzung der Theorien des kooperierenden Staates

Das Programm des »kooperierenden Staates« wird treffend von Willke (1997) formuliert. »Dezentrale Kontextsteuerung« und »Moderieren der Selbstregulierung statt direkter Eingriffe in die Teilsysteme (wie Wirtschaft, Familie, Wissenschaft)« kennzeichnen die Neuausrichtung der Staatsaufgaben. In diesem Zuge werden neue legitime politische Akteure geschaffen. Als legitime politische Akteure gelten nicht mehr bloß die demokratisch gewählten Akteure und die Repräsentanten großer Interessengruppen, sondern ebenso alle privaten Akteure, die für ein bestimmtes Politikfeld als relevant erachtet werden. Dezentrale Kontextsteuerung und Selbststeuerung der gesellschaftlichen Teilsysteme begünstigen somit eine auf Effizienz und Output fokussierte Legitimierung politischen Handelns. Dieser Sachverhalt korrespondiert mit einem dominanten Verständnis von Demokratie, welches nicht mehr »Abbau von Herrschaft« und »Zugewinn von Freiheit und Selbstbestimmung« konnotiert, sondern zunehmend formal und funktionalistisch argumentiert. Dem entspricht die Forderung im Rahmen des Global Governance-Diskurses, dem Demokra-

tiedefizit auf internationaler Ebene solle mit einer verstärkten Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure begegnet werden. Auch hier wird (gelungene) Partizipation lediglich daran gemessen, was sie zur effektiven Problemlösung beigetragen hat. Vorherrschende Bezugspunkte sind Konfliktregelung und Problemlösung (Mayntz 2001: 41). In der Engführung hin auf Effizienzkriterien drückt sich somit ein funktionalistischer Begriff von Partizipation aus (Brand 2001: 103), der sich am Output orientiert.

Neben dieser mangelnden formaldemokratischen Legitimierung von Akteuren in Politiknetzwerken ist ein zweiter Punkt zu kritisieren, die Vernachlässigung von Asymmetrisierungen. Dies bezieht sich sowohl auf das Verhältnis zwischen dem Staat, seinen Unterorganen und den anderen beteiligten Akteuren als auch auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der (privaten) Akteure eines Polity-Netzwerkes untereinander. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass auch in den Theorien des kooperativen Staates dieser selbstverständlich nicht derart vorgestellt wird, als käme er empirisch in Reinform vor. Die Begrifflichkeit zeige, so die Argumentation, lediglich einen – allerdings dominanten – Trend an. Das heißt aber auch, dass das viel zitierte Bild der Ablösung des Government-Staates durch den Governance-Staat eine starke Schiefelage besitzt. Government- und Governance-Staat existieren wohl eher gleichzeitig und stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander. Zwar lässt sich eine zunehmende Diversifizierung organisatorischer Formen des Staates ausmachen. Doch löst sich nicht alles in Kommunikationen und Kooperationen auf.

So muss zumindest von einer »nationalstaatlichen Rest-Hierarchie« (Esser 1999: 128) ausgegangen werden, die überhaupt erst die Möglichkeiten schafft, kooperative Staatstätigkeiten zu entfalten. Zwar hebt auch Scharpf (1991: 62) explizit hervor, dass »Hierarchie« nicht vollständig durch »Verhandlung« ersetzt wird und dass beide in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. So hätten etwa staatliche Akteure immer auch die Option der autoritativen Durchsetzung ihrer Position in Form der Regulierung per Gesetz. Zumindest könnten sie damit drohen. Verhandlungen, seien sie nun in korporatistische Arrangements oder in die neuen, flexibleren Verhandlungssysteme eingebettet, vollzögen sich daher vielfach im »Schatten der Hierarchie« (ebd.: 629). Diese Einsicht gleicht aber einem folgenlosen Lippenbekenntnis und stellt damit wohl eine bloße Reminiszenz an den Berufsstand der Politologie dar. So werden zwar Machtunterschiede als Problem genannt, sogleich aber als zu vernachlässigende Größe deklariert: »auch bei erheblichen Asymmetrien der Verhandlungsmacht bleibt der Unterschied zwischen hierarchischen oder Mehrheitsentscheidungen und ausgehandelten Lösungen von erheblicher praktischer und theoretischer Bedeutung. Zur Vereinfachung der

Argumentation werde ich deshalb für die weiteren Überlegungen den Fall der hegemonialen Koordination vernachlässigen und von prinzipiell gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Exekutivorganen faktisch unabhängiger Einheiten ausgehen« (Scharpf 1993: 166f).

Es kann hier also als ein Manko der dargestellten Ansätze und Analysen festgehalten werden, dass bedingt durch die Art der Theorieanlage die hierarchisch-herrschaftlichen Präfigurierungen und Ausprägungen von Verhandlungssystemen nicht entsprechend gewürdigt bzw. tendenziell der Nichtberücksichtigung anheim fallen. Dies potenziert sich, wenn die Ebene der politikwissenschaftlichen Analyse der Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen verlassen wird, und Politikfeldforschung sich damit begnügt, Modelle der Politikberatung zu entwickeln.

Die Ansätze überwinden durch ihre Fixierung auf den Staat und seine Steuerungspotenziale zudem auch prinzipiell nicht einen »von oben nach unten« gerichteten Blick auf politische Prozesse. Die Steuerungsperspektive führt dazu, dass Policy-Netzwerke lediglich als neuartige Instrumente der *staatlichen* Steuerung aufgefasst werden, auf die der Staat zurückgreifen muss, weil traditionelle Formen der Politikgestaltung in modernen Gesellschaften nicht mehr greifen (Weyer 2000: 23f). Schließlich wird auch der Gesellschaftsbegriff, vornehmlich in der Theorieanlage von Mayntz und Scharpf, in recht eigentümlicher Weise verwendet. So findet sich die Figur, dass Staat und Gesellschaft zwei verschiedene Entitäten seien. Staat und staatliches Handeln sind aber logisch selbstverständlich Teil von Gesellschaft. Offensichtlich benutzen Scharpf und Mayntz den Gesellschaftsbegriff hier lediglich im Sinne einer dem Staat gegenüberstehenden »Zivilgesellschaft«.

Dem kooperierenden Staat als Koordinierungsinstanz und Supervisor kommt in den vorgestellten Ansätzen die Aufgabe zu, aus dem Ruder laufende Teilsystemrationalitäten wieder einzuholen und »einzubetten«. Hiermit wird eine wichtige theoretische Figur vorgedacht, die uns aus den verschiedenen Global Governance-Konzeptionen des voran gegangenen Kapitels 4.2 bereits bekannt ist. Dort ist es dann meist das Teilsystem Wirtschaft, welches sich seiner eigenen Grundlagen beraubt und deshalb an zu verhandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu binden ist. Trotz der Betonung seiner prinzipiellen Multizentrik wird derart der Staat letztlich doch als handelnder Akteur mit Subjekteigenschaften bestimmt. Tendenziell wird damit der Staat, bei aller Betonung der Veränderlichkeit von Staatlichkeit, ontologisiert. Die im Folgenden dargestellte Regulationstheorie weist diese Ontologisierung zurück und entwickelt demgegenüber ein Staatsverständnis, das diesen als Aggregation verschiedener, organisational vermittelter gesellschaftlicher Interessengegensätze fasst.

4.3.2 Die Transformation von Staatlichkeit in der Fassung der Regulationstheorie

Sowohl die Ansätze von Scharpf und Mayntz als auch der Ansatz von Willke benennen zwar vereinzelt ökonomische Globalisierungsentwicklungen als Elemente, welche den Wandel der Staatsaufgaben und des Staatsverständnisses anleiten. Sie stellen aber keinen systematischen Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie her, weshalb im folgenden eine politik-ökonomische Fassung des Wandlungsprozesses dargestellt wird. Zumindest in der bundesdeutschen Diskussion sind, was die Themen Governance und NGOs betrifft, in diesem Rahmen Arbeiten prominent, die unter dem Signum Regulationstheorie firmieren und sich dem Projekt einer neo-gramscianisch reformulierten materialistischen Staatstheorie verschrieben haben.

Der analytische Ausgangspunkt ist – wie bei den Policy-Analysen auch – die veränderte Ausgangslage der Nationalstaaten unter Globalisierungsbedingungen, die mit der Formulierung der »Internationalisierung des Staates« gefasst wird und in der Vorstellung mündet, dass die souveräne Regelungskompetenz des Nationalstaats von der Entgrenzung sozio-ökonomischer Interaktionsbeziehungen angegriffen wird. Auch innerhalb der Regulationstheorie wird ein Trend der »Verschiebung vom Government zur Governance« (Jessop 1997: 82) herausgestellt, allerdings werden hierarchische und herrschaftliche Aspekte an zentraler Stelle thematisiert. Bevor im Folgenden das Staatsverständnis der Regulationstheorie näher expliziert wird, seien zwecks besserer Einordnung des Ansatzes zunächst einige Anmerkungen zu dessen allgemeinen Prämissen vorangestellt.⁴²

4.3.2.1 Grundzüge der Regulationstheorie

Die Regulationstheorie wurde in den 1970er Jahren von einer Reihe französischer Wirtschaftswissenschaftler (Alain Lipietz, Michel Aglietta u. a)

42 Eine umfangreiche Würdigung ist hier nicht beabsichtigt. Regulationstheoretische Ansätze sind aber durch mehrere grundlegende Werke und Sammelbände recht gut erschließbar: Hirsch/Jessop/Poulantzas (2001); Hirsch/Roth 1986; Hirsch (1990; 1995; 2002); Jessop (1982); Hübner (1989); Bruch/Krebs (1996); Lipietz (1998); Demirovic/Krebs/Sablowski (1992); Esser/Görg/Hirsch (1994); Aglietta (2000); bezogen auf NGOs Brand et al. (2001). Die folgende Darstellung vernachlässigt darüber hinaus eine intensivere Auseinandersetzung mit den Differenzen innerhalb regulationstheoretischer Argumentationen. Vgl. für einen diesbezüglichen Vergleich der Ansätze von Jessop und von Hirsch die Arbeit von Felder (2001), die die Unterschiede allerdings deutlich überbewertet.

entwickelt. Sie versteht sich als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise dieser Zeit und die bei ihrer Erklärung manifest gewordenen ökonomietheoretischen Defizite. Ihr allgemeiner gesellschaftstheoretischer Kontext wurde nie sehr deutlich gemacht, war aber ursprünglich stark von der strukturalistischen Marx-Interpretation Althusser's beeinflusst (Lipietz 1992).⁴³ »Allerdings wurde dessen Annahme eines quasi sich selbst erhaltenden, von sozialen Akteuren unabhängigen und historischen Veränderungen nicht unterworfenen gesellschaftlichen Strukturzusammenhangs kritisiert« (Hirsch 1990: 16).

Die Regulationstheorie will die Diskontinuitäten kapitalistischer Vergesellschaftung beleuchten. Es geht ihr um eine Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung (Alnasseri et al. 2001). Sie konzentriert sich dabei auf den ökonomischen Reproduktionsprozess, die mit ihm korrespondierenden sozialen Verhältnisse und insbesondere deren Variabilität und historische Veränderbarkeit. »Die grundlegende Fragestellung der Regulationstheorie ist, weshalb der Kapitalismus trotz der im Kapitalverhältnis wurzelnden gesellschaftlichen Widersprüche bislang überdauern konnte« (Hirsch 1990: 17). Erklärungsbedürftig sei demnach »sowohl die relative Stabilität wie die eigentümliche Wandlungsfähigkeit der komplexen gesellschaftlichen Formation des Kapitalismus« (Mahnkopf 1988: 99). Die Antwort liegt für die Regulationstheorie in den sich historisch einigermaßen grundlegend verändernden ökonomischen Reproduktionsweisen, institutionellen Formen, gesellschaftlichen Normen und Verhaltensorientierungen begründet, die gesellschaftliche Antagonismen in eine Form bringen, die sie mit den Bedingungen des Verwertungs- und Akkumulationsprozesses *vorübergehend* vereinbar machen.

Die Theorie der Regulation erfasst die verschiedenen historischen Formationen des Kapitalismus mit Hilfe der Kategorien »Akkumulationsregime« und »Regulationsweise«. *Akkumulationsregimes* sind die jeweils konkreten Gestalten des Produktions- und Reproduktionsprozesses. Diese sind im kapitalistischen Gesellschaften allgemein gekennzeichnet durch Privatproduktion, Warentausch und Lohnarbeit sowie den Zwang zur Akkumulation. Sie nehmen aber historisch und national unterschiedliche Formen bezüglich der konkreten Art und Weise der Mehrwertproduktion und -realisierung sowie der Verteilung des Gesamtprodukts an (vgl. Hirsch 1990: 34f). Es geht also um das jeweilige historische Entsprechungsverhältnis zwischen den Produktionsbedingungen und den Bedingungen des Endverbrauchs (Lipietz 1985: 120).

43 Weitere wichtige Stichwortgeber waren Gramsci und die historische Annales-Schule um Braudel (Hirsch 1993: 197).

Im Anschluss an Marx wird die kapitalistische Gesellschaftsformation als durch Antagonismen gekennzeichnet und daher als notwendig krisenhaft vorgestellt. Um die gesellschaftliche Reproduktion zu gewährleisten, bedarf es daher ihrer Regulation, beziehungsweise einer historisch spezifischen Regulationsweise. Diese beinhaltet die »Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus« (Lipietz 1985: 121).

Akkumulationsregime und Regulationsweise stehen nicht in einem Determinations-, sondern in einem »Artikulationsverhältnis« zueinander. Sie »verfügen über je eigene Regelmäßigkeiten und Dynamiken, und ihre relative Kompatibilität – die Voraussetzung für die zeitweise Stabilität einer kapitalistischen Formation – muß als das prinzipiell offene Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe gesehen werden« (ebd.).

Neben der Kompatibilität von Akkumulationsregime und Regulationsweise ist als weitere Voraussetzung für die Stabilität der Vergesellschaftung ein *hegemonialer Konsens* konstitutiv, der vermittelt spezifischer Formen normativer und institutioneller Arrangements die »Vereinbarkeit von konfliktorischer Interessenartikulation, widersprüchlichem Klassenhandeln und Akkumulation« (Hirsch/Roth 1986: 38) sichert. Dieser hegemoniale Konsens stützt und legitimiert das regulative System. Er beinhaltet »verallgemeinerte und übergreifende Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft« (Hirsch 2002: 64), deren Durchsetzung partikuläre Interessen als allgemeine oder nationale Interessen legitimieren. Hegemoniale Projekte binden innerhalb einer historischen Formation die spezifische Akkumulations- und Regulationsweise zusammen und lassen diese – in Anlehnung an die Terminologie Gramscis – einen »historischen Block« bilden.

Die Regulationstheorie legt ihr Augenmerk insbesondere auf zwei historische Formationen: den Fordismus⁴⁴, der sich nach der Weltwirtschaftskrise 1929 in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts formierte, und den Postfordismus, der auf die Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger

44 Der Begriff des Fordismus geht zurück auf den amerikanischen Automobilproduzenten Henry Ford und wurde als erstes von Gramsci benutzt, um den sich abzeichnenden neuen »historischen Block« zu bezeichnen. Ford ließ in den 1930er Jahren vermittelt tayloristischer Arbeitsorganisation das »Modell T« produzieren. Durch vergleichsweise hohe Löhne – bei gleichzeitig perfektionierter Kontrolle und Überwachung – versetzte er die Arbeiter tendenziell in die Lage, Käufer ihrer »eigenen« Produkte zu werden.

ger Jahre reagiert, in seiner Ausformulierung jedoch noch keineswegs abgeschlossen ist. Als Fordismus »wird ein historisch spezifischer, gesellschaftsformierender sozialer Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital bezeichnet, in dem die Prozesse der Kapitalverwertung und der kapitalfraktionellen Konkurrenz auf die Kooperation mit der Arbeiterklasse gestützt oder durch ihren Widerstand mediatisiert sind« (Demirovic 1992: 129). Kennzeichnend ist im Fordismus ein Akkumulationsregime, welches insbesondere auf tayloristische Arbeitsorganisation⁴⁵, Massenproduktion und -konsum sowie der Durchdringung und Zerstörung der handwerklichen und bäuerlichen Reproduktionssphäre gründet.

Die fordistische Regulationsweise lässt sich vorrangig durch die Einführung sozialstaatlicher Sicherung beschreiben, insbesondere durch die Herausbildung des »keynesianischen Wohlfahrtsstaates«. Sie beruhe »entscheidend auf der Existenz von umfassenden gesellschaftlichen Großorganisationen, einem in weite gesellschaftliche Bereiche intervenierenden Staat, bürokratischen Massenparteien, Gewerkschaften, Unternehmer-, Bauern-, Ärzte- und sonstigen Interessenverbänden, die den Anspruch erhoben, die kapitalistischen Marktprozesse ebenso wie die gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen durch zentralisierte Verhandlungssysteme politisch zu steuern« (Hirsch 2002: 88). Damit verbunden sei ein »hoher Grad an zentralisierter Normierung und Steuerung, eine fortschreitende ›Durchstaatlichung‹ vieler Lebensbereiche und ein erhebliches Maß an bürokratischer, partei- und verbandsmäßiger Kontrolle der Lebensweisen, des politischen Verhaltens, der Interessenartikulation und der Interessendurchsetzung« (ebd.: 88f).

Für alle Bereiche des fordistischen Vergesellschaftungszusammenhangs werden von der Regulationstheorie Krisen diagnostiziert, die sich seit den 1970er Jahren manifestieren. Im Kern seien sie aber letztendlich im Anschluss an Lipietz (1985) auf eine ökonomische Krise der Verwertung zurückzuführen (Hirsch 1993: 208). So folgte aus der Erschöpfung der Produktionsreserven der tayloristischen Arbeitsorganisation die Notwendigkeit, neue Formen der Arbeitsorganisation sowie neue profitablere Technologien zur Kapitalverwertung zu finden. Die Globalisierung der Waren- und Finanzmärkte engte zudem die nationalen Politikspielräume

45 Als Taylorismus wird eine Form der Arbeitsorganisation bezeichnet, die in »der ›wissenschaftlichen‹ Zerlegung des Arbeitsprozesses, der Anwendung neuer Transfersysteme, einer extremen Vertiefung der Arbeitsteilung und der weitgehenden Dequalifizierung der Produktionsarbeiter zugunsten des Managements beruht« (Hirsch/Roth 1986: 50). Namensgeber ist Frederick Winston Taylor, der akribische Zeit-, Bewegungs- und Leistungsmessungen durchführte und zur Grundlage der »wissenschaftlichen Betriebsführung« machte. Vgl. unter organisationshistorischer Perspektive Türk/Lemke/Bruch (2002: 208-222).

auf Standortsicherungsmaßnahmen ein und unterminierte die nationale Regulation – den durch den Wohlfahrtsstaat begründeten Klassenkompromiss. Der »hegemoniale Kitt« schließlich sei endgültig durch die weltweiten Umbrüche 1989/1991 zerbröselt, nicht zuletzt aber auch durch einen »Wertewandel«, der sich in dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen symbolisiert, welche u.a. die schrankenlose Naturausbeutung der fordistischen Produktion kritisierten.

Die Konturen der sich neu herausbildenden Regulationsweisen sind noch nicht klar ersichtlich, so dass hierfür der vorsichtige Begriff des *Postfordismus* eingeführt wird.⁴⁶ Dessen Akkumulationsregime scheint sich aber neben der Auslagerung der Produktion in Zuliefererbetriebe und Just-in-time-Anlieferung insgesamt durch eine hohe Flexibilisierung der technischen Produktionsanlagen auszuzeichnen. Anstelle der Herstellung von standardisierten Massenprodukten rücke nun die Orientierung auf eine diversifizierte Produktpalette, innerhalb derer schnell und kostengünstig die Produktion umgestellt und angepasst werden kann. Die Produktion werde dabei zunehmend abgestützt durch Methoden der Arbeitsorganisation und -kontrolle, die durch die Stichworte Gruppenarbeit, Qualitätszirkel und Unternehmenskultur gekennzeichnet sind. Technisch wird die schnelle Umstellung auf unterschiedliche Produkte durch eine noch größere Vereinfachung und Standardisierung der verwendeten Einzelteile möglich sowie durch die flexible Automation multifunktionaler, computergesteuerter und -koordinierter Maschinen (Hirsch/Roth 1986).⁴⁷

Die Regulationstheorie macht eine zunehmende Internationalisierung des Kapitalverhältnisses aus. Durch die Liberalisierung von Waren- und Geldmärkten und die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien erhalte diese Dynamik einen zusätzlichen Schub. Unternehmenstätigkeiten könnten in noch höherem Maße als bisher räumlich zerlegt werden – über den jeweiligen Standort entscheiden Lohnkosten,

46 Trotz nunmehr ca. 25 Jahren regulationstheoretischer Anstrengungen wird diese Vagheit bis heute beibehalten, was die Frage aufwirft, ob auf den Fordismus jemals wieder eine halbwegs stabile Formation folgen wird. Ein derartiges Eingeständnis würde aber die Grundprämissen der Regulationstheorie in Frage stellen. Vgl. diesbezüglich auch die wertkritisch angeleitete Kritik von Trenkle (1998).

47 An dieser Stelle ist anzumerken, dass die regulationstheoretischen Arbeiten meist auf der Grundlage einer recht dünnen empirischen Basis argumentieren. Insbesondere werden bestimmte Trends der Arbeitsorganisation, wie sie von der industriesoziologischen Literatur in den 1980er Jahren beschrieben werden, relativ friktionslos in die Zukunft verlängert. Neuere industriesoziologische Literatur, die ein wesentlich widersprüchlicheres Bild zeichnet, wird kaum zur Kenntnis genommen. Auch das Auseinanderfallen von hegemonialen Managementtheorien und realer Praxis der Arbeitsorganisation wird kaum thematisiert.

Ausbildungsniveau und die jeweils günstigsten infrastrukturellen und politischen Bedingungen. »Die Logik der neuen, ›postfordistischen‹ Akkumulationsstrategie besteht also im Kern in einer Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung« (Hirsch 1995: 90).⁴⁸ Die gegenwärtige Struktur des Kapitalismus werde aktuell »entscheidend von der rapide voranschreitenden Globalisierung des Kapitalverhältnisses bestimmt, ausgedrückt in der Liberalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, der weltweit wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte, der Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze, der Internationalisierung der Produktion und der Ausbreitung multinationaler Unternehmungen« (Hirsch 1993: 202).

4.3.2.2 Die Veränderung von Staatlichkeit im Postfordismus

Diese Veränderungen, so die regulationstheoretische Argumentation, haben weitreichende Auswirkungen auf den Staat, der von der Regulationstheorie grundagentheoretisch nicht nur als juristisches Gebilde und politisches Institutionensystem verstanden wird, sondern vor allem als »soziales Verhältnis« rekonstruiert wird. Im Anschluss an Poulantzas (1978)⁴⁹ wird der Staat als historisch sich ändernder Aggregatzustand sozialer Auseinandersetzungen, als »materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse«, aufgefasst.⁵⁰ Der Staat sei somit weder als ein autonomes Subjekt aufzufassen noch sei er homogen strukturiert. Er sei weder »das bewusst geschaffene Instrument der herrschenden Klasse noch die Verkörperung eines demokratischen ›Volkswillens‹« (Hirsch 2002: 26). Er sei ein gesellschaftlich umkämpftes Terrain, ein »Feld, auf dem sich Klassenbeziehungen institutionell materialisieren« (Hirsch 1993: 196), sei ein institutionell geronnenes Kräfteverhältnis. Allerdings bilde der Staat im Laufe der Zeit eine spezifische, von eigenen bürokratischen und politischen Mechanismen geprägte Gestalt aus. Eine Veränderung der Kräfteverhältnisse übertrage sich somit nicht bruchfrei auf den Staat. So komme

48 In einer neueren Veröffentlichung äußert sich Hirsch (2002: 100) präziser: »Das wesentliche Charakteristikum des neuen Akkumulationsregimes ist [...] nicht ›Globalisierung‹ an sich, sondern die Durchsetzung einer neuen Form der Internationalisierung der Produktion, die durch die Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte sowie durch neue Kommunikations- und Transporttechnologien ermöglicht wurde.«

49 Vgl. zur Auseinandersetzung mit Poulantzas vor allem Demirovic (1987) sowie Hirsch/Jessop/Poulantzas (2001).

50 Eine Fassung von Staat als soziales Verhältnis und damit ein nichtontologisierendes, entsubjektiviertes Verständnis von Staat finden sich aber auch schon in den Schriften des 1919 verstorbenen Anarchisten Gustav Landauer (1989).

es, dass der Staat zwar in seiner konkreten organisatorischen Struktur soziale Kräfteverhältnisse ausdrückt, sie gleichzeitig aber auch formt und stabilisiert (ebd.; Hirsch 2002: 18-35). Der demokratische Nationalstaat sei somit »eine Herrschafts- und Regierungsform, die auf dem allgemeinen Prinzip der ›Unveränderbarkeit der Veränderung‹ beruht und in die sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Kompromisse stets aufs Neue einschreiben, um so ihr Beharrungsvermögen zu entfalten« (Sack/Berndt 2001: 14).

Im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus verändere sich auch die Form der Staatlichkeit. Mit der fordistischen Krise komme auch der fordistische Staat in die Krise. Die Regulationstheorie fasst diese Situation als Übergang vom Sicherheitsstaat zu einem »nationalen Wettbewerbsstaat«, von einem keynesianischen Wohlfahrtsstaat zu einem Governance-Staat. Die Staatsaufgaben haben sich gewandelt: An Stelle einer Verknüpfung zwischen relativ umfassender wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge und politisch-bürokratischer Kontrolle, Disziplinierung und Überwachung als Merkmalskombination für den Sicherheitsstaat trete die weitgehende Ausrichtung des Staates auf die Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Intensivierung seines autoritären Potentials. Als bedeutender Motor dieser Entwicklung werden weltwirtschaftliche Prozesse angegeben, die Hirsch (2001: 20) als »neoliberale Restrukturierung des Kapitalismus« auf den Begriff bringt.

Die fortschreitende Globalisierung des Kapitals verursache deutliche Auswirkungen auf die Funktion des Staates. Nationale Politik verkomme zur Standortsicherungspolitik. Als gesellschaftliche Akteure mit starker Durchsetzungskraft erweisen sich zunehmend die transnationalen Konzerne, deren Aktionsradius nicht durch politische Grenzen bestimmt wird. Denn, allgemeiner formuliert: »Immer weniger entspricht dem einzelstaatlich kontrollierten Territorium innerhalb der nationalen Grenzen eine ebenso geschlossene und räumlich abgegrenzte Ökonomie und Gesellschaft« (Hirsch 1995: 99).

Bezogen auf den Staat ergeben sich laut Jessop (1997) zumindest drei zentrale Modifikationen und Entwicklungstrends.⁵¹ *Erstens* komme es zu einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft, welche mit dem Begriff der »Entnationalisierung des Staates« zu fassen sei. Durch die fortschreitende Internationalisierung der Produktion vermindere sich die Fähigkeit der Nationalstaaten zu einer kohärenten und integrativen Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen, was einen zumindest tendenziellen »Verlust der formalrechtlichen Souve-

51 Vgl. ähnlich Hirsch (2001: 20-24; 2002: 117-121); Görg/Hirsch (1998); aber auch Held (1995).

ränität des Nationalstaates« nach sich ziehe. *Zweitens* komme es zu einer »Entstaatlichung politischer Regime« bzw. zu einer »Privatisierung von Politik« (Hirsch 2001: 21). Hiermit ist nun genau der Übergang von Government zu Governance gemeint, also »die Herausbildung politischer Regulierungsnetzwerke, in denen der Staat eher als primus inter pares, als Moderator und Koordinator innerhalb eines Geflechts relativ unabhängiger gesellschaftlicher Akteure und Gruppen erscheint« (Hirsch 2001: 21).⁵² *Drittens* lasse sich schließlich ein Entwicklungstrend der »Internationalisierung des Nationalstaates« aufzeigen. Hiermit ist vor allem die Entstehung *internationaler* Policy-Regime gemeint. Diese hätten die Fähigkeit, eine Eigendynamik in Gang zu setzen, der sich Nationalstaaten kaum oder nur unter hohen Kosten entziehen können (Görg/Hirsch 1998: 322). Die Internationalisierung der Staatsapparate sei zu einem entscheidenden Merkmal der im Zuge der »neoliberalen Globalisierungsoffensive durchgesetzten Umstrukturierung der Staaten und des Staatensystems« (Hirsch 2001a: 121) geworden. Zusammengefasst führen für Hirsch gerade die beiden letzten Punkte, die Entwicklung hin zu einem »verhandelnden Staat« und die Bedeutungszunahme internationaler Organisationen und Netzwerke, »zu einer signifikanten Aushöhlung der nach wie vor auf den einzelstaatlichen Rahmen beschränkten demokratischen Systeme« (Hirsch 2001: 25).

Die skizzierten Veränderungen von Nationalstaatlichkeit aufgrund externer globaler Entwicklungen gehen für Hirsch (2002: 107) einher mit dem Ruf nach einer »nebulösen ›internationalen Gemeinschaft« und der Aufwertung der sogenannten »internationalen Zivilgesellschaft«. »War die Herausbildung eines Netzwerks nichtstaatlicher Institutionen und Projekte innerhalb der kapitalistischen Metropolen etwa im Bereich der Umweltpolitik bereits eine Reaktion auf abnehmende staatliche Bewegungsspielräume und das immer unvermitteltere Durchschlagen globaler Weltmarktmechanismen, so muss sich ihr Operationsfeld angesichts der herrschenden Krisen und Konflikte notwendig über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg ausdehnen« (ebd.: 109f).

Zusammengefasst beschreibt die Regulationstheorie alle diese Entwicklungen als umfassende Transformation des Politischen bzw. des Verhältnisses von Politik und Ökonomie vor dem Hintergrund der Krise des Fordismus. Diese Transformation sei vor allem eine Folge des Siegeszu-

52 Es sei hier schon angemerkt, dass Hirsch dieser Entwicklung im Gegensatz zu Mayntz und Scharpf sowie Willke kritisch-pessimistisch gegenübersteht. So sei diese Entwicklung, da sie entformalisierte und unzureichend legitimierte Verhandlungssysteme protegiere, auch als »Refeudalisierung von Politik« aufzufassen (Hirsch 2001: 22).

ges neoliberaler Strategien.⁵³ Die neoliberale Staatskritik trug entscheidend dazu bei, soziale Kräfteverhältnisse und damit staatliche Politik zu verändern. Dies heiße nicht, dass staatliche Politik unbedeutend wäre, es komme aber zu einer weiteren Stärkung dominanter Klassen. Insbesondere die Interessen des Finanzkapitals würden immer hegemonialer. Zwar bleibe der Nationalstaat das zentrale Terrain sozialer Auseinandersetzungen und damit von Hegemoniebildungsprozessen, gleichzeitig regionalisierten und globalisierten sich aber die Ebenen. Hegemonie werde daher zunehmend multiskalar hergestellt. Heute sei das internationale Institutionensystem wesentlich damit befasst, den globalen Akkumulationsprozess politisch-institutionell abzusichern. Unter neoliberalen Bedingungen komme den Konzepten Konkurrenzfähigkeit, Effizienz und Realpolitik eine übertragende Bedeutung zu. Diese Konzepte würden in alle gesellschaftlichen Bereiche und politische Arenen »interiorisiert« (Jessop 1997).

Internationale Politik sei zunehmend globalen Verwertungsinteressen untergeordnet. Wolle man einen übergeordneten, dominanten Trend internationaler Politik ausmachen, so sei dieser als eine Strategie des »globaler Konstitutionalismus« zu bezeichnen. Demzufolge bestehe die zentrale Orientierung internationaler Politik in der weltweiten Sicherung des Rechts auf Privateigentum (Scherrer 2000; Gill 2000) sowie der Ausweitung dessen, was Eigentum sein kann.⁵⁴ Liberale Verfassungsvorstellungen sollen international gelten. Genau diese beiden Aspekte – die Hinwendung zum nationalen Wettbewerbsstaat und dessen Einbindung in einen globalen Konstitutionalismus – sollen mit dem Begriff der »Internationalisierung des Staates« eingefangen und bezeichnet werden (Brand 2001: 95f).

Im Zuge seiner Internationalisierung verändert sich in der Sichtweise der Regulationstheorie die Topografie des kapitalistischen Staates. So werden nun im Rahmen von Global Governance-Strategien eine Vielzahl politischer Verhandlungssysteme installiert und allgemein private Akteure, also vornehmlich transnationale Konzerne und NGOs, in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden. Dies heiße aber gerade nicht, dass nun *alles* verhandelbar ist, denn das staatstheoretische *a priori* jeder politischen Tätigkeit, ihre liberalkapitalistische Prfiguration, bleibe bestehen: »Die »Logik« der auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene ausgebildeten Verhandlungssysteme verhört innerhalb einer neokapitalistischen vorstrukturierten »Systematisierungsweise« des ökonomischen und des Gesellschaftlichen. Der politische Streit in den neuen

53 Für eine materialreiche Einführung in Theorie und Praxis des Neoliberalismus vgl. Schui/Blankenburg (2002).

54 Vgl. als ein Beispiel etwa die Auseinandersetzungen innerhalb der WTO um das TRIPS-Abkommen (Correa 2000).

›Räumen der Regulation‹ ist sozusagen eingerahmt und wird eingehegt in die globale Re-Artikulation von Ökonomie und Politik, in der eine nachfordistische Entwicklungsweise des historischen Kapitalismus erprobt und entfaltet wird. Politik ›jenseits des Staates‹ ist also durch eine Reihe von ›non-decisions‹ charakterisiert – politischen Entscheidungen, die gar nicht mehr zur Disposition stehen« (Röttger 2001: 158).

Hirsch begreift seinen Ansatz als Kritik an herkömmlicher politikwissenschaftlicher Theorie. Insbesondere deren Fassung des Staates als zentralhierarchische Steuerungs- und Koordinationsinstanz wird als unhaltbar zurückgewiesen. Im Unterschied zu den Ansätzen des kooperativen Staates engt er seine Kritik nicht auf die gegenwärtigen Entwicklungen ein. Der Staat sei vielmehr noch nie in dieser Hinsicht vernünftigt analysierbar gewesen. Zwar hält Hirsch explizit den Ansätzen von Scharpf und Willke zugute, dass sie den »Abschied von der altehrwürdigen Staatsillusion der Politikwissenschaft« (Hirsch 2002: 119) markieren und eine »etwas realistischere Sicht« (ebd.) zur Geltung bringen. Gleichwohl grenzt sich Hirsch aber deutlich von Scharpf und Willke ab.

Das entscheidende Argument lautet, dass die als Neuerung gefeierte Aufgabe des Staates, Aushandlungsprozesse anzuleiten, zu moderieren und zu regulieren, bereits im fordistischen Kapitalismus stark ausgeprägt war. Schon hier waren etwa »korporative Abkommen zwischen dem Staat und den ›Sozialpartnern‹ in der Wirtschafts-, Sozial- und Einkommenspolitik üblich. Und immer schon spielten unternehmerische Monopole und kapitalistische Machtgruppen die Rolle eigenständiger ›Verhandlungspartner‹ des Staates« (ebd.: 120). Neu sei lediglich, dass sich diese Politikform auf immer mehr Bereiche (z.B. Technologie-, Städtebau-, Umwelt- und Gesundheitspolitik) ausdehne.

Dieser Prozess führe aber, und dies ist das zweite Argument, in der Regel nicht zu einem Interessenausgleich, sondern stärke bestimmte Akteure, nämlich international operierende Konzerne, unter Bedingungen der Globalisierung in besonderer Weise: »Waren diese unter den Bedingungen einer vorherrschend auf den nationalstaatlichen Raum bezogenen Regulierung fallweise noch zu sozialen Kompromissen gezwungen, so verleiht ihnen ihre globale Beweglichkeit und die simple Drohung des Auswanderns heute eine Position, die gegenüber Staat, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen immer bestimmender wird. [...] In diesem Sinne hat Politik als ›Verhandlungssystem‹ die nationalstaatlichen Grenzen längst hinter sich gelassen. Dies bedeutet allerdings, dass unter diesen Bedingungen die Chancen zu einer ›reflexiven Selbstbindung der Teilsysteme‹ und für die staatliche Erzwingbarkeit von Verhandlungsergebnissen als ebenso beschränkt angesehen werden müssen wie die Hoffnung, dass aus diesem Prozess so etwas wie ein vertretbares Maß

allgemeiner Wohlfahrt entstehen könnte« (ebd.: 120f). Von einer auch nur annähernden Symmetrie in den Verhandlungspositionen der verschiedenen Akteure, wie sie insbesondere bei Scharpf (1991) anklingt, könne also keine Rede sein.

4.3.2.3 Zur Einschätzung des Beitrags der Regulationstheorie

Zumindest für die deutsche sozial- und politikwissenschaftliche Diskussion haben Kritiken des Global Governance-Diskurses, die unter der Perspektive der Regulationstheorie entworfen wurden, eine beachtliche Aufmerksamkeit erfahren. Hier ist insbesondere die von der *Heinrich-Böll-Stiftung* und von *WEED* herausgegebene Studie »Global Governance – Alternative zur neoliberalen Globalisierung?« (Brand et al. 2000) hervorzuheben⁵⁵, die die so Kritisierten zu Verteidigungsversuchen herausforderte (Nuscheler 2000). Viele der in der Studie vorgebrachten Kritikpunkte und Einschätzungen sind Bausteine der folgenden eigenen kritischen Erörterungen zu den Merkmalen des Global Governance-Diskurses. Im Wesentlichen formuliert die Studie zwei Einwände gegen die hegemoniale Konzeption von Global Governance. Zum einen würden dort Herrschafts- und Interessenstrukturen beharrlich ausgeklammert und zum anderen würde eine nicht weiter definierte Weltethik an die Stelle von demokratischer Legitimierung, Transparenz und Rechenschaftspflicht gesetzt. Indem regulationstheoretisch inspirierte Arbeiten die sozialen Kontexte, in denen Globalisierungsprozesse stattfinden und Änderungsdruck auf die Verfassung politischer Systeme ausgeübt wird, in das Erörterungsspektrum mit einbeziehen, gehen sie über die in den Politikwissenschaften vorherrschende Fixierung auf die institutionellen Formveränderungen von Politik hinaus.

Das der Regulationstheorie zugrunde liegende (historisch-materialistische) Wissenschaftsverständnis, welches sich in einer macht- und herrschaftsanalytischen Herangehensweise ausdrückt, weist dabei den Anspruch, sich an der Entwicklung technisch-konkreter Problemlösungen zu beteiligen, als Zumutung zurück. Durch die Analyse sollen hingegen Bruchstellen der aktuellen Restrukturierungen des politischen Raums angegeben werden, die von emanzipatorischen Bewegungen nutzbar gemacht werden könnten. So wird die allgemeine forschungsleitende Fragestellung der Regulationstheorie, mit welchen Mitteln es in der jeweiligen historischen Situation gelingt, die grundlegende krisenhafte Dynamik kapitalistischer Vergesellschaftung institutionell zu stabilisieren, auf Global

55 Des Weiteren Brand et al. (2001); Brand (2003); vgl. für eine Replik auf die Kritik, welche vornehmlich auf den zugrunde gelegten Diskursbegriff rekurriert, Weller (2003).

Governance angewendet. Welchen Anteil hieran hat also der Global Governance-Diskurs? Oder anders: Inwieweit kann heutzutage von Global Governance als »möglichem hegemonialen Diskurs des internationalen Politischen« (Brand 2003) gesprochen werden? Angesichts der regulationstheoretischen Fassung der Transformation des Nationalstaates und insbesondere der These der »Internationalisierung des Staates« verwundert es nicht, dass letztere Frage zumindest vorläufig bejaht wird.

Obwohl sich das Wissenschaftsverständnis der Regulationstheorie an vielen Punkten mit dem dieser Arbeit deckt, lassen sich dennoch einige Kritikpunkte anführen. Durch das Forschungsinteresse, Diskontinuitäten der kapitalistischen Entwicklung auszumachen, ist in gewisser Weise vorgegeben, dass die Regulationstheorie Brüche überbewertet und Kontinuitäten unterbewertet. Dies führt dazu, dass die Wahrnehmung auf die einmal beschriebenen Umbrüche hin enggeführt wird und gegenläufige Trends vernachlässigt werden oder gar nicht in den Blick geraten. Hinzu kommt die relativ schwache empirische Basis regulationstheoretischer Analysen, insbesondere in Bezug auf die Veränderungen in der »Arbeitswelt«.⁵⁶

Im Ergebnis werden bestimmte Entwicklungen durch ihre Beschreibung aufgewertet und es ist nicht mehr entscheidbar, ob die beschriebenen Entwicklungen »realen« dominanten Trends entsprechen oder unzulässige Verlängerungen unsystematisch zusammenhängender Ereignisse sind. Zwar würde von den Vertretern der Regulationstheorie sicherlich eingeräumt werden, dass die ausgemachten Trends immer auch diskursiv erzeugte Produkte sind. Systematisch wird dies aber nicht diskutiert und in das Forschungsdesign integriert. Die Regulationstheorie setzt sich damit trotz anders lautender Intention prinzipiell der Gefahr aus, gesellschaftliche Brüche, hier vor allem der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, als Faktum festzuschreiben. Das NGO-Phänomen und Prozesse einer Global Governance erscheinen den diesbezüglichen Ansätzen daher als Hinweise und Markierungen eines umfassenden Epochenbruchs. Regulationstheoretische Arbeiten stützen damit die schon aus Kapitel 2 bekannte These, NGOs seien neuartige Akteure auf der internationalen politischen Bühne.

Von der Regulationstheorie werden NGOs zwar als von großen Zwängen umgebene Akteure wahrgenommen. Sie können aber ihre stabilisierende und begrenzte Wirkung, ihre »Vereinnahmung durch die herrschende Ordnung« voluntaristisch überspringen, wenn sie diese (Selbst-)

56 So kommen etwa industriesoziologische Arbeiten inzwischen zu einem differenzierteren Bild der aktuellen inner- und außerbetrieblichen Entwicklungen, die sich nur noch schwerlich zu *einem* bedeutenden Trend zusammenfassen lassen.

Beschränkung in Richtung einer »umfassenden Staats-, Gesellschafts- und Herrschaftskritik überschreiten« (Seibert 2000: 15). NGOs werden derart als souveräne Akteure vorgestellt. Sie seien ideologisch unverdächtige neutrale Hüllen, derer sich emanzipatorische Kräfte nur in angemessener Form zu bedienen bräuchten.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf den »Rest-Ökonomismus«, der sich in den Konzeptionen der Regulationstheorie auffinden lässt. Zwar wird explizit Ökonomie als »sozial konstruiertes und institutionell eingebettetes Verhältnis verstanden und nicht als politisch zu regulierende eigenständige gesellschaftliche Sphäre« (Brand et al. 2000: 50). Doch bleibt die Herausbildung gesellschaftlicher Verhältnisse und Institutionen insgesamt auf die Erfordernisse kapitalistischer Akkumulation bezogen. Zwar wird die Existenz einer bestimmbar kapitalistischen Entwicklungslogik mit dem Hinweis, dass diese immer auch Ergebnis von sozialen Auseinandersetzungen sei, energisch bestritten. Gleichwohl wird die Eigenständigkeit kultureller Normen relativ gering geachtet, was sich insbesondere in der mangelnden Thematisierung von weltkulturellen Homogenisierungen, etwa der Organisationsform oder des »abstrakten Individuums« zeigt. Konzepte einer Global Governance werden deshalb lediglich als hegemoniale Versuche der Neustrukturierung der kapitalistischen Regulationsweise interpretiert, nicht aber als Versuche, politische Artikulationsformen auf globaler Ebene zu homogenisieren.

Tabelle 6: Ansätze zur Transformation des Staates im Vergleich

	Theorien des kooperativen Staats	Regulationstheorie
Analytischer Ausgangspunkt	Nationalstaat in der Globalisierung	Nationalstaat in der Globalisierung
Gesellschaftliche Entwicklung	Komplexitätssteigerung Bedeutungsverlust nationaler Politik Government → Governance Selbststeuerung der Teilsysteme	Globaler Neoliberalismus Nationaler Wettbewerbsstaat Government → Governance Ökonomisierung des Sozialen
Herrschaftsverhältnisse	Tendenzielle Nichtberücksichtigung	Ökonomische Asymmetrisierungen
Staatsbegriff	formal-juristisch	Staat als materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse
NGO-Begriff	NGOs als Teil der Zivilgesellschaft: Vermittlungsinstanz zwischen Markt und Staat	Teil des »integralen Staates«
Global Governance	»Natürliche« Folge von funktionaler Differenzierung auf Weltniveau	Hegemoniales Projekt zur ideologischen Abpufferung des Neoliberalismus

Der Ansatz der Regulationstheorie zur Erklärung der Transformation von Staatlichkeit entwickelt im Gegensatz zu den Ansätzen des kooperativen Staates eine polit-ökonomische und herrschaftskritische Sichtweise dieses Prozesses. Im Unterschied zu den Ansätzen von Mayntz und Scharpf sowie Willke werden derart Aspekte von Herrschaft und Interessendisparität an zentraler Stelle diskutiert. Außerdem wird durch eine Fassung von Staat als »materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse« einer Ontologisierung desselben Vorschub geleistet. Viele Elemente der regulationstheoretischen Diskussion können daher in der Tat die Kritik von Governance-Konzeptionen anleiten.

Es lassen sich aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Ansätzen des kooperativen Staates und der Regulationstheorie finden. Insbesondere gehen beide von einer ähnlichen zeitdiagnostischen Analyse aus. Der Übergang von Government zu Governance wird von beiden als prägendes Moment der letzten zwei Jahrzehnte hervorgehoben. Unterschiede ergeben sich lediglich in der theoretischen Herleitung und Begründung dieser Entwicklungen sowie in deren Beurteilung. Beide Ansätze erklären identifizierte Entwicklungen zu längerfristigen Trends und betonen die Brüche und Unterschiede zu vorhergehenden historischen Situationen. Tendenziell gerät ihnen so das Kontinuierliche aus dem Blick. So wäre in Bezug auf Global Governance zu fragen, wo genau denn die Unterschiede zwischen den sich herausbildenden Verhandlungssystemen mit NGO-Beteiligung und den korporatistischen Arrangements der 1950er und 1960er Jahre liegen. Es lassen sich hier sicherlich einige Argumente dafür finden, dass die Gemeinsamkeiten größer sind als die Differenzen. Dies gilt insbesondere eingedenk der in Kapitel 2 herausgearbeiteten These, nach der der internationale Rahmen insgesamt von einer Ver-Organisation geprägt ist, die es nahezu unmöglich macht, Interessen nicht organisationsförmig zu artikulieren.

4.4 Zur Essentialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse im Governance-Diskurs

Nachdem sowohl die emphatischen als auch die analytischen Debatten um den Begriff Governance dargestellt wurden, wird nun die Global Governance-Debatte insgesamt als Diskurs gefasst. Ziel des Kapitels ist es, dem hegemonialen Verständnis von Global Governance auf die Spur zu kommen und die zentralen Diskurselemente zu pointieren. Dies schließt die Benennung dessen mit ein, was aus dem Diskurs ausgeschlossen bzw. invisibilisiert wird. Zwar kann hier keine umfassende Diskursanalyse von Global Governance geleistet werden. Auf der Grundlage der vorangegan-

genen Erörterungen und der Ausführung bisher nur *en passant* genannter Kritekielemente ist es aber zumindest möglich, die einzelnen Diskursteile so zu rekapitulieren und derart in eine Ordnung zu bringen, dass die Grundstruktur des Global Governance-Diskurses ersichtlich wird.

Zwei Bemerkungen seien voraus geschickt. *Erstens* ergibt sich eine besondere Schwierigkeit daraus, dass die Vieldeutigkeit, Offenheit, Heterogenität und Widersprüchlichkeit des Diskurses um Global Governance selbst eines seiner wesentlichen Strukturmerkmale darstellt. Eine Darstellung des Diskurses steht damit vor der Aufgabe, diese Vielschichtigkeit nicht zugunsten der Pointierung der eigenen Position wieder einzuebrennen und damit eine Eindeutigkeit und Kohärenz zu suggerieren, die so nicht gegeben ist. Es kann aber festgestellt werden, dass sich gerade in der Vieldeutigkeit des Diskurses dessen Wirkungsmächtigkeit und Verankerung zeigt, da die unterschiedlichsten Akteure offensichtlich differente und sich widersprechende Strategien unter diesem Topos verhandeln können. Die Hegemonialität des Diskurses über Global Governance macht sich daran fest, dass an ihm – zumindest im Kontext internationaler Politik – nicht vorbeizukommen ist und er anschlussfähig an andere gesellschaftlich relevante Diskurse (etwa um Effizienz oder Verantwortung) ist.

Die Offenheit des Global Governance-Diskurses hat unmittelbar mit seiner Leitbildfunktion zu tun. Konzeptionen von Global Governance treten als Leitbilder in der internationalen Politik auf und dienen damit wie alle Leitbilder als »Orientierungsrahmen, an dem Entscheidungsträger in den Bereichen, für die Leitbilder entworfen werden, ihre Beschlüsse über vorzunehmende Maßnahmen ausrichten können« (Wink 1995: 99). Erfolgreich können aber nur solche Leitbilder sein, die hinreichend offen für differente Interpretationen und Handlungsorientierungen sind, die also lediglich einen Rahmen zur Verfügung stellen, die konkrete Ausführung aber nicht determinieren. Die Platzierung von Global Governance als eine gesellschaftliche Leit- und Wertidee erlaubt daher – um nicht zu sagen lädt geradezu dazu ein –, die Global Governance-Begrifflichkeit für je spezifische Zwecke und Interessen zu instrumentalisieren. Es ist daher zu erwarten und nicht erstaunlich, dass verschiedenartige Vorstellungen kognitiv mit dem Konzept Global Governance verknüpft werden und diskrepante Anforderungen an das Konzept interessenbedingt vorgetragen werden.

Eine *zweite* Vorbemerkung richtet sich auf die Abgrenzung des Diskurses um Global Governance. So weist insbesondere der zeitlich ein wenig früher beginnende Diskurs um Nachhaltigkeit viele Überlappungen zum Global Governance-Diskurs auf. Beide lassen sich nicht klar voneinander unterscheiden. Sie interagieren auf vielfältige Weise miteinander. Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat bestimmte Aspekte von Global Gover-

nance vorweg genommen und diesem Konzept erst den Weg geebnet. So wurden schon in der Debatte über Nachhaltigkeit bestimmte Kernelemente, insbesondere die Problemdefinition auf globaler Ebene, weltweit akzeptabel gemacht und institutionalisiert.

Etwas vereinfacht kann der Nachhaltigkeitsdiskurs als die inhaltliche Ausgestaltung der durch das Global Governance-Konzept beschriebenen und propagierten Steuerungsoptionen gelten. Aber auch auf der organisatorischen, das Politikverständnis betreffenden Ebene wurden im Diskurs um Sustainable Development Festlegungen formuliert, die nun im Governance-Diskurs aufgegriffen und reformuliert werden. Dies bezieht sich in erster Linie auf die NGOs selbst, die im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses und im Umfeld der »Nachhaltigkeitskonferenz« UNCED 1992 als relevante politische Akteure im internationalen Raum stark aufgewertet wurden. Insgesamt kann man wohl formulieren, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs sich so differenziert und erweitert hat, dass er heute zunehmend mit dem Governance-Diskurs verwoben ist. Viele der in Bezug auf den Nachhaltigkeitsdiskurs vorgebrachten Kritiken (Eblinghaus/Stickler 1996; Spehr 1996; Spehr/Stickler 1997) lassen sich in ihrer Substanz daher nahezu bruchlos auf den Governance-Diskurs anwenden.⁵⁷

Augenfällig sind im Diskurs um Global Governance verschiedene Verdinglichungen und Essentialisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse, die die Gliederung vorgeben. Zuvorderst ist hier eine Fassung von (ökonomischer) Globalisierung als ein quasi-naturgesetzlicher Megatrend gesellschaftlicher Entwicklung zu nennen (Kap. 4.4.2). Ein weiterer bedeutender, mit dieser Setzung zusammenhängender Trend wird in der beschleunigten funktionalen Differenzierung von Gesellschaften, die in einer für den Laien unüberschaubaren Komplexität münde, gesehen (Kap. 4.4.1). Es geht im Folgenden nicht darum, den Gegenbeweis zu führen, dass dies keine dominanten gesellschaftlichen Entwicklungen wären. Es wird aber ein Teleologismus zurückgewiesen, der diese Entwicklungen nicht mehr als Resultate von gesellschaftlichen Widersprüchen und Konflikten benennt. Komplexitäts- und Globalisierungsannahmen verknüpfen sich mit einer dritten Grundannahme, die hier als Globalismus bezeichnet wird (Kap. 4.4.3). Als vierter Punkt wird das spezifische, harmonistische Politikverständnis der Global Governance-Ansätze herausgearbeitet (Kap. 4.4.4). Schließlich werden fünftens die Vernetzungsvorstellungen der Governance-Konzeptionen als Elemente eines Innovationsdiskurses der modernen Gesellschaft rekonstruiert (Kap. 4.4.5). Es liegt in der »Natur« des

57 Dies wird in den einschlägigen Kritiken des Governance-Diskurses ebenso gesehen und expliziert (vgl. etwa Brand et al. 2000: 154).

Governance-Diskurses, dass sich zwischen den einzelnen Kapiteln Interdependenzen ergeben.

4.4.1 Komplexitätsannahmen: Global Governance als Expertendiskurs

In der sozial- und politikwissenschaftlichen Literatur zu Global Governance wird, dies hat der Exkurs zu den Theorien des kooperierenden Staates deutlich gemacht, meist die zunehmende Komplexität unter Globalisierungsbedingungen und der hohe Differenzierungsgrad der westlichen Gesellschaften für die »Krise der parlamentarischen Demokratie« und damit für das Entstehen von Governance-Konzeptionen ursächlich gemacht, wobei dieser Trend meist als friktionsfrei vorgestellt wird. Geradezu idealtypisch kommen etwa Andersen und Burns (1996: 229) in ihrer Studie über die Zukunft der Demokratie in Europa zu folgender Einschätzung: »One of the main reasons that parliamentary systems are increasingly marginalized in modern politics and governance is that Western societies have become highly differentiated and far too complex for a parliament or its government to monitor, acquire sufficient knowledge and competence, and to deliberate on.«

Jedes spezifische Policy-Feld benötige demnach spezialisierte technische und wissenschaftliche Expertise, wobei (wissenschaftliches) Wissen als interessenneutral vorgestellt wird. Es wird suggeriert, dass es trotz zunehmender Komplexität letztlich nur eine *one best practice* zur Lösung der Probleme gibt, dass »neutrales« Wissen um komplexe Sachverhalte und deren Bearbeitung existiert und zentral zur Lösung der Probleme ist« (Brand 2003: 157). Letztendlich gibt es nur noch rationale und sachbezogene Entscheidungen, nicht aber strategische Optionen oder politische Alternativen. Andere Wissensformen und Lösungsvorschläge werden systematisch⁵⁸ entwertet und als ideologisch und partikularistisch zurückgewiesen. Wissenschafts- und Experten-*Communities* bilden sich als »epistemische Gemeinschaften« (Haas 1992) heraus und immunisieren sich gegen Kritik (Boli 1999). Innerhalb dieser Strukturen existiert neben der allgemeinen Dominanz der Experten gegenüber den (so definierten) Laien die tendenzielle Privilegierung von (männlichen) Wissenschaftlern aus der »Ersten Welt« (Eblinghaus/Stickler 1996: 117; Shiva 1994).⁵⁹ Global

58 Wobei die Systematizität entlang dominanter gesellschaftlicher Spaltungslinien verläuft (Nord/Süd, Gender). Vgl. Shiva (1994); Runyan (1999).

59 Besonders deutlich formuliert die *Gruppe von Lissabon* (1997: 26f) die Forderung, dass die Länder der OECD eine Vorreiterrolle bei der Erarbeitung von Problemlösungsstrategien einnehmen müssten: »Es ist die tiefe Überzeugung der Mitglieder der Gruppe von Lissabon, daß Japan, Nord-

Governance kann daher als Expertendiskurs gefasst werden, »der einen bestimmten Typus (westlich-überlegenen) Wissens privilegiert« (Brand 2003: 157).

Dabei trägt der Duktus der formulierten Rationalisierungs- und Legitimierungsversuche, die sich auf die Absicherung der immer komplexer werdenden, von Experten, Wissenschaftlern und sonstigen *Professionals* ausgefüllten Verhandlungssysteme beziehen, fast religiöse Züge.⁶⁰ Ähnlich wie sich Religionen und ihre Repräsentanten Jahrhunderte lang als Wahrer einer göttlichen Ordnung präsentieren konnten, deren sehr komplexe Interpretation ein subtiles und genaues Wissen, wenn nicht eine Offenbarung des Schöpfers verlangte, können Politik- und Sozialwissenschaftler, Ingenieure, NGOs und Regierungsorganisationen nun ihren Expertenstatus absichern. Die Vorstellung, dass das einzelne Individuum unfähig ist, »die große Komplexität der sozialen und ökonomischen Realität zu verstehen und sich daher damit zufrieden geben muss, seine Entscheidungsgewalt an eine Kaste von Entscheidungsträgern zu delegieren« ist daher als »ein wesentliches Element des Systems der Governance« zu betrachten (Brown 2001: 7).

Integraler Bestandteil von Governance-Konzepten ist die Konstruktion einer Realität, die die Fähigkeiten sowohl von einzelnen Akteuren (Individuen, Organisationen, sozialen Bewegungen) als auch der bisherigen – vornehmlich: nationalstaatlichen – demokratischen Repräsentationsformen übersteigt. Governance-Konzepte schlagen also nicht nur auf transnationale Steuerungsebenen durch, sondern konfigurieren auch das Verhältnis zwischen Individuen und Organisationen einerseits und der Gesellschaft andererseits neu. Hierbei ist der erwähnte Effekt der faktischen Entmachtung nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig und komplementär dazu werden Akteure nämlich durch Strategien des »Empower-

amerika und Westeuropa ihre enormen Potentiale und Mittel in Wissenschaft und Technik sowie ihren wirtschaftlichen Reichtum mit dem Ziel nützen müssen, eine neue globale Welt – zusammen mit den anderen Völkern und Ländern der Erde – zu entwickeln und zu verwirklichen, eine Welt, die ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und politische Demokratie miteinander versöhnt. [...] Es ist hauptsächlich die gemeinsame Verantwortung Japans, Nordamerikas und Westeuropas, das kreative Potential zu mobilisieren, damit die Grundbedürfnisse und Ansprüche der Weltbevölkerung als oberste Priorität behandelt werden.«

60 Zur Vertiefung dieser These vgl. weiter unten die Ausführungen in Kap. 6.3 im Rahmen der Darstellung des World Polity-Ansatzes, der insbesondere den Konzepten Rationalität und Wissenschaft eine religiöse Wirkungsmacht unterstellt (Meyer et al. 1997; Meyer/Jepperson 2000; Schäfer 2000).

ments«⁶¹ zunehmend in die Pflicht genommen. Die Konzeption von Global Governance propagiert, dass die Teilnahmerechte an Verhandlungssystemen prinzipiell für alle gelten, allerdings mit der wichtigen Einschränkung, dass sie zum jeweiligen Problem einen Beitrag leisten können. Im Umkehrschluss handeln demnach diejenigen Akteure unverantwortlich, die sich nicht an der Lösung des Problems beteiligen. Zumindest haben sie aber durch ihre Nichtbeteiligung auch zukünftige Einspruchsmöglichkeiten abgegeben. Entmachtungs- und Ermöglichungsdispositive gehen so Hand in Hand.

4.4.2 »Megatrend Globalisierung«: Global Governance als Diskurs der Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht

Zur Komplexität der Gesellschaft tritt das seinem Wesen nach Grenzen überschreitende Enorme: die Globalisierung. Bis auf wenige Ausnahmen gilt für die Sozial- und Politikwissenschaften, so Pierre und Peters (2000: 56f) in ihrer Studie zu Governance, dass Globalisierung »has become the leading social science mantra in the 1990s and is used to account for almost all changes in Western Europe and North American politics.«⁶² So bildet Globalisierung »den quasinaturalistischen Bedeutungshintergrund nahezu aller zivilgesellschaftlichen, jenseits des Staates siedelnden Argumentationsfiguren« (Röttger 2001: 151). Globalisierung wird derart zu einem »alternativlosen Vorgang, den man genau so wenig ablehnen oder bekämpfen« kann »wie das Aufgehen der Sonne oder den Einzug des Winters« (Görg 2004: 21). Auch das »Faktum« der Globalisierung erheischt derart eine quasi-religiöse Akzeptanz. Wie der jüdisch-christliche Gott existiert die Globalisierung quasi aus sich heraus und hat keine Ursache mehr. Sie erscheint als ein dem menschlichen Handeln entthobener »Mega-Trend« (Messner/Nuscheler). In der Terminologie Foucaults entsteht so ein neues »Wahrheitsregime«, eine neue »Ordnung der Dinge«, zu der sich der Einzelne und die Gesellschaft nur noch ins Verhältnis setzen können.

Die »Tatsache« der Globalisierung ist im politischen Sprachgebrauch zur Universalbegründung für die Notwendigkeit von Reformen und Deregulierungen in so gut wie allen Politikbereichen geworden. Im Bereich

61 Vgl. zur Bedeutung von Empowerment in der Weltgesellschaft vor allem Hein (2001), der Empowerment nicht nur als dominante entwicklungspolitische Strategie der 1990er Jahre fasst, sondern als wichtigen integralen Bestandteil von Governance-Konzeptionen und als »zentrale Komponente postfordistischer Regulation«.

62 In der polemischen Formulierung von Schaeffer (1999: 1197): »Need an explanation for social change? Attribute it to globalization!«

der Politischen Theorie und insbesondere in der Theorie der Internationalen Beziehungen korrespondiert dies wie gesehen mit dem Allgemeinplatz des »Bedeutungsverlusts des Nationalstaats«, der ein »Regieren jenseits des Nationalstaats« (Zürn 1998) notwendig mache.⁶³ Trotz verschiedener Einsprüche hält sich diese Einschätzung in breiten Teilen der Politikwissenschaft nachhaltig. Auf jeden Fall stehen aber nun Fragen der demokratischen Partizipation im Angesicht der Globalisierung auf der Tagesordnung der politikwissenschaftlichen Forschung. Die Debatte über Global Governance ist davon der sichtbarste Ausdruck.

Obwohl Globalisierung sicherlich eines der größten *catch-all-words* unserer Zeit darstellt, heißt dies nicht, dass dessen inhaltliche Ausgestaltung beliebig ist. Innerhalb des Global Governance-Diskurses ist eine Konzeptualisierung von Globalisierung dominant, die auf der *dichotomischen Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie* aufbaut, die das Politische und das Ökonomische als zwei von einander unterscheidbare Entitäten konstruiert.⁶⁴ Hierbei wird als Kernprozess der Globalisierung das Ökonomische gefasst, welches dadurch zum Nicht-Gestaltbaren durch das Politische avanciert (Brand 2003: 156). Demgegenüber tritt Global Governance, zumindest in der dominanten rot-grünen Variante, als ein Diskurs der politischen Gestaltung, als Diskurs der Rückgewinnung von Handlungsmacht, auf. Im Gegensatz zu vereinzelt Stellungnahmen, die dem territorial-demokratischen Repräsentationsanspruch der Nationaldemokratien nachtrauern,⁶⁵ erscheint der Diskurs um Global Governance in dieser Situation als realitätsnaher Hoffnungsdiskurs, der die Demokratisierungspotenziale des Globalisierungsprozesses beschwört. Die vorhandenen Tendenzen der Weltgesellschaft in Richtung einer »kosmopolitischen Demokratisierung« (Beck 2002; Held 2002), so das dominante Credo, müssten gestärkt werden. Es sei daher dringend geboten, politische Maßnahmekataloge zu formulieren und umzusetzen, die diesen Prozess beschleunigen. Trotz der teils reflektierten Diskussion in den Politikwissenschaften hält sich unter den Protagonisten einer Global Governance hartnäckig ein »Steuerungsoptimismus« (Eblinghaus/Stickler 1996) sowie

63 Wenn nicht gar behauptet wird, »die Politik« verliere gegenüber »der Wirtschaft« überhaupt an Bedeutung. Vgl. zur Illustration die Formulierung von Scherer (2003: 1): »Die Wirtschaft entfaltet sich nicht mehr innerhalb der durch die Politik vorgegebenen Spielregeln, vielmehr diktiert zunehmend die Wirtschaft der Politik den noch verbleibenden Handlungsspielraum.«

64 Hierauf hat am überzeugendsten die regulationstheoretisch inspirierte Kritik hingewiesen (Brand 2003; Brand et al. 2000; Brunnengräber/Stock 1999). Vgl. auch Lemke (2001).

65 Es lassen sich hier teilweise naive Überhöhungen und Verklärungen der Partizipationsmöglichkeiten der repräsentativen Demokratie finden. Vgl. etwa die Argumentation von Brown (2001).

eine, zwar nicht mehr auf den nationalstaatlichen Raum fixierte, dennoch aber als etatistisch zu bezeichnende Illusion (Brand et al. 2000: 18), die sich letztendlich aus der Idee speist, neokeynesianische Modelle auf die internationale Ebene übertragen zu können.⁶⁶

Die leitende Vorstellung des Konzepts Global Governance ist der Aufbau von politischen Institutionen, die zum Ziel haben, den ökonomischen Prozess der »wilden und erbarmungslosen Globalisierung« (George Soros) zu domestizieren, sozialverträglich zu restrukturieren und zu regulieren. »Die Politik« müsse den Prozess der (verselbständigten) Globalisierung wieder einholen bzw. einbetten (*re-embedding*).⁶⁷ Problematisch an dieser idealtypischen Dichotomisierung von Ökonomie und Politik ist zweierlei: Erstens ist zunächst grundlagentheoretisch einzuwenden, dass Politik und Ökonomie immer eine Einheit bilden – wenn auch eine dynamisierte und in sich widersprüchliche.⁶⁸ Zweitens wird dadurch verdeckt, dass das, was gemeinhin unter ökonomischer Globalisierung gefasst wird, zu großen Teilen aus politischen Regulierungen durch nationalstaatliche Finanz-, Technologie- und Strukturpolitik entstanden ist, ergänzt durch eine spezifische Kredit- und Handelspolitik internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und in letzter Zeit verstärkt der Welthandelsorganisation (Sassen 1999: 158). Insbesondere innerhalb dieser drei Organisationen spielen die Staaten der OECD eine dominante, wenngleich auch nicht untereinander konfliktfreie Rolle. Gleichzeitig haben diese Staaten durch ihre Standortpolitik »ihren« transnationalen Konzernen die »Schleusen der Globalisierung« erst geöffnet.

Es liegt also ein in der Politikwissenschaft tief verankertes »Missverständnis« vor. Dass sich die meisten Regierungen dem derzeitig herrschenden neoliberalen Paradigma mehr oder weniger unterworfen haben, heißt eben gerade nicht, dass die gängige Metapher von der »Entmachtung der Politik« sich beweisen würde, sondern zeigt lediglich an, dass die Nationalstaaten und ihre Regierungen ihre nach wie vor vorhandenen Steuerungskapazitäten im Interesse dieser Marktideologie eingesetzt haben und weiterhin einsetzen. Die Nichteinführung verpflichtender Regeln für transnationale Konzerne (*codes of conduct*) etwa ist nicht der Ohn-

66 Vgl. für ein prominentes Beispiel die Diskussion über die Einführung der sogenannten Tobin-Steuer (Wahl/Waldow 2002).

67 Vgl. Altwater/Mahnkopf (1996: 583ff); aber auch Giddens (1995); zur Kritik dieser Figur Brand/Görg (2000).

68 Dies ist das Grundverständnis jeder Form einer Kritik der politischen Ökonomie. Besonders pointiert findet sich diese Position aber in den wissenschaftskritischen, die disziplinäre Dreiteilung der Wissenschaften (sozial, politisch, ökonomisch) verwerfenden Arbeiten Wallersteins (vgl. Kap. 6.2).

macht nationalstaatlicher Regelungskompetenz geschuldet. Sie drückt vielmehr eine bewusste politische Strategie aus, aus Wettbewerbsgründen solche Regeln nicht gegen das Votum der »eigenen« transnationalen Konzerne verbindlich zu vereinbaren und gesetzlich zu verankern (Paech 2001: 4). Selbst wenn man diesem Argumentationsschritt nicht folgt, ist zumindest die Generalisierung zurückzuweisen, dass *die* Nationalstaaten allesamt unter einem Kompetenzverlust leiden würden. Dies mag für viele kleinere Staaten zutreffen, für die USA, Japan und die EU aber sicherlich nicht. Das Machtgefälle zwischen den verschiedenen nationalen Souveränitäten ist so groß, dass die übergreifende These vom allgemeinen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten mehr verdeckt als verdeutlicht (Huffschmid/Brunnengräber 2001: 2).

Zwar wird auch in der vorliegenden Studie und in anderen politökonomischen Ansätzen davon ausgegangen, dass nationalstaatliche Politik durch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verhandlungssystemen erodiert, Staatlichkeit sich zunehmend privatisiert und Staatsfunktionen ökonomisiert werden. Statt die momentanen Umbrüche aber als Neukonfigurierung des Verhältnisses von Staat, Ökonomie und Gesellschaft zu betrachten, radikalisieren breite Teile der Politikwissenschaft diesen Prozess zu der These des tendenziellen Verschwindens nationalstaatlicher Handlungskompetenz. In den vorgelegten Analysen und daraus abgeleiteten Konzepten wird der Staat dann in der Folge als Bestandteil gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse nicht mehr wahrgenommen, zumal sich eine Herrschaftskritik historisch ohnehin erledigt habe. Röttger (2001: 150) kritisiert treffend den hier zum Ausdruck kommenden Positivismus: »Mit der Metapher von der ›postnationalen Konstellation‹ werden die in die Erosion des Staates eingewobenen Herrschaftsverhältnisse vielmehr zu einem Legitimationsargument für die ›aktive Gestaltung‹ der Aushöhlung des politischen Regulationszusammenhangs. [...] Neue Formen des ›Regierens jenseits des Nationalstaats‹ – seien sie nun als ›global governance‹ transnational, als ›Innovationsnetzwerk‹ regional oder als ›corporate governance‹ betrieblich bzw. auf die Restrukturierung der Beziehungen von Kapital und Arbeit ausgerichtet – werden deshalb quasi in den Rang einer historischen Notwendigkeit erhoben, weil die Aushöhlung des nationalstaatlichen Regulationsgefüges, ›so wie sie ist‹ (um nicht zu sagen positivistisch), hingenommen wird.«

So verfestigt sich ein positivistischer Kurzschluss in der aktuellen Debatte um Demokratie und Globalisierung. In dem die Globalisierung nicht mehr politisch ergründet, sondern zum Ausgangspunkt politischer Überlegungen gemacht wird, entsteht ein neues Verständnis des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Die *governance-* bzw. *regimetheoretische* Umdeutung der Politischen Theorie verliert die gesellschaftlichen

Kräftekonstellationen aus dem Blick und macht die Möglichkeiten demokratischer Politik allein von der Institutionalisierung von Verfahrens-, sprich Verhandlungssystemen und Kommunikationsstrukturen abhängig (Röttger 2001: 151).

Da das Globalisierungsdispositiv und damit der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert und verinnerlicht sind, geht es nur noch um Reparaturfunktionen und um die Setzung von sozialen und ökologischen Leitplanken.⁶⁹ Angeprangert werden einzelne *Fehlentwicklungen*, statt das Primat der Wettbewerbsfähigkeit selbst als Fehlentwicklungsmodell zu brandmarken. Gestaltet wird im Rahmen von Global Governance, so lässt sich die Kritik zuspitzen, vornehmlich im Sinne einer Absicherung des ökonomischen Kerns der Globalisierung. Der Global Governance-Diskurs ist daher im Gegensatz zu der Einschätzung seiner Protagonisten kein Gegendiskurs zum Neoliberalismus, sondern dessen »sozialdemokratische« Reformulierung. Die Konzeptionen einer Global Governance können daher als »trojanisches Pferd des Neoliberalismus«⁷⁰ betrachtet werden. Mit Lemke (2001: 26) vertrete ich hier die These, »dass der permanente Rekurs auf governance-Mechanismen in der sozialwissenschaftlichen und politisch-publizistischen Literatur integraler Bestandteil einer historisch-politischen Konjunktur ist, in der die Kritik des Neoliberalismus zum Vehikel seiner Restrukturierung geworden ist, wobei der selektiven Einbindung von sozialen Bewegungen, »zivilgesellschaftlichen« Akteuren und Nicht-Regierungsorganisationen eine entscheidende Rolle zukommt.« Bei den Ansätzen einer Global Governance handelt es sich demnach um Markierungen innerhalb des oben skizzierten Wahrheitsregimes, welches die Unhintergebarkeit des (neoliberalen) Globalisierungsprozesses annimmt. Die Ansätze haben nicht das Potential es zu transzendieren, sondern stützen es »von innen« heraus.

4.4.3 Der Globalismus der »Einen Welt«: Global Governance als Ordnungsdiskurs

Der Global Governance-Diskurs zeichnet sich durch sein Problembewusstsein aus. Die Globalisierung, so die dominante Annahme, produziere und verschärfe Probleme, die zunehmend nicht mehr an nationalen Grenzen Halt machen. Es gäbe demnach eine Reihe von »Weltproblemen« und weltweiten Herausforderungen, die nun effizient und rational

69 Diese Vorstellung findet sich vor allem in der Debatte um Sustainable Development (vgl. explizit in BUND/Misereor 1996).

70 Die Formulierung ist von Wallace (2003) übernommen, wo sie in Bezug auf entwicklungspolitische NGOs gebraucht wird.

zu lösen seien.⁷¹ Hierzu werden etwa der Schutz des globalen Klimas, die Stabilität des internationalen Finanzsystems, der Schutz vor Gesundheitsgefährdungen, die Abwendung von ökonomischer Instabilität, Armut, Kriegen und organisierter Kriminalität sowie die Steuerung der Migration gezählt (Deutscher Bundestag 2002: 417). Die Charakterisierung als *Weltprobleme* unterstellt dabei, dass sie alle Menschen und Regionen der Welt in ähnlicher Weise betreffen. Folglich hätten auch alle ein gleich gerartetes Interesse an deren effektiver Bearbeitung. Ursachenforschung und das genaue Hinsehen, welche Probleme für wen in welcher Intensität bedeutsam sind, finden kaum statt.⁷²

Der Global Governance-Diskurs behauptet, »dass weder zwischen verschiedenen sozialen Gruppen oder Klassen noch zwischen unterschiedlichen politischen Interessen und Zieldefinitionen grundsätzliche Konflikte oder Gegensätze bestehen. Kurz gesagt: »Die Armut der einen hat mit dem Reichtum der anderen nichts zu tun, und wirtschaftliches Wachstum, Nachhaltigkeit, politische Demokratie, soziale Solidarität, gesundes Wohnen etc. sind prinzipiell miteinander vereinbar – ohne die bestehenden politische und sozialen Strukturen dabei zu verändern« (Lemke 2001: 26).⁷³ Durch die verstärkte Kooperation der verschiedenen Akteure ergäben sich zunehmend Win-Win-Situationen, die konfrontative Politikformen obsolet erscheinen lassen.

Die essentialisierten Hintergrundannahmen der zunehmenden Komplexität und der naturwüchsig fortschreitenden Globalisierung überlagern sich also mit einem weiteren wichtigen Diskursstrang, der den Globus als eine singuläre Einheit und ein zu managendes Objekt fasst. Hierbei gehen

71 Dies wird zusätzlich abgestützt durch den ausufernden Gebrauch von »Metaphern der Gemeinsamkeit« (Paech 2001: 3), etwa von »Weltgesellschaft«, »Weltrisikogesellschaft«, »Netzwerkgesellschaft«, »Weltbevölkerung« oder »Eine Welt«, der den gesamten Diskurs zu Global Governance durchzieht.

72 Huffschmid und Brunnengräber (2001) haben darauf hingewiesen, dass »die drei klassischen Problemfelder«, die ein gemeinsames Überlebensinteresse der Menschheit begründen, einem stark asymmetrischen Muster folgen, jedenfalls unterschiedliche Populationen unterschiedlich tangieren. So sei *erstens* die Gefahr des Krieges seit dem Ende des Kalten Krieges keine Überlebensfrage der Menschheit mehr. Im Gegenteil werden Kriegführung und Militäreinsätze für die Industriestaaten zu normalen Mitteln der Politik (vgl. auch Hardt/Negri 2000). *Zweitens* betreffen Hunger und Armut die OECD-Welt nur am Rande. Auch Migration als Folgeproblem bleibt bislang größtenteils ein Problem zwischen Staaten des Südens, zumal sich der Norden zur Wehr setzen kann. *Drittens* ist selbst das Problem der Umweltzerstörung für einige Teile der Welt existenzbedrohender als für andere. Insbesondere die Klimaveränderungen treffen die Entwicklungsländer besonders.

73 Dies ist der Kern der Argumentation in Brand et al. (2000), wurde aber auch schon als Kernelement des Nachhaltigkeitsdiskurses herausgearbeitet (BUKO 1996; Eblinghaus/Stickler 1996).

strukturelle Veränderungen, die zu gesellschaftlicher Globalität führen, Hand in Hand mit Veränderungen auf der Ebene von Weltbildern und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen. Globalität lässt sich daher mit Robertson (1992: 78f) als »the circumstance of extensive awareness of the world as a whole« fassen. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang den ersten Bildern, auf denen die Erde aus dem Weltall fotografiert wurde, eine große Wirkung unterstellt, da sie die Erde als bedrohte und fragile Einheit wahrnehmbar machten (Sachs 2002: 118-141; Thompson/Rayner 1998: 290).

Vor diesem Hintergrund wird plausibel, dass die Thematisierung von globalen Umweltveränderungen eine einheitsstiftende Funktion hat. Wenn die Erde als Ganzes bedroht ist, dann wird dadurch auch ein globaler Anspruch begründet und lokale Ressourcen rücken in den legitimen Einzugsbereich von Programmen des globalen Ressourcenmanagements. Dieser Globalismus betrachtet die Menschheit als eine »Schicksalsgemeinschaft«, die durch zunehmende Interdependenzen so verwoben sei, dass »Sonderwege« nicht mehr dauerhaft gangbar sind. Global Governance ist der Versuch, wieder »Ordnung« in die Welt zu bringen.

Der Global Governance-Diskurs und mit ihm der Nachhaltigkeitsdiskurs stehen dabei für einen umfassenderen Diskurswechsel, der als Ablösung des Entwicklungsdiskurses (Sachs 1993; Esteva 1992; Ziai 2003; Escobar 1995; Köbler 1998) durch einen Ordnungsdiskurs gefasst werden kann.⁷⁴ Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war in den internationalen Beziehungen ein Entwicklungsdiskurs dominant, der den Gesellschaften des Südens, die als unterentwickelt definiert wurden, versprach, durch einen Prozess »nachholender Entwicklung« den Lebensstandard der Industrieländer erreichen zu können.

Die Aushöhlung des Entwicklungsdiskurses begann in den Kommissionen und Organisationen der UN Anfang der 1970er Jahre. Mit dem Bericht des *Club of Rome* »Die Grenzen des Wachstums« (Meadows 1972) wurde eine weltweite Debatte um »Umwelt und Entwicklung« angestoßen, die das bisherige Industrialisierungs- und Entwicklungsmodell in Frage stellte. Innerhalb der Studie und durch die anschließende Debatte wurde die »Eine Welt« als singuläre Einheit zunächst konstruiert und dann zu einem »Managementobjekt« (Sachs 1995) auserkoren. Beschleunigt wurde die Ablösung des Entwicklungsdiskurses dann seit 1989 mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und der UN-Konferenz über »Umwelt und Entwicklung« 1992 in Rio.

Während im Entwicklungsdispositiv nicht nur die Dominanz der Industrieländer, sondern ebenso der Anspruch der jungen Staaten der Drit-

74 Vgl. ausführlicher Spehr/Stickler (1997); ähnlich auch Novy/Mattl (1999).

ten Welt auf ökonomische Fortschritte und politische Gleichberechtigung formuliert waren, sich Industrialisierung und Emanzipation, Fortschreibung des Bestehenden ebenso wie die Umwälzung der Verhältnisse artikulierten, organisiert sich der Diskurs des Globalismus zentral um die Konzepte von Ordnung und Verwaltung. Nach dem Ende des Kalten Krieges wird nun zunehmend ein weltgesellschaftliches Allgemeininteresse konstruiert, welches durch die oben beispielhaft angeführten »objektiven« Gefahren bedroht sei. Der Global Governance-Diskurs folgt dabei dem Motto: »Wird den Mahnungen der globalen Partizipation nicht gefolgt, droht die Apokalypse« (Hennig 2001: 32f). Zu der Perspektive, die Menschheit als Schicksalsgemeinschaft wahrzunehmen, gäbe es keine Alternative. Es bleibe nur die Wahl »Eine Welt oder Chaos« (Meyer 1996).⁷⁵

Es bildet sich ein »Ordnungsdenken« heraus (Spehr/Stickler 1997), welches den Diskurs über Global Governance zutiefst prägt. Dessen Programmatik geht nicht von Ansprüchen und Perspektiven für Individuen oder Gruppen aus, denen etwas Konkretes verheißen würde. Vielmehr wird ein Ordnungsprogramm auf globaler Ebene skizziert, das vorhandene Ansprüche beschränkt. Solange Notwendigkeiten für die Weltbevölkerung als Ganzes (ökologische Überlebensdiktate, ökonomische Unausweichlichkeiten, eskalationsvermeidende Strukturen für Konflikte) den Bezugsrahmen ausmachen, werden soziale und weltweite Ungleichheit nicht mehr an prominenter Stelle in Frage gestellt, gar oftmals ausdrücklich toleriert. Tendenziell verschwindet die dynamische Geste des Entwicklungsdiskurses und wird durch eine eigentümliche Statik, durch das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1989), ersetzt. Gesellschaftliche Gestaltung vollzieht nur noch äußere Notwendigkeiten nach, sie dient weder der Befreiung noch der Gleichheit.

An die Stelle der »unbegrenzten Möglichkeiten« tritt der Handlungsimperativ der (technokratischen) Verwaltung, bestenfalls der partiellen Verbesserung des Bestehenden. Auf alle »zusätzlichen«, verheißend-transzendenten Legitimationen von Herrschaft wird verzichtet. Die neuen Regierungstechniken legitimieren sich zunehmend lediglich darüber, dass sie Ordnung schaffen und Überleben sichern. Sie bleiben aber gleichwohl

75 Allgemein wird das »Ordentliche« an Global Governance oft durch Verweis auf sein Gegenteil, das Chaos, hergestellt. Vgl. als Beispiel den Buchtitel von Arrighi/Silver (1999) »Chaos and Governance in the Modern World System«. Explizit argumentieren Altvater und Mahnkopf (2002: 313ff) in diese Richtung, indem sie den ihrer Meinung nach dominanten Trend zur Informalisierung der Politik in eine unordentliche und eine ordentliche Variante unterteilen. Während sich erstere durch die Zunahme kriegerischer Konflikte Bahn breche, äußere sich die zweite in der Entwicklung von Strukturen einer Global Governance.

darauf angewiesen sich als demokratisch, pluralistisch, integrativ und kooperativ darzustellen (Boli 1999).

In den Konzeptionen von Global Governance werden die normativen und politisch-strategischen Aspekte bei der Ermittlung des Regelungsbedarfs ausgeblendet oder objektiviert (Grande 2001: 97). Die Objekte des Managements richten sich nach den dominanten Herrschaftsverhältnissen, insbesondere der Relevanz der Probleme für »den Norden«. Als Objekte des nördlichen Managements können so Bürgerkriege und Terrorismus genauso gelten wie das Ozonloch, da die in den Governance-Konzeptionen entwickelten Steuerungsverfahren als neutral vorgestellt werden.

Darüber hinaus generiert sich Global Governance als ein Diskurs der Vernunft in aufklärerischer Absicht. In Anbetracht der Weltbedrohungen erscheint Global Governance als einzig gangbarer Weg. Angesichts der Renaissance des Unilateralismus⁷⁶ seien Global Governance-Konzeptionen in der internationalen Politik zwar weniger hegemonial, dafür im Namen der Vernunft umso wichtiger (Nuscheler 2000; ähnlich Negri 2004). Global Governance wird von seinen Protagonisten derart als Gegendiskurs zu Unilateralismus und Unvernunft ins Feld geführt.

4.4.4 Global Governance als harmonistischer Steuerungsdiskurs

Die dargestellten Essentialisierungen und Verdinglichungen gesellschaftlicher Verhältnisse im Governance-Diskurs führen geradezu zwangsläufig zu einer harmonistischen Grundausrichtung des Konzepts, in der macht- und herrschaftliche Verhältnisse unterthematziert sind. Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln ausgeführt, suggeriert der Governance-Diskurs, »dass die sich ausweitende Kluft zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern durch ›modernes‹ oder ›gutes Regieren‹ überbrückt werden könne« (Lemke 2001: 26). Insbesondere in den Veröffentlichungen des INEF, der CGG und der Gruppe von Lissabon fehlen Kategorien, die systematisch die Analyse von Asymmetrisierungsprozessen anleiten könnten. Stattdessen werden die positiv besetzten Vokabeln »Steuerung«, »Ordnung« und (im Falle des INEF) »Architektur« gebraucht. In dem theoretischen Bezugspunkt der »Netzwerkgesellschaft« (Messner 1995) schwingen zudem Konnotationen von Gleichgewicht, Horizontalität und Hierarchiearmut mit.

Die Ursache der wahrgenommenen Weltprobleme wird nicht in der divergierenden Interessenkollision weltgesellschaftlicher Akteure, also als

76 Der wieder erstarkte Unilateralismus äußert sich dabei, insbesondere seit den New Yorker Terroranschlägen vom 11. September 2001, vornehmlich als ein Unilateralismus der USA.

Folge von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gesehen, sondern schlicht in einem Mangel an globaler politischer Steuerung. Folgerichtig wird daher die Rekonstruktion bisheriger und die Konstitution neuer, modernisierter Steuerungsmodi gefordert, wobei ein technokratisches, effizienzorientiertes und modernisierungstheoretisches Politikverständnis vorherrscht (Brand et al. 2000: 130f; vgl. auch Eblinghaus/Stickler 1996: 116f). Hierbei fällt insbesondere auf, dass sich die Kritik an der mangelnden Steuerungsfähigkeit in den Governance-Konzepten mit einer insgesamt positiven Einschätzung der bestehenden Institutionen der Weltwirtschaft und -politik verbindet (Brunnengräber/Stock 1999: 454).

Als Beispiel für diesen »institutionellen Konservatismus« mag die reißbrettartig entworfene Global Governance-»Architektur« des INEF in Erinnerung gerufen werden, die auf den »Säulen« der Nationalstaaten, der internationalen Regime, der UN-Organisationen, der privaten Global Players und der Zivilgesellschaft »ruht« (Messner 1998). Allein schon die Metaphorik dieser Konstruktion vermittelt hier Ruhe und Ordnung im Gegensatz zur sonst so chaotischen Welt. Schaut man genauer, welches denn nun die tragenden Säulen innerhalb der Governance-Architektur sein sollen, so findet man erstaunliche Präzisierungen. So werden die G7-Länder angeführt, da sie über »kollektives Steuerungspotential verfügen«, sowie die EU, die »aufgrund ihrer Wirtschaftskraft, der Herausbildung eines gemeinsamen Währungsraumes, der Größe ihres Binnenmarktes und ihres technischen Potentials eine Führungsrolle im Prozess der Herausbildung einer tragfähigen Global Governance-Architektur spielen kann.« Last but not least wird der »europäische[n] Führungsmacht Deutschland«, die selbst ein »bedeutender Global Player mit Gestaltungsspielräumen« sei, eine tragende Rolle zugewiesen (Messner 1998: 331). Hiermit ist ein Großteil genau der Akteure benannt, »die die Hauptverantwortung für die Realität der herrschenden Weltordnung tragen« (Huffschmid/Brunnengräber 2001: 4).

Im Rahmen der Governance-Ansätze besteht also die Tendenz, gravierende Disparitäten zwischen den einzelnen Akteuren zu negieren. So werden die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten von Entwicklungs- und Industrieländern, von transnationalen Konzernen und Gewerkschaften, von Umweltverbänden und Industrielobby, von Nord- und Süd-NGOs kaum thematisiert. Insbesondere ist hiermit eine Überschätzung der Wirkungsmächtigkeit von NGOs verbunden. Hinzu kommt, dass in Übereinstimmung mit der gängigen NGO-Literatur der NGO-Begriff durchweg normativ vorgeprägt ist und sehr eng definiert wird. Insbesondere werden neben der formellen Unabhängigkeit von Regierungen, die Non-Profit-Orientierung, die stellvertretende Interessenwahrnehmung sowie – in Abgrenzung zu anderen Artikulationsformen sozialer Bewegun-

gen – eine gewisse Professionalisierung und organisatorische Dauerhaftigkeit als Kriterien benannt. Die NGO-Community wird als sichtbarster Ausdruck einer (globalen) Zivilgesellschaft aufgefasst, die als eine Korrekturinstanz beschrieben wird, wo sich kritische und progressive Akteure versammeln. Die Commission on Global Governance spricht in diesem Zusammenhang gar von einer *global associational revolution*.

Wie wir in Kapitel 2.2 bereits gesehen haben, setzen sich entgegen dieser Vorstellung weite Teile der »Zivilgesellschaft« aus industrienahen Lobbyorganisationen und technischen Beratungs- und Normierungsorganisationen zusammen. Außerdem findet weder innerhalb des Governance-Diskurses noch im Rahmen der gegen ihn vorgebrachten Kritiken die Tatsache explizit Beachtung, dass lediglich *organisierte* Interessen überhaupt als relevant für Zivilgesellschaft auf globaler Ebene wahrgenommen werden. Die Bedeutung der Organisationsform und damit die Bedeutung der durch sie mediatisierten Herrschaftsverhältnisse sind für die Herausbildung von Governance-Strukturen aber überragend. So lässt sich mit Andersen und Burns (1996: 229) das System der Global Governance unter diesem Gesichtspunkt als eine Regierung *von* Organisationen, *durch* Organisationen und *für* Organisationen darstellen, wobei »expert sovereignty tends to prevail over popular sovereignty or parliamentary sovereignty«. Während nicht-organisierte Interessen an den Rand gedrängt werden, erleben wir den Aufstieg einer »*de facto* democracy of organised interests, lobbies and representatives of organisations (and movements) that engages themselves in policy areas and issues that are of particular concern to them« (ebd.).⁷⁷

4.4.5 Vernetzt: Global Governance als Innovationsdiskurs der sich modernisierenden Moderne

Global Governance ist ein Konzept, welches sich als »modern« und auf der Höhe der Zeit präsentiert. Die Modernität des Global Governance-Diskurses wird vornehmlich durch den Bezug auf die propagierten Steuerungsmodelle, konkret durch den Bezug auf das Konzept des »Netzwerks« symbolisiert.⁷⁸ »Netzwerk« kann als der überragende Bezugspunkt gelten, welcher die entstehenden Governance-Strukturen im Zuge der »Globalisierung« begrifflich markieren und diesbezügliche Gesellschaftsanalysen anleiten soll. Der Governance-Diskurs kann dabei auf ei-

⁷⁷ Vgl. auch grundsätzlich die Ausführungen zum Verhältnis von Interessen und Organisierbarkeit in Türk/Lemke/Bruch (2002: 134ff) sowie Kapitel 7.2.4.

⁷⁸ Vgl. insbesondere die Konzeption der GPP-Netzwerke (Kap. 4.2.2) und die Ansätze der Policy-Forschung (Kap. 4.3.1).

ne weit fortgeschrittene Diskussion über Netzwerke⁷⁹ in den Sozial- und Politikwissenschaften zurückgreifen, die Netzwerke als bedeutende soziale Innovation der letzten Jahrzehnte feiern und gar als Schlüssel zur Gegenwartsdiagnose, als »Signatur der Epoche« (Wolf 2000), erörtern. Der Netzwerkdiskurs wird als Innovationsdiskurs moderner, respektive »post-industrieller« Gesellschaften geführt. Netzwerke werden als neuartige demokratische Steuerungsform imaginiert, die die Mängel traditioneller Steuerungsmodi überwinden.

Neben Novität wird Netzwerken in diesen Debatten gesamtgesellschaftliche Prägekraft zugeschrieben. Netzwerke werden so, wie etwa in der Theorieanlage von Mayntz und Scharpf, zu einem »zentralen Ausdruck gesellschaftlicher Modernisierung« (Mayntz 1993: 1197). Im Folgenden sei daher ein kurzer Exkurs zur Quintessenz des Netzwerkbegriffs, der bislang in dieser Arbeit nur beiläufig benutzt wurde, gegeben.⁸⁰ Hierbei ist zu beachten, dass »Netzwerk« keine wertfreie Kategorie zur Beschreibung von realen Prozessen ist, sondern selbst eine Diskursformation darstellt, welche Handlungen von Akteuren anleitet und gleichzeitig durch deren Handlungen hervorgebracht wird.⁸¹

Das Labeling der Gegenwartsgesellschaft als »Netzwerkgesellschaft« (Messner 1995) hat in der Tat sowohl im öffentlichen als auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch enorm zugenommen. »Die Netzwerkmetapher ist en vogue« (Wolf 2000: 95).⁸² Es wird davon ausgegangen, dass die verschiedenen Netzwerkformationen Ausdruck einer aufkommenden Netzwerkgesellschaft seien und dass sie die Regulationsformen zukünftiger sozio-ökonomischer Prozesse nachhaltig prägen (Mayntz 1992). Aus kritischer Sicht hat in jüngster Zeit vor allem Manuel Castells Trilogie

79 Eine allgemein geteilte Definition von Netzwerk existiert nicht. Benz (1995: 194; zit. n. Perkmann 1998: 879f) definiert Netzwerke für unseren Zusammenhang recht passend als »relativ dauerhafte, nicht formal organisierte, durch wechselseitige Abhängigkeiten, gemeinsame Verhaltenserwartungen und Orientierungen sowie Vertrauensbeziehungen stabilisierte Kommunikationsstrukturen zwischen Individuen und Organisationen, die dem Informationsaustausch, der kooperativen Produktion eines Kollektivgutes oder der gemeinsamen Interessenformulierung dienen.«

80 Es ist keine umfassende Behandlung der verschiedenen Netzwerkansätze angestrebt. Die zum Netzwerkdiskurs veröffentlichte Literatur ist aber durch mehrere systematisierende Überblicksarbeiten (Weyer 2000; Messner 1995; Dinter 2001) recht gut erschließbar, wenngleich alle Arbeiten mit der fast unüberschaubaren Vielfalt von Netzwerkbegriffen und deren heterogenen Bedeutungen zu kämpfen haben.

81 Ein solches Verständnis ist in der Literatur nach wie vor selten (Wolf 2000: 101). Vorherrschend sind beschreibende Studien, die den Netzwerkbegriff ontologisieren.

82 Vgl. zu dieser Einschätzung Escobar (2002: 239) und Weyer (2000: 1).

»Das Informationszeitalter« (1996ff) für Furore gesorgt, die mit einem beeindruckenden Materialreichtum versucht, den Übergang vom industriellen zum »informationellen« Kapitalismus als Hinwendung zu einer umfassenden Netzwerkgesellschaft zu fassen. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie die einzelnen Netzwerke als Basis für die Struktur einer *Netzwerkgesellschaft* darstellen (Dinter 2001: 56f), die durch Scaling-Up-Prozesse immer deutlicher hervortrete. Eine Gesellschaftsstruktur ergäbe sich durch das Zusammenwirken, das Vernetzen der einzelnen Akteure, sozusagen von *bottom up*.⁸³

Seinen Weg in den Alltag nahm das Netzwerkkonzept vornehmlich in Zusammenhang mit der rapiden Durchsetzung der neuen Informationstechnologien, insbesondere natürlich des Internets, welches oft als typischstes aller Netze apostrophiert wird. Innerhalb der Wissenschaften lässt sich der Netzwerkdiskurs zunächst in der Wirtschafts- und Organisationssoziologie lokalisieren⁸⁴, wo der »Netzwerkbegriff zum prominenten Konzept der Analyse ökonomischer Austauschprozesse auf den unterschiedlichsten Ebenen« (Hirsch-Kreinsen 2002: 106) avancierte. Im Mainstream dieser Debatte werden Unternehmensnetzwerke als ein seit längerem überaus bedeutender Entwicklungspfad der Unternehmensorganisation angesehen. Zentrales Argument ist, »dass es über die Bildung von Netzwerken Unternehmen möglich wird, Ressourcen zu bündeln, ihre Kapazitäten und ihr Leistungsspektrum zu erweitern und flexibler zu agieren als im Fall vertikal integrierter und hierarchisch koordinierter Unternehmen« (ebd.: 107).

Bei der Konstruktion des Netzwerkbegriffs konkurrieren vor allem zwei Modelle miteinander (Krebs/Rock 1994; Weyer 2000: 9; Kappelhoff 1999: 25; Wolf 2000: 100). Beiden ist gemeinsam, dass sie »Markt« und »Hierarchie« als Referenz benutzen, um von dort zum Typus Netzwerk zu gelangen. Beide Modelle verstehen unter einem Netzwerk eine Form der Koordination von Handlungen, in der sich Elemente marktförmiger wie organisierter (gleich hierarchischer) Interaktion wieder finden. »Netzwerk« wird als ein spezifischer Koordinationsmechanismus aufgefasst,

83 Am markantesten wird diese, der Argumentationsfigur des methodologischen Individualismus ähnelnde Vorstellung unter der Rubrik »Small-World-Phänomen« vertreten (Buchanan 2002). Hier wird unter Rückgriff auf ein Experiment von Milgram aus der Mitte der 1960er Jahre davon ausgegangen, dass Individuen mit nur etwa sechs Schritten mit jedem anderen Individuum vernetzt sind. Gesellschaft wird dort als Gesamtheit all dieser Verknüpfungen konstruiert.

84 Für einen Überblick über den Stand der Diskussion zu »Unternehmensnetzwerken« Powell/Smith-Doerr (1994); Podolny/Page (1998); Hirsch-Kreinsen (2002), Rölle/Blättel-Mink (1998). Vgl. konzeptionell-grundlegend: Sydow (1992).

der auf vertrauensvolle Kooperation statt auf Steuerung durch Preise (»Markt«) oder durch Anweisungen (»Hierarchie«) aufbaut (Rammert 1997: 411). Während das eine Modell (Sydow 1992; Kenis/Schneider 1996) Markt und Hierarchie als die jeweiligen Endpunkte eines Kontinuums ansieht, in dessen Mitte man den nach beiden Seiten offenen hybriden Typus des »Netzwerks« findet, wird in dem zweiten Modell (Powell 1996) dem »Netzwerk« eine eigenständige Qualität zugeordnet, die keinen graduellen Übergang in die anderen beiden Typen zulässt. Paradigmatisch ist für letzteren Fall die oft zitierte Formel von Powell (1996), Netzwerke seien »weder Markt noch Hierarchie«. Hiermit ist eine allgemeine Formel gefunden, die der Definition von Governance-Strukturen und zivilgesellschaftlichen Verhandlungssystemen als »jenseits von Markt und Staat« entspricht.

Netzwerke als ein Phänomen (spät-)moderner Gesellschaften werden als »Reaktionen auf soziale, politische und ökonomische Ausdifferenzierungen, Spezialisierungen und Interdependenzen interpretiert« (Messner 1994: 564). Sie kommen zustande, »weil die Steuerungsressourcen, die zur Lösung eines bestimmten Problems zu mobilisieren sind, auf viele Akteure verteilt sind« (Rölle/Blättel-Mink 1998: 76). Organisationen treten dann in Netzwerkbeziehungen zu anderen Organisationen, wenn ein Problem nicht mehr selbständig gelöst werden kann. Netzwerke werden deshalb im Wesentlichen unter der Perspektive ihrer Fähigkeit zur Lösung neuartiger gesellschaftlicher Probleme, die im Rahmen der »Innovationsgesellschaft« auftauchen, behandelt (Krücken/Meier 2003: 76). Darüber hinaus betont der Netzwerkbegriff, so Messner (1994: 565), die »Selbstorganisation bzw. -koordination zwischen de facto autonomen Akteuren zur Erreichung eines gemeinsamen Resultats.«

Die Novität von Netzwerken ist oben als ein Kernelement des Netzwerkdiskurses benannt worden. Dies sagt allerdings wenig darüber aus, ob dies empirisch zutrifft oder nur unterstellt wird. Es ist mit Hasse (2003: 98) festzuhalten, dass zumindest eine Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Veränderungen und deren semantischer Überhöhung feststellbar ist. So sind verschiedene Kooperationsformen zwischen Firmen, also nicht-marktliche Steuerungsformen, so alt wie der Kapitalismus selbst. Sie wurden nur häufig nicht zur Kenntnis genommen und theoretisch ausgeblendet (Wolf 2000: 101).⁸⁵ Es ist daher zu vermuten, dass sich Organisationen in der Tat den allgemein-gesellschaftlichen Netzwerkdiskurs zu

85 Allerdings wurde mit der Transaktionskostentheorie schon sehr früh eine »erste Bresche in die heile Welt marktgesteuerter Zahlungsoperationen geschlagen« (Willke 1997: 35), da sie gegen die Autonomie des Marktes argumentiert und die Bedeutung planerischer und organisationaler Elemente hervorgehoben hat.

Eigen machen und symbolisch in Szene setzen. Es ist aber offen, ob sich dadurch die internen Entscheidungsabläufe und Handlungsrouninen wirklich ändern (Krücken/Meier 2003: 88). Es kann zumindest angezweifelt werden, dass sich in Bezug auf die Bedeutung von formaler Organisation im Rahmen des »Rise of Network Society« (Castells) tatsächlich soviel ändert, wie der Netzwerk- und Governance-Diskurs unterstellt.

Auf jeden Fall ist aber mit Kotthaus (1997) auf den »metaphorischen Überschuss« des Netzwerkbegriffs hinzuweisen, der auch in den Global Governance-Diskurs hinein wirkt. Die Rede vom Netzwerk suggeriert demnach »die Assoziation einer kunstvoll koordinierten horizontal-egalitären Feinstruktur mit hoher interner Bindung wie sie etwa in lebensweltlichen Nahbereichen oder genossenschaftlich-nachbarschaftlich-solidarischen Zusammenhängen vorkommt« (zit. n. Wolf 2000: 101). Zudem werden Netzwerke nicht nur den Steuerungsmodi Markt und Hierarchie gegenüber gestellt, sondern deren sachliche Überlegenheit in bestimmten (neuartigen) Problemfeldern herausgestellt. Netzwerken werden so Eigenschaften zugeschrieben, die sie »als ideale Formalstrukturen in der Innovationsgesellschaft erscheinen lassen: flexibel, offen, grenzüberschreitend und kooperationsfördernd« (Krücken/Meier 2003: 79).

Wie in Kapitel 4.3 dargestellt, wird Global Governance als gegen den Neoliberalismus gerichteter Diskurs der Rückgewinnung von politischer Handlungsmacht gefasst. Dies hat seine Entsprechung in der Bedeutung, die dem Konzept »Netzwerk« in der Reorganisierung der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt zugedacht wird. So begreifen Moldaschl und Sauer (2000: 210) Vernetzung als eine reale gesellschaftliche Entwicklung, die eine der kapitalistischen Ökonomie immanente (und zum Überleben des Gesamtsystems notwendige) Gegenbewegung zur radikalen Vermarktlichung darstelle.

Eingedenk der Ausführungen zum Netzwerkbegriff kann Global Governance als diskursiver Paradigmenwechsel gesehen werden, »der die alte Dichotomie von Markt und Plan aufzuheben trachtet und nach organisationalen Regulationsmechanismen sucht, die eine ›rationale‹, Felder, Regionen oder gar den ganzen Globus umgreifende zielorientierte Politik ermöglichen« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 262). Dieser Paradigmenwechsel steht dabei in Zusammenhang mit anderen »epistemologischen Brüchen, wie die von ›Fremdsteuerung zur Selbststeuerung‹, von ›offenen Systemen zu selbstorganisatorisch-autopoetischen Systemen‹, von ›Hierarchie zu Heterarchie« (ebd.). Global Governance lässt sich derart als realpolitisch-konzeptioneller Ausdruck der Dominanz von Netzwerkvorstellungen in der Gegenwartsgesellschaft auffassen.

5. Zwischenfazit

In den Kapiteln 2 bis 4 wurde anhand der Aufarbeitung sozial- und politikwissenschaftlicher Literatur ein Mainstream-Verständnis von Global Governance sowie von NGOs und transnationalen sozialen Bewegungen als den »neuen« Akteuren in diesem Prozess rekonstruiert. Folgende Defizite und Verengungen der bisherigen sozialwissenschaftlichen Forschung zu NGOs, Global Governance und transnationalen sozialen Bewegungen können festgehalten werden.

- *Normativer Bias*
Die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung hat sich bis heute nur sehr partiell von einer normativ-befürwortenden Fassung von NGOs als »legitime Agenten einer internationalen Zivilgesellschaft« und als »Gegenspieler einer »entfesselten Marktwirtschaft««, wenn nicht als Gegenspieler einer dominanten Weltkultur, entfernt. Da sich die Systeme »Ökonomie« und »Politik« verselbständigt hätten und nicht mehr miteinander kommunizieren könnten, so die Argumentation, fungierten die Zivilgesellschaft und ihre maßgeblichen Akteure, die NGOs, als notwendige Übersetzer, Moderatoren und Korrekturinstanzen zwischen diesen Systemen.
- *Nichtthematisierung formaler Organisation*
»Formale Organisation« als strukturierendes Prinzip globalen Handelns wird nicht systematisch thematisiert, geschweige denn kritisiert. Selbst in der Bewegungswissenschaft, die immerhin den Bewegungsbegriff in Abgrenzung zum Organisationsbegriff entwickelt hat, wird kaum noch auf organisationskritische Traditionen (Michels, Mayreder) zurückgegriffen. Stattdessen wird mit dem Konzept des Bewegungssektors die Nivellierung eines kategorialen Unter-

schiedes zwischen sozialen Bewegungen und ihren formal organisierten Teilen betrieben. Als ein Defizit der wissenschaftlichen Beschäftigung mit NGOs und Global Governance kann daher festgehalten werden, dass Organisationen zwar als gesellschaftlich hegemoniale Form von Interessenvertretung und –repräsentation eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird, sie jedoch keiner grundlegenden theoretischen Reflexion unterzogen werden.

- *Verdinglichung/Herrschaftlichkeit als »blinder Fleck«*
Der sozial- und politikwissenschaftliche Diskurs zum Themenkomplex thematisiert Herrschaftsverhältnisse nicht an prominenter Stelle und stellt gesellschaftliche Wandlungsprozesse als quasi-naturhaft vor. Insbesondere im Globalisierungs- und Governance-Diskurs werden neue Bezugsgrößen und gesellschaftliche Notwendigkeiten konstruiert, die Gemeinsamkeiten aller Akteure suggerieren.
- *Ontologisierendes Akteursverständnis*
Durchweg werden NGOs als souveräne Akteure gefasst, die sich rational zwischen verschiedenen Wahlmöglichkeiten entscheiden können. Vorherrschend ist ein am Leitbild des methodologischen Individualismus orientiertes Akteursverständnis. Die strategisch-politische Ausrichtung von NGOs wird derart zu einem voluntaristischen Problem verklärt. Die Problematisierung einer vorgängigen gesellschaftlichen Fassung von Akteurschaft wird nicht geleistet.
- *Aggregierungsthese und methodologischer Individualismus*
Die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung zu Global Governance geht von einem Gesellschaftsbegriff aus, der mit der Idee der Nationalstaatlichkeit untrennbar verknüpft ist. Die so gefassten Gesellschaften geraten, so die Argumentation, nun unter »Globalisierungsdruck« und sind zu weitreichenden Kooperationen untereinander und mit anderen Akteuren (NGOs und TNCs) gezwungen. In diesem Kontext wird »Weltgesellschaft« als Aggregatzustand des Zusammenspiels verschiedener nationaler Gesellschaften und deren Akteure gefasst. Auch hier finden sich Motive des methodologischen Individualismus.
Dieser fordert ganz allgemein, dass Theoriebildung beim Individuum als kleinster und gleichzeitig zentraler Einheit des Gesellschaftlichen anzusetzen habe, dass die »Erklärung sozialer Tatbestände aus dem Zusammenspiel individueller Handlungen unter verschiedenen Bedingungen« (Albert 1977: 183) zu erfolgen habe. Gid-

dens (1992: 271f) listet im Anschluss an Steven Lukes vier theoretische Fundamente des methodologischen Individualismus auf:

1. Soziale Phänomene sind »ausschließlich mit Bezug auf die Analyse des Verhaltens von Individuen« zu erklären.
2. Aussagen über soziale Probleme lassen sich »ohne Bedeutungsverlust auf Beschreibungen der Eigenschaften von Individuen zurückführen«. Eine Struktur würde in diesem Sinne lediglich Eigenschaften von Individuen aggregieren.
3. Nur Individuen sind real. Kollektive oder soziale Systeme sind abstrakte Modelle und Konstruktionen von Theoretikern.
4. In den Sozialwissenschaften kann es keine »Gesetze« geben, es sei denn, es sind Gesetze über die psychischen Dispositionen von Individuen.

Mit Heinrich (1999: 82) lässt sich ein fünfter Punkt hinzufügen. Demnach folgt aus dem impliziten oder expliziten Anthropologismus und Individualismus des Ansatzes eine Tendenz zum Ahistorismus: »Ist die Gesellschaft unmittelbar aus Individuen konstituiert und sind diese Individuen durch ihr anthropologisches Wesen bestimmt, so kann eine bestimmte Form der Vergesellschaftung lediglich diesem Wesen entsprechen oder nicht entsprechen, es kann dann nur ›natürliche‹ und ›unnatürliche‹ Gesellschaftsformen geben.« Wenn das menschliche Wesen beispielsweise beinhaltet, sich zu organisieren, dann führt dies zur Ontologisierung und Naturalisierung von »Organisation«. ¹ Für unseren Zusammenhang bleibt festzuhalten, dass der NGO-Diskurs auf Elementen des methodologischen Individualismus und damit von utilitaristischen Wahlhandlungstheorien aufbaut.

- *Fetisch Modernisierung*

Der Mainstream der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung zu Global Governance und NGOs bewegt sich innerhalb eines modernisierungstheoretischen Paradigmas. In diesem Kontext erscheinen die sich im Rahmen der Governance-Strukturen herausbildenden

1 Eine theoriegeschichtliche Aufarbeitung des methodologischen Individualismus würde sicherlich einige Differenzierungen und Relativierungen zu Tage fördern. Gleichwohl bleibt aber dessen Grundintention unbestritten, eben nicht dem Durkheimschen Diktum zu folgen, Soziales durch Soziales zu erklären, sondern qua Rückbezug auf das (rational) handelnde Individuum (Türk 1987: 28f). Vgl. für eine aktuelle Systematisierung, die zudem eine Brücke zum Neoliberalismus schlägt, Walpen (2003).

Netzwerke als überlebensnotwendige Innovationen einer sich modernisierenden Moderne. »Das Neue« der NGOs und von Global Governance wird somit zur dominanten (Selbst-)Beschreibung. Die Kontinuitäten des globalen Vergesellschaftungsprozesses, etwa kapitalistische Produktionsverhältnisse, die Ausbreitung einer rationalistischen Kultur oder die Dominanz des Organisationsverhältnisses, geraten aus dem Blick.

Um diesen Defiziten entgegenzuwirken, wird im zweiten Teil der Untersuchung ein gesellschaftstheoretischer Rahmen entwickelt, der historisch-materialistische Theoriebildung und konstruktivistische Annahmen kombiniert und hybridisiert. Ziel ist es, auf dieser Grundlage Ansätze für ein entontologisiertes, konstitutionstheoretisches Verständnis des Gegenstandsbereichs bereitzustellen und damit nicht lediglich hegemoniale Gesellschaftsbeschreibungen zu »verdoppeln«. Inhaltlich wird ein gesellschaftstheoretischer Ansatz entwickelt, der zum einen von der Vorgängigkeit einer weltgesellschaftlichen Ebene ausgeht und zum anderen der organisationsförmigen Verfasstheit dieser besondere Bedeutung zumisst. Der Ansatz ist zudem herrschaftstheoretisch informiert und gelangt zu einem über den Ausbeutungsbegriff hinausgehenden, die kulturell-institutionellen Ebenen betonenden Begriff von weltgesellschaftlicher Herrschaft, der diese im Spannungsfeld von Homogenisierungs- und Asymmetrisierungseffekten lokalisiert.

6. Theorien der Weltgesellschaft

Im Folgenden wird ein theoretischer Rahmen entwickelt, der zum einen der Faktizität einer »Weltgesellschaft« Rechnung trägt, zum anderen aber auch der homologischen Organisationsförmigkeit (welt-)zivilgesellschaftlichen Handelns gerecht wird. Hauptbestandteile dieses Rahmens sind die sich seit drei Jahrzehnten etablierende Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins, die ein ambitioniertes begriffliches Instrumentarium zur Beschreibung von Asymmetrisierungsprozessen im Weltmaßstab entwickelt hat (Kap. 6.2), und der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus, welcher am überzeugendsten eine »Rückkehr der Gesellschaft« (Ortmann/Sydow/Türk 1997) in die ansonsten doch sehr an ihrem Gegenstand klebende Organisationstheorie anstrebt (Kap. 6.3). Insbesondere wird in der makrotheoretischen Fassung des Neoinstitutionalismus, der hier besonders interessiert, unter dem Stichwort World Polity ein eigenes Konzept globaler Vergesellschaftung konzipiert und empirisch umfangreich untermauert, welches »formaler Organisation« einen prominenten Platz einräumt. Eine weitere politik-ökonomische Zuspitzung erfährt der bis dato vorgestellte theoretische Rahmen durch einen ausführlichen Rekurs auf die von Klaus Türk entworfene »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« (Kap. 7). Zunächst seien aber einige allgemeine Bemerkungen zum Begriff der Weltgesellschaft und dem Verhältnis von Globalisierungstheorien und Weltgesellschaftskonzeptionen vorangestellt.

6.1 Globalisierung und Weltgesellschaft

In Bezug auf die Analyse weltweiter Vergesellschaftungszusammenhänge können zwei prinzipielle Sichtweisen unterschieden werden, die der

globalen Interrelation und die der *globalen Diffusion*. Sie betreffen vor allem den Ausgangspunkt der theoretischen Anstrengungen, die zugrunde liegende Analyseeinheit. Während Theorien der globalen Interrelation weltweite Vergesellschaftung als Produkt transnationaler Vergesellschaftung und Vernetzung fassen, heben Theorien der globalen Diffusion die Existenz prägender weltkultureller Muster hervor.¹ Während erstere Theorien meist unter der Überschrift »Globalisierung« firmieren², operieren letztere vornehmlich mit den Termini Weltgesellschaft oder Weltsystem. Wird der Begriff der Globalisierung bemüht, so wird in der Regel ein Prozess unterstellt, in dessen Verlauf zunächst nur regional vorfindbare Sachverhalte, etwa europäische Innovationen, weltweit verbreitet werden: »Weltliteratur ist dann etwas, das sich aus dem Austausch des hochkulturellen Kanons ergibt, wenn Shakespeare in Afrika und Hafis in Weimar ankommt. Weltwirtschaft oder universell praktizierte Wissenschaft werden dann entsprechend als Resultate von Exporten verstanden« (Kaube 2000).

Globalisierung wird als zunehmende Verflechtung räumlich verschiedener Ereignisse gefasst und demnach definiert als »Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt« (Giddens 1995: 85). Ohne die entsprechenden Vorgänge und die Diagnose einer zunehmenden Interdependenz in Abrede zu stellen, kann doch festgestellt werden, dass diese Sichtweise unterbelichtet lässt, »dass sich [...] eine eigenständige globale Ebene der Sozialorganisation herausgebildet hat, die als umfas-

1 Vgl. für diese Unterscheidung Jung (1998); aber auch Giddens (1995: 87); Perraton et al. (1998: 136); Osterhammel/Petersson (2003: 16-24) und Albert/Hilkermeier (2001: 2); zur Begrifflichkeit Stichweh (2000).

2 Die Abhandlungen über Globalisierungsphänomene haben in den letzten 15 Jahren stark zugenommen (Evers 1999; Guillén 2001: 240f); ebenso die Verwendung des Begriffs in der Öffentlichkeit (Bundestag 2002: 49). Globalisierung »appears to be the buzzword of the 1990s, the primary attractor of books, articles, and heated debate« (Kellner 2002: 285). Für eine erste Orientierung über aktuelle Debatten vgl. die Reader von Boli/Lechner (1999) und Beck (1998) sowie – unter expliziter Ausklammerung der hier vorgestellten Literatur – Beisheim/Walter (1997); aber auch die sehr konzise Darstellung von Lechner (2000). Als Klassiker der Globalisierungsliteratur mit weiteren Literaturhinweisen gelten u.a. Giddens (1995); Robertson (1992); Altwater/Mahnkopf (1999); Narr/Schubert (1994). Zum materiellen Gehalt der Globalisierungsthese vgl. Burchardt (1996); zur Fassung von Globalisierung als politisches Projekt vgl. McMichael (1996); zur Bestimmung des diskursiven Charakters von Globalisierung vgl. Risse (2001); Novy/Mattl (1999); Spehr/Stickler (1997).

sendstes System auf alle internen Prozesse einwirkt« (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 399). Der Begriff der Weltgesellschaft markiert diesen Sachverhalt und akzentuiert die Bedeutung, die die Existenz einer »Welt« für das soziale Leben in ihr hat.

Globalisierungs- und Weltgesellschaftstheorien stehen also in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Während Globalisierungstheorien von der Vielzahl existierender Einheiten (etwa Nationalstaaten) ausgehen und deren globale Expansion, Vernetzung und Internationalisierung beobachten, also eine *Bottom-Up*-Perspektive an weltweite Vergesellschaftungsprozesse herantragen, argumentieren Weltgesellschaftstheorien *Top-Down*. Die Existenz unterschiedlicher Einheiten sowie deren Transformationsprozesse werden vom Standpunkt eines Systems der Weltgesellschaft ausgehend beobachtet und analysiert.

Es scheint kein Zufall zu sein, dass der Begriff der Globalisierung zunächst eher in politikwissenschaftlichen Debatten präsent war. Im Bereich der Theorie der Internationalen Beziehungen hat er sogar eine solche Resonanz hervorgerufen, dass er sich anschickt, die gesamte Disziplin unter der Globalisierungsüberschrift weiterzuführen. Wie wir schon im Kapitel über Global Governance gesehen haben, wird in politikwissenschaftlichen Beiträgen Globalisierung oft als ein Phänomen betrachtet, welches vornehmlich im Bereich der Ökonomie anzusiedeln ist, um sodann die Verflechtungen von ökonomischen Globalisierungsprozessen mit sozialen und politischen Prozessen und ihre Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats zu diskutieren (Junge 2001: 446). Dreh- und Angelpunkt der Überlegungen sind nach wie vor die Politiken der Nationalstaaten, deren Entwicklungsspielräume und Vernetzungsmöglichkeiten. So stellt Beck (2002: 51) im Hinblick auf die Politikwissenschaften ernüchtert fest, dass deren Majorität »ungebrochen in der Axiomatik des nationalen Blicks« forsche. Diese Einschätzung trifft sowohl auf die in der politologischen Disziplin der Internationalen Beziehungen dominierende neorealistische Theoriebildung³ als auch auf die Ansätze der Regulationstheorie (Kap. 4.3.2) zu.

Der Terminus der Weltgesellschaft hingegen ist – vereinfacht ausgedrückt – in der soziologischen Theoriebildung angesiedelt⁴, wenngleich dort nicht durchgesetzt. Mit dem Begriff der Weltgesellschaft wird die Frage aufgeworfen, ob die moderne Gesellschaft als eine globale Gesell-

3 Grundlegend Waltz (1979); zusammenfassend Schörnig (2003).

4 In der sozialwissenschaftlichen Literatur lassen sich die Begriffe »Weltgesellschaft« bzw. »World Society« seit dem Zweiten Weltkrieg nachweisen, allerdings ohne dass diesen theoretische Aufmerksamkeit zugekommen wäre. Vgl. mit Angabe von Beispielen Stichweh (i. E.).

schaft, eben eine *Weltgesellschaft*, beschrieben werden kann.⁵ Luhmann (1987: 585) beantwortet diese Frage vor dem Hintergrund seiner Systemtheorie so lapidar wie eindeutig: »Gesellschaft ist heute eindeutig Weltgesellschaft.«⁶ Er hat damit eine bis heute anhaltende Auseinandersetzung über den Gesellschaftsbegriff der Soziologie provoziert, indem er die dort implizit vollzogene Gleichsetzung von Gesellschaft und Nationalstaat attackierte (Luhmann 1997: 145ff).

Zwar scheint die in den 1990er Jahren geführte innersozialwissenschaftliche Debatte, ob der Soziologie durch die Globalisierung nicht ihr Gegenstand, die »Gesellschaft«, abhanden komme, auf einer prinzipiellen Ebene entschieden. So hat Imbusch (1999: 664) in seinen Überlegungen zur »Krise der Soziologie« auf dem 29. *Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* diesen Anwurf als »absurd« zurückgewiesen. Und in der Tat besteht keine zwingende Notwendigkeit, Gesellschaft mit nationalstaatlicher Gesellschaft gleichzusetzen. Trotzdem muss aber festgehalten werden, dass die Soziologie genau dies in der Vergangenheit ganz überwiegend so praktiziert hat und sich sehr schwer damit tut, dies umzustellen.⁷

Das Schneckentempo und die Zögerlichkeit, mit der eine Perspektivverschiebung vorgenommen wird, ist dabei weder zu übersehen noch zu unterschätzen. In ihrer Mehrheit ist die Soziologie nach wie vor auf die nationale Ebene fixiert – und zwar sowohl bezogen auf den Untersuchungsgegenstand als auch auf die Erklärungsebene. Die methodologische *Mainstream-Regel* scheint immer noch die zu sein, »Nationales mit Nationalem« zu erklären (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 398). Zwar setzt sich in der *Mainstream-Soziologie* die Einsicht durch, dass eine solche binnenorientierte Sichtweise nicht (mehr) ausreicht und viele nationale und lokale Phänomene durch globale Ordnungsmuster beeinflusst sind, weshalb sie den Globalisierungsbegriff geradezu enthusiastisch adaptiert hat. Gegenüber der Verwendung des *Weltgesellschaftsbegriffs* hat der Begriff der Globalisierung den »Vorteil«, dass er sich in die bisherigen Theoriemuster einfügt und dass eingefahrene soziologische Denkmuster, insbesondere der zugrunde liegende territorial konstruierte Gesellschaftsbegriff, nicht umgestellt werden müssen. Zwar werden in der Globalisie-

5 Dies ist nicht nur eine Frage theoretischer Vorentscheidungen. In zunehmendem Maße gilt dies auch in empirischer Hinsicht. So lassen sich viele nationale Probleme ohne Einbezug der globalen Ebene schlicht nicht mehr verstehen (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 399).

6 Globalisierung drückt daher für die Systemtheorie Luhmanns die (irrig) Vorstellung aus, *Weltgesellschaft* sei noch nicht realisiert (Luhmann 1997: 159, Fußnote 217). Ebenso argumentiert die *Weltsystemtheorie* Wallersteins.

7 Vgl. dazu auch Tenbruck (1989).

rungsdebatte eine ganze Reihe neuer Phänomene zur Kenntnis genommen. Sie werden jedoch meist durch das alte kategoriale Raster gefiltert, weil schlicht kein anderes Bezugssystem zur Verfügung steht. Dies gilt umso mehr für die Politikwissenschaften. So kann etwa ein Bedeutungsverlust der Politik und ein Souveränitätsschwund der Staaten diagnostiziert werden, doch werden diese empirischen Erscheinungen in herkömmlichen Begriffen der Politik und der staatlichen Beziehungen ausgedrückt (Kurz 2003: 11).

Erst mit der jüngsten, zwar zögerlichen, aber zunehmenden Aufnahme von Weltgesellschaftskonzeptionen in Teilen der Soziologie löst sich die Soziologie allmählich von ihrem auf Nationalstaaten begrenzten Gesellschaftsbegriff und erweitert ihn auf die ganze Welt (Richter 1997: 185). Ist heute innerhalb der Soziologie von der Weltgesellschaft die Rede, so ist damit die Vorstellung verbunden, dass »Gesellschaft als das umfassende Sozialsystem, das alle relevanten sozialen Strukturen und Prozesse in sich einschließt, in der gegenwärtigen Situation der Welt nur noch einmal und also als weltweites Gesellschaftssystem vorkommt« (Stichweh i.E.: 1).

Eine solche soziologische Perspektive auf Globalisierung wendet sich gegen die weit verbreitete Sichtverengung, welche die Herausbildung weltgesellschaftlicher Strukturen primär durch ökonomische Vorgänge induziert sieht. Sie betont hingegen die Polyzentrik des Globalisierungsprozesses. Sie vollzieht damit einen Perspektivenwechsel, der gewohnte Sichtweisen und Problemrahmungen radikal in Frage stellt. »Such a challenge invites a considerable retooling or rethinking of basic concepts within the social sciences, together with a re-examination of the fundamental unit of analysis which has been taken for granted for so long, namely the nation-state« (McGrew 1992: 316). Für Wallerstein, der die Abkehr von einem nationalstaatlichen Gesellschaftsbegriff am prägnantesten formuliert, kommt es sogar darauf an, die in den Paradigmen des 19. Jahrhunderts verhafteten Prämissen der Sozialwissenschaften insgesamt »kapputzudenken« (Wallerstein 1995). Ähnlich äußert sich Luhmann schon 1971, in dem er zur Aufgabe alter Denkschemata in der Soziologie auffordert. Die Soziologie könne sich »von den letzten Bindungen an das begriffliche Inventarium der alteuropäischen Tradition freimachen und der Tatsache unbefangen gegenüberreten, daß eine Weltgesellschaft sich konstituiert hat, ohne sich auf politische oder normative Integration zu stützen« (Luhmann 1975: 66). Es bedarf daher der Entwicklung eines neuen Koordinatensystems.

Das Konzept der Weltgesellschaft oder des Weltsystems bietet sich in dieser Situation als »ein soziologisches Erklärungspotential *sui generis* [an], um den Wandel der Grenzen und Horizonte der gegenwärtigen Ge-

sellschaft zu analysieren und um eine soziologische Kompetenz für die Untersuchung globaler Prozesse zu beanspruchen« (Wobbe 2000: 8). Im Fokus des Weltgesellschaftsbegriffs sind allgemein soziale Beziehungen, nicht aber der Staat. Das Verbindende und Gemeinsame tritt in den Vordergrund, nicht das Trennende und Differente (Moltmann 1994: 51). Dies heißt aber nicht, dass Formen funktionaler und asymmetrischer Differenzierung negiert würden. So wird Ungleichheit als ein Ausdruck von Differenzierung *innerhalb* der Weltgesellschaft verstanden. Bestehende Ungleichheiten sind daher kein Argument gegen die Behauptung der Weltgesellschaft. Es ändert sich allerdings die Forschungsperspektive: Gefragt wird nun danach, wie die Weltgesellschaft Ungleichheiten und Differenzen (re-)produziert.

Analog gilt dies für andere Prozesse, die der Globalisierung zugeschrieben werden. Neue Grenzziehungen und Entgrenzungsprozesse etwa sind allesamt Prozesse *in* der Weltgesellschaft, werden durch die spezifischen Ausgangsbedingungen der Weltgesellschaft hervorgebracht. Weltgesellschaftstheorien betrachten »Globalisierungsprozesse daher als nachgeordnete Prozesse, die durch die Strukturbedingungen der Weltgesellschaft präjudiziert sind« (Engel 2003: 21). Globalisierung ist derart ein Prozess der Dynamisierung und Intensivierung sozialer Prozesse im weltgesellschaftlichen Kontext, der räumliche und soziale Grenzziehungen ausdrücklich mit einschließt, wenn nicht gar provoziert (Nassehi 1998: 155).

Trotz heterogener theoretischer Perspektiven sind sich soziologische Analysen der Weltgesellschaft einig in der Postulierung einer emergenten Ebene der Weltgesellschaft, darin, dass es in der Gegenwart nur noch ein einziges, global auffindbares Gesellschaftssystem gibt. Dieses folgt einer eigenen Entwicklungslogik, die nicht aus dessen Teileinheiten, etwa dem Zusammenspiel nationalstaatlicher Interessen, ableitbar ist (Meyer et al. 1997: 147; Wobbe 2000: 37). Die Vorstellung einer Weltgesellschaft gründet auf der Überzeugung, »dass eine weltweite Dynamik existiert, die für die Interaktion und Kommunikation individueller wie kollektiver Akteure *einen* Erwartungshorizont darstellt. Danach existiert eine globale Ebene der Sozialorganisation, ein umfassendes soziales System, das die Nationalstaaten transzendiert und auf diese zurückwirkt« (Wobbe/Otte 2000: 455). Diese Annahme lässt sich sowohl in der Weltgesellschaftskonzeption Luhmanns als auch in der Weltsystemtheorie Wallersteins und im World Polity-Konzept der Arbeitsgruppe um John W. Meyer nachweisen.⁸

8 Außer den drei genannten Theorien wären zusätzlich das schon Anfang der 1970er Jahre formulierte strukturtheoretische Konzept von Heintz (1982), der Weltgesellschaftsansatz von Burton (1972) sowie die strukturationstheoretischen Konzeptionen von Giddens (1995), Beck (1997) und Robertson

Die Theorie der Weltgesellschaft, wie sie Luhmann (1975; 1997) entwickelt hat, versucht auf der Basis von kommunikations- und differenzierungstheoretischen Basisannahmen die Emergenz der einen Weltgesellschaft aus der Eigendynamik einzelner gesellschaftlicher Funktionsbereiche – insbesondere von Wirtschaft und Verkehr, Wissenschaft und Technik – zu erfassen. Deren Sonderkommunikationen intensivieren sich und dehnen sich ohne Rücksicht auf die Grenzen national organisierter politischer Systeme aus. Weltgesellschaft gilt somit als Feld weltweiter Kommunikation. Die Weltgesellschaftstheorie Luhmanns wird im Folgenden nicht weiter ausgeführt, da sie Asymmetrien nicht an zentraler Stelle thematisiert. Anders argumentieren die in Kapitel 6.2 und 6.3 ausführlich dargestellten Theorien des Weltsystems und der World Polity, die die Inklusion in die Weltgesellschaft unter Ungleichheitsbedingungen zu ihrem zentralen Thema machen (Engel 2003: 27).

Immanuel Wallerstein, der prominenteste Vertreter der Weltsystemtheorie, geht im Gegensatz zu Luhmann zuvorderst von einem System der weltweiten Arbeitsteilung aus (Wallerstein 1989; 1995; Goldfrank 2000). Sein Ansatz wird in der Literatur oft vereinfachend als ökonomistisch gekennzeichnet, obwohl er gerade die Auftrennung sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vehement kritisiert und die Entwicklung alternativer theoretischer Modelle jenseits dieser Dreiteilung einfordert (Wallerstein 1995: 321f). Richtig ist hingegen, dass Wallerstein die Gesamtstruktur des Weltsystems als eine generalisierte Ökonomie auffasst, bei der die Weltwirtschaft nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit darstellt (Balibar 1990). Der World Polity-Ansatz der Stanforder Forschungsgruppe um John W. Meyer firmiert in der Literatur oft als »kulturelle Variante des Weltsystemansatzes« (Bornschiefer 1994: 617). Meines Erachtens stellt er aber einen eigenständigen Ansatz dar, dem andere weltgesellschaftliche Phänomene in den Blick geraten. Beide Ansätze werden im Folgenden ausführlich dargestellt und auf ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin geprüft.

Bei den Begriffen Weltgesellschaft oder Weltsystem handelt es sich zunächst lediglich um theoretische Konstruktionen, welche die Analyse von sozialen Prozessen aus einer globalen Perspektive ermöglichen sollen. Weltsystemtheorien postulieren zwar einen »inneren Zusammenhang« auf globaler Ebene, nicht aber zwingend eine sich in einem hohen

(1992) soziologisch relevant. In der einschlägigen Literatur werden in Überblicksartikeln meist mehrere dieser insgesamt sechs Konzeptionen genannt (vgl. etwa Beyer 1994; Bornschiefer 1994; Richter 1997; Wobbe 2000; Stichweh i.E.; Teubner 2000). Für einen neueren Versuch, Gesellschaftsanalyse auf einer globalen Emergenzebene anzusiedeln, vgl. Hardt/Negri (2000).

Grad an sozialer Integration niederschlagende Weltgesellschaftlichkeit. In diesem Sinne unterscheidet sich die Weltgesellschaft von anderen uns bekannten Gesellschaften. Sie ist zunächst ein analytisches Konzept, welches – zumindest dem Anschein nach – nur rudimentär in den Handlungen und Reflexionen ihrer Mitglieder präsent ist. Weltgesellschaft zeichnet sich, wenn man so will, durch einen »Mangel an Gesellschaftlichkeit« (Altvater/Mahnkopf 1999: 74) aus. Gleichwohl ist es etwas vorschnell, wenn man wie Beck (1997: 151) behauptet, dass von Weltgesellschaft nur gesprochen werden kann, wenn diese erlebt, sozial wahrgenommen und praktiziert werde. Die Existenz einer erfahrbaren Gesellschaftlichkeit, einer »Weltgesellschaft« im engeren Sinne, ist keine Voraussetzung für das Weltsystem (Bornschiefer 1994: 616). Ähnliches lässt sich auch für ein an der Luhmannschen Systemtheorie orientiertes Verständnis von Weltgesellschaft sagen: Entscheidend ist nicht, ob es *Weltgesellschaft* gibt. Vielmehr ist von Weltgesellschaft dann zu reden, »wenn sich global players in der Differenz ihrer *unterschiedlichen Bezogenheit auf ein und dieselbe Welt* wahrnehmen und dies reflexiv wird« (Nassehi 1998: 162).

Man kann die unterschiedlichen Paradigmen, die hier grob nach Globalisierungs- und Weltgesellschaftskonzeptionen unterteilt wurden, auch mit einer anderen Kategorisierung kennzeichnen, nämlich als Gegenüberstellung von modernisierungstheoretischen und diffusionstheoretischen Vorstellungen, von methodologischem Individualismus und Kollektivismus, letztlich gar von makro- und mikrosoziologischer Theoriebildung. Aus dem ersten Teil der Studie sollte deutlich geworden sein, dass die sozial- und politikwissenschaftliche Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance stark durch theoretische Vorentscheidungen geprägt ist, die den jeweils erstgenannten Theorieanlagen zuzuordnen sind. Es geht daher im Folgenden darum auszuloten, inwieweit weltgesellschaftlich argumentierende Theorien helfen, Defizite der bisherigen Konzeptualisierungen von NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance zu beheben. Im Folgenden wird daher ein Ansatz entwickelt, der die Aggregierungsannahmen der Modernisierungstheorie zurückweist und auf die Penetrationskraft einer weltgesellschaftlichen Ebene verweist.

6.2 Weltgesellschaft als System internationaler Arbeitsteilung: Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins

Die von Immanuel Wallerstein⁹ entwickelte Weltsystemtheorie ist ein ambitionierter Versuch, bisherige Begrenzungen der Sozialwissenschaften zu überwinden. Theoriegeschichtlich ist sie im Schnittpunkt von Historie, Ökonomie, Politik und Soziologie angesiedelt. Sie kann als Alternativtheorie zu den meisten aktuellen Globalisierungstheorien gelesen werden. Ihr Kennzeichen ist insbesondere die Wahl einer differenten Perspektive, da sie nicht von den (nationalen) Einzelgesellschaften ausgeht, sondern umgekehrt untersucht, wie ein umfassenderes System deren Entwicklung begrenzt und konditioniert. In diesem Zusammenhang konzeptualisiert die Weltsystemtheorie Wallersteins Kapitalismus als eine sozioökonomische Struktur, welche permanent Asymmetrisierungen und damit Herrschaftsgefälle produziert. Hierbei wird der »historische Kapitalismus«¹⁰ nicht von einer politischen Superstruktur integriert. Im Gegenteil befördert erst die Nichtidentität der Grenzen von ökonomischen und politischen Strukturen, also die Organisation des Weltsystems als ein System von Nationalstaaten (mit je unterschiedlichen Reproduktionsbedingungen und Lohnniveaus), diese asymmetrisierenden Effekte (Wallerstein 1983: 311).

-
- 9 Wallerstein (geb. 1930) war bis zu seiner Emeritierung 1999 Professor für Soziologie an der *University of New York at Binghamton*. Er gilt seit dem Erscheinen des ersten Bandes seiner auf inzwischen fünf Bände (Wallerstein 1999a) konzipierten Weltsystemanalyse als deren prominentester Vertreter. Wallerstein gründete 1976 das *Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems, and Civilizations* und gibt zusammen mit T. Hopkins die Zeitschrift *Review* heraus. Von 1994 bis 1998 war er Vorsitzender der *International Sociological Association*. Für ausführliche Informationen zur Biographie Wallersteins vgl. Goldfrank (2000); Imbusch (1990: 17-23); Ritzer (2000: 162). Eine aufschlussreiche Einführung in seinen theoretisch-intellektuellen Werdegang und einen Überblick über die von ihm initiierten Wissenschaftsinstitutionen gibt Wallerstein selbst (Wallerstein 2001b).
- 10 Die Bezeichnungen »modernes Weltsystem« und »historischer Kapitalismus« werden bei Wallerstein weitgehend synonym gebraucht. Das Adjektiv »historisch« verweist zum einen auf die Singularität des Kapitalismus, zum anderen auf die Unsinnigkeit, Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aus einem diesem eingeschriebenen, angeblich »reinen« Wesen zu folgern. Grundlage der Analyse kann immer nur das empirische historische Material sein. Vgl. zur Entwicklungsgeschichte des modernen Weltsystems Wallerstein (1986b; 1989a; 1998a); Shannon (1996); Overbeek (1994); Nolte (1993).

Die Arbeiten Wallersteins sind zunächst vornehmlich in entwicklungs- politischen Diskussionen zur Kenntnis genommen worden und waren dort bis in die 1980er Jahre zumindest im englischsprachigen Raum sehr präsent. Mit der intensivierten Diskussion über Weltgesellschaft und Globalisierung erlebt der Wallersteinsche Ansatz seit den 1990er Jahren eine Renaissance (Treibel 2000: 78). Er wird in gängigen Standardwerken zur Globalisierung (Beck 1997; Giddens 1995; Robertson 1992; Axford 1995) und in wichtigen Überblicksartikeln (Robertson 2001) als ein zentraler Ansatz gewürdigt, der schon zu einem frühen Zeitpunkt globale Vergesellschaftungsprozesse in den Vordergrund stellte und damit ein wichtiger Wegbereiter für die heutige Globalisierungsdebatte war. Die Weltsystemtheorie hat die allgemeine soziologische Betrachtung von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen irritiert und verändert (Imbusch 1997: 17). Sie war maßgeblich verantwortlich für den »global shift« (Robertson 1992: 65) in der soziologischen Theorie. Inzwischen werden auch die wissenschaftssoziologischen Schriften Wallersteins verstärkt zur Kenntnis genommen und er rückt in den Status eines Klassikers der Soziologie.¹¹ Die Weltsystemtheorie konnte sich zumindest in den USA etablieren und als wissenschaftliche Schule institutionalisieren (Imbusch 1994: 74). Die Rezeption Wallersteins im deutschsprachigen Raum hinkt bis heute deutlich hinterher (Nolte 1995: 342). So wurde der erste Band von *The Modern World System* 1986 zwölf Jahre nach seiner Erstveröffentlichung auf Deutsch verlegt; der zweite Band 1998 mit 18-jährigem Verzug. Auch wird Wallerstein im deutschsprachigen Raum mehr Skepsis entgegengebracht, welche vor allem auf die als solche wahrgenommene Grobschlächtigkeit seiner Analyse zielt.

6.2.1 Dependencia, Marx und Braudel als Ausgangspunkte

Ihren Ursprung hat die sich seit den 1970er Jahren entwickelnde Weltsystemtheorie in der Entwicklungstheorie der Nachkriegszeit. Hier grenzte sie sich gegen die vorherrschenden Modernisierungstheorien ab und entwickelte unter anfänglicher Aufnahme dependenztheoretischer Argumente¹² eine historiographisch fundierte Theorie der Akkumulation im Welt-

11 So wird sein Ansatz in diversen Einführungen zur Soziologie und zusammenfassenden Sammelbänden gewürdigt. Vgl. Ritzer (2000), Münch (2004); für die Politikwissenschaft Hobden/Jones (1997); für den deutschsprachigen Raum Treibel (2000); Papcke/Oesterdiekhoff (2001); Käsler (2000); Bögenhold (2000); Nölke (2003).

12 Die Debatte zwischen Dependenz- und Modernisierungstheorie ist Ende der 1980er Jahre deutlich abgeebbt und in der Folge der weltweiten Umbrüche 1989/1991 fast zum Erliegen gekommen, wobei sich modernisierungstheo-

maßstab und darauf aufbauend eine Theorie über Struktur und Entwicklungsdynamik des internationalen Systems insgesamt. Trotz der dependenztheoretischen Anleihen, insbesondere des Theorems des »ungleichen Tausches« (Emmanuel) ist die Weltsystemtheorie nicht als bloße Spielart oder Radikalisierung derselben zu begreifen. Im Gegenteil begreift Wallerstein (2000) die Dependenztheorie der 1970er und 1980er Jahre letztlich als eine Abspaltung der Modernisierungstheorie. Bei der Weltsystemanalyse hingegen handele es sich um eine »Rehistorisierung der Problemsicht« (Goetze 1989: 152) bzw. um ein »neues Paradigma« (Menzel 1993: 33; ähnlich: Peters/Stolz 1991: 196).

Neben der dependenztheoretischen Diskussion waren die Schriften von Karl Marx und Fernand Braudel wichtige Inspirationsquellen für Wallerstein (Shannon 1996: 1-21; Goldfrank 2000: 160-165). Von Marx adaptiert er hauptsächlich die Vorstellung, dass der Kapitalismus sich als Prozess unaufhörlicher Kapitalakkumulation beschreiben lässt, der die sozialen Verhältnisse dynamisiert und grundlegend umwälzt (Wallerstein 1995: 193f). Den Begriff der Ausbeutung fasst Wallerstein ebenfalls marxistisch, lehnt sich hier allerdings eher an die Imperialismustheorien Lenins und Luxemburgs an, die die Ausbeutungsproblematik zwischen den Nationalstaaten ansiedeln (Shannon 1996: 11f; Imbusch 1997: 10). Hervorzuheben ist, dass sich Wallerstein in unorthodoxer Weise lediglich selektiv auf das Marxsche Werk bezieht. Insbesondere stellt er nicht die Lohnarbeit und den Klassenkampf in den Mittelpunkt seiner Analyse und lehnt die Marxsche Fortschrittsgläubigkeit ab. Außerdem verurteilt er die nach Marx einsetzende »Verflachung des Marxismus«. Gleichwohl versteht sich Wallerstein als Marxist, so dass seine Weltsystemtheorie als der Versuch einer grundlegenden Revision Marxscher Theorie angesehen werden kann.

Von Braudel und damit von der französischen Annales-Schule¹³ übernimmt Wallerstein den Anspruch einer ganzheitlichen Perspektive, die unterschiedliche Disziplinen integrieren und zu einer problemorientierten Betrachtungsweise der Geschichte kommen will. Die Untersuchungen von Braudel zu weit gespannten Netzwerken in historischen Großreichen, zur Verknüpfung weit entfernter Regionen durch lange Handelsketten wa-

retische Annahmen hartnäckig in der entwicklungspolitischen Diskussion halten. Für eine Übersicht über die Debatte zwischen Modernisierungs- und Dependenztheorie vgl. Boeckh 1993; Eblinghaus/Stickler (1996: 19-25); Menzel (1993); Peters/Stolz (1991); Töpfer (1990). Zum *State of the Art* in der Entwicklungstheorie vgl. die Sammelbände von Schulz (1997); Thiel (1999); Martinussen (1997); aber auch: Peripherie (1997); Mürle (1997); Nederveen Pieterse (2001); Neubert (2001).

13 Vgl. einführend Burke (1991).

ren für Wallerstein unmittelbar inspirierend. Auch Braudels theoretische Betrachtungen zu »sozialer Zeitlichkeit« (Braudel 1992) waren prägend und führten zu Wallersteins Theorie des ZeitRaums.

6.2.2 Gesellschaft als historisches System: der ZeitRaum

Wallerstein setzt sich intensiv mit grundsätzlichen Fragen der Begrifflichkeit und Orientierung der Sozialwissenschaften auseinander. Die Sozialwissenschaften seien in den zentralen Paradigmen des 19. Jahrhunderts gefangen, aus denen sie sich zu befreien hätten. Dies müsse in einem intellektuellen Dreischritt des »Kaputt Denkens« (*Unthinking*) erfolgen. Am Anfang stehe dabei das Kaputt Denken von Entwicklung, danach gehe es um die Infragestellung der Interdisziplinarität, schließlich um die Wissenschaftlichkeit selbst (Wallerstein 2000). Wallerstein versteht seine Theorie als ersten Schritt in diese Richtung.

Die zentrale These der Weltsystemtheorie ist, dass die Entwicklung einzelner Länder nur unter Berücksichtigung der globalen Entwicklung verstehbar ist. Der wesentliche Unterschied zwischen herkömmlicher Entwicklungstheorie und der Weltsystemperspektive besteht darin, dass letztere in dem Begriff »Weltsystem« die einzig mögliche und »passende« Analyseeinheit für die Untersuchung von sozialem und gesellschaftlichem Verhalten sieht. Während die Entwicklungsperspektive davon ausgeht, dass soziales Handeln vor allem in einer politisch-kulturellen Einheit, einem Staat, einer Nation oder einem Volk stattfindet und die Unterschiede zwischen diesen Einheiten erklärt werden sollen, nimmt die Weltsystemperspektive demgegenüber an, dass alles soziale Handeln in *einem* übergreifenden Rahmen stattfindet, in dem es eine fortschreitende Arbeitsteilung gibt. Dementsprechend wird das Weltsystem als »Einheit mit einer einzigen Arbeitsteilung und vielen kulturellen Systemen« (Wallerstein 1983: 304) definiert.

Die Begriffe und Konzepte von Entwicklung, Fortschritt und Gesellschaft sind laut Wallerstein eng miteinander verknüpft. Sie werden als quasi-mythologisches Vermächtnis des 19. Jahrhunderts betrachtet. »Alle drei sind geistesgeschichtlich im Denken der Aufklärung verwurzelt und stammen aus den Anfängen der Soziologie, als diese noch ›Wissenschaft von der Gesellschaft‹ war und auf ›Fortschritt‹ bzw. ›Entwicklung‹ gezielt hat« (Imbusch 1997: 21; vgl. Wallerstein 1995). In dem Begriff Gesellschaft ist die Vorstellung eines räumlich, inhaltlich und zeitlich abgrenzbaren Komplexes sozialer Beziehungen eingeschrieben, der zudem eine enge Koppelung mit dem Konzept des Staats aufweist. Eine solche Gesellschaft, die sich durch spezifische Kultur(en), ein politisches System und einen bestimmten Ökonomietypus auszeichnet und die zudem ein fest

umrissenes (nationalstaatliches) Territorium hat, impliziert die Vorstellung, dass sie sich in der Zeit »entwickeln« und »fortschreiten« kann. Wenn man von Gesellschafts-Entwicklung spricht, wird also vorausgesetzt, dass man eine Einheit bestimmen kann, welche im Laufe der Zeit eine Evolution von einem niedrigeren zu einem höheren und komplexeren Zustand durchlaufen kann, die sich aus einem »Keim« heraus »entwickelt«. Dies wiederum verleitet dazu, Gesellschaft als eine zwar sich entwickelnde, aber dennoch »greifbare Realität« zu analysieren, und somit ihren fließenden und durch Verformbarkeit gekennzeichneten Zustand zu vernachlässigen (Wallerstein 1995: 86).

Wallerstein lehnt die Vorstellung, dass sich die einzelnen Nationalgesellschaften entwickelt haben und dass Globalisierung als zunehmende Internationalisierung betrachtet werden kann, rigoros ab. Insbesondere die entwicklungspolitische Modernisierungstheorie nach 1945 hatte diesen Mythos befördert und ein allgemeingültiges Modernisierungsszenario entworfen, wonach eine Gesellschaft zunächst unterentwickelt ist und sich erst später hin zu Industriegesellschaften »entwickelt«. Demgegenüber beharrt die Weltsystemtheorie auf der polemischen Feststellung André Gunder Franks von der »Entwicklung der Unterentwicklung« (Wallerstein 2000: 97-102). Die »Entwicklung« von Nationalgesellschaften ist also nicht vornehmlich ihren jeweiligen endogenen Prozessen geschuldet. Auch waren ihnen ihre sogenannten internationalen Beziehungen nicht »auswärtig«. Sowohl logisch als auch zeitlich war für die nationalen Gesellschaften schon beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus der exogene Prozess der Schaffung einer Weltwirtschaft strukturbildend (Wallerstein 1995: 88). Wallerstein (1995: 90) fasst seine These zusammen: »Es war also das Weltsystem, das sich »entwickelte«, und nicht die einzelnen »Gesellschaften«. Das heißt, nachdem die kapitalistische Weltwirtschaft einmal geschaffen war, wurde sie zuerst konsolidiert und dann wurde im Laufe der Zeit der Einfluß ihrer grundlegenden Strukturen auf die ihr innewohnenden sozialen Prozesse vertieft und erweitert. [...] Bei dieser gesamten Beschreibung ist die von mir verwandte Metapher nicht die eines kleinen Keims, um den sich äußere Schichten bilden, sondern die eines dünnen äußeren Rahmens, der allmählich mit einem dichten inneren Netzwerk ausgefüllt wird.«

Die zentrale Frage der Weltsystemtheorie lautet: »Wo und wann gibt es Einheiten, innerhalb derer das soziale Leben sich abspielt?« (Wallerstein 1995: 292) Wallerstein schlägt in diesem Zusammenhang den Begriff des »historischen Systems« vor, welcher zu einer zeitgemäßen Soziologie führen soll. Ein solches historisches System muss ein integriertes Netzwerk von »wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozessen aufweisen, deren Summe das System zusammenhält« (ebd.: 273). Es »ist ein so-

ziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Es besteht aus widerstreitenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinanderzerren, da jede Gruppe fortwährend danach strebt, es zu ihrem Vorteil umzugestalten. Es hat Merkmale eines Organismus, insofern es eine Lebenszeit hat, während der sich seine Merkmale in manchen Aspekten verändern und in anderen stabil bleiben« (Wallerstein 1986b: 517).

Für Wallerstein (1983: 304f; 1995: 292f) ist das konstituierende Merkmal eines jeden historischen Systems die Existenz einer Arbeitsteilung. Einzelne Sektoren oder Teilgebiete innerhalb eines Systems sind demnach vom ökonomischen Austausch mit anderen abhängig und gewährleisten so ihre kontinuierliche Versorgung. Eine gemeinsame politische Struktur oder Kultur ist hingegen kein notwendiges Kriterium. In der Menschheitsgeschichte gab es mehrere aufeinander folgende oder nebeneinander existierende historische Systeme. Sie lassen sich einteilen in Minisysteme und Weltsysteme. Minisysteme bezeichnen soziale Systeme, in denen eine vollkommene Arbeitsteilung in einem einzigen kulturellen Bezugsrahmen herrscht. Sie sind räumlich klein, haben eine relativ kurze Lebensdauer von ca. sechs Generationen und sind bezogen auf ihre kulturellen und regierenden Institutionen sehr homogen. Ihre grundsätzliche Logik ist die Gegenseitigkeit des Tausches. Minisysteme beschreiben meist Sammler- und Järgergemeinschaften sowie einfache Agrargesellschaften. Sie existieren heute nicht mehr. Innerhalb der Weltsysteme wird zwischen Weltreichen und Weltwirtschaften unterschieden. Weltreiche sind große politische Gebilde und umfassen eine große Anzahl kultureller Raster. Sie beruhen auf dem Prinzip der Eintreibung von Tributen lokaler, direkter Produzenten, die an das Zentrum weitergeleitet werden. Während Weltreiche sich durch ein einheitliches politisches System und *einen* bürokratisch-militärischen Apparat auszeichnen, sind Weltwirtschaften »gewaltige ungleichmäßige Ketten von integrierten Produktionsstrukturen, die durch vielfältige Strukturen gegliedert werden« (Wallerstein 1995: 293). Es sind politisch und kulturell nicht integrierte Systeme. Die grundlegende Logik von Weltwirtschaften besteht darin, dass der angehäuften Mehrwert strukturell asymmetrisch zu Gunsten derer verteilt wird, denen es gelingt, verschiedene Arten vorübergehender Monopole in den Marktnetzwerken zu generieren.¹⁴

Heute gibt es nur noch ein einziges Weltsystem, die kapitalistische Weltwirtschaft, welche sich mit Beginn der europäischen Welteroberung

14 Wallerstein bezieht sich hier auf den Kapitalismusbegriff Braudels. Für Braudel ist nicht der Markt das definierende Kriterium für den Kapitalismus, sondern die Existenz monopolistischer Strukturen (Braudel 1986; Wallerstein 1995: 224-270; Bruch 2000: 43ff).

seit dem späten 15. Jahrhundert entwickelt hat. Ihr gilt Wallersteins besondere Aufmerksamkeit. Das moderne Weltsystem zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass Kapital auf ganz bestimmte Art und Weise genutzt wird, eben mit dem Ziel, sich selbst zu vermehren. Es benötigt kein politisches Zentrum und wird seit der frühen Neuzeit allein durch den sich herausbildenden Weltmarkt strukturiert. Seine räumliche Ausdehnung bezieht inzwischen die gesamte bewohnte Erde mit ein, was ebenfalls ein Novum im Vergleich zu vorangegangenen Weltsystemen ist.

Wallerstein will mit dem Konzept des historischen Systems ein neues Verständnis von Zeit und Raum verankern und damit die bisherigen Analogieketten von Raum und Zeit dekonstruieren. Ausgangspunkt sind abermals die Arbeiten Braudels (1986; 1992). Dieser führte ein Dreifachschema von erfassbarer Zeitlichkeit in die Geschichtswissenschaften ein. Neben der die unmittelbaren individuellen Ereignisse erfassenden Zeit der kurzen Dauer (*histoire événementielle*) existieren die Zeit der Konjunkturen (*histoire conjuncturelle*), die sich durch mittlere Dauer auszeichnet, sowie die langfristige Zeit der Strukturen (*longue durée*). Braudels Paradigma lautet, dass sich historische Entwicklungen in ihrer strukturbildenden Bedeutung erst durch die Wahrnehmung der Parallelität dieser unterschiedlichen Zeiten erfassen lassen. Selbiges trifft auf die Einordnung historischer Ereignisse zu. Wallerstein ergänzt diese Überlegungen um die Dimension des Raums (Wallerstein 1995: 169) und entwickelt seine Konzeption des ZeitRaums (*TimeSpace*).

Kern dieser Konzeption ist die Überlegung, dass »Raum niemals analytisch von Zeit getrennt werden kann« (Wallerstein 1995a: 732). »Jede Zeit hat einen Ort und jeder Ort hat eine Zeit, und bestimmte Arten von Zeit und Ort gehören zusammen« (Wallerstein 2000: 114). Für die Welt-systemtheorie hat etwa die kapitalistische Weltökonomie nur eine einzige Geschichte, »die strukturelle Kontinuitäten, zyklische Schwankungen und säkulare, transformatorische Trends beinhaltet« (Wallerstein 2000: 101).¹⁵ Zum Verständnis der historischen Entwicklung der modernen Welt muss

15 Insgesamt unterscheidet Wallerstein fünf verschiedene Arten von Zeit-Raum: den »episodisch-geopolitischen«, den »konjunkturell-ideologischen«, den »strukturellen«, den »transformatorischen« und den »ewigen«. Innerhalb der Wissenschaften sieht er seine Position in einem »Zweifrontenkrieg« gegen sowohl nomothetische als auch idiographische Positionen, welche sich in dem Punkt treffen, den ZeitRaum als einen grundlegenden Bestandteil der geohistorischen Welt nicht wahrzunehmen. Während idiographische Historiker sich mit dem episodisch-geopolitischen ZeitRaum beschäftigen und nomothetische Wissenschaftler die Gesetze des ewigen ZeitRaums ergründen wollen, untersuche die Weltsystemanalyse die restlichen drei ZeitRäume (vgl. ausführlich Wallerstein 1995: 164-180; 1995a; 2000).

der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass diese drei Elemente – Kontinuitäten, Zyklen und Trends – ineinander verwoben sind. Ein historisches System ist demnach »eine Einheit, die weder unendlich noch nur momentan ist, die aber ein Leben hat und deswegen einen Anfang und ein Ende besitzt. Das System hat auch einen Raum, und seine Grenzen (die sich mit der Zeit verändern) ergeben sich aus seinen grundsätzlichen Handlungsprinzipien« (ebd.: 102).

Historische Systeme besitzen also drei definierende Charakteristika: relative Autonomie sowie zeitliche und räumliche Begrenztheit. Historische Realität ist gekennzeichnet durch die Existenz andauernder, wenn auch nicht ewiger Strukturenguppen, welche »historische Systeme« genannt werden. Diese haben vorgegebene Funktionsweisen, sogenannte zyklische Rhythmen, weisen aber auch einen kontinuierlichen langsamen Prozess der Transformation, sogenannte säkulare Trends auf. Daneben gibt es Ereignisse, denen Wallerstein allerdings wenig Relevanz zumisst.¹⁶ Das hauptsächliche intellektuelle Problem bestehe darin, zyklische Rhythmen, säkulare Trends und Krisen, die Übergänge und deshalb Brüche bilden, zu unterscheiden. Insgesamt sei das Erkennen von Neuem und sich Veränderndem ein »intellektuelles Kinderspiel« im Vergleich zur Benennung dessen, was sich nicht wesentlich ändert (Wallerstein 1995: 277).¹⁷

Wallersteins makrosoziologische Konzeption des historischen Systems hat nicht nur weitreichende Implikationen für dessen Vorstellung von sozialem Wandel. Sie attackiert auch den Mythos des zweckrational handelnden Akteurs. Wallerstein behauptet letztlich, dass es »innerhalb eines funktionierenden historischen Systems keinen echten freien Willen gibt. Die Strukturen erzwingen die Entscheidung und produzieren sogar Entscheidungen. Die Unterdrückung der Schwachen durch die Starken und auch der Widerstand der Schwachen gegen die Starken sind [...] strukturelle, vorhersagbare und messbare Phänomene« (ebd.: 279). Dies

16 Wallerstein zitiert hier Braudels Aussage »Ereignisse sind Staubkörnchen«. Er führt weiter aus: »Ereignisse sind nicht nur Staub, weil sie vergänglich sind, sondern auch weil sie Staubkörnchen in unseren Augen sind« (Wallerstein 1995: 168).

17 Wallerstein betont hiermit, dass es sich um eine Wahl des wissenschaftlichen Standpunktes handelt. Die Beurteilung, ob es sich bei Krisen um inner-systemische Turbulenzen (»Konjunkturen«) handelt oder aber um Systemkrisen, die eine Transformation zu einem anderen System andeuten, bleibt der Interpretation des Wissenschaftlers überlassen (vgl. auch Altwater/Mahnkopf 1999: 51f).

ändere sich erst mit dem Eintritt des historischen Systems in seine Phase der Transformation in ein anderes System (ebd.: 179).¹⁸

Die Konzeption des historischen Systems ist für Wallerstein ein wichtiger Schritt in Richtung einer »Neustrukturierung der Sozialwissenschaften« (Wallerstein et al. 1996), da sie tendenziell mit der traditionellen Trennung der heutigen Wissenschaftsdisziplinen bricht. Es müssten aber noch grundlegendere Anstrengungen unternommen werden, um dieses Basishindernis für das Verstehen unserer Welt aus dem Weg zu räumen. Es sei an der Zeit, die Multidisziplinarität, »die Apotheose der Disziplinarität«, kaputtzudenken (Wallerstein 2000: 102). Insbesondere bestreitet Wallerstein die analytische Sinnhaftigkeit der Dreiteilung sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Jene Dreifaltigkeit versperre den Weg zu einer intellektuellen Weiterentwicklung wie ein Granitblock (Wallerstein 1995: 9). Er fordert daher die Entwicklung alternativer theoretischer Modelle jenseits dieser Aufteilung in Sphären, deren funktionale Realität ohnehin zweifelhaft sei (ebd.: 321f). Die Weltwirtschaft etwa sei nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit (ebd.: 10). Da weder die ökonomische noch die politische noch die soziokulturelle Sphäre eigenständige Bereiche sozialen Handelns konstituieren, plädiert Wallerstein für eine holistisch angelegte Analyse und Forschungspraxis. In diesem Zusammenhang fordert er »symbolisch« die »Abschaffung der Fachbereiche Ökonomie, Soziologie, Anthropologie, Politik, Geographie und Geschichte und die Vereinigung zu einer einzigen Fachrichtung der historischen Sozialwissenschaften« (ebd.: 125).

6.2.3 Die Grundprinzipien des modernen Weltsystems

Trotz diverser Vorläufe bildet sich das moderne Weltsystem für Wallerstein im sogenannten »langen 16. Jahrhundert« in Europa heraus. Folgende Umstände begünstigten dessen Konstituierung:

- 1.) die Ausweitung des geografischen Umfangs, d.h. die europäische Expansion, die Entdeckung und Eroberung bislang unbekannter Gebiete,
- 2.) die Entwicklung von Arbeitskontrollmethoden, die für unterschiedliche Produkte und Zonen der Weltwirtschaft sehr unterschiedlich sein mussten,

18 Wallerstein folgt hier dem Systembegriff des Chemikers und Chaostheoretikers Ilya Prigogine. Für diesen laufen Systeme asymptotisch auf eine bestimmte Grenze zu, an der das System dann dazu neigt, chaotisch zu agieren und seine gesamte Struktur zu ändern (vgl. einführend Straussfogel 2000). Wallerstein sieht das kapitalistische Weltsystem im Moment in einem Zeitband einer solchen Transformation, welches allerdings noch 50 oder mehr Jahre anhalten kann (Wallerstein 1998; 1999; 2002).

- 3.) die Schaffung von relativ »starken« Staatsapparaten in den Gebieten, die zu den Kernstaaten dieser Welt wurden (Wallerstein 1986b: 47).

Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts und bis heute anhaltend entwickelte sich eine Ökonomie, die der Vormundschaft singularer politischer Machtbereiche entkommen konnte. Kapital bzw. ökonomischer Mehrwert wurde nun zunehmend nicht mehr abgeschöpft, um eine Staatsbürokratie und ihren Konsum zu befördern, sondern konnte von Großkaufleuten akkumuliert werden. Diese häuften ihr Vermögen in Handelsstädten an, welche größtenteils aus dem territorialen Herrschaftsanspruch der bisherigen Fürsten- und Königshäuser heraustreten konnten. Von diesen Handelsstädten aus etablierte sich ein reger Handel mit Regionen, die weit außerhalb ihres Territoriums lagen, insbesondere mit dem Baltikum und der »Neuen Welt«. Hierbei handelte es sich nicht mehr nur um den Handel von Luxusgütern, wie er eine Jahrhunderte lange Geschichte mit dem Mittleren und Fernen Osten hatte, sondern nun vorherrschend um den Handel von Basiserzeugnissen (Holz, Getreide, Stoffe). Weit entfernte Territorien, die definitiv nicht von einem politischen Zentrum regiert wurden, wurden Teil einer (einzigen) Weltwirtschaft. Von diesem Ursprung aus hat sich die europäische Weltwirtschaft bis heute auf den gesamten Globus ausgedehnt. Dieser Drang zur geografischen Expansion ist für Wallerstein ein wichtiger säkularer Trend des modernen Weltsystems.

6.2.3.1 *The commodification of everything*

Als zweiten wichtigen säkularen Trend nennt Wallerstein die unaufhörliche Akkumulation von Kapital. Sie ist die treibende Kraft des modernen Weltsystems. Mit dieser Grundausrichtung der Akkumulation zum Selbstzweck ist das kapitalistische Weltsystem zutiefst irrational und widersinnig, »denn insgesamt wollen die Menschen konsumieren, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, und nicht akkumulieren« (Wallerstein 1986: 6). Der historische Kapitalismus sucht ständig und unaufhörlich nach neuen Akkumulationsmöglichkeiten. Immer, wenn die ökonomischen Kräfte des Systems, also die Einzel- bzw. Gesamtunternehmer, auf einen Engpass gestoßen sind, der die Akkumulation behinderte, haben sie bisher Verhaltensweisen entwickelt, mit denen sie den Engpass entweder beseitigten oder umgingen, um so im globalen Akkumulationsprozess weiter voranzuschreiten. Wohlgermerkt, hierbei war der Engpass durch eine kollektive Anstrengung zuvor von denselben Kräften erst produziert worden. Mit anderen Worten, bisher wurden die Widersprüche des Systems stets überwunden (Wallerstein 1986: 5). Der Kapitalismus hat sich als sehr wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen.

Zwar kannten auch andere historische Systeme Kapitalbildung im Sinne von angehäuften Reichtum. Erst die spezifische Produktionsweise des historischen Kapitalismus nutzt Kapital aber auf ganz bestimmte Art und Weise, nämlich mit dem vorrangigen Ziel, sich selbst zu vermehren.¹⁹ Wallerstein spricht folglich erst dann von Kapitalismus, wenn im Laufe der Zeit die Akkumulation von Kapital mit Regelmäßigkeit den Vorrang vor anderen Zielsetzungen erhält.²⁰ Hinzu kommt, dass im historischen Kapitalismus viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, nun den Charakter von Waren erhielten. Dies betraf nicht nur den klassischen Fall der Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Kein Bereich des sozialen Lebens ist prinzipiell vor dieser möglichen Vereinnahmung gefeit. Das kapitalistische Weltsystem hat somit den ihm inhärenten Drang, alle Dinge und Tätigkeiten in Waren zu verwandeln, wofür Wallerstein den Begriff der Kommodifizierung prägt (Wallerstein 1989: 9ff).

Flankiert wird diese Entwicklung durch die historisch gleichursprüngliche Herausbildung eines Systems von Nationalstaaten, welche ihrerseits danach trachten, die Profite kapitalistischen Strebens auf ihr Territorium zu binden. Erst mit der Herausbildung einer einzigen Weltwirtschaft, welche territorial auf eine Vielzahl von Staaten gründet und damit über ein zwischenstaatliches System verfügt, waren einzelne Staaten dazu angehalten, die Akkumulateure zu unterstützen. Diese formale Struktur des Systems diente dem Ziel schrankenloser Akkumulation am vortrefflichsten, da es die Fähigkeit jeden einzelnen Unternehmens begünstigte, jene Produktionsentscheidungen zu treffen, und jene Vermarktungsstrategien zu wählen, die mittelfristig maximale Profite gewährleisten (Wallerstein 1986: 6f).

19 Die Beschreibung von Kapitalismus als System, welches Kapital um seiner selbst Willen akkumuliert, ist selbstverständlich eine Grundprämisse Marxscher Kapitalismuskritik. So ist für Marx (1979: 621) die »Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen« der »historische Beruf der Bourgeoisieperiode«. Eine Besonderheit des Weltsystemansatzes besteht darin, dass er die Bedürfnisbefriedigung der Massen, etwa als »Abfallprodukt« der kapitalistischen Produktionsweise oder im Sinne eines Trickle-Down-Modells, im Weltmaßstab bestreitet. Die Entfaltung der Produktivkräfte erscheint ihm entgegen der Formulierung in der marxistischen Theoriebildung nicht als wünschenswerte Voraussetzung eines Übergangs zum Sozialismus.

20 Abermals klingt das Kapitalismusverständnis Braudels durch. Dieser setzt Kapitalismus nicht mit dem Wirtschaftsleben als solchem gleich, sondern beschreibt ihn als ein auf diesem aufsattelndes Verhältnis.

6.2.3.2 Axiale Arbeitsteilung

Die Existenz einer axialen Arbeitsteilung, in der es eine Zentrums-Peripherie-Spannung gibt, die einen »ungleichen Tausch« möglich macht, ist für das Weltsystem konstitutiv. Es war das Zentrum-Peripherie-Konzept, welches Wallersteins Konzeption von Raum und Zeit in seiner Theorie verankerte (Wallerstein 1995a: 732). Die Konzeption des Orts von Entwicklung als Singularität, die sowohl das Zentrum als auch die Peripherie umfasst, ersetzt das Konzept der bisherigen Entwicklungstheorie, nach der Staaten denselben Pfad in unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchlaufen. Demgegenüber ist der größere Rahmen des Weltsystems ein begrenztes Gebiet, in dessen Grenzen sich Peripherie und Zentrum interdependent beeinflussen (Wallerstein 2000: 100f). Eine besondere Bedeutung kommt zusätzlich der strukturellen Existenz von zwischen Zentrum und Peripherie angesiedelten semiperipheren Zonen zu.

Peripherie und Zentrum sind primär strukturell zu verstehen, bezeichnen aber meist räumliche Teileinheiten. Sie stehen für geografisch und kulturell verschiedene Regionen des Weltsystems, welche sich grob aufgrund ihrer Spezialisierung nach kapitalintensiver (Zentrum) und arbeitsintensiver Produktion (Peripherie) unterscheiden. Während das Zentrum durch den Handel zu einer diversifizierten Ökonomie findet, bildet sich in der Peripherie vorrangig eine rohstoff erzeugende Ökonomie heraus. Merkmal der Semiperipherie ist eine Mischung von Charakteristiken des Zentrums und der Peripherie.

Peripherie und Zentrum »bilden und entwickeln sich stets und ausschließlich im Verhältnis zueinander, per definitionem« (Hopkins/Wallerstein 1979: 157). Das Zentrum-Peripherie-Konzept ist ein relationales Konzept, welches eine relationale Realität fassen soll. Zwar erfahren zentrale und periphere Prozesse im Verlauf der Entwicklung des Weltsystems eine fortwährende Verschiebung. Doch sind diese Prozesse immer integriert in die Weltwirtschaft und heben nicht die *strukturelle* Polarisierung in Zentrum und Peripherie auf. Entscheidend für die Wallersteinsche Analyse ist, dass das asymmetrisierende Prinzip stets erhalten bleibt. Da Zentrum und Peripherie strukturelle Notwendigkeiten des kapitalistischen Systems sind, kann es weder ein (allgemeines) Aufholen der Entwicklungsländer noch ein verallgemeinerbares Modell (innerhalb des kapitalistischen Weltsystems) geben.

Die »Entwicklung« eines Landes, etwa von einem peripheren zu einem semiperipheren Staat, kann nur als »Nullsummen-Spiel« (Wallerstein 1979: 43) beziehungsweise als »Rollentausch« (Wallerstein 1995: 146) verstanden werden. »Solange Staaten, getrennte Staaten, jeder für sich nach Wegen suchen, sich selbst zu entwickeln, wird das zutreffen.

Aufholen bringt Wettbewerb mit sich, und Wettbewerb bedeutet, daß im Endeffekt die Entwicklung eines Landes auf Kosten eines anderen vorstatten geht« (ebd.: 145). Explizit wendet sich Wallerstein gegen jeglichen länderbezogenen Entwicklungsoptimismus, wie ihn auch die Dependenztheorie betreibt. »Nationale Entwicklung kann sehr wohl ein schädliches politisches Ziel sein« (ebd.).

Aus der Analyse, dass die Weltwirtschaft notwendigerweise ein Nullsummen-Spiel ist, folgert Wallerstein, dass das von der marxistischen Theoriebildung schon zu Seite gelegte Marxsche Theorem der Polarisierung der Klassen nach wie vor Bedeutung hat, wenn man als Bezugspunkt das kapitalistische Weltsystem zugrunde legt. Dann habe sogar eine absolute, nicht nur relative Polarisierung stattgefunden (Wallerstein 1990b: 157). Die Kluft bei der Verteilung des Mehrwerts schließe sich nicht, sie habe sich innerhalb des Weltsystems beständig vergrößert. Die »Unterschiede in den materiellen Erträgen zwischen der Spitze und der Basis [...] wurden im Laufe der Zeit im Weltsystem als Ganzes immer größer« (Wallerstein 1989: 39). Der Klassenbegriff macht sich für Wallerstein daran fest, ob die Klasse vom produzierten Mehrwert anderer lebt oder nicht. Sobald das Einkommen und die Bürgerrechte eines »Proletariers« in den kapitalistischen Zentren ein bestimmtes Niveau erreicht hat, »wird der ›Proletarier‹ in Wirklichkeit zu einem ›Bourgeois‹, *der vom Mehrwert anderer lebt*« (Wallerstein 1983: 318), was sich unmittelbar auf das Klassenbewusstsein auswirkt.²¹

Die axiale Arbeitsteilung entlang einer Zentrums-Peripherie-Spannung ergibt sich vornehmlich aus der Organisation der Produktionsprozesse in komplexen Warenketten. In diese Warenketten, die jedem Endprodukt, welches auf einem Markt erscheint, vorgeschaltet sind, fließen vielfältige Formen von veräußerter Arbeitskraft und bestimmte Maschinen, die ihrerseits wieder hergestellt werden müssen, ein. Wallerstein wendet sich damit gegen die »simplizistische Vorstellung [...], daß der ›Markt‹ der Platz ist, an dem sich ein ursprünglicher Produzent und ein Endverbraucher treffen« (Wallerstein 1989: 24). Die meisten Transaktionen hingegen bestehen im Austausch unter Zwischenherstellern, die in einer langen Warenkette angesiedelt sind.

Entscheidendes Kriterium der Warenketten im historischen Kapitalismus ist, dass ihre geografische Ausrichtung zentripetal war und ist. So sind ihre Ursprünge zwar vielfältig, ihre Bestimmungsorte laufen jedoch in einigen wenigen Gebieten zusammen. Sie neigen dazu, sich aus der Pe-

21 Für Wallerstein existiert neben der mengenmäßig sehr kleinen Schicht der »Superakkumulatoren« (Wallerstein 1995: 35) eine Weltmittelschicht, die etwa 10 % der Weltbevölkerung umfasst und vornehmlich in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft lebt.

riperie der kapitalistischen Weltwirtschaft in die Zentren zu bewegen. Warenketten sind Manifestationen einer erweiterten sozialen Differenzierung der Arbeit, »die sich im Verlauf der Entwicklung des historischen Kapitalismus funktional und geographisch mehr und mehr ausweitete und gleichzeitig zunehmend hierarchisch wurde« (ebd.: 25).

Der innere Mechanismus der Warenketten ist die Anwendung von Gewalt bei der Festlegung des Preises, kurz: ist der schon erwähnte »ungleiche Tausch«. Dieses Theorem übernimmt Wallerstein von dem Dependenztheoretiker Emmanuel. Es gründet auf der Feststellung, dass die gravierenden Differenzen in den Lohnniveaus zwischen den Metropolen und den »Kolonien« nicht mit vergleichbaren Unterschieden in der Arbeitsproduktivität der jeweiligen Länder korrespondieren. Der internationale Handel zu Weltmarktpreisen beruht demnach notwendig auf ungleichem Tausch. Auf diese Weise trägt der Handel zur kapitalistischen Akkumulation und Entwicklung in den Hochlohnländern um den Preis der Dekapitalisierung und Unterentwicklung der anderen Länder bei (Frank 1980: 29). Unterentwicklung ist also nicht nur bloßer Teil des historischen Kapitalismus, sondern die Entwicklung des historischen Kapitalismus basiert geradezu auf ihr. Ungleicher Tausch kann als Basismechanismus des weltweiten Prozesses der Aneignung von Mehrwert verstanden werden, wobei sich die soziale Kluft zwischen den verschiedenen Territorien der Weltwirtschaft im Prozess ihrer Fortentwicklung ausweitet. Um die Vorteile des »ungleichen Tauschs« genießen zu können, mussten die Zentrumsstaaten stets dafür sorgen, »daß der Geld- und Güterfluß weltweit ›freier‹ war als der der Arbeitskräfte« (Wallerstein 1983: 319), was vielfältige Migrationsregimes zur Folge hatte (Potts 1988).

Während sich das Zentrum-Peripherie-Konzept zu großen Teilen mit dem der Dependenztheorie deckt, ist die Betonung der strukturellen Bedeutung einer zwischen Zentrum und Peripherie angesiedelten Semiperipherie eine Besonderheit des Wallersteinschen Ansatzes. Sie hat eine entscheidende Funktion für die Stabilität des Systems und ist deshalb nicht einfach »irgendetwas« zwischen Zentrum und Peripherie. Das System könnte nicht funktionieren, wenn es nicht dreigeteilt wäre (Wallerstein 1983: 307). Die Semiperipherie ist insbesondere hinsichtlich des Aspekts der Herrschaftssicherung zentral. So könnte eine Weltwirtschaft eventuell als Wirtschaftssystem genauso gut mit oder ohne Semiperipherie funktionieren. Ohne Semiperipherie wäre sie aber politisch viel weniger stabil. Die Semiperipherie garantiert das reibungslose Funktionieren der Weltwirtschaft, da sie in der Lage ist, die größten Spannungen des polarisierten Weltsystems zu absorbieren (Wallerstein 1986b: 520). Semiperiphere Zonen profitieren von der Ausbeutung einer Peripherie, werden aber ihrerseits auch Opfer einer Ausbeutung durch das Zentrum. »Das Vorhan-

densein einer dritten Kategorie bedeutet, dass die obere Schicht nicht einer geeinten Opposition aller anderen gegenübersteht, eben weil die mittlere Schicht Ausbeuter und Ausgebeutete zugleich ist. Daraus folgt, dass ihre spezifisch ökonomische Rolle nicht allzu wichtig ist und sich daher während der verschiedenen historischen Stadien des modernen Weltsystems verändern konnte« (Wallerstein 1983: 310).

Semiperiphere Zonen haben aber nicht nur einen Abpufferungseffekt, sondern repräsentieren ebenso den Moment von sozialer Mobilität, symbolisieren die prinzipielle Möglichkeit des Aufstiegs innerhalb des Weltsystems. Ihre auf die Zentren gerichteten Inklusionsabsichten machen sie zu idealen Agenten, um im Interesse zentraler Staaten bezüglich der Peripherie Kontrollfunktionen auszuüben. Wallerstein beschreibt diese dynamisierte, aber dennoch asymmetrisch-hierarchische Strukturierung des modernen Weltsystems analog zur sozialstrukturellen Terminologie, wie sie zur Beschreibung von Nationalgesellschaften benutzt wird: »Neben der Oberschicht der Staaten des Zentrums und der Unterschicht von peripheren Staaten gibt es eine Mittelschicht von Staaten der Semiperipherie« (zit. n. Treibel 2000: 76).

6.2.3.3 Historischer Kapitalismus als Gewaltverhältnis

Als weiteren entscheidenden Punkt für die Analyse des modernen Weltsystems hebt Wallerstein die bedeutsame und stetige Rolle der Nicht-Lohnarbeit und ihre Koexistenz mit der Lohnarbeit hervor. Der für den Marxismus zentrale Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist für Wallerstein nur ein Widerspruch unter vielen. Lohnarbeit ist nur eine unter mehreren Formen der Aneignung von Mehrprodukt und zudem eine für den Kapitalisten »relativ *teure* Arbeitsform« (Wallerstein 1983: 318). Entsprechend ist für Wallerstein nicht die spezielle Form der Lohnarbeit für die Analyse der Arbeitsteilung im kapitalistischen Weltsystem entscheidend, sondern allgemeiner die »Ware Arbeitskraft« (Wallerstein 1979: 45), die sich bis heute auch in vielfältigen Formen von Nicht-Lohnarbeit äußert.

Die Existenz unentgeltlicher Aneignung von Arbeitskraft führt Wallerstein zu der weitergehenden These, dass der historische Kapitalismus nach wie vor auf Prozessen unmittelbarer Gewaltausübung basiert. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem von Karl Marx beschriebenen Prinzip der ursprünglichen Akkumulation zu. Marx fasst damit die für die Entwicklung des Kapitalverhältnisses notwendige, vor-kapitalistische Ausbildung von Geldkapital und frei disponibler Arbeitskraft. Es ist der Prozess der Trennung der unmittelbaren Produzenten von

ihren Produktionsmitteln.²² Besonderes Merkmal dieses Scheidungsprozesses, der mit der Auflösung feudaler und zunftmäßiger Bindungen einhergeht, ist, dass die Enteignungen (»Expropriation«) mit »außer-ökonomischer«, also direkter politischer Gewalt herbeigeführt werde.²³ Marx hatte diesen Prozess auf den Beginn der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus datiert und ihn als historische Voraussetzung für den Prozess der »eigentlichen« Kapitalakkumulation aufgefasst.

Im Gegensatz zu Marx weist Wallerstein den Prozess der ursprünglichen Akkumulation nicht nur als ein für den historischen Kapitalismus konstitutives, sondern auch als ein permanent wirkendes Moment aus. Ursprüngliche Akkumulation ist nicht nur chronologisch, sondern auch logisch ein integraler Bestandteil der Kapitalakkumulation. Wallerstein nimmt hier Argumente Rosa Luxemburgs auf. Diese hatte in ihrer Studie »Die Akkumulation des Kapitals« schon 1913 Marx' Theorem auf die gesamte Welt angewendet. Nicht nur in Europa, sondern auch in den Kolonien wurden die Produzenten, in erster Linie die Bauern und Handwerker, von ihren Möglichkeiten, Mitteln und Traditionen der Produktion getrennt und mussten sie, sofern sie bei diesem Prozess nicht zerstört wurden, an die neuen Herren, die Kolonialherren bzw. Grundeigentümer, abgeben.²⁴ Darüber hinaus wies Luxemburg auf die fortdauernde historische Gleichzeitigkeit von ursprünglicher Akkumulation (»nicht-kapitalistische Milieus«) und kapitalistischer Produktionsweise hin. Sie wendete sich somit prinzipiell gegen die Marxsche Annahme, der Kapitalismus sei ein geschlossenes System, in dem nur Kapitalisten und Lohnarbeiter existieren. Ein solches System habe nie existiert. Der Kapitalismus bräuchte immer sogenannte »nicht-kapitalistische Milieus, Gesellschaften und Schichten« für die Ausdehnung der Arbeitskraft, der Rohstoffquellen und vor allem der Märkte (vgl. Mies 1990: 50). Deren Ausbeutung sei besonders profitabel.

22 »Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. [...] Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel« (Marx 1979: 742).

23 »Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften vollbracht« (Marx 1979: 790).

24 Vgl. zusammenfassend auch Werlhof (2000: 731).

Den Prozess der ursprünglichen Akkumulation definiert Luxemburg also als einen sich *permanent* vollziehenden Vorgang, der logischer und grundlegender Bestandteil des Kapitalverhältnisses ist. »Historisch aufgefaßt, ist die Kapitalakkumulation ein Prozeß des Stoffwechsels, der sich zwischen der kapitalistischen und den vorkapitalistischen Produktionsweisen vollzieht. Ohne sie kann die Akkumulation des Kapitals nicht vor sich gehen [...]. Die Kapitalakkumulation kann demnach so wenig ohne die nichtkapitalistischen Formationen existieren, wie jene neben ihr zu existieren vermögen. Nur im ständigen fortschreitenden Zerbröckeln jener sind die Daseinsbedingungen der Kapitalakkumulation gegeben« (Luxemburg 1975: 364). Wallerstein nimmt den Faden auf und betont ebenfalls den vampirhaften bzw. parasitären Charakter der Kapitalakkumulation. Allerdings betont er, dass Luxemburgs Formulierung von der Gleichzeitigkeit kapitalistischer und *nicht*-kapitalistischer Milieus den Blick dafür verstelle, dass eben diese beiden in Kombination das Wesen des Kapitalismus ausmachen (Wallerstein 1979a: 8, Fußnote 13).

Außerdem erweitert er den Objektbereich auf sämtliche Formen von Nicht-Lohnarbeit, insbesondere auch auf die Arbeit der Frauen, welchen im weltweiten Maßstab bis heute die Aufgabe der Reproduktion der (Lohn-)Arbeitskraft aufgebürdet wird.²⁵ Nicht-Lohnarbeit bzw. Subsistenzproduktion verortet Wallerstein (1989: 19f) daher vornehmlich in der für ihn zentralen Kategorie der Haushalte. Durch die Schaffung von semiproletarisierten Haushalten mit einem niedrigen Prozentsatz an Lohn-einkommen gelingt es im historischen Kapitalismus, die Kosten der Ausbeutung von Arbeitskraft möglichst gering zu halten, da die Reproduktion der Arbeitskraft zu einem großen Anteil durch unbezahlte Subsistenz-tätigkeit erfolgt. In diesem Sinne geht die Subsistenzarbeit in den Akkumulationsprozess mit ein.

Dies führt zu einer grundlegenden Kritik der marxistischen Vorstellung einer zunehmenden Proletarisierung. Zwar bestreitet Wallerstein eine solche Proletarisierung nicht grundsätzlich, doch ist entscheidender, dass ihr Umfang – bei weltweiter Betrachtungsweise – immer noch sehr gering ist. Der überwiegende Anteil der Arbeitskraft wurde eben nicht proletariert, da sich bestimmte Formen der Nicht-Lohnarbeit als hochgradig funktional für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems erwiesen. »Was überrascht, ist nicht, daß es so viel Proletarisierung, sondern, daß es so wenig gegeben hat« (Wallerstein 1989: 18). Die typischerweise

25 Dieser Aspekt wird mit ähnlichem theoretischen Hintergrund unter dem Stichwort »Hausfrauisierung« systematisch vom sogenannten Bielefelder Ansatz ausgearbeitet. Vgl. hierzu Mies (1990); Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen (1983); Werlhof (2000); zusammenfassend Peters/Stolz (1991); Eblinghaus/Stickler (1996: 119-150).

zum Thema »Unterentwicklung« assoziierten Charakteristika des modernen Weltsystems (Nicht-Lohnarbeit zur Produktion für den Markt, Marginalisierung und illegale Besiedelung, ein aufgeblähter tertiärer Sektor, das Entstehen der gesellschaftlichen Rolle der Hausfrau, Ethnizität, Klientelismus, korrupte und unterdrückerische Staatsapparate etc.) sind »weder Anomalien, noch Überbleibsel, sondern Schöpfungen der kapitalistischen Produktionsweise [...], die ein integraler Bestandteil ihres Funktionierens sind« (Wallerstein 1995: 194).

Die Nutzung »unfreier« Arbeitskraft und damit insbesondere der Subsistenzarbeit dient nach Wallerstein ebenso dem weltweiten Prozess kapitalistischer Akkumulation wie der Einsatz proletarischer »freier« Arbeitskraft (Wallerstein 1979: 45). Dabei ist nicht nur die Arbeitskraft teilweise »unfrei«, sondern auch die anderen Produktionsfaktoren – Boden und Kapital – waren von der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems bis heute niemals völlig frei und bewegten sich nie vollständig nach den Vorstellungen eines Marktes. Es sei »das evidenteste aller empirischen Fakten [...], dass kapitalistische Unternehmer stets in einer Welt operierten *und erfolgreich waren*, in der einige Faktoren »frei« waren, andere hingegen nicht [...], in der das Wertgesetz zwar einige, nicht aber alle Sektoren des Wirtschaftssystems beherrschte« (Wallerstein 1986: 13). Die nur partielle Durchsetzung des »Wertgesetzes« ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren der kapitalistischen Weltwirtschaft. »Dieses partielle Phänomen *ist* der Kapitalismus. Trotzdem drängt die innere Dynamik kapitalistischer Produktion nach einer volleren Freiheit der Produktionsfaktoren, nach einer volleren Durchsetzung des Wertgesetzes« (ebd.; vgl. auch 1995: 32f), was sich eben in dem Zwang zur *commodification of everything* manifestiert.

6.2.3.4 Symbiotische Verbindungen:

Universalismus *und* Rassismus/Sexismus

Wallerstein (1995: 318) hebt die »grundsätzliche Bedeutung von Rassismus und Sexismus als organisierende Prinzipien des Systems« hervor. Beide korrespondieren unmittelbar mit der sozialstrukturellen Verfasstheit des historischen Kapitalismus und seiner Teileinheiten (Staaten, Klassen, Haushalte) und überlagern sich in vielfältiger Weise. Dies funktioniert durch ein geschicktes ideologisches Zusammenspiel von Universalismus und Rassismus/Sexismus.

Wallerstein leitet dabei den Universalismus zum einen ideengeschichtlich aus den monotheistischen Religionen, zum anderen aus der Produktionsweise des kapitalistischen Weltsystems selbst her. Erst in diesem wird der Universalismus zu einer bedeutenden politischen Lehre. Da

der hauptsächliche Mechanismus der Kapitalakkumulation die Verwandlung aller Dinge in Waren ist, also alles auf eine homogene Warenform abzielt, ist eine universalistische Ideologie höchst funktional. Im Gegensatz zum vorherrschenden Verständnis arbeitet Wallerstein überzeugend die engen Verbindungen der universalistischen Fortschrittsidee mit den partikularistischen Ideologien und Praktiken des Rassismus und Sexismus heraus. Universalismus und Rassismus/Sexismus sind ihm »zwei Seiten einer Medaille« (Wallerstein 1990c: 273) und stehen in einer »mühsam ausbalancierten Kombination« (Wallerstein 1990a: 47) zueinander.

Rassismus ermöglicht eine Hierarchisierung der Arbeiterschaft und damit einen umfassenden, wenn auch flexiblen Zugriff auf eine disponierbare Zahl verschiedener Kategorien von Arbeitern. Im Zuge dieser Ethnisierung der Arbeiterschaft kann auf der Basis von Zuschreibungen und Stigmatisierungen bestimmten Gruppen oder Gemeinschaften eine bestimmte Position in der Wirtschaftsstruktur zugewiesen werden (Wallerstein 1990a: 45f). Diese Ethnisierung ist sowohl wichtige Voraussetzung als auch Ausdruck der ungleichen Verteilung von Einkommen im Weltmaßstab. Der Rassismus liefert innerhalb der ideologischen Zwänge des kapitalistischen Weltsystems die einzig akzeptable Legitimation einer durch ausgedehnte kollektive Ungleichheiten gekennzeichneten Wirklichkeit.

Sowohl zeitlich als auch logisch geht der Rassismus eine symbiotische Verbindung mit dem Universalismus ein. Zwar gab es auch vor der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems Xenophobie, doch führte dort die Angst vor »dem Fremden« zum Ausschluss aus der Gesellschaft - in extremster Form durch den Tod der »Barbaren«. Ein expandierendes kapitalistisches System benötigt aber die gesamte Arbeitskraft, die es vorfinden kann, da nur sie die Güter hervorbringt, mittels derer mehr Kapital produziert, realisiert und akkumuliert werden kann. Jeder endgültige Ausschluss aus dem System wäre demnach sinn- und zwecklos (Wallerstein 1990a: 44).²⁶ Die universalistische Ideologie ermöglicht es, die »Wilden« als Menschen bzw. Bürger wahrzunehmen. Anstatt sie weiter auszurotten, wurden sie, wenn möglich, zum universalistischen und christlichen Glauben bekehrt. So konnten sie in die arbeitende Bevölkerung integriert wer-

26 Dementsprechend verfehlte die Strategie der »Endlösung« des Nationalsozialismus den »eigentlichen Kern des Rassismus in der kapitalistischen Weltwirtschaft, der nicht darauf abzielt, Menschen auszuschließen oder gar zu vernichten, sondern darauf, sie als Untermenschen und politische Sündenböcke in das System einzubinden und ökonomisch auszubeuten. [...] Rassismus galt als akzeptabel, die Endlösung dagegen nicht« (Wallerstein 2000a: 57).

den, »und zwar auf dem Niveau ihrer Fähigkeiten, das heißt auf der untersten Stufe der Beschäftigungs- und Lohnskala« (ebd.: 45).

Nicht mehr biologisch-genetische »Wahrheiten« dominieren nun den rassistischen Diskurs, sondern kulturelle Argumente. Demnach befinden sich jene, die einen niedrigen ethnischen Status und damit auch eine niedrige sozialstrukturelle (berufliche) Stellung haben, in dieser Position aufgrund eines unglücklichen, theoretisch aber ausrottbaren kulturellen Erbes, welches diese Gruppe mit Disziplinlosigkeit, mangelndem Arbeitsethos und Genügsamkeitsstreben stigmatisierend kennzeichnete. Heute gilt diese, mit den Idealen der Aufklärung und des Liberalismus nicht zu vereinbarende Rohheit des Rassismus als überwunden, weshalb den unterdrückten Klassen nahegelegt wird, durch besondere Anstrengungen ihren sozialen Status in der Welt zu ändern. Durch einen intensiven Rekurs auf das universalistische Prinzip der Chancengleichheit beinhaltet der zeitgemäße Rassismus in der Theorie also das Versprechen auf Transition, während er in der Praxis wirkliche Veränderung weit in die Zukunft verschiebt. Der Begriff der Chancengleichheit ist unter diesen Bedingungen eine »Täuschung«. Einkommen wird eher auf der Grundlage eines Kastensystems zugeteilt. Der Rassismus dient also stets der Stratifizierung der Arbeiterschaft im Weltsystem, gerade indem er die formale Inklusion der unterdrückten Gruppen in das System betrieb. Es stellt sich ein hartnäckiger *double bind* (Bateson 1985) ein, der durch das Versprechen auf sozialen Aufstieg als Lohn für individuelle Leistung flankiert wird (Wallerstein 1989: 91).

Obwohl viele Funktionen des Rassismus prinzipiell auch auf den Sexismus zutreffen, lassen sich Besonderheiten des Sexismus benennen. So dient der Sexismus vornehmlich der Verschleierung der Bedeutung der Subsistenzarbeiten in den Haushalten für die Kapitalakkumulation. Er ist vornehmlich durch die Verbannung der Frauen in die unproduktive Arbeit bei gleichzeitiger Aufwertung der produktiven Arbeit gekennzeichnet. Auch hier entstand ein *double bind*, der innerhalb dieses Systems seiner prinzipiellen Auflösung widersteht (Wallerstein 1989: 90f). Die Unterscheidung zwischen produktiver (Lohn-)Arbeit und unproduktiver (Subsistenz-)Arbeit schuf spezielle Rollen, die mit diesen Arbeitsweisen verknüpft waren. Idealtypisch wurde die Lohnarbeit vorrangige Aufgabe des männlichen Erwachsenen. Sie wurde außerhalb des Haushaltes am »Arbeitsplatz« ausgeübt, während die Subsistenzarbeit vorrangig die Aufgabe der erwachsenen Frauen war und im Haushalt verrichtet wurde. Das historisch Neue an diesem Prinzip war nicht so sehr, dass Männern andere Tätigkeiten als Frauen zugedacht wurden, sondern dass dies nun mit einer rapide zunehmenden Abwertung nichtproduktiver Arbeit einherging, bis hin zu den Vorstellungen vom männlichen Lohnarbeiter als »Ernährer«

und seiner »Hausfrau« (Wallerstein 1989: 20). Genau auf dieser Ebene ist der Sexismus mit dem Rassismus eng gekoppelt. Die durch die Ethnisierung der Arbeiterschaft durchsetzbaren Niedriglöhne für ganze Gruppen innerhalb der arbeitenden Klasse sind faktisch nur deswegen möglich, weil die Arbeitenden in Haushaltsstrukturen eingebunden sind, in denen die Lohneinkünfte nur einen geringen Bruchteil der Haushaltsreproduktion ausmachen (Wallerstein 1990a: 46).

Universalismus ist für Wallerstein eine Erkenntnistheorie, die allerdings die religiösen Züge des Glaubens teilt. Sie ist eine Ansammlung von Glaubenssätzen darüber, was wie erfahrbar ist. Der Kern universalistischen Denkens ist, dass es generell sinnvolle Feststellungen über die physikalische wie die soziale Welt gibt, die universell und ubiquitär gültig sind (Wallerstein 1989: 70). Erst mit der gewaltgestützten Durchsetzung der universalistischen Kultur werden die Bedingungen für die polarisierte und asymmetrisierende Arbeitsteilung innerhalb des Weltsystems geschaffen. Insbesondere den sogenannten Entwicklungsländern wurde unter dem Schlagwort (aufholende) Modernisierung die Verfolgung der Ziele »nationale Entwicklung« und »Fortschritt« zugemutet. Zwar betont Wallerstein die Wirkungsmächtigkeit dieser Ideologien, weist aber gleichzeitig vehement auf deren strukturelle Nichteinlösbarkeit hin.

Insgesamt wurde die moderne Wissenschaft als universell geltendes, wertfreies Wissenssystem konzipiert und hat historisch alle anderen Glaubens- und Wissenssysteme verdrängt oder zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Die Fortschritts- und Entwicklungsidee sind ihr inhärent, wenn nicht von ihr selbst hervorgebracht. Universalistische Wissenschaft und modernes Weltsystem haben historisch denselben Ursprung (Wallerstein 1986b: 48). Sie sind zwei sich gegenseitig bedingende und strukturierende Phänomene, die sich in »enger Allianz« (Wallerstein 1989: 35) befinden. Der ideologische Charakter der Idee von Fortschritt wird deutlich, wenn man sich dem Phänomen der zunehmenden Polarisierung innerhalb der Weltwirtschaft widmet. Bei der Polarisierung handelt es sich nämlich nicht nur um ein bloßes Auseinanderklaffen, sondern historisch um eine absolute materielle Verschlechterung der Lebensqualität des größten Teils der Weltbevölkerung. Es zeigt sich, »dass die überwiegende (und immer noch bäuerliche) Mehrheit der innerhalb der Weltwirtschaft arbeitenden Bevölkerung heutzutage härter und länger und mit einer geringeren Vergütung arbeitet als vor vierhundert Jahren« (Wallerstein 1990b: 159; vgl. auch 1989: 88f).

Dabei geht es Wallerstein nicht darum zu zeigen, dass es früher »besser« war, sondern darum, die Fortschrittsideologie der kapitalistischen

Produktionsweise als eben solche zu entlarven.²⁷ Von den technischen Errungenschaften hat materiell immer nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung profitiert. Fortschritt war immer nur der Fortschritt weniger – und zwar auf Kosten anderer. Ihn als universalistisch darzustellen, ist der ideologische Kern des Konzepts nachholender Entwicklung, in welchem sich die Idee des unaufhaltsamen Fortschritts mit der Vorstellung einer linearen Anthropologie verbindet. Fortschritt und Universalismus hängen also unmittelbar zusammen, was den »Clou« des Fortschrittbegriffs ausmacht und seine Wirkungskraft erklärt. Da er prinzipiell für alle »offen« ist, beinhaltet er das Versprechen für jeden, sich aus einem subalternen Status nach oben »entwickeln« und zu den momentan Privilegierten (durch Leistung) aufholen zu können. Der Fortschrittsmythos legitimiert sich dabei stets dadurch, dass Unzufriedenheit und Nicht-Befriedigung von Bedürfnissen existieren. Nur so kann er das Gegenteil versprechen. Die Fortschrittsidee behält ihren Sinn nur dann, wenn die Welt ewig verbesserbar erscheint.

Die Idee des Fortschritts ist für Wallerstein ein Kernkonzept der Moderne.²⁸ Die Fortschrittsidee rechtfertigte nicht nur den gesamten Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: »Sie legitimierte es, den fortwährenden Widerstand gegen die Verwandlung aller Dinge in Waren zu brechen. Die Fortschrittsidee hatte die Tendenz, alle negativen Eigenschaften des Kapitalismus mit dem Argument beiseite zu wischen, dass der Nutzen gegenüber den Schäden bei weitem überwiege« (Wallerstein 1989: 85). Sie war nicht nur Bestandteil der bürgerlich-liberalen, sondern auch der marxistischen²⁹ Ideologie. Entgegen diesem »liberal-marxistischen Konsens« beharrt Wallerstein auf der durch seine empirischen Stu-

27 Wallerstein selbst wehrt sich (im gleichen Abschnitt) gegen eine Idealisierung der Lebensverhältnisse der breiten Massen in früheren Jahrhunderten.

28 Dies wird natürlich nicht nur von Wallerstein so gesehen. So finden sich im Neoinstitutionalismus ähnliche Argumente (vgl. Kapitel 6.3). Auch Hauck (1992), der sich an anderer Stelle vom Weltsystemansatz abgrenzt (Hauck 1985), diagnostiziert in seiner »Einführung in die Ideologiekritik« Fortschritt (und Unabänderlichkeit) als Pole des bürgerlichen Bewusstseins der Moderne. Zur Kritik des Fortschrittsbegriffs vgl. zusätzlich Sklair (1972) sowie die Arbeiten von Ivan Illich und die entsprechenden Beiträge in Sachs (1993).

29 Marx selbst sah im Kapitalismus einen Fortschritt gegenüber vorher existierenden Formen, insbesondere was die Produktivkraftentfaltung und die Lösung von einem »Reich des Notwendigen« anging. Für den Marxismus ist der entfaltete Kapitalismus notwendige Voraussetzung für das Heraufziehen der klassenlosen Gesellschaft. Wallerstein (1995: 201) äußert sich spöttisch: »Das ist utopischer und kein wissenschaftlicher Sozialismus. Der Kapitalismus bedeutete historisch die moralische Rückentwicklung und für die große Mehrheit der Weltbevölkerung auch eine materielle Rückentwicklung«.

dien belegten These, dass es »einfach nicht wahr [ist], dass der Kapitalismus als historisches System einen Fortschritt gegenüber Systemen darstellt, die er zerstört oder transformiert« (Wallerstein 1989: 86).

6.2.3.5 Zur Rolle der systemfeindlichen Bewegungen im modernen Weltsystem

Der Kampf in den Wissenschaften um neue begriffliche Formen und eine alternative Klärung der metaphysischen Voraussetzungen von Wissen³⁰ ist für Wallerstein nur *ein* Terrain der Auseinandersetzung. Der zweite Schauplatz ist der politische der sozialen Bewegungen. Beide Felder, das der Wissenschaft und das der Bewegungen, sind zur Zeit laut Wallerstein (1995: 48f) in großem Aufruhr und eng miteinander verwoben. Eine Neuausrichtung der Strategie der sozialen Bewegungen kann nur erfolgreich sein, wenn auch eine Neuausrichtung der Strategie der Sozial- und Naturwissenschaften gelingt – und umgekehrt. Während für die Wissenschaften eine umfassende Revision des grundlegenden Begriffsapparats einschließlich der Messverfahren auf der Tagesordnung steht, scheint für die sozialen Bewegungen das grundlegende Überdenken ihrer bisherigen Strategie angebracht zu sein. Kern dieser Strategie, insbesondere der sozialistischen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen in den Peripherien, war die Schaffung von Organisationen, deren Ziel die Erlangung der »Kontrolle über die Staatsmaschinerien« war (ebd.: 45f).

Für Wallerstein sind die systemfeindlichen Bewegungen lediglich eine Konsequenz der immer weiter fortschreitenden Kommodifizierung aller Dinge und Tätigkeiten in Waren. Systemfeindliche Bewegungen sind eine normale und voraussehbare Erscheinung des modernen Weltsystems und werden von diesem »produziert« (ebd.: 94). Sie sind weltliche Produkte der realen Welt und nicht von diesen losgelöst. Seiner systemischen Argumentation treu bleibend, betrachtet Wallerstein die sozialen Bewegungen als »zu Institutionen gewordene Produkte der kapitalistischen Weltwirtschaft, im Schmelztigel ihrer Widersprüche geformt, von ihren metaphysischen Voraussetzungen durchdrungen, eingezwängt in das Wirken der anderen Institutionen« (ebd.: 36). Die Geschichte der Bewegungen, insbesondere der von diesen benutzten Semantiken, nach der

30 Hierzu zählt Wallerstein in steigendem Maße auch die Naturwissenschaften. Das Beispiel der Heisenbergschen Unschärferelation dient ihm als ein Indikator, dass auch innerhalb der Naturwissenschaften paradigmatische Veränderungen stattfinden. Mit Verweis auf Prigogine spricht er von der »Wiederverzauberung der Welt durch die Wissenschaften« (Wallerstein 1995: 44).

stets von diesen die vollkommen »Neue Gesellschaft« geschaffen werden sollte, belege, dass dies keineswegs so banal ist, wie es zunächst klingt.

Schon Wallersteins These des liberal-marxistischen Konsens' verweist auf die tiefgreifende Skepsis, welche Wallerstein der bisherigen Politik sozialer Bewegungen entgegenbringt. So folgten die systemfeindlichen Bewegungen in ihren dominanten Strömungen stets der Ideologie der Aufklärung, ihrerseits ein Hauptprodukt universalistischer Ideologie. Sie stellten sich damit selbst eine »kulturelle Falle«, in der sie sich seitdem bewegen: »sie strebten danach, den historischen Kapitalismus zu schwächen, sie benutzten Strategien und stellten sich mittelfristige Ziele, die genau aus den ›Ideen der herrschenden Klasse‹ stammten, die sie zu zerstören strebten« (Wallerstein 1989: 75f). Es wundere daher nicht, dass die antisystemischen Bewegungen ihr vorgebliches Ziel, die Umwälzung bzw. Abschaffung des historischen Kapitalismus, bisher nicht erreichten.

Wallerstein führt drei historische Varianten von antisystemischen Bewegungen auf: den Kommunismus, die Sozialdemokratie und die nationalen Befreiungsbewegungen in der Peripherie. Obwohl alle diese Bewegungen eine große Anzahl von Menschen für ihren Kampf gewinnen konnten, sorgten sie historisch betrachtet paradoxerweise für die kulturelle Untermauerung der relativen politischen Stabilität des Weltsystems. Was alle diese Bewegungen geeint hat, war insbesondere ihre Fixierung auf den Staat und eine darauf aufbauende, im 19. Jahrhundert entwickelte Strategie des Zweischritts (*two-step-strategy*): Zunächst sei die Staatsmacht zu erringen, erst dann sei die Welt zu verändern. Hierbei wurden Staaten (fälschlicherweise) als relativ autonome Gebilde imaginiert und überhaupt politische Macht in den Staatsapparaten verortet.

Die ideologisch-kulturelle Verstrickung mit den dominanten Prämissen des modernen Weltsystems, insbesondere die Übernahme und weitere Perpetuierung des in die Zukunft gerichteten Fortschrittsglaubens des Liberalismus, trat besonders deutlich zu Tage, wenn diese Bewegungen die Staatsgewalt tatsächlich erlangen konnten³¹ und nun vor dem Problem standen, sie abzusichern. Das Hauptargument war dann das Beharren auf Geduld. Sachzwänge – so das gängige Argumentationsmuster – würden zwar für Verzögerungen sorgen, aber alles würde zukünftig besser werden. Eine egalitäre Welt sei am Horizont schon zu erblicken (Wallerstein 1998; 1999). Diese Metaphorik findet sich bei allen antisystemischen Bewegungen und steht nur in scheinbarem Gegensatz zur Radikalität der Programmatik während ihrer mobilisierenden Phase, in der sie gegen un-

31 Tatsächlich konstatiert Wallerstein (1999), dass es den systemfeindlichen Bewegungen in der Periode von 1945 bis ca. 1970 flächendeckend gelang, die Staatsmacht zu erlangen.

gerechte, militaristische, diktatorische, faschistische, koloniale oder einfach nur konservative Regime opponierten (Wallerstein 1999: 9)

Die *two-step-strategy* gilt als Folge der Auseinandersetzungen nach »1968« auch innerhalb der »Familie der sozialen Bewegungen« immer mehr als gescheitert. Dies führt nicht nur zur Delegitimierung der bisherigen Strategien sozialer Bewegungen, sondern in der Konsequenz auch zum Zusammenbruch der Legitimität der bisherigen Staatsstrukturen (Wallerstein 1999; 1999a), eine Wahrnehmung, die – wie gesehen – in den Globalisierungsdebatten unter den Stichworten Global Governance und »Bedeutungsverlust des Nationalstaats« mitschwingt und verhandelt wird. Staaten werden von großen Teilen der Weltbevölkerung, so Wallerstein (1999: 9), nicht mehr als Agenten der Transformation angesehen. Insgesamt mache sich (als Folge von »1968«) ein weltweiter »anti-statism« breit.

Mit dem Vorwurf der Staatsfixiertheit korrespondierend werden hauptsächlich drei Anklagepunkte an die Politik der bisherigen systemfeindlichen Bewegungen adressiert (Wallerstein 1986a: 47f). Erstens werden alle Erfolge und Leistungen, die diese Bewegungen, sofern sie an der Regierung waren, prinzipiell durch die Tatsache geschmälert, dass immer noch große Teile der Bevölkerung von diesen Vorteilen ausgeschlossen waren. Diese Marginalisierten waren dann meist solche, die nicht zur eigentlichen Basis der Bewegungen gehörten: ethnische und nationale Minderheiten, Wanderarbeiter, Frauen oder Kleinbauern. Der zweite Vorwurf lautet, dass sich die Bewegungen hätten korrumpieren lassen, was sich vor allem in der mangelnden Solidarität mit anderen systemfeindlichen Bewegungen ausdrücke. Der dritte Vorwurf besteht darin, dass die an die Macht gelangten Bewegungen sich oft selbst repressiv in Bezug auf andere, kleinere Gruppen aufgeführt hätten.

Diese drei Gründe und die theoretische und praktische Nichtberücksichtigung relevanter Gruppen und Themen hatten laut Wallerstein zur Folge, dass überall im Weltsystem neue Bewegungen (Minderheitenbewegungen, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Ökologiebewegung) entstanden, die sich an der Entwicklung alternativer, nicht staatsfixierter Modelle entlang der Pole Lokalität und Globalität (»Think global, act local«) versuchten. Das verbindende Muster dieser neuen Bewegungen sei ihr tiefes Misstrauen gegenüber den alten, an die Macht gelangten bürokratischen Bewegungen, welche von Gruppen beherrscht würden, deren heutige Ziele sich von denen der Verfechter des Status Quo kaum noch unterschieden. Obwohl Wallerstein (1999a) diese Entwicklung befürwortet und die Absicht dieser Bewegungen erkennt, auch ihre Politikformen neu zu erfinden, sieht er die neuen sozialen Bewegungen keineswegs davor gefeit, ihrerseits in die gleiche »kulturelle Falle« zu tappen und zu ei-

ner neuen Variante der Sozialdemokratie zu werden, wie es am Beispiel der auf Gleichstellungspolitik ausgerichteten Frauenbewegung auch schon nachweisbar sei (Wallerstein 2002a: 34ff).

Was aber genau macht jede Form von antisystemischer Mobilisierung für kooptionale Strategien anfällig? Entscheidende Bedeutung kommt hier für Wallersteins Unterscheidung zwischen den Kadern und der Basis von Bewegungen zu. So lasse sich die Geschichte der sozialen Bewegungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts als ein zwar allmählicher, aber dennoch relativ spektakulärer Aufstieg beschreiben, in der sie zu einer Art »organisierendes Zentrum der Weltwirtschaftspolitik« (Wallerstein 1995: 34) werden. Die Reaktionen auf den Aufstieg dieser Bewegungen waren seit jeher durch das Doppelspiel von Repressionsmaßnahmen auf der einen Seite und Konzessionen und Kooptionen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Letztere richteten sich aber vornehmlich nicht an die von den Bewegungen vertretenen Massen, sondern an die »wichtige Zwischenschicht der Kader, und zwar in den einzelnen Staaten und im Welt-system als ganzem« (Wallerstein 1995: 34). So führten die weltweiten revolutionären Anstrengungen der (lohn-)arbeitenden Bevölkerung zu »bedeutenden Reformen im System weltweiter Umverteilung und erhöhten den Anteil an weltweit erwirtschaftetem Mehrwert, der den Zwischenschichten auf der ganzen Welt zugeteilt wurde« (ebd.).

Es ist kaum eine nennenswerte soziale Bewegung bekannt, in der nicht aufstrebende Kader eine Hauptrolle gespielt hätten. Dies ist nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch herzuleiten: »In erster Linie sind die systemfeindlichen Bewegungen im großen und ganzen bürokratische Organisationen gewesen und erforderten als solche Fähigkeiten, die unter der Weltbevölkerung ungleich verteilt sind. Die aufstrebenden Kader waren tendenziell mit diesen Fähigkeiten ausgestattet« (ebd.: 37). Mehr noch, für die aufstrebenden Kader waren die Organisationen der systemfeindlichen Bewegungen geradezu ausgezeichnete Werkzeuge, ihre von den systemfeindlichen Bewegungen teils stark abweichenden Eigeninteressen zu verfolgen (ebd.: 38f).³² Historisch sei die Auseinandersetzung darüber, ob sich Bewegungen organisieren sollten oder nicht, zugunsten des Organisationsmodells und des Konzepts der permanenten Organisati-

32 Auch wenn Wallerstein selbst hierauf keinen Hinweis gibt, sind seine Ausführungen zu den Kadern der sozialen Bewegungen offenbar unmittelbar von Robert Michels inspiriert (vgl. Kapitel 3.2.2). Wallerstein übernimmt die Grobschlächtigkeit von Michels' Analyse und arbeitet weder die Funktionsmechanismen noch den zugrunde liegenden Bürokratiebegriff systematisch aus.

on (Wallerstein 1989: 57) entschieden worden, welches fortan³³ als effektivste Form zur Erreichung politischer Ziele angesehen wurde (Wallerstein 1984: 124). Die historische Häufigkeit des Auftretens der Bürokratisierung von Bewegungen, dieser quasi-»natürlichen« Entwicklung sozialer Bewegungen sei aber kein Grund zur Desillusionierung, sondern Aufforderung, die bekannten »Fallgruben« künftig zu vermeiden. Insgesamt habe sich wohl innerhalb der systemfeindlichen Bewegungen nach 1968³⁴ der »Naivitätsquotient« gegenüber oligarchischen Strukturen deutlich verringert (Wallerstein 1995: 39).

Wallerstein formuliert hier eine Kritik an der Organisationsförmigkeit sozialer Bewegungen, ohne diese aber systematisch auszuführen. Analytisch entscheidender ist für ihn die Staatsfixiertheit sozialer Bewegungen, die es auf ein taktisches Maß zurückzuschrauben gelte. Wallerstein insistiert hingegen auf die Bedeutung des Bewegungsmoments von sozialen Bewegungen. Künftige Aufgabe sozialer Bewegungen sei es nicht, die Staatsmacht zu erlangen, sondern das Weltsystem in ein anderes historisches System zu transformieren. Hierzu sei ein permanenter Kampf der sozialen Bewegungen nötig (Beyer 1994: 20). Die momentane Situation am Anfang des 21. Jahrhunderts stellt sich für Wallerstein in der Tat so dar, dass das moderne Weltsystem zum ersten Mal in seiner 500-jährigen Existenz in einer wahrhaftigen systemischen Krise ist, sich in der Phase des Übergangs zu einem anderen historischen System befindet (Wallerstein 2001a; 2002). Deshalb komme der Politik der sozialen Bewegungen eine besondere Bedeutung zu.

Prinzipiell bestehe sowohl die Möglichkeit zu einer kontrollierten, keineswegs herrschaftliche Verhältnisse und Ausbeutung aufhebenden, schleichenden Transformation des Systems zu einem anderen, als auch die Möglichkeit eines eher chaotisch-revolutionär verlaufenden Prozesses mit herrschaftsminimierenden Effekten. Während die Aktivitäten der aufstrebenden Kader dahin tendieren, das Funktionieren des Weltsystems nicht zu schwächen, sondern zu stärken, werde die Basis der Bewegungen immer größer. Sollte der Konflikt zugunsten der aufstrebenden Kader verlaufen, »dann werden die Bewegungen möglicherweise zum Hauptmechanismus der ›kontrollierten Transformation‹ des weltkapitalistischen Systems« (Wallerstein 1995: 40). Die Herausbildung von Global Governance-Strukturen und insgesamt der internationale Bedeutungszuwachs der NGOs könnten Anzeichen dieser schleichenden Transformation sein. NGOs haben laut Wallerstein (2002a: 36) – trotz ihrer Ausrichtung auf

33 Zumindest seit der Ersten Internationale, auf der sich in dieser Frage Anarchisten und Marxisten gegenüberstanden.

34 Zur Interpretation von »1968« im Werk Wallersteins unter generationentheoretischer Perspektive vgl. Fietze (1997).

die Zivilgesellschaft und nicht auf die Erlangung von Staatsmacht – einen für soziale Bewegungen typischen Prozess durchlaufen, der sie eher zu Anhängseln des Staates als zu dessen Gegner gemacht hat.

6.2.4 Würdigung, Kritik und Weiterungen

Die Weltsystemtheorie Wallersteins nimmt vom Standpunkt historisch-materialistischer Theoriebildung wichtige theoretische Dispositionen vor, die es zum einen erlauben, die Globalität von Vergesellschaftungsprozessen in den Blick zu nehmen, und zum anderen zentral eine herrschaftstheoretische Sichtweise in der Soziologie (wieder) stark machen. Insbesondere die zum nationalstaatlich vorbelasteten Gesellschaftsbegriff differenzierte Wahl der Analyseeinheit qualifiziert das Werk Wallersteins als einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung auch allgemeiner soziologischer Theoriebildung. Mit dem Bezug auf die *longue durée* setzt Wallerstein zudem einen wichtigen Kontrapunkt zum dominanten, das Neue der Internationalisierung betonenden Globalisierungsdiskurs, den er als ein politisches Projekt interessierter Gruppen im Weltsystem fasst (Wallerstein 1999). In dem Wort Globalisierung drückt sich für Wallerstein die irrierte Vorstellung aus, dass ein weltgesellschaftlicher Zusammenhang noch nicht realisiert sei.

Die von Wallerstein dargelegte Entwicklungsgeschichte des kapitalistischen Weltsystems lässt sich mit der Begrifflichkeit der Luhmannschen Systemtheorie als Geschichte der Zunahme strikter Koppelungen interpretieren. Sämtliche Teilgesellschaften und Personengruppen sind untereinander zunehmend fester gekoppelt. Ihre Interdependenz voneinander wird immer unmittelbarer und erfolgt immer weniger gepuffert. Der Mechanismus der Durchsetzung fester Koppelungen erfolgt bei Wallerstein durch die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, wobei die enorme Zunahme fester Koppelungen insgesamt eine Steigerung der Störanfälligkeit des modernen Weltsystems nach sich zieht (Türk 1998: 6f), welches in der Konsequenz zu seinem Kollaps beiträgt.

Wallersteins eigenwilliger Kapitalismusbegriff macht seine Theorie auch attraktiv für eine Weiterentwicklung von in engerem Sinne historisch-materialistischer Theoriebildung. Insbesondere Wallersteins dezidierte Ausführungen über den marxistisch-liberalen Konsens und die in diesem lokalisierte »Fiktion des freien Marktes« eröffnen einen gänzlich anderen Blick auf den modernen Kapitalismus als dies der klassischen marxistischen Theorie gelingt. Durch den Hinweis auf die strukturinduzierende und essentielle Bedeutung ungleicher Tauschverhältnisse und monopolistischer Strukturen für den historischen Kapitalismus, also die Akzentuierung des konstitutiven Charakters der sozial-räumlichen Asym-

metrisierung für das moderne Weltsystem, wendet sich Wallerstein von einer werttheoretischen Fassung kapitalistischer Vergesellschaftung ab. Für eine herrschaftstheoretische Kritik weltgesellschaftlicher Verhältnisse und somit der Erklärung der »Akkumulation von Macht« (Braudel 1986a: 12) werden andere Verhältnisse als das durch die Warenform bestimmte Kapitalverhältnis zentral. Der Hinweis, dass nicht der ungleiche Tausch an sich, sondern seine Verschleierung und Invisibilisierung für den historischen Kapitalismus zentral sei, verweist unmittelbar auf die Trennung von ökonomischen und politischen Arenen und damit auf die Bedeutung des Politischen bzw. Kulturell-Ideologischen in Wallersteins Theorieanlage. Insgesamt hebt Wallerstein in politischer Hinsicht die Bedeutung von Staaten, Klassen und sozialen Bewegungen sowie deren Handlungskapazitäten für die Genese und Reproduktion des modernen Weltsystems hervor. Die nachfolgende Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen Wallersteins Entwurf beginnt mit der Irritation, dass diese mehrschichtige Anlage seiner Arbeiten bei seinen Rezipienten wenig Beachtung findet.

6.2.4.1 Kritiken: Teleologischer Determinismus und funktionaler Ökonomismus

Die zwei wichtigsten und häufigsten Vorwürfe gegen Wallersteins Welt-systemtheorie sind die des teleologischen Determinismus und die des funktionalistischen Ökonomismus.³⁵ Die Vorwürfe sind nicht gänzlich von der Hand zu weisen, folgen aber einer sehr partiellen, tendenziösen und »karikierenden« (Axford 1995: 53) Rezeption von Wallersteins Arbeiten. In dieser sehr einseitigen (und bequemen, da bisherige Denkgewohnheiten nicht irritierenden) Lesart werden insbesondere die späteren, wissenssoziologischen Schriften Wallersteins beharrlich ignoriert oder in ihrer Relevanz für sein Denken unterschätzt. Die Vorwürfe des Ökonomismus und des Funktionalismus fallen so in gewissem Maße auf die Kritiker zurück. Es scheint so, als sähen sie selbst durch die »ökonomische Brille«. Sie sind deshalb nicht in der Lage oder nicht Willens, die Implikationen des Wallersteinschen Denkens aufzunehmen oder zumindest zu diskutieren.

Zu den Kritiken im Einzelnen: Wallerstein wird eine historisch-teleologische Argumentation und damit eine deterministische Geschichtsphilosophie vorgeworfen. Hinzu komme eine monistische Erklärung der kapitalistischen Entwicklung (Kocar 2001: 501), da nur die Ökonomie in

35 Vgl. stellvertretend für viele andere Beck (1997: 66); Giddens (1995: 91); Robertson (1992); Imbusch (1990); Silver (2005: 50). Eine ausführliche Zusammenstellung und Diskussion der vorgebrachten Kritiken finden sich in Shannon (1996) und Goldfrank (2000).

Gestalt der internationalen Arbeitsteilung als Antriebsmotor gesehen werde. Der Teleologismus in Wallerstein Werk äußert sich nach einer frühen Kritik von Scoppol (1977: 1088) in dessen Argumentation, »that things at a certain time and place had to be a certain way in order to bring about later states or developments that accord (or seem to accord) with what his system model of the world capitalist economy requires or predicts«. Mit anderen Worten glaube Wallerstein daran, dass man den Zweck eines Ereignisses oder Trends für die Evolution des Weltsystems als Ganzes bestimmen könne. Da es sich aber immer um eine Theoretisierung *a posteriori* halte, sei diese zwangsläufig zirkulär. Ähnlich deutlich äußert sich Imbusch (1994: 76): »Häufig nur um den Preis zirkulärer Argumentationen kann Wallerstein einen Holismus postulieren, der zu einer Überdeterminierung des gesamten Systems führt und Geschichte in eine Zwangsjacke preßt, in der sowohl die Variationsbreite von Entwicklung wie auch ihre grundsätzliche Offenheit verloren gehen.«

Der Teleologismuskritik ist bezogen auf das Wallersteinsche Werk im Großen und Ganzen zutreffend. Seine Theorieanlage würde gewinnen, wenn er gewisse historische Konstellationen eher phänomenologisch im Sinne von Strukturanalogien, »Wahlverwandtschaften« (Weber) oder »historischen Fundsachen« (Lipietz) behandeln würde, ohne diese gleich einer »Logik« des Systems zu subsumieren. Gleichwohl trifft der Teleologismuskritik nicht nur das Werk Wallersteins, sondern zielt in seiner Konsequenz auf alle allgemeineren Fragen nach der Erfassung von Historizität und der Möglichkeiten einer holistischen Theorieanlage. Außerdem ist relativierend festzuhalten, dass Wallerstein trotz der Benennung von säkularen Trends eben gerade kein überhistorisches »Gesetz« des Kapitalismus entwirft. Auch der Übergang zu einem neuen historischen System ist in seiner Ausgestaltung Wallerstein zu Folge vollkommen offen und von politischen Kämpfen abhängig.

Das deterministische Vorgehen Wallersteins wird nach Meinung vieler Kritiker dann besonders problematisch, wenn historische Details nicht genügend wahrgenommen werden. Da der Vorwurf der fehlenden historischen Akkuratess im Werk Wallersteins für Nicht-Historiker nicht leicht zu überprüfen ist, kann er hier keiner umfassenden Beurteilung unterzogen werden. Sicherlich befördert Wallersteins Theorieanlage aber eine Unterschätzung endogener, nicht durch das kapitalistische Weltsystem präfigurierter Bedingungen der Teilgesellschaften. So richtig dies in seiner Allgemeinheit ist, ist es aber auch ein typisches Beispiel für die einseitige Lesart von Wallersteins Schriften. So hat Goldfrank (2000: 190f) richtigerweise darauf hingewiesen, dass Wallerstein mit der Existenz einer weltweiten Arbeitsteilung lediglich die Bedingungen angebe, die für alle Akteure gelten. Innerhalb dieser Bedingungen können Nationalgesell-

schaften Spielräume und ihre endogenen Bedingungen nutzen, um ihre Position in der Weltökonomie zu verbessern. Es ist somit beim Vergleich zweier Länder miteinander schwer entscheidbar, ob für deren Unterschiede endogene oder exogene Faktoren bedeutender waren. Auf jeden Fall sind aber beide Länder notwendig auf dialektische Weise miteinander verbunden, da beide der gleichen Weltwirtschaft, strukturiert von Warenketten, Klassenkämpfen und Staatsstrukturen, angehören.

Der zweite Komplex der Kritik rankt sich um die Begriffe »Funktionalismus« und »Ökonomismus«. ³⁶ Balibar (1990: 7) nimmt den Vorwurf des Ökonomismus in zweierlei Hinsicht wahr. In der marxistischen Orthodoxie werde Ökonomismus als ein Determinismus der »Entwicklung der Produktivkräfte« begriffen. Dieser Vorwurf treffe Wallerstein nicht, da dieser mit der Darstellung der historischen Bedingungen, unter denen sich der Zyklus von Rezessions- und Expansionsphasen entwickeln kann, den Produktionsverhältnissen das Primat über die Produktivkräfte zuschreibe. Die zweite und häufiger genannte Variante des Ökonomismusvorwurfs beharrt auf der Autonomie eines Bereichs des Politischen und des Staates im Verhältnis zur Warenwirtschaft, aber auch allgemeiner auf der unabhängigen Rolle anderer sozialer Faktoren in der Geschichte der Globalisierung, etwa von Wissenschaften, Erziehung und Gruppenkulturen (vgl. auch Beyer 1994: 21).

Mit Axford (1995) teile ich hier die Einschätzung, dass sich im Werk Wallersteins in der Tat ein gewisser Ökonomismus auffinden lässt, der aber von seinen Kritikern überzogen dargestellt wird. Insbesondere hat Wallerstein in seinen späteren Arbeit die ihm entgegengebrachte Kritik sehr wohl aufgenommen und sein Werk Revisionen unterzogen, die es für kulturelle Themen sensitiver machte. Hierbei versteht Wallerstein unter »Kultur« das »Ideen-System« der kapitalistischen Weltwirtschaft, welches sich – wie gesehen – vornehmlich in der Dominanz des Liberalismus mit seinem individualistischen und universalistischen Credo manifestiert. Der universalistische Liberalismus bildet für Wallerstein (1991) die »Geokultur« des modernen Weltsystems, in dem der globale Kapitalismus eingebettet ist. In einem Interview artikuliert Wallerstein (1999a) sein Unverständnis darüber, dass ihm bis heute der Vorwurf der mangelnden

36 Es sei hier zumindest erwähnt, dass einigen Rezensenten Wallersteins Argumentation durch dessen Bezug auf die besondere Bedeutung, die den Nationalstaaten bei der Stützung und Aufrechterhaltung des Weltsystems zukommt, zu *wenig* ökonomisch ist. Hierauf hat Goldfrank (2000: 192f) hingewiesen, der Wallerstein als Vermittler zwischen den zwei Kritikerpositionen sieht. Für ihn repräsentiert die Wallersteinsche Position eine Synthese zwischen dem Ökonomismus der Zweiten und Dritten Internationale und dem antithetischen »Politizismus« eines Gramscis oder Maos.

Berücksichtigung kultureller Variablen gemacht wird. Er sei im Gegenteil zentral an dem interessiert, was landläufig Kultur genannt wird. So sei das Konzept des Marktes selbstverständlich eine kulturelle Idee. Mit seiner Analyse zeige er gerade, dass unsere kulturellen Überzeugungen über den Markt analytisch nicht zutreffen. Ein anderes Beispiel sei das der politischen Souveränität, eine Konstruktion, die andere historische Systeme nicht kannten. Aber auch bezogen auf »Kultur« bleibt Wallerstein seiner Linie treu, nach der schon die disziplinäre Trennung in Ökonomie und Kultur falsch sei. Ökonomie und Kultur bildeten hingegen eine einzige Arena, in der es nicht um die Vorherrschaft eines bestimmten intellektuellen Zugangs gehe. Es sei daher naiv zu meinen, dass zunächst die kulturellen Voraussetzungen zu ändern seien, um dann in anderen Arenen verändernd wirkend zu sein. Dies alles sei vielmehr Teil eines singulären Prozesses.

Wallerstein erkennt die wachsende strategische Bedeutung kultureller Phänomene insbesondere für die innerwissenschaftlichen und bewegungspolitischen Kämpfe an, denen es beiden zunehmend darum gehe, die universalistische Anmaßung des globalen Liberalismus zu dekonstruieren. Die Existenz der intellektuellen Debatte über wissenschaftliche Paradigmen und von gegen die Geokultur gerichteten Kämpfen bezeugt nach Wallerstein die Evidenz der zugrundeliegenden kulturellen Asymmetrie einer Welt, die noch immer in die Ideologie des Liberalismus verstrickt ist (Axford 1995: 64f).

Oftmals als Vehikel benutzt, die Weltsystemtheorie als Ganzes zu discreditierten, wird die »Reduktion auf Ökonomie« als Kritikpunkt recht pauschal vorgetragen, bis hin zu der Übertreibung, die Weltsystemtheorie betrachte Kultur lediglich als ein Epiphänomen (Nederveen Pieterse 2001: 29). Eine differenziertere Überlegung findet sich bei Stichweh (2000: 249). Er stimmt Wallerstein prinzipiell zu, dass im »langen 16. Jahrhundert« die Existenz einer Weltgesellschaft nicht nur als phänomenologischer Entwurf, sondern auch als strukturelle Realität Gestalt annimmt. Während aber für Wallerstein die Einbindung in die sich herausbildende Arbeitsteilung der entscheidende Mechanismus ist, der die strukturellen Veränderungen in den beteiligten Gesellschaften hervorruft, ist diese Einengung auf den Handel und das ökonomische Prinzip für Stichweh nicht nachvollziehbar. Für ihn beginnt hingegen Weltgesellschaft an dem Punkt, »in dem eines der Gesellschaftssysteme nicht mehr akzeptiert, dass es neben ihm noch andere Gesellschaftssysteme gibt und dieses Gesellschaftssystem zusätzlich über die Instrumente und Ressourcen verfügt, diese Nichtakzeptation in strukturelle Realität umzuformen« (ebd.). Der Prozess, der zur Formierung des modernen Weltsystems führte, sei also nicht nur einer der Ausbreitung der Arbeitsteilung, sondern ein weit um-

fassenderer Zugriff einer Gesellschaftsform, die das Ganze der verbleibenden Welt in das eigene Gesellschaftssystem inkorporierte. »Es gibt danach kein Wirtschaften, keine Erziehung, keine Religion und kein Wissen mehr, das sich dauerhaft außerhalb dieses Weltsystems halten könnte« (ebd.: 250). Diese Kritik gibt den Blick frei für eine Fassung des modernen Weltsystems, welche dessen Funktionsprinzipien nicht auf ökonomische Prozesse reduziert bzw. den Begriff des Ökonomischen stark ausweitet.

6.2.4.2 Historischer Kapitalismus als Regulationsstörung

Hier anschließend schlage ich alternativ zur weit verbreiteten reduktionistischen Lesart der Wallersteinschen Arbeiten im Folgenden eine eher soziologische, die theoretischen Neudispositionierungen berücksichtigende Lesart vor. So lässt sich mit Balibar (1990) die Gesamtstruktur des modernen Weltsystems im Gegensatz zu vorangegangenen historischen Systemen als eine »generalisierte Ökonomie« auffassen, in der die Prozesse der Staatenbildung, die Politik der Hegemonie und die Klassenbündnisse diese Ökonomie strukturieren. Die Weltwirtschaft ist dann nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit. Nicht nur die Produktionsweise, sondern die gesamte Gesellschaftsformation gerät in den Blick.

Unter Berücksichtigung der These Wallersteins, dass die Polarisierung innerhalb dieser durch internationale Arbeitsteilung zusammengehaltenen Gesellschaftsformation beständig zunimmt, plädiert Balibar (1990: 12) für einen Paradigmenwechsel. »Anstatt uns die kapitalistische Arbeitsteilung als etwas vorzustellen, was die menschlichen Gesellschaften zu relativ stabilen ›Kollektiven‹ macht, müßten wir sie vielleicht als etwas denken, was sie *zerstört*. Oder vielmehr als etwas, was sie zerstören würde [...], wenn es nicht andere soziale Praktiken gäbe, die ebenso materiell, aber nicht auf das Verhalten des homo oeconomicus reduzierbar sind: z.B. die Praktiken der sprachlichen Kommunikation und der Sexualität, die Technik oder das Wissen, die dem Imperialismus des Produktionsverhältnisses Grenzen setzen und ihn von innen heraus transformieren.« Mit dieser Sichtweise wäre der liberal-marxistische Konsens gebrochen, da die Geschichte der Gesellschaftsformationen nicht mehr vornehmlich als ein Übergang von Nicht-Warengesellschaften zu Gesellschaften des Marktes betrachtet werden würde. Umgekehrt wäre die Geschichte der Gesellschaftsformationen eine Geschichte der »*Reaktion* des Komplexes der ›nicht-ökonomischen‹ Gesellschaftsverhältnisse, die ein historisches Gemeinwesen zusammenhalten und es vor der Entstrukturierung schützen, von der es durch die Expansion der Wertform bedroht ist« (ebd.: 13). Die

Sozialgeschichte des modernen Weltsystems zeichnet sich durch diese Reaktionen aus und lässt sich folglich nicht mehr auf eine »Logik« der erweiterten Reproduktion des Kapitals oder ähnliches reduzieren. In diesen Reaktionen spiegeln sich auch die in sich ambivalenten ideologischen und institutionellen Produkte wider, die zusammengefasst das ausmachen, was wir gemeinhin »Politik« nennen. Diese Produkte können sowohl die universalistische Ideologie der Menschenrechte sein als auch der Rassismus oder Sexismus sowie deren jeweilige revolutionäre Antithesen.

Wallersteins empirische wie theoretische Hinweise auf die historisch und aktuell vorhandene Vielfalt der Ausbeutungsverhältnisse, die insbesondere auch unmittelbar gewaltgestützte Formen beinhalten, verweisen auf den prinzipiell parasitären Charakter von (kapitalistischer) Herrschaft. Das Kapital braucht immer etwas, von dem es »lebt«, auf das es zugreifen kann. Gleichzeitig ist dieser Bereich des »materiellen Lebens« (Braudel 1986) potenziell ein Hort von Eigensinnigkeit und Widerständigkeit, weshalb es eine Totalität von Herrschaft nicht geben kann. Der historische Kapitalismus lässt sich daher mit Peters und Stolz (1991: 259) als »Regulationsstörung« begreifen, der die der weltkapitalistischen Gesellschaftsformation unterworfenen Teilgesellschaften an ihrer materiellen Reproduktion durch den Mechanismus »einer der jeweiligen kulturellen Systemintegration entzogenen Dynamik der Allokation kulturell spezifizierter Arbeitsvermögen« hindert. Diese Regulationsstörung induziert, so die Argumentation von Peters und Stolz, einen Prozess des kulturellen Ordners, in dessen Verlauf die kapitalistisch-formbestimmte Trennung der Produzenten von ihren Arbeiterträgen sprachlich chiffriert und durch Rationalisierungs- und Legitimationsmuster abgesichert werden muss.

Dieser Prozess des kulturellen Ordners hat in den kapitalistischen Zentren zur Herausbildung von »hegemonialen Projekten« (Gramsci) geführt, welche dann tendenziell zu Paradigmen der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsformation wurden. Über diesen Mechanismus konnten die »entwickelten« Länder zum Maßstab des sozialen Fortschritts für alle anderen der kapitalistischen Gesellschaftsformation subsumierten Gesellschaften werden. Die Teilgesellschaften des modernen Weltsystems lassen sich dann danach differenzieren, ob sie diese kulturelle Absicherung der kapitalistischen Trennungsmuster hegemonial nachvollzogen haben (Zentrum) oder nicht (Peripherie). Politische Akteure und insbesondere die systemfeindlichen Bewegungen wären dann nicht nur, wie Wallerstein annimmt, den Auswirkungen der »Verallgemeinerung der Warenform« und des Staatensystems ausgesetzt, sondern auch von der Besonderheit »kultureller« Variablen beeinflusst. In den Worten von Balibar (1990: 8f): »Die Identität der Akteure selbst hängt von dem Prozeß der Bildung und Aufrechterhaltung der Hegemonie ab. [...] Der Universalismus der herr-

schenden Ideologie hat demnach tiefere Wurzeln als die internationale Expansion des Kapitals und die Notwendigkeit, allen ›entscheidenden Agenten‹ dieser Expansion gemeinsame Handlungsregeln zu vermitteln: sie wurzelt in der Notwendigkeit, trotz der bestehenden Antagonismen eine ideologische ›Welt‹ zu konstruieren, die den Ausgebeuteten und Ausbeutern gemeinsam ist.«

Das kulturelle (Rest-)Defizit der Weltsystemtheorie lässt sich nun genauer bestimmen. Durch Wallersteins Behandlung des »Kulturellen« als ein Bereich des Ideologischen bleibt er tendenziell dem orthodox-marxistischen Basis-Überbau-Schema verhaftet. Er kann deshalb den Mechanismus, wie sich die Regulationsstörung als »Normalität« in die Akteure inkorporiert, nur unzureichend angeben. Der Weltsystemansatz braucht hier eine Reformulierung. Deshalb wird im Folgenden unter Bezug auf den World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus eine genauere Bestimmung dieser »Doppelstrukturierung« gesellschaftlicher Realität geleistet. Der World Polity-Ansatz hat ein adäquates begriffliches Instrumentarium entwickelt, das die Balibarsche »ideologische Konstruktion von Welt« verständlicher werden lässt und die Inkorporierung von weltgesellschaftlich-hegemonialen Mythen fasst. Mit dem Neoinstitutionalismus lässt sich darüber hinaus ein elaboriertes Modell von »Akteurschaft« formulieren, welches den Glauben an dessen zweckrationalen Charakter demontiert. Zwar relativiert auch Wallerstein die realen Möglichkeiten freibestimmten Handelns im Weltsystems, führt deren Beschränkungen aber letztlich auf die besondere historische Entwicklungsstufe des jeweiligen historischen Systems zurück. Gelangt das System nämlich an sein Ende, sei das zweckrationale Handeln der Akteure auf einmal wieder möglich (Wallerstein 1995: 279).

Mit dem World Polity-Ansatz rückt der »Akteur« als gesellschaftliches Konstrukt und damit dessen Präformiertheit in den Mittelpunkt. Darüber hinaus wird eine Erklärung angeboten, wie die jeweiligen Vorgaben des kapitalistischen Weltsystems im Kontext der einzelnen nationalen Gesellschaften umgesetzt werden, das heißt, warum es in der Weltgesellschaft in der Regel Recht wenig Zwang bedarf, den peripheren Ländern ihren Platz im internationalen Wirtschafts- und Herrschaftsgefüge zuzuweisen. Durch den World Polity-Ansatz wird zudem die Bedeutung von formaler Organisation für das moderne Weltsystem betont. Dies wird uns unter Hinzunahme von Argumenten der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« (Kap. 7) zu einer weiteren bedeutenden Kritik an der Wallersteinschen Weltsystemtheorie führen. Nicht das Kapital und das internationale Staatensystem werden dann als die entscheidenden Modi von Herrschaft betrachtet, sondern das »Organisationsverhältnis«. Dabei stützt Organisation nicht nur die asymmetrische Struktur des Welt-

systems ab, sondern ist auch ein entscheidender Mechanismus der Inkorporierung der »westlichen Dominanzkultur« (Rommelspacher 1995). Die empirische Beobachtung, dass sich weltgesellschaftliche Stratifizierungs- und Marginalisierungsprozesse immer weniger an nationalen Grenzen noch an bestimmten Regionen festmachen, sich im Gegenteil eine »De-Geografisierung« (Werlhof 2000) der Zentrums-Peripherie-Spannung konstatieren lässt, wird mit dem Verweis auf die Bedeutung der formalen Organisation gedeutet. Schließlich lässt sich auch die von Wallerstein behauptete Staatsfixierung der sozialen Bewegungen als Organisationsfixierung reformulieren.

6.3 Weltgesellschaft als institutionalisierte Weltkultur: Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus

Trotz grundlegender Arbeiten Ende der 1970er Jahre tritt der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus als eigenständiger Forschungsansatz erst Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre in Erscheinung. Die »Institutionalization of Institutional Theory« (Tolbert/Zucker 1996) erfolgte dabei vornehmlich durch die Herausgabe wichtiger Sammelbände (Thomas et al. 1987; DiMaggio/Powell 1991; Scott/Meyer 1994) und zusammenfassender Publikationen und Artikel (Scott 1995; Zucker 1987; Finnemore 1996; Jepperson 2001).³⁷ Im deutschsprachigen Raum wird der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus, von Ausnahmen (Türk 1989) abgesehen, erst in den letzten Jahren vermehrt zur Kenntnis genommen.³⁸

Im Folgenden findet sich eine Zusammenfassung neoinstitutionalistischer Argumentation mit dem Schwerpunkt auf dem Ansatz der World Polity. Da der Begriff der Institution für diesen Ansatz zentral ist, werden zunächst einige allgemeine Anmerkungen zum zugrunde liegenden Institutionenbegriff vorausgeschickt. Anschließend werden in Kapitel 6.3.2 die zentralen neoinstitutionalistischen Konzepte vorgestellt, auf deren Grundlage der World Polity-Ansatz von John W. Meyer und seinen Mitarbeitern hergeleitet wird (Kap. 6.3.3). Den Schwerpunkt bildet hier die

37 Gleichwohl wird die Bedeutung des soziologischen Neoinstitutionalismus in der amerikanischen Soziologie als sehr bescheiden eingeschätzt (Meyer 1999a: 60; Buttel 2000: 117).

38 Vgl. vor allem Türk (1997); Hasse/Krücken (1999); Walgenbach (2000; 2002); Wobbe (2000); Wilkens/Lang/Winkler (2003); Stichweh (2000). Im Suhrkamp Verlag ist zudem für 2005 eine Aufsatzsammlung von John W. Meyer angekündigt.

Auseinandersetzung mit dem zugrunde gelegten Akteurbegriff, der sowohl konträr zu dem der Globalisierungs- und NGO-Literatur als auch zu dem der Wallersteinschen Theorie liegt. Die Argumentation wird in der Folge thematisch auf die Legitimationsstrukturen der Weltgesellschaft sowie auf das Verhältnis von sozialen Bewegungen und NGOs zugespielt, wobei das Terrain der exegetischen Darstellung des World Politiy-Ansatzes verlassen wird und um eine eigene Interpretation und Weiterentwicklung ergänzt wird.

6.3.1 Institution und Institutionalisierung

Der Begriff der Institution ist sicherlich eines der wichtigsten Kernkonzepte in der soziologischen Theoriebildung (Jepperson 1991: 143; Esser 2000: 2)³⁹, wengleich seine Bedeutung im letzten Jahrhundert von einem Auf und Ab geprägt war. Während Durkheim die soziologische Disziplin 1895 noch als »Wissenschaft von den Institutionen, deren Entstehung und Wirkungsart« (Durkheim 1984: 100) definierte, sieht Willke (1987: 162) rund einhundert Jahre später und wohl etwas vorschnell das Ende nahen: »Der Begriff der Institution hat eine große Vergangenheit und eine zweifelhafte Zukunft«. Aktuell scheint er unter dem Label des Neoinstitutionalismus nicht nur in der Soziologie, sondern auch in der Politologie und der Ökonomie eine Renaissance zu erfahren.⁴⁰

Es ist hier nicht der Platz, um eine ausführliche Geschichte des Begriffs der Institution auszuarbeiten.⁴¹ Es sei aber auf die sehr unterschiedliche Verwendung in der Politikwissenschaft und in der Soziologie hingewiesen. Für die Soziologie kann zunächst folgende sehr allgemeine und breit geteilte Definition vorangestellt werden: Demnach sind soziale Institutionen »relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion« (Göhler 1997a: 28). Der Institutionenbegriff wird in der Soziologie also gebraucht, um den Sachverhalt der Verfestigung regelmäßig wiederkehrenden Verhaltens und Handelns zu kennzeichnen (Popitz

39 Zur Verwendung in der Politikwissenschaft vgl. Schmalz-Bruns (1989); für einen Überblick über aktuelle Literatur einführend Weinert (2000); für aktuelle Diskussionsbeiträge die Sammelbände Nedelmann (1995) und Göhler (1997).

40 Für eine Gegenüberstellung der verschiedenen Neoinstitutionalismen vgl. Schulze (1997); Hall/Taylor (1996); Koelble (1995); Jansen (2000); Grendstad/Selle (1995); Es ist auffallend, dass innerhalb des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus fast an keinem Punkt auf die anderen neoinstitutionalistischen Spielarten Bezug genommen wird (Tacke 1999: 82); vgl. für eine Ausnahme Powell (1997: 581).

41 Vgl. hierfür etwa Schüle in (1987) oder Esser (2000).

1992: 234). Institutionen bestehen aus kognitiven, normativen und regulativen Strukturen und Aktivitäten, die Stabilität und Bedeutung für soziales Verhalten liefern (Scott 1995: 33).

Der soziologische Institutionalismus propagiert damit eine sehr weite Fassung des Institutionenbegriffs, während die Politikwissenschaft ihn oftmals mit dem Organisationsbegriff gleichsetzt. Nicht nur formale Regeln, Prozeduren oder Normen leiten demnach menschliches Handeln an, sondern ebenso Symbolsysteme, kognitive *scripts*⁴² und moralische Schablonen, welche die »frames of meaning« zur Verfügung stellen. Eine solche Konzeptualisierung bricht zudem tendenziell mit der Unterscheidung zwischen »Institution« und »Kultur« (vgl. Hall/Taylor 1996: 947).

Für den organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus⁴³ war der Institutionenbegriff, der in der Tradition der sozialkonstruktivistischen Wissenssoziologie, insbesondere der von Berger und Luckmann (1980), steht, prägend.⁴⁴ In ihrem Standardwerk »Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit« von 1966 fassen Peter L. Berger und Thomas Luckmann Institutionen als Regeln für Problemlösungen des Alltags. Soziale Realität gilt ihnen durchweg als eine menschliche Konstruktion. Sie ist das Produkt sozialer Interaktionen. Das, was als »wirklich« erachtet wird, wird durch Alltagserfahrungen bestimmt. Das heißt auch, dass »Wirklichkeit« von Gesellschaft zu Gesellschaft stark differieren kann. Immer aber wird die jeweilige Wirklichkeit durch die jeweils vorherrschenden Institutionen geprägt sein. Institutionen definieren das, was sinnvoll und möglich ist, und gewinnen über das Handeln der Menschen sodann eine Objektivität, der sie sich kaum noch entziehen können. Institutionen sind soziale Einrichtungen, die das, »was getan werden muss«, auf Dauer stellen⁴⁵ Sie stellen übergreifende Erwartungszusammenhänge dar. Institutionen begrenzen in diesem Sinne die Möglichkeiten sozialen Handelns.

42 Das Konzept der *scripts* übernimmt der Neoinstitutionalismus aus der Psychologie. Skripte werden dort als Programme verstanden, die Individuen wählen, um Informationen zu selektieren und zu prozessieren (Schank/Abelson 1977). Das Wort *script* wird hier im englischen Original belassen. Am treffendsten ließe es sich wohl mit »Drehbuch« übersetzen.

43 Im Folgenden ist vereinfachend vom Neoinstitutionalismus die Rede, womit stets die organisationssoziologische Variante gemeint ist.

44 Im Folgenden wird lediglich eine grobe Darstellung des Institutionenverständnisses des Neoinstitutionalismus vorgenommen. Insbesondere werden konzeptionelle Differenzen zwischen den einzelnen Autoren nicht ausführlich dargestellt; vgl. hierzu Türk (1997).

45 Ähnlichkeiten zur Konzeption der Wahrheitsdispositive bei Foucault und zur Verdinglichungskonzeption bei Marx und später Lukács sind unübersehbar. Vgl. hierzu den expliziten Bezug in Berger/Luckmann (1980: 94ff).

Für Berger und Luckmann emergieren Institutionen nicht vornehmlich aus absichtsvoll geplante[m] Handeln, sondern sind das Resultat eines hauptsächlich unbewusst und unreflektiert ablaufenden Prozesses. Institutionen spielen sich sozusagen von selbst durch den mit der Zeit erwartungsgenerierenden Gebrauch von Routinen, Sitten und Gebräuchen ein. So wiederholen sich bestimmte Verhaltensweisen und aufeinander bezogene Handlungsketten. Die Entstehung von Institutionen beruht also nicht primär auf Entscheidungen, sondern auf der Gewöhnung an routinisierte und habitualisierte Verhaltensweisen (Berger/Luckmann 1980: 56ff; vgl. Hasse/Krücken 1999: 54).

Betrachtet man den abgeleiteten Begriff der *Institutionalisierung*, so fällt dessen doppelte Bedeutung in der soziologischen Theoriebildung auf. Institutionalisierung wird sowohl als kognitiver Prozess als auch als Zustand aufgefasst. Institutionalisierung als kognitiver Prozess meint den phänomenologischen Vorgang, durch den sich soziale Beziehungen und Handlungen zu Bestandteilen einer Situation entwickeln, die nicht mehr zu hinterfragen ist und folglich als »taken for granted« wahrgenommen wird. Institutionalisierung als Zustand bezieht sich auf Situationen, in denen die von einer Gesellschaft oder Kultur geteilte gedankliche Struktur der Wirklichkeit bestimmt, was Bedeutung besitzt und welche Handlungen möglich sind (Zucker 1983: 2; DiMaggio/Powell 1991a: 8f). Institutionalisierung ist die »Habitualisierung und Typisierung von Verhalten, etwa in sozialen Rollen, wobei mit der Habitualisierung eine Entscheidungsbefreiung verbunden ist« (Knorr-Cetina 1989: 87). Institutionalisierung im Sinne von Berger und Luckmann heißt, dass »die von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilten Deutungssysteme, obwohl durch Interaktion zwischen Menschen geschaffen, von den Mitgliedern dieser Gesellschaft als objektive und externe, d.h. als außerhalb des Individuums liegende, historisch vor ihnen bestehende Strukturen betrachtet werden« (Walgenbach 2000: 18).

Gleichwohl haben Institutionen bezogen auf das Handeln nicht nur restringierende und kontrollierende, sondern auch ermöglichende Aspekte (Scott 1995: 38f). Für soziale Akteure besteht lediglich die Notwendigkeit, institutionelle Vorgaben aktiv zu verarbeiten. Die Reaktionen von Akteuren werden dabei nicht durch die Institutionen determiniert. Die Möglichkeit der Distanzierung gegenüber einzelnen institutionellen Vorgaben eröffnet den Akteuren Freiheitsgrade. Institutionen beeinflussen das Handeln, da sie Kalkulationen über wahrscheinliches Handeln von anderen anleiten. Sie eröffnen damit Handlungsmöglichkeiten. Der ermöglichende Aspekt von Institutionen gründet also auf der Wirkung von Vertrauen und Sicherheit.

Von den Neoinstitutionalisten werden nicht die reflektierten und intentionalen Aspekte des Handelns, sondern die unreflektierten und routinehaften Anteile hervorgehoben (DiMaggio/Powell 1991a: 14). Der Neoinstitutionalismus geht aber noch einen Schritt weiter: »We see *institutions* as cultural rules giving collective meaning and value to particular entities and activities, integrating them into larger schemes. We see both patterns of activity and the units involved in them (individuals and other social entities) as constructed by such wider rules. *Institutionalization*, in this usage, is the process by which a given set of units and a pattern of activities come to be normatively and cognitively held in place, and practically taken for granted as lawful (whether as a matter of formal law, custom, or knowledge)« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 10).

In Abgrenzung zu methodologisch-individualistischen Wahlhandlungstheorien, die a priori einen zweckrationalen Akteur, sei es nun das Individuum, eine Organisation oder einen Staat, annehmen, sehen die Neoinstitutionalisten die Existenz und den Charakter der Akteure selbst als sozial konstruiert und problematisierungswürdig an.⁴⁶ Insgesamt liegt das analytische Hauptaugenmerk des Neoinstitutionalismus auf der Beantwortung der Frage, wie die institutionelle gesellschaftliche Struktur solche Einheiten kreiert und legitimiert, die als Akteure gelten (ebd.: 9). Institutionen haben hierbei den Charakter von »mustererzeugenden generellen Regeln, die kollektive Bedeutungen konstituieren sowie bestimmten Einheiten und Aktivitäten Wert zulegen« (Türk 1997: 133f). Handlungen sind in diesem Sinne primär »the enactment of broad institutional scripts rather than a matter of internally generated and autonomous choice, motivation, and purpose« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 10).

Am pointiertesten argumentiert Ronald L. Jepperson, wonach Individuen in institutionellen Kontexten nicht im eigentlichen Sinne handeln, sondern eher von den Institutionen angewendet werden. Der Begriff des »enactments«, des nicht-kreativen Aufführens bzw. Nachahmens, des routinehaften Vollzugs, bekommt hier besondere Bedeutung.⁴⁷ Die Indi-

46 Dies gilt – wie gesagt – nicht nur für kollektive Akteure, sondern auch für die Kategorie des Individuums selbst. Wie insbesondere Friedland und Alford (1991) zeigen, haben nur wenige historische Gesellschaften ein »abstraktes Individuum« konzeptualisiert. So gab es für die Griechen der Antike die Person als Ort der Entscheidung über individuelles Handeln aufgrund von Motiven nicht. Vielmehr wurde das Handeln der Menschen als von widerstreitenden Göttern bestimmt gesehen. Vgl. zur institutionellen Konstruktion von Nationalstaaten und dem Individuum auch die Beiträge in Thomas et al. (1987).

47 Der Neoinstitutionalismus will mit dem Begriff *enactment* verdeutlichen, dass es um das nicht-kreative Reinszenieren von institutionellen Vorgaben geht. Deshalb trifft die Luhmannsche Übersetzung von *enactment* mit »Ge-

viduen »handeln« laut Jepperson erst in der Abweichung von den vorgegebenen *scripts* bzw. institutionellen Vorgaben. Beispielsweise handelt in Bezug auf die Institution des Begrüßungshandschlags eher derjenige, der sich diesem verweigert (Jepperson 1991: 148f). Erst in einer solchen Differenzierung kann dem Individuum der Herrschaftsaspekt der Institution als objektiviertes *constraint* seines Handelns ins Bewusstsein treten.

Wie wir weiter unten genauer sehen werden, formuliert der Neoinstitutionalismus seine theoretischen Konzepte zunehmend im Rahmen seines makrosoziologisch orientierten World Polity-Ansatzes. Hier finden wir dann eine weitere Radikalisierung des Institutionenverständnisses, welches die Genese und Geltung von Institutionen weitgehend abkoppelt von lokalen Interaktionen. Demnach können Institutionen nicht nur gesehen werden »as built up out of human experience in particular local settings, but also as devolving from a dominant universalistic historical culture« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 23). Deutlich tritt hier der Fremdsetzungscharakter der Institutionen zu Tage, was zu einer ideologiekritischen Pointierung des Ansatzes führt, in dessen Fokus die Bedeutung der universalistisch-rationalistischen Ideologie rückt (Türk 1997: 135f). Die Betonung der nicht-lokalen Produktion von Institutionen und damit des restringierenden, von außen auf die Handelnden einwirkenden Charakters der Institution lässt sich zwar als Einschränkung des Begriffshorizont fassen. In dieser Pointierung liegt aber auch der entscheidende Ansatzpunkt, um den Neoinstitutionalismus für eine herrschaftskritische Analyse der Weltgesellschaft fruchtbar zu machen (ebd.: 147).

Der Neoinstitutionalismus unterstützt die »kognitive Wende«, die allgemein in den Gesellschaftswissenschaften stattfindet⁴⁸, und reformuliert sie für die Soziologie. Der *cognitive turn* bezieht sich hierbei auf die veränderte Wahrnehmung von menschlicher Motivation und Verhalten. Entgegen der klassisch-institutionalistischen Fassung⁴⁹ sind im Neoinstitution-

staltung« (Luhmann 2000: 35) nicht die Intention des Neoinstitutionalismus. Eine Übersetzung des Verbs *enact* ist schwierig, die Eindeutigung als »enaktieren« ebenfalls nicht zufriedenstellend.

- 48 Vgl. für die Psychologie etwa Schank/Abelson (1977); für die Anthropologie zusammenfassend D'Andrade (1995).
- 49 Als Beispiele für den »alten Institutionalismus« gelten die durch die Systemtheorie Parsons inspirierten Arbeiten Philip Selznicks (1949; 1957); vgl. DiMaggio/Powell (1991a: 16) sowie Selznick (1996). Während es im »alten Institutionalismus« um Interessenkonflikte und um eher lokale und kleinräumige Prozesse geht, spielen im Neoinstitutionalismus Interessengegensätze eine untergeordnete Rolle und die gesamtgesellschaftliche Ebene gerät zunehmend in den Blick. Ob dies allerdings die Rede von einem Paradigmenwechsel rechtfertigt, muss hier unbeantwortet bleiben. Weinert (2000: 198) konstatiert in dieser Hinsicht eher eine Weiterentwicklung und Integration neuer Fragestellungen.

nalismus nicht Werte und Normen, sondern unhinterfragte *scripts*, Regeln und Klassifikationen die eigentliche Basis der Institutionenbildung. Institutionelle Muster werden nicht so sehr aufgrund normativer Verpflichtung vollzogen, sondern auf der Basis von Imitationen und Handlungsroutrinen. Der Neoinstitutionalismus tendiert dazu, die bisherige Sozialisations-theorie mit ihrer Begrifflichkeit der »Rollenidentifikation« und der »Internalisierung von Normen« zurückzuweisen. Er präferiert hingegen »kühlere«, kognitive Modelle, in denen Schemata und *scripts* Akteure anleiten (Di-Maggio/Powell 1991a: 15; Hall/Taylor 1996: 948). Prozesse der Informationsverarbeitung und Bedeutungsgenerierung, Formen der Regulierung des Denkens und der Begriff der Rationalität gewinnen an Bedeutung (Hasse/Krücken 1999: 52f). Scott (1995: 38ff) sieht in diesem kognitiven Verständnis von Institutionen das eigentlich Neue gegenüber dem klassischen Institutionalismus begründet. Die kognitive Konzeption von Institutionen hebt die zentrale Rolle hervor, die der sozialen Konstruktion gesellschaftlich geteilter Bedeutungsstrukturen zukommt (ebd.: 45). Institutionen begrenzen also nicht mehr nur die Handlungschancen, sondern steuern und restringieren bereits die Wahrnehmung der Handlungsoptionen.⁵⁰ Institutionen können demnach als in die Verdinglichung herabge-sunkene gesellschaftliche Konstruktionen betrachtet werden.

6.3.2 Die Grundsteinlegung des Neoinstitutionalismus

Der soziologische Neoinstitutionalismus hat sich aus organisationstheoretischen Fragestellungen heraus entwickelt. Er dekonstruiert die Vorstellung der klassischen Managementlehre von der Organisation als ein neutrales Instrument zur effizienten Steuerung von kollektiven Aktivitäten. Im Gegensatz hierzu vertritt der Neoinstitutionalismus die Ansicht, dass Organisationen ihre Strukturen entsprechend den Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt gestalten, um sich auf diese Weise Legitimität zu verschaffen. Veränderungen in der formalen Struktur von Organisationen sind also weniger durch Wettbewerb oder durch Effizienzerfordernisse, sondern durch Regeln, Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt zu erklären.

Der Neoinstitutionalismus hat damit die gesellschaftliche Vermitteltheit der Organisation wieder in den Vordergrund gestellt. Er hat in diesem Sinne zu einer Resozialisierung der Organisationstheorie beigetragen.

50 Hier schimmern Motive von Foucault durch, welcher zwar von den Neoinstitutionalisten nicht eingehender rezipiert wird, gleichwohl aber für deren Ansatz als inspirierend genannt wird (Meyer/Jepperson 2000: 102, Fußnote 3); in Bezug auf Foucaults Konzept der Gouvernamentalität vgl. die neoinstitutionalistischen Ausführungen in Drori et al. (2003: 276ff).

So geht es einer neoinstitutionalistisch angeleiteten Organisationstheorie darum, wie sich das konkrete Verhältnis von Gesamtgesellschaft und Organisation darstellt. Dieses wird aber nicht als Umwelt-System-Beziehung gefasst oder in eine Außen-Innen-Metapher gebracht, sondern als Teil-Ganzes-Beziehung gesehen (Meyer/Rowan 1977; Türk 1989: 37).⁵¹ Der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus trägt so der eigentlich trivialen soziologischen Tatsache Rechnung, dass Organisationen stets *in* der Gesellschaft sind, diese mitkonstituieren und umgekehrt selbst von dieser geprägt werden.

Der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus lässt sich grob in eine makro- und eine mikrosoziologische Variante einteilen (Walgenbach 2000; Türk 1997). Für beide Varianten lassen sich zentrale Aufsätze angeben, die als »Meilensteine« (Hasse/Krücken 1999) neoinstitutionalistischer Theoriebildung aufgefasst werden können (Münch 2004: 248). Da in unserem Zusammenhang vornehmlich der makrotheoretische Zugang interessiert, werden im folgenden dessen zwei zentrale Startaufsätze rezipiert.⁵² Es handelt sich hierbei um den Aufsatz »Institutional Structure. Formal Structures as Myth and Ceremony« von John W. Meyer und Brian Rowan aus dem Jahre 1977 (Meyer/Rowan 1977) und um den von Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell 1983 verfassten Artikel »The Iron Cage revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields« (DiMaggio/Powell 2000). In ihnen werden die zentralen theoretischen Konzepte der kontextuellen Doppelstrukturierung und des Isomorphismus entwickelt.

6.3.2.1 Die kontextuelle Doppelstrukturierung der Organisation

Ausgangspunkt der Argumentation in Meyer/Rowan (1977) ist die nach Meinung der Autoren verkürzte Weber-Rezeption in der Organisationsforschung. In diesen Theorien würden formal-rationale Strukturen als der effektivste Weg angesehen, um moderne Technik und das Arbeitsleben zu koordinieren und zu kontrollieren.⁵³ Pate stehe hier die Webersche Dis-

51 Gleichwohl ist die Bedeutung von »Umwelt« für den Neoinstitutionalismus groß. Laut Türk (1997) transportiert der Neoinstitutionalismus hier ein kontingenztheoretisches Erbe weiter, welches er nur durch eine verstärkte konstitutionstheoretische Lesart überwinden kann.

52 Für die mikrotheoretische Fundierung war der 1977 veröffentlichte Aufsatz Lynne G. Zuckers »The Role of Institutionalization in Cultural Persistence« von grundlegender Bedeutung (Zucker 1977).

53 Diese Argumentationsfigur ist das zentrale Merkmal aller kontingenztheoretischen Organisationstheorien. Vgl. für eine Darstellung und zur Kritik Türk (1989).

kussion um die historische Herausbildung von bürokratischen Verfahren als Konsequenz aus Marktwirtschaft und zentralisierten Staaten (Meyer/Rowan 1977: 47). Meyer und Rowan kritisieren, dass diese Sichtweise formal-rationale Organisationsstrukturen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz fasst, den für Weber aber ebenso bedeutenden Aspekt der Legitimität vernachlässigt. Meyer und Rowan machen nun für ihre organisationstheoretischen Überlegungen die Unterscheidung von Effizienz- und Legitimationserfordernissen stark.

Meyer und Rowan relativieren mit ihrem Ansatz Annahmen, nach denen primär die effiziente Steuerung und Koordination der Arbeitsaktivitäten und Tauschbeziehungen für den organisationalen Erfolg ausschlaggebend sind. Kernthese des Aufsatzes ist, dass Organisationen formal-rationale Strukturen vornehmlich aus Legitimitätsgründen entwickeln. Eine möglichst effiziente Problembearbeitung ist nicht das eigentliche Ziel. Formal-rationale Organisationsstrukturen spiegeln Mythen wider, die in deren gesellschaftlicher Umwelt institutionalisiert sind. Sie sind nicht unmittelbar den Erfordernissen ihrer Arbeitsaktivitäten geschuldet (ebd.: 341). Indem Organisationen diese Mythen aufgreifen, kopieren und zereemoniell zur Geltung bringen, stellen sie eine Strukturähnlichkeit, eine Isomorphie, zwischen sich und der Gesellschaft her. Erst dies sichert ihnen die organisatorische Überlebensfähigkeit. Eine Organisation, die institutionalisierte Elemente in ihre Struktur aufnimmt, erhöht ihre Legitimität (ebd.: 344f). Organisationen, die sich gegenüber den normativen Erwartungen ihrer gesellschaftlichen Umwelt konform verhalten, können so das Vertrauen wichtiger externer Akteure gewinnen.

Der bedeutendste gesellschaftliche Mythos ist der der Rationalität selbst. Hierzu stellen Meyer und Rowan zunächst fest, dass es eine Rationalitätssemantik in Theorie und Praxis der Organisation faktisch gibt. Sie merken aber an, dass »intern formale Strukturiertheit und Zweckrationalität nicht einfach bestimmte, ontologische Merkmale von Organisationen sind, sondern dass es sich dabei um in der Gesellschaft akzeptierte und institutionalisierte Muster der Handlungsgenerierung und Situationsdeutung handelt; es geht hier also um symbolische Repräsentation« (Türk 1989: 36). Rationalisierungsmythen »können als sich selbst bestätigende soziale Konstruktionen interpretiert werden, die gesellschaftlich legitimierte Logiken ökonomischen, organisatorischen und technologischen Handelns definieren« (Deutschmann 1996: 333). Das Rationalitätsparadigma ist in der Gesellschaft vielfach institutionalisiert. Rationalität wird als *taken for granted* hin- und wahrgenommen und besitzt daher mythologischen Charakter. »Als allgemein gesellschaftlich akzeptiertes und erwartetes Muster dient Rationalität der symbolischen Repräsentation organisational ›ordentlichen‹ Handelns« (Türk 1989: 38).

Organisationen sind also aus Legitimationsgründen gezwungen, formalrationale Verfahren zu implementieren und über ihre Geschäftstätigkeiten entsprechend der vorherrschenden Rationalitätsannahmen zu kommunizieren. Dies bezeichnen die Autoren als die Ebene des institutionellen Kontextes. Hierbei ist von Bedeutung, dass meist schon die bloß rituelle Übernahme der Rationalitätsmythen ausreichend ist. Von diesem auf der Repräsentationsebene angesiedelten institutionellen Kontext ist ein relationaler Kontext zu unterscheiden, der die realen, sowohl intra- als auch interorganisationalen Produktions- und Interaktionsprozesse meint. In diesen Kontexten geht es vornehmlich um Effizienz. Meyer/Rowan postulieren also die Differenz zwischen einer offiziellen, zeremoniellen, nach außen gerichteten Formalstruktur, welche sich symbolhaft und relativ informationsarm gibt, und einem von dieser Formalstruktur faktisch nicht zu kontrollierenden Realgeschehen, welches eine weit höhere Komplexität erreicht.

Organisationen bewegen sich in beiden Kontexten gleichzeitig und sind somit mit dem Problem konfrontiert, dass in den verschiedenen Kontexten unterschiedliche Handlungserwartungen generiert werden können. Die zeremoniale Konformität der institutionalisierten Regeln gerät oft in Konflikt mit der Verfolgung von Effizienzkriterien. Um in dieser kontextuellen Doppelstruktur überleben zu können, bieten sich nach Meyer/Rowan (1977: 487f) zwei miteinander zusammenhängende Strategien an, die der Entkoppelung und die der »logic of confidence and good faith«. Beide Strategien haben die Funktion der Abschirmung des realen, an materielle Kontexte gebundenen Geschehens durch Aufbau einer möglichst undurchdringlichen Legitimationsfassade im Bereich der symbolischen Kontexte (Türk 1989: 40).

Die Strategie der Entkoppelung bzw. der »nur losen Koppelung« will gerade nicht die Inkonsistenzen zwischen den beiden Kontexten nivellieren und aufeinander abstimmen. Stattdessen entwickelt der Bereich des institutionellen Kontextes ein »Eigenleben«. Selbstdarstellungsformen werden entwickelt und deren Gebrauch zeremonialisiert und ritualisiert. Erst durch die strukturelle Entkoppelung der demonstrativen Konformität der Organisation gegenüber Erwartungen aus der gesellschaftlich-kulturellen Umwelt von ihren Kernaktivitäten kann die Organisation den Ansprüchen beider Kontexte genügen. Ziel dieses Unterfangens ist es, das reale organisationale Geschehen nach außen hin abzuschirmen und abzupuffern. »Decoupling enables organizations to maintain standardized, legitimating, formal structures while their activities vary in response to

practical considerations« (Meyer/Rowan 1977: 488).⁵⁴ Die Strategie der »logic of confidence and good faith« kann als Ergänzung hierzu verstanden werden. Unter ihr sind alle Anstrengungen zur Vertrauensbildung zu subsumieren, insbesondere etwa durch den Einbezug außerhalb der Organisation erstellter Gutachten.

Türk (1995: 201) fasst die Brisanz dieses Ansatzes für die bisherige Organisationsforschung pointierend zusammen. Organisationen können demnach »fast beliebige Outputs als Ergebnisse höchst rationalen Handelns darstellen, auch wenn es sich bloß um faule Kompromisse, misslungene Ergebnisse, pure Zufälle oder Interessenpolitik handelt. Ebenso gut können Organisationen Pannen und Unzulänglichkeiten, interne Zwiste und Kungeleien, Fehler und Vergehen vertuschen, verstecken und so das tatsächlich ›tobende Leben‹ gänzlich unter der Decke einer inszenierten Normalform verschwinden lassen«.

6.3.2.2 Institutionelle Isomorphie

Die zweite Grundsteinlegung des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus (DiMaggio/Powell 2000) orientiert sich an den Prämissen von Meyer und Rowan, hebt aber den Aspekt der Isomorphie systematisch hervor. Während Meyer und Rowan mit diesem Begriff eher unscharf die Strukturähnlichkeiten zwischen Organisationen und ihren gesellschaftlichen Umwelten bezeichnen, wollen DiMaggio und Powell diesen Begriff präzisieren. In Umkehrung der bisher in der Organisationstheorie vorherrschenden Fragestellung, wie die Variabilität von Organisationsstrukturen zu erklären sei, wollen DiMaggio und Powell deren Homogenität untersuchen. Sie führen hierzu den Begriff des organisationalen Feldes ein und untersuchen sodann die konkreten Mechanismen der Generierung isomorpher⁵⁵ Strukturen.

Mit einem organisationalen Feld bezeichnen die Autoren jenes Set an Organisationen, »die gemeinsam einen abgegrenzten Bereich des institutionellen Lebens konstituieren: die wichtigsten Zulieferfirmen, Konsumenten von Ressourcen und Produkten, Regulierungsbehörden sowie an-

54 Die Idee der losen Koppelung hat große Ähnlichkeit mit dem Begriffspaar *talk* und *action* bei Brunsson (1989), der damit ebenfalls auf die Differenz von Darstellungsweisen und faktischem Organisationsgeschehen hinweist. Für eine Zusammenschau organisationstheoretischer Ansätze zur losen Koppelung vgl. Orton/Weik (1990).

55 Das Konzept der Isomorphie entlehnen die Autoren dem Humanökologen Amos Hawley. Dieser beschreibt Isomorphismus als einen Zwangsprozess, der eine Einheit innerhalb einer Population dazu nötigt, sich anderen Einheiten anzugleichen, die denselben Umweltbedingungen ausgesetzt sind (vgl. DiMaggio/Powell 2000: 151).

dere Organisationen, die ähnliche Produkte oder Dienstleistungen herstellen bzw. anbieten« (DiMaggio/Powell 2000: 149). Explizit sind hier also nicht nur konkurrierende Organisationen oder Netzwerke von Organisationen gemeint, sondern die Gesamtheit aller relevanten Akteure in einem Feld. Organisationale Felder existieren dabei nur in dem Ausmaß, in dem man sie institutionell kennzeichnet. Hierbei sind vier Aspekte wesentlich: Die Zunahme der Interaktionen zwischen den Organisationen innerhalb eines Feldes, die Ausbildung scharf definierter interorganisatorischer Herrschaftsstrukturen und Koalitionsmuster, eine Zunahme der Informationsmenge, mit der sich die Organisationen eines Feldes auseinandersetzen müssen, und schließlich die Entwicklung eines gegenseitigen Bewusstseins unter den Teilnehmern eines Sets von Organisationen, dass sie an einem gemeinsamen Unternehmen beteiligt sind (ebd.: 149f).

Innerhalb eines organisationalen Feldes finden Angleichungsprozesse der beteiligten Organisationen statt. Da im Laufe der Zeit nur bestimmten Formen und Praktiken Legitimität zugemessen wird, bilden sich in diesen Feldern institutionelle Isomorphien aus. DiMaggio und Powell unterscheiden analytisch drei Mechanismen mit je eigenen Prämissen, die die Herstellung von Isomorphie induzieren: Zwang, Imitation und normativer Druck. Isomorphismus durch Zwang bezieht sich vor allem auf organisationalen Wandel als direkte Folge staatlicher Auflagen und gesetzlicher Regelungen. Der Zwang kann allgemeiner aber auch aus den kulturellen Erwartungen der Gesellschaft abgeleitet und wahrgenommen werden. Während beim erzwungenen Isomorphismus die Ursache in einer Zwang ausübenden Autorität liegt, ist die Quelle des Isomorphismus durch Imitation die Ungewissheit. Organisationen neigen demnach dazu, sich andere Organisationen zum Vorbild zu nehmen, wenn ihre eigene Organisations-technologie nicht ausgereift ist, ihre Ziele nicht eindeutig sind oder ihre Umwelt symbolische Unsicherheit produziert. Als erfolgreich wahrgenommene Organisationen dienen dann als Blaupause für die eigene Strukturierung im gleichen Feld. Professionalisierung und allgemeiner die Herausbildung von Expertensystemen sind hingegen die Quellen der normativen isomorphen Veränderungen von Organisationen. Hierbei werden unter Professionalisierung die kollektiven Bemühungen einer Berufsgruppe verstanden, die Bedingungen und Methoden ihrer Tätigkeiten zu definieren und so eine gemeinsame kognitive Grundlage und Legitimation ihrer beruflichen Grundlage zu etablieren. Als Vehikel hierfür gelten sowohl Professionsvereinigungen als auch bestimmte Politiken der Personalauswahl.

Besondere Relevanz entfaltet die These der strukturellen Isomorphie von DiMaggio und Powell, wenn man sie historisiert. So herrschen allgemein zu unterschiedlichen historischen Konstellationen jeweils diffe-

rente Organisationsparadigmen vor, welche von den Organisationen angewendet werden (Türk 1995: 204). Man denke nur an so unterschiedliche Paradigmen wie das der bürokratischen Staatsverwaltung im späten 19. Jahrhundert und das der »lean production« im ausgehenden 20. Jahrhundert. Ähnlich unterschiedlich stellt sich auf den ersten Blick der klassische, mit mitgliederstarken Verbänden operierende Korporatismus der Mitte des 20. Jahrhunderts im Vergleich zu den eher flexiblen, Netzwerke ausbildenden NGOs der Gegenwart dar.

6.3.3 Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus

In den beiden Startaufsätzen finden sich die entscheidenden Denkfiguren, die auch für den World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus von strategischer Bedeutung sind. Organisationen werden als offene Systeme gefasst, die in ihrer Umwelt operieren und bestimmte Erwartungshaltungen aufgreifen, um die eigene Legitimität zu sichern. Hierdurch werden Prozesse der Homogenisierung und der Isomorphie induziert. Im Rahmen der World Polity-Forschungen werden diese Überlegungen nun übertragen. Die Weltgesellschaft wird zum Hauptort der Rationalisierung von Umwelt (Meyer 1994: 41). Mit anderen Worten wird Umwelt zunehmend als Weltkultur gedacht. Die dualistische theoretische Grundfigur der Entkopplung von institutionellen und materiellen Kontexten wird zentral für die Analyse der Weltgesellschaft.

Unter World Polity verstehen die Autoren als erste, sehr allgemeine Annäherung eine weit verbreitete kulturelle Ordnung, welche explizite Ursprünge in der westlichen Gesellschaft hat (Meyer 1980). Sie besteht aus einem Set fundamentaler Prinzipien und Modelle mit hauptsächlich ontologischem und kognitivem Charakter. Diese definieren die Natur und die Ziele sozialer Akteure sowie deren Handlungen (Boli/Thomas 1999a: 14). Unter »westlicher kultureller Ordnung« wird im wesentlichen das verstanden, was Max Weber mit dem Begriff der »okzidentalischen Rationalisierung« zu fassen versuchte.

Der neoinstitutionalistische World Polity-Ansatz versteht sich als Gegenentwurf zu etablierten Ansätzen der Analyse globaler Prozesse. Er kritisiert die weit verbreitete Annahme, etwa in den Theorien der Internationalen Beziehungen und dem Mainstream der Globalisierungsdebatte, dass die schwindende Rolle des Nationalstaates ein zentrales Merkmal globaler Vergesellschaftung sei. Demgegenüber fassen die Neoinstitutionalisten den Nationalstaat nicht als Opfer, sondern als Träger und Resultat von Globalisierung (Meyer et al. 1997; vgl. Jung 1998: 245). Trotz regelmäßiger Bezugnahme auf die Weltsystemtheorie Wallersteins lehnen sie diese als zu ökonomistisch ab (Meyer et al. 1997: 147; Meyer 1982: 266;

Finnemore 1996), während die Weltgesellschaftskonzeption Luhmanns keinen relevanten Bezugspunkt darstellt.⁵⁶ Gegen realistische und neoliberale Theorieansätze wenden sie ein, dass sie durch ihre Fixierung auf »Macht« und »Interesse« ebenfalls die kulturelle Eingebundenheit von gesellschaftlichem Wandel in den internationalen Beziehungen ignorieren oder zumindest unterschätzen.⁵⁷ »Mikrophänomenologische« Ansätze hingegen würden zwar der kulturellen Dimension Bedeutung zumessen, diese aber eben nicht als eine Weltkultur fassen.

Dem neoinstitutionalistischen World Polity-Ansatz geht es um die Bedeutung der kulturellen Integration des Weltsystems. Forschungsgegenstand ist das Ob und Wie der weltweiten Herausbildung gemeinsamer Werte, Normen und Institutionen, insbesondere in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Weltgesellschaft ist für den Neoinstitutionalismus daher ein hochgradig institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln (Wobbe 2000: 27). Der Neoinstitutionalismus weist damit ökonomisch determinierte Konzeptionen zurück, die die Weltgesellschaft als eine freie Weltmarktgesellschaft beschreiben, der die politische Kontrolle fehle (Meyer 1980: 117). Demgegenüber wollen sie weltgesellschaftliche Phänomene mit soziologischen Konzepten, speziell durch eine Kombination der Weberschen Rationalitätskonzeption mit sozialkonstruktivistischen Überlegungen in der Tradition von Berger und Luckmann, sowie Aspekten der Sozialpsychologie George Herbert Meads erklären.

Dreh- und Angelpunkt der Argumentation ist eine zum Liberalismus und methodologischen Individualismus differente Akteurkonzeption. Der Neoinstitutionalismus geht davon aus, »dass die Vorstellung (und Realität) autonom handlungsfähiger Individuen, Nationalstaaten und Organisationen ein historisches Konstrukt ist, das in einem engen Zusammenhang mit der Herausbildung der Weltgesellschaft steht« (Ramirez 2001: 358). Insbesondere in einem neueren Aufsatz wehren sich Meyer und Jepperson (2000) vehement gegen die die Sozialwissenschaften dominierenden »realistischen Ansätze«, welche den modernen Akteur als zweckrational voraussetzen und Akteurschaft als eine letztendlich naturgegebene Bedin-

56 Dies ist einem zitierten Gespräch mit Meyer in Hasse/Krücken (1999a:14f) zu entnehmen.

57 Insgesamt haben die Theorien der Internationalen Beziehungen die Frage der »Kultur« lange vernachlässigt. Erst in jüngster Zeit finden sich verstärkt Analysen, die die kulturelle Prägung staatlicher Interessen und staatlicher Handlungsoptionen betonen. Jetschke und Liese (1999) konstatieren innerhalb dieser jungen Forschungsrichtung die Dominanz eines akteurbezogenen Kulturverständnisses, welches das Subjekt in den Vordergrund stellt und es zum Träger von Kultur stilisiert. Demgegenüber fassen sie den Neoinstitutionalismus als Theorie eines objektiven Kulturverständnisses auf.

gung von Sozialität behandeln.⁵⁸ Im scharfen Gegensatz zu diesen ontologisierenden Ansätzen vertreten sie einen konstitutionstheoretischen, phänomenologisch-konstruktivistisch argumentierenden Ansatz, der – in Anlehnung an etwa Foucault⁵⁹ – den Akteur als eine historisch-gesellschaftliche und andauernde kulturelle Konstruktion begreift. »Actors‹ are agents for larger realities and larger imagines truths: they are in substantial part monads of a larger cultural project. Accordingly, they celebrate ideals of mobilized agency, and enter into the sweeping collective action that is distinctive to modern society« (Meyer/Jepperson 2000: 110). Inhaltlich wird die Fähigkeit zur Agentschaft als das wesentliche Merkmal dieser Akteurskonstruktion qualifiziert.

Mit der Einführung des Agency-Konzeptes referieren Meyer und Jepperson auf die rechtsgeschichtliche Denkfigur von Principal-Agent-Verhältnissen. In dieser Tradition wird ein Principal-Agent-Verhältnis aus einem Herr-Knecht-Verhältnis abgeleitet, in dem der Knecht für seinen Herrn, den Prinzipal, Geschäfte erledigt. Meyer und Jepperson erweitern den typischen Gebrauch dieses Konzeptes. Sie verstehen unter agency die »legitimated representation of some legitimated principal, which may be an individual, an actual or potential organization, a nation state, or abstract principles« (ebd.: 101, Fußnote 2). Als abstrakte Prinzipien können sowohl Recht und Wissenschaft gelten als auch prosaischer die Hochkultur oder selbst eine gewisse Etiquette. Das Konzept der Agency verweist unmittelbar auf eine externe Autorität und damit auf die externe Legitimierung von Handeln. Letztlich führen Meyer und Jepperson das Mensch-Sein auf dessen Agency-Qualitäten zurück. Diese Agency-Fähigkeit potenziert sich in der Moderne, so dass sich ein immer ausgefeilteres, aber auch widersprüchlicheres System von *Herrschaft qua agency* herstellt.

6.3.3.1 Der globale Rationalisierungsprozess als Verlagerung des Agentschaftsverhältnisses in die Gesellschaft

Historisch wurzelt das Agentschaftsverhältnis nach Meyer und Jepperson (2000) in der Tradition des Christentums, welche zudem ein spezifisch

58 Vgl. hierzu auch Meyer (1994) und Boli/Elliott/Bieri (2003).

59 Insbesondere betonen Meyer und Jepperson die direkte Relevanz von Foucaults Arbeiten über Selbsttechnologien. Diese folgen ebenfalls der Idee, dass spezifische Eigenheiten von Akteurschaft von spezifischen institutionellen Strukturen generiert werden. Im Unterschied zu Foucault interessieren sie sich aber nicht so sehr für die meso-institutionellen Strukturen (etwa Gefängnisse), sondern richten ihr Augenmerk auf »the basic institutional matrix of the modern polity« (Meyer/Jepperson 2000: 102, Fußnote 3).

westliches gesellschaftliches Naturverhältnis befördert hat. Wie der Neo-institutionalismus insgesamt heben Meyer und Jepperson die zentrale Bedeutung des Christentums für die Entwicklung der westlichen Kultur hervor und weisen auf den andauernden, letztlich religiösen Charakter der Weltgesellschaft hin. Mit Durkheim betonen sie die religiöse Immanenz der westlichen Gesellschaften.⁶⁰ Der Säkularisierungsprozess der Moderne bildet demnach keinen Bruch mit sakralen, monotheistischen Traditionen, sondern transformierte lediglich deren Grundstrukturen in eine für die Moderne typische Form. In differenter Pointierung zu Max Weber, der diesen Säkularisierungsprozess als epochalen Einschnitt beschreibt, betonen die Neoinstitutionalisten die Bruchlosigkeit, mit der diese Entwicklung vonstatten ging und betonen die Kontinuität des im Monotheismus angelegten Principal-Agent-Verhältnisses. Die moderne Repräsentation der Akteure wird derart als ein elaboriertes System von sozialer Agentschaft mit einer langen religiösen und postreligiösen Evolution aufgefasst.

Als besondere Leistung des Christentums wird herausgestellt, dass es eine Vorstellung von Gott entwickeln konnte, die diesen als ewig, gesetzmäßig und vor allem als relativ nicht-invasiv bezogen sowohl auf die Natur als auch auf die Gesellschaft vorstellen konnte. Gott wurde mit der fortschreitenden Entwicklung des Christentums immer mehr abstraktifiziert, so dass er nicht mit dem erfasst werden konnte, was normalerweise in der Moderne als Akteur gilt. Mit dem zunehmend transzendenten und unbeweglichen Charakter von Gott werden Agentschaft und Autorität in die Strukturen und Rationalitäten der Gesellschaft hinein verlagert. Der Aufstieg des agentschaftlichen Akteurs steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reduktion der Agentschaft Gottes. »God does not so much die (contrary to Nietzsche), but is deadend in the sence of greatly reduced agency« (Meyer/Jepperson 2000: 105). Die soziale Agentschaft erweitert sich, indem sich Autorität von Gott zur Kirche, von der Kirche zum Staat, von der Kirche und dem Staat zu individuellen Seelen und später Bürgern verlagert. Die Entwicklung der modernen Akteurschaft ist also mehr eine Übertragung von Gott zur Gesellschaft – und weiter zu Individuen und Organisationen – als eine natürliche Entwicklung zu immer mehr Komplexität. Sie ist auch nicht, wie die liberale Theorie annimmt,

60 Durkheim (1994: 574) thematisierte bekanntlich die Gemeinsamkeiten von Religion und Wissenschaft und vertrat dabei die These, dass letztere die kognitiven und intellektuellen Funktionen ersterer übernehme. Hinsichtlich ihrer Erkenntnisleistungen weise die Wissenschaft zwar methodologische Verbesserungen auf, es gäbe aber keinen prinzipiellen Unterschied zur Religion.

als das Ergebnis von interessenbasierten Kämpfen über natürlich gegebene Ziele zu begreifen (ebd.: 101).

Dieser Prozess hat seine Entsprechung in der spezifisch modernen Konzeption von Natur, welche als nach nicht-kulturgebundenen Regeln funktionierendes Außergesellschaftliches ontologisiert wird. Immer mehr Bereiche werden in dieses kognitive System inkorporiert. Beispielsweise wird menschliches Verhalten, das früher vielleicht als willkürlich betrachtet wurde, heute mit Hilfe von psychologischen, medizinischen und Umweltkategorien erklärt. Insgesamt findet dieser gesamte Prozess seinen Ausdruck in dem nun weltweiten Siegeszug, den die »wissenschaftliche Auffassung« angetreten hat.⁶¹ Soziale Akteure müssen wissenschaftliches Wissen in die Beschreibung ihrer Aktivitäten einbeziehen. Dies gilt in immer mehr Teilen der Welt geradezu als das Desiderat von rationalem Verhalten. Politiker werden in einer Rede immer betonen, dass ihre Positionen von den besten wissenschaftlichen Analysen geleitet werden. Oder anders herum: »the claim that one acted under advice from a palm reader has little standing« (ebd: 104).

Die Rationalisierung des Naturbildes konstituiert ein ständig expandierendes Set anerkannter Entitäten, etwa die Artenvielfalt, die Funktion des Regenwalds oder die abnehmende Walpopulation. Einige dieser Entitäten werden dann als mit »Interessen« ausgestattet betrachtet, die Schutz und Aufmerksamkeit beanspruchen. Erst mit dieser Konstruktion lässt sich dann für die »Rechte« der Wale argumentieren. Bei der Akklamation von Rechten werden zwar moralische Elemente addiert, doch ist die zugrundeliegende rationalisierte wissenschaftliche Analyse fast immer eine entscheidende Komponente dieses Rechtsanspruches. Es ist daher einfacher für die Rechte von Walen zu argumentieren, wenn man gleichzeitig eine Analyse über die Empfindungsfähigkeit von Walen oder über deren bedeutende Rolle für das Ökosystem vorlegen kann (ebd.).

Die Prozesse der Schaffung neuer Einheiten und Interessen bleibt aber nicht auf die äußere Natur im engen Sinne beschränkt. Immer mehr Aspekte von Gesellschaftlichkeit werden derart repräsentiert, dass sie in den Gesetzen der Natur wurzeln. So werden neue Gesetze und Funktionen, die Gesellschaft beschreiben, etwa unter dem Topos »ökonomische und soziale Entwicklung«, artikuliert, die ihrerseits neue Interessen und Rechte definieren. Um diese (neuen) Interessen zu befördern werden neue Organisationen (etwa NGOs) produziert, die diese einfordern können (ebd.). Die Rationalisierung von Natur und die Rationalisierung von Gesellschaft sind eng miteinander verknüpft. Angemessenes menschliches Handeln kann nur unter der Berücksichtigung und den Einbezug der vorgestellten

61 Vgl. ausführlich Drori et al. (2003).

gesetzmäßigen Einheiten und Relationen der natürlichen Umwelt erfolgen. Dabei schaffen die ständig sich erweiternden Analysen von »natürlicher« Natur und Gesellschafts-Natur einen konstanten Fluss von neuen sozialen Problemen und Möglichkeiten (ebd.; vgl. auch: 114).

Indem bestimmte Akteure von dem sich zurückziehenden Gott Agency-Qualitäten übernehmen, ändert sich auch die inhaltliche Ausgestaltung des sakralen Rahmens. Der übergreifende Kontext wird nun durch die Grundwerte *Fortschritt* und *Gerechtigkeit* gesichert, die *twin pillars* westlichen Denkens (Meyer 1994: 20f). Um diese Werte und Ziele kreisen neben Individuen und Organisationen auch sämtliche Nationalstaaten. Erst auf der Verbundenheit mit diesen Zielen gründet sich deren Legitimität. Fortschritt und Erfolg werden dabei vornehmlich materiell gefasst. Während für das Individuum Reichtum assoziiert ist, ist die Entsprechung auf der Ebene des Nationalstaates die Steigerung des Bruttosozialprodukts. Das Ziel Fortschritt führt somit zur Konstruktion von Bezugsdimensionen (Individuum, Firma, Nationalstaat), welche Fortschritt nachweisbar, messbar und vergleichbar machen. Unter Gerechtigkeit wird hingegen hauptsächlich Gleichheit verstanden. Auch hier wird die genaue Bestimmung und Dimensionierung der Einheiten, die gleich sein sollen, erforderlich. Erst durch die ubiquitäre Beschreibung des Individuums als mit politischen Rechten, Wirksamkeit und Kompetenz ausgestattet, wird Gleichheit nachweisbar (Meyer/Boli/Thomas 1994: 21). Bezogen auf die Vergleichbarkeit von Staaten bzw. des Grads der Modernisierung von Staaten dient die Idee der Menschenrechte als Indikator.

Rationale Mittel zur Erreichung der beiden Ziele Fortschritt und Gerechtigkeit sind bürokratische Verfahren, die Expansion von Technik und die Orientierung an den Implikationen einer Marktgesellschaft. Technische Entwicklung und die Intensivierung von Marktbeziehungen basieren in der modernen Gesellschaft auf der Formulierung von wissenschaftlichen Gesetzen über die Natur und die Gesellschaft, die als überall gültig und anwendbar gelten. Der universalistische Anspruch wissenschaftlicher Rationalisierung impliziert einerseits prinzipiell expansive Tendenzen, führt aber andererseits zu einem hohen Maß von Standardisierung (Meyer 1994: 42f).

Als Quintessenz kann also festgehalten werden, dass das Christentum als missionarische Bewegung nur vergleichsweise bescheidene Erfolge hatte. Erheblich mehr Hegemonie hat es durch seine Transformation in Wissenschaft, Gesetz und rationalisierte Erziehung erreicht (Meyer/Jeperson 2000: 106). Diese kulturelle Grundstruktur wurde in einem erstaunlichen Ausmaß nach dem Zweiten Weltkrieg globalisiert. Dies gilt für das kulturelle System insgesamt, aber auch für die drei dominanten Formen agentschaftlicher Akteure. Die Form des *Nationalstaats* mit *Indi-*

viduen als Bürgern und *Organisationen* als Komponenten ist weltweit expandiert. Mittlerweile operieren die institutionellen Regeln, die mit dem Prozess der Rationalisierung einhergehen, auf einem weltweiten Level und nicht einfach nur auf dem Niveau lokaler Verhandlungen (Meyer 1994: 20f). Zwar ist der Prozess der Rationalisierung für die Forschungsgruppe um Meyer im Weltmaßstab noch nicht gänzlich abgeschlossen, aber sehr weit fortgeschritten: »For a century and more, the world has constituted a singular polity. By this we mean that the world has been conceptualized as a unitary social system, increasingly integrated by networks of exchange, competition, and cooperation, such that actors have found it ›natural‹ to view the whole world as their arena of action and discourse« (Boli/Thomas 1999a: 14).

Die Globalität des Rationalisierungsprozesses wird in zweifacher Hinsicht behauptet. Zum einen lässt sich beobachten, dass Definitionen, Prinzipien und Ziele weltweit in ähnlicher Weise kognitiv konstruiert werden. Die Existenz, die generelle Natur und die Ziele von Staaten, Schulsystemen⁶² und transnationalen Konzernen sind beispielsweise überall bekannt und sind im Durkheimschen Sinne soziale Tatsachen. Hierbei ist es unerheblich, ob sie erwünscht sind oder nicht. Westliche Rationalität ist zweitens in dem Sinne global, dass sie überall für anwendbar gehalten wird. Weltkulturelle Modelle beanspruchen universelle Gültigkeit und werden auch als universell gültig wahrgenommen (ebd.: 19).

Für sämtlich Formen von Akteuren gilt, dass sie sich dieser Gültigkeit immer weniger entziehen können: »to an ever increasing degree, all sorts of actors learn to define themselves and their interests from the global cultural and organizational structures in which they are embedded« (Boli/Thomas 1999b: 4). Institutionen im Weltmaßstab sind also in noch stärkerer Weise durch ihren Fremdsetzungscharakter markiert und emergieren kaum aus lokalen Interaktionen heraus. »The structural isomorphism that characterizes actors, interests, and behavior in the world polity operates increasingly via ›top-down‹ rather than ›bottom-up‹ processes« (ebd.: 5). Die kulturellen kognitiven Strukturen, welche durch den Rationalisierungsprozess hervorgebracht werden, gehen nicht nur dem Handeln der Akteure voraus, sondern konstituieren diesen überhaupt erst als mit agentchaftlichen Qualitäten ausgestattet.

Der westliche kulturelle Rahmen reflektiert die Entwicklung, Expansion und Säkularisierung des religiösen Modells des westlichen Christentums. Diese kulturelle Evolution hält bis heute an und lässt sich bis in die Menschenrechtsbewegungen der gegenwärtigen Epoche nachweisen. Die-

62 Die Forschungsgruppe um Meyer hat insbesondere die Ausbreitung des westlichen Bildungssystems in alle Regionen der Welt empirisch untersucht. Vgl. hierzu grundlegend Meyer/Hannan (1979).

se Modelle beinhalten eine axiale Spannung zwischen Gesellschaft auf der einen Seite und ihrer natürlichen oder spirituellen Umwelt auf der anderen Seite. Im Prozess der Rationalisierung bekommen Menschen die Fähigkeit zugesprochen, Gesellschaft zu verändern und in die Natur zu intervenieren. Gesellschaft wird nun als ein modifizierbares Vehikel zur Erreichung diesseitigen Heils und später zur Erreichung von Fortschritt und Gerechtigkeit instrumentalisiert. In der westlichen Tradition ist es das kulturelle Projekt selbst, welches heilig ist, und nicht eine spezifische Kontrollstruktur an sich.

6.3.3.2 Merkmale des agentschaftlichen Akteurs

Meyer und Jepperson (2000) weisen darauf hin, dass die realistische Theoriebildung davon ausgeht, dass der Prozess der Rationalisierung von Natur und Gesellschaft mehr oder weniger zwangsläufig das Phänomen frei entscheidender Akteure induziert.⁶³ So wird unterstellt, dass differenzierte Individuen in einer komplexen Gesellschaft natürlicherweise individuelles Bewusstsein und Akteurschaft benötigen. Oder es besteht die Vorstellung, dass differenzierte Strukturen in einer komplexen Umwelt natürlicherweise formal organisierte Akteure produzieren, die Effizienz und Stabilität gewährleisten.

Im Gegensatz zu diesen Analysen setzen Meyer und Jepperson (2000: 105) tiefer an. Zwar produziert die Rationalisierung der Natur ein expandierendes Set von wahrgenommenen Entitäten und Beziehungen. In der sozialen Welt können dies Einheiten sein, die mit natürlichen Funktionen zusammenhängen, die den Charakter von sozialen Rechten haben. Sie sind aber selbst keine Akteure. Zwar kann man Walen Rechte zugestehen, Wale selbst sind aber keine Akteure. Um eine Einheit mit wahrnehmbaren Interessen als legitimen Akteur zu betrachten, muss noch ein weiterer Schritt hinzukommen: die kulturelle Konstruktion der Fähigkeit und der Autorität, für sich selbst, im Namen von sich selbst, zu handeln. Die prinzipielle Kompetenz, Principal-Agent-Strukturen auszubilden, macht den Kern moderner Akteurschaft aus. Es lassen sich drei Merkmale »ordnungsgemäßer Akteure« destillieren:⁶⁴

- 1.) Agentschaftlichkeit,
- 2.) die notwendige »Offenheit« gegenüber beratenden Instanzen,
- 3.) die Fähigkeit zur affektkontrollierten Nutzenmaximierung, d.h. Interessenförmigkeit und Fokussierung auf überindividuelle Interessen.

63 Vgl. auch Boli/Eliott/Bieri (2003).

64 Vgl. auch Hasse/Krücken (1999: 61ff).

Zu 1.) Moderne Akteure richten ihr Handeln nicht ausschließlich auf die Maximierung ihres Nutzens, sondern fungieren als »generalisierte Andere« (Kap. 6.3.3.4), beratschlagen und geben ihre Sicht der Dinge weiter. Moderne Akteure sind sowohl Agenten eigener Interessen als auch Agenten anderer Akteure. Sie können darüber hinaus und zugleich auch als Agenten für nicht-gesellschaftliche Entitäten und für abstrakte Prinzipien auftreten.⁶⁵ Meyer und Jepperson unterscheiden dementsprechend vier empirisch auffindbare Ausprägungen moderner Agentschaft: die Agentschaft für das eigene Selbst, die Agentschaft für andere Akteure, die Agentschaft für Einheiten ohne Akteurstatus sowie die Agentschaft für Prinzipien, d.h. für kulturelle Autorität.

Die Agentschaft für das Selbst verweist auf die Aufspaltungsleistung, die moderne Akteure bewerkstelligen müssen, wobei sie hoch standardisierte Konzepte und Interessendefinitionen nachahmen. So muss das Individuum Ziele managen, die als der Persönlichkeit oder dem »normalen« Lauf des Lebens innewohnend vorgestellt werden. Als Beispiel mag der Diskurs über Selbstbestimmung gelten, der (zunächst aus der »alternativen Szene« kommend) inzwischen zu einer Standardtechnologie des Selbst geworden ist. Die Agentschaft für das Selbst bezieht sich nicht nur auf das Individuum, sondern ist ebenfalls ein Merkmal von Organisationen, die verallgemeinerten Konzepten von Planung, Sicherheit oder Personalstruktur folgen, und von Nationalstaaten, welche als Agenten für die expandierenden Arenen von nationaler Ökonomie, Erziehung oder individuelle Gesundheit auftreten. Alle modernen Akteure haben die hochgradig standardisierte Verantwortlichkeit inkorporiert, vorgestellte moralische und naturgegebene Prinzipien nachzuahmen. Erst wenn sie dies gut lösen, werden sie zu guten – sprich: legitimen – Agenten für ihre zugrunde liegenden Interessen. Es geht für moderne Akteure immer darum, nicht nur ihre Selbstinteressen zu reflektieren, sondern auch allgemeiner darum, die breit akzeptierten Regeln der Agency zu achten. Hilfslosigkeit, Ignoranz und Passivität mögen normale menschliche Eigenschaften sein, sie sind aber nicht die eines guten, effektiven Agenten (Meyer/Jepperson 2000: 107). Es ergibt sich hier unmittelbar eine Stratifikationsthese: Diejenigen

65 Dies ist eine wichtige Ressource von NGOs. Ihnen kommt gerade deshalb eine große »enaktierte Tugendhaftigkeit« zu, da sie sich als Agenten *aller* anderen darstellen können, also etwa als Agenten der Humanität oder der natürlichen Umwelt. Diese *other-orientation* definiert viele Hilfs-Organisationen erst als die »*do-gooders*« (Boli 1999: 296). Das glaubhafte Eintreten für universelle Ziele ohne ein dahinterstehendes »substantielles Eigeninteresse« (Willems 2000) schafft erst die nötige Legitimität, die zu dem Bedeutungszuwachs der NGO auf internationaler Ebene geführt hat.

Akteure, die am besten eine agentschaftliches Verhältnis ausbilden können, sind auch die, die sozial am besten angesehen sind (ebd.: 116).

Die Agentschaft für andere Akteure verweist darauf, dass moderne Akteure relativ schnell von der Agency für das Selbst zur Agency für andere Akteure wechseln können, also von *actorhood* auf *otherhood* umstellen können. Dies gelingt ihnen deshalb so problemlos, weil die Formen der Agentschaft sehr homologisch sind und in der externen kulturellen Welt standardisiert verfügbar gemacht werden. Darüber hinaus können moderne Akteure auch als Agenten für die vorgestellten Interessen von Einheiten, die keine Akteure sind und dem kulturellen System entnommen sind, mobilisieren, etwa für das Ökosystem, für das ungeborene Leben oder die »bislang unorganisierten Armen der Welt« (ebd.: 108).⁶⁶ Sie können dies, weil sie die Kompetenz zur Anwendung natürlicher und moralischer Gesetze verspüren, die in den Dienst einer weiten Palette legitimer Entitäten gestellt werden kann, unabhängig davon, ob es sich dabei wiederum um Akteure handelt oder nicht. Die vierte Dimension der Agentschaft, die Agentschaft für abstrakte Prinzipien, liegt quer zu den anderen drei und verweist auf das zweite Merkmal legitimer Akteure: die notwendige »Offenheit« gegenüber beratenden Instanzen.

Zu 2.) Um ein autorisierter Agent im Rahmen der beschriebenen Agentschaftstypologie zu sein, muss der ordnungsgemäße moderne Akteur auch für bestimmte allgemein geteilte abstrakte Prinzipien und moralische Gesetze Verantwortung übernehmen und dies zumindest implizit kommunizieren. Diese abstrakten Prinzipien sind Teil des übergreifenden Rationalisierungsprozesses; sie sind sozusagen dessen sakrale Grundwerte. Übernimmt ein Akteur sie nicht, riskiert er, als inkompetent oder korrupt bezichtigt zu werden. Die Agentschaft für abstrakt-ethische Prinzipien ist in der Praxis also immer involviert, kann aber auch für sich stehen. Wissenschaftler etwa, die abstrakte Modelle entwickeln, repräsentieren nicht eine einzige wahrgenommene Entität oder ein Interesse, sondern sind pure Agenten für bloße Prinzipien. Während andere soziale Theorien meist keine Erklärung für das außerordentliche Prestige von solchen Wissenschaftlern⁶⁷ haben, argumentiert der Neoinstitutionalismus, dass dies aus der Abhängigkeit der modernen Akteurschaft von der rationalisierten Kul-

66 Viele ökologisch orientierte NGOs sehen sich selbst als die Stimme derer, die keine eigene besitzen. Vgl. mit expliziter Betonung des Agentschaftsverhältnisses etwa den Buchtitel von Cornelsen (1991): »Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland«.

67 Die außerordentliche Anerkennung von derartigen Wissenschaftlern kann beispielhaft dadurch illustriert werden, dass das amerikanische *Time Magazine* Albert Einstein zum »Men of the Century« kürte.

tur natürlicher und moralischer Gesetze folge. Die Vermittler dieser Gesetze können als wichtige Autoritäten für die Aufrechterhaltung von Akteurschaft gesehen werden. »If fostering the actorhood states, organizations, and individuals is a crucial desideratum in the modern system, the consultants who help actors do so are prized authorities« (ebd.: 108). Zugespitzt: »The world polity, at the collective level, is organized as a set of consultants more than a set of actors« (Meyer 1999: 128).

Akteure sind keine »Herrscher« über ihre eigenen Interessen, sondern sie werden massiv von Beratern beeinflusst, die das Akteurshandeln auf legitime Interessen auszurichten versuchen. Zu diesen Beratungsinstanzen zählen transnationale Organisationen und wissenschaftliche Experten, Unternehmensberatungen und Managementausbildung, aber auch Therapeuten und Workshops, welche das Individuum zur rationalen Lebensführung anhalten. Moderne Akteure zeichnen sich folglich dadurch aus, dass sie sich in umfassenden Beratungsnetzwerken verorten lassen (Krücken/Meier 2003: 74).

Zu 3.) Moderne Akteure sind nicht beliebig in ihren Handlungsorientierungen. Sie müssen insbesondere die Transformierung unmittelbarer Bedürfnisse in für andere nachvollziehbare und stabile Interessen bewerkstelligen (Meyer/Boli/Thomas 1994), was man als Fähigkeit zur affekt-kontrollierten Nutzenmaximierung kennzeichnen kann. Um diese »unmittelbaren Bedürfnisse« analytisch genauer zu fassen, wird die Figur des *raw actor*⁶⁸ eingeführt. Der *raw actor* ist eine Entität, die eher unbewusst Zwecke verfolgt, welche ihr qua Sozialisierung oder der Sozialisation vorgängig, also biologisch, eingeschrieben sind. Diese Ziele können nicht-legitimierte oder legitimierte Selbstinteressen sein (Meyer/Jepperson 2000: 110). Meyer und Jepperson gehen offensichtlich davon aus, dass sich Akteure jeweils aus Anteilen von *raw actorhood* und von *agentic actorhood* zusammensetzen. Diejenigen, die die agentschaftliche Akteurschaft am besten ausbilden können, werden auch die gesellschaftlich anerkanntesten Rollen einnehmen. Hierbei ist der *raw actor* kein sozial-theoretischer Begriff, sondern bewegt sich innerhalb der beschriebenen Matrix. Er ist phänomenologisch gebraucht und damit ebenfalls sozial konstruiert. In der kulturellen Matrix, in der wir leben, lassen sich daher die vier dargestellten Formen von Principal-Agent-Strukturen und zusätzlich *raw actorhood* unterscheiden. Bei der *raw actorhood* handelt es sich nicht um ein Principal-Agent-Verhältnis; es ist somit keine repräsentatio-

68 Der Begriff des *raw actor* wird von Meyer/Jepperson (2000) nicht eindeutig verwendet. Zum einen wird er als eine Art Kampfbegriff gegen den realistischen Akteursbegriff ins Feld geführt. Zum anderen ist er ein analytischer Begriff in dem folgend ausgeführten Sinne.

nale Struktur gegeben. Raw bezieht sich also nicht auf den ontologischen Status, sondern meint in der Tat roh, unkultiviert, ungeformt, unreflektiert, affektiv und unmittelbar.⁶⁹

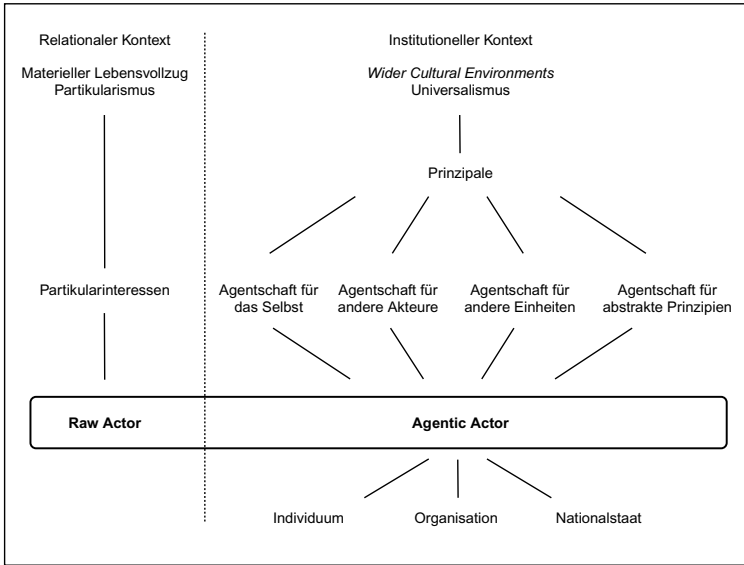
Letztlich, so meine Interpretation, zeichnet sich der *raw actor* für Meyer und Jepperson dadurch aus, dass er Partikularinteressen hat bzw. diese symbolisiert. Er handelt intentional und vertritt seine Belange, ohne auf die legitimierenden Muster, ohne auf die Principal-Agent-Doppelstruktur referieren zu müssen. Die Unterscheidung zwischen *agentic actor* und *raw actor* ist deckungsgleich mit der prinzipiellen neoinstitutionalistischen Unterscheidung zwischen institutionellen und relationalen Kontexten. Wendet man eine konstitutionstheoretische Lesart⁷⁰ des Neoinstitutionalismus konsequent an, dann wird *raw actorhood* nicht ontologisch vorausgesetzt, sondern ist selbst sozial konstituiert. *Raw actorhood* ist also eine Systemkategorie, die konstitutionstheoretisch ebenso zu erfassen ist wie die Principal-Agent-Akteurskonstellation mit ihren vier empirisch auffindbaren Ausformungen. Die Transformation von *raw actorhood* in *agentic actorhood* ist dann die Voraussetzung zur Expansion des (globalen) institutionellen Systems. Oder umgekehrt: die Universalisierung der Institutionen lässt sich als Prozess dieser Transformation auffassen.

Ziele, die Individuen verfolgen, können sie als *raw actor* verfolgen, dann würde man sie im materiellen Kontext ansiedeln, oder als agentchaftlicher Akteur im institutionellen Kontext. Erfolgreich werden sie aber nur in letzterem. Akteure, die in dieser Gesellschaft sozialisiert wurden, haben gelernt und verinnerlicht, dass sie sich mit der *raw actorhood* nicht durchsetzen können. Dies geht soweit, dass Individuen vor sich selbst die Interessen der *raw actorhood* negieren oder diffamieren (etwa als Egoismus oder Infantilität). Dies macht nochmal deutlich, dass sich der Begriff des *raw actor* nicht dazu eignet, sozialromantisch verklärt zu werden. Die materiellen Kontexte sind nicht »unschuldig« oder per se herrschaftsfrei.

69 Zentral ist Meyer und Jepperson also ein zum methodologischen Individualismus differenter Handlungsbegriff. *Raw actorhood* und damit die Annahmen des methodologischen Individualismus ließen sich wohl auch für Tiere postulieren und auf sie anwenden. Tiere können aber nicht *agentschaftlich* handeln.

70 An dieser Stelle verlasse ich die Exegese der Meyerschen Arbeiten und trage eine eigene Interpretation heran.

Abbildung 9: Die Akteursvorstellung des Neoinstitutionalismus nach Meyer/Jepperson (2000)⁷¹



In Bezug auf das Thema meiner Arbeit, das Verhältnis zwischen sozialer Bewegung und Organisation, erhält die Unterscheidung zwischen *raw* und *agentic actor* Bedeutung. Sie bietet die Chance, einen kritischen Begriff von Politisierung an sich zu gewinnen. Ein Beispiel aus den neuen sozialen Bewegungen mag dies verdeutlichen. Ein Problem jeder AKW-Bürgerinitiative war es, dass man Principal-Agent-Strukturen erst herstellen musste. Die betroffenen Bauern wollten meist einfach nicht, dass das AKW in der Nähe ihres Ackers gebaut wurde, ohne dabei Principal-Agent-Verhältnis auszuformen. Nun kamen die »Politisierer«, oftmals aus Großstädten angereist, und machten das Problem »politikfähig«. Sie stellten Expertise bereit, ordneten den AKW-Bau in einen größeren Kontext ein, halfen beim Aufbau einer Bürgerinitiative und verallgemeinerten das Problem (»Gorleben ist überall«). Kurz, sie halfen, Partikularinteressen in Principal-Agent-Strukturen zu transformieren. Es ist diese Struktur, die zur Ausdehnung der institutionellen Bereiche beständig beiträgt. In politischer Hinsicht unterscheiden sich an diesem Punkt reformistische und sich systemoppositionell begreifende Praktiken nicht, da beide eine Principal-Agent-Struktur installieren und dies als Politisierung ausgeben.⁷²

⁷¹ Eigene Grafik.

⁷² Es soll hier keineswegs der Kurzschluss nahe gelegt werden, dass man aus diesem Verhältnis voluntaristisch herauspringen kann. Dies erscheint fast

Zur Beschreibung des inneren Zusammenhangs zwischen Prinzipal und Agent greifen Meyer/Jepperson (2000) auf ihre Theoriefigur der kontextuellen Doppelstrukturierung zurück, allerdings ohne dies explizit zu machen. Die Spannung zwischen Prinzipal und Agent innerhalb eines Akteurs, zwischen legitimiertem Selbst und Agency für dieses Selbst, generiert erhebliche Inkonsistenzen und Widersprüche (wie in jeder Principal-Agent-Beziehung). Diese Spannung befördert eine weitere kulturelle Entwicklung und macht sozialen Wandel erklärbar. In historischer Perspektive kann dieser Prozess als Rationalisierung von der Gier zur Nutzenmaximierung aufgefasst und als ein beachtlicher Disziplinierungsprozess interpretiert werden, in dem die Handelnden Formen der Selbstkontrolle einüben.

Viele der tiefen Widersprüche von »Interessen«, denen moderne Akteure zu begegnen haben, sind die zwischen dem Interesse des zugrunde liegenden Selbst und dem der hoch standardisierten und eingeübten (»enacted«) Agentschaft. Das zugrunde liegende Selbst hat Ziele zu verfolgen und Interessen zu wahren. Der Agent ist gefordert, diese Interessiertheit effektiv – und immer im Einklang mit allgemeinen Prinzipien und Wahrheiten – zu managen. Diese Struktur befördert Widersprüche und Spannungen.

Die Unterscheidung zwischen materiellen und institutionellen Kontexten geht aber noch eine Ebene tiefer. Die Annahme realistischer Theorien, dass der Mensch Interessen habe, führt ebenfalls ins Leere. Menschen haben einen *raw actor* »in sich« oder entwickeln Bedürfnisse. Interessen haben lediglich Individuen. Wenn Individuen Interessen formulieren, etwa am Erhalt der Umwelt, dann begeben sie sich auf die AkteursEbene und damit in Strukturanalogie zu Organisationen und Staaten. Sie sind dann auf der Ebene des institutionellen Kontextes angesiedelt. Wenn genügend Ressourcen vorhanden sind, kann nun das (institutionelle) Spiel mitgespielt werden. Nur als Interesse ist etwas organisierbar bzw. kann etwas »politisiert« werden. »Interesse« ist in diesem Sinne ein »Kommunikationsmedium im politischen System, in das individuelle Motive erst zu übersetzen bzw. an das sie anzuschließen sind« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 276). Organisationen konstituieren in diesem Zusammenhang Agenten für politisch-spezifische Zwecke und stellen über die Kategorie des Interesses Subsumtionsangebote für mehr oder weniger ähnliche Motive, Bedürfnisse und Ziele von Menschen bereit (ebd.)

Die kontextuelle Doppelstrukturierung lässt sich auf die drei Akteursformen Staat, Organisation und Individuum herunterdeklinieren. Immer

unmöglich, zumal selbst bei Gelingen nicht klar wäre, ob damit im Hinblick auf die Reduzierung von Herrschaft etwas gewonnen wäre.

sind die Leistungen eines agentschaftlichen Akteurs nur lose gekoppelt mit den Strukturen des Handelns selbst. Die Techniken von Nationalstaaten sind beispielsweise stark entkoppelt von den lokalen Praktiken (Boli 1987). Eine spezifische Entkoppelungsleistung moderner Individuen liegt in der Fähigkeit, schnell von lokalen Erfahrungen auf die Agentschaft für die »hohe Kultur« umschalten zu können.

6.3.3.3 Die dominanten Struktur- und Akteursformen der World Polity

Meyer identifiziert drei dominante Struktur- bzw. Akteurformen im globalen Rahmen, die zur institutionellen Formierung einer Weltgesellschaft beitragen und deren Interessen in universalistischen *terms* verfasst sind: der Staat als zentrale Organisationsform, formale Organisationen als grundlegende Einheiten und das rationale Individuum als Handlungsträger (Meyer 1980). Mit der Hervorhebung dieser drei dominanten Akteurformen entwertet Meyer andere soziale Einheiten wie Stämme, Clans, Familien, ethnische Gruppen oder *communities* (Meyer 1999: 124). Staat, formale Organisation und Individuum legitimieren sich hingegen als »ordnungsgemäße Akteure« einander reziprok (Meyer et al. 1997: 168).

Dem Nationalstaat wird in der World Polity eine zunehmende und überragende Bedeutung zugemessen. Sie sind die primären legitimen Akteure der World Polity. Zugespitzt: »If you are not a state, you are nobody in world politics« (Finnemore 1996: 332). Nur den Staaten kommt legitime Macht über Territorien, Bevölkerung und Gewaltmittel zu (Meyer 1980: 118f). Nationalstaaten firmieren als zentrale Adressaten von globalen institutionellen Erwartungen, etwa auf den Gebieten des Rechts, der Politik, der Bildung, der Umwelt oder der Gesundheit, welche meist von Organisationen an sie herangetragen werden. »Der Staat greift demzufolge die globalen Erwartungshaltungen auf, institutionalisiert sie, und erzeugt auf diese Weise mit seiner eigenen Autorität zugleich gesellschaftliche Normen, d.h. der Nationalstaat ist in dieser Sicht gewissermaßen ein Vollzugsorgan weltgesellschaftlicher Anforderungen« (Wobbe/Otte 2000: 456).⁷³

Mit der bisherigen Darstellung des Neoinstitutionalismus sollte deutlich geworden sein, dass auch Nationalstaaten nicht so sehr als das Produkt ihrer inneren Kräfte und einer eigenständigen historischen Entwicklung betrachtet werden, sondern als mehr oder weniger exogen konstruierte Entitäten. In der modernen Gesellschaft hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten, und intensiviert nach dem Zweiten Weltkrieg, ein »Kult

73 Zur Fassung des Nationalstaats im Neoinstitutionalismus vgl. ausführlich McNeely (1995).

des Nationalstaats« (Lechner 1989: 17f) als wichtiger Teil der entstehenden globalen Kultur herausgebildet. Die Idee des Nationalstaats hat sich so in den vergangenen Jahrzehnten als »ein wirkungsmächtiges Movens der weltweiten Standardisierung institutioneller Formen« erwiesen, wie Stichweh (2000: 41) unter Bezugnahme auf Wallerstein und Meyer formuliert.

Meyer und seine Mitarbeiter haben in vielen empirisch ausgerichteten Studien ihre theoretische Position untermauert. Diese Arbeiten haben in überzeugender Weise nicht nur gezeigt, wie stark sich zentralisierte Staaten in allen Winkeln der Erde entwickelt haben. Sie haben auch das enorme Ausmaß an Isomorphie, etwa in Bezug auf ihre nationalen Verfassungen, nachgewiesen. Diese Isomorphie ist dabei relativ unabhängig von der Stellung des Staates in der Weltökonomie.⁷⁴ Von ihrer Struktur her ähneln sich Staaten des Zentrums, der Semiperipherie und der Peripherie sehr: »in the face of enormous and continuing world economic inequalities, strong and stable states (if not regimes) rise in the periphery, elaborating state bureaucracies and the services of post-industrial society« (Meyer 1980: 112). Staaten folgen einem Prozess der Standardisierung, und zwar nicht aus strategischen Orientierungen heraus, sondern lediglich, weil sie als moderner Staat Anerkennung haben wollen.

Zunächst paradox anmutend sieht der Neoinstitutionalismus die Dynamik der World Polity nicht nur im Zusammenhang mit unmittelbaren Standardisierungs- und Homogenisierungsprozessen. Auch Prozesse ethnischer, religiöser oder nationalistischer Fragmentierungen werden nicht als eine Gegenbewegung zur Ausbreitung einer singulären Weltkultur gedacht, sondern anders herum als deren Ergebnis interpretiert (Jung 1998: 246). Die explizite Zurückweisung von weltkulturellen Prinzipien durch derart motivierte Bewegungen erfolgt meist lediglich plakativ. Insbesondere die soziale Ordnung dieser Bewegungen geht konform mit den vorherrschenden rationalistischen Modellen. »These movements mobilize around principles inscribed in world cultural scripts, derive their organization capacity from the legitimacy of these scripts, and edit their supposedly primordial claims to maximize this legitimacy. [...] While they violate some central elements of world-cultural ideology, they nonetheless rely heavily on other elements« (Meyer et al. 1997: 161). Als Beispiel nennen Meyer et al. religiöse Fundamentalisten, die zwar den extremen Naturalismus von Modernität zugunsten des Glaubens an einen unanfechtbaren Gott verwerfen mögen, gleichzeitig jedoch an zentrale weltkulturelle Konzepte wie Nationenbildung, Massenschulung, rationalisierte

74 Insgesamt behauptet der Neoinstitutionalismus eine relative Autonomie der World Polity von der Weltökonomie im engeren Sinne (Beyer 1994: 24).

Gesundheitsvorsorge und Professionalisierung appellieren. Allgemein würden so nationalistische und religiöse Bewegungen Isomorphismus eher befördern und intensivieren, als ihm widerstehen.

Ironischerweise produziert nach Meyer et al. (1997: 172f) die Strukturierung internationaler Beziehungen an den Maßgaben universeller weltkultureller Modelle mehr Mobilisierung und Wettbewerb (und damit auch Konflikt⁷⁵), als dies in einer genuin segmentierten Welt vorkommen würde. Der wachsende Konsens bezogen auf die Bedeutung und den Wert von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten bringt zahlreiche und intensive Kämpfe hervor, in denen die Akteure versuchen, die geteilten Ziele von Unabhängigkeit, Autonomie, Fortschritt, Gerechtigkeit und Gleichheit zu erreichen. Diese Kämpfe oder allgemein die ansteigende Zahl globaler sozialer Probleme sind eben gerade nicht Ausdruck von fortschreitender Fragmentierung innerhalb der Weltgesellschaft, sondern Zeichen für das angenommene Ausmaß, die Stärke und Durchschlagskraft weltkultureller Institutionalisierung (ebd.: 175). Der World Polity-Ansatz bildet somit auch ein Gegengewicht zu postmodernen Theorieansätzen⁷⁶ in der Globalisierungsdebatte, »die dazu neigen, mit dem Axiom kultureller Partikularität Prozesse der Fragmentierung und Entgrenzung theoretisch zu reifizieren« (Jung 1998: 247). Phänomene der Fragmentierung erscheinen in der Perspektive des Neoinstitutionalismus nicht als gegenläufige Entwicklungen zum Prozess sich intensivierender globaler Vergesellschaftung.

6.3.3.4 Eine Welt »generalisierter Anderer«

In seinem Aufsatz »Rationalized Environments« von 1994 beschäftigt sich Meyer ausführlich mit der Frage, wie die Expansion und die durchschlagende Kraft des weltweiten Modernisierungsprozesses zu erklären sei. In welcher Art und Weise wirken die die Weltgesellschaft strukturierenden Einheiten zusammen?

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass die Weltgesellschaft eben nicht einen oder wenige souveräne und kollektive Akteure hat, welche die Weltgeschichte lenken. Es gibt keinen zentralen, kollektiven Akteur, der legitimiert wäre, Kräfte zu mobilisieren, um eigene Ziele durchzusetzen. Im Gegenteil haben die Organisationen und Professionen der Weltgesellschaft wenig Macht und damit auch wenig Verantwortung. Das Weltsystem ist »built of organized subunit actors – several hundred nation-states, a great many firms, and billions of legitimated persons with their repre-

75 Vgl. hierzu Zald (1999).

76 Vgl. für eine Übersicht über postmoderne Theorieansätze im Bereich Internationale Beziehungen Albert (1994).

sentative groups – but has only very weak collective actors in it« (Meyer 1994: 45).⁷⁷ Die Weltgesellschaft ist definiert durch ihre »Staatslosigkeit« (Meyer et al. 1997: 169).

Meyer will eine Begrifflichkeit gewinnen, die den weltweiten Rationalisierungsprozess fassen kann, ohne dabei mit Konzepten zu agieren, mit denen klassischerweise *Akteurschaft* verbunden wird. Implikationen wie Souveränität, interne Kontrolle, Selbstinteressiertheit, klare Grenzen und unabhängige Ressourcen sind nach Meyer nicht geeignet, die sozialen Einheiten einer supranationalen Welt zu beschreiben (Meyer 1994: 46). Eher würde die moderne Weltgesellschaft Elemente von klassischer *Agentschaft* aufweisen. Aber auch dies trifft es nicht ganz, da es kein definierbares Set von noch vorhandenen übergeordneten Akteuren gibt, für die Agentschaft übernommen werden könnte. Die *agents* sprechen – wie in Kap. 6.3.3.2 gesehen – vielmehr über Themen wie allgemeine Menschenrechte, wissenschaftliche Gesetze sozioökonomischer Entwicklung oder die natürliche Umwelt. Außerdem führen sie nicht anstelle anderer übergeordneter Akteure abgeschlossene Handlungen aus, sondern produzieren lediglich allgemeine Normen, wissenschaftliche Prinzipien oder Ratschläge. *Agentschaft* nach klassischem Verständnis trifft es auch deshalb nicht, weil die entsprechenden Einheiten auf Weltniveau für etwas sprechen, was kein sozialer Akteur ist (etwa für die Weltgesellschaft, die Menschlichkeit, die Wahrheit oder die Moral). Aber es scheint so, als ob sie den Akteuren sagen, was getan werden muss, was rational und was effektiv ist (ebd.: 46f; vgl. auch Meyer 1999:128f; Meyer/Jepperson 2000).

Meyer macht deshalb die Meadsche Kategorie des »generalisierten Anderen« für seine Überlegungen fruchtbar. Der generalisierte Andere repräsentiert für George Herbert Mead die Gesellschaft als solche mit ihren Normen, Werten, Institutionen, mit dessen Augen das Individuum sich wahrnimmt (Mead 1973). Nach Meyer ist die gegenwärtige Welt angefüllt mit eben diesen generalisierten Anderen, die die nationalen, organisationalen und individuellen Akteure mit reflexiven Beschreibungen ihrer ordnungsgemäßen Rolle versorgen. Sie stellen Identitäten, Strukturen und Rezepte für Handlungsroutinen zur Verfügung, welche für die heutige universalisierte und rationale Gemeinschaft Sinn machen. Sie sind daher nicht im eigentlichen Sinn Akteure. Wie Wissenschaft und Experten produzieren sie nicht im eigenen Interesse zweckvolle Handlungen, sondern beschränken sich: »They tell constituted actors about the true nature of the world [...] and about how proper actors might achieve their proper ends in this world« (ebd.: 47). Sie vergrößern ihre Legitimität durch die

77 Meyer bezieht diese Einschätzung beispielhaft sowohl auf Professionsgruppen als auch auf das UN-System.

Inkorporierung weltkultureller Konzeptionen über gelungene Strukturen und Handlungen, wobei sie sich selbst nach den neuesten Definitionen anerkannten, rationalen und progressiven Verhaltens ausrichten (Boli 1999: 297f).

Die charakteristische Haltung der *generalized others* in Bezug auf Handlungen und Verantwortungsübernahme in der realen Welt ist dabei desinteressiert. So kann es passieren, dass ein amerikanischer Ökonom dem turkistanischen Staat Ratschläge erteilt, wie sich dieser als rationaler kollektiver Akteur strukturieren soll. Beispiele für generalisierte Andere sieht Meyer in der Rolle der UN, der Weltbank, dem großen Set an Handelsorganisationen oder der verschiedenen europäischen Organisationen. Die dort wirkenden Experten bemühten sich als eine Art »institutionalisiertes Weltbewusstsein« darum, so Meyer in einer polemischen Formulierung, dass »es auch in der Mongolei Schulmilch, auch an tansanischen Universitäten Gleichstellungsbeauftragte und sogar im britischen Geschichtsunterricht Distanz zu ungebremstem Nationalbewußtsein gibt« (zit. n. Kaube 2000). In den letzten Jahren wird insbesondere die Rolle der NGO-Community hervorgehoben (Boli/Thomas 1999). Alle diese Einheiten fungieren als regulatorische Andere, »managing, but also constructing, the agreements among and long-run interests of true actors such as human beings, national states, and organisations in light of more general natural and moral laws« (Meyer 1994: 47).

Eine mit rationalisierten Anderen angefüllte Weltgesellschaft unterscheidet sich kategorial von einer Welt mit einem oder mehreren zentralen kollektiven Akteuren. Eine genuin zentralisierte Weltgesellschaft würde eine simple und restriktivere Umwelt für Nationalstaaten und Organisationen hervorbringen. Ein starkes Zentrum würde selbst Handlungsverantwortung übernehmen und dabei spezifische Kontrollen, Funktionen und Rechte entwickeln, um etwa das Ozonloch zu managen oder die intranationalen Menschenrechte zu regulieren. Es müsste dann alle diese neuen Ansprüche kontrollieren und koordinieren. Wenn die Weltgesellschaft ein organisierter Akteur wäre, würde jeder neue Anspruch neue Handlungsverantwortung begründen (ebd.: 48f).

Die Anderen der Weltgesellschaft, die internationalen Organisationen und Professionen, haben hingegen nur wenig bis gar keine Handlungsverantwortung. Ihre Rolle ist es, expandierende rationalistische Ideen zu entwickeln bezüglich der Entwicklung von Rechten, Macht und Handlungsverantwortung von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten. All dieses verbindet sich zwar mit einem Hochmaß an Respekt der Akteure untereinander, mit einer Ausweitung individueller Rechte und Funktionen und mit einer erweiterten Konzeption der natürlichen Umwelt, nicht aber mit faktischer Handlungsverantwortung für die Welt insgesamt. Wir

haben es mit einer gleichermaßen fragmentierten und rationalisierten Weltgesellschaft zu tun. Rationalisierung ist dabei ein expansiver, aber unkontrollierter Prozess, der Impulse aus zahlreichen Quellen, etwa der Wissenschaft und der staatlichen Politik bezieht, dabei aber gleichgültig gegenüber Problemen ist, die aus faktischen (meist lokal situierten) Handlungszusammenhängen resultieren. Gesellschaftliche Probleme werden nur dann angegangen, wenn sie sich in die bestehenden institutionalisierten Regeln einfügen (Jepperson/Meyer 1991).

An dieser Stelle ist es sinnvoll, sich nochmal die These der kontextuellen Doppelstrukturierung zu vergegenwärtigen und auf Weltniveau zu übertragen. Offensichtlich bringt die *world of otherhoods* weltweit sich verallgemeinernde Institutionalisierungen hervor, die von lokalen kooperationalen⁷⁸ Zusammenhängen entkoppelt sind. Die Kategorie des »Anderen« markiert dabei allgemein die institutionelle Struktur des Weltsystems. Die generalisierten Anderen der Weltgesellschaft bringen homogenisierende, institutionelle Strukturierungen hervor und tragen damit zur Lösung von Legitimationsproblemen bei, sind aber desinteressiert bezogen auf die realen weltgesellschaftlichen Verhältnisse. »*Legitime Praxisformen, Akteurs- und Realitätskonzeptionen werden zunehmend nach westlichen, universalistischen rationalen Vorstellungen über die adäquate Funktionsweise der modernen Gesellschaft homogenisierend fremdstrukturiert.* Dies geht mit der institutionellen Normalisierung, Standardisierung, Uniformisierung – vor allem Organisation – sozialer Praxisformen einher« (Schäfer 2000: 367). Die Homogenisierung der institutionellen Struktur des Weltsystems kann deshalb auch als Verdinglichungsprozess, bzw. als Vernichtung oder Desymbolisierung⁷⁹ kontingenter Handlungsweisen gesehen werden.

Die Akteure der Weltgesellschaft sind dabei zunehmend mit dem Problem sich widersprechender Erwartungszusammenhänge konfrontiert. Mit dieser Gleichzeitigkeit nicht aufeinander abgestimmter Umwelterwartungen müssen sich alle Akteure der World Polity, Nationalstaaten, Organisationen und Individuen, auseinandersetzen. Auf der Ebene nationalstaatlicher Politik etwa finden wir die Gleichzeitigkeit innenpolitischer Erwartungen und transnationaler Einbindungen. Aber auch die Erwartungsstrukturen der World Polity selbst sind heterogen. So können Belan-

78 Vgl. zu Begriff, Schreibweise und theoriestrategischen Verwendung dieses Begriffes Kapitel 7; aber auch Türk (1995).

79 Der Begriff der Desymbolisierung wird hier der materialistischen Sozialisationstheorie Lorenzers entlehnt. Er meint »strukturell restringierte Kommunikation, die bestimmte Strukturen dethematisiert« (Türk 1999: 52). Vgl. zur spezifischen Begriffsverwendung in dem hier behandelten Kontext Stolz/Türk (1992) und Bruch (2000: 175ff).

ge des Umweltschutzes oder Menschenrechtsforderungen in Konflikt geraten zu Anforderungen des technischen Fortschritts oder der Intensivierung ökonomischer Beziehungen. Je heterogener die Erwartungsstrukturen sind, desto mehr werden Staaten dazu tendieren, ihr Handeln entsprechend institutioneller Vorgaben auszurichten und allgemein anerkannte Handlungsroutinen zu vollziehen. Der Einbezug nichtstaatlicher Akteure, etwa der NGOs, ist dann in diesem Sinne höchst rational. Der enorme Anstieg internationaler NGOs nach dem Zweiten Weltkrieg und deren insgesamt gewachsene Bedeutung, bzw. allgemein die »Explosion der Organisierung« (Meyer 1994: 52), kann aus diesem Sachverhalt heraus erklärt werden. Die internationalen NGOs übernehmen die weltpolitische Funktion, Interessenslagen aufzugreifen, die am Souveränitätsprinzip der Nationalstaaten scheitern müssen (Stichweh 2000: 61). Gleichwohl geraten Nationalstaaten unter den Bedingungen eines rapiden Anwachsens der *otherhoodness* immer mehr unter Druck, ihre Verantwortlichkeitsbereiche auf ein weites Feld neuer sozialer Probleme auszudehnen, obwohl die einzelnen Forderungen in Gegensatz zu einander stehen können (Meyer 1999: 137; Meyer 1994).

Wenn es stimmt, dass wir heute weltweit eine zunehmende Auflösung eindeutiger und homogener Erwartungsstrukturen erleben, dann treten an die Stelle der Punkt-zu-Punkt-Entsprechung von institutioneller Vorgabe und Handlung immer häufiger Uneindeutigkeiten, Ambivalenzen und Widersprüche (Hasse/Krücken 1999: 58).⁸⁰ Die Entwicklung rational-legitimer Verfahren bekommt so eine noch größere Bedeutung. Hierzu zählt vor allem die Propagierung einer bestimmten Diskussions-Kultur, die Verantwortung für Entscheidungen parzelliert. Auch hier gilt: Gegenüber den »realen Effekten« bleiben diese Prozeduren desinteressiert.

6.3.3.5 *Rational Voluntaristic Authority*

Wie lässt sich die Herrschaftsform der World Polity begrifflich und historisch genauer fassen? John Boli (1999) führt hierzu die Figur einer sich immer weiter konturierenden *rational voluntaristic authority* ein. Der Begriff erweitert das von Max Weber (1980) entwickelte idealtypische Raster der drei Formen von Herrschaft um einen vierten Typus. Boli stellt dazu zunächst fest, dass sowohl von der Öffentlichkeit als auch von der Sozialwissenschaft heutzutage der Typus der legal-rationalen Herrschaft als dominant wahrgenommen wird, während die Idealtypen traditionaler oder charismatischer Herrschaft eher unbedeutend geworden sind.

⁸⁰ Dies sind Entwicklungen, wie sie unter der Überschrift der Risikogesellschaft diskutiert werden; vgl. dazu Japp (1996).

Wie aber gerade die Prozesse der massenweisen Herausbildung internationaler NGOs und allgemein die Strukturen der *world of otherhood* zeigen, geht *authority* nicht immer in direkter Herrschaft im ursprünglichen Sinne auf. Während Formen der legal-rationalen Herrschaft in der World Polity exklusiv für Nationalstaaten reserviert sind (Boli 1999: 277), finden sich in den weltweiten Interaktionsprozessen der internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen hauptsächlich Mechanismen rational-voluntaristischer Herrschaft. Die Abwesenheit eines zentralen Herrschers in der Weltgesellschaft intensiviert diese Mechanismen. »If there is no world state, world actors must rely absolutely on self-generated structures of authority and action; the *deus ex machina* of the state is not available« (Boli 1999: 280).

Die Kategorie der *rational voluntaristic authority* ist nicht identisch mit dem Konzept der generalisierten Anderen. *Otherhoodness* existiert auch in Herrschaftsverhältnissen, die stärker durch die anderen drei idealtypischen Formen legitimer Herrschaft bestimmt sind. Während *Otherhood* also ein grundlagentheoretischer Begriff des World Polity-Ansatzes darstellt, handelt es sich bei der *rational voluntaristic authority* um einen empirisch-historisch identifizierbaren (vierten) Typus legitimer Herrschaft, der nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutender wird. Rational-voluntaristische Herrschaft bezieht sich auf eine Legitimität, die sich nicht mehr vornehmlich ökonomisch über Ressourcen oder über eine nationalstaatliche Legitimität ausbildet, sondern die auf einer anderen Ebene angesiedelt ist und die aktuell in dem Diskurs über Global Governance produziert wird. Bezogen auf NGOs heißt das, dass diese zwar besonders gut eine *Otherhoodness* ausbilden können. Sie haben sie aber weder erfunden noch ist sie für deren Agieren reserviert.

Inhaltlich gründet sich *rational voluntaristic authority* nicht auf direkter Herrschaft, sondern auf den frei ausgeübten Verstand, mit dem als gleich vorgestellte Individuen kollektive Entscheidungen treffen, und zwar durch deliberative Prozesse, die prinzipiell für alle offen sind. In diesem Modell determinieren nicht Macht oder Interessen, sondern Nutzen und Rationalität im Weberschen Sinne das Ergebnis. Das Modell geht davon aus, dass die Interessen der involvierten Individuen nicht vollkommen unvereinbar sind, sondern der rationale Prozess selbst zu einem geteilten Verständnis führt. Eigeninteresse wird derart nicht ausgeschaltet, sondern wird kontextualisiert unter der Einsicht in die Wichtigkeit kollektiver Interessen als essentiell für das erfolgreiche Umsetzen eben dieser Eigeninteressen. Der rationale Voluntarismus tritt im weltkulturellen Rahmen als die moralisch überragende Form der Organisation von Autorität in Erscheinung. Er begründet das Ideal, nach dem alle streben sollen (Boli 1999: 273).

Eigeninteressiertes Handeln ist heute weltweit als moralisch einwandfrei konstruiert – allerdings nur in bestimmten Grenzen. »Nacktes« Selbstinteresse geht zu weit. Selbstinteresse muss sozusagen aufgeklärt sein. Der selbstinteressierte Akteur muss sowohl die legitimen Interessen der anderen als auch kollektive Interessen wie Ordnung, Stabilität und Rechtmäßigkeit zur Kenntnis nehmen. Um als Agent von sich selbst erfolgreich zu sein, muss ein Akteur ebenso als ein Agent für das Ganze auftreten (ebd.: 295).

Die Konzeption einer egalitären Gesellschaft der Individuen war zentral für die bedeutenden Moralphilosophen der westlichen Kultur, die sich um den Begriff des sozialen Kontrakts gruppierten: Hobbes, Locke und Rousseau. Heutzutage finden sich die prinzipiellen Elemente dieser Konzeptionen etwa in dem Habermasschen Ideal des herrschaftsfreien öffentlichen Diskurses (Habermas 1981; 1994), in der Theorie der Gerechtigkeit eines John Rawls' (1975) oder in Lawrence Kohlbergs »Theorie der Moral« (Boli 1999: 274). In all diesen Theorien ist das Prinzip des rationalen Voluntarismus fundamental, welches sich immer auf der liberalen Idee von den souveränen, freien und gleichen Individuen gründet.

Das Medium der *rational voluntaristic authority* ist das des »Diskurses«. ⁸¹ Für die Rationalitätsgenerierung innerhalb der World Polity gewinnt daher die Implementierung konsensuell-dialogischer Politikformen ⁸², seien es die Einbindung von NGOs in die diversen UN-Prozesse oder die im nationalstaatlichen Rahmen stattfindenden Dialoge (Enquete-Kommissionen, Energiekonsensgespräche, Mediationsverfahren, runde Tische), immer mehr an Bedeutung. Die Inszenierung von Diskursen gehört zu den entscheidenden Funktionen und Aufgaben von Akteuren der Weltgesellschaft (Eder 1997: 52). Erinnert sei hier an die Ausführungen in Kapitel 3.2.2.3, in der der Institutionalisierungsprozess sozialer Bewegungen als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen gefasst wurde und ebenfalls die zunehmende Bedeutung konsensuell-dialogischer Formen hervorgehoben wurde. Unter Rückgriff auf den Bewegungswissenschaftler Klaus Eder wurde dort argumentiert, dass eingedenk der Komplexität (globaler) Problemlagen einfache und autoritär durchsetzbare Lösungen kaum noch möglich sind. Konsensuell-dialogische Politikformen, also Formen einer *rational voluntaristic authority*, fungieren in diesen Rahmen als »Orte«, an denen die Legitimität kollektiven Handelns hergestellt wird. Egal, was inhaltlich als Ergebnis dieser Prozesse herauskommt, es

81 »Diskurs« wird hier im Habermasschen Sinne verwendet. Risse und Ropp (1999) sprechen in fast gleichem Zusammenhang von einer *argumentative rationality*.

82 Für eine sehr ausführliche Darstellung der angesprochenen »Diskurs- und Verhandlungsverfahren« vgl. Feindt (2001).

hat schon deshalb eine große Legitimität, weil es alle relevanten Akteure in einem rationalen und möglichst transparenten Prozess produziert haben. Riskante und in ihren Auswirkungen nur schwer überschaubare Entscheidungen werden also dadurch akzeptabel, dass die moralische Verantwortung auf möglichst viele Beteiligte verteilt wird. Bezogen auf ihre inhaltlichen Ergebnisse sind derartige Verhandlungssysteme »desinteressiert«. Die Legitimität kollektiven Handelns im Sinne der *rational voluntaristic authority* beruht auf der rationalen (und wissensbasierten) Koordination von Dissens.

Also: Für die Neo-Institutionalisten ist das moderne Modell von *rational voluntaristic authority* inzwischen als eine dominante ideologische Form in die Weltkultur inkorporiert, wobei es die international agierenden NGOs waren und sind, die sozusagen als Speerspitze der *otherhood-community* zum Aufstieg dieser besonderen Rationalität moderner Vergesellschaftung entscheidend beigetragen haben. Deren Autorität ist, wie deutlich werden sollte, nicht zwingend oder kommandierend, sondern kulturell bedingt (Boli 1999: 298). Sowohl für internationale NGOs als auch für internationale Regierungsorganisationen ist das Modell der *rational voluntaristic authority* somit das verbindende Ideal, welches in organisationalen Strukturen und organisationaler Ethik vollzogen (»enacted«) wird (ebd.: 276). Umgekehrt liegt in der Prominenz der *rational voluntaristic authority* auf Weltniveau der Schlüssel zum Verständnis der gewachsenen Bedeutung von NGOs und der zunehmenden Diskussion um eine Global Governance.

6.3.3.6 Soziale Bewegungen und NGOs

Im Folgenden werden neoinstitutionalistische Argumente auf den Themenkomplex »NGOs und soziale Bewegungen« angewendet und damit eine eigene Interpretation an den Ansatz herangetragen. Zunächst ist dazu der weite NGO-Begriff der Neoinstitutionalisten einzuschränken. Im Folgenden sollen daher lediglich diejenigen NGOs näher behandelt werden, die sich im Kontext sozialer Bewegungen verorten, die als unmittelbar »world-polity-oriented« (Boli/Thomas 1999a) gelten und die in der gängigen NGO-Literatur vornehmlich behandelt werden. Während der Neoinstitutionalismus NGOs als Agenten weltkulturell verankerter Prinzipien konzipiert, soll zumindest für diese besondere Gruppe von NGOs eine Erweiterung erfolgen. Untersucht man nämlich das Verhältnis zwischen NGOs und sozialen Bewegungen, so rückt soziale Bewegung als ein weiterer Prinzipal von NGOs ins Blickfeld.

Entgegen der Pointierung des Neoinstitutionalismus (Boli/Thomas 1999; Meyer/Jepperson 2000) treten die »World-Polity-related-NGOs«

nicht nur für die Menschenrechte, das Ökosystem oder den Frieden auf, sondern oftmals für eine bestimmte Menschengruppe (Arbeiterklasse, Ökologiebewegung, Menschenrechtsbewegte). Die Agentschaft für abstrakt-ethische Prinzipien ist offensichtlich nicht die *differentia specifica* von NGOs. Diese Agentschaft müssen alle Akteure ausbilden. Selbst transnationale Konzerne werden ihr Handeln nicht mit purem Eigennutz erklären, sondern etwa mit Verweis darauf, dass sie im Dienste des Wohlstands der Nationen agieren. Die fast ausschließliche Orientierung an Prinzipien obliegt idealtypisch den Experten und Professionen. Zwar mögen auch NGOs für die Menschenrechte als Prinzip eintreten. Doch in der Regel argumentieren sie immer für eine bestimmte Gruppe, denen sie ein Sprachrohr sein möchten.

Fasst man derart die sozialen Bewegungen als referentiellen Bezugspunkt der bewegungsnahen NGOs, den sie selbst als Prinzipal erst konstituieren, so fällt das sonst üblicherweise diskutierte Repräsentationsdilemma der NGOs in sich zusammen, eben weil NGOs und soziale Bewegungen schon logisch ein Konstruktionsverhältnis ausbilden. NGOs repräsentieren in diesem Sinne nicht soziale Bewegungen, sind nicht deren soziale Kerne, sondern umgekehrt konstituieren sie die sozialen Bewegungen als ihre »Basis«.⁸³

Auch das Verhältnis zwischen NGOs und sozialer Bewegung kann unter dem Gesichtspunkt der kontextuelle Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität analysiert werden. Durch die Konstituierung von NGOs als Akteure, sind diese qua Definition im institutionellen Kontext angesiedelt. Zwar haben sie ihre materiellen Korrelate (z.B. Gebäude, Büros, Personal). Sie sind jedoch als selbständige, von jedermann spontan identifizierbare Einheiten nur auf der institutionellen Ebene existent. Dies macht ihren Akteurstatus im Kern aus. Die Abgrenzbarkeit zu anderen Entitäten entsteht dabei durch die Gebildedimension von Organisation. Erst dadurch, dass die juristische Person *Greenpeace* konstituiert wird, kann ich das Büro von *Greenpeace* mit seinem Namensschild an der Tür unterscheiden von dem Büro nebenan.⁸⁴

83 Dies ist auch prinzipiell der Unterschied der neoinstitutionalistischen Principal-Agent-Theorie zur rechtstheoretischen Argumentationsfigur, die die Existenz des Prinzipals ontologisch voraussetzt.

84 Kein Akteur, nicht einmal das Individuum, ist auf der relationalen Ebene spontan von jedermann identifizierbar und abgrenzbar. Auf der relationalen Ebene besteht nur ein Gesamtsystem von Arbeitsteilung, von Lebensprozess, von Ko-Operation. Es ist möglich diesen Prozess auf der materiellen Ebene zu differenzieren; er würde sich aber nicht differenzieren nach Akteuren. So könnte zwar unterschieden werden, ob jemand auf dem Bau oder am Computer arbeitet, ob jemand mit Leuten arbeitet oder viel draußen ist. Es kann aber auf der relationalen Ebene nicht entschieden werden, welcher

Die soziale Bewegung wird von der NGO als Prinzipal und damit als Nicht-Akteur konstituiert. Der Prinzipal selbst kann logisch kein Akteur sein. Er wird somit im materiellen Kontext angesiedelt und dort sichtbar gemacht. Der Prinzipal soll wahrgenommen werden und deshalb wird seine Existenz postuliert. Es wird behauptet, dass es soziale Bewegungen als für sich identifizierbare Einheiten auf der materiellen Ebene gibt. Diese seien zwar amorph und nicht sofort greifbar, letztlich aber – wenn man nur den nötigen Durchblick hat – identifizierbar. Bewegungsorganisationen postulieren, auf der materiellen Ebene seien soziale Bewegungen als dissidente Lebensformen mit einem bestimmten Inhalt erkennbar, d.h. eine Mustererkennung würde auf der materiellen Ebene funktionieren. In einem zweiten Schritt wird dann formuliert, dass man von diesem Prinzipal autorisiert sei, in seinem Namen zu sprechen.

Die hier eingeschlagene Argumentation steht in scharfem Gegensatz zur ihrem realistischen bzw. essentialistischen Gegenbild, welches die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung dominiert. Zur Erinnerung: Diese folgt im Wesentlichen einer Aggregierungsthese. Menschen haben bestimmte Interessen, schließen sich zu Gruppen zusammen, diese Gruppen vernetzen sich zu sozialen Bewegungen, daraus verdichten sich Repräsentationskerne namens NGO, die die Bewegung repräsentieren sollen und sich dann organisational verselbständigen. Dies ist bis heute die Quintessenz der Bewegungsforschung und der dort geführten »Institutionalisierungsdebatte«. In Kapitel 3 wurde dies mit poststrukturalistischem Vokabular als »große Erzählung« gefasst, die nicht nur von der Bewegungsforschung sondern auch von den an der Bewegung Beteiligten geteilt und weiter geschrieben wird. Selbst der Strang der Bewegungsliteratur, der die Bürokratisierung in den Bewegungsorganisationen thematisiert, kann dieser Erzählung nicht entfliehen.⁸⁵ Ebenso wurde in Kapitel 3 herausgearbeitet, dass die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung soziale Bewegungen als für sich wahrnehmbare materielle Entitäten beschreibt, obwohl sie eine klare Sinn- oder Systemgrenze nicht angeben kann.

Es ist hier wichtig zu betonen, dass die Aktivisten innerhalb der NGOs nicht in ihrer Wahrnehmung beschränkt sind oder dass die Bewe-

Mensch zu *Greenpeace* und welcher zur *Deutschen Bank* gehört. Denn dies sind juristische Personen, sind Konzepte des institutionellen Kontextes. Die spontane Musterwahrnehmung, die wir machen würden in Bezug auf NGOs, ist auf der Ebene der institutionellen Kontexte angesiedelt.

85 So wurde in Kapitel 3 Robert Michels' Oligarchisierungsthese zwar als eine Sklerotisierungsthese interpretiert, nach der das Lebendige der Bewegung in organisationalen Settings verkalkt. Eine Aggregierungsthese ist dies aber gleichwohl.

gungsforschung blind ist. Das hier vorgebrachte Argument deutet lediglich an, dass auch das Verhältnis zwischen NGOs und sozialen Bewegungen so funktioniert, wie die moderne Gesellschaft insgesamt funktioniert. An dieser Stelle muss man sich das konstitutionstheoretische Argument des Neoinstitutionalismus noch mal verdeutlichen. Demnach existiert der Prinzipal in der Principal-Agent-Beziehung zwar »eigentlich« nicht, das heißt »er« bildet keinen essentiellen Bezugspunkt aus, sondern ist historisch kontingent. Wenn sich also NGOs ihren Prinzipal soziale Bewegung konstituieren (und dies womöglich weltweit erfolgreich tun), dann »gibt« es auch diese Bewegungen. Die Frage ist, auf welcher Ebene sie existieren und was ihr ontologischer Status ist. Soziale Bewegungen bilden daher soziale Gebilde, welche als *taken for granted* hingenommen werden. Soziale Bewegungen sind eine folgenreiche soziale Konstruktion, an die die Menschen glauben und die deshalb eine materielle Härte hat. Im Rahmen der Ausbildung einer Principal-Agent-Struktur konstituieren NGOs also die Instanz, die sie ermächtigt hat, in ihrem Namen zu sprechen, sie zu repräsentieren – und zwar, das ist der entscheidende Punkt, ohne dabei zu »lügen«. Selbstverständlich sind auch die institutionellen Kontexte keine ideologischen Konstrukte, sondern sind in gleichem Sinne »real«, da es keine Realität außerhalb der kontextuellen Doppelstrukturierung gibt.

Natürlich werden soziale Bewegungen nicht nur von einer NGO, sondern von mehreren NGOs, von Medien, Individuen, Regierungen, Öffentlichkeit und vielem mehr »geschaffen«. Die soziale Realität sozialer Bewegungen hängt nicht nur am Tropf des einen Akteurs, etwa einer bestimmten NGO, sondern erlangt Realität erst dadurch, dass viele darauf rekurren, sich ein diskursiver Fokus, ein Dispositiv, herausbildet. Die einzelne NGO nimmt den Begriff von sozialer Bewegung aus den *wider cultural environments* der World Polity. Dies ist der Kern des Konstitutionsprozesses, der sich gerade dadurch auszeichnet, dass er in beide Richtungen funktioniert. Das Konstrukt soziale Bewegungen ist in den *wider cultural environments* fest etabliert, wird aber gleichzeitig von Akteuren ständig als Prinzipal rekonstruiert. Sollte über Nacht eine umfassende kollektive Amnesie stattfinden, es würde am nächsten Morgen keine sozialen Bewegungen geben.⁸⁶

Die mikrotheoretische Figur des Prinzipal-Agent-Verhältnisses muss von einer makrotheoretischen Perspektive ergänzt werden. Die theoretische Anschlussstelle für diesen multiperspektivischen Blick auf den Konstitutionsprozess (des Prinzipals soziale Bewegung) wäre die Diskursthe-

86 Lediglich die Büros und »Türschilder« der ehemals institutionellen Akteure wären existent. Es wüsste damit aber keiner etwas anzufangen. Vgl. für dieses Argument Türk (2002).

orie⁸⁷, die wegen ihrer ebenfalls konstitutionstheoretischen Ausrichtung anschlussfähig an die Arbeiten des Neoinstitutionalismus ist.

Eine Analyse der Diskurse über soziale Bewegungen, NGOs und Global Governance, wie sie in den Kapiteln 2 bis 4 vorgetragen wurde, hat dann nicht zum Ziel, die »Wahrheit« über den Gegenstandsbereich ans Licht zu befördern. Eine diskurstheoretische Explikation zum Thema will hingegen etwa vermeiden, zu einer essentiellen Kategorie von sozialer Bewegung, wie sie nicht nur von der Bewegungsforschung sondern auch innerhalb der Bewegungen (»Ich als Teil der Ökologiebewegung«) ausgebildet wird, zu gelangen. Es geht darum, einen nicht-fetischisierten Begriff von sozialen Bewegungen und NGOs zu gewinnen. Teil dessen ist die Dekonstruktion bestehender Mythen, etwa des Mythos, NGOs emergierten aus den sozialen Bewegungen, die ihrerseits aus den an ihr beteiligten Menschen, aus dem Kampf auf der Straße, aus Blockaden oder Diskussionsrunden erwachsen würden. Das heißt auch, dass sich der Untersuchungsgegenstand verschiebt. Nicht *die* NGOs oder *die* sozialen Bewegungen bilden den Fokus, sondern der *Diskurs* über NGOs und soziale Bewegungen wird zentral für das Verständnis dieses Verhältnisses.

6.3.4 Zur Kritik des Neoinstitutionalismus

Der Neoinstitutionalismus kann sicher als innovativer Ansatz zur Analyse weltweiter Vergesellschaftung gelten, der viele »lieb gewonnene« Einsichten der Globalisierungsdebatte irritiert. Gleichwohl lassen sich Kritikpunkte finden. Der in der Literatur hauptsächlich genannte Kritikpunkt ist, dass der Neoinstitutionalismus durch seine Fokussierung auf den Take-for-granted-Charakter von Institutionen eine nur sehr beschränkte Handlungstheorie entwickle (Fligstein 1996: 397). Er widme der Beziehung zwischen Normen und Praxis wenig bis gar keine Aufmerksamkeit (Tarrow 2000: 7). Hiermit hänge zusammen, dass der Prozess der Institutionalisierung selbst ungeklärt bleibt. »Institutionen sind ›irgendwie da‹, sie fallen quasi vom Himmel« (Walgenbach/Beck 2000: 325). Der Neoinstitutionalismus werde so dem Wechselspiel zwischen Akteur und Institution nicht gerecht. Er gäbe auch keinen Mechanismus an, wie sich weltkulturelle Elemente in konkretes Verhalten übersetzen, »mit anderen Worten: es fehle ein Kausalmechanismus« (Jetschke/Liese 1999: 292). So blieben folglich die konkreten »Mechanismen der gelungenen Inkorporierung der institutionellen Struktur der Weltgesellschaft in die Alltagspraxis

87 Etwa in der Fassung von Foucault; vgl. aber auch die Arbeiten von Jürgen Link.

der Akteure« (Schäfer 2000: 365) unklar.⁸⁸ Einen Schritt weiter geht der Vorwurf des Determinismus. Die These, dass die World Polity isomorphe Strukturen impliziere, ignoriere, dass es staatliches Verhalten gibt, welches sehr stark von weltkulturellen Vorgaben differiert (etwa in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten). Zu allgemein werde im Neoinstitutionalismus die prinzipielle Wahlfreiheit von Akteuren bestritten (Jetschke/Liese 1999: 292).

An dieser Kritik ist richtig, dass der Neoinstitutionalismus sein Hauptaugenmerk auf die kulturellen Bedingungen legt, die Handeln anleiten. Dies machen Meyer und seine Kollegen aber selbst ständig deutlich. Sie werden nicht müde zu betonen, dass ihr Interesse makrosoziologischen Fragestellungen gilt. Diese einschränkende Ausrichtung ihrer Forschungen ist meines Erachtens *erstens* unter wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten verständlich, da sie sich als Gegengewicht zu aktorszentrierten Ansätzen in der Organisationssoziologie entwickelt haben. Es ist deshalb gerade die Qualität des World Polity-Ansatzes, einen wichtigen Gegenpol zu den vorherrschenden Theorien der Internationalen Beziehungen entwickelt zu haben.

Zweitens scheint mir die Kritik überzogen (wenn nicht gar schlicht falsch), die aus der Vernachlässigung mikrosoziologischer Fragestellungen folgert, der Neoinstitutionalismus propagiere einen strikten Determinismus von institutioneller Vorgabe und davon abgeleitetem Handeln. Akteure sind nach Auffassung des Neoinstitutionalismus lediglich gezwungen, institutionelle Vorgaben wahrzunehmen und zu verarbeiten. Hierbei reicht das Spektrum von der nicht-bewussten, routinemäßigen Interpretation bis hin zur bewussten Auseinandersetzung mit diesen Vorgaben. Akteure haben also die Möglichkeit, gegenüber einzelnen Vorgaben auf Distanz zu gehen, was ihnen Freiheitsgrade eröffnet. Hinzu kommt, dass sich teilweise widersprechende Erwartungszusammenhänge überlagern, so dass auch aus prinzipielle Erwägungen heraus, nicht alle Vorgaben gleichzeitig und gleichermaßen in *eine* festgelegte Handlungsoption übergehen können.

Jedoch ist – und das macht den Clou neoinstitutionalistischer Argumentation aus – der Umgang mit den institutionellen Vorgaben selbst institutionell geprägt. Es ist also kein Rückzug in ein institutionenfreies Terrain möglich (Hasse/Krücken 1999a: 11). Alle Akteure können sich nur *in* der kontextuellen Doppelstrukturierung der Lebenswirklichkeit bewegen. Das von Jetschke und Liese (1999: 292) angegebene Beispiel der menschenrechtsverletzenden Staaten erscheint somit gerade nicht als Argu-

88 Dieser Sachverhalt wurde auch als Vernachlässigung der Zeitdimension gefasst. Das individuelle Verhalten resultiert demnach aus einer immer schon existierenden institutionellen Struktur (Schulze 1997: 16).

ment gegen neoinstitutionelle Argumentationen. Es zeigt im Gegenteil, dass sich diese Staaten – und zwar zunehmend – dem internationalen Diskursfeld »Menschenrechte« nicht entziehen können. Sie sind etwa genötigt, diesbezüglich Stellung zu nehmen. Zumindest ist kein Staat bekannt, der von sich selbst behauptet, er verletze bewusst Menschenrechte.

Drittens scheint mir darüber hinaus der Neoinstitutionalismus mit der Theoriefigur der *world of otherness* Ansätze einer plausiblen Erklärung für die Entstehung und Implementierung modifizierter Elemente des weltkulturellen Rahmens anzugeben. Der *world of otherness* und der Strukturen einer *rational voluntaristiv authority* wird aber in der Sekundärliteratur bislang wenig oder gar keine Bedeutung zugemessen.

Das nur rudimentäre Aufscheinen einer ausgeführteren Handlungstheorie wird von verschiedenen Autoren als Teil der Theorielosigkeit des neoinstitutionalistischen Ansatzes gedeutet. So resümiert etwa Klaus Türk nach einer umfassenden Darstellung neoinstitutionalistischer Arbeiten, dass der Neoinstitutionalismus seine zugrundeliegende Gesellschaftstheorie erst noch explizieren müsse. Er selbst sei schließlich noch keine Gesellschaftstheorie. Die Bestimmung der grundlegenden Kategorie der Institution sei aber nicht kontextfrei definierbar, sondern mache nur Sinn im Rahmen einer solchen Gesellschaftstheorie (1997: 145).⁸⁹ Auch Luhmann sieht im Neoinstitutionalismus keine neue »Theorie« und kritisiert ebenfalls die mangelnde begriffliche Ausarbeitung des Gesellschafts- wie des Institutionenbegriffs: »Eine begriffliche Ausarbeitung ist [...] nicht gelungen, und alle Erläuterungen machen es nur noch schlimmer« (2000: 36; vgl. auch 1997: 160, Fußnote 220). Für Rothstein (1996: 154) führt diese »theoretical emptiness« zu einem weiteren Defizit. Das Hervorheben der prinzipiellen Bedeutung institutioneller Vorgaben sage eben weder etwas darüber aus, welche Institutionen wichtiger sind als andere, noch darüber, für welche Problemstellungen sie wichtig sind.

Dem Befund eines theoretischen Defizits ist zuzustimmen. Gerade in neuerer Zeit wird deshalb versucht, neoinstitutionelle Annahmen mit elaborierteren Theorien zu vermitteln. Insbesondere gibt es den Versuch, das Determinismus-Problem mit dem Bezug auf Giddens' Theorie der Strukturierung (Giddens 1992) in den Griff zu bekommen.⁹⁰ So heben Scott (1995: 52) und DiMaggio/Powell (1991a: 22f) eher beiläufig Ähnlichkeiten in der Theorieanlage hervor, während sich Barley und Tolbert (1997) explizit um eine Zusammenführung bemühen. Hasse und Krücken kommen zu dem Schluss, dass Giddens' Strukturierungstheorie deshalb für den Neoinstitutionalismus von orientierender Bedeutung sei, »weil im

89 Vgl. auch Gergs/Pohlmann/Schmidt (2000); Albert/Hilkermeier (2001: 2f).

90 Vgl. für den deutschsprachigen Raum Ortmann/Sydow/Türk (1997); Hasse/Krücken (1999a); Krücken (o.J.).

Rahmen dieser Theorie Prozessen der Informationsverarbeitung und Bedeutungsgenerierung seitens aktiver Akteure ein größerer Stellenwert für den Umgang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zugemessen wird« (1999a: 12).

Mehrere Autoren bemühen sich zudem um eine Zusammenführung des Neoinstitutionalismus mit der Systemtheorie Luhmanns (Albert/Hilkermeier 2001; Hasse/Krücken 1999a; Stichweh 2000; Tacke 1999; Türk 1999).⁹¹ Dieses Unterfangen scheint zunächst vor der unüberbrückbaren Schwierigkeit zu stehen, dass die Luhmannsche Systemtheorie seit den 1980er Jahren von den Begriffen »Institution« und »Institutionalisierung« abgerückt ist.⁹² Außerdem ist es der Luhmannschen Gesellschaftstheorie fremd, Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen zu definieren. Die neoinstitutionalistische Fassung von Weltgesellschaft, nach der diese global institutionalisierte Werte und Normen voraussetzt, würde von Luhmann zurückgewiesen werden. Aus differenzierungstheoretischer Sicht macht es schlicht keinen Sinn, (Welt-)Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen zu definieren (Luhmann 1975).⁹³ Trotz dieses Umstands und anderer Unterschiede lassen sich aber auch Gemeinsamkeiten erkennen. Neben dem Ausgangspunkt »Weltgesellschaft« als adäquate Analyseeinheit globaler Prozesse kennen beide Theorieansätze die Unterscheidung zwischen System und Umwelt, und stimmen beide in ihrer Einschätzung des Stellenwerts formaler Organisationen für die Dynamik der modernen Gesellschaft überein (Hasse/Krücken 1999a: 17-20).

Für den Fortgang meiner Argumentation ist ein weiterer Kritikpunkt von besonderer Bedeutung, der ebenfalls auf grundlagentheoretische Defizite verweist. Die einseitige Konzentration auf die verbindenden kognitiven Strukturen der Weltgesellschaft ist die zentrale Schwäche des Ansatzes. Ökonomische Strukturen und Machtverhältnisse sind aus der Analyse ausgeschlossen. Asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse

91 Luhmann selbst führt neoinstitutionalistische Untersuchungen immer dann an, wenn er Homologisierungsprozesse auf Weltgesellschaftsebene verdeutlichen will.

92 Mit der Einführung des Begriffs der Kommunikation als Basiskategorie seiner Theorie entledigt sich Luhmann des Handlungsbegriffs. Er muss deshalb diesem auch nicht mehr einen übergreifenden Strukturbegriff wie den der Institution gegenüberstellen. Luhmann meint so den klassischen Konflikt innerhalb der soziologischen Theoriebildung zwischen Struktur- und Handlungstheorie überwinden zu können.

93 Für Luhmann ist funktionale Differenzierung das primäre Differenzierungsprinzip der Weltgesellschaft. Die funktional differenzierten Teilsysteme operieren unabhängig von Raumgrenzen, also global (mit Ausnahme des politischen und des Rechtssystems). Da aber die jeweiligen Perspektiven der einzelnen Funktionssysteme nicht ineinander übersetzbar sind, sind auch übergreifende gemeinsame Werte und Normen ausgeschlossen.

liegen außerhalb dessen, was mit dem Konzept des Neoinstitutionalismus erfasst werden kann (Jung 1998: 247). Insgesamt fehlt dem Neoinstitutionalismus ein ausgearbeiteter Begriff von Herrschaft, obgleich dieser wohl implizit vorhanden ist (Schäfer 2000). Es ist daher sinnvoll, den World Polity-Ansatz mit der Wallersteinschen Weltsystemtheorie zusammenzuführen, die explizit Asymmetrisierungen auf Weltniveau erklären will. Es geht dann um die Frage, in wieweit der Homogenisierungen hervorbringende, institutionelle Charakter der World Polity ein besonderes Potential entwickelt, gesellschaftlich Asymmetrisierungen abzupuffern.

6.4 Asymmetrisierung und Homogenisierung in der Weltgesellschaft: Zur Synthese von Weltsystem- und World Polity-Ansatz

Während sich bei Wallerstein keine direkten Bezüge zur Diskussion des Neoinstitutionalismus auffinden lassen⁹⁴, wird umgekehrt die Weltsystemtheorie von Meyer und seinen Kollegen zum Teil positiv rezipiert (Meyer/Boli/Thomas 1997), wengleich deren Ökonomismus gegeißelt wird (Boli/Thomas 1999: 15; Meyer 1982: 266). Von neoinstitutionalistischer Seite wird herausgestellt, dass die Weltsystemtheorie ein anderes Analyseinteresse hat und deshalb zur Erklärung bestimmter Prozesse im Weltsystem, etwa dem von Standardisierungsprozessen in der internationalen Produktion, nur wenig beisteuern kann (Loya/Boli 1999).

Die folgenden Ausführungen zielen darauf ab, die oft postulierte Unvereinbarkeit von »ökonomistischer« und »kultureller« Weltsystemtheorie zu überwinden. Die beiden Ansätze sollen aber auch nicht in eine Zwangsjacke gebunden werden. So kann hier der Gegensatz zwischen einer historisch-materialistischen Grundausrichtung und einer konstruktivistischen Theorieanlage nicht prinzipiell aufgelöst werden. Ziel ist die Formulierung einer institutionentheoretisch informierten Weltsystemtheorie, die moderne Herrschaftsphänomene fassen kann. Darüber hinaus soll

94 Gleichwohl scheinen Wallersteins neuerlichen Ausführungen zur kulturellen Integration des Weltsystems und seiner Legitimationsstrukturen auch vom World Polity-Ansatz inspiriert zu sein. Die Argumentationen ähneln sich jedenfalls stark. Vgl. für ein Beispiel die folgende Formulierung von Wallerstein (2002: 11): »Es ist möglich, Systeme durch Verweise auf Autorität oder mystische Wahrheiten zu legitimieren – wir tun dies immer noch bis zu einem gewissen Grad. Aber heutzutage legitimieren wir auch – und zwar in vermutlich größerem Ausmaß – durch rationale Argumente. Diese Argumente werden im wissenschaftlichen Diskurs geliefert und die Wertigkeit, die sie beanspruchen, beruht auf wissenschaftlichem Wissen.«

die Bedeutung des Organisationsverhältnisses für das Funktionieren des modernen Weltsystems herausgestellt werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, dass beide Ansätze, trotz ihrer offensichtlichen Unterschiede, erstaunlich viele Gemeinsamkeiten, etwa in Bezug auf die Bedeutung des internationalen Staatensystems oder die inhaltliche Bestimmung des Universalismus, aufweisen. Darüber hinaus taugen sie schlicht zur Erklärung unterschiedlicher Sachverhalte unterschiedlich gut. Außerdem orientiert sich die folgende Darstellung an den Bedürfnissen, die mein spezielles Thema der Nichtregierungsorganisationen vorgibt. Da sich das Thema dieser Arbeit um Fragen von Emanzipationsstrategien dreht, sollen hier aber trotzdem in Ansätzen Hinweise für eine reformulierte, allgemeinere Herrschaftstheorie der Weltgesellschaft gegeben werden.

Wie gesagt, die Differenzen springen zunächst ins Auge. So ist zuvorderst ein unterschiedliches Vokabularium zu konstatieren. Die der historisch-materialistischen Theoriebildung entlehnte Terminologie Wallersteins ist dem Neoinstitutionalismus ebenso fremd, wie dessen Grundausrichtung, Ausbeutung und Herrschaft im Weltsystem zu benennen. Während die Wallersteinschen Arbeiten als Gesellschaftstheorie konzipiert sind, fehlt dem Neoinstitutionalismus ein solcher Hintergrund (Luhmann 2000; Türk 1997). Mit der Benennung der allgemeinen Funktionsprinzipien des historischen Kapitalismus hat die Weltsystemtheorie ein umfassenderes Analyseinteresse als der Neoinstitutionalismus. Dies drückt sich auch darin aus, dass Wallerstein ein holistisches Verständnis des Weltsystems entwickeln will, während die neoinstitutionalistische Argumentation, entgegen der hier vorgestellten und präferierten konstitutionstheoretischen Lesart, oft noch in System-Umwelt-Modellen verharret (Türk 1997). Die Fokussierung auf die zugrundeliegenden Systemmechanismen gelingt der Weltsystemtheorie Wallersteins aber nur um den Preis einer relativ unausgeführten, letztlich dem marxistischen Basis-Überbau-Schema verhafteten Theorie der kulturellen Integration des Weltsystems, welches den Fokus bei Meyer bildet. Für diesen sind »kulturell-kognitivistische« Prozesse unmittelbar Wirklichkeit generierend. Während also Wallerstein trotz aller Relativierungen eine prinzipielle Dependenz der kulturellen von den ökonomischen Prozessen behauptet, unterstellt Meyer eine Eigenlogik kulturell-institutionell vermittelter Prozesse.

Während Wallerstein von den beobachteten Effekten der historischen Entwicklung auf eine zu diesen Effekten hinführenden Logik schließt, versucht sich die Forschergruppe um Meyer an der Entwicklung eines makrosoziologischen Rahmens, der auf phänomenologischen Traditionen aufbaut. Hierbei wird von einer strukturationstheoretischen Grundthese ausgegangen, wonach ein phänomenologisches Grundverständnis nicht

gleichbedeutend ist mit der Verneinung der Etablierung und Verfestigung einer gesellschaftlichen Struktur, die ihrerseits prägend wirkt. Unter partieller Abkehr von dem Konstruktivismus Berger und Luckmanns betreibt der Neoinstitutionalismus die makrosoziologische Wendung eines eher mikrosoziologischen Theorieprogramms. Er kümmert sich – im Gegensatz zu Wallerstein – weniger um eine den Effekten zugrundeliegende Logik, als um das Aufzeigen von Strukturanalogien. Mit dem an Weber angelegten phänomenologischen Konzept der Wahlverwandtschaft entsteht so eine Perspektive der Strukturierung von Gesellschaft⁹⁵, in der eine Hierarchisierung von Teilbereichen, etwa im Sinne eines Primat des Ökonomischen über das Politische, schon von der Theorieanlage her absurd ist. Allgemein wird so die Gesellschaftsformationen reproduzierende Dimension des Institutionalisierungsprozesses deutlich.

Dem Staat kommt in beiden Ansätzen eine große Bedeutung innerhalb des modernen Weltsystems zu. Während bei Wallerstein das internationale Staatensystem der entscheidende und zentrale Modus zur Abstützung der axialen Arbeitsteilung ist, agieren Staaten für Meyer als die zentralen legitimen Akteure der World Polity. Beiden Ansätzen gilt die Verfasstheit der Staaten zu einem großen Anteil als exogen strukturiert. Bei Wallerstein ergibt sich diese Strukturierung durch die Anforderungen der Weltwirtschaft und insbesondere der Absicherung der Mehrwertabschöpfung in Warenketten. Bei Meyer kommen hingegen isomorphologische Prozesse des *copying* zum Tragen. Unterschiede ergeben sich vor allem in der Aufgabenstellung der Nationalstaaten. Während für Wallerstein das grundlegende Ziel jedes Staates dessen Positionsverbesserung entlang der Zentrums-Peripherie-Spannung ist, haben Staaten nach Meyer in erster Linie Legitimationgeltungsprobleme zu lösen. Beide Interpretationen lassen sich miteinander vermitteln. Die Aufgabe der Positionsverbesserung ist ihrerseits bereits Teil der an den Staat gestellten Anforderungen, die dieser institutionell bearbeiten muss. Bei der Verarbeitung der disparaten Anforderungen durch den Staat kommen – wie unter dem Stichwort *rational voluntaristic authority* ausgeführt – »dialogischen Verfahren« eine immer größere Bedeutung zu.⁹⁶

Bezogen auf das Verständnis von Herrschaft im globalen Zusammenhang geben beide Ansätze wichtige Hinweise. Wallerstein leitet die Herrschaftlichkeit des modernen Weltsystems in zwar modifizierter, aber den-

95 Mit offensichtlichen Ähnlichkeiten zum Strukturationskonzept von Giddens (1992); vgl. Hasse/Krücken (1999a).

96 Etwas überspitzt lässt sich bezogen auf die zugrundeliegenden Herrschaftsbegriffe sagen, dass das »Medium« von Herrschaft bei Wallerstein die Warenform bildet, während dies im Neoinstitutionalismus analog der »Diskurs« wäre.

noch marxistischer Tradition über den Ausbeutungsbegriff her. Die Trennung der Arbeitserträge von ihren Erzeugern ist ihm zentral. Hierbei wird der Mehrwert an den unterschiedlichen Stellen der internationalen Warenketten realisiert. Wichtig ist ihm die Benennung der anhaltenden Gewaltförmigkeit dieses Prozesses. Dies hatte uns veranlasst, den historischen Kapitalismus als eine Regulationsstörung materieller Reproduktion aufzufassen. Herrschaft ist demnach nicht nur in der Ausbeutungsdimension zu lokalisieren, sondern findet seinen Ausdruck auch in der Verunmöglichung von Lebenschancen und der Entlegitimierung situationsadäquater und problemlösungsorientierter lokaler Praxisformen. Der Fremdsetzungscharakter des Kapitalverhältnisses besteht damit in erster Linie in der Subsumierung unter das Primat der Warenform. Implizit findet sich hier eine Unschuld-Metaphorik. Denn im Prozess der Kommodifizierung wird – so die Wallersteinsche Vorstellung – auf die »unschuldigen« subsistenzuellen Bereiche des Lokalen vampiresk und deformierend zugegriffen. Erst dann sind sie Teil des herrschaftlichen Systems der Kapitalakkumulation.

Während Wallerstein Fragen der Dominanz explizit behandelt, finden sich Verweise auf Herrschaft in der Theorieanlage des Neoinstitutionalismus eher implizit (Schäfer 1998). Kern der Argumentation bildet der restringierende und fremdgesetzte Charakter der Institutionen. Herrschaft würde in dieser Hinsicht in der Verunmöglichung kontingenter Handlungsentwürfe und Lebensweisen bestehen. Diese werden zunehmend dem Diktat der Rationalität ausgesetzt, in dessen Folge sie sich auf den »institutionellen Kontext« hin ausrichten. Der ausführliche Bezug auf subjekt- und rationalitätstheoretische Reflexionen führt meines Erachtens zu einem adäquateren Modell von dem, was das Moderne an Herrschaft ausmacht. Moderne Formen von Herrschaft greifen nicht von außen auf etwas zu, sondern werden in einem umfassenden Sinne reziprok vermittelt. So ist dem Individuum Herrschaft nicht äußerlich, sondern sie geht durch dieses selbst. Der Begriff der Institution eignet sich in besondere Weise, um dieses Verhältnis zu fassen und die Gleichursprünglichkeit des Konstruktions- und Reproduktionsprozesses von Individuum und sozialer Struktur zu kennzeichnen. Die Konstruktion des Individuums stellt dann selbst ein institutionelles Verhältnis dar (Stolz o.J.: 6).

Hierbei kann die Bedeutung des Begriffs der Institution in mindestens doppelter Hinsicht beschrieben werden. Im Sinne von Berger und Luckmann sind Institutionen geronnene Handlungserfahrungen, denen durch ständige Reproduktion verdinglichende Materialität zukommt. Im Unterschied zu dieser Konzeption weist Meyer beharrlich auf das »Scheitern«, das Nicht-Funktionieren, von Institutionen hin. Sozialität geht gerade nicht in den Institutionen auf. Das Institutionelle ist für Meyer immer Teil

einer prinzipiellen kontextuellen Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität und somit von »Materialität« stets relativ entkoppelt. Im Gegensatz zur handlungstheoretischen Vorstellung Berger/Luckmanns emergieren Institutionen nicht aus den lokalen Kontexten, sondern setzen auf diesen auf.⁹⁷

Allerdings – und hier liegt der entscheidende Unterschied zu Wallerstein – sind die kognitiven Muster, die sich in den Institutionen verfestigen, die Foucaultsche »Ordnung der Dinge«, immer schon in den materiellen Kontexten vorhanden, gehen durch die »Akteure« hindurch. Die Institution tritt so dem Subjekt nicht als Gegenstand in der Welt objektiv gegenüber, sondern strukturiert schon dessen Vermögen, wie Gegenstände und Kontexte überhaupt geschnitten und konturiert werden. Eine kontinuierliche reflexive Kontrolle des Handelns bleibt aus. Das Institutionelle geht somit als *constraint*, als Handlungskorridor, in die Wirklichkeitskonstruktion der Akteure mit ein und macht deren Realität aus. Institutionelle *scripts* sind eingebettet in »long institutional traditions and organizational frameworks that shape the social behaviors and practices that are deemed legitimate, even ›thinkable‹. In this way the cultural frames themselves become constitutive of those individuals and groups« (Schofer/Fourcade-Gourinchas 2001: 810). Institutionelle Muster sind demnach »gar nicht strategisch verfügbar, sondern sie formieren die Strategien selbst« (Türk 1997: 132).⁹⁸ Institutionelle Muster gelten als erfahrungsresistent, sie werden hingenommen als *taken for granted*. Das Primat des institutionellen Kontextes verhindert bewusste Rückkoppelungen zwischen diesem und den materiellen Kontexten bzw. lokalen Praxen.

Darüber hinaus zeichnen sich die institutionellen Muster durch ihre subjektive Nicht-Verfügbarkeit aus. Sie sind keine subjektiven Konstruktionen, sondern fremdgesetzt. Der restringierende Charakter der Institutionen rückt in den Vordergrund, wobei sich die Herrschaftlichkeit dieses Verhältnisses in der Vernichtung und Unterbindung kontingenter Artikulationsformen und differenter Praxen ausdrückt.

Auch der Akteursbegriff selbst entledigt sich im Neoinstitutionalismus jeglicher Naivität, wie sie die Weltsystemtheorie noch kennt. Während bei Wallerstein Akteure schlicht gruppenspezifische, also etwa klas-

97 Offensichtlich scheuen sich Meyer und Kollegen diesen Bruch mit einem phänomenologischen Konstruktivismus wirklich zu vollziehen, weshalb der Bezug auf Berger und Luckmann stets positiv bleibt – zumindest in den früheren Arbeiten. Meines Erachtens entstehen so einige Inkonsistenzen im Theoriegebäude Meyers.

98 Vgl. dazu auch den Ansatz von Lukes (1974), der darauf hinweist, dass insbesondere Machtunterlegene ihre »wahren« Interessen nicht kennen, da sie in durch Machtstrukturen verzerrten Dimensionen zu denken gelernt haben.

senförmig strukturierte Anforderungen des Weltsystems zu lösen haben, betreiben Akteure in der Fassung des Neoinstitutionalismus lediglich ein *enactment of scripts*. Akteure gelten hier nicht einfach als »real« vorhanden, sondern sind selbst soziale Konstruktionen. Wie die institutionelle Struktur der Gesellschaft solche gesellschaftliche Teileinheiten kreiert und legitimiert, die als »Akteure« angesehen werden, ist schließlich ein zentrales Erkenntnisinteresse des Neoinstitutionalismus. Die zentralen Akteure der World Polity (Staaten, Organisationen und Individuen) sind in diesem Sinne gesellschaftlich institutionalisierte Reifizierungen (Türk 1997: 133f). Es gibt kein außerhalb.

Im Gegensatz zu Wallerstein wird im Neoinstitutionalismus keine Unschulds-Metapher weitergetrieben. Es gibt demnach keine vorstellbare Sozialität, die nicht Teil der kontextuellen Doppelstrukturierung ist, die nur »materieller Kontext« wäre. Auch beim Vergleich von sozialer Bewegung und Nichtregierungsorganisationen ist daher stets in Anschlag zu bringen, dass beide soziale Phänomene sind, die in ihrer Konstruktion eine kontextuelle Doppelstrukturierung aufweisen, wenngleich auch auf je spezifische Art und Weise. Eine Entgegensetzung von Bewegung und Organisation im Sinne eines Unschulds-Modells macht keinen Sinn. Soziale Bewegungen sind nicht per se »gut« und werden dann von Kadern ihrer ursprünglichen Ideale beraubt, was die Wallersteinschen Ausführungen nahe legen.

Bezieht man das neoinstitutionalistische Verständnis von Institution auf den Wallersteinschen Ansatz, so ergibt sich eine allgemeines »entökonomisiertes« Verständnis des modernen Weltsystems. Demnach ist nicht nur der »historische Kapitalismus« und besonders dessen Akkumulationsweise parasitär organisiert, sondern allgemeiner die Institutionen selbst. Institutionen basieren auf der Kontinuität der Reproduktion jener lokalen materiellen Kontexte, von deren Aufspaltung und Konditionierung sie »leben«. Die Wallersteinsche These der Permanenz der ursprünglichen Akkumulation gibt das theoretische Grundmuster dieses Prozesses an. Das neoinstitutionalistische Verständnis der kontextuellen Doppelstrukturierung wird deshalb hier als Ausdehnung des theoretischen Geltungsbereichs dieses Theorems auf »außerökonomische« Kontexte interpretiert. Institutionen sind dann als Sozialmechanismen zur ständigen Aufrechterhaltung von Prozessen ursprünglicher Akkumulation *funktional* (Stolz o. J: 5). Es ist die besondere theoretische Leistung des Neoinstitutionalismus, dass dieser diese Prozesse nicht vereinseitigt, sondern deren kontextuelle Gebundenheit in den Vordergrund stellt.⁹⁹ So sind Institutio-

99 Leider legt der Neoinstitutionalismus seinen Hauptschwerpunkt dann – insbesondere bei der Erklärung von Prozessen der Homogenisierung – aber doch wieder auf die institutionelle Seite der kontextuellen Doppelstruktur,

nen zwar parasitär strukturiert. Im Umkehrschluss sind aber die materialen Kontexte nicht herrschaftsfrei, da sie notwendig innerhalb der Sozialität der kontextuellen Doppelstrukturierung sind. Die bei Wallerstein offen gebliebene Frage, wie sich die kapitalistisch-formbestimmte Regulationsstörung als »Normalität« in die Akteure inkorporiert, erscheint nun um einiges klarer.

Ein Vergleich von Weltsystemtheorie und Neoinstitutionalismus lässt sich auch unter den Stichworten Asymmetrisierung und Homogenisierung durchführen. Vereinfachend kann die Weltsystemtheorie als eine Theorie der Asymmetrisierungen auf Weltniveau gelesen werden, während der Neoinstitutionalismus verstärkt Homogenisierungsprozesse in den Blick nimmt. Gleichwohl lässt sich im Werk Wallersteins eine Homogenisierungsthese nachweisen und im Neoinstitutionalismus eine »versteckte« Asymmetrisierungsthese aufspüren.

Wallersteins Homogenisierungsthese ist zentral im Theorem der *commodification of everything* formuliert, speist sich also vornehmlich ökonomisch. Die Warenform bildet den Modus der Homogenisierung. Selbst der Universalismus gilt als eine aus diesem Verhältnis abgeleitete oder zumindest »passende« Ideologie. Sie ist funktional für die kulturelle Absicherung der kapitalistischen Trennungsmuster. Kulturelle Homogenisierung auf Weltniveau ist für Wallerstein ein Ergebnis der hegemonialen Stellung der (westlichen) Zentrumsstaaten. Dies steht im Gegensatz zur Homogenisierungsthese des Neoinstitutionalismus, die vor allem die eigenlogische Herausbildung hegemonialer weltkultureller Muster betont. Hier werden besonders die vereinheitlichende Konstruktion von legitimen Realitätskonzeptionen, sozialen Entitäten und Praxisformen durch Prozesse des isomorphologischen *copying* hervorgehoben.

Die Asymmetrisierungsthese drückt sich im Neoinstitutionalismus in dem Legitimitätsprimat des Institutionellen gegenüber den lokalen und materialen Praxen aus. Differierende inhaltliche Ausformungen institutioneller Formen berühren aber nicht die gleichzeitig stattfindende Homogenisierung auf eben dieser formalen Ebene. Es mag daher die von der Globalisierungsdebatte angemahnten (kulturellen) Fragmentierungsprozesse geben, etwa ein sich verstärkender islamischer Fundamentalismus. Dies führt aber nicht zu unterschiedlichen institutionellen Verarbeitungen (z.B. in Bezug auf die Staatsverfassung oder die Bedeutung von formaler Organisation). Für Wallerstein ist die These der Asymmetrisierung wie ausgeführt zentral, wird aber ökonomisch geschnitten.

wodurch eine genauere Bestimmung des Verhältnisses und des Wechselspiels zwischen materialen und institutionellen Kontexten auf der Strecke bleibt. Auch eine sozialtheoretische Fundierung des Verhältnisses bleibt aus.

Die Herrschaftlichkeit des modernen Weltsystems lässt sich meines Erachtens nur in dem Spannungsfeld von Homogenisierung und Asymmetrisierung beschreiben. So zeichnet sich das moderne Weltsystem durch die gewaltgestützte Durchsetzung von Trennungsmustern sowie der polarisierenden Verteilung von Mehrwertanhäufung und Lebenschancen aus. Die andere Seite der Medaille bildet aber die Institutionalisierung der verbindenden Muster, die diese Trennungen invisibilisieren und die ungleichen Lebensverhältnisse normalisieren. Der Homogenisierungen hervorbringende, institutionelle Charakter der World Polity hat ein besonderes Potenzial entwickelt, gesellschaftlich Asymmetrisierungen abzupuffern.

Zur Beschreibung der Systematizität dieses Verhältnisses kann die Batesonsche Figur des *double binds* hilfreich sein. Wallersteins Bezug auf dieses Theorem eröffnet erstens ein differenziertes Verständnis (welt-)systemischer Voraussetzungen politischer Artikulation. So stellt etwa Balibar (1990a: 220) unter Verweis auf Wallerstein bezüglich der Möglichkeiten von Systemopposition heraus, dass eine individuelle und kollektive Praxis in der Warenproduktion und der staatlichen Sozialisation gefangen sei. In letzter Konsequenz ermögliche so der Widerstand gegen Ausbeutung deren Ausdehnung, während die Forderung nach Sicherheit und Autonomie Herrschaft und kollektive Unsicherheit befördere. Zum anderen verweist die von Wallerstein zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Universalismus zu Rassismus/Sexismus eingeführt Figur des *double binds* insgesamt auf die Problematik von Homogenisierung und Asymmetrisierung im modernen Weltsystem. Mit Türk (1997) lässt sich dieses Verständnis unter Rückgriff auf systemtheoretischen Begrifflichkeiten allgemeiner als inkludierende Exklusion bezeichnen. Dazu aber im Folgenden Ausführlicheres.

Tabelle 7: Schematische Gegenüberstellung von Weltsystemtheorie und World Polity-Ansatz

	Weltsystemtheorie	World Polity-Ansatz
Theoretische Grundausrichtung	Historischer Materialismus holistische Perspektive Bezüge: Dependencia; Braudel; Marx	kulturell-kognitivistischer Konstruktivismus nur teilweise Überwindung eines System-Umwelt-Modells Bezüge: Berger/Luckmann; Weber; Mead
Analyse-einheit	Modernes Weltsystem; historischer Kapitalismus Systemgrenze markiert durch Arbeitsteilung	Weltgesellschaft; World Polity Systemgrenze markiert durch Weltkultur
Analyse-interesse	Allgemeine Funktionsprinzipien des historischen Kapitalismus Systemmechanismen Produktionsverhältnisse	Erklärung von Prozessen der Homogenisierung und der kulturellen Integration des Weltsystems Sozialmechanismen Institutionalisierung
Herrschaftsthe- se	expliziter Bezug auf Herrschaft Herrschaft über Ausbeutung (Mehrwertaneignung in Warenketten, ungleicher Tausch) Asymmetrisierung als System- mechanismus; zunehmende Polari- sierung Subsumierung unter Warenprimat Fremdsetzungscharakter des Kapitalverhältnisses Kapitalismus als Regulationsstörung materialer Reproduktion kommandierende Autorität: Herrschaft greift von außen zu Medium: Warenform	nur implizite Verweise auf Herrschaft Herrschaft durch Kontingenz- vernichtung (Restringierender Charakter von Institutionen) Expansivität von Homogenisierungsprozessen Subsumierung unter Rationalitätsprimat Fremdsetzungscharakter der Institutionen erfahrungsresistentes Primat der institutionellen Kontexte: kulturell vermittelte Autorität/ <i>rational voluntaristic authority</i> : institutionell-unpersönliche Form, die durch die Akteure selbst geht Medium: Diskurs
Asymmetri- sierungsthe- se	zentrale Bedeutung in Theorieanlage Gewaltgestützte Aufrechterhaltung einer axialen Arbeitsteilung: ungleicher Tausch in transnationalen Warenketten zunehmende Polarisierung Hegemonie der Zentrumsstaaten	untergeordnete Bedeutung in Theorieanlage kontextuelle Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität: Entkoppelung von institutionellen und materialen Kontexten Fragmentierung bei gleichzeitiger Homogenisierung der Formen Hegemonie konstituierender weltkultureller <i>scripts</i>

	Weltssystemtheorie	World Polity-Ansatz
Homogenisierungsthese	<p>abgeleitetes Phänomen <i>commodification of everything</i>: Verwandlung aller Dinge und Tätigkeiten in Waren</p> <p>kulturelle Absicherung der Trennungsmuster durch universalistische Ideologie</p> <p>Homogenisierung als Ergebnis des Zwangs/der Hegemonie des Zentrums</p>	<p>zentrale Bedeutung in Theorieanlage</p> <p>Homogenisierung der Formen: vereinheitlichende Konstruktion von legitimen Realitätskonzeptionen, sozialen Entitäten und Praxisformen</p> <p>eigenlogische Herausbildung hegemonialer kultureller Muster</p> <p>strukturelle Isomorphie qua Zwang, Imitation oder normativen Druck; <i>copying</i></p>
Ökonomie-begriff	»generalisierte Ökonomie«: Ablehnung der disziplinären Trennung	Ablehnung des Fokus auf Ökonomie
Akteure	<p>»naiver« Akteurbegriff</p> <p>gruppenspezifische Lösung der Anforderungen des Weltsystems</p> <p>Kapital; Staaten; Klassen; antisystemische Bewegungen</p>	<p>konstruierte Entitäten; gesellschaftlich institutionalisierte Reifizierungen; gebunden an Prinzip der Agentschaft</p> <p><i>enactment of scripts</i></p> <p>Staaten; Organisationen; Individuen (legitimer Akteursstatus)</p>
Organisationsbegriff	marginal/unexpliziert Organisationen begünstigen Kader	zentraler Modus der Verallgemeinerung weltkultureller Prinzipien; Generierer von Rationalitätssemantiken
Kulturbegriff	<p>trotz teilweise differenter Theorieanlage in Basis-Überbau-Schema verlangen</p> <p>prinzipielle Abhängigkeit/Verflechtung mit ökonomischen Prozessen</p>	<p>Unmittelbar Wirklichkeit generierend (»<i>taken for granted</i>«)</p> <p>Eigenlogik institutionell vermittelter Prozesse</p>
Staat/ Staatensystem	<p>zentraler Modus zur Abstützung der axialen Arbeitsteilung</p> <p>exogen strukturiert durch Anforderungen der Warenketten</p> <p>Aufgabe: Positionsverbesserung im Weltsystem</p>	<p>zentraler Akteur der World Polity</p> <p>exogen strukturiert durch isomorphologische Prozesse (»<i>copying</i>«)</p> <p>Aufgabe: Lösung von Legitimationsgeltungsproblemen</p>
Universalismus-begriff	<p>Fortschritt und Egalitarismus</p> <p>Symbiose zwischen Universalismus und Rassismus/Sexismus</p>	Fortschritt und Gerechtigkeit
Soziale Bewegungen	<p>weit gefasste Begrifflichkeit: Antisystemische Bewegungen</p> <p>»normale« Konsequenz/Reaktion der fortschreitenden Kommodifizierung</p> <p>Modernisierer des Systems</p> <p>Kaderherausbildung</p> <p>Unterscheidung in alte und neue</p> <p>Staatsfixierung</p>	<p>kommen begrifflich nicht vor</p> <p>kein legitimer Akteurstatus, wenn nicht organisationsförmig</p> <p>Als NGOs Agenten der Weltkultur (<i>generalized others</i>)</p> <p>Begünstigung epistemischer Gemeinschaften</p> <p>Organisationsförmigkeit/ Nichtorganisationsförmigkeit</p> <p>Fixierung auf Rationalität</p>

7. Organisation und Herrschaft: Das Organisationsverhältnis im modernen Weltsystem

»Eine Theorie der Weltgesellschaft muß [...] auch eine Theorie der eng mit ihr verflochtenen Karriere der formalen Organisation sein.«

Rudolf Stichweh (2000: 252)

Die allgemeine Nichtbeachtung der Bedeutung formaler Organisation innerhalb der Globalisierungsliteratur lässt sich am Beispiel des instruktiven und breit rezipierten Ansatzes von Robertson (1992) illustrieren. Robertson (1992) hat mit seiner Monographie »Globalization: Social Theory and Global Culture« ein Standardwerk der Globalisierungsliteratur geschrieben, welches als wegweisend und typisch zugleich für einen von der Postmoderne-Debatte beeinflussten Zugang zur Globalisierungsthematik gelten kann. Er insistiert dort mit dem von ihm eingeführten Begriff der Glokalisierung darauf, dass sich das Lokale und das Globale nicht ausschließen. Er argumentiert damit gegen eine seiner Meinung nach verkürzte Analyse, die den Globalisierungsprozess lediglich als Vereinheitlichung fasst. Das Lokale müsse hingegen als ein wichtiger Aspekt des Globalen verstanden werden. Eine globale Kultur könne deshalb auch nicht statisch, sondern nur als ein kontingenter Prozess gedacht werden, in der die widersprüchlichen Element in ihrer Einheit begriffen und entschlüsselt werden müssen. So komme es im Globalisierungsprozess zu einer anscheinend paradoxen Situation: »In an increasingly globalized world there is a heightening of civilizational, societal, ethnic, regional, and, indeed, individual self-consciousness« (ebd.: 27).

Im Kontext dieser Überlegungen schlägt Robertson ein Modell vor, mit dem der Globalisierungsprozess zu verstehen sei. Demnach bilden na-

tionale Gesellschaften, das Weltsystem der Gesellschaften, die Menschheit und die Einzelnen die vier, sich gegenseitig aufeinander beziehenden Eckpfeiler der Globalisierung. Durch das Aufeinandereinfließen ergäben sich die globalisierungstypischen Relativierungen von Erfahrungen. Als Beispiel würden die Verknüpfung von nationalen Gesellschaften mit dem Weltsystem zu einer Relativierung von Gesellschaften und das Zusammenspiel dieser mit der Vorstellung von »der« Menschheit zur Relativierung des Prinzips der Staatsbürgerschaft führen. Insgesamt werden den vier Bereichen eine »reflexive Autonomie« unterstellt und damit gesellschaftliche Lernprozesse als möglich erachtet.

Betrachtet man die Arbeit von Robertson als Ganzes, so fällt zweierlei auf: Erstens kommt »Ökonomie« und damit ein wichtiges Feld globaler Entwicklung nur am Rande vor. Dies ist vor dem Hintergrund, dass sich Robertson gerade von ökonomistischen Deutungen des Globalisierungsprozesses absetzen will, theoriehistorisch noch verständlich. Entscheidender, und zugleich typisch für die Globalisierungsliteratur insgesamt, ist aber zweitens die Nichtberücksichtigung von Organisationen in diesem Prozess. Obwohl offensichtlich die erwähnte »reflexive Autonomie« durch Organisationen mediatisiert wird, ist dieser Prozess selbst kein Forschungsgegenstand.¹ Nationen, die Einzelnen, die Menschheit und das Weltsystem werden zwar als Akteure benannt, bloß Organisationen existieren in Robertsons Standardwerk nicht.

»Yet, how is any global reach possible, any conquest of space and time achievable, whether by nations or by firms, without some concept of the centrality of organization and organizations as the media through which globalization occurs?«, fragen Clegg und Gray (1996: 305) berechtigterweise in diesem Zusammenhang und weisen auf die Bedeutung von Organisationen im Prozess der Globalisierung hin, indem sie feststellen: »Organizations are the media of global reach« (ebd.). Die folgenden Ausführungen setzen hier an.

Dabei verfolgt der im Weiteren dargestellte, von Klaus Türk und Mitarbeitern entwickelte Ansatz der »Kritik der Politischen Ökonomie der Organisation« (Türk 1995; 1999a; Türk/Lemke/Bruch 2002; Bruch/Türk 2004) eine theoriestrategische Perspektive, die als »konstruktivistischer Materialismus« bezeichnet werden kann.² Sie entspricht damit der in der

1 Durch die Berücksichtigung von Organisationen würden Robertson dann wohl auch Fragen der Produktion und Konsumtion wieder in den Blick geraten.

2 Bruch und Türk (2005) haben jüngst eine Präzisierung ihres Ansatzes vorgelegt, in der zentral mit Foucaultscher Begrifflichkeit argumentiert und Organisation als »allgemeines gesellschaftliches Dispositiv« aufgefasst wird. Inzwischen lassen sich einige empirische Anwendungen der Türk-

vorliegenden Arbeit verfolgten Strategie, einen historisch-materialistischen Theorierahmen (Wallerstein) mit konstruktivistischen Annahmen (Meyer et al.) zusammenzubinden. Das Phänomen der Organisation wird als historisch kontingentes Phänomen gefasst und wird eingebunden in den polit-ökonomischen Entstehungskontext der Moderne. Es ist mit diesem gleichursprünglich. Allerdings bleibt es nicht bei der (fast schon soziologisches Allgemeingut darstellenden) Formulierung von der »Organisationsabhängigkeit moderner Gesellschaft«.³

Der Organisation kommt hingegen eine zentrale, wenn nicht überragende Bedeutung für die moderne Gesellschaft zu. Organisation wird begriffen »als spezifische historische Form bzw. ein gesellschaftliches Verhältnis [...], das eine unverzichtbare Existenzbedingung für den modernen Kapitalismus und den modernen Staat war und ist« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 10). Eine Nachzeichnung der Entwicklungsgeschichte der modernen Gesellschaft macht ohne den Bezug auf Organisation keinen Sinn. »Organisation muss [...] als ein modernes Phänomen und als ein zentrales Strukturmoment für die Konstitution, Etablierung und Reproduktion der dominanten gesellschaftlichen Verhältnisse der Moderne analysiert werden« (ebd.). Mehr noch, Organisation kann als »Vollzug von moderner Gesellschaft« (Karafillidis 2002: 5) gefasst werden. Über den Begriff der Organisation wird eine theoretische Perspektive möglich, die zum einen eine Verbindung zwischen den verschiedenen historischen Ausformungen der modernen Gesellschaft herstellt und zum anderen das Strukturmerkmal der modernen Gesellschaft bestimmt, welches die unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereiche verbindet (Bruch 2000: 34).

7.1 Die sozialen Teilmuster von Organisation

Organisation ist für Türk keine basale Kategorie menschlicher Sozialität, sondern eine historisch kontingente Herrschaftsform, also ein »gesellschaftliches Konstrukt« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 19). Dies heißt gerade nicht, dass Organisationen keine Wirkungsmächtigkeit erlangen. Grundlagentheoretisch wird auch in Bezug auf den »Gegenstand« Organisation von »einer wahrnehmungs- und erkenntnisunabhängigen Existenz der

schen Theorie auffinden. Vgl. unter geschlechtsspezifischen Fragestellungen Rastetter (1994); unter Betonung des Kampfaspektes in Organisationen Schettgen (2000), in historischer Perspektive Balcke (2001); Paas (1996); Tauchnitz (2004); aber auch Felder (2001).

3 Als Beispiel mag Luhmann gelten, der die Organisationsabhängigkeit moderner Gesellschaften stets betont (2000: 384; 1997: 847). Zur Problematik der Luhmannschen Fassung des Verhältnisses vgl. Karafillidis (2002).

›Welt« ausgegangen, deren sinnhafte Repräsentation jedoch nur als ein Prozess einer zugleich subjektiven und sozialen Aneignung, und daher nicht »abbildtheoretisch«, verstanden werden kann. Das Verhältnis von »Welt« und »Sinn« wird, in Anlehnung sowohl an Marx als auch an Maturana, als Ganzes-Teil-Beziehung gefasst, »in der sich der *reale Lebensvollzug* kooperierender Subjekte in den Kontexten außermenschlicher Natur ausdrückt« (Stolz/Türk 1992: 126).

Formale Organisation ist weder eine grundlagentheoretische Kategorie menschlicher Assoziation noch ein überhistorisch-übiquitär auffindbares Phänomen, sondern ein historisch-spezifisches Arrangement der Konditionierung menschlicher Lebenspraxis, ein »historisch-kulturell besonderes Phänomen [...], welches an die Entwicklung der europäischen Kultur, Ökonomie und bürgerlichen Gesellschaft, vor allem aber an die Genese des modernen Kapitalismus gebunden ist« (Türk 1995: 44).⁴ Eine nominalistische, sozialtheoretisch deduzierte Definition des Organisationsbegriffs macht daher keinen Sinn.⁵ Türk verfolgt eine andere Strategie, indem er eine historische Rekonstruktion des Alltagsverständnisses von Organisation anstrebt.

Die Fragestellung dieses empirisch-hermeneutischen Vorgehens lautet, mit welchen Realkategorien Alltagsakteure bestimmte soziale Muster umstandslos und ohne Probleme als Organisationen erkennen und durch

-
- 4 Die Türkische Organisationstheorie grenzt sich damit von den gängigen sozialwissenschaftlichen Konzeptualisierungen von Organisation ab, die in der Regel »weder die Voraussetzungen der Genese, der Existenz und der Reproduktion von Organisation selbst untersuchen, noch sich um eine inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Konzepts ›Organisation‹ etwa im Unterschied zu anderen Formen der Regulation menschlicher Kooperation bemühen« (Bruch/Türk 2005: 91f). Organisation wird derart nicht nur in der gesellschaftlichen Alltagspraxis, sondern auch in den Sozialwissenschaften als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.
 - 5 Ebenfalls macht es keinen Sinn, zur Bestimmung des Phänomens Organisation kollektive Handlungsformen aus vormoderner Zeit als frühe Formen von Organisation zu rekonstruieren. Denn: »Organisation an sich [...], *sans phrase*, ist ein Begriff der Moderne, der sich erst einstellt im Zuge dessen, was man in der Soziologie ›Moderne‹ nennt – die Ablösung sozialer Praxis von Religion und Tradition durch Rationalisierung« (Ortmann/Sydow/Windeler 1997: 316). Es geht vielmehr darum, gerade die Neuartigkeit der Sozialitätsform Organisation deutlich zu machen und die *differentia specifica* zu anderen Ko-Operationsformen zu bestimmen. Einen ersten Hinweis auf diese Neuartigkeit gibt übrigens der Begriff der Organisation selbst, der erst im 18. Jahrhundert und hier zunächst im Bereich der Biologie auftaucht. Erst mit der Französischen Revolution setzt sich der Begriff der Organisation durch und wird nun auch zur Beschreibung gesellschaftlicher Strukturen gebraucht. Vgl. für eine Begriffsgeschichte von Organisation den gründlichen Aufsatz von Böckenförde/Dohrn-Van Rossum (1978) sowie Türk/Lemke/Bruch (2002: 93-113).

koorientiertes Verhalten herstellen (Türk 1997: 174). Es geht also nicht darum, *was* Organisationen sind, sondern darum, *wie* Menschen Organisationen produzieren. Ziel ist die Bestimmung der *differentia specifica* des Organisationsphänomens zu anderen Formen der Regulation menschlicher Ko-Operation.⁶

Organisationen existieren nicht unabhängig von den Menschen, die deren Struktur in ihrer Kommunikation und ihrem Handeln reproduzieren. Organisationen sind also, wie alle anderen sozialen Ordnungen auch, konstituiert durch sich in sozialer Interaktion herausbildende »konsensuelle Bereiche« (Maturana/Varela 1987) individueller Kognitionen. Sollte von heute auf morgen eine kollektive Amnesie einsetzen, die permanente kollektive Reproduktion von Erinnerungen also abgebrochen werden, kein Mensch wüsste mehr, was Organisationen sind. Zwar wären noch Gebäude und Türschilder vorhanden, eine »Bedeutung« hätten sie aber nicht mehr.

Der Konstitutionsprozess zwischen Individuum und Organisation ist ein doppelseitiger. Menschen konstituieren Organisationen nicht nur *kognitiv*, indem sie über Anwendung und Wiederholung soziale Handlungs- und Interpretationsmuster reproduzieren. Organisationen werden darüber hinaus auch *materiell* von Menschen hervorgebracht, indem sie Ressourcen (etwa Arbeitskraft) bereitstellen (Stolz/Türk 1992: 848). Würden von heute auf morgen alle Menschen Tätigkeiten in Organisationen ruhen lassen, gäbe es diese fortan ebenfalls nicht mehr.

Es lassen sich drei verschiedene soziale Teilmuster bzw. Bedeutungskonstellationen destillieren, die sich in ihrer Kombination zum Gesamtmuster Organisation zusammenfügen, untereinander aber nicht widerspruchsfrei konstruiert sind: die Dimensionen der Ordnung, des Gebildes und der Vergemeinschaftung. Für jedes Teilmuster lässt sich eine eigene Evolutionsgeschichte rekonstruieren. Alle drei zusammen arrangieren sich aber bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zu dem Phänomen Organisation, »das seitdem eine eigene Geschichte hat, ohne daß Vorstellungen von Ordnung und Gebilde und ohne daß Vergemeinschaftungskonzepte durch dieses neue gesellschaftliche Muster vollständig absorbiert würden« (Türk 1995: 75). Ordnung, Gebilde und Vergemeinschaftung lassen sich heute als Strukturprinzipien von Organisation auffassen, haben aber nach wie vor als Konzepte auch organisationsunabhängige Entwicklungspfade, die wiederum auf Organisationskonzeptionen zurückwirken. Eine vorwegnehmende Übersicht findet sich in Tabelle 8.

6 Mit diesem Vorgehen ist der Tatsache Rechnung getragen, dass sich Denk- und Handlungsformen nicht voneinander trennen lassen. Theoretischer Bezugspunkt ist hier Foucaults Konzept der Gouvernementalität (Foucault 2000).

Tabelle 8: Organisationsdimensionen und Dimensionen des Sozialen

	Organisationssemantiken	Institutionelle Strukturen	Ko-Operation
Gebilddimension	Organisation als Subjekt oder Akteur	Juristische Person, korporatives Organ	Zuschreibung von Verhalten und Verantwortung
Ordnungsdimension	Rationalitätssemantik, Erfolgssemantik	Formale Regeln; organisationale Schaubilder, Handbücher, Prozeduren und Regulationen; Verträge	Funktionieren, praktische Arbeitsprozeduren, organisationale »Handlungskonstellationen«, auf Erfahrung beruhende Regeln
Vergemeinschaftungsdimension	Vergemeinschaftungssemantiken	Formale Mitgliedschaftsregeln	»Wir-Gefühl«, Korpsgeist, soziale Schließung

Aus: Türk (1999a: 25, Übersetzung: A.S.)

7.1.1 Die Dimension der Ordnung

Die Dimension der *Ordnung* betont die »Organisiertheit« und Strukturiertheit von Organisation.⁷ Hierarchien sowie Regel- und Normenkomplexe geraten in den Blick. Gemeint sind aber auch die allesamt praktisch wirksamen Ordnungskategorien »Sachlichkeit«, »Vorgang«, »Geschäftsvorfall«, »Akte«, »Tatbestand« oder »Position« sowie die »Systeme des öffentlichen wie privaten Rechnungswesens« (Türk 1995: 46). Sie entfalten nicht nur innerorganisatorische Relevanz, sondern strukturieren auch spezifische Formen des Weltbezugs von Organisationen. Die Dimension der Ordnung verweist so auf eine »Rationalitäts-, Disziplinierungs- und Normalisierungssemantik bzw. -praxis, die mit dem Begriff der Organisation von Anfang an verbunden ist« (Türk 1995: 45).

Die Konzepte der »zweckmäßigen Ordnung« und der Rationalität sind dabei, sowohl praktisch als auch legitimatorisch, die leitenden Motive der Ordnungsdimension. Hierbei kommt es nicht so sehr darauf an, ob und wie Organisationen rational handeln.⁸ Rationalität ist aber ein Dispo-

7 Mit der Ordnungsdimension von Organisationen beschäftigt sich insbesondere die Industriosozologie. Wenn sie von »Organisation« spricht, dann orientiert sie hauptsächlich auf die »Arbeitsorganisation« und die »Organisiertheit« von innerbetrieblichen Abläufen.

8 Die neuere Organisationsforschung hat ausgearbeitet, dass sich Organisationen nicht über die Orientierung an Zwecken theoretisch hinreichend beschreiben lassen, gleichwohl aber eine diesbezügliche Semantik aufweisen.

sitiv, welchem Organisationen nicht entfliehen können.⁹ Das Konstrukt der »zweckmäßigen Ordnung« ist dabei selbst Wandlungen unterworfen. So sind heute einfache Maschinenvorstellungen oder unilaterale Zweck-Befehls-Modelle, wie sie noch von Max Weber verwendet wurden, zugunsten von Systemmodellen in den Hintergrund getreten. Die Idee der Zweckrationalität bleibt aber auch bei letzteren als leitender Kern erhalten. Dies gilt selbst dann, wenn (»postmoderne«) Managementtheorien eine chaotische innerorganisatorische Praxis vorschlagen. Die Vorschläge finden nur deshalb Gehör, weil sie deutlich machen können, dass gerade dies rational wäre.

Der Topos der Ordnung ist nicht zu trennen von seiner kulturell-historischen Einbettung in die europäische Gesellschaftsentwicklung.¹⁰ Demnach folgt das moderne Konzept der »zweckmäßigen Ordnung« dem rationalistischen Programm der Aufklärung und stellt bis heute einen allseits hochgeschätzten Wert dar. Das Konstrukt der »Ordnung als Aufgabe« konnte historisch erst entstehen, so etwa Zygmunt Bauman, wenn die »Ordnung der Dinge« als nicht natürlich oder gottgegeben erachtet wird. Zwar gab es auch in vormodernen Zeiten Ordnungskonzepte, aber die vormoderne Welt »dachte überhaupt nicht über Ordnung nach, nicht in dem Sinne, wie wir jetzt darüber nachdenken. Die Entdeckung, dass Ordnung *nicht natürlich* ist, war die Entdeckung der *Ordnung als solcher*. Der *Begriff* der Ordnung trat gleichzeitig mit dem *Problem* der Ordnung ins Bewußtsein, der Ordnung als einer Sache von *Entwurf* und *Handlung*, Ordnung als einer Obsession« (Bauman 1991: 18). Das Verständnis von Ordnung als dynamisches aktives Ordnen konnte sich erst durchsetzen, als Ordnung sich enttranszendierte bzw. verweltlichte. Gott war nun nicht mehr der alleinige Wächter über Perfektion und Ordnung. Erst in der Moderne wird Ordnung zum Gegenstand einer reflektierten Praxis. Sie wird als eine Aktivität konstruiert, die sich ihrer selbst bewusst ist (Türk/Lemke/Bruch 2002: 51).

Vgl. vor allem Meyer/Rowan (1977); zusammenfassend Türk (1989); sowie als weitere Versuche Brunsson (1982); Cohen/March/Olson (1972).

- 9 Dieser Sachverhalt gilt auch für die jeweiligen Teilmuster von Organisation selbst. So ist es bezogen auf Ordnung nicht relevant und empirisch auch schwer bestimmbar, ob in der Praxis tatsächlich »Ordnung herrscht«. Entscheidend ist vielmehr die nicht hintergehbare Orientierung an einem Ordnungsdispositiv, welches gleichsam den Korridor weiteren Handelns und Reflektierens vorgibt.
- 10 Dies wird mit einer Fülle an politikwissenschaftlicher und soziologischer Literatur untermauert (Türk 1995: 47-53; Türk/Lemke/Bruch 2002; vgl. auch Bruch 2000). Verwiesen wird insbesondere auf die einschlägigen Arbeiten der soziologischen Klassiker Weber, Elias und Foucault, auf Horkheimers und Adornos »Dialektik der Aufklärung«, aber auch auf Marx und Sohn-Rethel sowie Oestreich.

Die Vorstellung von Ordnung konstituiert sich dabei in Auseinandersetzung mit dem, was als Unordnung oder Chaos gilt. Chaos ist somit »das Andere der Ordnung«, ist reine Negativität. Es ist die Verneinung all dessen, was Ordnung zu sein sucht. Gegen eben diese Negativität konstituiert sich die Positivität der Ordnung. Aber die Negativität des Chaos ist ein Produkt der Selbstkonstitution der Ordnung: ihre Nebenwirkung, ihr Abfall, und gleichwohl die *conditio sine qua non* ihrer (reflexiven) Möglichkeit. Ohne die Negativität des Chaos gibt es keine Positivität der Ordnung; ohne Chaos keine Ordnung« (Bauman 1991: 19f).¹¹

Die moderne Ordnung ist eine *zweckgerichtete* Ordnung. Der »rationale« Einsatz von Mitteln und Technologien, etwa der Organisation, gilt als Königsweg der Erreichung vordefinierter Zwecke. Dies gilt auch umgekehrt: Nur eine zweckhaft gestaltete Ordnung ist eine »gute Ordnung«. Dies heißt auch, dass Unordnung bekämpft und die als zerbrechlich vorgestellten sozialen Beziehungen geformt und verändert werden müssen. Mehr noch, es besteht »die Notwendigkeit ihrer Formierung, Regulierung und Disziplinierung. Nur jene Ordnung verdient ihren Namen, die der Natur abgerungen ist, der Masse Form verleiht« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 52).

Dies geht einher mit dem Entwurf eines neuen Bildes von Natur im Zuge der Durchsetzung der Moderne. Mit dem Aufkommen von »Ordnung als Aufgabe« ändert sich das »gesellschaftliche Naturverhältnis« (Becker/Jahn 1989). »Wir können sagen, dass die Existenz modern ist, sofern sie von dem Gefühl ›ohne uns die Sintflut‹ durchdrungen ist. Die Existenz ist modern, insofern sie vom Drang geleitet wird, zu entwerfen, was andernfalls nicht da wäre: von dem Drang, *sich selbst* zu entwerfen. Das bloße Dasein, das Dasein ohne jede Intervention, das ungeordnete Dasein, oder der Rand des geordneten Daseins, werden jetzt zur Natur: etwas, was als menschlicher Wohnort einzigartig ungeeignet ist – etwas, dem man nicht trauen kann und das man nicht sich selbst überlassen kann, etwas, das *beherrscht, unterworfen, neu gemacht* werden muss, damit es von neuem an menschliche Bedürfnisse angepasst werden kann. Etwas, das unter Kontrolle gehalten, eingeschränkt und gezügelt werden, das aus dem Zustand der Formlosigkeit in eine Form überführt werden muss – durch Anstrengung und durch Gewalt« (Bauman 1991: 20).

Die Orientierung von »Ordnung« auf zu erreichende Zwecke verweist zudem auf den Zeithorizont der Ordnungsdimension. Soziale Ordnung ist spätestens mit der Französischen Revolution zu einem gesellschaftlichen Projekt geworden, zu einem in der Zukunft wünschenswerten Zustand.

11 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Formulierung von Prigogine (1989: 398), dem »Theoretiker der Unordnung«: »order and disorder are created simultaneously«.

Ordnung ist also nie vollendet, sondern »lebt« von der Existenz noch zu bekämpfenden Chaos. Die prinzipielle Unerreichbarkeit und Nicht-Totalität von Ordnung sind wesentliche Konstitutionsmerkmale von Ordnung.¹²

Schon anhand des Teilmusters Ordnung lässt sich also aufzeigen, dass Organisation kein neutrales und universalistisches Instrument ist, sondern ein spezifisches Produkt okzidentaler Kultur. Gleichwohl aber wird durch die Ordnungsemantik gerade die politisch *neutrale* Funktionalität organisierten Handelns symbolisiert. Als Folge davon entstehen die schon von Meyer und Rowan (1977) beschriebenen Rationalitätsfassaden effektiver Koordination. Herrschaftliche Aspekte bei der Generierung ordnungsstiftender Strukturen werden hierdurch erfolgreich invisibilisiert. Zwar dienen herrschaftliche Strukturen der Kontrolle darüber, der lebendigen Arbeit den produzierten Mehrwert abzuschöpfen. Die Tatsache hierarchischer Strukturen erscheint aber als Normalform technischer Effizienz. Der Topos der Zweckrationalität verschleiert dabei den Herrschaftsaspekt organisationalen Handelns und konstituiert eine neue »Realität« der Sachlichkeit, in der sich beliebige Outputs, seien es Kompromisse, Misserfolge, Zufälle oder Interessenpolitik, als Resultate höchst rationalen Arbeitens darstellen lassen.

Neben Rationalität als der bedeutendsten Manifestation der Ordnungsdimension sind Effizienz und Produktivität weitere bedeutende Verweisungsstrukturen, die vom Ordnungsimperativ induziert sind. Effizienz- und Produktivitätskonstruktionen erlauben selektive Zurechnungen auf die Organisation, ziehen eine Grenze zwischen intern und extern und sorgen für herrschaftsfunktionale Ein- und Ausschließungen. Die Dimension der Ordnung »nimmt Internalisierungen und Externalisierungen von Bedingungen und Folgen des Handelns vor und schafft damit die Basis für jene Produktivitäts- und Effizienzfiktionen, mit denen namentlich wirtschaftliche Unternehmungen (aber auch politische Parteien, Verwaltungen, Verbände) kalkulieren« (Türk 1995: 46).

12 Die Nichteerreichbarkeit gesellschaftlicher Ordnung findet sich besonders deutlich in den koevolutiv entstandenen Ideologemen von Fortschritt und Entwicklung, die schon von der Wortbedeutung her keinen Abschluss kennen. Eine moderne Gesellschaft, die sich nicht »entwickelt«, wäre keine moderne Gesellschaft mehr. So wurden mit den Eroberungskriegen der Neuzeit auch die Analogieketten Kolonie=Natur=Frau=Chaos und entsprechend Staat=Gesellschaft=Mann=Ordnung institutionalisiert (vgl. ähnlich Todorov 1985: 185). In neuerer Zeit symbolisiert der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Neologismus »Entwicklungsländer« die vermeintlich chaotischen Zustände in diesen Ländern im Kontrast zu den *geordneten* Verhältnissen in den Industrieländern. Vgl. zur Kritik des Entwicklungsdenkens Esteva (1992); Sachs (1993); Stickler (1997).

Aber auch Menschen werden durch organisationale Ordnungskategorien entlang ihrer Relation zur Organisation kategorisiert. So wird zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Klienten, zwischen Führung und Personal, zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern differenziert. In der Ordnungsdimension werden folglich Klassifikationen für die Selbst- und Fremdefinition von mehr oder weniger beteiligten Menschen bereitgestellt, die sodann Bestandteil der subjektiven Identitäten werden können (Türk 1997: 174f). In Zusammenspiel mit der Verinnerlichung von Rationalitätskonzeptionen durch die Individuen (*homo oeconomicus*) ergeben sich für die Subjekte enorme Disziplinierungseffekte, die sie zu Arbeitssubjekten, also zu Trägern von Arbeitsvermögen, welches zweckgerichtet verwendet werden kann, machen. Zeitgleich mit der Herausbildung von Organisationen konfiguriert die neuartige Verbindung von Rationalität und Herrschaft also auch den »Zugriff« auf die Subjekte neu (Türk/Lemke/Bruch 2002: 24f).¹³

Mindestens drei Ordnungsimperative lassen sich also zusammenfassend destillieren (Türk/Lemke/Bruch 2002: 21). Erstens geht es wie gesagt um die »vernünftige«, sprich zweckgerichtet-rationale Strukturierung sozialer Beziehungen. Mit dieser Struktur werden zweitens Erwartungen an Effektivität und Produktivität verknüpft. Drittens wird mit dem Ordnungsdispositiv suggeriert, dass die Verfolgung gemeinsamer Ziele ein gewisses Maß an (Selbst-)Disziplin erfordert.

Darüber hinaus stellen organisationale Ordnungskriterien spezifische Deutungs-, Abstraktions- und Bewertungsmuster für alle möglichen Ereignisse und Sinnzusammenhänge bereit. »Ordnung« taugt demnach nicht nur zur Thematisierung organisationsinterner Strukturierungen, sondern ist auch ein semantisches Feld, welches auf die organisationsbezogene Definition von Welt verweist. Die Umwelt der Organisation wird durch die »organisationale Brille« gesehen und derart subsumiert. »Welt« wird so zunehmend in *terms* von Absatzchancen, Gewinnen, politischen Machtchancen und technologischen Machbarkeiten beschrieben und bewertet. Hierin liegt eine der wesentlichen Funktionen von Organisation als Ordnung, nämlich »zweckspezifische Ordnung« in das »vermeintliche Chaos der Welt« zu bringen, »Schnitte in die Welt« zu legen« (Türk 1997: 175), »was immer auch heißt, sich die ›Welt‹ unter einer bestimmten Perspektive anzueignen« (Türk 1995: 292).

13 Es muss hier bei diesen knappen Hinweisen bleiben. Foucault hat die Produktion von »Disziplinarsubjekten« in historischen Studien ausführlich beschrieben und die Änderung der Regierungstechniken mit dem Begriff der Gouvernementalität theoretisch gefasst. Vgl. ausführlich Foucault (2000); Lemke (1997).

7.1.2 Die Dimension des Gebildes

Jede Ordnung ist an einen sozialen Raum gebunden, auf den sie sich beziehen kann, benötigt also eine Gebildeform. In der Gebildedimension wird Organisation als eine Einheit definiert, die sinnhaft-normativ von anderen sozialen Kontexten, Einheiten oder Umwelten abgrenzbar ist. Erst dies macht es möglich, überhaupt zu beobachten, wo Ordnung geschaffen wird, wo also Zwecke verfolgt, Produktivität zugerechnet und Rationalität verhandelt wird. Jedwede Operation wird erst mithilfe von Gebildekonstruktionen zurechenbar und lässt sich nach intern und extern differenzieren. Mit der Gebildekonstruktion erhält Ordnung eine Adresse. Organisationen erhalten Namen, »bewohnen« Gebäude und sind erreichbar, kurz: sie sind adressierbar.

Paradigmatisch ist die Gebildedimension von Organisation in der Figur der »juristischen Person« aufgehoben (Türk 1995: 53).¹⁴ Mit der Gebildedimension wird die Organisation zu einer eigenständigen und von ihrer Umwelt klar abgrenzbaren Einheit, der sodann Subjekt- und Akteursqualitäten zugeschrieben werden können. Inzwischen ist es Teil des Alltagsverständnisses geworden, dass Organisationen »handeln«. In der Gebildedimension spiegelt sich daher nicht nur ein sozialer Ort, auf den sich Ordnungsdispositive beziehen, wider. Organisation als Gebilde ist darüber hinaus auch eine »zurechnungsfähige Einheit, der Handlungskompetenz, Verantwortung, Eigentumsrecht, Produktivität und Akkumulationsfähigkeit zugeschrieben werden« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 26). Die Subjektaufladung des Gebildes Organisation geht so weit, dass der Organisation gar Selbstreflexionsfähigkeit unterstellt wird. Das Konzept des Individuums wird derart auf die Organisation übertragen und in der Konsequenz entsteht ein Subjekt, welches Ansprüche gegenüber Dritten reklamieren kann (Türk 1995: 119).¹⁵ Organisation erscheint dann nicht nur als »Assoziation«, sondern als »korporativer Akteur« (Coleman 1986).

Das Konstrukt des Gebildes hatte gerade für die kapitalistische Unternehmung und damit für die Ausbreitung der kapitalistischen Gesellschaftsformation enorme Bedeutung. Es machte die anonymisierende Akkumulation von Reichtum, Macht und Wissen erst möglich. Erst durch die Konstruktion der »juristischen Person« bei gleichzeitiger Verwendung rechtlich abgesicherter Zurechnungs-, Eigentums- und Verfügungskon-

14 Vgl. für eine knappe Darstellung der Herausbildung des Diskurses der juristischen Person in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Türk/Lemke/Bruch (2002: 141-147); ausführlicher Coleman (1986).

15 Die Parallelität und Kompatibilität mit der Akteurkonzeption des Neoinstitutionalismus (Meyer/Jepperson 2000) liegen auf der Hand. Vgl. auch Türks diesbezügliche Auseinandersetzung (Türk 2002).

strukture konnte die eindeutige und abtrennende Zurechnung des erarbeiteten Mehrprodukts auf die Organisation gewährleistet werden. Die Bildung von Kapital wäre ohne diesen Mechanismus, der zudem die Persistenz von Organisationen über die Lebensdauer von natürlichen Personen hinaus gewährleistet, unmöglich (Türk 1995: 53).¹⁶

Die Kombination der Einheitsfiktion des Gebildes mit der Selektionsfunktion der internen Ordnungsstruktur erlaubt bestimmte Internalisierungen und Externalisierungen von Ressourcen, Kosten und Erträgen. Hierdurch wird die Akkumulationsfähigkeit der Organisation zusätzlich befördert. Unternehmungen greifen etwa auf große Mengen von Ressourcen zurück, die niemals in ihre Kostenrechnungen eingehen (unbezahlte Hausarbeit, Bildungsleistungen der abhängig Beschäftigten, vom Staat bereitgestellte Infrastruktur). Andererseits ist es ihnen möglich, Folgekosten ihres »Handelns« auf die Allgemeinheit oder zukünftige Generationen abzuwälzen. »In die Produktivitäts- und Rentabilitätsrechnung bzw. in die Gewinn- und Verlustrechnung geht nur ein kleiner Teil aller Aufwendungen und Kosten ein; das Ergebnis dieser Rechnung aber kann sich die Unternehmung selbst zurechnen. Sie kann sich als »produktiv« darstellen und Überschüsse privat aneignen« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 29).

Durch die Konstitution von Organisation als abgrenzbarer Ort wird gleichzeitig auch das konstituiert, was jenseits dieser Grenze ist: die (Organisations-)Umwelt. Alles, was die Organisation als nicht produktiv oder effizient erscheinen lassen könnte, wird aus der Organisation externalisiert. Es handelt sich hier sprachbildlich um Buchhaltungstricks. Durch die Auslagerung von gesellschaftlichen Risiken und Kosten organisatorischen Handelns (man denke nur an Umweltverschmutzungen) und von ineffektiven Abteilungen der Kernorganisation wird die eigene Produktivität (optisch) erhöht.

Organisation ist daher nicht als freie Assoziation, als Zusammenschluss von Menschen zur gemeinsamen Regelung eigener Belange aufzufassen, sondern vornehmlich durch ihre extroverse Orientierung gekennzeichnet. Unterwerfung, Bearbeitung, Regulierung und Kontrolle von Dritten, also von Nicht-Mitgliedern oder anderen Organisationen, sind zentrale Merkmale moderner Organisation. So vertreten Organisationen Interessen gegenüber Dritten, nutzen die Arbeitskraft Dritter und versuchen, gezielte Änderungen in ihrer Umwelt zu induzieren.¹⁷ Organisati-

16 Hierin liegt vornehmlich begründet, warum Türk und Mitarbeiter von der Bedeutung des Organisationsverhältnisses anstelle des Kapitalverhältnisses zur Erklärung der Besonderheit der modernen Gesellschaft ausgehen (Türk 1995: 113-154; Türk/Lemke/Bruch 2002; Bruch 1999).

17 Türk (1995: 120) führt Beispiele an, die diese herrschaftliche Funktion von Organisation herausstellen: »eine Unternehmung ist keine Assoziation von

onen sind daher nicht selbstreferentiell, sondern fremdreferentiell. Dazu gehört auch, dass stets zwischen verschiedenen Kategorien (Rollen) von Menschen unterschieden wird, etwa zwischen Eigentümern und Personal, zwischen Mitgliedern und Klienten, zwischen Personal und Publikum. Organisationen machen diese Trennungen nicht beiläufig, sondern diese Trennungen sind im Gegenteil für die Organisation konstitutiv (Türk 1995: 119f).

Neben diesem ökonomisch bedeutsamen Effekt der Gebildekonstruktion existiert aber noch ein politisch-rechtlicher Effekt, der sich in der Koevolution des Konzepts der modernen Organisation und des Konzepts der sozialen Rolle manifestiert. In der modernen Organisation werden nicht, wie etwa in den historisch vorgängigen Korporationen, natürliche Personen assoziiert, sondern verschiedene soziale Rollen kombiniert.¹⁸ Natürliche Personen agieren im Rahmen von Organisation nur unter dem Aspekt der von ihnen eingenommenen Rollen. Sie können daher ihr Verhalten der eigenen sozialen Rolle, folglich den fremdgesetzten Erwartungen der Organisation zuschreiben. Entscheidungen werden derart entpersonalisiert. Zwar mag es persönliche Motive für eine jeweilige Handlung geben, doch sind diese tabuisiert und werden nicht offen kommuniziert. Die Folge ist die Entlastung von Verantwortung. Man hat stets nur als Rollenträger oder im Amt, nicht aber als Person gehandelt (Türk/Lemke/Bruch 2002: 29).¹⁹ Auf der innerorganisatorischen Ebene wird derart konformes Verhalten durch den legitimen Einsatz von Sanktionen oder deren Androhung befördert. Die Konstruktion der Organisation als zurechenfähige Einheit, deren Mitglieder intern verschiedene Rollen übernehmen, unterstützt die schon erwähnte, von konkreten Personen unabhängige Persistenz organisierten Handelns.

Arbeitenden zur Produktion gemeinsamer Güter, sondern ein sozialer Mechanismus der Anwendung und Nutzung, ggf. Ausbeutung der Arbeitskraft Dritter für gegenüber diesen fremde Zwecke; [...] eine politische Partei ist keine Assoziation von Menschen gleicher Weltanschauung zu gemeinsamer Regulierung eigener Belange, sondern eine Einrichtung zur Erreichung von politischer Macht durch Wahlen vermittelt Beeinflussung Dritter; eine staatliche Verwaltung ist keine kommunitive Einrichtung zur assoziativen Bewerkstelligung allgemeiner Aufgaben, sondern ein Instrument zur Beherrschung von Staatsbürgern; eine Gewerkschaft ist keine Assoziation von Arbeitern zur Regelung gemeinsamer Probleme, sondern eine Organisation zur Durchsetzung von Interessen gegenüber Dritten.«

18 Dieser Unterschied ist von Coleman (1986) ausführlich an historischem Material beschrieben worden.

19 Vgl. zur Verantwortungsentlastung durch Organisation am historisch besonders prägnanten Beispiel des nationalsozialistischen Konzentrationslager-systems die empirische Studie von Balcke (2001).

Die Zuschreibung von Rollen im Organisationskontext hat noch eine weitere, Gesellschaftsstrukturen induzierende Konsequenz. So erhalten Management- und andere Leitungsfunktionen einen großen gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs (Türk/Lemke/Bruch 2002: 90). Oder allgemeiner: die Positionierung von menschlichen Subjekten mittels Rollenzuschreibungen in organisationalen Kontexten wird zum bedeutenden Modus von gesellschaftlicher Stratifizierung. Die Ausübung von Rollen in Organisationen strukturiert soziale Schichtung. Der Elitenanspruch gesellschaftlicher Führungsgruppen ist an entsprechend hohe Positionen innerhalb bedeutender Organisationen gekoppelt. Auf der Ebene der Individuen zeigt sich, dass sich diese zunehmend über ihre Rolle in Organisationen definieren. Ihre Rolle in organisationalen Kontexten wird Teil ihrer Selbstdefinition und Identitätsbildung (Türk 2002). Auf die Frage: »Und, was machen Sie?«, geben Individuen in der Regel Auskunft über ihren Beruf, und nicht etwa über ihre familiäre Situation.²⁰

Zusammenfassend lassen sich mindestens vier Hauptfunktionen der Gebilde- und Einheitskonstruktion nennen: erstens dient die Schaffung einer zurechenfähigen Einheit als Grundbedingung für Zwecke der Akkumulation, zweitens entlastet sie individuelle Akteure durch rollengesteuerte Handlungszurechnungen, drittens bietet sie die Chance zur Erzwingung von Konformität, die dem Organisationserhalt dient, und viertens ermöglicht sie die Persistenz der Organisation über den Wechsel von Personen hinaus. In der Gebildedimension verkörpern sich demnach sowohl die introverse als auch extroverse Herrschaftsförmigkeit moderner Organisation. Intern befördert die Gebildedimension von Organisation durch die beschriebene Rollenspezifizierungen und Zurechnungsmöglichkeiten einen Prozess der Entrechtlichung der in ihr wirkenden Personen, die fortan im Organisationskontext lediglich in ihrer »Rolle« und damit in ihrer Funktion Bedeutung erlangen. Die extroverse Herrschaftsförmigkeit der Organisation hingegen zeigt sich in ihrer »Orientierung auf die Unterwerfung, Bearbeitung, Regulierung und Kontrolle Dritter hin« (Türk 1995: 119).

7.1.3 Die Dimension der Vergemeinschaftung

Die Vergemeinschaftungsdimension verweist darauf, dass Organisation nicht nur formierende Macht ist. Im Alltagsbewusstsein stellt sich Organi-

20 Soziologisch wird dieses Phänomen vornehmlich unter dem Stichwort »disembedding« verhandelt; vgl. Polanyi (1978); Giddens (1995), Granovetter (2000); Altvater (1998). Im Folgenden wird dieser Gedanke noch einmal aufgenommen werden, wenn vom Doppelcharakter gesellschaftlicher Realität und der Figur der »inkludierenden Exklusion« die Rede ist.

sation nämlich auch durch reale Zusammenarbeit her, die sehr spezifische Formen von Sozialität, Kohäsion, Reziprozität und Gruppenbildung hervorbringt (Türk 1995: 66). Organisationen können also in der Formalitätsdimension nicht hinreichend beschrieben werden. Jede »Formalität« muss durch reale Zusammenarbeit vermittelt und konkretisiert werden, um sich in ihr mehr oder weniger gebrochen zu verkörpern. Als Handlungsprogramme lassen sich formale Regeln nie vollständig ökonomisch-technischen Rationalitätskriterien unterordnen, weil ihre Umsetzung an die lebendige Mitwirkung der beteiligten Akteure gebunden ist.

Zwar erlaubt die Gebildekonstruktion die selektive Zurechnung von Handlungen und ökonomischen Wertgrößen. Darüber hinaus stellt sie Mechanismen der sozialen In- und Exklusion bereit und verweist auf gruppenhafte Schließungsprozesse. Die Produktion der Grenze von Zugehörigkeit und Fremdheit (insbesondere bezogen auf die einzelne Person) wird aber insbesondere durch die Konstruktion des Konzepts der (freiwilligen) Mitgliedschaft gewährleistet. Anders formuliert: Mit dem Konstrukt der Vergemeinschaftung²¹ werden qua Mitgliedschaftsregeln personelle Ein- und Ausschließungsprozesse konstituiert. Ein organisationskulturelles »Wir« und ein ausgrenzendes »die Anderen« werden geschaffen (Türk 1995: 291).

Eine Vergemeinschaftungssemantik, die den Mitgliedern einer Organisation differentielle Vorteile verspricht, bindet diese an die Organisation, was die Einhaltung interner Ordnung fördert. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass historisch Führungskräfte von Organisationen an der Entwicklung von »Teamgeist«, »Werksgemeinschaften« oder »Unternehmenskultur«, neuerdings an einer *corporate identity*, interessiert waren und sind (Türk 1995: 70f).

Zur Illustration dieses Aspektes kann ein Text Otto von der Pfordtens aus dem Jahre 1917 dienen, der in emphatischen Worten die Gemeinschaftsbildung innerhalb von Organisationen als deren moralische Seite schildert: »Organisieren heißt eine Mehrzahl verschiedenartiger Menschen aus einer bloßen Summe in eine lebendige zweckvolle Gemeinschaft verwandeln. Der Lebenskraft, die das organische Gebilde lenkt, entspricht hier der Beseelung, der Wille aller einzelner zum gemeinsamen

21 Die Verwendung des Begriffs der Vergemeinschaftung erfolgt unter expliziten Bezug auf Max Weber (1980: 21ff), der das Konzept der Vergemeinschaftung dem der Vergesellschaftung entgegenstellt. Türk betont hiermit die subjektiv gefühlte (affektuelle oder traditionelle) Zusammengehörigkeit der Organisationsmitglieder. Der Gebrauch des Begriffs der Vergesellschaftung würde hingegen den Aspekt des rationalen Interessenausgleichs betonen und das »Organisationsleben« als »nüchterne Interessenverbindung« charakterisieren.

Zweck. Hier liegt auch die moralische Seite der Organisation, da etwas Außerpersönliches, eben die Hingabe an die gemeinsame Sache von jedem Teil verlangt wird und als ethische Leistung dieser Einzelpersonen erscheint. Die menschlichen Organe sind nicht willenlos und müssen zur Organisation nicht nur ihre mechanische Körperkraft und geistige Fähigkeiten, sondern auch ihren guten Willen zur Sache beisteuern; je restloser dies gelingt, umso vollendeter wird die Organisation sein und sich bewähren« (zitiert nach Türk/Lemke/Bruch 2002: 31).

Die Vergemeinschaftungsdimension zielt also auf die Konstruktion eines sozialen Körpers ab, der gegenüber äußeren Kräften produktiv einsetzbar ist. Hierbei erfordert die »Konstitution des kollektiven Subjekts ›Organisation‹ [...] bestimmte Formen der Disziplinierung und Zivilisierung der individuellen Subjekte« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 32). Wenn sich diese Anforderungen als Selbstanforderungen in die Subjekte eingeschrieben haben, so scheint die organisationskonforme effektive Bereitstellung der Arbeitskraft friktionsloser zu funktionieren, als in Modellen, die vornehmlich auf Befehl und Gehorsam aufbauen.²²

Vergemeinschaftungssemantiken und -praktiken sind aber nicht nur für die »Organisationsherren«, sondern auch für die Organisationsmitglieder funktional. So leben Organisationsmitglieder, zumal als Arbeitnehmer einer kapitalistischen Unternehmung, oft in einem Belohnungssystem. Sollte sich ein Erfolg des Unternehmens herausstellen, so ist damit, wie vermittelt und heruntergebrochen auch immer, oft eine Verbesserung der materiellen Situation der einzelnen Organisationsmitglieder verbunden, zumindest aber versprochen. Dies kann erhöhte Lohnzahlungen, höhere Aktienkurse, aber auch volkswirtschaftlich vermittelte Besserstellungen (siehe das »Wirtschaftswunder« der 1950er und 1960er Jahre) bedeuten. Die gleichzeitig stattfindenden Prozesse »sozialer Schließung« (Weber 1980: 201f) führen zu einer Konkurrenzsituation mit »den Anderen«. Zur Absicherung eigener Vorteile werden dann auch rassistische und sozial-rassistische Muster aktiviert.

Türk (1995: 70) fasst zusammen: »Es scheint für Organisationen überhaupt typisch zu sein, dass sie interne Gesamt- oder Subkulturen mit spezifischer Loyalität ausbilden, die sich als ›Corpsgeist‹ auf die kollektive Interessenwahrung vor allem gegen als extern definierte Personen, Gruppen oder Mitglieder anderer Organisationen richtet. Dieser bündische Charakterzug ist vielleicht eine typisch ›männliche‹ Eigenschaft. Sie vermag jedenfalls zusammen mit dem Ordnungs- und Gebildeparadigma

22 Dies betrifft vor allem Aufopferungsbereitschaft und Motivation über das Normale hinaus. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Arbeit von Dreßen (1982), der eine Geschichte der Verfleißigung (›Industriösität‹) geschrieben hat.

erhebliche extroverse Macht zu entwickeln, was die Prozesse der dezentralen Machtkonzentration durch Organisation und die damit verbundene Marginalisierung von Peripherien verstärkt.«

Die Vergemeinschaftungsdimension verweist an dieser Stelle auf die Vergesellschaftungsfunktion von Organisation bzw. auf das *Organisationsverhältnis*. Denn: »In dem Maße, in dem Organisationen sich durch solche Vergemeinschaftungen auszeichnen, die mit den anderen Organisationen konkurrieren oder auch kooperieren und z.B. Seilschaften ausbilden, kann man auch und gerade davon sprechen, dass sich eine Organisationsgesellschaft netzwerkförmig als politische Arena organisational abgesicherter Bünde und Bündnisse darstellt. Damit wäre [...] die Vermutung erhärtbar, dass neben ›Märkten‹ ein weiterer Vergesellschaftungsmechanismus entsteht, der als makropolitische Arena zentrale gesellschaftliche Verhältnisse konditioniert, durch die vor allem jene benachteiligt werden, deren Bedürfnisse sich nicht in Form von *Interessen* organisieren lassen« (Türk 1995: 71).

7.2 Organisation und (moderne) Gesellschaft

Nachdem im vorangegangenen Kapitel der Begriff der Organisation expliziert wurde, geht es nun um die gesellschaftsstrukturierende Bedeutung der Organisationsform. Was heißt es, »wenn die Gesellschaft massenhaft und durchgängig für sie wesentliche Bereiche über diese Form abwickeln lässt« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 44)?

7.2.1 Soziologische Ansätze

Betrachtet man die soziologische Literatur zu Organisationen, insbesondere der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so fällt auf, dass der theoretischen Konzeption des Verhältnisses von Organisation und Gesellschaft recht wenig Beachtung geschenkt wird. Der augenscheinlichen Koinzidenz von kapitalistischer Entwicklung und Organisation oder, systemtheoretisch formuliert, von »Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme« und Organisation wird kaum systematisch nachgegangen (Ortmann/Sydow/Türk 1997: 17). Gleichwohl gab und gibt es vereinzelt immer wieder Versuche innerhalb der Soziologie, das Verhältnis von Organisation und Gesellschaft zu bestimmen.

Hierzu ist zuvorderst festzuhalten, dass die Geburtsstunden von Soziologie und Organisation zusammenfallen. Sowohl die soziologische Wissenschaft als auch das Konzept formaler Organisation entstehen im Kontext der europäischen »Doppelrevolution«, der mit dem Datum der

Französischen Revolution verknüpften weltanschaulichen Revolution der Aufklärungsphilosophie und der industriell-kapitalistischen Umwälzung der Produktionsweise (Türk 1992: 1635). Insbesondere der Verdienst der Französischen Revolution, die Erkenntnis in die Gestaltbarkeit der Gesellschaft durch den Menschen, beförderte die Anstrengungen, sich des Phänomens Gesellschaft wissenschaftlich anzunehmen. Schon deutlich früher datiert die Entwicklung erster (»Organisations«-)Utopien, etwa Tommaso Campanellas »Civitas Solis« von 1623 und Francis Bacons »Nova Atlantis« von 1626. Ihnen ist allesamt schon eine positive Vorstellung von Rationalität und planender »Organisierung« eigen. Spätestens im 19. Jahrhundert wird die Organisationsform dann allgemein als reifes, universell einsetzbares und neutrales Instrument zur Erreichung jedweder gesellschaftlicher Ziele angesehen.

Erst zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entsteht vermehrt Kritik an der Organisationsform. Insbesondere wird nun die sich abzeichnende »Verdichtung bürokratischer Strukturen« von den Zeitgenossen als Problem angesehen. Am umfassendsten und instruktivsten formuliert diese Kritik sicherlich Max Weber (1980) in seiner Bürokratiethorie, der damit den Grundstein zu einer modernen Organisationstheorie legt. Bürokratie (und damit Organisation) wird von Weber als die immanente Herrschaftsstruktur der modernen Gesellschaft gefasst. Oder genauer: Rationale Herrschaft qua Organisation ist der zur modernen Gesellschaft »passendste« Herrschaftstyp. Webers Augenmerk liegt explizit auf dem Verhältnis von Organisation und Gesellschaft. Erst die allgemein durchgesetzte Vorstellung von Rationalität in der Gesellschaft generiert organisationale Strukturen, die wiederum aus der möglichst rationalen Ausgestaltung ihrer Strukturen ihre Legitimität beziehen. Umgekehrt werden formale Organisationen zu wichtigen, permanent wirksamen Transmissionsriemen von Rationalität in die Gesellschaft.

Die Kritik Webers richtet sich auf die von ihm befürchtete Weiterentwicklung des Rationalisierungsprozesses. Die Rationalisierung der wirtschaftlichen und politischen Institutionen drohe »das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im ägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden, wenn ihnen eine rein technisch gute und das heißt: eine rationale Beamten-Verwaltung und -Versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Art der Leitung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll. Denn das leistet die Bürokratie ganz unvergleichlich besser als jegliche andere Struktur der Herrschaft« (Weber 1980: 835). Die beschriebene Entwicklungsdynamik der modernen (okzidental)en Gesellschaft führe zu einem »stahlharten Gehäuse« (Weber 1988: 203), welches eine »unentrinnbare Macht über den Menschen« (ebd.: 204) entfalte.

In der Nachfolge von Weber gerät die Beschäftigung mit den Ursachen der Organisationsentwicklung, also mit dem Rationalisierungsprozess selbst, aus dem Blick. Aufgenommen wird meist lediglich Webers knappe idealtypische Beschreibung der Bürokratie, die nun an empirischem Material geprüft wird (Türk 1989: 1). Die von Weber als für das Individuum zerstörerisch eingeschätzten Organisationsverfahren werden nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend in die Praxis umgesetzt und systematisch positivistisch gelehrt. »Organisation« wird in dieser Zeit zu einer Art »Zauberformel« (Türk 1989a: 476), die in der Rationalisierungsbewegung (»wissenschaftliche Arbeitsorganisation«, Taylorismus, »Psychotechnik«) und dem Nationalsozialismus ihre größten Überhöhungen findet. Aber noch bis in die 1970er Jahre hinein sind in der Organisationsforschung, insbesondere in dem seit den 1960 Jahren dominierenden kontingenztheoretischen Paradigma²³, beschreibende Analysen von Organisationsentwicklungen und damit der Auswirkungen von Rationalisierung, wenn auch größere Komplexität berücksichtigend, vorherrschend. Organisation und Gesellschaft werden hier letztlich als getrennte Einheiten gefasst. Zwar werden Organisationen »irgendwie« innerhalb der Gesellschaft vermutet, doch wesentlich ist, dass sie sich in einer als feindlich gedachten »Umwelt« behaupten müssen. Bis heute wird, insbesondere in den anwendungsorientierten Managementtheorien, Gesellschaft lediglich als Umwelt der Organisationen konzipiert.²⁴ Die wechselseitigen Beziehungen und Strukturverhältnisse zwischen Organisation und Gesellschaft werden nicht explizit thematisiert.

Abgesehen von nur sehr vereinzelt Einlassungen, die darauf hinweisen, dass ein angemessenes Verständnis von Organisation nur über eine »ausgeführte Theorie der Gesellschaft« zu haben sei (Adorno 1971: 68), wird erst in neuerer Zeit verstärkt wieder für eine »Rückkehr der Gesellschaft« in die Organisationstheorie plädiert²⁵: »Organisationen aber sind in der Gesellschaft, sind Teil der Gesellschaft, sind eine besondere Form der Koordination und Zurichtung gesellschaftlicher Aktivitäten, implizieren spezifische gesellschaftliche Zusammenhänge und Schnitte zwischen diesen Aktivitäten, werden von ihrer gesellschaftlichen Umge-

23 Vgl. etwa Lawrence/Lorsch (1967); Kieser (1993a); Staehle (1988). »Auf eine ganz simple Form gebracht behauptet dieser Ansatz«, so Türk (1989: 2), »dass die Situation die Struktur bestimme und die Struktur einer Organisation deren Effizienz bedinge.« Dieser Bedingungs Zusammenhang ließ sich allerdings schlüssig nie nachweisen. Vgl. zur Kritik des kontingenztheoretischen Ansatzes Zey-Ferrell (1981) und Türk (1989).

24 Vgl. zu dieser Einschätzung auch Windeler (2001: 55ff), der in Bezug auf Netzwerktheorien bis heute kontingenztheoretisches Denken teils »unverblümt« angewendet sieht.

25 Zu dieser Einschätzung gelangt auch Lohr (2003).

bung gefördert und beeinträchtigt, üben ihrerseits einen enormen Einfluß auf den Zustand und die Entwicklung der Gesellschaft aus, und dies alles keineswegs seit altersher, sondern, jedenfalls mit jener Dominanz, die in diesem Jahrhundert die Rede von der Organisationsgesellschaft aufgebracht hat, offenbar erst im Zuge der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus« (Ortmann/Sydow/Türk 1997: 16f).

7.2.2 Organisation und Gesellschaft als rekursives Konstitutionsverhältnis

Türk und Mitarbeitern geht es nicht nur um eine »Rückkehr der Gesellschaft« (Ortmann/Sydow/Türk 1997) in die Organisationstheorie, sondern gleichzeitig um eine Rückkehr der Organisation in die Theorie der Gesellschaft. Leitschnur ist die Entwicklung eines konstitutionstheoretischen Verständnisses von Organisation und Gesellschaft. So wird weder davon ausgegangen, dass allgemeine Merkmale der Gesellschaft auf irgendeine Weise das Konstrukt und die Praxis moderner Organisation erzeugen, noch wird die umgekehrte These vertreten, dass sich in der Organisationsform alle gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrücken oder widerspiegeln.²⁶ Prägnant formuliert: »Es gab nicht zunächst ›Rationalität‹, die dann Organisation hervorbrachte, nicht zuerst das Produktivitätsdispositiv, das dann etwa Unternehmungen erzeugte, nicht ein allgemeines Subjektivierungskonzept, das dann zu Disziplinierungspraktiken in Organisationen führte und auch nicht vorab abstrakte Kommunikationsmedien, die etwa die Kodierung und das Prozessieren menschlicher Arbeit als abstrakte Arbeit vornahmen. Das Verhältnis von Organisation und übergreifenden Gesellschaftskonzepten begreifen wir nicht nur als ein ko-evolutives, sondern als ein rekursives Konstitutionsverhältnis« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 37). Organisationen werden durch gesamtgesellschaftliche Merkmale geprägt. Sie sind »organisationsstrukturelle Verkörperungen gesellschaftlicher Strukturmomente« (Türk 1999: 45). Umgekehrt zeitigen Organisationen strukturinduzierende Effekte auf Gesellschaft.

26 Die These, dass die moderne Gesellschaft durch Organisationen dominiert ist, dass »Organisation« als das Schlüsselphänomen der modernen Gesellschaft anzusehen ist, findet sich – von den Arbeiten Max Webers abgesehen – explizit vor allem bei Perrow (1989), aber auch in der historisch angelegten Untersuchung von Galambos (1970) und einer frühen Arbeit von Alfred Weber aus dem Jahre 1910 (Weber 1979). Dem Verhältnis von (moderner) Gesellschaft und formaler Organisation wird in diesen Arbeiten allerdings nicht theoretisch-systematisch nachgegangen.

Die moderne Gesellschaft ist eine »Organisationsgesellschaft«. ²⁷ Sie lässt sich allerdings nicht rein quantitativ als solche bestimmen. Nicht die große Anzahl von Organisationen allein macht das Phänomen aus (Türk 1995: 117). Die Bezeichnung Organisationsgesellschaft ist theoretisch nur dann gehaltvoll, wenn gezeigt werden kann, dass der Modus Organisation auch in einem sozial-qualitativen Sinne dominant ist (ebd.: 84). Diese Dominanz lässt sich auf der Alltagsebene für die überwiegende Anzahl der Bevölkerung in zwei Dimensionen aufzeigen. Zum einen sind sie fast alle Mitglieder verschiedener Organisationen. Durch ihr Handeln verkörpern sie dadurch Organisation und konstituieren Organisation ständig neu. Zum anderen sind alle Menschen Teil des »Organisationspublikums« und somit von den qua Organisation konstituierten gesellschaftlichen Verhältnissen »beherrscht« (ebd.).

Auf der Ebene gesellschaftlicher Strukturen existiert heute eine strukturelle Dominanz formaler Organisationen, die sich in drei Dimensionen ausdrückt. Unter quantitativen Gesichtspunkten sind Organisationen derjenige Systemtyp, der in der modernen Gesellschaft am häufigsten eingesetzt wird, um strategisch wichtige Ko-Operationen zu regulieren. In qualitativer Hinsicht zeigt sich die Dominanz der Organisation darin, dass diese ihre verschiedenen Ko-Operationen mit prinzipiell ähnlicher Struktur prozessieren. Schließlich sind Organisationen unter dem Gesichtspunkt der Initiierung weiterer gesellschaftlicher Strukturen dominant: »Organisationsvermittelt werden auch andere, die einzelnen Organisationen übergreifende Strukturen angeregt: ideologische Grundstrukturen des politischen Systems, Marktstrukturen, [...] Strukturen gesellschaftlicher Differenzierung, Strukturen gesellschaftlicher Aufmerksamkeit für bestimmte Themen oder Probleme« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 40).

Man beachte hier den umfassenden Charakter des Konstitutionsverhältnisses von Organisation und Gesellschaft. Es geht nicht um organisationale Effekte auf eine »gesellschaftliche Umwelt«, »sondern um den organisationalen Anteil an der Reproduktion der Sozialstruktur« (Türk 1999: 45). Der Grad der »Organisationsförmigkeit von Gesellschaft« lässt sich nur indirekt über das Maß bestimmen, »in dem sich die gesellschaftliche Entwicklung als *Resultat organisationaler Herrschaftsstrategien* rekonstruieren lässt« (Stolz/Türk 1992: 157).

Der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« geht es also nicht um die Auswirkungen einzelner Organisationen oder Unternehmungen auf »die Gesellschaft«, sondern um die Analyse der »organisationalen Gesellschaftsformation« als solcher. Die Existenz einzelner Organisatio-

27 Türk (1995: 95) hält diesen Begriff eigentlich für irreführend, da implizit eine Organisierbarkeit der Welt und damit eine Produktivität von Organisationen unterstellt wird.

nen sagt nichts über deren Dominanzqualität aus. »So wie das Kapitalverhältnis bei Marx nicht auf der Ebene der Einzelunternehmung zu verstehen ist, sondern nur auf der Basis der Kombination einer Vielzahl kapitalistischer Unternehmungen, dem speziellen Eigentums- und Lohnarbeitsverhältnis sowie der besonderen Art (tausch-)wertvermittelter Zirkulation, d.h. nur ›systemisch‹, so gilt auch für das Organisationsverhältnis der modernen Gesellschaft, dass es nur als eine strukturierende Struktur innerhalb einer gesellschaftlichen Gesamtkonstellation, die es selbst miterzeugt, wirksam und begreifbar ist« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 44f).

In diesem Kontext wird zwar prinzipiell Giddens (1992) zugestimmt, dass Strukturen »ermöglichen *und* restringieren«, es geht aber gerade in der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft um die auffällige Tatsache, dass »Strukturen für manche vieles ermöglichen und für viele vieles restringieren« (Türk 1997: 153). Es kann also nicht darum gehen, allgemein die Beziehung zwischen Struktur und Handlung (oder zwischen Organisation und Gesellschaft) zu bestimmen, sondern darum, die konkreten Formen der Vermittlung zwischen ihnen herauszuarbeiten.²⁸ Da Organisation ein historisch kontingentes Produkt ist, kann die Bestimmung von Organisation nicht sozialtheoretisch, sondern, dem schon erwähnten Diktum Adornos (1971: 68) folgend, nur mittels einer ausgeführten Gesellschaftstheorie erfolgen.

Theoretisch gefasst wird Organisation in Anlehnung an die Terminologie Giddens (1992: 240ff) als bedeutendes *Strukturmoment* moderner Gesellschaft²⁹, wobei »Strukturmoment« sämtliche institutionellen Muster meint, die weitere gesellschaftliche Muster von Ko-Operationen erzeugen oder reproduzieren (Türk 2002: 1). Organisationen, so die These, sind ein dominantes Phänomen und können daher als Explanans für weitere gesellschaftliche Strukturen herangezogen werden. Dies hat weitreichende Folgen. Stellt man die Organisationsform ins Zentrum der Analyse, heißt dies, dass man Organisation als einem allgemeinen Regulatormodus einen gesellschaftsbestimmenden Status zuspricht. Unter die-

28 Eine ähnliche Argumentation ergibt sich in Bezug auf Luhmann. Türk betrachtet funktionale Differenzierung nicht als den alleinigen gesellschaftlichen Mega-Trend, sondern verortet sie im Spannungsfeld zu Entdifferenzierungsprozessen bzw. zu anderen Formen der Differenzierung (Inklusion/Exklusion, Klassenbildung, Geschlechterdifferenzierung) (Türk 1999). Indem Türk Herrschaft durch Organisation als konstitutives Element der modernen Gesellschaft analysiert, stellt er, trotz vieler Parallelen, sowohl Giddens Strukturierungstheorie als auch Luhmanns Systemtheorie sozusagen vom Kopf auf die Füße.

29 Vgl. zur Bedeutung der Giddensschen Strukturierungstheorie zur Neufassung des Verhältnisses von Organisation und Gesellschaft Ortman/Sydow/Türk (1997) und Ortman/Sydow/Windeler (1997).

sem Aspekt erscheint das Kapitalverhältnis nur als eine Verkörperung der Organisationsform neben anderen Verkörperungen, die etwa in Politik, Sport, Kultur, Militär oder Gesundheit aufzufinden sind (Türk 2002: 3).

7.2.3 Das Organisationsverhältnis als Spezifikum der Moderne

Für die »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« ist die Moderne als eine kapitalistische Gesellschaftsformation zu verstehen.³⁰ Trotz vieler Bezugnahmen auf historisch-materialistische Theorietraditionen grenzt sich der Ansatz aber an zentralen Punkten vom Marxschen Kapitalismusverständnis ab bzw. ist um dessen organisationstheoretische Reformulierung bemüht. Die Hauptdifferenz liegt darin, dass der moderne Kapitalismus nicht so sehr unter Rekurs auf »Markt« zu verstehen ist³¹, sondern das Konstrukt der Organisation als das entscheidende gesellschaftliche Muster erachtet wird.³² »Ohne sozial abgrenzbare Orte der Akkumulation von Aneignungsmacht und Kapital existiert keine Möglichkeit der systematischen Asymmetrisierung von Leistungsbeziehungen und der Extraktion von Arbeitserträgen. Kapitalismus ist immer »organisierter Kapitalismus« (ebd.).

Dies drückt sich auch in der Selbstbezeichnung des Ansatzes als »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« aus. Die »Kritik« äußert sich dabei in einem doppelten Sinne: »gegen einen a-politischen Ökonomiebegriff, der Organisationen als neutrale Instrumente zur Erreichung kollektiver Zwecke fasst, und für einen politisch-historisierenden Öko-

30 Dies vor allem unter Bezugnahme auf Wallerstein: »Die Moderne« heißt in substantiellen Begriffen gesprochen: Entfaltung und Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems« (Türk 1995: 115).

31 Vgl. hier die Analogie zum Kapitalismusverständnis von Braudel, der die Bedeutung des Monopols zur Produktion von Asymmetrisierungen hervorhebt.

32 Die *Kritik der politischen Ökonomie der Organisation* scheint sich damit einzureihen in eine längere sozialwissenschaftliche Theorietradition, die »Markt« und »Organisation« als zwei sich widersprechende Modelltypen von gesellschaftlicher Ordnungsbildung und Steuerung begreift (vgl. etwa Vanberg 1982; Türk 1987: 30ff). Dies ist aber nur vordergründig so, da die Konstruktion der (unhistorisch gedachten) Kategorien Markt und Organisation sowie die Unterscheidung zwischen ihnen als ein historisches Konstitutionsverhältnis gedacht wird. Nicht »Markt« oder »Organisation« taugen zur Erklärung der modernen Gesellschaft, sondern die Analyse ihres besonderen historischen Konstitutionsverhältnisses (Türk/Lemke/Bruch 2002: 10).

nomiebegriff, der Organisationen als zentralen Modus moderner Herrschaft begreift« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 45).³³

Das für die Moderne dominante gesellschaftliche Muster der Formierung und Regulation sozialer Ko-Operation wird »Organisationsverhältnis« genannt (Bruch 2000: 51; 1999; Türk/Lemke/Bruch 2002: 43).³⁴ Der Begriff verweist auf den des »Kapitalverhältnisses« in der Marxschen Theoriebildung und damit auf eine besondere Nähe zum Marxschen Ansatz. Gleichzeitig grenzen sich Türk und Mitarbeiter von diesem ab. So wird das Organisationsverhältnis analytisch als Teil der Produktionsverhältnisse und nicht der Produktivkräfte aufgefasst. Im Gegensatz zu Marx wird nicht im Kapital-, sondern im Organisationsverhältnis das Spezifikum der modernen kapitalistischen Produktionsweise gesehen. »Organisationen bilden die Kernstruktur der kapitalistischen Gesellschaftsformation als soziale Orte der Akkumulation und Chancenverteilung, der Vorbereitung, Verabschiedung und Implementation politischer Entscheidungen und der Definition internationaler Beziehungen« (Türk 1995: 165). Dies bedeutet umgekehrt nicht, dass dem Kapitalverhältnis keine Bedeutung hinsichtlich der Strukturierung der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse beigemessen wird. Mit dem Organisationsverhältnis, so die These, ist aber ein grundlegendes Strukturierungsprinzip, ein allgemeinerer hegemonialer Modus von Herrschaft in der modernen Gesellschaft, benannt. Die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation wird als ein »Prozess der organisationsförmig vermittelten Konditionierung von ›Sozialität‹« (Stolz/Türk 1992: 155) rekonstruiert.

Um es noch einmal deutlich hervorzuheben: Es geht in der hier vorgelegten »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« nicht darum, die Bedeutung des Kapitalverhältnisses für die Gegenwartsgesellschaft zu leugnen (Türk/Lemke/Bruch 2002: 43), sondern darum, den sozialen Mechanismus offen zu legen, der erst die Bedingungen der Möglichkeit der Kapitalakkumulation herstellt. Hierbei wird davon ausgegan-

33 Die herrschaftliche Relevanz von Organisationen für die moderne Gesellschaft herauszustellen ist dabei weder neu noch originell. So begreift etwa Michael Mann (1994) Gesellschaften als »organisierte Machtgeflechte« und rekonstruiert Geschichte als eine Geschichte organisationsförmig vermittelter Macht. Mann benutzt in Differenz zu Türk allerdings einen ubiquitären Organisationsbegriff, der eben nicht historisch-gesellschaftlich relativiert wird (vgl. dazu Bruch 2000: 34-37).

34 Dass das Organisationsverhältnis als *dominant* aufgefasst wird, heißt nicht, dass alles organisiert ist, dass sich alle gesellschaftlichen Ko-Operationen demselben Prinzip einpassen müssen. Dies gilt ebenso wenig wie die These, alle Verhältnisse der modernen Gesellschaft seien durch das Kapitalverhältnis determiniert (Türk/Lemke/Bruch 2002: 43).

gen, dass die Organisationsform sowohl historisch als auch logisch dem Kapitalverhältnis vorausgeht: »erst Zurichtung, Disziplinierung, gewaltsame Kasernierung, reelle Subsumtion, Mehr(wert)produktion (Krankenhaus, Zuchthaus, Irrenanstalt, Manufaktur, Fabrik, Militär, Staatsverwaltung usw.), dann erst – nach Ablauf von 200 Jahren – Ruf nach ›freier Marktwirtschaft‹, formaler Rechtsstaatlichkeit, Liberalisierung der gesellschaftlichen Verkehrsformen« (Türk 1995: 13). Erst über den Bezug auf Organisation ist also das Allgemeine im Besonderen der modernen Gesellschaft zu bestimmen. Nicht der Markt, sondern die Organisation ist die »adäquate Sozialform des Kapitals« (Türk 1995: 41). Im Kapitalverhältnis materialisiert sich eine allgemeinere Grundstruktur, nämlich das Organisationsverhältnis (Türk/Lemke/Bruch 2002: 45). Oder in einer anderen Formulierung: »Organisationen sind seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die entscheidenden ›Sozialmaschinen‹ der Produktion gesellschaftlicher Verhältnisse« (Türk 2000: 2).

7.2.4 Organisation und Interessenförmigkeit

Die Verfestigung und Durchsetzung der Organisationsform im 19. Jahrhundert lässt sich nicht nur für kapitalistische Unternehmungen nachzeichnen. Sie zeigt sich auch im politischen System in einem Boom der Entstehung von Interessenorganisationen, der sich insbesondere in einer Vielzahl von Gründungen an Vereinen, Verbänden und Parteien niederschlägt. Nicht nur die formale Organisation ist dabei ein historisches Novum, sondern ebenso die Formulierung von individuellen Bedürfnissen und Motivlagen als Interessen. Die Begriffs- und Wirkungsgeschichten von »Interesse« und »formaler Organisation« sind in hohem Maße miteinander verwoben.

Die Formulierung eines Interesses ist keine anthropologische Konstante, noch ist der Begriff des Interesses ubiquitär gültig. Es ist hingegen die moderne Gesellschaft, die überhaupt erst die Kategorie des Interesses ausbildet. Das zweckrationale »Handeln aus Interesse« wird im Laufe des 19. Jahrhunderts zum dominanten Handlungstypus der bürgerlichen Gesellschaft (Neuendorff 1984). Die organisationale Aggregation von Interessen wird in der Folge zum ausschließlich legitimierten Typus des Politischen in der Moderne. Entgegen den Vorstellungen der Pluralismustheorie³⁵, die unter Interessenorganisationen Kollektive von Menschen mit gleichen Orientierungen versteht, sind Interessen eben nicht vorgängig vorhanden, sondern sie formieren sich erst qua Organisation im gesell-

35 Vgl. einführend Kremendahl (1977); zur Kritik im hier vorgetragenen Sinne Türk/Lemke/Bruch (2002: 269-282).

schaftspolitischen Raum. Die Kennzeichnung von Interessenorganisationen als assoziative Selbstorganisation von Menschen zur kooperativen Erledigung gemeinsamer Belange ist daher ein Euphemismus (Türk/Lemke/Bruch 2002: 129f).

Parteien, Vereine und Verbände fungieren dabei im Sinne von Meyer und Jepperson (2000; vgl. Kapitel 6.3.3) als Agenten für politisch-spezifische Zwecke. Sie »stellen über die Kategorie des Interesses Subsumtionsangebote für mehr oder weniger ähnliche Motive, Bedürfnisse, Ziele von Menschen bereit. ›Interesse‹ ist ein Kommunikationsmedium im politischen System, in das individuelle Motive erst zu übersetzen [...] sind« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 276). Erst mit der interessenförmigen Artikulation partikularer Standpunkte hinsichtlich der Verteilung materieller und der Geltung ideeller Werte kann in der modernen Gesellschaft Politikfähigkeit erlangt werden. Die Konstruktion von gemeinsamen Interessen und deren Organisation ist dabei ein sich rekursiv vermittelnder und parallel ablaufender Prozess. »Es ist zu vermuten, daß sich in einer Organisationsgesellschaft eben nur ›organisationsfähige‹ Bedürfnisse als Interessen verallgemeinern und codieren lassen. Organisation wäre dann nicht nur der Modus, der konkrete Arbeit in die für das kapitalistische System notwendige abstrakte Warenform transformiert, sondern zugleich der Modus, durch den möglicherweise allein Bedürfnisse, Wünsche oder Ziele noch artikulierbar sind, indem Bedürfnisse in den Interessencode übersetzt werden; zumindest lassen bisher versuchte Formen ›sozialer Bewegungen‹ kaum Alternativen erkennen. Warenform der Produkte und Interessenform der Bedürfnisse sind miteinander korrespondierende kommunikative Codierungen von hoher Selektivität; beide werden offenbar zu Elementen jeweils auf ihre Weise abstrakter gesellschaftlicher Vermittlungssysteme, die diese Elemente auf der einen Seite mittels ›Tauschwert‹ (›Markt‹), auf der anderen Seite mittels ›Interessen‹ (organisationale Netzwerke) prozessieren« (Türk 1995:71f).

Es ist also nicht so, dass im 19. Jahrhundert ein evolutionärer Prozess zum Abschluss kommt, der nun zum ersten Mal die Möglichkeit hervorbringt, die Bedürfnisse der Menschen frei artikulierbar und verhandelbar zu machen.³⁶ Interessenorganisationen definieren sich demgegenüber entlang von Interessen und Zwecken, die durch die sich modernisierende Gesellschaft erst hervorgebracht wurden. Oftmals ist die Gründung dieser Organisationen nur als Gegengründung zu bereits bestehenden Organisationen, die differente Interessen vertreten, begreifbar (Türk/Lemke/Bruch 2002: 129f). Die sich im 19. Jahrhundert herausbildenden Verbände und Vereine sind stets gegen Dritte gerichtet. Hinzu kommt, dass starke Orga-

36 Dies wird aber in der Literatur oft nahe gelegt; vgl. etwa White (1968).

nisationen Nebenfolgen produzieren, »die sie beabsichtigt oder unbeabsichtigt auf andere abwälzen, was wiederum zur Entstehung neuer Organisationen führt, die entweder diese Folgen verarbeiten oder gegen deren Abwälzung protestieren« (Heins 2001: 63).³⁷

Fassen wir zusammen: Für den Türkischen Ansatz verkörpern Organisationen institutionelle Muster gesellschaftlichen Handelns zur Realisierung gemeinschaftlicher bzw. korporativer Interessen. Organisatorisches Handeln ist damit stets interessengebunden. Organisationen aggregieren in einem soziologisch gehaltvollen Sinne nicht Menschen, sondern Interessen (Türk/Lemke/Bruch 2002: 276).

7.3 Organisation und Herrschaft

Verschiedentlich tauchte bei der bisherigen Darstellung schon der Begriff Herrschaft auf und wurde mit dem Organisationsphänomen verknüpft. Im Folgenden soll er präzisiert werden und zudem die zugrunde liegende Vorstellung von Gesellschaft expliziert werden.

7.3.1 Die Doppelstrukturierung der modernen Gesellschaft

Wenn hier von der Dominanz des Organisationsverhältnisses in der modernen Gesellschaft die Rede ist, dann ist damit nicht eine Idee von »Organisationsgesellschaft« gemeint, welche die Totalität von Organisation(en) annimmt, wie sie etwa in der klassischen Formulierung der Kritischen Theorie von der »verwalteten Welt« (Adorno/Horkheimer/Kogon 1989) anklingt. Ein organisationssoziologischer Ansatz der Gesellschaftstheorie kann sich zudem nicht darin erschöpfen, die »Organisiertheit der Gesellschaft« zu behaupten (Türk 1995: 13). Die eingeschlagene konstitutionstheoretische Argumentation insistiert darauf, dass eine gesellschaftstheoretisch informierte Organisationstheorie immer auch Nicht-Organisiertheit zu thematisieren hat. »In der Organisationsgesellschaft ist Organisation nicht einfach ein Teil des Ganzen neben anderen Teilen und irgendwie mit diesen verbunden, sondern soweit man überhaupt empirisch begründet von Organisationsgesellschaft sprechen kann, ist Organisation als figuriertes Produkt und figurativer Produzent gesellschaftlicher Strukturierungen aufzufassen, und zwar als eine Struktur (i.S. von Giddens), die stets zugleich ihre Kehrseite mitproduziert: das Nicht-Organisierte, aber durch Organisationsbildung konfigurierte oder zumindest initiierte.

37 Vgl. hierzu auch Heins (2001: 82); Türk (1997a).

Dieses Andere ist einerseits Quelle organisationaler Machtakkumulation, andererseits bloß ihr Schatten« (Türk 1995: 92).

Um dem Verhältnis von Organisation und Nicht-Organisiertem auf die Spur zu kommen, ist eine sozialtheoretische Klärung dessen, was Sozialität ausmacht, unerlässlich. Erst wenn die jede Gesellschaft determinierenden Konstanten benannt sind, lässt sich die Besonderheit historisch-spezifischer Vergesellschaftungen benennen. Im Ergebnis wird für einen sehr minimalistischen Begriff von Gesellschaftlichkeit plädiert, wobei der verschiedentlich schon gebrauchte Begriff der Ko-Operation eine zentrale Bedeutung bekommt: »Gesellschaftlichkeit liegt vor, wenn die Operationen (Äußerungen in jeglicher Form) von Menschen zumindest in Teilaspekten aufeinander bezogen sind, aneinander anschließen, sodass von einer ›Ko-Operation‹ gesprochen werden kann« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 15).³⁸ Der Begriff der Ko-Operation verweist, wenn man so will, auf eine im Wortsinne primitive Sozialität, zu deren Wesensmerkmal (noch) nicht reflektierende Selbstbeobachtung gehört. »Ko-Operation bezeichnet den sozialen Grundprozess der Reproduktion menschlicher Lebensformen. Sie bezieht sich auf konkrete raum-zeitlich-soziale Kontexte und findet statt zwischen ›unvertretbaren Subjekten‹, also nicht zwischen ›Rollenträgern‹, ›Positionsinhabern‹ oder korporativen Akteuren« (Stolz o.J.: 8). Die Ko-Operationsdimension bezieht sich auf das soziale Verhaltens- und Materialitätskontinuum, auf das Organisationen in spezifischer Weise zugreifen. Ko-Operation ist somit die basale Bestimmung von Sozialität. Gesellschaft ist das Produkt der in ihr vorkommenden Ko-Operationen. Dabei ist Ko-Operation weder im Sinne gelungener Kooperation zu verstehen³⁹ noch herrschaftsfrei gedacht. Selbst das Töten eines anderen Menschen ist dem hier zugrunde gelegten Verständnis nach Ko-Operation.

Die Begriffe Ko-Operation und Organisation bewegen sich auch auf verschiedenen Erkenntnisebenen. Während der sozialtheoretische Begriff der Ko-Operation eine Basiskategorie gesellschaftlicher Assoziierung

38 Dies bedeutet auch, dass Gesellschaft nicht als Summe von Menschen als psycho-physische Einheiten zu fassen ist, sondern sich aus den Ko-Operationen heraus entwickelt. Dies hat auch Marx (1974: 176) in den »Grundrissen« so gesehen: »Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehen.«

39 Deshalb auch die eigentümliche Schreibweise mit Bindestrich, die »Ko-Operation« von dem positiv konnotierten Wort Kooperation abgrenzen soll. Obwohl Türk nicht müde wird dies zu betonen (vgl. Türk 1995: 97), wird dessen Ko-Operationsbegriff gleichwohl gelegentlich eine positive Konnotation unterstellt; explizit z. B. bei Schettgen (2000: 54-57). Dies sagt allerdings freilich mehr über die jeweiligen Rezensenten aus als über den Gehalt der Theorie.

darstellt und auf eine irgendwie geartete Arbeitsteilung verweist, ist Organisation eine historisch-gesellschaftlich spezifische Form von Ko-Operation. Schon in der frühen Menschheitsgeschichte lassen sich das Prinzip der Arbeitsteilung und damit auch Formen der produkt- und arbeitsbezogenen Koordination nachweisen. Koordinierte Ko-Operation, Arbeitsteiligkeit und Gruppenbildung sind anthropologische Konstanten. Das historische Konstrukt der Organisation ist davon verschieden.

Reale Ko-Operationen sind heute zwar in großem Maße durch Organisationen initiiert und konditioniert, sie werden aber durch deren Formalität nicht vollkommen determiniert, sondern enthalten einen Kern eigener Sozialität. Jede Ko-Operation im organisationalen Kontext beinhaltet eine »Überschüssigkeit« gegenüber ihrer Formalität. »Menschen ›können‹ stets viel mehr als von ihnen durch Organisation abgefordert wird.« Organisation hat eine »regulative, nicht aber eine instruktive Funktion hinsichtlich Ko-Operation, sonst könnte es ja kein abweichendes Verhalten, keine informellen Strukturen, ja nicht einmal Herrschaft geben, die ja gerade in der Permanenz von Regulationsversuchen hinsichtlich [...] als widerständig wahrgenommener Subjekte und ihrer Ko-Operationen besteht« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 39).

Organisationen können sich darüber hinaus, wie alle sozialen Muster, nur durch das Handeln der in ihnen involvierten Individuen reproduzieren. Ihr Handeln hat prinzipiell das Potenzial, sich nicht-organisationsförmig zu artikulieren bzw. Organisation als Herrschaftsmuster zu transzendieren. »Vor diesem Hintergrund erscheint die Konzeptualisierung von ›Macht und Herrschaft in der Organisationsgesellschaft‹ nicht gerade als ein einfaches Unterfangen, da wir Herrschaft weder – handlungstheoretisch – schlicht als intentionales Durchgriffshandeln der ›Großen Männer‹ verstehen können, noch – strukturalistisch – einfach als verselbständigtes, der ›Lebenswelt‹ entgegengesetztes zwingendes ›System‹, obwohl diese beiden Konzepte auch richtige Aspekte aufweisen. Vielmehr verkörpert sich organisationale Herrschaft im ko-orientierten Handeln der Akteure selbst; diese sind nicht bloß als Objekte, sondern als Subjekte in den Reproduktionsprozeß organisationaler Herrschaft involviert« (Türk 1995: 89f).

In Anlehnung an die Arbeiten des Neoinstitutionalismus wird von einer Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität, von einem institutionellen Kontext auf der einen und einem nicht-institutionellen, materiellen Kontext auf der anderen Seite, ausgegangen, wobei Organisation selbst als Institution gefasst wird.⁴⁰ Eine solche dualistische Reflexionstheorie

40 Zum Verständnis von Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation vgl. ausführlich Türk (1997).

ist nicht sonderlich originell, da in diversen soziologischen Gesellschaftstheorien auffindbar. Man denke nur an Konstruktionen wie »Überbau und Basis« bzw. »Verwertungs- und Arbeitsprozess« (Marx), an »System und Lebenswelt« (Habermas 1981), an »Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung« (Weber) oder »eingebettete und entbettete Strukturen« (Polanyi 1978; Granovetter 2000; Giddens 1995). Alltagssprachlich verweisen Unterscheidungen wie »öffentlich/privat« oder »Arbeit und Leben« auf den gleichen Sachverhalt. In all diesen Konzeptionen wird in der Trennung der beiden Seiten das eigentlich Moderne gesehen. In Foucaultschen Begriffen: »Die Trennung von ›öffentlich‹, ›dienstlich‹, ›geschäftlich‹ einerseits und ›privat‹ andererseits ist wesentlicher Bestandteil liberal-demokratischer Gouvernementalität« (Türk 2002: 5).

In der »systemischen«, »entbetteten« oder hier: *institutionellen* Seite und der durch sie erzwungenen Trennung zeigt sich eine für die Moderne typische, historisch neue Form von Herrschaft (Türk 1999: 59ff). Das Nicht-Institutionelle, das »materielle Leben« (Braudel 1986), die »Lebenswelt« (Habermas 1981) oder die Ko-Operation werden durch das Institutionelle zugerichtet, verstärkt oder koordiniert. Im Gegensatz zu vor-modernen oder totalitären Gesellschaften »setzen moderne demokratische Gesellschaften auf Distanzierung und Partialinklusion, reservieren in ihrer Selbstbeschreibung einen geschützten Bereich des privaten Lebens« (Türk 2002: 5). Organisationen kommt hierbei eine prinzipielle intermediäre Funktion zu. Sie vermitteln die institutionelle Sphäre der Verwertung menschlicher Tätigkeit mit der Sphäre ihrer menschlichen Basis (ebd.: 6), vermitteln zwischen makrogesellschaftlichen Strukturen und konkreter Interaktion.

Die Organisationsform als Strukturmoment der modernen Gesellschaft produziert also die gesellschaftlich folgenreiche Unterscheidung zwischen einem organisational-institutionellen und einem diesem entgegengesetzten Bereich. Auf der Seite der Individuen erfolgt die Partizipation am organisational-institutionellen System mittels spezieller Rollen, die an sozial stratifizierte Positionen gebunden sind. Diese »Rollenförmigkeit« eröffnet den menschlichen Subjekten Möglichkeiten der Distanzierung. So geht die Unterscheidung zwischen institutionellem System und »privatem Leben« durch die Personen hindurch und wird von ihnen ständig vollzogen (Bruch/Türk 2004: 18).⁴¹ Moderne Menschen sind heute in hohem Grade »fragmentierte Subjekte« (Hall 1999), die je nach Kontext andere Rollen spielen oder ausfüllen und dabei hinreichende Fähigkeiten zur Rollendistanz entwickelt haben. »Je mehr die Subjekte zu dieser Rol-

41 »Dort geht man seiner Arbeit nach, hier lebt man nach anderen Regeln: Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps« (Türk 2002: 6).

lentrennung befähigt sind, je weniger sie vor allem über ihre Rolle im institutionellen System ihre Selbstdefinition, ihre Identifikation, beziehen [...], desto mehr kann eine Entkopplung zwischen den beiden Welten stattfinden und desto mehr kann sich das institutionelle System ausdehnen, verselbständigen und eigenen abstrakteren Logiken folgen, weil es weniger an individuelle Motivlagen gebunden ist« (Bruch/Türk 2004: 18). Wie eine Vielzahl soziologischer Untersuchungen nahe legt, man denke nur an die Beckschen Thesen der Auflösung traditioneller Milieus (Beck 1986), schreiten diese Entbettungsprozesse rasant fort.

Zusammenfassend gilt jede konkrete Ko-Operation in institutionellen Kontexten als sozial doppelt bestimmt: durch die institutionellen Regeln einerseits und die jeweiligen Besonderheiten der lokalen Ko-Operationsverhältnisse andererseits (Türk/Lemke/Bruch 2002: 39). Im Folgenden soll »das Herrschaftliche« an dieser Konstellation genauer herausgearbeitet werden.

7.3.2 Organisation als moderner Modus von Herrschaft

Eine Bestimmung des Herrschaftsbegriffs erfolgt zunächst in Abgrenzung zum Machtbegriff. Machtphänomene treten in situativ-interaktiven Beziehungen zwischen Menschen auf, wobei (um mit Luhmann zu sprechen) bestimmte Einflussmedien ungleichgewichtig eingesetzt werden. Mit Herrschaft haben wir es dann zu tun, wenn wir verfestigte oder institutionalisierte gesellschaftliche Verhältnisse betrachten, mit deren Hilfe systematische Asymmetrisierungen zwischen Menschen erzeugt werden (Türk/Lemke/Bruch 2002: 40f). In einer anderen Formulierung: »Während ›Macht‹ ein Phänomen lediglich situationaler Asymmetrie bezeichnet, soll der Begriff der Herrschaft für (fixierte) Formen institutionalisierter Asymmetrie reserviert werden. Herrschaft lässt sich also als institutionelle (fixierte) Form der Macht definieren. [...] Aus Macht kann sich also durch hartnäckige Rekursivität Herrschaft entwickeln« (Türk 1999: 74f). Herrschaft ist eine Qualität der Sozialstruktur, »die systematisch-strukturell Chancen des Zugriffs auf bzw. der Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen konditioniert« (ebd.: 76).

Macht und Herrschaft unterliegen historisch einem Wandel, der von Foucault (1977: 281) als Übergang von abschöpfenden zu wertschöpfenden Machttechniken, von auf Gewalt und Raub basierenden Formen hin zu Prinzipien von Milde, Produktion und Profit, beschrieben worden ist. In der Konsequenz sind heute Macht und Herrschaft mehr denn je strukturelle Momente. »Damit ändert sich auch das Verhältnis von Rationalität und Herrschaft zueinander, da es keinen an der Spitze oder im Zentrum stehenden, instrumentell kalkulierenden Superakteur (wie noch bei Max

Weber) gibt, der Zweck- und Herrschaftsrationalität mehr koinzidieren lässt. Rationalistische Herrschaft besteht dann nicht mehr in dem ›zwingenden Blick‹ [...] panoptischer Organisation (Foucault 1977), sondern in der zwingenden Struktur selbstbezoglicher [...] Systeme, denen man sich nur noch ›bei Strafe des Untergangs‹ (Marx) entziehen kann; aber auch eine Beteiligung garantiert mitnichten ein Wohlergehen« (Türk 1999: 72).

Die Herrschaftlichkeit von Organisation zeigt sich in doppelter Hinsicht: Zum einen ist Herrschaft innerhalb organisationaler Kontexte angesprochen, zum anderen Herrschaft durch Organisation. Auf dieser Unterscheidung aufbauend können drei Modi organisationaler Herrschaft unterschieden werden: Subsumtion, Hegemonie und Marginalisierung (Türk 1995: 91f). Subsumtion beruht auf der Herstellung oder Aktivierung asymmetrischer Strukturen und meint die Nutzung und Ausbeutung menschlicher Ko-Operation über den Modus Organisation. In Anlehnung an die Marx (1969: 60f) kann die Subsumtion reell oder formell auftreten. Während »reelle Subsumtion« die Nutzung lebendiger ko-operativer Arbeit, die durch Organisation geformt wird, meint, bezieht sich der Terminus »formelle Subsumtion« auf die Nutzung externisierter Ressourcenproduzenten, die nicht unter die Formalstruktur der Organisation subsumiert sind. Im letzteren Fall wird aufgrund von Abhängigkeiten auf Peripherien des organisierten Komplexes (Hauswirtschaften, Länder der »Dritten Welt« etc.) zugegriffen.⁴²

In bewusster Umkehrung der marxistisch-orthodoxen Argumentation setzt für Türk formelle Subsumtion reelle Subsumtion, also die Existenz von sozialen Orten legaler Aneignung und Akkumulation von Mehrprodukt, voraus (Stolz/Türk 1992: 158). Gerade hierin zeigt sich die besondere, vom Marxismus nicht hinreichend gewürdigte Bedeutung von Organisation. Die These von der Organisationsabhängigkeit der kapitalistischen Warenform und damit des »Markts« lässt sich mit dieser Begrifflichkeit reformulieren. Denn: »Markt« heißt historisch nichts weiter als die Eröffnung erweiterter Kapitalisierungs-, Erwerbs- und Unterwerfungschancen durch formelle Subsumtion. Dies wird aber nur verständlich vor dem Hintergrund bereits existierender reeller Subsumtion mittels Organisation« (Türk 1995: 14).

Mit Hegemonie ist die strukturinduzierende Wirkung von formaler Organisation angesprochen. »Durch Organisationsbildung wird die Ko-evolution ›externer Kulturen‹ bedingt, die eine Formkorrespondenz zu den Organisationen aufweisen, selbst aber keine Organisationen sind«

42 Vgl. die Überlegungen von Wallerstein und insbesondere von Werlhof/Mies/Bennholdt-Thommsen (1988) sowie Peters/Stolz (1991).

(ebd.), etwa die bürgerliche Familie mit ihren zentralen sozialisatorischen Funktionen. Die Bedeutung der formkorrespondierenden externen Kulturen liegt vor allem in der sozialkulturellen Reproduktionsleistung für Organisationen. Mit Marginalisierung schließlich ist der Aspekt organisationaler Herrschaft angesprochen, der sich auf die Ausgrenzung von gesellschaftlichen Teilbereichen und Personengruppen durch Organisationsbildung bezieht. Gemeint sind »implizite Formen der Restringierung durch organisationale Konfigurierung von Lebensbedingungen« (ebd.). Darunter fallen Bedürfnisse oder Bereiche, die nicht organisationsförmig artikuliert werden können (»Deprivation«), sowie Bereiche, die organisational nicht nutzbar sind (»Verelendung«).

Die gesellschaftsstrukturierende Dominanz der Organisationsform versetzt die Gesellschaftsmitglieder in eine »klassische« double-bind-Situation.⁴³ Es ist für den modernen Kapitalismus typisch, dass seiner Inklusionsideologie und -praxis zugleich – und unausweichlich – materielle Exklusion gegenübersteht. »Auf der Inhaltsebene wird die Inklusion im Sinne von Partizipation, Gleichheit usw. kommuniziert, auf der Beziehungsebene dagegen findet Exklusion und scharfe Stratifikation statt« (Türk 1997: 167).

In offensichtlicher Analogie zu Wallersteins Überlegungen zur Universalismusideologie des kapitalistischen Weltsystems im Verhältnis zu Rassismus/Sexismus (vgl. Kapitel 6.2.3) beschreibt Türk die moderne Gesellschaft als eine, die Inklusion kommuniziert, gleichzeitig und über denselben Mechanismus aber auf der materiellen Ebene exkludierende Effekte zeitigt. Hierbei wird allerdings nicht plumpen Basis-Überbau-Theoremen, und damit naiven Ideologiemodellen, gehuldigt, sondern im Foucaultschen Sinne die »Ordnung der Dinge« konstitutionstheoretisch rekonstruiert. »Die strukturelle Widersprüchlichkeit von Inklusion und Exklusion besteht somit nicht nur zwischen ›Ideologie‹ und ›Wirklichkeit‹, zwischen ›talk‹ und ›action‹ – dies wäre vergleichsweise harmlos –, sondern in der notwendigerweise systematischen widersprüchlichen Konstitution der Institutionen der kapitalistischen Gesellschaftsformation selbst. [...] Wir haben also eine ideologisch gerechtfertigte faktische systemische Subsumtion, die aber wegen der systemnotwendigen Exklusio-

43 Die Begrifflichkeit des *double binds* ist Bateson (1985: 276ff) entlehnt, der damit am Beispiel der Beziehung von Mutter und Kind eine sich intern widersprechende Beziehungsstruktur kennzeichnet, die auf der Inhaltsebene Gebote kommuniziert, diese aber auf der Beziehungsebene gleichzeitig widderruft. Für das Kind ergibt sich somit ein unauflösbarer Widerspruch in einer Situation, die ihm keine Möglichkeit lässt, aus dieser doppelstrukturierten Beziehungsstruktur auszubrechen. Türk überträgt diese theoretische Figur auf die organisationale Gesellschaftsformation, um deren Herrschaftsförmigkeit analysieren zu können.

nen zu materiellen Exklusionen in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt« (Türk 1997: 166).

Systemische Subsumtion nimmt im Zuge der Inklusion immer weiterer Lebensbereiche und Menschen in das kapitalistische Weltsystem zu. Wie wir in Auseinandersetzung mit Wallerstein und seiner These der Permanenz der ursprünglichen Akkumulation gesehen haben, ist dies bis heute ein vor allem auch gewaltgestützter Vorgang. Gleichwohl ist dies kein Prozess, der »über den Köpfen der Menschen« hinwegrollt, sondern ist durch deren aktives Dazu-Tun geprägt. Triebfeder ist vor allem die ideologische Versprechung, dass durch Partizipation eine Besserstellung erreicht werden kann. Historisch lässt sich aber mit Wallerstein zeigen, dass auf globaler Ebene solche Besserstellungen, also etwa der Einschluss von Arbeitern und später Frauen, dazu führte, dass jeweils weniger Mächtige marginalisiert wurden (Türk 1997: 162).

Mit der Formulierung der systemischen Subsumtion bzw. der »inkludierenden Exklusion« ist ein asymmetrisierender, sich global vollziehender Strukturierungsprozess angesprochen, »der nicht mehr bloß eine Zweiklassengesellschaft mit ausgebeuteten Lohnabhängigen produziert, sondern zu vielfältigeren Formen der politischen, ökonomischen und ideologischen Exklusion bis hin zu vollständigen Marginalisierungen [...] führt. Diese materiellen Exklusionen basieren dabei durchweg auf der formellen institutionellen Inklusion, und für ihre Legitimation gilt, wenn alle sonstigen Rechtfertigungen reißen, das Prinzip der Selbstverschuldung« (Türk 1997: 165). In der sich bürgerlich-liberal verstehenden Gesellschaft sind die stratifizierenden Merkmale Klasse, Kaste oder Stand »überwunden«. Stattdessen wird prinzipielle Chancengleichheit postuliert. Ein Scheitern, d.h. die nicht erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe am institutionellen System, kann so individuell der einzelnen Person zugerechnet werden und nicht der Struktur des institutionellen Systems selbst (Bruch/Türk 2004: 345). Es erscheint offensichtlich, wie diese Argumentationsstruktur im Zuge der weiteren Durchsetzung neoliberaler Gesellschaftsvorstellungen aktuell protegert wird.

Die schon erläuterte intermediäre Funktion von Organisation spiegelt sich auch hier wider. Um in der modernen Welt bestehen zu können, ist jeder gezwungen, an den organisierten Systemen der Gesellschaft zu partizipieren. Organisationszugehörigkeit fungiert »insofern als die Zugangsbedingung zur Weltgesellschaft« (Stichweh 2000: 17). Gleichzeitig gilt für die allermeisten, dass sie von tatsächlich einflussreicher Partizipation oder relevanter Intervention in Gesellschaftsprozesse und -strukturen ausgeschlossen bleiben.

Prozesse der Inklusion und Exklusion sind also stets gleichzeitig am Werke. Während auf der Ebene der Selbstbeschreibung der modernen

Gesellschaft die Partizipation aller in und an den Bereichen Ökonomie, Politik, Erziehung, Wissenschaft und Medien kommuniziert wird, findet sich eine andere Realität auf der Ebene der Organisationen. Hier nämlich ist der Ausschluss von Personen nicht illegitim. Er ist sogar in gewisser Weise notwendig, da Teil der Selbstbeschreibung und des Selbstverständnisses von Organisation. Jede Organisation kann und soll nach eigenen, festgelegten Kriterien entweder ein- oder ausschließen. Dies geht konform mit der bürgerlichen Ideologie, nach der jeder in der Wahl oder Gründung einer Organisation frei ist. In diesem Sinne sind Organisationen diejenigen Institutionen, die Partizipation in selektiver Weise regulieren (Türk 1999a: 26), sind »diejenigen gesellschaftlichen Modi, über die überhaupt die Exklusionen vollzogen werden« (Türk 1997: 170). Organisationen übernehmen in der modernen Gesellschaft die soziale Funktion der Selektion, Klassifikation, Chancen- und Machtdifferenzierung. Organisationen sind, so lässt sich pointiert formulieren, der generelle Modus der Produktion gesellschaftlicher Asymmetrisierungen in der Moderne (Bruch 1999: 41ff; Schäfer 2000).

Wendet man sich noch einmal den Fragen von Herrschaft und moderner Gesellschaft grundsätzlicher zu, so besteht die Wirkungsmächtigkeit der systemischen Subsumtion gerade darin, dass keine (bzw. immer weniger) »vom System freigelassene Bereiche« (Adorno) aufspürbar sind. Herrschaft in der modernen Gesellschaft richtet sich damit auch darauf hin aus, keine gesellschaftlichen Alternativen zum institutionellen System entstehen und sichtbar werden zu lassen (Schäfer 2000: 357; Bruch/Türk 2004). Organisation als Herrschaftsmodus setzt dabei »Bedingungen für und von Ko-Operation (determiniert sie also nicht), die sie überdies durch Aneignung von Mehrproduktion nutzt. Organisationen konditionieren selektiv und partikularistisch einen sie selbst weit übergreifenden Ko-Operationszusammenhang der (Welt-)Gesellschaft« (Türk 1995: 87f). Organisation ist ein gesellschaftliches Ordnungsmuster, welches »den gesellschaftlichen Möglichkeitsraum unserer Denk- und Handlungspraktiken so präformiert, dass die Wahrscheinlichkeit der gesellschaftlichen Geltung verschiedener Kooperationspraktiken ungleich verteilt wird« (Bruch/Türk 2004: 7). Dies bedeutet, dass die Strukturierungseffekte von Organisation nicht beliebig sind, »sondern dass Organisation als ein begrenztes Möglichkeitsfeld von Praktiken die Möglichkeitsfelder anderer gesellschaftlicher Praktiken systematisch öffnet bzw. schließt und damit die Entwicklung bestimmter gesellschaftlicher Praktiken ermöglicht bzw. behindert« (ebd.).

8. Annäherungen an ein organisations- und herrschaftstheoretisches Verständnis von NGOs im modernen Weltssystem

Als Fazit des ersten Teils der vorliegenden Studie, der Aufarbeitung des Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance, wurden die Kriterien angegeben, die an eine differente theoretische Rahmung des Gegenstandsbereichs zu stellen sind. Der theoretische Rahmen sollte demnach erstens eine makrotheoretische Perspektive haben, konkret von einer eigenlogischen weltgesellschaftlichen Ebene ausgehen, die das Handeln weltgesellschaftlicher Akteure prägt. Zweitens sollte er herrschaftliche Verhältnisse innerhalb der Weltgesellschaft an zentraler Stelle thematisieren und konzeptionell in der theoretischen Anlage verankern. Drittens sollte er gegen die Grundannahmen des methodologischen Individualismus bzw. gegen realistische Annahmen argumentieren und insbesondere die Vorstellung zweckrational handelnder Akteure dekonstruieren. Schließlich sollte er viertens organisationstheoretisch informiert sein und der Organisationsform damit besondere Bedeutung zumessen. Umgesetzt wurden diese Vorgaben durch die Zusammenführung zweier bedeutender weltgesellschaftlicher Konzeptionen, der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins mit dem neoinstitutionalistischen World Polity-Ansatz von John W. Meyer. Eine organisations- und herrschaftstheoretische Pointierung wurde zudem durch die Herleitung der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« von Klaus Türk vorgenommen.

Mit der *Weltssystemtheorie Wallersteins* liegt eine ausgearbeitete Theorie vor, die die »Paradigmen des 19. Jahrhunderts«, welche die Gesellschaftswissenschaften bis heute prägen, überwinden will. Dies betrifft zuvorderst zwei zentrale Punkte: *erstens* wird der nationalstaatlich fixierte Gesellschaftsbegriff (samt seiner modernisierungstheoretischen Vorstel-

lung von Entwicklung) zurückgewiesen. Stattdessen schlägt Wallerstein mit seiner Konzeption des historischen Systems eine differente Perspektive vor, die nicht von den endogenen Entwicklungen der (nationalen) Einzelgesellschaften ausgehend Prozesse der Internationalisierung untersucht, sondern umgekehrt danach fragt, wie ein umfassenderes System deren Entwicklung ermöglicht und konditioniert. *Zweitens* wird komplementär dazu eine rigorose Multidisziplinarität gefordert, welche die Dreiteilung des sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft überwindet.

- Ausgehend von diesen Prämissen wird das moderne Weltsystems als eine sozioökonomische Struktur, als ein einziges System weltweiter Arbeitsteilung konzeptualisiert, welches permanent Asymmetrisierungen entlang einer Zentrum-Peripherie-Spannung und damit Herrschaftsgefälle produziert. Die Asymmetrisierungen werden dabei einerseits durch ökonomischen Zwang und die Organisierung des Weltsystems als ein System von Nationalstaaten andererseits durch die Ausbildung einer Geokultur, die Aspekte des Universalismus mit denen von Rassismus/Sexismus kombiniert, aufrecht erhalten und durchgesetzt.
- Wallerstein wendet sich gegen eine werttheoretische Fassung kapitalistischer Vergesellschaftung und hebt stattdessen die besondere Bedeutung ungleicher Tauschverhältnisse und monopolistischer Strukturen hervor. Durch den Verweis darauf, dass nicht der ungleiche Tausch an sich, sondern dessen Invisibilisierung für die Aufrechterhaltung weltsystemischer Herrschaft zentral sei, überwindet er zudem eine ökonomistische Fassung von weltkapitalistischer Vergesellschaftung und hebt das besondere Moment des Kulturell-Ideologischen hervor. Unter dieser Perspektive erscheint der Rekurs auf die Kräfte des Marktes als – allerdings wirkmächtiger – Mythos des modernen Weltsystems.
- Den nationalen Befreiungsbewegungen und den sozialen Bewegungen, welche unter dem Begriff der systemfeindlichen Bewegungen zusammengefasst werden, attestiert Wallerstein, dass deren Strategie der Erlangung der Staatsmacht im Hinblick auf das Ziel, herrschaftsärmere Verhältnisse zu etablieren, gescheitert ist. Systemfeindliche Bewegungen seien regelmäßig in eine »kulturelle Falle« getappt, indem sie sich mittelfristig der Ziele und Mittel bemächtigten, die aus dem Repertoire der Herrschenden stammten. Insbesondere waren dies der Geist der Aufklärung und die Fixierung auf die Erlangung der Staatsmacht. Wallerstein erwähnt zudem die Verkrustung in organisationalen Strukturen als Grund für das Scheitern systemfeindlicher Bewegungen.

- Weltkapitalistische Herrschaft beruht nach Wallerstein bis heute und permanent auf der Ausübung gewaltgestützter Formen. Diese sind in Weiterführung der Wallersteinschen Argumentation von mir als permanente Regulationsstörung bezeichnet worden, welche die (Teil-) Gesellschaften, die der weltkapitalistischen Gesellschaftsformation unterworfen sind, an ihrer (lokalen) materiellen Reproduktion hindern. Obwohl Wallerstein die gewaltgestützte Durchsetzung herrschaftlicher Muster als integrale Elemente der Systemmechanismen des Weltsystems analysiert, nimmt er dabei die institutionelle Vermitteltheit dieser Systemmechanismen und dabei insbesondere die moderne Organisationsform nicht zur Kenntnis.

Als Defizit des Wallersteinschen Ansatzes wurde neben einem »Restökonomismus« dessen letztlich realistische, auf der Prämisse zweckrational handelnder Akteure aufgebaute Theorieanlage benannt. Herrschaftsverhältnisse, die sich auf formal-rationale Verfahren, kulturelle Dominanzverhältnisse oder rassistische bzw. sexistische Ideologien gründen, geraten Wallerstein zwar in den Blick, werden aber tendenziell in ein Basis-Überbau-Schema gepresst. Ihnen wird so ihre Eigendynamik weitgehend abgesprochen. Herrschaft wird vornehmlich in *terms* von Ausbeutung, Mehrwertextraktion und militärisch-strategischer Absicherung von ökonomischen Einflusszonen gefasst.

Um hier eine andere Sichtweise einzuführen, wurde die Konzeption des konstruktivistisch argumentierenden *World Polity-Ansatzes* eingeführt, der die kulturelle Integration innerhalb des Weltsystems zum Thema hat. Folgende *Essentials* wurden hergeleitet:

- Weltgesellschaft ist für den neoinstitutionalistischen World Polity-Ansatz ein hochgradig institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln. Dessen Herrschaftsförmigkeit sieht der Neoinstitutionalismus in dem restringierenden und fremdgesetzten Charakter von Institutionen begründet. Alternative Möglichkeiten der Konstruktion und Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit erlangen erst gar nicht gesellschaftliche Relevanz. Hierbei wird auf die gleichzeitige und nur lose gekoppelte Existenz von materialen und institutionellen Kontexten, auf die kontextuelle Doppelstrukturierung verwiesen, welche jegliche Sozialität auszeichnet.
- Moderne Formen von Herrschaft greifen nicht – wie bei Wallerstein – von außen auf etwas zu, sondern werden in einem umfassenden Sinne reziprok vermittelt. Akteuren ist Herrschaft nicht äußerlich. Die kognitiven Muster, die sich in Institutionen verfestigen, gehen »durch die Akteure« hindurch. »Institutionen« treten so dem Akteur nicht als Gegenstand in der Welt objektiv gegenüber, sondern strukturieren schon

dessen Vermögen, wie Gegenstände und Kontexte überhaupt geschnitten und konturiert werden. Das Institutionelle geht somit als Handlungskorridor in die Wirklichkeitskonstruktion der Akteure, von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten, mit ein. Durch den Hinweis auf die Präformiertheit sozialer Akteure argumentiert der World Polity-Ansatz gegen das Modell des zweckrational handelnden Akteurs, wie er etwa im methodologischen Individualismus gefasst wird. Soziale Akteurschaft wird nicht als eine letztlich naturgegebene Bedingung von Sozialität gefasst, sondern die Vorstellung (und Realität) autonom handlungsfähiger Individuen, Nationalstaaten und Organisationen selbst wird als historisches Konstrukt betrachtet, das in einem engen Zusammenhang mit der Herausbildung der Weltgesellschaft steht. Entgegen ihrem autonomen Selbstverständnis »enaktieren« soziale Akteure größtenteils lediglich institutionelle *scripts*.

- Für Organisationen gilt, dass ihre formale Strukturiertheit und Zweckrationalität als spezifisch moderne, gesellschaftlich institutionalisierte Muster der Handlungsorientierung und Situationsdeutung begriffen werden müssen und nicht als deren ontologische Wesensmerkmale. Rational-formale organisationale Strukturen müssen vor allem deswegen inkorporiert werden, weil sie in der Moderne als legitim und effizient gelten. Organisationen werden in Abgrenzung zu kontingenztheoretischen Argumentationen als Verkörperung solcher institutionalisierter Muster, insbesondere als Verkörperung des modernen Rationalitätsmythos, begriffen. Organisationen sind daher nicht zuvorderst effiziente Mittel der Kooperation menschlichen Handelns. Ihre Aufgabe besteht hingegen darin, Legitimationsanforderungen zu bewältigen.
- Moderne Akteure stehen stets vor der Herausforderung der Transformation unmittelbarer Bedürfnisse, von Partikularinteressen, in für andere nachvollziehbare und stabile Interessen. Mit der Einführung des Konzepts des agentschaftlichen Akteurs entwickelt der World Polity-Ansatz ein Erklärungsmodell, welches den Erfolg und Nicht-Erfolg von Akteuren bestimmbar macht. Die stratifikatorische These lautet, dass derjenige Akteur das größte Ansehen genießt, der eine möglichst große Distanz zwischen Eigennutz und dem Prinzip der agentschaftlichen Handlungsbegründung ausbilden kann, der seine Agentschaftlichkeit am besten inszenieren kann. Genau deshalb konnten NGOs seit dem Zweiten Weltkrieg an Einfluss gewinnen. Umgekehrt formuliert: Die Ausbildung dieser Agentschaftsqualität ist die entscheidende Voraussetzung und Maxime, die den Erfolg des NGO-Handelns ausmacht. Insgesamt potenziert sich die Agency-Fähigkeit in der Moder-

ne, so dass sich ein immer ausdifferenzierteres, aber auch widersprüchliches System von *Herrschaft qua agency* herstellt.

- Die Weltgesellschaft kennt keinen zentral handelnden Akteur, sondern ist angefüllt mit einer Vielzahl von Organisationen (insbesondere NGOs) und Experten, die als »generalisierte Andere« funktionieren und sich insgesamt durch ihre mangelnde Handlungsverantwortung auszeichnen. Hervorstechendes Merkmal dieser *otherhoodness* ist, dass sie als Agenten abstrakter Werte und Prinzipien wirken und somit zur weiteren Implementierung und Institutionalisierung weltkultureller Muster beitragen. Die Kategorie der generalisierten Anderen verweist dabei unmittelbar auf die Strukturen des institutionellen Kontextes. Die generalisierten Anderen der Weltgesellschaft generieren homogenisierende institutionelle Strukturierungen und tragen damit zur Lösung von Legitimationsproblemen bei, sie sind aber *desinteressiert* in Bezug auf die Out-Put-Seite. Die Prozeduren des institutionellen Kontextes sind im Hinblick auf die Lösung von lokalen Problemen untauglich. Handlung und Handlungsverantwortung werden so voneinander entkoppelt.
- Im Zuge der Ausbreitung der World Polity ergibt sich für alle Akteure der Weltgesellschaft zunehmend das Problem der Gleichzeitigkeit nicht aufeinander abgestimmter Umwelterwartungen (z.B. Menschenrechte/Umweltschutz vs. technischer Fortschritt). Je stärker dies passiert, desto mehr tendieren insbesondere Staaten dazu, ihr Handeln entsprechend institutioneller Vorgaben auszurichten und allgemein anerkannte Handlungsrouninen zu »enaktieren«. So gewinnt die Entwicklung rational-legitimer Verfahren zunehmend an Bedeutung, in deren Rahmen die Einbeziehung von NGOs höchst rational wird. Durch die Propagierung und Durchsetzung deliberativer Politikmodelle und Verhandlungssysteme wird eine neue Form von Legitimität generiert, die *rational voluntaristic authority*. Die Legitimität kollektiven Handelns beruht demnach zunehmend auf »koordiniertem Dissens«. Es kommt zur Entwicklung »dialogischer« Institutionen bzw. entsprechender Konzeptionen (Global Governance). Handlungen von politischen Akteuren innerhalb dieses Rahmens, etwa von NGOs, sind im Gegensatz zu realistischen Annahmen eher als »enactment« institutioneller *scripts*, denn als eine Angelegenheit intern generierter und autonomer Wahl, Motivation und Absicht zu verstehen. Legitimität entsteht nicht vornehmlich durch den Out-Put dieser Verhandlungssysteme, wie eine gängige Kritik am Demokratiedefizit von Global Governance unterstellt, sondern schon in der Konstruktion »dialogischer Verfahren« selbst.

- Auf der Ebene der Weltgesellschaft lassen sich zusammenfassend vier Bedingungen formulieren, denen Akteure genügen müssen, um als legitime Akteure anerkannt zu werden. Sie müssen *erstens* (möglichst gut) eine Agentschaftsqualität ausbilden, müssen *zweitens* dialogbereit und offen für Beratung und Expertise sein, müssen sich *drittens* der Organisationsform bedienen und müssen *viertens* in Netzwerke mit anderen Akteuren eingebunden sein.
- In differenter Pointierung zum World Polity-Ansatz, der NGOs vornehmlich als Agenten für abstrakte ethische Ziele fasst und damit deren Gewicht in der internationalen Politik erklären will, wurde in der vorliegenden Studie argumentiert, dass soziale Bewegungen als ein weiterer wichtiger Prinzipal für bestimmte, nämlich bewegungsnahe NGOs gefasst werden können. Durch diese Blickweise wird eine gegen die Aggregierungsannahmen der Bewegungsforschung gerichtete Blickweise auf soziale Bewegungen möglich, die diese als wirkungsmächtige Konstruktionen (»taken for granted«) der beteiligten Akteure (Individuen und Bewegungsorganisationen auf der einen Seite sowie Nationalstaaten als Gegenspieler auf der anderen Seite) ausweist.

In Kapitel 7 wurde unter Verweis auf die *Organisationstheorie Türks* die Bedeutung formaler Organisation vertieft und ein genaueres Verständnis von Herrschaft herausgearbeitet.

- Der Organisationsform wird eine gesellschaftsstrukturierende Funktion zugeschrieben, wobei das Verhältnis zwischen Organisation und moderner Gesellschaft als rekursives Konstitutionsverhältnis konzipiert wird. Das Organisationsverhältnis wird als dominantes gesellschaftliches Muster der Formierung und Regulation sozialer Kooperation begriffen. Die organisationale Aggregation von Interessen avanciert in der Moderne dabei zum ausschließlich legitimierten Typus des Politischen.
- Organisation gilt diesem Ansatz nicht als politisch neutraler und ubiquitärer Modus effizienter Koordination von Kooperation, sondern als eine historisch besondere, eben für die Moderne typische Form der herrschaftlichen Konfigurierung gesellschaftlicher Praxis. In der Organisationsform interagieren und verschmelzen Dispositive der Ordnung (als okzidentaler Rationalitäts-, Disziplinierungs- und Normalisierungsdiskurs), des Gebildes (als rechtlich abgestützte institutionelle Form) und der Vergemeinschaftung (als Prozess sozialer Integration und Schließung).
- Die Auftrennung in einen institutionellen und einen nichtinstitutionellen Bereich ist die typische Form von Herrschaft in der Moderne. Hierbei produziert die Organisationsform die gesellschaftlich folgen-

reiche Unterscheidung zwischen einem institutionellen und einem diesen entgegen gesetzten Bereich. Organisationale Herrschaft greift dabei auf die Basis realer, sich in lokalen Kontexten vollziehender menschlicher Praxis, die das zu organisierende Material bildet, zu. Dieser materielle Lebensprozess wird als dialektischer Widerpart mit dem Begriff Ko-Operation bezeichnet. Ähnlich der neoinstitutionalistischen Figur der kontextuellen Doppelstrukturierung ist gesellschaftliche Realität immer das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Logik der Organisation und der Ko-Operation. Ko-Operation meint dabei gerade nicht gelungene Kooperation, sondern gilt als Sammelkategorie für alle Akte der tatsächlichen Handlungsverflechtungen zwischen Subjekten. In ihr können aber dennoch keimhafte Erfahrungen von Nicht-Herrschaft gemacht werden.

Insgesamt ergibt sich bezogen auf herrschaftliche Verhältnisse in der Weltgesellschaft folgende Konzeption:

- Die ökonomisch verkürzte Asymmetrisierungsthese Wallersteins lässt sich organisationstheoretisch reformulieren. Weder das Kapital noch der Staat oder das internationale Staatensystem sind die entscheidenden Modi von Asymmetrisierung, sondern die moderne Organisation, womit auch Herrschaftsgefälle in den Blick geraten, die sich quer zu denen des Interstaatensystems strukturieren. Die ebenfalls mit der starken Bedeutung der Organisationsform argumentierende, neoinstitutionalistische Homogenisierungsthese weist zusätzlich auf die kontingenzvernichtende Implementierung von weltkulturellen Prinzipien in die Weltgesellschaft hin. Auf internationaler Ebene übernehmen NGOs mehr und mehr die Funktion, weltkulturelle Prinzipien zu verankern. Das von mir entwickelte theoretische Konzept begreift formale Organisation als das verbindende institutionelle Muster, welches sowohl die asymmetrisierenden als auch homogenisierenden Mechanismen globaler Vergesellschaftung abstützt. Formale Organisation wird dabei nicht als ein neutraler Modus zur effektiven Kooperation menschlichen Handelns definiert, sondern als zentraler Modus, mit dem sich Herrschaft in die moderne Gesellschaft inkorporiert.
- Die herrschaftstheoretische These lautet, dass sich Herrschaft auf weltgesellschaftlicher Ebene zunehmend (auch) in der Verunmöglichung von Lebenschancen und alternativen Lebensentwürfen, in der Homogenisierung von individuellen und gesellschaftlichen Ausdrucksformen sowie in einem Prozess der Invisibilisierung und Vernichtung kontingenter Formen menschlicher Kooperationsweisen manifestiert.

- Die herrschaftliche Strukturierung des Weltsystems ist dann schließlich in dem Sachverhalt zu verorten, dass für die Menschen und ihre soziale Ko-Operation lediglich institutionell restringierte soziale Praxisformen und Akteursdefinitionen zur Verfügung stehen, die zudem Asymmetrisierungen weiter befördern.

Der vorgestellte Rahmen kann mit einigen Mythen des Diskurses über NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance aufräumen. Insbesondere kennt er keine normative Fassung des NGO-Phänomens. Zudem relativiert er die Vorstellung, NGOs seien zweckrational handelnde Akteure, die qua Willensentscheidung entweder reformerisch oder konfrontativ handeln könnten. Außerdem werden durch die makrotheoretische Perspektive der Weltgesellschaft die Aggregierungsannahmen des Diskurses über NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance zurückgewiesen. Stattdessen wird die weltkulturelle Konstruktion legitimer Akteure und Interessen betont. Nicht zuletzt wird der Nivellierung eines prinzipiellen Unterschieds zwischen sozialer Bewegung und Organisation durch Teile der Bewegungsforschung entgegengetreten.

Darüber hinaus ergibt sich in Bezug auf den Diskurs um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance Folgendes:

- Die World Polity konstruiert und protegiert bestimmte legitime Protest- und Praxisformen, und damit bestimmte (auch für soziale Bewegungen) unhintergehbare Institutionen. Hier sind zuvorderst die Übernahme von Konzepten formaler Organisation und die Akzeptanz dialogischer Verfahren zu nennen. So erfolgt der Zugang zu den Verhandlungssystemen einer Global Governance neben dem Einlassen auf die »Regeln des herrschaftsfreien Diskurses« über den Modus »formale Organisation«. Lediglich organisierte Interessen, artikuliert mit möglichst hoher Agency, haben die Chance, governance-relevant zu werden.

Für nicht-staatliche politische Akteure ergibt sich also zunehmend ein Zwang des »Diskurs-Führen-Müssens« unter vorgegebenen »normalistischen« Prämissen, wobei der Zugang zur »Bühne des Diskurses« über die Organisationsform gesteuert wird. Das Handeln von NGOs (und damit auch von Bewegungsorganisationen) wird durch die Legitimitätsaufladung von »dialogischen Verfahren« und »formaler Organisation« gerahmt und mitbestimmt. Durch diesen Mechanismus werden kontingente Artikulationsformen von Protest und nicht-organisationale Kooperationsformen diskreditiert, invisibilisiert oder gar vernichtet. NGOs sind in diesem Rahmen gleichzeitig Produzent und Produkt der Generierung dieser neuen hegemonialen Konzeptionen legitimer Praxis- und Protestformen. Oft entgegen ihrem eigenen

Selbstbild lassen sich NGOs derart als Diffusionsagenten der »Rationalisierung der Welt« auffassen, die die kontingenzvernichtende Implementierung weltkultureller Prinzipien befördern. Sämtliche Unterstellungen an NGOs, sie seien am Abbau weltgesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse interessiert, greifen daher nicht nur ins Leere, das Gegenteil ist der Fall: NGOs sind maßgeblich daran beteiligt, durch die bewusste Akzeptanz und Reproduktion der globalen symbolischen, kulturellen und diskursiven Ordnung weltgesellschaftliche Herrschaft zu verstetigen.

- Sowohl für internationale NGOs als auch für Regierungsorganisationen ist das Modell der *rational voluntaristic authority* inzwischen das allgemein geteilte Ideal, welches in organisationaler Ethik und Struktur »enaktiert« wird. In der Prominenz der *rational voluntaristic authority* auf Weltniveau liegt der Schlüssel zum Verständnis der gewachsenen Bedeutung von NGOs und der zunehmenden Diskussion um Global Governance. Alle Charakteristika, die üblicherweise den NGOs zugeschrieben werden, also eine hohe Rollenspezifikation, der Kult des Expertentums und der Gültigkeit des besseren Arguments, die Vermeidung langwieriger Binnenkommunikation durch kurze Hierarchien sowie Medienkompetenz gelten heute als hervorragende Merkmale eines effizienten agentschaftlichen Akteurs, der sich in Netzwerkstrukturen behaupten will. NGOs waren trotz ihrer vergleichsweise geringen Ressourcenausstattung im letzten Jahrhundert deshalb so einflussreich, weil sie ihre agentschaftliche Qualität besonders gut ausbilden und kommunizieren konnten.
- Der innerhalb von Verhandlungssystemen hergestellte Kontext für kollektive Verantwortungszuschreibung ist für die beteiligten Akteure sehr funktional, ihn zu unterlaufen kostenreich. Um zu vermeiden, ein schlechter Spieler zu werden, werden die dort vorgefundenen Regeln eingehalten. Der Ausstieg aus einem Verhandlungskontext ist ebenfalls eine für den Akteur kostenreiche, oftmals mit Legitimationsverlusten einhergehende Option. Dies alles motiviert die beteiligten Akteure zum Mit-Mischen, dazu, an den dialogischen Prozeduren mitzuwirken und deren Diskurse abzustützen.
- Ohne soziale Bewegungen ihrerseits als herrschaftsfrei und »unschuldig« zu imaginieren, fasse ich sie als wirkungsmächtige soziale Konstruktionen, die noch nicht gänzlich vom Prinzip formaler Organisation durchzogen sind. Sie sind »schwimmende Formen« (Türk 1999: 57) menschlicher Ko-Operation, die sich in Bezug auf die Ordnungs-, Gebilde- und Vergemeinschaftungsdimensionen durch ihre (zumindest partielle) Uneindeutigkeit auszeichnen. Soziale Bewegungen und ihre materiellen und lokalen Kontexte bieten also kein Modell für eine

herrschaftsfreie Gesellschaft, können aber Orte sein, an denen Subjekte zumindest die Möglichkeiten haben, Differenzenerfahrungen (zur »normalen« Gesellschaft, zu institutionellen Kontexten etc.) zu machen. Darüber hinaus können sich soziale Bewegungen gegen die Art und Weise wenden, wie Konflikte ausgetragen werden, können partiell die Grenzen der Normalität überschreiten. Entgegen diesen *potentiellen* Möglichkeiten von sozialen Bewegungen wirken NGOs durch ihren expliziten Rekurs auf »formale Organisation« homogenisierend und behindern kontingente Formen von Ko-Operation. Das NGO-Phänomen kann daher auch als globale Vereinheitlichung der Taktiken und Strukturen sozialer Bewegungen und ihrer Organisationen interpretiert werden.¹

- Entgegen den *potentiell* systemsprengenden Möglichkeiten von sozialen Bewegungen sind NGOs in ihrer Gesamtheit maßgebliche Vermittler der universalistisch-ideologischen Grundstruktur der Moderne, sind Diffusionsagenten der »Rationalisierung der Welt«. Sie haben entscheidend daran mitgewirkt, dass das moderne Modell von *rational voluntaristic authority* sich als dominante ideologische Form in die Weltkultur inkorporieren konnte. Das Verhältnis (bewegungsnaher) NGOs zu sozialen Bewegungen ist unauflösbar ein doppeltes: Zum einen treten NGOs als Normalisierer von Irritationen des Weltsystems auf, die durch Protest und soziale Bewegungen symbolisiert worden sind, zum anderen sind NGOs auch Proliferant sozialer Bewegungen, da sie sie als Prinzipal ständig reproduzieren.
- Global Governance ist ein weithin wahrnehmbares Indiz für die Durchsetzung eines neuen historisch konkreten Organisationsregimes, welches sich vorläufig als *neoliberal-dialogorientiertes Organisationsregime* bezeichnen lässt. Die Herausbildung eines neuen Organisationsregimes ist dabei charakterisiert durch veränderte Grenzziehun-

1 Hiermit ist gerade nicht gesagt, dass soziale Bewegungen den materiellen Kontext abdecken und NGOs nur dem institutionellen Kontext zuzuordnen sind. Da es keine vorstellbare Sozialität gibt, die nicht Teil der kontextuellen Doppelstrukturierung ist, die nur »materieller Kontext« wäre, gibt es auch keine Analogiekette »Institution gleich Herrschaft – materialer Kontext gleich Herrschaftslosigkeit«. Zwar satteln Institutionen auf den materialen Kontexten auf. Im Umkehrschluss sind aber die materialen Kontexte nicht herrschaftsfrei. So wird hier beim Vergleich von sozialen Bewegungen und NGOs stets in Anschlag gebracht, dass beide soziale Phänomene sind, die in ihrer Konstruktion eine kontextuelle Doppelstrukturierung aufweisen, wenngleich auch auf je spezifische Art und Weise. Eine Entgegensetzung von Bewegung und Organisation im Sinne eines Unschuldsmodells, nachdem soziale Bewegungen per se »gut« seien und lediglich durch Oligarchisierungsprozesse ihrer ursprünglichen Ideale beraubt würden, hat ebenso keinen Sinn.

gen innerhalb von Organisationen, zwischen unterschiedlichen Organisationen und zwischen Organisationsnetzwerken. In diesem Zusammenhang ist in Erinnerung zu rufen, dass nach dem hier vorgestellten theoretischen Rahmen die gesellschaftliche Dominanz der Organisationsform gerade darin besteht, strukturinduzierende Wirkung auch in andere gesellschaftliche Bereiche hinein entfalten zu können. Wegen dieser intermediären Position formaler Organisation drücken sich in einem neuen Organisationsregime zugleich Elemente einer neuen Herrschaftsordnung aus. So spiegeln die im Kontext des neoliberal-dialogorientierten Organisationsregimes entstehenden Realabstraktionen die neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie und induzieren ihrerseits neue gesellschaftliche Strukturbildungen.²

- Global Governance und allgemein Netzwerkvorstellungen bergen zwar ein Problemlösungsversprechen, sind aber zuvorderst Ausdruck sich wandelnder Legitimationsanforderungen an organisierte Akteure: um als legitime moderne Akteure zu gelten, müssen Organisationen in übergreifende Beratungs- wie Kooperationsnetzwerke eingebettet sein. Innerhalb des neoliberal-dialogorientierten Organisationsregimes ersetzt die Verortung in egalitär imaginierten Netzwerken ältere Organisationsregime, die stärker vertikalistisch organisiert waren.

Die vorliegende Studie hat sich bei der Herleitung eines theoretischen Rahmens, der an vielen Punkten konträr zur bisherigen Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance argumentiert, zu einem großen Teil auf Neuland begeben und dabei recht weit ausgeholt. Die Zusammenfassung der Ergebnisse hat aber deutlich gemacht, dass der entwickelte Ansatz in vielfältiger Weise für die Analyse der mit dem Diskurs um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance verbundenen Prozesse anregend sein kann, wenngleich er nicht abschließend ausformuliert wurde und die letzte Präzision vermissen lässt. Eine genauere Fassung und empirische Anwendung stehen also sicher noch aus. Es sollte aber deutlich geworden sein, was eine »Theorie der organisierten Weltgesellschaft« im Stande zu leisten ist.

Die Entwicklung eines makrotheoretischen Bezugsrahmens wurde nötig, da die Analyse des Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance ergab, dass diese Ebene vernachlässigt wurde. Gleichwohl plädiert die vorliegende Arbeit nicht *für* eine Makro- und ge-

2 Dies alles müsste erheblich präzisiert und ausformuliert werden. Vgl. aber vorläufig die unter dem Stichwort »Organisationaler Neoliberalismus« entwickelte ähnliche Konzeptionierung bei Türk/Lemke/Bruch (2002: 291ff).

gen eine Mikroperspektive, sondern will eine Makroperspektive zunächst einmal komplementär zu den dominanten handlungstheoretischen Modellen in den Raum stellen. Sicherlich sind eine Makro- und Mikroperspektive auf das NGO-Phänomen zukünftig miteinander zu vermitteln. In Ansätzen leistet dies der vorgestellte Theorierahmen aber schon selbst. Es sei hier an dessen konstitutionstheoretische Grundlagen erinnert, die dazu tendieren, den Gegensatz zwischen Strukturalismus und Individualismus, zwischen System- und Handlungsperspektive zu überwinden.

Ganz allgemein wird die Mikro-Makro-Unterscheidung hier als eine analytische Unterscheidung behandelt. Ein Phänomen kann demnach immer auf unterschiedlichen Beschreibungsebenen erfasst werden. Es geht dann nicht darum, welche Ebene die kausal wirksamere ist, sondern unter welchen Bedingungen makrosoziologische Erklärungen ausreichen und wann sich eine mikrosoziologische Erklärung anbietet. Insbesondere empfiehlt sich eine mikrotheoretische Analyse für Prozesse, die in wenig institutionalisierten Handlungssituationen stattfinden oder für Phasen von De-Institutionalisierungen, in denen von »enacting« auf »acting« umgestellt wird, wo also etablierte Handlungsmuster an Selbstverständlichkeit verlieren (Heintz 2004: 27).

Solche Untersuchungen wären auch deshalb von Bedeutung, da nach dem hier entwickelten Verständnis Ansätze für die Irritation oder Minimierung herrschaftlicher Verhältnisse am ehesten in der Initiierung eben solcher De-Institutionalisierungsprozesse gesehen werden. Solche Prozesse würden der Wiedergewinnung von Kontingenz dienen. Insgesamt wäre die dissidente, lokal situierte, lebenspraktische Irritation der ungleichheitsproduzierenden institutionellen Formen anzustreben. Dabei spielt die Erfindung von sozialen Mustern der Regulation des gesellschaftlichen Lebens, die von der formalen Organisationsform abweichen, eine wesentliche Rolle. Überdies gerät die Des-Identifikation vom Konzept des rationalen handlungsfähigen Akteurs als möglicher Bezugspunkt der Reduktion von Herrschaft in den Blick. Es wären gesellschaftliche Formen der Kooperation und auch von Eigenmächtigkeit zu erfinden und zu stärken, die sich vom Konzept des rationalen, handlungsfähigen Akteurs unterscheiden. Hierbei ist die große Schwierigkeit, Formen zu finden, die nicht ihrerseits andere, »vormoderne« herrschaftliche Strukturen etablieren. Bezogen auf emanzipative Strategien geht es also um das Aufspüren derjenigen Elemente von Ko-Operation, die (herrschaftsarme) Modelle für Alternativen zur Organisationsform darstellen. Eingedenk der Tatsache, dass wir alle als Individuen agentschaftliche Akteurschaft verinnerlicht haben, ist dies beileibe keine einfache Aufgabe. Sicher scheint mir aber, dass die »two-step-strategy«, zunächst innerhalb des institutionellen Kontextes Fuß zu fassen und Macht zu akkumulieren, um dann die Strukturen

weltgesellschaftlicher Vergesellschaftung zu verändern, ebenso wenig zu einer herrschaftsärmeren Gesellschaft führt wie die in der Tat gescheiterte Strategie der Wallersteinschen systemfeindlichen Bewegungen, die Staatsmacht zu erklimmen.

9. Literatur

Alle angegebenen Internetadressen wurden am 31.05.2005 auf Richtigkeit und Funktion überprüft.

- Adorno, Theodor W. 1971: Individuum und Organisation. Einleitungsvortrag zum Darmstädter Gespräch 1953. In: Ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt a.M., S. 67-86 [zuerst: 1953]
- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max/Kogon, E. 1989: Die verwaltete Welt. In: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften, Bd. 13, Frankfurt a.M., S. 121-142 [zuerst: 1950]
- Aglietta, Michel 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg
- Albert, Hans 1977: Individuelles Handeln und soziale Steuerung. In: Lenk, Hans (Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär IV. München, S. 177-225
- Albert, Mathias 1994: Postmoderne und Theorie der internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, (1), H. 1, S. 45-63
- Albert, Mathias/Hilkermeier, Lena 2001: Between Systems Theory and Neo-Institutionalism. Studying Regional Organization in World Society. In: http://www.uni-bielefeld.de/soz/iw/pdf/albert_hilkermeier.pdf
- Alger, Chadwick F. 1994: Citizens and the UN System in a Changing World. In: Sakamoto, Yoshikazu (Hrsg.): Global Transformation. Challenges to the State System. Tokyo et al., S. 301-329
- Allerbeck, Klaus R. 1973: Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten. München
- Alnasser, Sabah et al. 2001: Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus. In: Das Argument, (43), H. 239, S. 23-42
- Altwater, Elmar 1996: Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal-Instituts über ein »zukunftsfähiges Deutschland«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, S. 82-91
- Altwater, Elmar 1998: Entbettung. In: Haug, Wolfgang (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, Spalte 438-444
- Altwater, Elmar 2002: Von der Geoökonomie der Zukunft zur Geopolitik der Vergangenheit: Herausforderungen für Protestnetzwerke. In: Walk, Heike/Boehme, Nele (Hrsg.): Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus. Münster, S. 25-39

- Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim 2002: NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/7, S. 6-14
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 1996: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 1. Aufl., Münster
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 1999: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 4., völlig überarb. und erw. Aufl., Münster
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 2002: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geschäft und informelle Politik. Münster
- Andersen, Svein S./Burns, Tom R. 1996: The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy. A Study of Post-parliamentary Governance. In: Andersen, S. Svein/Eliassen, Kjell A. (Hrsg.): The European Union. How Democratic is it? London et al., S. 227-251
- Anheier, Helmut 1992: Non-governmental Organisation (NGO). In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, Bd.2. München, S. 1422-1427
- Anheier, Helmut/Themudo, Nuno/Freise, Matthias 2003: Transnationale Zivilgesellschaft und Organisationsentwicklung. In: Forschungsjournal NSB, (16), H. 2, S. 87-96
- Annan, Kofi 1999: Rede auf der *World Conference on Civil Society* in Montreal vom 08.12.1999. In: <http://www.un.org/MoreInfo/ngolink/sgmontre.htm>
- Armstrong, David/Lloyd, Lorna/Redmond, John 1996: From Versailles to Maastricht. International Organisation in the Twentieth Century. London
- Arts, Bas 1998: The Political Influence of Global NGOs. Case Studies on the Climate and Biodiversity Conventions. Utrecht
- Attac-Koordinationskreis 2002: Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung. 8 Thesen zum Selbstverständnis von Attac. In: Attac (Hrsg.): Eine andere Welt ist möglich! Dokumentation des Attac-Kongresses vom 19.-21.10.2001 in Berlin. Hamburg, S. 12-17
- Aveni, A.F. 1978: Organizational Linkages and Ressource Mobilization. The Significance of Linkage Strength and Breadth. In: The Sociological Quarterly, (19), S. 185-202
- Axford, Barrie 1995: The Global System. Economics, Politics and Culture. Cambridge
- B90/Die Grünen 2002: Mit grüner Politik Globalisierung positiv gestalten. Globalisierungsbeschluss des 1. Ordentlichen Länderrates vom 18./01.2002. In: epd-Entwicklungspolitik, H. 2/3, S. 49-54
- Balcke, Jörg 2001: Verantwortungsentlastung durch Organisation. Die »Inspektion der Konzentrationslager« und der KZ-Terror. Tübingen
- Balibar, Etienne 1990: Vorwort. In: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin, S. 5-20
- Balibar, Etienne 1990a: Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen? In: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin, S. 190-224
- Ballegoyen, Arjen F. van 1999: Roll Back Malaria. A WHO Initiated Network in the Fight Against Malaria. In: <http://www.gppi.net>
- Barley, Stephen R./Tolbert, Pamela S. 1997: Institutionalization and Structuration: Studying the Links between Action and Institution. In: Organization Studies, (18), S. 93-117

- Barthe, Susan 2001: Die verhandelte Umwelt. Zur Institutionalisierung diskursiver Verhandlungssysteme im Umweltbereich am Beispiel der Energiekonferenzgespräche von 1993. Baden Baden
- Bateson, Gregory 1985: Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt a.M.
- Bauman, Zygmunt 1991: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg
- Baxi, Upendra 1996: »Global Neighbourhood« and the »Universal Otherhood«. Notes on the Report of the Commission on Global Governance. In: Alternatives, H. 21, S. 525-549
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich 1997: Was ist Globalisierung? Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) 1998: Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich 2002: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt a.M.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas 1989: Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Becker, Michael 2000: Politik als Verständigungsprozess. Modelle deliberativer Demokratie. In: ZfP, (47), H. 2, S. 216-228
- Beisheim, Marianne/Brunnengräber, Achim 2002: Die Diskussion um Global Governance im Überblick. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlussbericht der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«. Opladen, S. 453ff
- Beisheim, Marianne/Walter, Gregor 1997: »Globalisierung«. Kinderkrankheiten eines Konzepts. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, (4), H. 1, S. 153-180
- Beisheim, Marianne/Zürn, Michael 1999: Transnationale Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung? In: Klein, Ansgar/LeGrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/Wiesbaden, S. 306-319
- Benchmark Environmental Consulting 1996: Democratic Global Civil Governance. Report of the 1995 Benchmark Survey of NGOs. Oslo: Royal Norwegian Ministry of Foreign Affairs
- Benner, Thorsten et al. 2001: Global Public Policy. Chancen und Herausforderungen vernetzten Regierens. In: Zeitschrift für Politik, (48), H. 4, S. 359-374
- Benner, Thorsten/Reinicke, Wolfgang H. 1999: Politik im globalen Netz. Globale Politiknetzwerke und die Herausforderung offener Systeme. In: <http://www.gppi.net>
- Benner, Thorsten/Witte, Jan Martin 2001: Brücken im globalen System. Neues Leitbild für internationale Organisationen. In: Internationale Politik, (56), H. 5, S. 1-81
- Benz, Arthur 1998: Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Thomas (Hrsg.): Demokratie eine Kultur des Westens? Opladen, S. 201-222
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 1980: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M. [zuerst: 1966]

- Berkovitch, Nitza 1999: The Emergence and Transformation of the International Women's Movement. In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 100-126
- Berliner Kommuniké 2000: Modernes Regieren für das 21. Jahrhundert. Berliner Kommuniké vom 3.06.2000. In: www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_10970.htm
- Berry, Jeffrey M. 1977: *Lobbying for the People. The political Behaviour of Public Interest Groups*. Princeton
- Beyer, Peter 1994: *Religion and Globalization*. London
- Beyme, Klaus von 2000: *Die politischen Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2003: Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen, S. 337-362
- Blaich, Fritz 1979: *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*. Wiesbaden
- Blumer, Herbert 1951: Social Movements. In: McClung Lee, Alfred (Hrsg.): *Principles of Sociology*. New York, S. 199-220
- Bøås, Morten 1998: Governance as Multilateral Bank Policy. The Cases of the African Development Bank and the Asian Development Bank. In: *European Journal of Development Research*, (10), H. 2, S. 117-134
- Bob, Clifford 2001: Marketing Rebellion. Insurgent Groups, International Media, and NGO Support. In: *International Politics*, (38), S. 311-334
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang/Dohrn-Van Rossum, Gerhard 1978: Organ, Organismus, Organisation, politischer Körper. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 4, Stuttgart, S. 519-622
- Bodo, Thilo 2001: Umweltpolitik ist inzwischen Gesellschaftspolitik (Interview). In: *Politische Ökologie*, (19), H. 72, S. 54-55
- Boeckh, Andreas 1993: Entwicklungstheorien. Eine Rückschau. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*. Bd. 1, 3. Auflage, Bonn, S. 110-130
- Boehme, Nele/Walk, Heike 2002: Globalisierung von unten. Transnationale Netzwerke in Aktion. In: Dies. (Hrsg.): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im Kapitalismus*. Münster, S. 9-24
- Bögenhold, Dieter (Hrsg.) 2000: *Moderne amerikanische Soziologie*, Stuttgart
- Boli, John 1987: Human Rights or State Expansion? In: Thomas, Georg M. et al. (Hrsg.): *Institutional Structure. Constituting State, Society, and the Individual*. Beverly Hills, S. 133-149
- Boli, John 1999: Conclusion: World Authority Structures and Legitimations. In: Ders./Thomas, George M. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 267-300
- Boli, John/Elliott, Michael A./Bieri, Franziska 2003: Globalization. In: Ritzer, Gorge M. (Hrsg.): *International Handbook of Social Problems*.
- Boli, John/Lechner, Frank J. (Hrsg.) 1999: *The Globalization Reader*. Oxford
- Boli, John/Loya, Thomas A./Loftin, Teresa 1999: National Participation in World-Polity Organization. In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 50-77

- Boli, John/Thomas George M. 1997: World Culture in the World Polity. A Century of International Non-governmental Organization. In: *American Sociological Review*, (62), S. 171-190
- Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.) 1999: *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford
- Boli, John/Thomas, George M. 1999a: INGOs and the Organization of World Culture. In: Dies. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Non-governmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 13-48
- Boli, John/Thomas, George M. 1999b: Introduction. In: Dies. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 1-10
- Bornschieer, Volker 1994: Weltsystem. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6: Internationale Beziehungen. München, S. 615-622
- Bornschieer, Volker 2002: *Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen*. Zürich
- Boutros-Ghali, Boutros 1992: *An Agenda for Peace*. New York
- Boutros-Ghali, Boutros 1996: Foreword. In: Gordenker, Leon/Weiss, Thomas (Hrsg.): *NGOs, the UN, and Global Governance*. Boulder/London, S. 7-12
- Braithwaite, John/Drahos, Peter (Hrsg.) 2000: *Global Business Regulation*. Cambridge
- Brand, Karl-Werner 1999: Transformationen der Ökologiebewegung. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Wiesbaden, S. 237-256
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter 1986: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt
- Brand, Karl-Werner/Eder, Klaus 1997: Elemente einer Theorie ökologischer Kommunikation. In: Dies./Pofertl, Angelika (Hrsg.): *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen, S. 307-311
- Brand, Ulrich 2000: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung: Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Münster
- Brand, Ulrich 2001: Ordnung und Gestaltung. Global Governance als hegemonialer Diskurs postfordistischer Politik? In: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.): *Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden, S. 93-110
- Brand, Ulrich 2001a: Nichtregierungsorganisationen und postfordistische Politik. In: Walk, Heike/Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar (Hrsg.): *NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess*. Opladen, S. 73-94
- Brand, Ulrich 2002: Globalisierung und Kritik. Wider die Marktapologie. In: *Zeitschrift für kritische Theorie*, H. 14, S. 89-101
- Brand, Ulrich 2003: Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, (10), H. 1, S. 143-166
- Brand, Ulrich et al. 2000: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster
- Brand, Ulrich et al (Hrsg.) 2001: *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim 2002: Auf der Suche nach der anderen Globalisierung. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 192-201

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph 2000: Die Regulierung des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse. In: Prokla, H. 118, S. 83-106
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph 2002: »Nachhaltige Globalisierung«? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. In: Dies. (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio +10 und die Sackgasen »nachhaltiger Entwicklung«. Münster, S. 12-47
- Brandt-Report 1980: Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln
- Braudel, Fernand 1986: Die Dynamik des Kapitalismus. Stuttgart
- Braudel, Fernand 1986a: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Bd. 2: Der Handel. München
- Braudel, Fernand 1992: Schriften zur Geschichte. Bd. 1: Gesellschaften und Zeitstrukturen. Stuttgart
- Braunmühl, Claudia von/Winterfeld, Uta von 2003: Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal [= Wuppertal Papers, H. 135, hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie]
- Brock, Lothar 2001: Weltpolitik in einer unordentlichen Welt. In: Hauchler, Ingo/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt, S. 380-399
- Brown, John 2001: Global Governance. Oder die politische Konstitution des Neoliberalismus. In: SoZ – Sozialistische Zeitung, H. 11 vom 23.05.01, S. 7
- Bruch, Michael 1999: Toward a Theory of Modern Domination. In: International Journal of Political Economy, (29), H. 3, S. 33-52
- Bruch, Michael 2000: Herrschaft in der modernen Gesellschaft. Zur Bedeutung des Organisationsverhältnisses in kritischen Theorien der Gesellschaft. Wiesbaden
- Bruch, Michael 2003: Leblose Lebendigkeit. Zur Bedeutung von Organisation, Wissen und Norm in der verwalteten Welt. In: Demirovic, Alex (Hrsg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Stuttgart/Weimar, S. 176-194
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hrsg.) 1996: Unternehmen Globus. Facetten nachfordristischer Regulation. Münster
- Bruch, Michael/Türk, Klaus 2005: Organisation als Regierungsdispositiv der modernen Gesellschaft. In: Jäger, Wieland/Schimank, Uwe (Hrsg.): Organisationsgesellschaft. Facetten und Perspektiven. Wiesbaden, S. 89-123
- Brühl, Tanja et al. (Hrsg.) 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn
- Brühl, Tanja 2003: Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen. Frankfurt a.M./New York
- Brunnengräber, Achim 1997: »Global Governance« oder die Notwendigkeit eines neuen Globalkonzeptes – diskutiert am Beispiel der internationalen Klimapolitik. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 257-292
- Brunnengräber, Achim 1997a: Advokaten, Helden und Experte. NGOs in den Medien. In: Forschungsjournal NSB, (10), H. 4, S. 13-26
- Brunnengräber, Achim 1998: Über die Unzulänglichkeiten kosmopolitischer Demokratie in einer transnationalen Welt. In: Peripherie, H. 71, S. 69-92
- Brunnengräber, Achim/Stock, Christian 1999: Global Governance. Ein neues Jahrhundertprojekt? In: Prokla, H. 116, S. 445-468

- Brunsson, Nils 1982: The Irrationality of Action and Action Rationality. Decisions, Ideologies and Organizational Actions. In: *Journal of Management Studies*, (19), H. 1, S. 29-44
- Brunsson, Nils 1989: The Organization of Hypocrisy. Talk, Decisions, and Actions in Organizations. Chichester et al.
- Brütt, Christian 2001: »Neoliberalismus plus«. Re-Kommodifizierung im aktivierenden Sozialstaat. In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): *Ein neuer Kapitalismus?*. Hamburg, S. 265-283
- Brysk, Alison 1995: Hearts and Minds. Bringing Symbolic Politics Back In. In: *Polity*, (27), H. 4, S. 559-585
- Buchanan, Mark 2002: *Small Worlds*. Das Universum ist zu klein für Zufälle. Frankfurt a.M./New York
- Buechler, Steven M. 1993: Beyond Resource Mobilization? Emerging Trends in Social Movement Theory. In: *The Sociological Quarterly*, (34), H. 2, S. 217-235
- Buechler, Steven M. 2000: *Social Movements in Advanced Capitalism. The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism*. Oxford
- BUKO 1996: *Technokratenmärchen. Fit, schlank und mit gutem Gewissen ins 21. Jahrhundert*. In: Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt, S. 207-219
- BUKO o.J.: *Lobbyismus. Oder: der Glaube an ein »gemeinsames Interesse« und den »Sieg der Vernunft«*. In: *BUKO-Positionen* [<http://www.buko.info/buko/positionen2.html>]
- BUND/Misereor 1996: *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel/Boston/Berlin
- Bundesregierung 1999: *Moderner Staat – moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung*. Kabinettsbeschluss vom 1.12.1999. In: www.bundesregierung.de
- Burchardt, Hans-Jürgen 1996: Die Globalisierungsthese – von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus. In: *Das Argument*, H. 217, S. 741-755
- Burke, Peter 1991: *Offene Geschichte. Die Schule der »Annales«*. Berlin
- Burton, John 1972: *World Society*. Cambridge
- Buttel, Frederick H. 2000: World Society, the Nation State, and Environmental Protection. In: *American Sociological Review*, (65), S. 117-121
- Butterwegge, Christoph 2003: Sozialdemokraten in der neoliberalen Falle. In: *Frankfurter Rundschau*, 23.09.2003, S. 7
- Carroll, Thomas F. 1992: *Intermediary NGOs. The Supporting Link in Grass-root Development*. West Hartford
- Carothers, Thomas 1999: Civil Society. In: *Foreign Policy*, S. 18-29
- Castells, Manuel 1996: *The Rise of the Network Society*. Oxford
- Castells, Manuel 1997: *The Power of Identity*. Oxford
- Castells, Manuel 2000: Elemente einer Theorie der Netzwerkgesellschaft. In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau*, (23), H. 41, S. 37-54
- CGG 1995: *Our Global Neighbourhood*. Oxford et al.
- Charnovitz, Steve 1997: Two Centuries of Participation. NGOs and International Governance. In: *Michigan Journal of International Law*, (18), H. 2, S. 183-286
- Chatfield, Charles 1997: Intergovernmental and Nongovernmental Associations to 1945. In: Smith, Jackie/ders./Pagnucco, Ron (Hrsg.): *Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity beyond the State*. New York, S. 19-41

- Chen, Martha Alter 1996: Engendering World Conferences. The International Women's Movement and the UN. In: Gordenker, Leon/Weiss, Thomas G. (Hrsg.): NGOs, the UN, and Global Governance. Boulder/London, S. 139-155
- Chesnais, Francois/Serfati, Claude/UDry, Charles-André 2001: Die Zukunft der »Anti-Globalisierungs-Bewegung«. In: SoZ – Sozialistische Zeitung, H. 7, S. 16
- Clark, John 1991: Democratizing Development. The Role of Voluntary Organizations. London
- Clarke, Gerald 1998: Non-Governmental Organizations (NGOs) and Politics in the Developing World. In: Political Studies, (XLVI), S. 36-52
- Clegg, Stewart R./Gray, John T. 1996: Metaphors of Globalization. In: Boje, David M./Gephart, Robert P./Thatchenkery, Toko J. (Hrsg.): Postmodern Management and Organization Theory. London/New Delhi, S. 293-307
- Cohen, Jean L. 1985: Strategy or Identity. New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements. In: Social Research, (52), H. 4, S. 663-716
- Cohen, Michael D./March, James G./Olson, Johan P. 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: Administrative Science Quarterly, (17), S. 1-25
- Coleman, James S. 1986: Die asymmetrische Gesellschaft. Weinheim/Basel
- Conca, Ken 1996: Greening the UN. Environmental Organisations and the UN System. In: Gordenker, Leon/Weiss, Thomas G. (Hrsg.): NGOs, the UN, and Global Governance. Boulder/London, S. 103-119
- Cornelsen, Dirk 1991: Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland. München
- Correa, Carlos 2000: Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options. London et al.
- Cox, Robert W. 1998: Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen. In: Ders.: Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der »Internationalen Politischen Hegemonie« [= Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 11]. Marburg, S. 28-68 [zuerst: 1981]
- Curbach, Janina 2003: Global Governance und NGOs. Transnationale Zivilgesellschaft in internationalen Politiknetzwerken. Opladen
- Czempiel, Ernst-Otto 1981: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell. Paderborn
- Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James (Hrsg.) 1992: Governance without Government. Order and Change in World Politics. Cambridge
- Czerwick, Edwin 1999: Verhandlungsdemokratie. Ein Politikstil zur Überwindung von Politikblockaden. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, (9), H.2, S. 415-438
- Dahl, Robert A. 1993: Pluralism. In: Krieger, Joel (Hrsg.): The Oxford Companion to Politics of the World. Oxford, S. 704-707
- Dalton, Russel J./Kuechler, Manfred/Burklin, Wilhelm 1990: The Challenge of New Movements. In: Dalton, Russel J./Kuechler, Manfred (Hrsg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. Cambridge, S. 3-20
- D'Andrade, Roy G. 1995: The Development of Cognitive Anthropology. Cambridge
- Davies, James C. 1979: Eine Theorie der Revolution. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien des sozialen Wandels. Königstein
- Dawson, Carl A./Gettys, Warner E. 1935: Introduction to Sociology. New York

- Della Porta, Donatella/Diani, Mario 1999: *Social Movements. An Introduction*. Oxford
- Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/Rucht, Dieter (Hrsg.) 1999: *Social Movements in a Globalizing World*. New York
- Demirovic, Alex 1987: *Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung*. Hamburg
- Demirovic, Alex 1992: *Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Regulation*. In: Ders./Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, S. 128-157
- Demirovic, Alex 1997: *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster
- Demirovic, Alex 2001: *NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie*. In: Brand, Ulrich et al. (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster, S. 141-168
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) 1992: *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster
- Deutscher Bundestag 2002: *Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft*. Opladen
- Deutschmann, Christoph 1996: *Marx, Schumpeter und Mythen ökonomischer Rationalität*. In: *Leviathan*, H. 3, S. 323-338
- Deutschmann, Christoph 1997: *Die Mythenspirale. Eine wissenssoziologische Interpretation industrieller Rationalisierung*. In: *Soziale Welt*, (47), S. 55-70
- Diefenbacher, Hans/Hitler, Eberhard 2002: *Perspektiven für Deutschland oder Propaganda für Johannesburg?* In: *epd-Entwicklungspolitik*, H.7, S. 30-34
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hrsg.) 1991: *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. 1991a: *Introduction*. In: Dies. (Hrsg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, S. 1-38
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. 2000: *Das »stahlharte Gehäuse« neu betrachtet: Institutioneller Isomorphismus und kollektive Rationalität in organisationalen Feldern*. In: Müller, Hans-Peter/Sigmund, Steffen (Hrsg.): *Zeitgenössische amerikanische Soziologie*. Opladen, S. 147-173 [zuerst: 1983]
- Diner, Dan 1999: *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*. München
- Dingwerth, Klaus 2003: *Globale Politiknetzwerke und ihre demokratische Legitimation. Eine Analyse der Weltstaudammkommission*. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, (10), H.1, S. 69-109
- Dinter, Stefan 2001: *Netzwerke. Eine Organisationsform moderner Gesellschaften?* Marburg
- Donati, Paolo R. 2001: *Die Rahmenanalyse politischer Diskurse*. In: *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen, S. 145-175
- Doornbos, Martin 2003: *»Good Governance«: The Metamorphosis of a Policy Metaphor*. In: *Journal of International Affairs*, (57), H. 1, S. 3-17
- Dörrenbacher, Christoph/Plehwe, Dieter 2000: *Übermacht, Ohnmacht, Allmacht? Eine kurze Einleitung zur langen Diskussion über multinationale Konzerne*. In: Dies. (Hrsg.): *Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen*. Berlin, S. 7-41

- Douglas, Ian R. 2000: *Globalization as Governance. Toward an Archaeology of Contemporary Political Reason*. In: Prakash, Aseem/Hart, Jeffrey A. (Hrsg.): *Globalization and Governance*. London/New York, S. 134-160
- Dreßen, Wolfgang 1982: *Die pädagogische Maschine. Zur Geschichte des industriellen Bewußtseins in Preußen/Deutschland*. Frankfurt a.M. u.a.
- Drori, Gili S. et al. 2003: *Science in the Modern World Polity. Institutionalization and Globalization*. Stanford
- Drori, Gili S. et al. 2003a: *International Science Associations, 1870-1990*. In: Dies.: *Science in the Modern World Polity. Institutionalization and Globalization*. Stanford, S. 81-99
- Durkheim, Emile 1984: *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt a.M. [zuerst: 1895]
- Eade, Deborah 1997: *Capacity Building. An Approach to People-centered Development*. Oxford
- Ebers, Mark/Gotsch, Wilfried 1993: *Institutionenökonomische Theorien der Organisation*. In: Kieser, Alfred (Hrsg.): *Organisationstheorien*. Stuttgart/Berlin/Köln, S. 193-242
- Eberwein, Wolf-Dieter et al. 1999: *Humanitäre Hilfe in globalen Konflikten*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. B 52-53, S. 31-38
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin 1996: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt a.M.
- Eccles, Robert G./Nohria, Nitin 1992: *Beyond the Hype. Rediscovering the Essence of Management*. Harvard
- Eder, Klaus 1993: *The New Politics of Class*. Newbury Park, CA
- Eder, Klaus 1994: *Die Institutionalisierung kollektiven Handelns. Eine neue theoretische Problematik in der Bewegungsforschung?* In: *Forschungsjournal NSB*, H. 2, S. 40-52
- Eder, Klaus 1995: *Die Institutionalisierung sozialer Bewegungen. Zur Beschleunigung von Wandlungsprozessen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften*. In: Müller, Peter/Schmid, Michael (Hrsg.): *Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze*. Frankfurt a.M., S. 267-290
- Eder, Klaus 1997: *Zur soziologischen Analyse des ökologischen Diskursfeldes*. In: Brand, Karl-Werner/Eder, Klaus/Poferl, Angelika (Hrsg.): *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Wiesbaden, S. 38-53
- Eder, Klaus 1999: *Dialog und Kooperation. Zur Zähmung der Bewegungsgesellschaft*. In: Klein, Ansgar/Légrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): *Neue Soziale Bewegungen*. Wiesbaden, S. 28-46
- Eder, Klaus 2001: *Institution*. In: Liebau, Eckart/Schuhmacher-Chilla, Doris/Wulf, Christoph (Hrsg.): *Anthropologie pädagogischer Institutionen*. Weinheim, S. 19-34
- Edwards, Michael/Hulme, David 1992: *Scaling-up the Developmental Impact of NGOs. Concepts and Experiences*. In: Dies. (Hg.): *Making a Difference. NGOs and Development in a Changing World*. London, S. 13-27
- Eisinger, P.K. 1973: *The Conditions of Protest Behavior in American Cities*. In: *American Political Science Review*, (67), H. 1, S. 11-28
- El-Ghoussein, Amir 2001: *Editorial*. In: *Politische Ökologie*, (19), H. 72, S.3
- Elkington, John 1997: *Cannibals with Forks. The Triple Bottom Line of 21st Century Business*. Oxford
- Engels, Anita 2003: *Die geteilte Umwelt. Ungleichheit, Konflikt und ökologische Selbstgefährdung in der Weltgesellschaft*. Weilerswist

- Enquete-Kommission 2001: Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« vom 13.09.2001 (Drucksache 14/6910). In: <http://www.bundestag.de>
- Escobar, Arturo 1995: *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton
- Escobar, Arturo 2002: *Gender, Place, and Networks. A Political Ecology of Cyberculture*. In: Schech, Susanne/Haggis, Jane (Hrsg.): *Development. A Cultural Studies Reader*. Oxford/Malden, S. 239-256 [zuerst: 1999]
- Esser, Hartmut 2000: *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Bd. 5: *Institutionen*. Frankfurt/New York
- Esser, Josef 1999: *Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der »Globalisierung«*. In: Döring, Diether (Hrsg.): *Sozialstaat in der Globalisierung*. Frankfurt a.M., S. 117-144
- Esser, Josef/Görg, Christoph(Hirsch, Joachim (Hrsg.) 1994: *Politik, Institutionen und Stat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg
- Esteva, Gustavo 1992: *Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*, Frankfurt a.M.
- Esteva, Gustavo 1993: *Bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten*. In: *ila*, H. 164, S. 14-16
- Evers, Hans-Dieter 1999: *Globalisierung der Wissensgesellschaft. Ansätze einer neuen Entwicklungstheorie*. In: *Universität Bielefeld - Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, Working Paper Nr. 310*, Bielefeld
- Faust, Jörg 2002: *Mancur Olson (1932-1998). Die Logik kollektiven Handelns und Good Governance*. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, H. 10, S. 277-280
- Feindt, Peter H. 2001: *Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion*. Frankfurt a.M. et al.
- Feld, W. 1971: *Non-Governmental Entities and the International System. A Preliminary Quantitative Overview*. In: *Orbis*, (15), S. 879-922
- Felder, Michael 2001: *Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft*. Wiesbaden
- Feraru, Anne Thompson 1974: *Transnational Political Interests and the Global Environment*. In: *International Organization*, (28), H. 1, S. 31-60
- Ferencz, Benjamin 1998: *Von Nürnberg nach Rom. Auf dem Weg zu einem Internationalen Strafgerichtshof*. In: *SEF-Policy-Paper*, H. 8, Bonn
- Fietze, Beate 1997: *1968 als Symbol der ersten globalen Generation*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 3, S. 365-386
- Finger, Matthias 1994: *Environmental NGOs in the UNCED Process*. In: *Princeton, Thomas/ders. (Hrsg.): Environmental NGOs in World Politics. Linking the Global and the Local*. London/New York, S. 186-213
- Finkelstein, Lawrence S. 1995: *What is Global Governance?* In: *Global Governance*, (3), H.1
- Finnemore, Martha 1993: *International Organizations as Teachers of Norms. The United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization and Science policy*. In: *International Organization*, (47), H. 4, S. 545-598
- Finnemore, Martha 1996: *Norms, Culture, and World Politics. Insights from Sociology's Institutionalism*. In: *International Organization*, (50), S. 325-347

- Fischer, Frank 1993: Bürger, Experten und Politik nach dem »Nimby«-Prinzip. Ein Pläydoyer [*sic!*] für die partizipatorische Policy-Analyse. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen, S. 451-470
- Fisher, Julie 1993: The Road from Rio. Sustainable Development and the Non-governmental Movement in the Third World. Westport
- Fisher, Julie 2003: Local and Global: International Governance and Civil Society. In: Journal of International Affairs, (57), H. 1, S. 19-39
- Fligstein, Neil 1996: Social Skill and Institutional Theory. In: American Behavioural Scientist, (40), S. 397-404
- Florini, Ann M. 2000 (Hrsg.): The Third Force. The Rise of Transnational Civil Society. Tokyo/Washington
- Förch, Michael 1995: Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. u.a.
- Forschungsjournal NSB 2003: Themenheft »Lobbyismus in Deutschland«, (16), H. 3
- Fox, Jonathan/Brown, David (Hrsg.) 1998: The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and grassroots movements. Cambridge/London
- Foucault, Michel 1977: Überwachen und Strafen. Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 2000: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a.M., S. 41-67
- Frank, Andre Gunder 1980: Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung. Frankfurt a.M.
- Frank, André Gunder/Fuentes-Frank, Marta 1990: Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation, staatliche Politik, soziale Bewegung. Wien
- Frank, John David/Hironaka, Ann/Meyer, John W./Schofer, Evan/Tum, Nancy Brandon 1999: The Rationalization and Organization of Nature in World Culture. In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875. Stanford, S. 81-99
- Frantz, Christiane 2002: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der sozialwissenschaftlichen Debatte. In: Dies./Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 51-81
- Freeman, J. 1979: Resource Mobilization and Strategy. A Model for Analysing Social Movement Organization Actions. In: Zald, Mayer N./McCarthy, John D. (Hrsg.): The Dynamics of Social Movements. Cambridge
- Freyhold, Michaela von 1998: Beziehungen zwischen Nicht-Regierungsorganisationen des Nordens und des Südens. Erkenntnisse und Annahmen. In: Peripherie, H. 71, S. 6-30
- Friedland, Roger/Alford, Robert R. 1991: Bringing Society Back In. Symbols, Practices, and Institutional Contradictions. In: DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hrsg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago, S. 232-263
- Fukuyama, Francis 1989: The End of History. In: The National Interest, (16), S. 3-18
- Furtak, Florian T. 1997: Nichtstaatliche Akteure in den internationalen Beziehungen. München
- Furtak, Florian T. 2001: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im politischen System der Europäischen Union. Strukturen – Beteiligungsmöglichkeiten – Einfluß. München

- Fuster, Thomas 1998: Die »Good Governance« Diskussion der Jahre 1989 bis 1994. Ein Beitrag zur jüngeren Geschichte der Entwicklungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Weltbank und des DAC. Bern et al.
- Galambos, Louis 1970: The Emerging Organizational Synthesis in Modern American History. In: *Business History Review*, (44), S. 279-290
- Gamson, William A. 1975: *The Strategy of Social Protest*. Homewood, Ill.
- Gebauer, Thomas 2001: Staatswerdung der NGOs. In: *Der Überblick*, (37), H. 3, S. 30f
- Gelinsky, Eva 2002: Leitplanken weisen den Weg. Rio+10 in Johannesburg: Nachhaltige Entwicklung durch Technokraten. In: *iz3w*, H. 259, S. 21-24
- Gergs, Hanjo/Pohlmann, Markus/Schmidt, Rudi 2000: Organisationssoziologie: Organisationstheorie, ihre gesellschaftliche Relevanz und »gesellschaftstheoretische Herausforderung«. In: *Soziologische Revue*, Sonderh. 5, S. 183-195
- Giddens, Anthony 1992: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt a.M. [zuerst:1984]
- Giddens, Anthony 1995: *Die Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony 1999: *Soziologie*. 2. überarb. Aufl., Graz/Wien
- Giddens, Anthony 2001: Anthony Giddens und Will Hutton im Gespräch. In: Ders./Hutton, Will (Hrsg.): *Die Zukunft des globalen Kapitalismus*. Frankfurt a.M., S. 12-67
- Gill, Stephen 1990: *American Hegemony and the Trilateral Commission*. New York
- Gill, Stephen 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas*. Münster, S. 23-50
- Glagow, Manfred 1993: Die Nicht-Regierungsorganisationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In: Nohlen, Dieter/Nuschler, Franz (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt*. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn, S. 304-327
- Goetze, Dieter 1989: Entwicklungssoziologie. In: Endruweit, Günter/Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart, S. 149-157
- Göhler, Gerhard (Hrsg.) 1997: *Institutionenwandel* [=Leviathan Sonderh. 16/1996]. Opladen
- Göhler, Gerhard 1997a: Wie verändern sich Institutionen? Revolutionärer und schleichender Institutionenwandel. In: Ders. (Hrsg.): *Institutionenwandel*. Opladen, S. 21-56
- Göhler, Gerhard/Kühn, Rainer 1999: Institutionenökonomie, Neo-Institutionalismus und die Theorie politischer Institutionen. In: Edeling, Thomas/Jann, Werner/Wagner, Dieter (Hrsg.): *Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus. Überlegungen zur Organisationstheorie*. Opladen, S. 17-42
- Goldfrank, Walter L. 2000: Paradigm Regained? The Rules of Wallerstein's World-System Method. In: *Journal of World-Systems Research*, (VI), H. 2, S. 150-195
- Gordenker, Leon/Weiss, Thomas G. 1996: Pluralizing Global Governance. Analytical Approaches and Dimensions. In: Dies. (Hrsg.): *NGOs, the UN, and Global Governance*. Boulder, S. 17-47
- Görg, Christoph 2004: Globalisierung und Transformation des Nationalstaats. Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Gegenwehr. In: *Forum Wissenschaft*, (21). H. 1, S. 21-24
- Görg, Christoph/Hirsch, Joachim 1998: Chancen für eine »internationale Demokratie«? In: *Das Argument*, H. 225, S. 319-344

- Görg, Christoph/Wissen, Markus 2003: National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der »Neuen Weltordnung«. In: Prokla, (33), H. 4, S. 625-644
- Grande, Edgar 2001: Die neue Unregierbarkeit. Globalisierung und die Grenzen des Regierens jenseits des Nationalstaats. In: Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, S. 95-110
- Granovetter, Mark 2000: Ökonomisches Handeln und soziale Struktur. Das Problem der Einbettung. In: Müller, Hans-Peter/Sigmund, Steffen (Hrsg.): Zeitgenössische amerikanische Soziologie. Opladen, S. 175-207 [zuerst: 1985]
- Grendstad, Gunnar/Selle, Per 1995: Cultural Theory and the New Institutionalism. In: Journal of Theoretical Politics, (7), H. 1, S. 5-27
- Grenville, John A.S. 1994: A History of the World in the Twentieth Century. Cambridge
- Greven, Michael Th./Willems, Ulrich (1995) Moralische Forderungen in der politischen Gesellschaft. Anmerkungen zu einem spezifischen Typus politischer Forderungen. In: Forschungsjournal NSB, (8), S. 76-90
- Grubb, Michael et al. 1993: The Earth Summit Agreements. A Guide and Assessment. London
- Gruppe von Lissabon 1997: Grenzen des Wettbewerbs, München
- Guidry, John A./Kennedy, Michael D./Zald, Mayer N. 2000: Globalizations and Social Movements. In: Dies. (Hrsg.): Globalizations and Social Movements. Culture, Power and the Transnational Public Sphere. Michigan, S. 1-32
- Guigni, Marco G. 2002: Explaining Cross-national Similarities among Social Movements. In: Smith, Jackie/Johnston (Hrsg.): Globalization and Resistance. Transnational Dimensions of Social Movements. Lanham et al., S. 13-29
- Guillén, Mauro 2001: Is Globalization Civilizing, Destructive or Feeble? A Critique of Five Key Debates in the Social Science Literature. In: Annual Review of Sociology, (27), S. 235-260
- Haas, Peter M. 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. In: International Organization, (46), H. 1, S. 1-35
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1985: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1994: Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M.
- Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C.R. 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms. In: Political Studies, (XLIV), S. 936-957
- Hall, Stuart 1999: Kulturelle Identität und Globalisierung. In: Hörning, Karl H./Winter, Rainer (Hrsg.): Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung. Frankfurt a.M., S. 393-441
- Hamm, Brigitte 2002: Die »neue Partnerschaft« zwischen UN und Wirtschaft. Der Global Compact nach Abschluss der Pilotphase. In: epd-Entwicklungs-politik, H. 4, S. 32-35
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2000: Empire. Cambridge/London
- Hasse, Raimund 2003: Die Innovationsfähigkeit der Organisationsgesellschaft. Organisation, Wettbewerb und sozialer Wandel aus institutionentheoretischer Sicht. Wiesbaden
- Hasse, Raimund 2003a: Wohlfahrtspolitik und Globalisierung. Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung. Opladen
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg 1999: Neo-Institutionalismus. Bielefeld

- Hasse, Raimund/Krücken, Georg 1999a: Neo-Institutionalismus im Theorievergleich. Netzwerkansätze, Theorien der Strukturierung und Systemtheorie. In: Institut für Soziologie - RWTH Aachen, Paper H. 28
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 2001: Global Governance. Notwendigkeiten – Bedingungen – Barrieren. In: Dies. (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt a.M., S. 11-37
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.) 2001a: Globale Trends 2002. Frankfurt a.M.
- Hauck, Gerhard 1985: Zur Diskussion um Wallersteins Weltsystem-Perspektive. In: Das Argument, H. 151, S. 343-354
- Hauck, Gerhard 1992: Einführung in die Ideologiekritik. Bürgerliches Bewußtsein in Klassik, Moderne und Postmoderne. Hamburg
- Hauer, Dirk 2003: Law and Order auf die sanfte Tour. Die autoritäre Regulierung des Sozialen. In: Forum Wissenschaft, (20), H. 4, S. 26-29
- Hauff, Volker (Hrsg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven
- Hein, Wolfgang 1997: »Das Scheitern der Großen Theorie«, der Globalisierungsprozeß und die Krise nationaler Gesellschaften. In: Peripherie, H. 65/66, S. 109-132
- Hein, Wolfgang 2001: Weltgesellschaft: Entgrenzung, Entwicklung, Empowerment und Emanzipation. In: Peripherie, H. 83, S. 36-77
- Heinrich, Michael 1999: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. 2. überarb. und erw. Aufl., Münster
- Heins, Volker 2001: Der Neue Transnationalismus. Nichtregierungsorganisationen und Firmen im Konflikt um die Rohstoffe der Biotechnologie. Frankfurt a.M.
- Heins, Volker 2002: Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen. Opladen
- Heintz, Bettina 2004: Emergenz und Reduktion. Neue Perspektiven auf das Mikro-Makro-Problem. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (56), H.1, S. 1-31
- Heintz, Bettina/Müller, Dagmar/Roggenthin, Heike 2001: Gleichberechtigung zwischen globalen Normen und lokalen Kontexten. Deutschland, Schweiz, Marokko und Syrien im Vergleich. In: Heintz, Bettina (Hrsg.): Geschlechtersoziologie. Wiesbaden, S. 398-430
- Heintz, Peter 1982: Die Weltgesellschaft im Spiegel von Ereignissen. Diessenhofen
- Held, David 1995: Democracy and the Global Order. Cambridge
- Held, David et al. 1999: Global Transformations, Politics, Economics and Culture. Cambridge
- Held, David 2002: Die Globalisierung regulieren? Die Neuerfindung von Politik. In: Lutz-Bachmann, Matthias/Bohman, James (Hrsg.): Weltstaat oder Staatenwelt. Für und Wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt a.M., S. 104-124
- Hellmann, Kai-Uwe 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Ders./Koopmans, Ruud (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiebaden, S. 9-30

- Hellmann, Kai-Uwe 1999: Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/Wiesbaden, S. 91-113
- Hemmati, Minu 2001: Gäste auf glattem Parkett. In: Politische Ökologie, H. 72, S. 18-21
- Hennig; Eike 2001: Globalisierung, Demokratie und Partizipation. Noten zur Einführung der Aufmerksamkeitshaltung: In: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.): Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden, S. 29-42
- Héritier, Adrienne 1993: Policyanalyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung. In: Dies. (Hrsg.): Policy-Analyse. Opladen, S. 9-36
- Herzka, Michael 1995: Die Menschenrechtsbewegung in der Weltgesellschaft. Bern et al.
- Heuser, Uwe/Randow, Gero von 1999: Die neuen Mitspieler. In: Die Zeit, H. 50 (9.12.1999)
- Hewson, Martin/Sinclair, Timothy J. 1999: The Emergence of Global Governance Theory. In: Dies. (Hrsg.): Approaches to Global Governance Theory. New York, S. 3-22
- Hey, Christian/Brendle, Uwe 1994: Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen. Opladen
- Hierlmeier, Josef 2002: Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua. Stuttgart
- Hill, Paul B. 2002: Rational-Choice-Theorie. Bielefeld
- Hirsch, Joachim 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument, H. 198, S. 195-222
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin
- Hirsch, Joachim 2001: Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates. In: Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 13-63
- Hirsch, Joachim 2001a: Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Ders./Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Hamburg, S. 101-138
- Hirsch, Joachim 2002: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos 2001: Die Zukunft des Staates. Hamburg
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut 2002: Unternehmensnetzwerke – revisited. In: Zeitschrift für Soziologie, (31), H. 2, S. 106-202
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame 1996: Globalization in Question. London
- Hobden, Steve/Jones, Richard W. 1997: World-System Theory. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. Oxford/New York, S. 125-145
- Hobe, Stephan 1999: Der Rechtsstatus der Nichtregierungsorganisationen nach gegenwärtigem Völkerrecht. In: Archiv für Völkerrecht, (37), S. 152-176
- Hobsbawm, Eric 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München

- Hoering, Uwe 1998: Public-Private Partnership. (Nur ein) neues Instrument oder neue Epoche der Entwicklungspolitik? In: *Peripherie*, H. 72; S. 6-24
- Hoering, Uwe 2002: Der freundliche Overkill. Die Zivilgesellschaft ist gefragt im Rio-Prozess – und hat wenig zu melden. In: *Frankfurter Rundschau* vom 9.07.2002, S. 22
- Höffe, Otfried 1999: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München
- Holland-Cunz, Barbara 2000: Politiktheoretische Überlegungen zu Global Governance. In: Dies./Ruppert, Uta (Hrsg.): *Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext*. Opladen, S. 25-44
- Hopkins, Terence K./Wallerstein, Immanuel 1979: Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. Entwurf eines Forschungsvorhabens. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kapitalistische Weltökonomie*, Frankfurt a.M., S. 157-200
- Hopper, Rex D. 1950: The Revolutionary Process. A Frame of Reference for the Study of a Revolutionary Movement. In: *Social Forces*, (28), S. 270-279
- Hübner, Kurt 1989: *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie*. Berlin
- Huffschmid, Jörg/Brunnengräber, Achim 2001: Kritische Anmerkungen zu Global Governance. Arbeitspapier für die Arbeitsgruppe »Global Governance« der Enquête-Kommission »Globalisierung der Wirtschaft« des Deutschen Bundestags (AG4 AU 14/10). In: www.bundestag.de
- Huntington, Samuel P. 1973: Transnational Organizations in World Politics. In: *World Politics*, S. 333-368
- Imbusch, Peter 1990: »Das moderne Weltsystem«. Eine Kritik der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. Marburg
- Imbusch, Peter 1994: Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie? *Comparativ*, H. 5, S.70-90
- Imbusch, Peter 1997: Geschichte und Ökonomie als konstitutive Elemente der Soziologie Immanuel Wallersteins. Ein möglicher Ausblick auf die Zukunft der Soziologie. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, (22), H. 1, S. 5-27
- Imbusch, Peter 1999: Abschied von der Soziologie oder Neustrukturierung der Sozialwissenschaften? In: Honegger, Claudia/Hradil, Stefan/Traxler, Franz (Hrsg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Opladen*, Bd. 2, S. 661-677
- Informationsbüro Nicaragua 1998: 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua. Positionen. In: Dass. (Hrsg.): *Rundschreiben*, H. 1, S. 39-45
- Inglehart, Ronald 1989: *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a.M.
- Jäger, Thomas/Paulus, Jens 2000: Die Bedeutung von Nicht-Regierungs-Organisationen im UN-System. In: *Vorgänge*, (39), H. 3, S. 22-33
- James, Estelle 1989: The Nonprofit Sector in Developing Countries. The Case of Sri Lanka. In: Dies. (Hrsg.): *The non-profit Sector in International Perspective. Studies in Comparative Culture and Policy*. New York, S. 289-318
- James, Harold 2003: *Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise*. München
- Janett, Daniel 1996: Allianzsysteme von Nicht-Regierungsorganisationen in der Klimapolitik. In: *Forschungsjournal NSB*, H. 2
- Janett, Daniel 1997: Vielfalt als Strategievorteil. Zur Handlungskompetenz von Nicht-Regierungs-Organisationen in komplexen sozialen Umwelten. In: Altwater, Elmar et al. (Hrsg.): *Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*. Münster, S. 145-173

- Jann, Werner/Wegrich, Kai 2003: Phasenmodelle und Politikprozesse. Der Policy Cycle. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München/Wien, S. 71-104
- Janning, Frank 1998: Das politische Organisationsfeld. Politische Macht und soziale Homologie in komplexen Demokratien. Opladen/Wiesbaden
- Jansen, Dorothea 2000: Der neue Institutionalismus. Antrittsvorlesung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. In: <http://192.124.238.252/jansen/download/SpeyererVotr%C3%A4geInstitutionalismus.pdf>
- Japp, Klaus Peter 1984: Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, (35), H. 3, S. 313-329
- Japp, Klaus Peter 1996: Soziologische Risikotheorie. Funktionale Differenzierung, Politisierung und Reflexion. Weinheim/München
- Jenkins, J. Craig 1983: Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements. In: Annual Review of Sociology, (9), S. 527-553
- Jepperson, Ronald L. 1991: Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism. In: DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hrsg.): The new Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago, S. 143-163
- Jepperson, Ronald 2001: The Development and Application of Sociological Neoinstitutionalism. Florenz [= EUI Working Paper RSC No. 2001/5]
- Jepperson, Ronald L./Meyer, John W. 1991: The Public Order and the Construction of Formal Organizations. In: DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (Hrsg.): The new Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago, S. 204-231
- Jessop, Bob 1982: The Capitalist State. Marxist Theories and Methods. Oxford
- Jessop, Bob 1997: Die Zukunft des Nationalstaats. Erosion oder Reorganisation? In: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Berlin/Hamburg, S. 50-95
- Jetschke, Anja/Liese, Andrea 1999: Die kulturelle Prägung staatlicher Interessen und Handlungen. Anmerkungen zur Sozialkonstruktivistischen Analyse von »Kultur« in den Internationalen Beziehungen. In: Österreichische Zeitschrift für Politik, (28), H. 3, S. 285-300
- Joachim, Jutta M. 2001: NGOs, die Vereinten Nationen und Gewalt gegen Frauen. Agenda-Setting, Framing, Gelegenheits- und Mobilisierungsstrukturen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, H. 2, S. 209-242
- Johnson, Stanley P. 1993: The Earth Summit. London et al.
- Judge, Anthony 1995: NGOs and Civil Society. Some Realities and Distortions. In: Transnational Associations, (47), H. 3, S. 156-180
- Judge, Anthony 2003: Framing NGOs in the Market for Change. Comment on a Report by Sustainability, the United Nations Global Compact and the UN Environment Programme. In: <http://laetusinpraesens.org>
- Jung, Dietrich 1998: Weltgesellschaft als theoretisches Konzept der Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, (5), H. 2, S. 241-271
- Junge, Matthias 2001: Die Welt als Schweizer Käse. Neue Literatur zur Globalisierung. In: Soziologische Revue, (24), S. 444-453
- Kamphausen, Georg 1989: Bewegung, soziale. In: Endruweit, Günter/Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart, S. 81f

- Kappelhoff, Peter 1999: Der Netzwerkansatz als konzeptueller Rahmen für eine Theorie interorganisationaler Netzwerke. In: Sydow, Jörg/Windeler, Arnold (Hrsg.): Steuerung von Netzwerken. Konzepte und Praktiken. Opladen, S. 25-57
- Karafilidis, Athanasios 2002: Organisation als generalisiertes Medium der modernen Gesellschaft. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Bergische Universität Wuppertal
- Karim, Nahbulbul 1996: NGOs in Bangladesh. Issues of Legitimacy and Accountability. In: Edwards, Michael/Hulme, David (Hrsg.): Beyond the Magic Bullet. NGO Performance and Accountability in the Post-Cold War World. West-Hartford, S. 132-143
- Käslner, Dirk (Hrsg.) 2000: Hauptwerke der Soziologie. Stuttgart
- Kaube, Jürgen 2000: Donauschingen klingt anders. Bielefeld beherbergt jetzt ein Institut für das Studium der Weltgesellschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, H. 265, 14.11.2000
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca
- Kellner, Douglas 2002: Theorizing Globalization. In: Sociological Theory, (20), H. 3, S. 285-305
- Kenis, Patrick/Schneider, Volker (Hrsg.) 1996: Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt a.M./New York
- Kettner, Matthias 1995: Die Angst des Staates vorm Einspruch des Bürgers. In: Frankfurter Rundschau vom 16.10.1995
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 1977: Power and Interdependence. World Politics in Transition. Boston/Toronto
- Khagram, Sanjeev/Riker, James V./Sikkink, Kathryn 2002: From Santiago to Seattle. Transnational Advocacy Groups Restructuring World Politics. In: Dies. (Hrsg.): Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis, S. 3-23
- Kieser, Alfred 1993: Max Webers Analyse der Bürokratie. In: Ders. (Hrsg.): Organisationstheorien. Stuttgart, S. 37-62
- Kieser, Alfred 1993a: Der Situative Ansatz. In: Ders. (Hrsg.): Organisationstheorien. Stuttgart, S. 161-191
- Kim, Young S. 1999: Constructing a Global Identity. The Role of Esperanto. In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875. Stanford, S. 127-148
- Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science, (16), H. 1, S. 57-85
- Kitschelt, Herbert 1991: Resource Mobilization Theory. A Critique. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt a.M./Boulder, S. 323-347
- Klandermans, Bert 1991: New Social Movements and Resource Mobilization. The European and the American Approach Revisited. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt a.M./Boulder, S. 17-46
- Klandermans, Bert/Tarrow, Sidney 1988: Mobilizing into Social Movements. Synthesizing European and American Approaches. In: Dies./Kriesi, H. (Hrsg.): From Structure to Action. Comparing Social Movements Research across Cultures. Greenwich, S. 1-38
- Kleger, Heinz 1997: Bausteine transnationaler Demokratie. In: Ders. (Hrsg.): Transnationale Staatsbürgerschaft. Frankfurt a.M./New York, S. 287-335

- Klein, Ansgar 1997: Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen Entwicklung. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.). Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 315-339
- Klein, Ansgar 2000: Soziale Bewegungen bleiben ein bedeutender politischer Faktor. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, (13), H. 1, S. 36-42
- Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen
- Klein, Ansgar 2002: Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/7, S. 3-5
- Klein, Ansgar 2003: Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand. In: Vorgänge, H. 4, S. 12-21
- Kleres, Jochen 2002: Demobilisierung sozialer Bewegungen. Unver. Diplomarbeit an der Universität Leipzig. In: <http://mitglied.lycos.de/jkleres/diplom/diplomfassung2.pdf>
- Klingebl, Ruth 1996: Der Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen 1995. Absichtserklärungen ohne Verbindlichkeit. In: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn, S. 206-214
- Knill, Christoph 2000: Policy-Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung. In: Weyer, Johannes (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München u.a., S. 111-133
- Knorr-Cetina, Karin 1989: Spielarten des Konstruktivismus. Einige Notizen und Anmerkungen. In: Soziale Welt, H. 1/2, S. 86-96
- Kocar, Lydia 2001: Stichwort »Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltssystem«. In: Papcke, Sven/Oesterdiekhoff, Georg W. (Hrsg.): Schlüsselwerke der Soziologie. Wiesbaden, S. 499-501
- Koelble, Thomas A. 1995: The New Institutionalism in Political Science and Sociology. In: Comparative Politics (27), H. 2, S. 231-243
- Kößler, Reinhart 1998: Entwicklung. Münster
- Kohout, Franz/Mayer-Tasch, Peter Cornelius 2002: Das ökologische Weltwissen. Die Arbeit von NGOs im Rahmen der internationalen Umweltpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/7, S. 15-22
- Kohtes Klewes 2001: Meinungsbarometer 15. In: <http://www.agenturcafe.de/downloads/Meinungsbarometer15end.pdf>
- Kolb, Felix 2003: Tagungsbericht: »Transnational Processes and Social Movements«. In: Forschungsjournal NSB, (16), H. 4, S. 90-93
- Komlosy, Andrea 2002: Nachwort. In: Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien, S. 104-116
- Kommission (1995): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn
- Koob, Dirk 1999: Gesellschaftliche Steuerung. Selbstorganisation und Netzwerke in der modernen Politikfeldanalyse. Marburg
- Koopmans, Ruud 1998: Konkurrierende Paradigmen oder friedlich koexistierende Komplemente? Eine Bilanz der Theorien sozialer Bewegungen. In: Hellmann, Kai-Uwe/Ders. (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiesbaden, S. 215-231

- Koschützke, Albrecht 1994: Die Lösung auf der Suche nach dem Problem. NGOs diessseits und jenseits des Staates. In: Lateinamerika - Analysen und Berichte, Bd. 18, S. 39-64
- Krebs, M./Rock, R. 1994: Unternehmensnetzwerke. Eine intermediäre oder eigenständige Organisationsform? In: Sydow, Jörg/Windeler, A. (Hrsg.): Management interorganisationaler Beziehungen. Vertrauen, Kontrolle und Informationstechnik. Opladen, S. 322-345
- Kremendahl, H. 1977: Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven. Leverkusen
- Kriesberg, Louis 1997: Social Movements and Global Transformation. In: Smith, Jackie/Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron (Hrsg.): Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity beyond the State. Syracuse, S. 3-18
- Kriesi, Hanspeter 1992: Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4, S. 85-93
- Kriesi, Hanspeter 1995: The Political opportunity Structure of New Social Movements. Its Impact on Their Mobilization. In: Jenkins, J. Craig/Klandermans, Bert (Hrsg.): The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements. Minneapolis, S. 167-189
- Kriesi, Hanspeter 1996: The Organizational Structure of New Social Movements in a Political Context. In: McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framing. Cambridge, S. 152-184
- Kriesi, Hanspeter et al. 1992: New Social Movements and Political Opportunities in Western Europe. In: European Journal of Political Research, (22), H. 2, S. 219-244
- Kriesi, Hanspeter/Giugni, Marco G. 1996: Ökologische Bewegungen im internationalen Vergleich: Zwischen Konflikt und Kooperation. In: Diekmann, Andreas/Jaeger, Carlo C. (Hrsg.): Umweltsoziologie (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderh. 36), S. 324-349
- Krücken, Georg o.J.: Amerikanische Neoinstitutionalismus – europäische Perspektiven. Manuskript [<http://www.homes.uni-bielefeld.de/kruecken/importe/krueckentext.pdf>]
- Krücken, Georg/Meier, Frank 2003: »Wir sind alle überzeugte Netzwerktäter«. Netzwerke als Formalstruktur und Mythos der Innovationsgesellschaft. In: Soziale Welt, H. 54, S. 71-92
- Kühl, Stefan 2003: Organisationssoziologie. Ein Ordnungs- und Verortungsversuch. In: Soziologie, H. 1, S. 37-47
- Kurz, Robert 2003: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef
- Lador-Lederer, Josef J. 1963: International Non-Governmental Organizations. Leyden
- Lahusen, Christian 2002: Institutionelle Umwelten und die Handlungsfähigkeit von NGOs. In: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 257-278
- Lake, David A. 2000: Global Governance. A Relational Contracting Approach. In: Prakash, Aseem/Hart, Jeffrey A. (Hrsg.): Globalization and Governance. London/New York, S. 31-53
- Landauer, Gustav 1989: Auch die Vergangenheit ist Zukunft. Essays zum Anarchismus. Frankfurt a.M.

- Lang, Kurt/Lang, Gladys E. 1961: *Collective Dynamics*. New York
- Lange, Stefan 2002: Nationalstaat und Demokratisierung im Sog der Globalisierung: Politische Gegenwartsdiagnosen. In: Volkmann, Ute/Schimank, Uwe (Hrsg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Vergleichende Sekundäranalysen*. Opladen, S. 115-154
- Latham, Robert 1999: *Politics in a Floating World. Toward a Critique of Global Governance*. In: Hewson, Martin/Sinclair, Timothy (Hrsg.): *Approaches to Global Governance Theory*. New York, S. 23-54
- Lawrence, Paul R./Lorsch, Jay W. 1967: *Organization and Environment. Managing Differentiation and Integration*. Boston
- Lechner, Frank J. 1989: *Cultural Aspects of the Modern World System*. In: Swatos, William H. (Hrsg.): *Religious Politics in Global and Comparative Perspective*. New York, S. 11-27
- Lechner, Frank J. 2000: *Globalization Debates*. In: <http://www.emory.edu/SOC/globalization/debates.html>
- Lechner, Frank J. 2000a: *World Conferences as Ritual. The Construction of Global Culture*. Paper prepared for presentation at the meeting of the Association for the Sociology of Religion, Washington, August 2000. [<http://www.emory.edu/SOC/flechner/ritual.pdf>]
- Lederer, Emil 1979: *Klasseninteressen, Interessenverbände und Parlamentarismus*. In: Berding, Helmut (Hrsg.): *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940*. Göttingen [zuerst: 1912]
- Leggewie, Claus 2003: *Die Globalisierung und ihre Gegner*. München
- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft*. Berlin/Hamburg
- Lemke, Thomas 2001: *Governance, Gouvernementalität und die Dezentrierung der Ökonomie*. In: Müller, Cathren/Reichert, Ramon (Hrsg.): *Demokratie Selbst Arbeit. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault (Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst)*, (56), H. 2/3, S. 25-29.
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich 2000: *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien*. In: Dies. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M., S. 7-40
- Lenzen, Markus 2001: *NGOs in der Entwicklungspolitik*. Workingpaper 17 der Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft. Münster
- Lietzmann, Hans J. 2000: »Greenpeace« als politischer Akteur. In: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen, S. 261-281
- Lipietz, Alain 1985: *Akkumulation, Krise und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der »Regulation«*. In: Prokla, H. 58, S. 109-138
- Lipietz, Alain 1992. *Vom Althusserismus zur »Theorie der Regulation«*. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, S. 9-54
- Lipietz, Alain 1998: *Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*. Hamburg/Berlin
- Lipsky, Michael 1968: *Protest as a Political Resource*. In: *American Political Science Review*, (62), H. 4, S. 1144-1158
- Lofredo, Gino 1993: *Reich werden in den Neunzigern!* In: *ila*, H. 164, S. 10-13

- Lohoff, Ernst 2002: Antikapitalistisches Frühlingserwachen? Die Globalisierungskritik zwischen Krisenverwaltung und Emanzipation. In: *Krisis*, H. 25, S. 98-120
- Lohr, Karin 2003: Organisation und Gesellschaft. Industrie- und Organisationssoziologie auf der Suche nach neuen theoretischen Perspektiven. In: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 1, S. 127-135
- Loya, Thomas A./Boli, John 1999: Standardization in the World Polity: Technical Rationality over Power. In: In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford, S. 169-197
- Ludermann, Bernd 2001: Unübersichtliches Gelände. Ein Streifzug durch die neuere Literatur zu NGOs. In: *Der Überblick*, H. 3, S. 19-21
- Luhmann, Niklas 1975: Die Weltgesellschaft. In: Ders.: *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen, S. 51-71 [zuerst: 1971]
- Luhmann, Niklas 1987: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas 1988: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas 1996: *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegung*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas 2000: *Organisation und Entscheidung*. Opladen/Wiesbaden
- Lukes, Steven 1974: *Power. A Radical View*. London et al.
- Lutz, Georg 1994: Face to Face im Parlament . Der Lobbyansatz auf dem Prüfstand. In: *Blätter des iz3w*, H. 201, S. 44-46
- Lütz, Susanne 2003: Governance in der politischen Ökonomie. Zum Stand der Debatte. In: *Politische Vierteljahresschrift*, (44), H. 2, S. 231-243
- Luxemburg, Rosa 1975: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin [zuerst: 1913]
- Lyons, Francis S.L. 1963: *Internationalism in Europe 1815 - 1914*. Leyden
- Mahnkopf, Birgit 1988: Soziale Grenzen »fordistischer Regulation«. In: Dies. (Hrsg.): *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*. Münster, S. 99-143
- Malena, Carmen 1995: *Working with NGOs. A Practical Guide to Operational Collaboration between the World Bank and Non-governmental Organizations*. Washington, D.C.
- Mann, Michael 1994: *Geschichte der Macht*. Frankfurt a.M./New York
- March, James G./Olsen, Johan P. 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York/London
- Marcuse, Herbert 1988: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. 22. Aufl., Darmstadt [zuerst: 1967]
- Markoff, John 1996: *Waves of Democracy. Social Movements and Political Change*. Thousand Oaks/London/New Delhi
- Martens, Jens/Sterk, Wolfgang 2002: Multilateralismus zwischen Blockadepolitik und Partnerschaftsrhetorik. Der Gipfel von Johannesburg – Eine Bilanz. In: WEED (Hrsg.): *Arbeitspapier September 2002*. Bonn [<http://weed-online.org/pdf/joburgbilanz.pdf>]
- Martens, Kerstin 2002: Alte und neue Players. Eine Begriffsbestimmung. In: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): *Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs*. Opladen, S. 25-49

- Martens, Wil 1997: Organisation und gesellschaftliche Teilsysteme. In: Ortman, Günther/Sydow, Jörg/Türk, Klaus (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 263-311
- Martinussen, John (Hrsg.) 1997: Society, State and Market. A Guide to Competing Theories of Development. London
- Marullo, Sam 1988: Leadership and Membership in Nuclear Freeze Movement. A Specification of Resource Mobilization Theory. In: Sociological Quarterly, (29), H. 3, S. 407-427
- Marx, Karl 1969: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt a.M.
- Marx, Karl 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 2. Aufl., Berlin [zuerst: 1858]
- Marx, Karl 1979: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin [zuerst 1867]
- Massarat, Mohssen 1995: Politische Macht für soziale Bewegungen und NRO. In: Kommune, H. 1, S. 38-42
- Mathews, Jessica T. 1997: Power Shift. In: Foreign Affairs, (76), H. 1, S. 50-66
- Maturana, Humberto R./Varela, Francisco J. 1987: Der Baum der Erkenntnis. München
- Mayntz, Renate 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. In: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, H.1, S. 89-110
- Mayntz, Renate 1992: Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken. In: Journal für Sozialforschung, (32), S. 19-31
- Mayntz, Renate 1993: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Héri-tier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen, S. 39-56
- Mayntz, Renate 1997: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Frankfurt
- Mayntz, Renate 2001: Politikwissenschaft in einer entgrenzten Welt. In: Landfried, Christine (Hrsg.): Politik in einer entgrenzten Welt. Köln, S. 29-48
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: Dies. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und Steuerung. Frankfurt/New York, S. 39-72
- Mayreder, Rosa 1925: Der typische Verlauf sozialer Bewegungen. Wien/Leipzig
- McAdam, Doug 1996: Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions. In: Ders./McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. New York/Cambridge, S. 23-40
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1996: Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes – toward a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements. In: Dies. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. New York/Cambridge, S. 1-20
- McAdam, Doug/Rucht, Dieter 1993: The Cross-national Diffusion of Movement Ideas. In: The Annals of the AAPSS, H. 528, S. 56-74
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney G./Tilly, Charles 2001: Dynamics of Contention. Cambridge

- McCarthy, John D. 1996: Constraints and Opportunities in Adoption, Adaption and Inventing. In: McAdam, Doug/ders./Zald, Mayer (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. New York; S. 141-151
- McCarthy, John D. 1997: The Globalization of Social Movement Theory. In: Smith, Jackie/Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron (Hrsg.): Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity beyond the State. Syracuse, S. 243-259
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory. In: American Journal of Sociology, (82), H. 6, S. 1212-1241
- McGrew, Anthony G. 1992: Global Politics in a Transitional Era. In: Ders. et al. (Hrsg.): Global Politics. Globalization and the Nation-State. Cambridge, S. 312-330
- McMichael, Philip 1996: Development and Social Change. A Global Perspective. Thousand Oaks
- McNeely, Connie L. 1995: Constructing the Nation-State. International Organization and Prescriptive Action. Westport
- Mead, George Herbert 1973: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Meadows, Dennis et al. 1972: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart
- Melchors, Konrad 1998: Keine Provokation. Eritrea will keine Entwicklungshilfe mehr. In: epd-Entwicklungspolitik, H. 9, S. 26-28
- Menzel, Ulrich 1993: Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. 2. Aufl., Hamburg
- Messner, Dirk 1994: Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung. In: Prokla, (24), H.97, S. 563-596
- Messner, Dirk 1995: Die Netzwerkgesellschaft. Köln
- Messner, Dirk 1996: Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-)Politik? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft. Bonn
- Messner, Dirk 1998: Ein »Neues Bretton Woods«. Ein Regelsystem für den Weltmarkt gehört auf die internationale Tagesordnung. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, (39), H. 12, S. 328-331
- Messner, Dirk 1999: Nicht-Regierungsorganisationen in der (Welt-)Politik. In: Kuschel, Karl-Josef et al. (Hrsg.): Ein Ethos für eine Welt. Frankfurt a.M./New York, S. 332-362
- Messner, Dirk 2000: Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der »Ära des Globalismus«. In: Prokla, H. 118, S. 123-150
- Messner, Dirk 2000a: Gesellschaftliche Determinanten wirtschaftlicher Entwicklung in der Weltmarktwirtschaft. Markt, Netzwerksteuerung und soziale Gerechtigkeit als Elemente einer Entwicklungsstrategie jenseits des Neoliberalismus. In: Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hrsg.): Globalisierung und Demokratie. Frankfurt a.M., S. 90-127
- Messner, Dirk 2001: Weiterentwicklung der Rolle der Nationalstaaten in der Global Governance-Architektur. Gutachten für die Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages (AU-Stud 14/16). In: www.bundestag.de
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.) 1996: Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn

- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1996a: Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik. In: Dies. (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn, S. 12-36
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1997: Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen. Frankfurt a.M., S. 337-361
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1997a: Globale Trends, Globalisierung und Global Governance. In: Globale Trends 1998, S. 27-37
- Meyer, Berthold (Red.) 1996: Eine Welt oder Chaos? In: Friedensanalysen, H. 25, Frankfurt a.M.
- Meyer, John W. 1980: The World Polity and the Authority of the Nation-State. In: Bergesen, Albert (Hrsg.): Studies of the Modern World System. New York, S. 109-137
- Meyer, John W. 1982: Political Structure and the World Economy. In: Contemporary Sociology, (11), H.1, S. 263-266
- Meyer, John W. 1994: Rationalized Environments. In: Scott, W. Richard/Ders. (Hrsg.): Institutional Environments and Organization. Thousand Oaks et al., S. 28-54
- Meyer, John W. 1999: The Changing Cultural Content of the Nation-State: A World Society Perspective. In: Steinmetz, George: State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn. Ithaca/London, S. 123-143
- Meyer, John W. 1999a: An Interview. In: Sozusagen, H. 7, Bielefeld, S. 58-63
- Meyer, John W. 2002: Globalization and the Expansion and Standardization of Management. In: Sahlin-Andersson, Kerstin/Engwall, Lars (Hrsg.): The Expansion of Management Knowledge. Carriers, Flows, and Sources. Stanford, S. 33-44
- Meyer, John W./Boli, John/Thomas, George M. 1994: Ontology and Rationalization in the Western Cultural Account. In: Scott, W. Richard/Meyer John W. (Hrsg.): Institutional Environments and Organizations. Structural Complexity and Individualism. Thousand Oaks, S. 9-27
- Meyer, John W./Boli, John/Thomas, George M./Ramirez, Francisco O. 1997: World Society and the Nation-State. In: American Journal of Sociology, (103), H. 1, S. 144-181
- Meyer, John W./Hannan, Michael T. (Hrsg.) 1979: National Development and the World System. Chicago/London
- Meyer, John W./Jepperson, Ronald L. 2000: The »Actors« of Modern Society: The Cultural Construction of Social Agency. In: Sociological theory, (18), H. 1, S. 100-120
- Meyer, John W./Rowan, Brian 1977: Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony. In: American Sociological Revue, (83), S. 340-363
- Meyers, Reinhard 1999: Internationale Organisationen und global governance – eine Antwort auf die internationalen Herausforderungen am Ausgang des Jahrhunderts? In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Internationale Organisationen in der Reform. Schwalbach, S. 8-28
- Mezger, Erika/West, Klaus-W. (Hrsg.) 2000: Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln. 2., erweiterte Aufl., Marburg
- Michels, Robert 1989: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Stuttgart [zuerst 1911]
- Mies, Maria 1990: Patriarchat und Kapital. 3. Aufl., Zürich

- Milke, Klaus/Montuelle, Denis/Wahl, Peter 1997: »Die Tyrannei der Ökonomie«. Perspektiven der Finanzierung Entwicklungspolitischer Inlandsarbeit. Studie im Auftrag des Ausschusses für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der EKD (ABP). Bonn
- Missbach, Andreas 1997: Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt. Das Umfeld von NGO-Aktivitäten am Beispiel der internationalen Klimapolitik. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S.85-112
- Moldaschl, Manfred/Sauer, Dieter 2000: Internalisierung des Marktes. Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft. In: Minssen, Heiner (Hrsg.): Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin, S. 205-224
- Moltmann, Bernhard 1994: Weltgesellschaft: Rettung in der Not. Zur Problematik einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. In: Hein, Wolfgang (Hrsg.): Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Wege zu einer »Neuen Weltordnung«? Hamburg, S. 45-58
- Morris, Aldon 1984: The Origins of the Civil Rights Movement. Black Communities Organizing for Change. New York
- Morris, Aldon/Herring, Cedric 1987: Theory and Research in Social Movements. A Critical Review. In: Long, Samuel (Hrsg.): Annual Review of Political Science, Bd. 2, New Jersey, S. 137-198
- Mühlmann, Wilhelm E. 1961: Chiasmus und Nativismus. Studien zur Psychologie, Soziologie und historischen Kasuistik der Umsturzbewegungen. Berlin
- Müller-Jentsch, Walther 2003: Organisationssoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a.M./New York
- Münch, Richard 2004: Soziologische Theorie. Bd 3: Gesellschaftstheorie. Frankfurt a.M.
- Münkler, Herfried 2002: Neue Oligarchien? Über den jüngsten Wandel der Demokratie unter dem Einfluß von neuen Medien und veränderter Bürgerpartizipation. In: Ders./Llanque, Marcus/Stepina, Clemens K. (Hrsg.): Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert. Berlin, S. 163-174
- Mürle, Holger 1997: Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der »großen Theorie«. Duisburg [= INEF-Report, H. 22]
- Mürle, Holger 1998: Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen. Duisburg [= INEF-Report, H. 32]
- Murphy, Craig N. 1994: International Organization and Industrial Change. Global Governance since 1850. Cambridge
- Murphy, David F./Bendell, Jim 1997: In the Company of Partners. Business, Environmental Groups and Sustainable Development Post-Rio. Bristol
- Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander 1994: Weltökonomie. Misere der Politik. Frankfurt a.M.
- Nassehi, Armin 1998: Die »Welt«-Fremdheit der Globalisierungsdebatte. Ein Phänomenologischer Versuch. In: Soziale Welt, (49), S. 151-166
- Nedelmann, Brigitta (Hrsg.) 1995: Politische Institutionen im Wandel, KZSS, Sonderh. 35, Opladen
- Nederveen Pieterse, Jan 2001: Development Theory. Deconstructions/Reconstructions. London u.a.
- Negri, Antonio 2004: Europa ist keine Insel. In: Frankfurter Rundschau, 13.04.04

- Neidhardt, Friedhelm 1985: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Sozialstruktur im Umbruch. Opladen, S. 193-204
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, (44), H. 3, S. 305-326
- Neubert, Dieter 1997: Entwicklungspolitische Hoffnungen und gesellschaftliche Wirklichkeit. Eine vergleichende Länderfallstudie von Nicht-Regierungsorganisationen in Kenia und Ruanda. Frankfurt a.M./New York
- Neubert, Dieter 1997a: Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklung. Theoretischer Bezugsrahmen und eine vergleichende Länderfallstudie aus Afrika. In: Schulz, Manfred (Hrsg.), Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Opladen, S. 223-241
- Neubert, Dieter 2001: Entwicklungssoziologie: empirische Wende und Ansätze zur neuen Theoriebildung. In: Soziologie, H. 3, S. 48-63
- Neuendorff, Hartmut 1984: Interesse. In: Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (Hrsg.): Handbuch Soziologie. Reinbek, S. 271-274
- Nimt, August 2002: Marx and Engels: The Prototypical Transnational Actors. In: Khagram, Sanjeev/Riker, James V./Sikkink, Kathryn (Hrsg.): Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis, S. 245-268
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Susanne (Hrsg.) 1998: Lexikon der Politik, Bd. 7, Bonn
- Nölke, Andreas 1997: Nichtregierungsorganisationen in der globalen Politik. Auf dem Weg zu einer »Internationalen Zivilgesellschaft«? In: Comparativ, (7), H. 4, S. 7-11
- Nölke, Andreas 2000: Regieren in transnationalen Politiknetzwerken? Kritik postnationaler Governance-Konzepte aus der Perspektive einer Transnationalen (Inter-) Organisationssoziologie. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, (7), H. 2, S. 331-358
- Nölke, Andreas 2003: Weltsystemtheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.) Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 309-335
- Nolte, Hans-Heinrich 1993: Die eine Welt. Abriß der Geschichte des internationalen Systems. 2. Aufl., Hannover
- Nolte, Hans-Heinrich 1995: Zur Biographie und Rezeption Wallersteins in Deutschland. In: Wallerstein, Immanuel: Die Sozialwissenschaft »kaputtgedenken«. Weinheim, S. 340-347
- North, Douglass C. 1992: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen
- Novy, Andreas/Mattl, Christine 1999: Globalisierung als diskursive Strategie und Struktur – das Beispiel Brasilien. In: Parnreiter, Christof/Novy, Andreas/Fischer, Karin (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M., S. 151-167
- Novy, Andreas/Parnreiter, Christof/Fischer, Karin 1999: Globalisierung und Peripherie. In: Dies. (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M., S. 9-33
- Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim 1989: Soziale Bewegungen. In: Bademer, Stefan von/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regierungssystem und Regierungslehre. Opladen

- Nullmeier, Frank/Wiesner, Achim 2003: Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft. In: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Reinbek, S. 285-323
- Nuscheler, Franz 1998: Globalisierung und Global Governance. Strategien und Instrumente einer globalen Politik. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Duisburg
- Nuscheler, Franz 2000: Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept. In: Prokla, H. 118, S. 151-156
- Nuscheler, Franz 2001: Nach der Romantisierung die Entzauberung? In: Der Überblick, (37), H. 3; S. 6-11
- Obershall, Anthony 1980: Loosely Structured Collective Conflict. A Theory and an Application. In: Kriesberg, Louis (Hrsg.): Research in Social Movements, Conflict and Change., Vol. 3, Greenwich, S. 45-54
- O'Brien, Robert et al. 2000: Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements. Cambridge
- Obser, Andreas 1997: Transnationale Nichtregierungsorganisationen in der globalen Umweltpolitik. In: Comparativ, 4, S. 68-86
- Olejniczak, Claudia 1999: Die Dritte Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung. Wiesbaden
- Olson, Mancur 1968: Die Logik kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen
- Opitz, Peter 1997: Der globale Marsch. München
- Opp, Karl-Dieter 1998: Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und die Theorie kollektiven Handelns. Eine Anwendung zur Erklärung der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiesbaden, S. 90-108
- Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Türk, Klaus 1997: Organisation, Strukturierung, Gesellschaft. Die Rückkehr der Gesellschaft in die Organisationstheorie. In: Dies. (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 15-34
- Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Windeler, Arnold 1997: Organisation als reflexive Strukturierung. In: Dies./Türk, Klaus (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 315-354
- Orton, J. Douglas/Weik, Karl E. 1990: Loosely Coupled Systems. In: Academy of Management Review, (15), H. 2, S. 203-223
- Osterhammel, Jürgen/Petersson, Niels P. 2003: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen Prozesse Epochen. München
- Ostrogorskii, Moisei A. 1902: Democracy and the Organization of Political Parties. London/New York
- Overbeek, Henk 1994: Hegemoniezyklen im Zentrum des Weltsystems. In: Houweling, Henk/Junne, Gerd/ders. (Hrsg.): Hegemonie und internationale Arbeitsteilung. Einführung in die internationale Politik aus der Perspektive des modernen Weltsystems. Hagen, S. 137-201
- Paas, Sebastian 1996: Emanzipation durch Gewerkschaften? Zur Problematik formaler Organisierung der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Bergische Universität Wuppertal

- Paech, Norman 2001: Grundlagen einer Global Governance. Gutachten für die Arbeitsgruppe »Global Governance« der Enquête-Kommission »Globalisierung der Wirtschaft« des Deutschen Bundestags (AU Stud 14/14). In: www.bundestag.de
- Papcke, Sven/Oesterdiekhoff, Georg W. (Hrsg.) 2001: Schlüsselwerke der Soziologie. Wiesbaden
- Paul, James A. 2001: Der Weg zum *Global Compact*. Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen. In: Brühl, Tanja et al. (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn, S. 104-129
- Peltzer, Roger 2002: Globalisierungskritiker vor selektiver Wahrnehmung nicht gefeit. In: *epd-Entwicklungspolitik*, H. 2/3, S. 21
- Peripherie (Autorenkollektiv) 1997: Fachübersicht: Von der Theorie der Unterentwicklung zur Theorie globaler Vergesellschaftung. In: *Peripherie*, H. 65/66, S. 81-108
- Perkmann, Markus 1998: Die Welt der Netzwerke. In: *Politische Vierteljahresschrift*, (30), H. 3, S. 870-883
- Perraton, Jonathan et al. 1998: Die Globalisierung der Wirtschaft. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M., S. 134-168
- Perrow, Charles 1989: Eine Gesellschaft von Organisationen. In: *Journal für Sozialforschung*, (28), H. 1, S. 3-19
- Perrow, Charles 1991: A Society of Organizations. In: *Theory and Society*, (20), H. 6, S. 725-762
- Peters, Ann 1999: International Partnerships on the Road to Ban Anti-Personnel Landmines. In: <http://www.gppi.net>
- Peters, Ulla/Stolz, Heinz-Jürgen 1991: Ökonomie als Gewaltverhältnis. Zur Theorie der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaftsformation. Egelsbach
- Pierre, Jon/Peters, B. Guy 2000: *Governance, Politics and the State*. Houndmills u.a.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. 1995: Collective Protest: A Critique of Resource-Mobilization Theory. In: Lyman, Stanford M. (Hrsg.): *Social Movements. Critiques, Concepts, Case-Studies*. Houndmills et al., S. 137-167
- Podobnik, Bruce/Reifer, Thomas E. 2004: The Globalization Protest Movement in Comparative Perspective. In: *Journal of World-Systems Research*, (X), H. 1, S. 3-9
- Podolny, Joel M./Page, Karen L. 1998: Network Forms of Organization. In: *Annual Review of Sociology*, (24), S. 57-76
- Polanyi, Karl 1978: *The Great Transformation*. Frankfurt a.M. [zuerst: 1944]
- Pollak, Detlef 2000: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen
- Popitz, Heinrich 1992: *Phänomene der Macht*. Tübingen
- Potts, Lydia 1988: *Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart*. Hamburg
- Poulantzas, Nicos 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Theorie*. Hamburg
- Powell, Walter W. 1996: Weder Markt noch Hierarchie. Netzwerkartige Organisationsformen. In: Kenis, Patrick/Schneider, Volker (Hrsg.): *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik*. Frankfurt a.M./New York, S. 213-271

- Powell, Walter W. 1997: Institution und Evolution in der Organisationstheorie. In: Ortmann, Günther/Sydow, Jörg/Türk, Klaus (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 579-587
- Powell, Walter W./Smith-Doer, Laurel 1994: Networks and Economic Life. In: Smelser, Neil J./Swedberg, Richard (Hrsg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton/New York, S. 368-402
- Prigogine, Ilya 1989: The Philosophy of Instability. In: Futures, (21), S. 396-400
- Price, Richard 2003: Transnational Civil Society and Advocacy in World Politics. In: World Politics, (55), S. 579-606
- Princen, Thomas/Finger, Matthias 1994: Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global. London, S. 1-25
- Princen, Thomas/Finger, Matthias (Hrsg.) 1994a: Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global. London
- Putnam, Robert 1988: Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games. In: International Organization, (42), H. 3, S. 427-460
- Ramirez, Francisco O. 2001: Frauenrechte, Weltgesellschaft und die gesellschaftliche Integration von Frauen. In: Heintz, Bettina (Hrsg.): Geschlechtersoziologie. Wiesbaden, S. 356-374
- Rammert, Werner 1997: Innovation im Netz. Neue Zeiten für technische Innovationen: heterogen verteilt und interaktiv vernetzt. In: Soziale Welt, (48), S. 397-416
- Rammstedt, Otthein 1978: Soziale Bewegung. Frankfurt a.M.
- Rao, Hayagreeva 2003: Gründung von Organisationen und die Entstehung neuer organisatorischer Formen. In: Allmendinger, Jutta/Hinz, Thomas (Hrsg.): Organisationssoziologie. Wiesbaden, S. 319-344
- Raschke, Joachim 1987: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt a.M./New York
- Raschke, Joachim 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 31-39
- Rastetter, Daniela 1994: Sexualität und Herrschaft in Organisationen. Eine geschlechtervergleichende Studie. Opladen
- Rau, Johannes 2002: Chance, nicht Schicksal. Die Globalisierung politisch gestalten. »Berliner Rede« im Museum für Kommunikation vom 13.05.2002. In: Frankfurter Rundschau v. 14.05.2002
- Rawls, John 1975: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.
- Reinhardt, Dieter 2002: Humanitäre NGOs. Dritte Säule der transnationalen Zivilgesellschaft oder außenpolitisches Instrument der Regierungen? In: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 361-391
- Reinicke, Wolfgang H. 1998: Global Public Policy. Governing without Government? Washington
- Reinicke, Wolfgang H./Deng, Francis M. 2000: Critical Choices. The United Nations Networks and the Future of Global Governance. Washington
- Richter, Dirk 1997: Weltgesellschaft. In: Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. München, S. 184-204
- Risse, Thomas 2001: Multilaterale Entscheidungen unter den Bedingungen der Globalisierung. Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft. In: Dicke, Klaus (Hrsg.): Politisches Entscheiden. Baden Baden, S. 111-128

- Risse, Thomas 2002: Transnational Actors and World Politics. In: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): Handbook of International Relations. London et al., S. 255-274
- Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter (Hrsg.) 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens. Baden-Baden
- Risse, Thomas/Ropp, Stephan C. 1999: International Human Right Norms and Domestic Change. In: Dies./Sikkink, Kathryn (Hrsg.): The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change. Cambridge, S. 234-278
- Risse, Thomas/Ropp, Stephan C./Sikkink, Kathryn (hrsg.) 1999: The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change. Cambridge
- Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn 1999: The Socialization of International Human Rights Norms into Domestic Practices. In: Dies./Ropp, Stephan C. (Hrsg.): The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change. Cambridge, S. 1-38
- Rittberger, Volker 1994: Internationale Organisationen – Politik und Geschichte. Opladen
- Ritter, E.H. 1979: Der kooperative Staat. In: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 104
- Ritzer, George 2000: Modern Sociological Theory. 5. Aufl., Boston et al.
- Robertson, Roland 1992: Globalization. Social Theory and Global Culture. London
- Robertson, Roland 2001: Globalization Theory 2000+: Major Problematics. In: Ritzer, Georg/Smart, Barry (Hrsg.): Handbook of Social Theory. London et al., S. 458-471
- Rölle, Daniel/Blättel-Mink, Birgit 1998: Netzwerke in der Organisationssoziologie. Neuer Schlauch für alten Wein? In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, (23), H. 3, S. 66-87
- Rommelspacher, Birgit 1995: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. München
- Ronit, Karsten/Schneider, Volker 2000: Private Organizations in Global Politics. London
- Rootes, Christopher 2004: Is there a European Environmental Movement? In: Barry, John/Baxter, Brian/Dunphy, Richard (Hrsg.): Europe, Globalization and Sustainable Development. London/New York, S. 47-72
- Rössel, Karl 1994: Zwei Millionen Daumenabdrücke gegen den Imperialismus? Zum Stand der Internationalismusbearbeitung. In: Blätter des iz3w, H. 200, S. 22-26
- Roth, Roland 1989: Neue soziale Bewegungen als politische Institution. Anregungen für einen theoretischen Perspektivwechsel. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Sonderh., S. 33-51
- Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln
- Roth, Roland 2001: Auf dem Weg zur transnationalen Demokratie? Vorläufiges zum Beitrag von Protestmobilisierungen und Nichtregierungsorganisationen. In: Walk, Heike/Klein, Ansgar/Brunnengräber, Achim (Hrsg.): NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen, S. 27-50
- Roth, Roland 2001a: NGO und transnationale soziale Bewegungen. Akteure einer »Weltzivilgesellschaft«? In: Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 43-63

- Roth, Roland 2001b: Die »bewegte« Bundesrepublik. Zur Bedeutung sozialer Bewegungen im deutschen Modell der Interessenvermittlung. In: Zimmer, Annette/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen, S. 237-259
- Roth, Roland/Rucht, Dieter 1991: Die Veralltäglicung des Protests. Einleitende Bemerkungen zur Wahrnehmung der neuen sozialen Bewegungen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. In: Dies. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M.
- Rothstein, Bo 1996: Political Institutions: An Overview. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): A New Handbook of Political Science. Oxford, S. 133-166
- Röttger, Bernd 2001: Jenseits des Staates. Der Positivismus der Geschäftsführer. In: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.): Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden: Westdeutscher, S. 147-161
- Rucht, Dieter 1982: Neue soziale Bewegungen. Oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung. In: Hesse, Joachim Jens (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. Opladen, S. 272-292
- Rucht, Dieter 1984: Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen. In: Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen, S. 609-620
- Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt a.M./New York
- Rucht, Dieter 1996: Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven. In: Forschungsjournal NSB, H. 2, S. 30-41
- Rucht, Dieter 1999: The Transnationalization of Social Movements. Trends, Causes, Problems. In: Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/ders. (Hg.): Social Movements in a Globalizing World. Houndsmill/London, S. 206-223
- Rucht, Dieter 2001: Transnationaler politischer Protest im historischen Längsschnitt. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung Partizipation Protest, Opladen, S. 77-96
- Rucht, Dieter 2003: Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung. In: Vorgänge, H. 4, S. 4-11
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel »alternativer« Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt a.M./New York
- Rucht, Dieter/Neidhardt, Friedhelm 2001: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, Hans (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt a.M./New York, S. 533-556
- Rucht, Dieter/Roose, Jochen 2001: Zur Institutionalisierung von Bewegungen. Umweltverbände und Umweltprotest in der Bundesrepublik. In: Zimmer, Annette/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen, S. 261-290
- Ruf, Anja 2000: Kritische Anmerkungen zu Global Governance. In: Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hrsg.): Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext. Opladen, S. 169-177
- Ruynan, Anne Sisson 1999: Women in the Neoliberal »Frame«. In: Meyer, Mary/Prügl, Elizabeth (Hrsg.): Gender Politics in Global Governance. Maryland/Oxford, S. 210-220

- Sablowski, Thomas 1994: Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie. In: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Hamburg, S. 133-157
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.) 1993: Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek
- Sachs, Wolfgang 1995: Nachhaltige Entwicklung: Zur politischen Anatomie eines Schlagwortes, In: Bildungswerk Materialien, H. 32, 2. Aufl., Düsseldorf
- Sachs, Wolfgang 2002: Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt a.M.
- Sack, Detlef/Berndt, Michael 2001: Nike-Kampagne und Nation. Globale Politik zwischen Partizipation, Demokratie und Globalisierung. In: Dies. (Hrsg.): Global Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden, S. 11-28
- Sassen, Saskia 1999: Embedding the Global in the National. Implications for the Role of the State. In: Smith, David A./Solinger, Dorothy J./Topik, Steven C. (Hrsg.): States and Sovereignty in the Global Economy. London, S. 158-171
- Schäfer, Frank 1998: Vom Hoffnungsträger zum Markenhersteller. NGOs als intermediäre Interessenvermittler. In: Forschungsjournal NSB, H. 4, S. 103-107
- Schäfer, Monika 2000: Globalisierung als Herrschaft. Eine Auseinandersetzung mit dem makrosoziologischen Neoinstitutionalismus von Meyer et al. In: Soziale Welt, (51), 355-376
- Schaeffer, Robert 1999: Rezension zu »Globalization and its Discontents« von Saskia Sassen. In: Social Forces, (77), H. 3, S. 1197
- Shank, Roger C./Abelson, Robert P. 1977: Scripts, Plans, Goals, and Understanding. An Enquiry into Human Knowledge Structures. Hillsdale/NJ
- Scharpf, Fritz W. 1991: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: Politische Vierteljahresschrift, (32), H. 4, S. 621-634
- Scharpf, Fritz W. 1993: Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Opladen, S. 57-83
- Scharpf, Fritz W. 1993a: Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen. In: Böhret, Carl/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Opladen, S. 165-185
- Schechter, Michael G. 1999: Our Global Neighborhood. Pushing Problem-Solving Theory to its Limits and the Limits of Problem-Solving Theory. In: Hewson, Martin/Sinclair, Timothy (Hrsg.): Approaches to Global Governance Theory. New York, S. 239-257
- Scherer, Andreas G. 2003: Multinationale Unternehmen und Globalisierung. Zur Neuorientierung der Theorie der Multinationalen Unternehmung. Heidelberg
- Scherrer, Christoph 1999: Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA. Berlin
- Scherrer, Christoph 2000: Das Spektrum möglicher Antworten. Globalisierung – eine Zwischenbilanz. In: Kommune, H. 7, S. 51-56
- Scherrer, Christoph 2000a: Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus. In: Prokla, H. 118, S. 13-38

- Schettgen, Peter 2000: Der alltägliche Kampf in Organisationen. Psychologische Hintergründe und Alternativen am Beispiel der japanischen Kampfkunst »Aikido«. Wiesbaden
- Schmalz-Bruns, Rainer 1989: Ansätze und Perspektiven der Institutionentheorie. Eine bibliographische und konzeptionelle Einführung. Wiesbaden
- Schmitt, Carl 1991: Der Begriff des Politischen. 3. Aufl., Berlin
- Schmitz, Hans-Peter 2000: Mobilizing Identities. Transnational Social Movements and the Promotion of Human Rights Norms. In: Stiles, Kendall (Hrsg.): Global Institutions and Local Empowerment. Competing Theoretical Perspectives. Houndsmill/London, S. 85-113
- Schneider, Volker 2000: The Global Social Capital of Human Rights Movements. In: Ronit, Karsten/ders. (Hrsg.): Private Organizations in Global Politics. London, S. 146-164
- Schofer, Evan 1999: Science Associations in the International Sphere, 1875-1990: The Rationalization of Science and the Scientization of Society. In: Boli, John/Thomas, George M. (Hrsg.): Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875. Stanford, S. 249-266
- Schofer, Evan/Fourcade-Gourinchas, Marion 2001: The Structural Contexts of Civic Engagement. Voluntary Association Membership in Comparative Perspective. In: American Sociological Review, (66), S. 806-828
- Schörnig, Niklas 2003: Neorealismus. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 61-87
- Schrader, Lutz 2000: NGOs – eine neue Weltmacht? Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Politik. Potsdam
- Schröder, Gerhard 2000: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4
- Schücking, Walther 1909: Die Organisation der Welt. Leipzig
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie 2002: Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg
- Schüle, Johann August 1987: Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse. Wiesbaden
- Schulz, Manfred (Hrsg.) 1997: Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Opladen
- Schulze, Holger 1997: Neo-Institutionalismus. Ein analytisches Instrument zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. [=Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, H. 4/97]
- Schulze, Peter M. 2000: Nichtstaatliche Organisationen. In: Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Vereinten Nationen. München/Wien, S. 397-405
- Scocpol, Theda 1977: Wallerstein's World Capitalist System. A Theoretical and Historical Critique. In: American Journal of Sociology, (82), S. 1075-1090
- Scott, Alan 1990: Ideology and the New Social Movements. London
- Scott, W. Richard 1986: Grundlagen der Organisationstheorie. Frankfurt a.M./New York
- Scott, W. Richard 1995: Institutions and Organizations. Thousand Oaks et al.
- Scott, W. Richard/Meyer, John W. (Hrsg.) 1994: Institutional Environments and Organization. Thousand Oaks et al.
- Seary, Bill 1996: The Early History. From the Congress of Vienna to the San Francisco Conference. In: Willets, Peter (Hrsg.): »The Conscience of the World«. The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN System. London, S. 15-30

- Seibel, Wolfgang 2003: Suchen wir immer an der richtigen Stelle? Einige Bemerkungen zur politikwissenschaftlichen Forschung nach dem Ende des Kalten Krieges. In: Politische Vierteljahrszeitschrift, (44), H.2, S. 217-28
- Selznick, Philip 1949: TVA and the Grass Roots. Berkeley
- Selznick, Philip 1957: Leadership in Administration. New York
- Selznick, Philip 1996: Institutionalism »Old« and »New«. In: Administrative Science Quarterly, (41), S. 270-277
- Semle, Florian 2001: D@vids neue Schleuder. Die virtuelle Zivilgesellschaft. In: Politische Ökologie, H. 72, 22-24
- Shannon, Thomas R. 1996: An Introduction to the World-System Perspective. Boulder
- Shiva, Vandana 1994: Einige sind immer globaler als andere, in: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin/Basel/Boston, S. 173-183
- Sikkink, Kathryn/Smith, Jackie 2002: Infrastructures for Change. Transnational Organizations 1953—93. In: Khagram, Sanjeev/Riker, James V./Dies. (Hg.): Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis, S. 24-44
- Silver, Beverly J. 2005: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin/Hamburg
- Simonis, Georg 1993: Der Erdgipfel von Rio – Versuch einer kritischen Verortung. In: Peripherie, H. 51/52, S. 12-37
- Skjelsbaek, Kjell 1971: The Growth of International Nongovernmental Organization in the Twentieth Century. In: International Organization, (25), S. 420-442
- Sklair, Leslie 1972: Soziologie des Fortschritts. München
- Sklar, Holly (Hrsg.) 1980: Trilateralism. The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management. Boston
- Smelser, Neil J. 1962: Theory of Collective Behavior. New York
- Smillie, Ian 1995: The Alms Bazaar. Altruism under Fire. Non-profit Organizations and International Development. London
- Smith, Jackie 1997: Characteristics of the Modern Transnational Social Movement Sector. In: Dies./Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron (Hrsg.): Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity beyond the State. New York, S. 42-58
- Smith, Jackie 2001: Politische Auseinandersetzung unter Bedingungen der Globalisierung. Die Mittlerrolle transnationaler Organisationen für soziale Bewegungen. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung Partizipation Protest. Opladen, S. 97-118
- Smith, Jackie 2004: Exploring Connections between Global Integration and Political Mobilization. In: Journal of World-Systems Research, (X), H. 1, S. 255-285
- Smith, Jackie/Chatfield, Charles/Pagnucco, Ron 1997: Social Movements and World Politics. A Theoretical Framework. In: Dies. (Hrsg.): Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity beyond the State. New York, S. 59-77
- Snow, David A. et al. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation. In: American Sociological Review, (51), S. 464-481
- SPD 2001: Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm. Sozialdemokratische Vorstellungen zur nachhaltigen Gestaltung der globalen Epoche (Zwischenbericht). Nürnberg

- Spehr, Christoph 1996: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin 1997: Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmoderner Ordnungsdiskurs. In: Novy, Andreas/Raza, Werner G. (Hg.): Nachhaltig reich - nachhaltig arm? Frankfurt a.M., S. 12-24
- Spiegel-Spezial 1995: Die Macht der Mutigen - Politik von unten. Greenpeace, Amnesty & Co. Hamburg
- Stahle, Wolfgang H. 1988: Macht und Kontingenzforschung. In: Küpper, Willi/Ortmann, Günther (Hrsg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen, S. 155-163
- Steffani, Winfried 1986: Pluralismustheorien. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn, 344-349
- Steinberg, Philipp 1999: Governance-Modell in der Politikwissenschaft und Möglichkeiten ihrer verfassungsrechtlichen Umsetzung. In: WHI-Paper, H. 6 (Juli 1999)
- Steuer, Reinhard 2002: Der Wachstumdiskurs in Wissenschaft und Politik. Von der Wachstumseuphorie über »Grenzen des Wachstums« zur Nachhaltigkeit. Berlin
- Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a.M.
- Stichweh, Rudolf i.E.: Weltgesellschaft. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 12 [http://www.uni-bielefeld.de/soz/iw/pdf/stichweh_10.pdf]
- Stickler, Armin 1997: Solibewegung 2000. Jenseits von Entwicklungsdenken, NGOisierung und Nischenpolitik. In: Schwertfisch (Hrsg.): Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen
- Stölting, Erhard 1999: Robert Michels (1876 - 1936). In: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Klassiker der Soziologie. Bd. 1: Von Auguste Comte bis Norbert Elias. München, S. 230-251
- Stolz, Heinz-Jürgen o.J.: Institution und Ko-Operation. Zur sozialtheoretischen Fundierung der Analyse des modernen Weltsystems. Unveröffentlichtes Manuskript, Wuppertal [1997]
- Stolz, Heinz-Jürgen/Türk, Klaus 1992: Organisation als Verkörperung von Herrschaft. Sozialtheoretische und makrosoziologische Aspekte der Organisationssoziologie. In: Lehner, Franz/Schmid, Josef (Hrsg.): Technik Arbeit Betrieb Gesellschaft. Opladen, S. 125-171
- Stoecker, Felix William 2000: NGOs und die UNO. Die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen in die Struktur der Vereinten Nationen. Frankfurt
- Stöss, Richard 1984: Vom Mythos der »neuen sozialen Bewegungen«. Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung. In: Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen, S. 548-559
- Stöss, Richard 1991: Parteien und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegungen – DIE GRÜNEN. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. 3., überarb. und erw. Aufl., Frankfurt a.M., S. 392-414
- Straussfogel, Debra 2000: World-Systems Theory in the Context of Systems Theory. An Overview. In: Hall, Thomas D. (Hrsg.): A World-Systems Reader. New Perspectives on Gender, Urbanism, Cultures, Indigenous Peoples, and Ecology. Lanham et al., S. 169-180

- Streeck, Wolfgang 1987: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (39), S. 471-495
- SustainAbility 2003 (Hrsg.): 21st Century NGO. In the Market for Change. London
- Swidler, Ann 1986: Culture in Action. Symbols in Strategy. In: *American Sociological Review*, (51), H. 2, S. 273-286
- Sydow, Jörg 1992: Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation. Wiesbaden
- Take, Veronika 1999: Beobachtungen der Wirtschaftsorganisation. Eine systemtheoretische Rekonstruktion institutionenökonomischer und neo-institutionalistischer Argumente in der Organisationsforschung. In: Edeling, Thomas/Jann, Werner/Wagner, Dieter (Hrsg.): *Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus. Überlegungen zur Organisationstheorie*. Opladen, S. 81-110
- Take, Ingo 2002: NGOs im Wandel. Von der Graswurzel auf das diplomatische Parkett. Wiesbaden
- Tamayo, Miguel 1998: Die Entdeckung der Eliten. Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto über Macht und Herrschaft. In: Imbusch, Peter (Hrsg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*. Opladen, S. 61-75
- Tarrow, Sidney 1988: National Politics and Collective Action. Recent Theory and Research in Western Europe and the United States. In: *Annual Review of Sociology*, (14), S. 421-440
- Tarrow, Sidney 1991: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (43), S. 647-670
- Tarrow, Sidney 1994: *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge
- Tarrow, Sidney 1995: The Europeanisation of Conflict: Reflections from a Social Movements Perspective. In: *West European Politics*, (18), H. 2, S. 223-251
- Tarrow, Sidney 1996: States and Opportunities. The Political Structuring of Social Movements. In: McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framing*. Cambridge, S. 41-61
- Tarrow, Sidney 2000: Beyond Globalization. Why Creating Transnational Social Movements is so Hard and when is it Most Likely to Happen. In: <http://www.antenna.nl/~waterman/tarrow.html>
- Tauchnitz, Thomas 2004: Die »organisierte« Gesundheit. Entstehung und Funktionsweise des Netzwerks aus Krankenkassen und Ärzteorganisationen im ambulanten Sektor. Wiesbaden
- Tenbruck, Friedrich H. 1989: Gesellschaftsgeschichte oder Weltgeschichte. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (41), H. 2, S. 417-439
- Teubner, Gunther 1999: Polykorporatismus. Der Staat als »Netzwerk« öffentlicher und privater Kollektivakteure. In: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hrsg.): *Das Recht der Republik*. Frankfurt a.M., S. 346-372
- Teubner, Gunther 2000: Das Recht der globalen Zivilgesellschaft. Spontan und doch organisiert - zur Verfassung gesellschaftlicher Aktivitäten auf Weltenebene. In: *Frankfurter Rundschau*, S. 20
- Thiel, Reinold E. (Hrsg.) 1999: *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn

- Thomas, Daniel C. 2002: Human Rights in U.S. Foreign Policy. In: Khagram, Sanjeev/Riker, James V./Sikkink, Kathryn (Hrsg.): Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis, S. 71-95
- Thomas, George M./Meyer, John W./Ramirez, Francisco O./Boli, John (Hrsg.) 1987: Institutional Structure: Constituting State, Society, and the Individual. Berverly Hills
- Thompson, Edward P. 1971: The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: Past and Present, (50), S. 76-136
- Thompson, Michael/Rayner, Steve 1998: Cultural Discourses. In: Rayner, Steve/Malone, Elizabeth (Hrsg.): Human Choice and Climate Change. The Societal Framework. Battele, S. 265-343
- Thranhardt, Dietrich 1992: Globale Probleme, globale Normen, neue globale Akteure. In: Politische Vierteljahresschrift, H. 2, S. 219-234
- Tilly, Charles 1978: From Mobilization to Revolution. Reading, Ma.
- Todorov, Tzvetan 1985: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt a.M.
- Tolbert, Pamela S./Zucker, Lynne G. 1996: The Institutionalization of Institutional Theory. In: Clegg, Stuart R./Hardy, Cynthia/Nord, Walter R. (Hrsg.): Handbook of Organizational Studies. London, S. 175-190
- Töpper, Barbara 1990: Die Frage der Demokratie in der Entwicklungstheorie. Kritisches Resümee von 40 Jahren Theoriegeschichte. In: Peripherie, H. 10, S. 127-160
- Townley, Barbara 2002: Managing with Modernity. In: Organization, (9), H. 4, S. 549-573
- Treibel, Annette 2000: Einführung in die soziologischen Theorien der Gegenwart. 5. Aufl., Opladen
- Trenkle, Norbert 1998: Kein Anschluss unter dieser Nummer. In: Weg und Ziel, H. 5 [auch in: www.krisis.org]
- Türk, Klaus 1987: Einführung in die Soziologie der Wirtschaft. Stuttgart
- Türk, Klaus 1989: Neuere Entwicklungen in der Organisationsforschung. Ein Trend Report. Stuttgart
- Türk, Klaus 1989a: Organisationssoziologie. In: Endruweit, Günter/Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart, S. 474-481
- Türk, Klaus 1992: Organisationssoziologie. In: Frese, Erich (Hrsg.): Handwörterbuch der Organisation. 3. Aufl., Stuttgart, S. 1633-1648
- Türk, Klaus 1995: »Die Organisation der Welt«. Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft. Opladen
- Türk, Klaus 1997: Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation. In: Ortman, Günther/Sydow, Jörg/Ders. (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 124-176
- Türk, Klaus 1997a: Organisation als Risiko. In: Lippert, Ekkehard/Prüfert, Andreas/Wachtler, Günther (Hrsg.): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Opladen, S. 115-130
- Türk, Klaus 1998: Arbeit und Umwelt in der modernen Gesellschaft. Vortrag vom 25.6.1998 auf den Gaytaler Gesprächen. In: <http://orgsoz.uni-wuppertal.de/tuerk/gaytal.pdf>
- Türk, Klaus 1999: Organisation und moderne Gesellschaft. Einige theoretische Bausteine. In: Edeling, Thomas/Jann, Werner/Wagner, Dieter (Hrsg.): Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus. Überlegungen zur Organisationstheorie. Opladen, S. 42-80

- Türk, Klaus 1999a: The Critique of the Political Economy of Organization. A Contribution to the Analysis of the Organizational Social Formation. In: International Journal of Political Science, (29), H. 3, S. 6-32
- Türk, Klaus 2000: Organisation und funktionale Differenzierung. Vortrag an der Universität Jena vom 28.06.2000. [In: <http://orgsoz.uni-wuppertal.de/tuerk/jena.pdf>]
- Türk, Klaus 2002: Organisation als Strukturmoment der modernen Gesellschaft. Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgruppe Organisationssoziologie der DGS am 10. und 11. April 2002 in Hagen. [In: <http://orgsoz.uni-wuppertal.de>]
- Türk, Klaus/Lemke, Thomas/Bruch, Michael 2002: Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung. Wiesbaden
- Turner, Ralph H./Killian, Louis M. 1957: Collective Behavior. Englewood Cliffs (N.J.)
- Udén, Lars 1993: Twenty-five Years with Logic of Collective Action. In: Acta Sociologica, (36), S. 239-261
- UIA (Union of International Associations) 1997: Erläuternder Kommentar. In: <http://www.uia.org/uiapubs/dtschxtt.htm>
- UIA (Union of International Associations) 2000: www.uia.org/uiadosc/zap3.htm
- UIA (Union of International Associations) 2001: Yearbook of International Organizations 2001/2002. Vol. 5: Statistics, Visualizations and Patterns. München
- Ulrich, Günter 1994: Politische Steuerung. Staatliche Intervention aus systemtheoretischer Sicht. Opladen
- UNCTAD 1999: World Investment Report 1999. Foreign Direct Investment and the Challenge of Development. New York/Genf
- Unmüßig, Barbara 1989: Lobbyarbeit oder Basisbewegung. Exklusive Alternativen? In: Blätter des iz3w, H. 160, S. 43-47
- Unmüßig, Barbara 1998: Welche Erfahrungen haben Nichtregierungsorganisationen gemacht? Und wie haben sie sich bewährt? In: Calließ, Jörg (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik. Loccum, S. 53-64
- Unser, Günther 1997: Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen. München
- Uvin, Peter 2000: From Local Organizations to Global Governance. The Role of NGOs in International Relation. In: Stiles, Kendall (Hrsg.): Global Institutions and Local Empowerment. Houndsmill u.a., S. 9-29
- Valaskakis, Kimon 2001: Langfristige Tendenzen in der globalen Governance: von »Westfalen« nach »Seattle«. In: OECD (Hrsg.): Governance im 21. Jahrhundert. Paris, S. 57-82
- Vanberg, Viktor 1982: Markt und Organisation. Individualistische Sozialtheorie und das Problem korporativen Handelns. Tübingen
- Voigt, Rüdiger 1995: Der kooperative Staat. Auf der Suche nach einem neuen Steuerungsmodus. In: Ders. (Hrsg.): Der kooperative Staat. Krisenbewältigung durch Verhandlung? Baden Baden, S. 33-92
- Waarden, Frans van 1992: Dimensions and Types of Policy Networks. In: European Journal of Political Research, (21), S. 29-52
- Wahl, Peter 1993: Ein neuer Stern am Firmament des Fortschritts? Die NRO als neues gesellschaftliches Phänomen. In: ila, H.164, S. 4-6

- Wahl, Peter 1996: NGOs – der am meisten überschätzte Akteur der 90er Jahre. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt-)Politik? Bonn
- Wahl, Peter 1997: Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 293-314
- Wahl, Peter 1998: NGO-Multis, McGreenpeace und die Netzwerk-Guerilla. Zu einigen Trends in der internationalen Zivilgesellschaft. In: Peripherie, H. 71, S. 55-67
- Wahl, Peter 2000: Diskursive Mimikry. Zum Verhältnis von Lobbypolitik und Sprache. In: Blätter des iz3w, H. 247, S. 26-28
- Wahl, Peter 2001: »Sie küssten und sie schlugen sich« – Zum Verhältnis von NGO und internationalen Regierungsorganisationen. In: Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster, S. 121-139
- Wahl, Peter 2001a: Aufstieg alternativer Eliten. In: Politische Ökologie, H. 72, S. 10-13
- Wahl, Peter 2002: Die Grünen zur Globalisierung: Ein programmatischer Tiefpunkt. In: epd-Entwicklungspolitik, H. 2/3, S. 20
- Wahl, Peter/Waldow, Peter 2002: Tobin Steuer. Kapital braucht Kontrolle. Hamburg
- Walgenbach, Peter 2000: Die normgerechte Organisation. Eine Studie über die Entstehung, Verbreitung und Nutzung der DIN EN ISO 9000er Normenreihe. Stuttgart
- Walgenbach, Peter 2002: Neoinstitutionalistische Organisationstheorie. State of the Art und Entwicklungslinien. In: Managementforschung, H. 12, S. 159-202
- Walgenbach, Peter/Beck, Nikolaus 2000: Von statistischer Qualitätskontrolle über Qualitätssicherungssysteme hin zum Total Quality Management. Die Institutionalisierung eines neuen Managementkonzepts. In: Soziale Welt, (51), S. 325-354
- Walk, Heike 1997: »Ein bisschen bi schadet nie«. Die Doppelstrategie von NGO-Netzwerken. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 195-221
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 1994: Motivationen, Schwierigkeiten und Chancen der Nicht-Regierungs-Organisationen bei der Bildung von Netzwerken. In: Prokla, H. 97, S. 623-642
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 1998: NGO-Netzwerke. Strukturen, Aufgaben, Funktionsbedingungen und Handlungsräume. In: Calließ, Jörg (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik. Loccum, S. 118-141
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 2000: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Münster
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim/Altvater, Elmar 1997: Einleitung. In: Altvater, Elmar et al. (Hrsg.). Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 10-25
- Wallace, Tina 2003: NGO Dilemmas. Trojan Horses for Global Neoliberalism? In: Panitch, Leo/Leys, Colin (Hrsg.): The New Imperial Challenge (Socialist Register 2004). London, S. 202-219

- Wallerstein, Immanuel 1979: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt a.M., S. 31-67
- Wallerstein, Immanuel 1979a: The Capitalist World-Economy. Cambridge
- Wallerstein, Immanuel 1983: Klassenanalyse und Weltsystemanalyse. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 301-320
- Wallerstein, Immanuel 1984: The Politics of the World-Economy. The States, the Movements, and the Civilizations. London et al.
- Wallerstein, Immanuel 1986: Krise als Übergang. In: Amin, Samir et al.: Dynamik der globalen Krise. Opladen, S. 4-35
- Wallerstein, Immanuel 1986a: Typologie von Krisen im Weltssystem. In: Berger, Johannes (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Göttingen, S. 41-53
- Wallerstein, Immanuel 1986b: Das moderne Weltssystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt a.M. [zuerst: 1974]
- Wallerstein, Immanuel 1989: Der historische Kapitalismus. 2. Aufl., Berlin/Hamburg
- Wallerstein, Immanuel 1989a: The Modern World System III: The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World Economy: 1730-1840. New York
- Wallerstein, Immanuel 1990a: Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus. In: Balibar, Etienne/ders.: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin, S. 39-48
- Wallerstein, Immanuel 1990b: Marx und die Geschichte: Die Polarisierung der Klassen. In: Balibar, Etienne/ders.: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin, S. 154-166
- Wallerstein, Immanuel 1990c: Nachwort. In: Balibar, Etienne/ders.: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin, S. 273-278
- Wallerstein, Immanuel 1991: Geopolitics and Geoculture. Cambridge
- Wallerstein, Immanuel 1995: Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken«. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim
- Wallerstein, Immanuel 1995a: Den Kurs halten. Methoden der historischen Analyse. In: Das Argument, H. 211, S. 731-739
- Wallerstein, Immanuel 1998: Utopistics. Or, Historical Choices of the Twenty-First Century. New York
- Wallerstein, Immanuel 1998a: Das moderne Weltssystem II. Der Merkantilismus. Wien
- Wallerstein, Immanuel 1999: Globalization or the Age of Transition? A Long-Term View of the Trajectory of the World-System. In: <http://fbc.binghamton.edu/iwtrajws.htm>
- Wallerstein, Immanuel 1999a: Interview von Annand Kumar und Frank Welz vom 25. Juni 1999. In: <http://www.zmk.uni-freiburg.de/Wallerstein>
- Wallerstein, Immanuel 2000: Der ZeitRaum der Weltsystemanalyse. In: Bögenhold, Dieter (Hrsg.): Moderne amerikanische Soziologie. Stuttgart, S. 93-117
- Wallerstein, Immanuel 2000a: Der tote Albatros. Die Sozialwissenschaften, Jörg Haider und der *Widerstand*. In: Mittelweg, (36), H. 6, S. 53-69

- Wallerstein, Immanuel 2001: Democracy, Capitalism, and Transformation. In: <http://fbc.binghamton.edu/iw-vien2.htm>
- Wallerstein, Immanuel 2001a: A Left Politics for an Age of Transition. In: <http://fbc.binghamton.edu/iwleftpol2.htm>
- Wallerstein, Immanuel 2001b: Wegbeschreibung der Analyse von Weltssystemen. Oder: Wie vermeidet man, eine Theorie zu werden. In: Zeitschrift für Weltgesellschaft, S. 9-31
- Wallerstein, Immanuel 2002: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien
- Wallerstein, Immanuel 2002a: New Revolts against the System. In: New Left Review, (18), H. 6, S. 29-39
- Wallerstein, Immanuel et al. (Hrsg.) 1996: Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M./New York
- Walpen, Bernhard 2003: »Armee ist nur ein Plural von Soldat« oder: Methodologische Robinsonaden. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und »methodologischem Individualismus«. In: Peripherie, H. 90/91, S. 263-292
- Walvin, James 1981: The Abolition of the Atlantic Slave Trade. Origins and Effects in Europe, Africa and the Americas. Madison
- Waltz, Kenneth 1979: Theory of International Politics. New York
- Weber, Alfred 1979: Der Beamte. In: Ders.: Haben wir Deutschen nach 1945 versagt? München/Zürich, S. 31-53 [zuerst: 1910]
- Weber, Max 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5., revidierte Aufl., Tübingen [zuerst: 1921]
- Weber, Max 1988: Die protestantische Ethik und der kapitalistische Geist. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, 9. Aufl., Tübingen, S. 17-206
- Weinert, Rainer 2000: Politische Soziologie: Politische Institutionen. In: Soziologische Revue, Sonderh. 5, S. 196-206
- Weiss, Thomas G. 2000: Governance, Good Governance and Global Governance: Conceptual and Actual Challenges. In: Third World Quarterly, (21), H. 5, S. 795-814
- Weller, Christoph 2003: Die Welt, der Diskurs und *Global Governance*. Zur Konstruktion eines hegemonialen Diskurses – eine Replik auf Ulrich Brand. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, (10), H. 2, S. 365-382
- Weltbank 1989: Sub-Saharan Africa: From Crisis to sustainable Growth. A Long-Term Perspective Study. Washington
- Weltbank 1994: Governance. The World Bank's Experience. Washington
- Werlhof, Claudia von 2000: »Globalization« and the »Permanent« Process of »primitive Accumulation«. The Example of the MAI, the Multilateral Agreement on Investment. In: Journal of World-Systems Research, (VI), H. 3, S. 728-747
- Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thommsen, Veronica 1983: Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek
- West, Katarina 2002: Agents of Altruism. The Expansion of Humanitarian NGOs in Rwanda and Afghanistan. Hampshire
- Weyer, Johannes 2000: Einleitung. Zum Stand der Netzwerkforschung in den Sozialwissenschaften. In: Ders. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München/Wien/Oldenburg, S. 1-34

- White, Lyman Cromwell 1968: *International Non-Governmental Organizations. Their Purposes, Methods, and Accomplishments*. New York [zuerst: 1951]
- Wiesenthal, Helmut 1993: Akteurkompetenz im Organisationsdilemma. Grundprobleme strategisch ambitionierter Mitgliederverbände und zwei Techniken ihrer Überwindung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 1, S. 3-18
- Wilkens, Uta/Lang, Rainhart/Winkler, Ingo 2003: Institutionensoziologische Ansätze. In: Weik, Elke/Lang, Rainhart (Hrsg.): *Moderne Organisations-theorien 2. Strukturorientierte Ansätze*. Wiesbaden, S. 189-239
- Willems, Ulrich 1996: Restriktionen und Chancen kollektiven Handelns. In: Druwe, Ulrich/H/Kunz, Volker (Hrsg.): *Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand*. Opladen, S. 127-153
- Willems, Ulrich 2000: Probleme, Bedingungen und Strategien der Organisation moralischer Forderungen. Elemente einer Theorie der Repräsentation allgemeiner sowie advokatorisch verfochtener Interessen. In: Ders./Winter, Thomas von (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen, S. 61-91
- Willems, Peter 1996: Consultative Status for NGOs at the United Nations. In: Ders. (Hrsg.): »The Conscience of the World«. *The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN System*. London, S. 31-62
- Willems, Peter 2000: »Die NGOs repräsentieren die Gesellschaft« (Interview). In: Tolmein, Oliver: *Welt Macht Recht. Konflikte im internationalen System nach dem Kosovo-Krieg*. Hamburg, S. 135-145
- Willems, Peter 2000a: From »Consultative Arrangements« to »Partnership«. *The Changing Status of NGOs in Diplomacy at the UN*. In: *Global Governance*, (6), S. 191-212
- Willems, Peter 2002: What is a Non-Governmental Organization? In: <http://staff.city.ac.uk/p.willems/CS-NTWKS/NGO-ART.html>
- Williams, David/Young, Tom 1994: Governance, the World bank and Liberal Theory. In: *Political Studies*, (XLII), S. 84-100
- Williamson, Oliver E. 1990: *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen*. Tübingen [zuerst: 1985]
- Willke, Helmut 1987: Institution. In: Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hrsg.): *Handbuch Politikwissenschaften*. Reinbek
- Willke, Helmut 1987a: Entzauberung des Staates. Grundlinien einer systemtheoretischen Argumentation. In: *Jahrbuch für Staats- und Verwaltungswissenschaft*, H.1, S. 285-308
- Willke, Helmut 1992: *Die Ironie des Staates*. Frankfurt a.M.
- Willke, Helmut 1993: Abwicklung von Politik. In: Unseld, Siegfried (Hrsg.): *Politik ohne Perspektive?* Frankfurt a.M.
- Willke, Helmut 1995: *Systemtheorie III: Steuerungstheorie*. Stuttgart/Jena
- Willke, Helmut 1997: *Supervision des Staates*. Frankfurt a.M.
- Wilson, John 1973: *Introduction to Social Movements*. New York
- Windeler, Arnold 2001: *Unternehmensnetzwerke. Konstitution und Strukturierung*. Wiesbaden
- Windfuhr, Michael 1999: Der Einfluss der NGOs auf die Demokratie. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt a.M., S. 520-548
- Windhoff-Héritier, Adrienne 1989: Wirksamkeitsbedingungen politischer Instrumente. In: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, (3), Baden-Baden, S. 89ff

- Wink, Rüdiger 1995: Leitbilder der Umweltökonomie. In: Junkernheinrich, Martin/Klemmer, Paul/Wagner, Gerd R. (Hrsg.): Handbuch zur Umweltökonomie. Berlin, S. 99-106
- Wissen, Markus 2002: Re-regulieren oder Lernprozesse ermöglichen? In: Attac (Hrsg.): Eine andere Welt ist möglich! Dokumentation des Attac-Kongresses vom 19.-21.10.2001 in Berlin. Hamburg, S. 57-60
- Wissen, Markus/Habermann, Friederike/Brand, Ulrich 2003: Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis. In: BUKO (Hrsg.): Radikal Global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Hamburg, S. 43-56
- Wobbe, Theresa 2000: Weltgesellschaft. Bielefeld
- Wobbe, Theresa/Otte, Roland 2000: Politische Institutionen im gesellschaftlichen Wandel. Einbürgerung in Deutschland zwischen Erwartungen von Migranten und staatlicher Vorgabe. In: Zeitschrift für Soziologie, (29), H. 6, S. 444-462
- Wolf, Harald 2000: Das Netzwerk als Signatur der Epoche? Anmerkungen zu einigen neueren Beiträgen zur soziologischen Gegenwartsdiagnose. In: Arbeit, (9), H. 2, S. 95-104
- Wolf, Klaus Dieter 2003: Internationale Organisationen und grenzüberschreitendes Regieren. In: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Reinbek, S. 412-446
- Wolfensohn, James D. 1999: Coalitions for Change. Address to the Board of Governors at the Annual Meetings. Washington
- Woyke, Wichard 1994: Internationale Organisationen. In: Ders. (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 5. Aufl., Opladen, S. 188-194
- Zald, Mayer N. 1991: The Continuing Vitality of Resource Mobilization Theory. Response to Herbert Kirtschelt's Critique. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt a.M./Boulder, S. 348-354
- Zald, Mayer N. 1999: Transnational and International Social Movements in a Globalizing World. Creating Culture, Creating Conflict. In: Cooperrider, David L./Dutton, Jane E. (Hrsg.): Organizational Dimensions of Global Change. No Limits to Cooperation. Thousand Oaks et al., S. 168-184
- Zald, Mayer N./Ash, R. 1966: Social Movement Organizations. Growth, Decay and Change. In: Social Forces, (44), S. 327-341
- Zald, Mayer N./McCarthy, John D. 1980: Social Movements Industries. Competition and Cooperation among Movement Organizations. In: Kriesberg, Louis (Hrsg.): Research in Social Movements, Conflict and Change, Vol. 3, S. 1-20
- Zangl, Bernhard 2003: Regimetheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 117-140
- Zey-Ferrel, M. 1981: Criticisms of the Dominant Perspective on Organizations. In: The Sociological Quarterly, (22), S. 181-205
- Ziai, Aram 2003: Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development Kritik. Hamburg
- Zimmer, Annette 2001: NGOs – Verbände im globalen Zeitalter. In: Dies./Wessels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland. Opladen, S. 331-357
- Zimmer, Annette 2002: NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christiane/dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 9-22

- Zucker, Lynne G. 1977: The Role of Institutionalization in Cultural Persistence. In: *American Sociological Review*, (42), S. 726-743
- Zucker, Lynne G. 1983: Organizations as Institutions. In: Bacharach, Samuel B. (Hrsg.): *Research in the Sociology of Organizations*. Greenwich, S. 1-42
- Zucker, Lynne G. 1987: Institutional Theories of Organizations. In: *Annual Review of Sociology*, (13), S. 443-464
- Zürn, Michael 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt a.M.

Die Neuerscheinungen dieser Reihe:

Rudolf Stichweh

Inklusion und Exklusion

Studien zur
Gesellschaftstheorie

Oktober 2005, ca. 224 Seiten,
kart., ca. 23,80 €,
ISBN: 3-89942-390-9

Sabine Brombach,
Bettina Wahrig (Hg.)

Lebensbilder

Leben und Subjektivität in
neueren Ansätzen der Gender
Studies

Oktober 2005, ca. 250 Seiten,
kart., zahl. z.T. farbige Abb.,
ca. 26,00 €,
ISBN: 3-89942-334-8

Michael Helmbrecht

Erosion des »Sozialkapitals«?

Eine kritische Diskussion der
Thesen Robert D. Putnams

Oktober 2005, ca. 100 Seiten,
kart., ca. 13,80 €,
ISBN: 3-89942-358-5

Anja Frohnen

Diversity in Action

Multinationalität in globalen
Unternehmen am Beispiel Ford

Oktober 2005, ca. 240 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-377-1

Gudrun Quenzel

Konstruktionen von Europa

Die europäische Identität und
die Kulturpolitik der
Europäischen Union

September 2005, ca. 240 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-414-X

Nicole Grothe

InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?

Künstlerische Praxis in der
neoliberalen Stadt

September 2005, ca. 300 Seiten,
kart., zahlr. Abb., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-413-1

Heike Hartung (Hg.)

Alter und Geschlecht

Repräsentationen, Geschichten
und Theorien des Alter(n)s

September 2005, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 26,80 €,
ISBN: 3-89942-349-6

Georg Glasze, Robert Pütz,
Manfred Rolfes (Hg.)

Diskurs – Stadt – Kriminalität

Städtische (Un-)Sicherheiten
aus der Perspektive von
Stadtforschung und Kritischer
Kriminalgeographie

September 2005, ca. 250 Seiten,
kart., ca. 24,80 €,
ISBN: 3-89942-408-5

Armin Stickler

Nichtregierungs- organisationen, soziale Bewegungen und Global Governance

Eine kritische
Bestandsaufnahme

August 2005, 430 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-407-7

**Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de**

Die Neuerscheinungen dieser Reihe:

Marcus Termeer

Verkörperungen des Waldes

Eine Körper-, Geschlechter- und Herrschaftsgeschichte

Juli 2005, 646 Seiten,
kart., 33,80 €,
ISBN: 3-89942-388-7

Christoph Wulf

Zur Genese des Sozialen

Mimesis, Performativität, Ritual

Juli 2005, 178 Seiten,
kart., 17,80 €,
ISBN: 3-89942-415-8

Angela Schwarz (Hg.)

Der Park in der Metropole

Urbanes Wachstum und städtische Parks im 19. Jahrhundert

Juli 2005, 224 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 23,80 €,
ISBN: 3-89942-306-2

Barbara Christophe

Metamorphosen des

Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft

Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht

Juni 2005, 264 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-323-2

Matthias Groß,

Holger Hoffmann-Riem,

Wolfgang Krohn

Realexperimente

Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft

Juni 2005, 236 Seiten,
kart., 24,80 €,
ISBN: 3-89942-304-6

Peter Fuchs

Konturen der Modernität

Systemtheoretische Essays II.

hrsg. von Marie-Christin Fuchs

Juni 2005, 196 Seiten,
kart., 21,80 €,
ISBN: 3-89942-335-6

Hannelore Bublitz

In der Zerstreuung

organisiert

Paradoxien und Phantasmen der Massenkultur

Mai 2005, 172 Seiten,
kart., 17,80 €,
ISBN: 3-89942-195-7

Helmut König,

Manfred Sicking (Hg.)

Gehört die Türkei zu Europa?

Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg

März 2005, 222 Seiten,
kart., 22,80 €,
ISBN: 3-89942-328-3

Gerald Willms

Scientology

Kulturbeobachtungen jenseits der Devianz

März 2005, 422 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-330-5

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Die Neuerscheinungen dieser Reihe:

Michael Guggenheim
Organisierte Umwelt
Umweltdienstleistungsfirmen
zwischen Wissenschaft,
Wirtschaft und Politik

März 2005, 338 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 3-89942-296-1

Thomas Kunz
Der Sicherheitsdiskurs
Die Innere Sicherheitspolitik
und ihre Kritik

Februar 2005, 422 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-293-7

Uwe Lewitzky
Kunst für alle?
Kunst im öffentlichen Raum
zwischen Partizipation,
Intervention und Neuer
Urbanität

Januar 2005, 138 Seiten,
kart., 14,80 €,
ISBN: 3-89942-285-6

Jacqueline Holzer
Linguistische Anthropologie
Eine Rekonstruktion

Januar 2005, 322 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-301-1

Karl H. Hörning,
Julia Reuter (Hg.)
Doing Culture
Neue Positionen zum
Verhältnis von Kultur und
sozialer Praxis

2004, 264 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 3-89942-243-0

Frankfurter Arbeitskreis für
politische Theorie &
Philosophie (Hg.)
**Autonomie und Heteronomie
der Politik**

Politisches Denken zwischen
Post-Marxismus und
Poststrukturalismus

2004, 206 Seiten,
kart., 24,80 €,
ISBN: 3-89942-262-7

Johannes Glückler
Reputationsnetze
Zur Internationalisierung von
Unternehmensberatern.
Eine relationale Theorie

2004, 306 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-265-1

Jan Kruse
Arbeit und Ambivalenz
Die Professionalisierung
Sozialer und Informatisierter
Arbeit

2004, 370 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-230-9

Gabriele Klein (Hg.)
Bewegung
Sozial- und kultur-
wissenschaftliche
Konzepte

2004, 306 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-199-X

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de